C 21734 D



El Salvador: Alles erinnert an Vietnam S. 35

Arbeiterkampf

Jg. 10 Nr. 191 15.12.80 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
DM 3
Förderpreis DM 5,–

Droht Polen »brüderliche Hilfe«?

Droht Polen das Schicksal der CSSR von 1968? In den westlichen Medien jedenfalls, und in den Reden westlicher Politiker, ist eine sowjetische Intervention schon beschlossene Sache. Detailiert werden Zahlen und Aufmarschgebiete von Divisionen genannt. Man ist nicht kleinlich: Mal eine h a l b e Million sowjetischer Soldaten, mal eine v o l l e Million soll marschbereit gegen Polen stehen.



Polens KP-Chef Kania bei Breschnew: Auch Dubcek wurde 1968 in Moskau empfangen, bevor der CSSR „brüderliche Hilfe" zuteil wurde.

Für den „Ernstfall" drohen jetzt schon die Spitzenpolitiker des Westens: Ein sowjetischer „Einmarsch" in Polen werde mit Sicherhert das „Ende der Entspannung" bedeuten und „schwerwiegende Folgen" haben. Diese westlichen Tiraden klingen freilich recht hohl und hilflos: Tatsächlich hat der Westen schon seit längerem das Zwischenspiel der „Entspannungspolitik" fast vollständig abgebrochen. Die Nicht-Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch die USA, die NATO-„Nach"rüstungsbeschlüsse, das Platzenlassen
die NATO-„Nach"rüstungsbeschlüsse, das Platzenlassen
der KSZE-Konferenzen von Belgrad und Madrid sind Ausdruck dieser politischen Wende. Auch propagandistisch setzt sich im Westen mehr und mehr der Trend zum „Kalten Krieg" durch. Es bleibt die Drohung mit dem Einsatz des Ost-West-Handels zu erpresserischen Zwecken. Auf diesem Sektor hat die westliche Erpressung tatsächlich noch einigen Spielraum – der aber wiederum auch nicht s o gewaltig ist, wie oft vorgegeben wird. Der Ost-West-Handel hat auch bisher nicht in erster Linie dem Austausch zwischenstaatlicher Freundlichkeiten und einseitiger Wohltätigkeiten des Westens an die Staaten des „realen Sozialismus", sondern wirtschaftlichen Interessen gedient. Diese Profitinteressen der herrschenden Kreise bleiben
Diese Profitinteressen der herrschenden Kreise bleiben
im Prinzip unabhängig von eventuellen Entwicklungen der sowjetischen Politik gegenüber Polen bestehen.

Die systematisch geschürten Spekulationen in den westlichen Medien über bevorstehende militärische Eingriffe der Sowjetzunion in Polen sind selbst Teil einer „Kalter Kriegs"-Propaganda. Dieselben Medien berichten ganz nüchtern und ungerührt über US-amerikanische Überlegungen, demnächst einen militärischen Schlag gegen El Salvador zu führen, um die greifbar nahe Befreiung des Landes von dem Mörder- und Folterregime in letzter Minute zu verhindern, um von allem eine Entwicklung nach dem Vorbild Nikaraguas oder gar Kubas zu verhindern. Daß die USA jede wesentliche politische Veränderung z.B. auf der arabischen Halbinsel
politische Veränderung z.B. auf der arabischen Halbinsel
mit einem Einmarsch kontern würden, ist diesen Medien ebenfalls ganz klar, wird z.T. von ihnen direkt propagiert. – Man stelle sich die Verblüffung vor, wenn die sowjetische Regierung jetzt erklären würde: Eine US-Intervention in El Salvador würde „das Ende der Entspannungspolitik" bedeuten!...

In der Sowjetunion und in der DDR wird die Propaganda des Westens über die unmittelbar bevorstehende Intervention in Polen als lächerlich, hysterisch und als „Einmischung in die

Fortsetzung Seite 2

Brokdorf: Demonstration am 21. Dezember gegen Weiterbau

Es ist wieder soweit: Auf Empfehlung des Bundesinnenministeriums soll das Atomkraftwerk in Brokdorf Anfang des kommenden Jahres weitergebaut werden. Nachdem Bonn „günes Licht" gegeben hat, ist kaum daran zu zweifeln, daß die Landesregierung von Schleswig-Holstein die zweite Teilerrichtungsgenehmigung absegnen wird.
Brokdorf soll nach den Plänen der Herrschenden den großen Durchbruch bei der Verwirklichung des weitreichenden Atomprogramms bringen. Gelingt es der Atom-Mafia hier, die Gegner von Atomenergie und Atomrüstung einzuwickeln oder zu schlagen, so werden in schneller Folge weitere „auf Eis" liegende Bauvorhaben in Gang gesetzt.
Brokdorf – das war aber auch der Ausgangspunkt einer M a s s e n bewegung von Atomkraft-Gegnern, die jetzt wieder aufgerufen sind, Widerstand zu leisten.

KOMMT ALLE ZUM BAUPLATZ IN BROKDORF!
SONNTAG, DEN 21.DEZEMBER 1980 UM 13 UHR.
Abfahrt von Süden her über die B5
Treffpunkt in Hamburg: 10 Uhr U-Bahn Feldstraße.
Weitere Treffpunkte:
Heide, 11 Uhr, Marktplatz,
Brunsbüttel, 12 Uhr Marktplatz, Koogstraße.

Brunsbüttel, 12 Uhr Marktplatz, Koogstraße.



John Lennon ermordet

Artikel auf Seite 24

Westberlin

Polizei prügelt für Hausbesitzer

Viele Verletzte und noch mehr Verhaftete

Am Sonnabend, den 13.12. wurde die Westberliner Innenstadt für vier Stunden lahmgelegt. Bis Sonntag morgen um 2 Uhr gingen die Schaufenster und Vitrinen von 20 Geschäften zu Bruch. 2000 Demonstranten forderten die Freilassung von Hausbesetzern und Sympathisanten, die am Tag zuvor in Berlin-Kreuzberg festgenommen worden waren.

Am Freitag abend war es zu größeren Straßenschlachten gekommen, nachdem die Bullen die Besetzung des Hauses Fraenkelufer 48 verhindert hatten. 200 Bullen standen 400 Demonstranten gegenüber.

Insgesamt wurden laut SFB 57 Demonstranten verhaftet, wobei bis Samstag abend immer noch 30 festgehalten waren, gegen die Haftbefehl beantragt wurde. Bis Redaktionsschluß wurde bekannt, daß zwei Demonstranten schwerverletzt worden sind. Ein weiterer Demonstrant wurde von einem Bullenwagen angefahren, wobei ihm beide Beine gebrochen wurden. Laut „Abend" vom 13.12. sollen 18 Polizisten verletzt sein, am Tag danach waren es in der „Berliner Morgenpost" schon 66 verletzte Polizisten.

Das, was sich derzeit an Auseinandersetzungen in Westberlin abspielt, ist nur die Spitze einer immer breiter werdenden Häuserkampfbewegung, die in allen Teilen der Bundesrepublik zu beobachten ist (wir dokumentieren das auch in dieser Ausgabe des AK wieder auf den Seiten 9 und 10). Die horrenden Mieten (die durch die jüngsten Beschlüsse der Bundesregierung den Erfordernissen des kapitalistischen Marktes „angepaßt", sprich: noch mal in die Höhe getrieben werden sollen) und die Wohnraumknappheit haben zu einer Konfliktsituation geführt, die jederzeit auch in anderen Städten zu gewaltsamen Konfrontationen (wie jetzt in Westberlin) führen kann.

IN DIESER AUSGABE:

Startbahn West:



Droht Polen »brüderliche Hilfe«?

Fortsetzung von Seite 1

inneren Verhältnisse" Polens abgetan. Es wird so getan, als handele es sich bei dieser Propagande n u r um böswillige, feindselige Erfindungen westlicher „Entspannungsfeinde" und Kriegstreiber. Daß diese Spekulationen freilich doch m e h r sind als bloße Erfindung, beweist allein schon die Erfahrung der Intervention in der CSSR 1968, die von den Herrschenden des „realen Sozialismus" ja niemals selbstkritisch behandelt worden ist.

Ginge es nur um böswillige Erfindungen von „Entspannungsfeinden", so müßte es der sowjetischen Regierung doch ein leichtes sein, öffentlich und mit der gebotenen „Feierlichkeit" zu erklären: „Wir werden uns keinesfalls mit militärischer Gewalt oder anderen Formen erpresserischen Drucks in Polen ein-

scher Gewalt oder anderen Formen erpresserischen Drucks in Polen ein-mischen, denn wir stehen dafür, daß die Völker ihren Weg s e l b s t wählen und gehen sollen...". Eine solche Erklärung wäre ein K.O. gegen die Kalten Krieger und „Entspannungsfeinde" im Westen, würde deren Propaganda erheblich erschweren – und würde wahrscheinlich beim polnischen Volk sehr gut aufgenommen werden.

Real tut die sowjetische Führung aber genau das Gegenteil: Sie versucht, mit Interventionsdrohungen und Erpressungen gegen Polen Politik zu machen. Die Medien und Politiker der Sowjetunion, der DDR und der CSSR reden über die Vorgänge in Polen in einer Sprache, die ohne weiteres als diejenige zu identifizieren ist, die auch dem Überfall auf die CSSR 1968 voranging. Da ist die Rede von Konterrevolutionären, von subversiven Elementen, die die Kämpfe der Arbeiterklasse auzunutzen versuchen,. von imperialistischer Einmischung, von westlichen Radiosendungen usw. usf. Da ist von „Unruhen" und „Störungen" die Rede, die nicht mehr hingenommen werden könnten.

Diese Drohungen werden sehr eindeutig und direkt vorgetragen, die Motive werden einprägsam und wirkungsvoll wiederholt. Das taktische Ziel dieser Droh-Politik gegen Polen ist es offenbar, der polnischen Regierung Flankenschutz bei der „Stabilisierung" und „Normalisierung" des Landes zu geben. Diese Droh-Politik erhöht die Beliebtheit der Sowjetunion in Polen selbstverständlich nicht. Immerhin kann sie aber als Argument dafür dienen, Streiks und ähnliche Kampfmaßnahmen de facto zu verbieten, die oppositionellen Bewegungen zu „mäßigen", eine „Pause" zu erzwingen – alles mit dem Argument, daß diese „Pause", diese „Normalisierung" brauche, um die Sowjetunion und andere „befreundete" Staaten von einer militärischen Intervention abzuhalten. Erhebliche Teile der Oppositionskräfte – und, wie es scheint, sogar die entscheidenden, führenden Teile – haben auf dieses taktische Kalkül positiv reagiert. So gibt es aus den autonomen Gewerkschaften gewichtige Stimmen, die sich gegen weitere Streiks in nächster Zeit aussprechen. Diese Politik wird zudem auch vom katholischen Klerus Polens unterstützt, der sich von einem langsamen, vorsichtigen Voranschreiten der Oppositionsbewegungen offenbar mehr verspricht als von ständiger Unruhe und Draufgängertum, bei dem am Ende das Erreichte mit einem Schlag verlorengehen könnte.

Gewiß sind die sowjetischen Interventionsdrohungen mehr als n u r taktisches Kalkül; sie drücken a u c h ernsthafte Bereitschaft zur Interven-

taktisches Kalkül; sie drücken a u c h ernsthafte Bereitschaft zur Interven-tion aus – f a l l s es sich erweisen sollte, daß bloßes Säberlrasseln nicht ausreicht, um die polnischen Oppositionskräfte „zur Räson" zu bringen. Diese Bereitschaft ergibt sich aus der strategischen Entschlossenheit der sowjetischen Führung, ihren Machtbereich gegen jeden Einbruch zu verteidigen – und zwar ausdrücklich auch d a n n , wenn die absehbaren politischen Konsequenzen der sowjetischen „Maßnahmen" katastrophal für die internationale Arbeiterbewegung und für den Friedenskampf sein würden. Denn d a ß eine sowjetische Intervention in Polen die Bedingungen sozialistischer Politik im Westen noch mehr verschlechtern und den Kriegstreibern beste Propagandamunition liefern würde, ist schwerlich zu bestreiten.

Nicht erst eine eventuelle reale Intervention, sondern schon das jetzige Säbellrasseln gegen Polen demonstriert erneut, daß die sowjetische Führung ihren „Sozialismus" nicht als Ergebnis freier Entscheidung vonVölkern in ihrem eigenen Land begreift. Ihre außenpolitischen Doktrinen rechtfertigen es nach wie vor, den „realen Sozialismus" einem Volk „nötigenfalls" auch gegen dessen eindeutig demonstrierten Mehrheitswillen a u f z u z w i n g e n .

Mit einer solchen Politik auch nur zu d r o h e n (geschweige denn ihre militärische Realisierung) widerspricht revolutionärer, kommunistischer Politik. Es ist eine Schande, wenn die Arbeiterklasse eines Landes mit Einmarsch-Drohungen einer Großmacht dazu gebracht werden soll, sich wunschgemäß und „stabilitätsgerecht" zu verhalten.

Schon das Säbelrasseln gegen Polen –unabhängig von Spekulation über dessen konkreten Sinn und Dringlichkeit– muß für jeden Linken und Demokraten unerträglich sein.



Solidarität mit der »Viererbande« — jetzt und sofort!

I. Es ist soweit:
Der oberste Volksgerichtshof der VR China hat den Prozeß gegen die „konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Qing" begonnen. Nach jahrelanger politischer und psychologischer Vorbereitung der chinesischen Öffentlichkeit (sprich: der chinesischen Massen), der kaum ein Tag erspart blieb, an dem die sogenannte 'Viererbande' nicht für 'Gott und die Welt' verantwortlich gemacht wurde – von der Mißernte bis zur wachsenden Kriminalität – begann der Schauprozeß, – oh pardon: „die öffentliche Anklage". Die beispiellose Hetze, ja Progromhetze gegen die angeklagten Genossen ist durchaus vergleichbar mit dem deutschen Herbst 1977: die Angeklagten werden schon im Vorfeld des Verfahrens kriminalisiert bzw. als „kriminelle Elemente" denunziert. Sie haben keine Chance, sich angemessen auf den Prozeß vorzubereiten (die 'Viererbande' erhielt die Anklageschrift erst zehn Tage vor Prozeßbeginn...). Die Urteile sind dann –konsequenterweise– nur noch formal-juristischer Akt. „Im Namen des Volkes".

Es ist soweit:
Ost und West handhaben die Klassenjustiz wie zwei Brüder. Und da chinesische Kriminalexperten vor einigen Monaten das BKA in Wiesbaden besucht haben, werden sicher alsbald so manche der diversen Computer –Made in Western Germany– in der Volksrepublik ihr Unwesen treiben. Herolds Herz müßte eigentlich vor Freude hüpfen: Was sind schon 60 Millionen Deutsche im Vergleich zu 1 Milliarde Chinesen ... welche Dimensionen eröffnen sich angesichts derartiger Zahlen. 1984 – Strategen aller Länder – vereinigt Euch zu einem Elektronengehirn!

II. Es ist soweit:
Jiang Qing, Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan, Wang Hongwen, Chen Boda, Huang Yongshen, Wu Faxian, Li Zuopeng, Qiu Huizuo und Jiang Tendjiao (zu ihren Positionen in Partei und Staat s. AK 189) sind angeklagt, durch ihre Aktivitäten *„wäh-*

tei und Staat s. AK 189) sind angeklagt, durch ihre Aktivitäten „wäh-*rend der zehn Jahre der Kulturrevolution unermeßliches Unglück über das ganze Land und die Nation"* gebracht zu haben („Beijing Review", No.40, S.4). Selbstverständlich ist dies mit ‚krimineller Energie' bewerkstelligt worden – p o l i t i s c h e Menschen stehen hier nicht vor Gericht. (Wieder begegnet uns die Paralelle zur westdeutschen Klassenjustiz ...) Man/frau darf sich die Anklagepunkte auf der Zunge zergehen lassen (s.dazu wiederum AK 189)– verfolgt werden vorgeblich nur *„konterrevolutionäre Verbrechen, die das Strafrecht (criminal law) verletzen"* („BJ", S.3).

Der geneigte Leser wird unschwer und unverzüglich stutzen: sind doch ausnahmslos p o l i t i s c h e Anklagepunkte (z.B. der geradenach abstruse Vorwurf „Errichtung einer faschistischen Diktatur", der in typisch stalinistischer Manier innerparteiliche Opposition als ‚faschistisch' denunziert), die verhandelt werden. Allein: es dürfte der chinesischen Justiz, ebensowenig wie der westdeutschen, nicht schwerfallen, den p o l i t i s c h e n Charakter dieses Prozesses schlicht zu leugnen.

Sei noch vermerkt, daß die *„anderen Komplizen in diesem Fall getrennt angeklagt werden vom Obersten Gerichtshof, von örtlichen Volksgerichten und Militärgerichten"* („BJ", S.4). Diese Prozesse werden, weit ab jeglicher störenden Öffentlichkeit, vermutlich noch reibungsloser ablaufen. Über deren Anzahl kann man /frau lediglich spekulieren. Wahrscheinlich darf nicht von einer wahren Prozeßwelle, sondern vielmehr muß von einer Springflut von Prozessen gesprochen werden.

III. Es ist soweit:
In diesem Schauprozeß geht es nicht um Ausschreitungen, die während der Kulturrevolution passiert sind; es geht auch nicht hauptsächlich um die angeklagten Genossen als herausragende politische Persönlichkeiten; es geht schon gar nicht um den absurden Vorwurf, sie hätten ein „Komplott geschmiedet" mit dem Ziel, Mao Tse-tung umzubringen. Nein. Hier steht jetzt, und zwar offiziell, die **Kulturrevolution als politische Bewegung** vor dem Gericht, das von Dengs Gnaden seine Weisungen auszuführen hat. Die Kulturrevolution ist angeklagt – mit allen Implikationen, d.h. daß letztendlich auch Mao und seinen Ideen der Prozeß gemacht wird. Auch wenn es lapidar heißt, *„keine Verfolgung wird eingeleitet gegen solche Angeklagte, die tot sind"* („BJ", S.3). Der Prozeß gegen die 'Viererbande' als willkommenes Vehikel, um 'Chairman Mao' zu demontieren, der eben nicht so mirnichts/ dirnichts diskreditiert werden kann – weil er ein Symbol der Revolution war und noch ist in der VR China.

IV. Es ist mal wieder soweit:
Während der Prozeß läuft,- schweigt fast die gesamte westdeutsche Linke. (Die bürgerliche Presse überbietet sich eh' in Hetztiraden, siehe z.B. den Artikel im „Stern",No.

sche Linke. (Die bürgerliche Presse überbietet sich eh' in Hetztiraden, siehe z.B. den Artikel im „Stern",No.48, „In China stehen die Drahtzieher der Kulturrevolution vor Gericht" oder in der „FR",1.12., ‚Wenn die Viererbande gewonnen hätte").

Ja, in Teilen der linken Presse werden die frohlockenden, lumpenjournalistischen Kommentare der bürgerlichen Presse sogar noch übertroffen! So geschehen in der „TAZ" vom 2. 12. Bei der Übersetzung eines Aufsatzes von Jaques und Claudie Broyelle auf der Magazinseite müßte so mancher „Spiegel"-Schreiberling noch einiges lernen können. (Zur Erinnerung: C. Broyelle entwarf in ihrem Buch „Die Hälfte des Himmels" ein enthusiastisches Bild von der VR China; einige Jahre später folgte – gemeinsam mit ihrem Mann – in dem Buch "Die zweite Rückkehr aus China" die hundertfünfzigprozentige Abkehr vom ‚Maoismus')'

Ich weiß nicht, ob die Broyelles inzwischen den ‚Nouvelles Philosophes' anheim gefallen sind, derlei Sphären werden mir wohl auf Ewig verschlossen bleiben. Jedenfalls sprechen sie in o.g. Aufsatz von Mao als dem "Ebenbild Stalins" und von seinem „mörderischen Wahnsinn", während Deng Xiaoping als „Opfer der Kulturrevolution" abgefeiert wird. Und – so ganz im Stil bürgerlicher Gazetten – werden angeblich „interne" und „offizielle Dokumente" zitiert, wonach „hundert Millionen Chinesen während der Kulturrevolution verfolgt wurden" oder es „zwanzig Millionen Hungertote" nach dem großen Sprung Ende der fünfziger Jahre gegeben hätte. Als Illustration des Aufsatzes prangt in der Seitenmitte ein Hakenkreuz...

Wir kennen das: ‚Links gleich Rechts', die uralte antikommunistische Zauberformel. Und selbstverständlich wird keine Quellenangabe der „Dokumente" genannt – im Gegensatz zu allen anderen Zitaten im Text. Wozu auch..

Es tut nüscht zur Sache, daß sich viele Linke noch vor zehn Jahren auf die „Maotsetungideen" bezogen haben. Von wegen Antiimperialismus, Befreiungsbewegungen, Metropolen und Peripherien, Revolution an/für sich und die ganze Chose. Aber dann war ja auch ‚langer Marsch durch die Institutionen' angesagt und Distanzierung von Gewalt und überhaupt: so mancher/manche hat sich's recht hübsch eingerichtet in diesem unseren Lande – z.B. in der SPD oder einer linken Tageszeitung oder den wohligen Gefilden einer Müsliphilosophie.

Tja, zehn Jahre sind 'ne lange Zeit und das Gedächtnis der westdeutschen Linken litt schon immer an chronischer Amnesie. Man/frau möge mir den Sarkasmus verzeihen, aber jene ‚Linken', die nahezu jeden ‚Dissidenten' hochjubeln und demgegenüber den Prozeß gegen die ‚Viererbande', die ein Stück ihrer eigenen politischen Sozialisation gewesen ist, ignorieren oder gar begrüßen, können mir mal im Mondschein begegnen!

V. Konkrete Vorschläge zur Solidarität mit der ‚Viererbande'

V. Konkrete Vorschläge zur Solidarität mit der ‚Viererbande'

1) Die Vorbereitungsgruppe für die nächste ‚Sozialistische Konferenz' möge eine Solidaritätsresolution verfassen, mit der man auf nationaler Ebene Unterschriften sammelt,und die man in Form einer Anzeige („TAZ"/ „FR" und in linksradikalen Publikationen wie AK,Z,Hefte) veröffentlicht.

2) Eine Veranstaltungsreihe, etwa unter dem Themenkomplex „Kulturrevolution und der Prozeß gegen die ‚Viererbande' ", in mehreren Städten der BRD und West-Berlin könnte z.B. von KB/Z/Komitees.../ARPO/interressierten Listen und Initiativen bzw. Einzelpersonen getragen werden. Kontroverse Positionen sollten durchaus diskutiert werden; Minimalkonsens muß allerdings sein, dem Prozeß gegen die chinesischen Genossen mit gemeinsamer Solidarität zu begegnen!

Andreas Wrede/Göttingen/3.12.80

Rettet das Leben Kim Dae Dschungs!

Ungeachtet der weltweiten Proteste scheint das südkoreanische Militärregime entschlossen zu sein, den Führer der bürgerlich-demokratischen Opposition des Landes hinrichten zu lassen. Die Friedhofsruhe, die seit der blutigen Niederschlagung des Volksaufstands von Kwangdschu im Mai dieses Jahres über das Land verhängt wurde, soll auch in Zukunft nicht gestört werden. In verschiedenen „Säuberungskampagnen" wurden bereits zehntausende von Regimegegnern in sogenannte „Umerziehungslager" gesteckt. Insbesondere Lehrer, Studenten und Journalisten werden als gefährlich für die Militärs angesehen und vorzugsweise eingesperrt. Zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften mußten ihr Erscheinen einstellen, denn *„Südkorea habe zu viele Presseorgane. Dies sei eine unnötige Last für die Öffentlichkeit"* („SZ", 18.11. 80). Damit die Öffentlichkeit nicht noch mehr belastet würde, hatte die Zensur in den Prozessen gegen Kim Dae Dschung und die anderen Angeklagten bereits verboten, daß deren Äußerungen den koreanischen Lesern bekanntgemacht wurden. Um den gesamten Medienapparat noch besser kontrollieren zu können, soll er jetzt noch stärker zentralisiert werden: *„Neun südkoreanische Zeitungen haben ihr Erscheinen eingestellt. Ende des Monats folgt die Schließung von zwei privaten Rundfunkstationen. Außerdem werden dann die beiden großen Nachrichtenagenturen Hapdong und Tongyang sowie drei kleinere Agenturen aufgelöst und durch eine einzige große Nachrichtenagentur ersetzt. Vom 1.Dezember an hat Südkorea drei Funkhäuser für Hörfunk und Fernsehen, sechs überregionale Tageszeitungen, zwei Wirtschaftszeitungen, zwei englischsprachige Zeitungen sowie in jeder der neun Provinzen eine Regionalzeitung. Diese verbleibenden neun Regionalzeitungen schließen ihre Korrespondentenbüros in Seoul. Die in Seoul erscheinenden überregionalen Zeitungen schließen ihre Büros in den Provinzen. Die ‚Korrespondenzlücke' soll von der neuen großen Nachrichtenagentur ausgefüllt werden"* („SZ", 26.11.80). Eine dermaßen gleichgeschaltete Presse wird sicherlich im Sinne der Militärs berichten.

Damit es auch im parlamentarisch-politischen Bereich mit der weiteren „Demokratisierung" nach Art des Tschon Du Hwan reibungslos vorangeht, wurden inzwischen 835 Politiker mit einem achtjährigen Verbot der Teilnahme an der aktiven Politik belegt. Unter ihnen befinden sich 210 der insgesamt 231 Abgeordneten des im Frühjahr aufgelösten „Parlaments" (der Rest arbeitet direkt in der Junta mit).

Mit der Ausschaltung Kim Dae Dschungs soll der Kristallisationspunkt der Opposition zerschlagen werden, womit man sich eine weitere Lähmung und Resignation der regimefeindlichen Kräfte erhofft. Allerdings kann die Hinrichtung Kims auch den gegenteiligen Effekt haben.

Die internationale Solidarität

In der ganzen Welt hat es bei der Verkündung des Todesurteils Protestaktionen gegeben. Herausragend in der internationalen Solidaritätsbewegung ist Japan. Hier leben etwa 600.000 Koreaner, die auch in der Vergangenheit den Kampf für Demokratie in ihrer Heimat als ihre Sache angesehen haben. Hier wurden mehrere demokratische Organisationen von Auslandskoreanern gegründet, unter anderem auch „Hanmin-tong", an deren Gründung Kim Dae Dschung während seiner Zeit im Tokioter Exil aktiv beteiligt war. In Japan hat man

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

auch nicht vergessen, daß japanischer und südkoreanischer Geheimdienst 1973 Hand in Hand arbeiteten, als Kim aus Tokio nach Seoul verschleppt wurde. Die japanischen Regierungen sind seit jeher mit den südkoreanischen Regimes wirtschaftlich und politisch eng verfilzt – insgeheim betrachtet man das Land noch immer als japanische Kolonie.

Aber gerade in Japan hat die demokratische Bewegung die Kämpfe für Demokratie in Südkorea stets unterstützt.

In der Kampagne zur Rettung Kim Dae Dschungs wurden in Japan 3,5 Millionen Unterschriften gesammelt. Die Transportarbeitergewerkschaft beschloß, keine südkoreanischen Schiffe mehr abzufertigen. Auf den Bahnhöfen wird von den Lokführern aus Protest gegen das Todesurteil beim Verlassen der Bahnhöfe für jeweils eine Minute die Signalpfeife ausgelöst. Die japanischen Katholiken und Protestanten riefen zu einer internationalen Konferenz in Tokio auf, um das Leben Kims zu retten. Angesichts dieser deutlichen Stellungnahmen sah sich die japanische Regierung gezwungen, zumindest verbal, in Seoul zu protestieren und bei einer Hinrichtung Kims mit ernsten Schritten zu drohen – bis hin zur Anerkennung der Koreanischen DVR. (Das wiederum veranlaßte die südkoreanische Junta, „Protestdemonstrationen" gegen eine angebliche Einmischung Japans in ihre Angelegenheiten zu veranstalten).

Protestaktionen fanden auch in den USA, der BRD und anderen Ländern statt. Insbesondere die Rolle der BRD im Falle Kim Dae Dschung ist eine mehr als traurige. Während der Bundestag ihm Asyl anbot, von Willy Brandt bis Franz-Josef Strauß, alles was Rang und Namen hat, sich für seine Freilassung aussprach, sah die BRD-Botschaft in Seoul die Sache offensichtlich differenzierter. So berichtete die „Frankfurter Rundschau" über die Aktivitäten von Botschafter Eger und seinen Mannen: *„Die Übergabe der Bonner Protestschreiben wurde für ihn zu einer peinlichen Zumutung: ‚Ich mache mich ja schon lächerlich', zitieren ihn deutsche Beobachter in Seoul. Was das Schicksal Kims betrifft, erklärte Eger gegenüber deutschen Pressevertretern: ‚Wenn man Kim Dae Dschung ist, muß man doch damit rechnen, ins Gefängnis zu kommen'* " (4.12.80).

Mitte November, als sich der Prozeß Kims gerade vor dem Berufungsgericht befand, lud die Botschaft zum Bundeswehr-Jubiläum, *„zu dem die Creme der südkoreanischen Militär-*

Mitte November, als sich der Prozeß Kims gerade vor dem Berufungsgericht befand, lud die Botschaft zum Bundeswehr-Jubiläum, *„zu dem die Creme der südkoreanischen Militär-*

putscher geladen worden war", und dessen Atmosphäre von der englischsprachigen Regime-Zeitung „Korea Times" als *„herzlich und anheimelnd"* beschrieben wurde. Daß es sich bei der Botschaft in Seoul nicht um einen Einzelgänger handelt, machte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes deutlich: *„Eger handle in Seoul nach den Weisungen der Bundesregierung, die sich wiederholt und nachdrücklich für Kim eingesetzt habe"*.

In einem Interview mit der „tageszeitung" hatte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes schon klargemacht, was dieses nachdrückliche Einsetzen für Kim in der Praxis bedeutet – nämlich nichts als schöne Worte. Auf die Frage der „taz": *„Hat die Erneuerung der Diktatur in Südkorea seit den Ereignissen von Kwangdschu im Mai irgendwelche praktischen Konsequenzen für die deutsch-koreanischen Beziehungen gehabt, speziell auf wirtschaftlichem Gebiet, z.B. bezüglich geplanter Investitionen, Kredite..?"* hieß es nur lapidar, *„wir leben doch nicht in einem Land mit einer Staatswirtschaft"* („taz", 5.11.80). Abgesehen davon, daß gegen Länder des revisionistischen Lagers solche Maßnahmen anscheinend möglich sind (erinnert sei nur an das Adenauersche Röhren-Embargo gegen die Sowjetunion), ist auch die Bundesregierung selbst aktiv an der Finanzierung des Militärregimes beteiligt. So wurde während der blutigen Niederschlagung des Aufstands von Kwangdschu von der Bundesregierung ein 28-Millionen-Kredit an die Militärjunta unterzeichnet – trotz zahlreicher Proteste. Nach wie vor bildet die Bundeswehr den Nachwuchs für die südkoreanischen Militärs aus. Um auch in der BRD die Solidaritätsbewegung zu verbreitern, wurde in Bonn Ende Oktober ein Südkorea-Tribunal durchgeführt. Regelmäßige Informationen über die Lage in Südkorea gibt das

Korea-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.
Dr. Albrecht Lein
Schulweg 17
34oo Göttingen

heraus, in dem zahlreiche westdeutsche Demokraten mitarbeiten.

Asien-/Australien-Kommission



Koordinationszentrum für Erdbebenopfer aufgebaut

Liebe Freunde,

sicher ist es nicht mehr notwendig, euch über die Notlage der vom jetzigen Erdbeben in Süditalien betroffenen Gebiete speziell zu berichten — ihr werdet alle informiert sein und wissen, daß schnelle und praktische Hilfe nötig, aber nicht immer ganz einfach durchzuführen ist.

Die internationale Hilfs- und Spendenwelle ist groß und gut gemeint; aber vieles wird dabei leider, wie in solchen Fällen üblich, an Mangel von Organisation, Planung und gezieltem Einsatz — oder wegen politischer Interessen (die im nächsten Frühjahr stattfindenden Wahlen machen sich

solchen Fällen üblich, an Mangel von Organisation, Planung und gezieltem Einsatz — oder wegen politischer Interessen (die im nächsten Frühjahr stattfindenden Wahlen machen sich

bereits jetzt bemerkbar: das Erdbeben wird schon für persönliche — oder Parteienpropaganda ausgeschlachtet) scheitern. Diese Erfahrungen wurden nach den Erdbeben in Sizilien (Belice Tal) und im Friuli schon gemacht. Vieles von dem, was dorthin von öffentlicher und privater Seite zur Verfügung gestellt wurde, verschwand mehr oder weniger spurlos, bevor es bei den Betroffenen ankam.

Aus diesen Überlegungen heraus und angesichts der Notlage und des aufgetretenen Chaos innerhalb der Hilfsaktionen, haben sich in Westsizilien (Palermo) demokratische Zentren, Gruppen und Einzelpersonen zu einem „Comitato di Solidarietà con le Popolazioni Terremotate" — CSPT — (Solidaritätskomitee für die vom Erdbeben betroffene Bevölkerung) zusammengeschlossen — dies um zu vermeiden, daß gesammelte Gelder und Sachspenden „verschwinden" (sondern dort ankommen, wo sie gebraucht werden) und daß Zeit, Mühe und Geld in Einzelinitiativen verzettelt werden.

Das Programm des Koordinationszentrums wird auf beiliegendem Blatt kurz dargestellt. Erste Kontakte sind hergestellt, auch im Erdbebengebiet — Mitarbeiter im Koordinationszentrum gefunden — was fehlt, sind die notwendigen Gelder.

Wir bitten dringend um eure Unterstützung und darüber hinaus um Verbreitung dieses Schreibens, evtl. Sammlungen am Arbeitsplatz, bei Freunden, Schulen, Vereinen usw.

Überweisungen auf:
Postscheckkonto Nr. 10109908
Centro Nef-Palermo
Stichwort „CSPT"

oder:

Euroscheck bzw. Internat. Post- oder Banküberweisung an
Centro Nef, Via Isidoro La Lumia 5/7
I-90139 Palermo

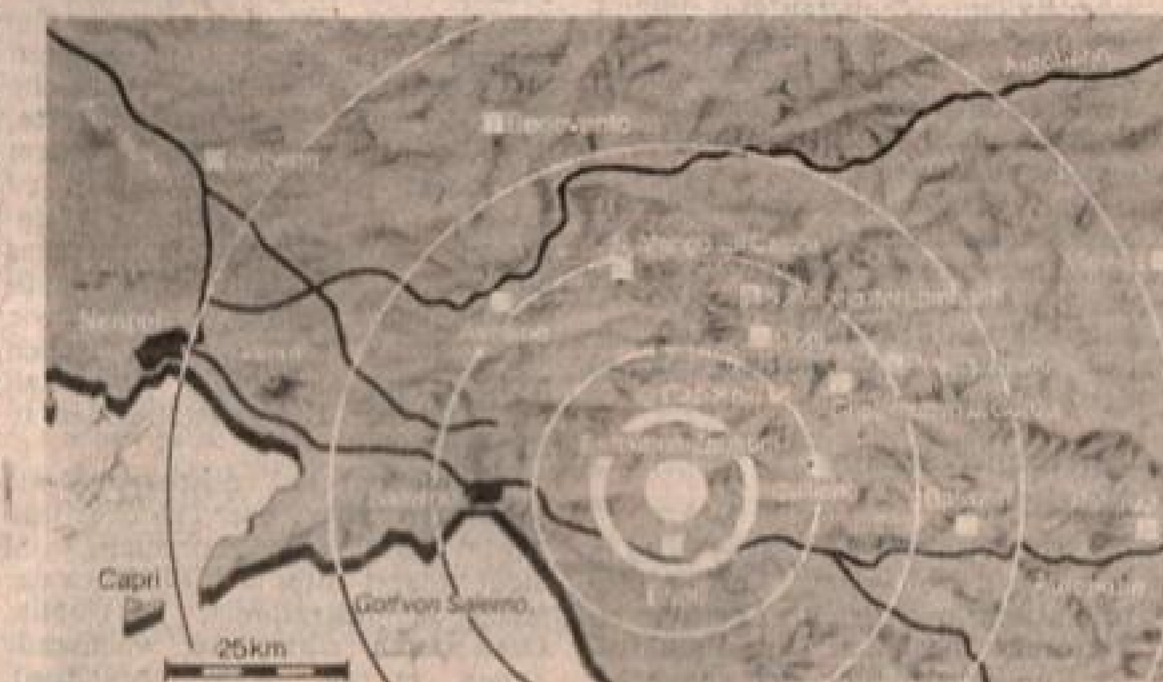
Spendenbescheinigung wird zugesichert — wichtig ist, daß die Spenden so schnell wie möglich ankommen.
Herzliche Grüße,

Spendenbescheinigung wird zugesichert — wichtig ist, daß die Spenden so schnell wie möglich ankommen.
Herzliche Grüße,

P.S. Jeder Beitrag berechtigt zum Empfang von Informationen über die Arbeit des Koordinationszentrums und die Situation im Erdbebengebiet betreffend — inclusive Informationsheft.

Es wird ein Koordinationszentrum aufgebaut mit folgenden Zielsetzungen:

- Aufrechterhaltung direkter Kontakte zum Erdbebengebiet — direkte Koordination mit Gemeinden und Basisstrukturen aus den betroffenen Dörfern;
- Verbreitung von Informationen aus dem Erdbebengebiet — Propaganda für eine reelle Solidarität — Herausgabe eines Informationsheftes, das auch nach dem Abflauen der ersten Hilfswelle weiterbestehen wird;
- Aufbau eines Netzes von Gastfamilien, die Kinder, Einzelpersonen oder auch ganze Familien vorläufig aufnehmen, wobei es nicht nur um die Unterkunft geht, sondern auch darum, Kontakte zum Herkunftsort aufrecht zu erhalten und gemeinsam zu überlegen, wie es weitergehen soll;
- Organisation eines Informationsnetzes für freiwillige Helfer — Auskünfte über Art und Ausrüstung der notwendigen Hilfe — evtl. Erstellung des Ausrüstungsmaterials;
- Sammeln von Geld- und Sachspenden, um diese Aktivitäten zu finanzieren.



Brokdorf: Demonstration gegen Weiterbau

Da die Wahlzeiten bekanntlich vorbei sind, erteilte Innenminister Baum Anfang Dezember die „Empfehlung", das Genehmigungsverfahren für Brokdorf weiterlaufen zu lassen. Dies bedeutet, daß zur Jahreswende die Kieler Landesregierung die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für Brokdorf erteilen wird. Hamburg hat vorerst keine Zustimmung gegeben, und die Hamburger SPD will auf einem energiepolitischen Sonderparteitag Anfang Januar 81 über ihre Haltung beraten. Da aus verschiedenen Parteibezirken, wie z.B. Altona, schon klare Absagen gekommen sind, hat die Preußen-Elektra (Tochter der bundeseigenen (!) Veba) angekündigt, in das Geschäft einzusteigen, um den Hamburger Anteil zu übernehmen. Die Entscheidung der Hamburger Elektrizitätswerke (HEW) soll erst nach dem SPD-Parteitag getroffen werden. **Gebaut werden soll also auf alle Fälle.**

Kurz nachdem bekannt wurde, daß möglicherweise schon im Frühjahr weitergebaut werden soll, vereinbarten die Kläger gegen das AKW und andere Brokdorf-Gegner, als Auftakt für weitere Aktionen, zu einer Demonstration am Bauplatz aufzurufen. Auch im vergangenen Jahr demonstrierten nach kurzer Mobilisierung 4000 Menschen am 23.12.79 aus Protest gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts.

Für den 4.Januar 81 wird überregional zu einem Treffen aufgerufen, um über weitere Aktionen zu beraten. Im Gespräch ist u.a. eine Großaktion Ende Januar/Anfang Februar. Ort und Zeitpunkt des Treffens kann erfragt werden bei:
BUU/Itzehoe, Peter Ott, 04821/3898

Bundeskonferenzauswertung in Darmstadt

Am 13.12. trafen sich 40 Leute aus 27 Initiativen in Darmstadt zu einem Nachbereitungstreffen der Bundeskonferenz. Im Wesentlichen waren auch hier alle Strömungen der Anti-AKW-Bewegung vertreten. Die Bundeskonferenz wurde fast übereinstimmend als positiver Ansatz zur Weiterarbeit bewertet, zumal es erstmals seit langer Zeit wieder möglich wurde, ein Gesamtbild vom Stand und der Stärke der Bewegung zu bekommen – eine wichtige Voraussetzung, um künftige Aktionen zu planen. Dabei wird es sehr entscheidend sein, inwieweit es gelingt, angesichts der Meinungsvielfalt innerhalb der Anti-AKW-Bewegung und der Offensive der Betreiber zum gemeinsamen Vorgehen zu kommen. In einer Resolution wurden die Initiativen aufgefordert, in der Öffentlichkeit auf den aktuell bevorstehenden Weiterbau in Brokdorf aufmerksam zu machen und sich an den Aktionen zu beteiligen.

ATOMKRAFTWERK

ATOMKRAFTWERK BROKDORF – NIE!
WIR WERDEN DEN BAU VERHINDERN

Deutsche Bundespost
Telegramm
aus Brokdorf
2.11.80
G. Baum
Bundesministerium des Innern
5300 Bonn

Sehr geehrter Herr Minister !

Nachdem die Brokdorfanteile einschließlich unserer Lebensgrundlagen etwas lustlos auf dem internationalen freien Markt gehandelt wurden, soll diese Kapitalanlage durch Ihr Votum zur zweiten Teilerrichtungsgenehmigung entscheidend aufgewertet werden. Über den von Ihrer Regierung und Ihrer Partei kühl kalkulierten Vertrauensbruch hinaus riskieren und verantworten Sie damit die härteste Auseinandersetzung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Die Kläger
aus der Wilstermarsch

DIE BÜRGERINITIATIVEN UMWELTSCHUTZ UNTERELBE

Impressum
Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14täg. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Don't Let The Irish Prisoners Die!



Der Hungerstreik der 7 republikanischen Gefangenen im nordirischen KZ „Long Kesh" ist in seine kritische Phase getreten: Der physische Zustand von zumindest 3 Hungerstreikenden hat mittlerweile eine derartig besorgniserregende Form angenommen, daß die Verlegung in ein Belfaster Militärkrankenhaus veranlaßt werden mußte. Sollte einer der Gefangenen den Hungertod erleiden, und dies ist in den nächsten Tagen zu befürchten, nimmt ein weiterer republikanischer Gefangener den unbefristeten Hungerstreik auf. Seit dem 1.12. befinden sich nun auch 3 weibliche Gefangene des Frauengefängnisses Armagh im Hungerstreik auf Leben und Tod. Wie ihren männlichen Genossen in „Long Kesh" geht es auch ihnen um die Anerkennung als politische Gefangene durch London.

Der „politische Status" war 1976 wieder abgeschafft worden. Damit verbunden war eine drastische Verschlechterung der Haftbedingungen für die Gefangenen aus der republikanischen Bewegung, die ihrerseits mit einem „Blanket protest" reagierten. Nur mit einer Wolldecke („blanket") bekleidet und ständig Folterungen durch das brutalisierte, zumeist protestantische, Wachpersonal ausgesetzt, verharrten die Gefangenen in den 2 x 3m großen Zellen der nach westdeutschem Vorbild errichteten Isolationstrakte. Sämtliche mit dem ‚politischen Status' verbundenen „Privilegien" wurden gestrichen. Den politischen Protest der „blanket men" beantwortete die Gefängnisadministration mit extremer Härte.

U.a. wurde den Gefangenen der Gang zur Toilette untersagt: stattdessen haben sie ihre Notdurft in eigens dafür bereitgestellte Kübel in ihren Zellen zu verrichten. 1978 beschlossen die Gefangenen die Durchführung eines „dirty protest", d.h. sie verweigerten in der folgenden Zeit jegliche Kooperation mit dem Anstaltspersonal. Das Leeren der Kübel, in den letzten Jahren die einzige Möglichkeit, die Zelle zu verlassen, (die jedoch auch nicht für alle bestand), erfolgte fortan in den Zellen selbst.

Die unwürdigen und unhaltbaren Haftbedingungen in den ‚H-Blocks' haben in der Vergangenheit wiederholt Proteste seitens ‚Amnesty International' und ähnlichen Organisationen hervorgerufen. Nachdem im Oktober dieses Jahres das Scheitern der Vermittlungsgespräche zwischen den kirchlichen Würdenträgern Kardinal O'Faich und Bischof O'Daly und dem ‚Northern Ireland Office' (britisches Nordirland-Ministerium), von denen sich viele eine akzeptable Verbesserung der Situation in den ‚H-Blocks' erhofften, offenkundig war, sahen die republikanischen Gefangenen keine andere Möglichkeit mehr, als den unbefristeten Hungerstreik auf Leben und Tod zu erklären.

Protestdemonstration

Sollte auch „nur" ein republikanischer Gefangener den Hungertod erleiden, und dies ist, lenkt London nicht ein, in den nächsten Tagen zu befürchten, droht eine neuerliche Eskalation des Konfliktes in den 6 Grafschaften Ulsters. Die Verantwortung für das, was sich dann auf den Straßen Nordirlands (aber sicher nicht nur dort) abspielen wird, hat einzig und allein eine britsche Regierung zu tragen, die vor der Weltöffentlichkeit nicht akzeptieren will, daß sie sich mit der republikanischen/katholischen Minderheit im Norden im Besonderen und dem gesamten irischen Volk im allgemeinen, in einem Kriegszustand befindet.

Irland erlebt zur Zeit seine zahlreichsten und größten Demonstrationen seit Jahren. Sowohl im Norden, als auch in der südlichen Republik gibt es zur Zeit nur ein politisches Thema: Den Hungerstreik der republikanischen Gefangenen in „Long Kesh" und Armagh. Am 6. Dezember marschierten 60 000 Menschen zur britschen Botschaft in Dublin. Eine Woche zuvor waren über 20 000 Demonstranten vor das „Leinster House", dem Sitz des südirischen Parlaments gezogen. Dabei gingen der ‚Union Jack' (britische Flagge) sowie zwei Thatcher und Atkins (Nordirlandminister) darstellende Strohpuppen in Flammen auf. Bereits am 4.11., d.h. eine Woche nach Beginn des Hungerstreiks, hatten im nordirischen Belfast 30 000 Menschen demonstriert. Es vergeht nicht ein Tag, an dem nicht irgendwo irgendeine Demonstration zur Unterstützung der republikanischen Gefangenen stattfindet. Der Protest hat mittlerweile auch das kleinste Dorf Irlands erfaßt.

Desweiteren unterstützen fast sämtliche Gewerkschaftssektionen die 5 Forderungen der Gefangenen, die lauten:

- keine Gefängniskleidung;
- keine Gefängnisarbeit;
- Vereinigungsfreiheit mit anderen politischen Gefangenen, das Recht auf Schulung und handwerkliche Betätigung, geregelt von den Gefangenen selbst;
- einen Brief, einen Besuch, ein Paket mit Nahrungsmitteln pro Woche;
- Wiederherstellung des Begnadigungsrechts.

Die Unterstützung der 5 Forderungen der zumeist der I.R.A. und I.N.L.A. angehörenden Gefangenen, reicht weit hinein in die Reihen der südirischen Regierungspartei ‚Fianna Fail'. Auf welch breite Solidarität das Anliegen der Gefangenen trifft, verdeutlichen auch die kürzlich erfolgten



Raymond McCartney, einer der sieben Hungerstreikenden in Long Kesh, nach 4 Jahren H-Block und 18 Tagen Hungerstreik

Nachwahlen in Donegal. Die bekannte Fianna Fail Politikerin Sile de Valera nahm sich im Wahlkampf der Forderungen der Gefangenen an. Die Regierungspartei konnte einen unerwarteten Zugewinn von 7% für sich verbuchen.

Organisiert und koordiniert wird die Solidaritätskampagne mit den republikanischen Gefangenen durch das „National H-Block Comitee", das sich am 16.12.79 unter dem Vorsitz von Pfarrer Piaris O'Duill in Dublin konstituiert hatte. Das Spektrum der im „National H-Block Comitee" vertretenen Kräfte reicht von den Unterstützern des bewaffneten republikanischen Widerstandes bis hin zu Menschen, deren Motivation zur Mitarbeit primär humanistischer Art ist. An der Gründungskonferenz des Komitees waren seinerzeit u.a. der Europaparlamentsabgeordnete Neil Blaney sowie der Präsident der ‚Irish Transport und General Workers Union' Michael Mullen beteiligt. Blaney war auch einer der Redner auf der Kundgebung am 6.12. vor der britischen Botschaft in Dublin. Die traditionelle Organisation des radikalen Republikanismus, Sinn Fein, die neben den ‚Relative Action Comitees' (Aktionskomitees der Angehörigen der Gefangenen) maßgeblichen Anteil am Zustandekommen eines derartig breiten Bündnisses hatte, machte dabei n i c h t eine bedingungslose Unterstützung des bewaffneten Kampfes der I.R.A. zur Veraussetzung. Sämt-

der I.R.A. zur Veraussetzung. Sämt-

liche Versuche, das Bündnis an der Frage der Unterstützung von I.R.A. und I.N.L.A. zu spalten, sind bisher kläglich gescheitert.



Nationale H-Block-Demonstration in Dublin

Internationale Solidarität

International zählen zu den Unterstützern der Petition mit den 5 Forderungen u.a. die Charta 77, amnesty international (ihr irischer Präsident und Nobelpreisträter Sean McBride gehörte selbstverständlich mit zu den ersten Unterzeichnern der Petition), die holländische Sektion von ‚Pax Christi', fast sämtliche australischen Gewerkschaften, der revisionistische Weltgewerkschaftsbund, der Stadtrat der amerikanischen Autostadt Detroit, Mitglieder des britischen Unterhauses, Mitglieder des australischen Parlaments, Lord Tony Gifford, George Marchais (KPF-Führer) und viele andere mehr.

Im Vergleich zu den westeuropäischen Nachbarländern, den USA und Australien (hier leben zahlreiche irische Exilanten/Emigranten), nimmt sich die Solidarität in der BRD recht mager aus. Zu den Unterzeichnern der Petition gehören hierzulande u. a. Heinrich Böll, Peter O. Chotjewicz und Jakob Moneta.

Das ‚Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee' führt zur Zeit eine zweite Rundreise mit irischen Genossen durch. Auf Einladung des ‚WISK' hält sich seit dem 12.12. der ehemalige „blanket man" Martin Lawlor in der BRD auf.

Terroranschläge in Nordirland

Die ‚Anti-H-Block-Kampagne' wird in Nordirland von einem Anstieg protestantisch/loyalistisch motivierter Terrorakte begleitet. Die „Frankfurter Rundschau" fühlt sich angesichts derartiger Tatsachen zurecht *„an die schlimmsten Tage aus der Zeit Anfang der 70er Jahre"* erinnert (10.11.). Die protestantischen/loyalistischen Radikalen hegen zweierlei Befürchtungen: Zum einen eine Wiedergeburt der Bürgerrechtsbewegung, zum anderen ein wie auch immer geartetes Nachgeben der ohnehin mit zunehmendem Argwohn betrachten Regierung in London. Ohne daß irgendwelche Anzeichen vorlagen, die zur Annahme des letzteren berechtigen würden, starteten die loyalistischen Paramilitärs p r ä v e n t i v eine neuerliche Terrorkampagne, mit dem Ziel, die katholisch/republikanische Minderheit frühzeitig von den Straßen und öffentlichen Plätzen zurück in die Ghettos zu drängen sowie London und das „Northern Ireland Office" auf einen kompromißlosen Kurs gegenüber den Forderungen nach Wiedereinführung des ‚politischen Status' festzulegen. In einer Erklärung kündigte die protestantische „Ulster Defence Association" (U.D.A) an, „die Provisionals in der H-Block-Bewegung auszumerzen" und „diejenigen auszumerzen, die eine Gefahr für den Staat Ulster (Nordirland) darstellen" (nach „AN Phoblacht", 8.11.80).

Bei ihren Angriffen auf die katholische/republikanische Minorität können die protestantisch/loyalistischen Terrorbanden einmal mehr auf aktive Unterstützung aus den Reihen des ‚Northern Ireland Office', der britischen Armee und selbstverständlich

schen Armee und selbstverständlich

der offiziellen sektiererischen nordirischen Sicherheitskräfte bauen.

Es verdichteten sich in den letzten Wochen einmal mehr Vermutungen, daß hinter zahlreichen in der Vergangenheit verübten Attentaten die berüchtigte britische Anti-Terror-Sondereinheit S.A.S. steckt. In der Nacht zum 15.10. wurden in Westbelfast mit Ronnie Bunting und Noel Little zwei führende Genossen der ‚Irish Republican Socialist Party' und Aktivisten des ‚National-H-Block-Comitee' ermordet. Es spricht einiges zumindest für eine passive Beteiligung der britischen Armee und der offiziellen Streitkräfte. Buntings Frau, die das Attentat schwerverletzt überlebte, erklärte gegenüber der Presse die S.A.S. als für die Ausführung der Morde verantwortlich. Die irischen Zeitungen „Sunday Times' und „Hibernia" äußerten ähnliche Vermutungen.

Britische Regierung unter Druck

Die britische Regierung hatte wohl zunächst das Ausmaß möglicher Solidarität mit den Forderungen der Gefangenen weit geringer eingeschätzt. So scheiterten sämtliche Versuche klerikaler und bürgerlicher Kräfte, die Regierung in London zu einem zumindest partiellen Einlenken zu bewegen, an der demonstrativ unnachgiebigen Haltung von Thatcher und Atkins. London machte unmißverständlich klar, daß mit einem wie auch immer gearteten Nachgeben nicht zu rechnen sei. Eher würde man den Tod der Hungerstreikenden in Kauf nehmen!

Es mehren sich mittlerweile die Anzeichen dafür, daß Thatcher und Atkins kalte Füße bekommen, wohl nicht zuletzt unter dem Eindruck der Massendemonstrationen in Dublin. Desweiteren dürfte der wachsende Druck in der Weltöffentlichkeit, deren Blicke sich mit dem Hungerstreik wieder verstärkt auf Irland richten, dazu zwingen, Kompromissbereitschaft zu signalisieren. Die unflexible „störrische" Haltung Londons provozierte selbst im eigenen Lager in zunehmenden Maße Kritik.

Am Montag nach dem Marsch der 60 000 begab sich Thatcher in Begleitung ihres Schatzmeisters Howe und Außenministers Carrington eilig nach Dublin, um gemeinsam mit ihrem südirischen Amtskollegen Haughey nach einem Ausweg aus der inzwischen höchst prekären Situation zu suchen. Der kolaborationsbereiten südirischen Regierung fällt im Lösungskonzept Londons eine besondere Rolle zu. Es sollte Thatcher, Atkins und Haughey dabei klar sein, daß Scheinzugeständnisse, wie sie noch wenige Tage vor Beginn des Hungerstreiks die Haltung Londons bestimmten, kaum zur Beendigung des Hungerstreiks und der Protestbewegung in Irland führen werden.

Bei den Gesprächen zwischen der englischen und der südirischen Regierung geht es dem Vernehmen nach jedoch nicht nur um den Hungerstreik und Möglichkeiten seiner umgehenden Beilegung, sondern um die gesamte Nordirlandpolitik („Ulsterisierung") Londons. Die britischen imperialistischen Vorstellungen von einem zukünftigen Irland machen eine engere Kooperation mit der katholischen Elite im Norden bzw. der kollaborationsbereiten Regierung im Süden notwendig.

im Süden notwendig.

Theoretisch denkbar wäre, daß die Gefangenen analog zu 1972 einen Status eingeräumt bekommen, der inhaltlich einem ‚politischen' gleichkommt, jedoch nicht als solcher deklariert wird. Hier stellt sich jedoch die Frage, inwieweit heute noch ein Spielraum für eine derartige Lösung existiert. Die Abschaffung des ‚Special Category Status' ist 1976 nicht zuletzt auf Betreiben der BRD-Regierung erfolgt. Verbunden war damit ein partieller Export des westdeutschen Konzepts der „Terrorismusbekämpfung". Der irische Autor Tim Pat Coogan hat diesen internationalen Zusammenhang in seinem Bestseller „On the blanket", noch vor Bekanntwerden der Straßburger Entscheidung über die Klage republikanischer Gefangener, aufzeigt. Hätte der Europäische Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg dem Verlangen der I.R.A.- und I.N.L.A.-Gefangenen nach Anerkennung als politische Gefangene nachgegeben, wäre dies eine Entscheidung von höchster politischer Brisanz gewesen mit unweigerlich folgenschweren Konsequenzen für andere westeuropäische Regierungen. Gruppen wie die RAF und die Roten Brigaden hätten auf Grundlage einer positiven Entscheidung gleiche Ansprüche anmelden können. Der Befreiungskampf in Irland gefährdet das europäische Modell der vorbeugenden Unterdrückung von Aufruhr.

KB/Gruppe Münster

Das ‚Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee' hat eine sehr informative Broschüre zum Hungerstreik veröffentlicht. Sie kostet DM 3,- und ist über folgende Adresse zu beziehen:

Westdt. Irlandsolidaritätskomitee
Postfach 35
6370 Oberursel 5

Solidaritätsveranstaltungen

Das Westdeutsche Irlandsolidaritätskomitee (WISK) veranstaltet erneut eine Rundreise, an der auch ehemalige Gefangene aus Long Kesh teilnehmen.

Termine nach Erscheinen dieser AK-Ausgabe:

- 16.12. Karlsruhe, Schlachthof, Durlacherallee 64 19 Uhr
- 17.12. Freiburg, Schwarzwaldhof
- 18.12. Straßburg

Nationale Demonstration

Am 20.12. wird in Frankfurt eine allgemeine H-Block-Demonstration stattfinden, Beginn 11 Uhr, Friedberger Platz.

Kontakt:
WISK, Tel.: 0671/73212

Erich Knapp

»Scherbengericht über die Z-Fraktion«

Im folgenden drucken wir einen Brief von Erich Knapp, Mitglied im Bundesvorstand der Grünen, ab, der sich kritisch mit den Ergebnissen der Bundeshauptausschuß-Sitzung der grünen Partei vom 29./30.11. auseinandersetzt (vgl. dazu AK 190, S. 1). Erich Knapp war lange Jahre Mitglied der SPD. 1975 enthüllte er zusammen mit Günther Wallraff die Beteiligung der SPD an der Abwürgung des revolutionären Prozesses in Portugal. Er wurde daraufhin aus dem diplomatischen Dienst (er arbeitete zu dieser Zeit in der bundesdeutschen Botschaft in Kairo) „entfernt" und erhielt faktisch Berufsverbot. In der letzten Zeit hat er sich vor allem für eine klare anti-militaristische Ausrichtung der grünen Partei stark gemacht.

ERICH KNAPP
St. Augustin
3.12.1980

Ich möchte Euch meine Sorgen und Bedenken mitteilen, und ich habe nichts dagegen, wenn Ihr diesen Brief trotz der Unvollkommenheit und mangelnden Systematik der Darstellung mit Freund/inn/en besprecht, falls Ihr wollt. Ich möchte persönliche Impressionen und Schlüsse aus den Bundesvorstandssitzungen seit der Bundestagswahl und nach der BHA-Sitzung in Nürnberg wiedergeben, schon um mit mir selbst ins Reine, evtl. auch um zu einer Aussprache zu kommen.

Die BHA-Sitzung ist fast ganz nach den Wünschen jener verlaufen, die eine Politik verfolgen, wie ich sie in meinem Brief an Haußleiter beschrieben habe: ein Scherbengericht über die „Z-Fraktion" mit dem Ziel ihrer schließlichen Ausschließung aus den GRÜNEN, ein Abschneiden des institutionellen Fadens zwischen heute und dem Saarbrücker Programm (die Programmkommission aufgelöst, was faktisch heißt: keine Verbesserung und Fortschreibung des Saarbrücker Programms sondern ein nebulöser „Neubeginn") und ein **Saarbrücker Programms sondern ein nebulöser „Neubeginn") und ein** **„Bekenntnis" (ach dieses verquatschte Lutherdeutsch!) zur „Friedenspolitik", zu einem Friedensfest gar – Freude, Frieden, Eierkuchen wolln wir doch alle – ohne die Ursachen der Kriegsgefahr, den weltweiten und grundsätzlichen Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit in den Gesellschaften und der Staatenwelt, ins Auge zu fassen. Die BHA-Sitzung wurde somit zum Signal an Gruhl-Springmann, daß eine „Wiedervereinigung" mit der Grünen Föderation eine realisierbare Perspektive ist.**

Daß die GAZ nur noch eine 50-Mann-Partei ist, wird von denen, die diese Politik der Wiedervereinigung treiben, gern camouflierend in den Vordergrund geschoben. Die GAZ ist das ja in der Tat, aber sie ist politisch eben weit mehr. Und alle, die aussprachen, daß es in der BRD keine zwei grünen Parteien nebeneinander geben könnte, haben dies indirekt bestätigt. Wer aber meint, dies sei nicht möglich (hauptsächlich weil es die Wahlaussichten jener stören würde, die gern Kultusminister werden möchten), muß den Forderungen Gruhls nachkommen. Das ist die Logik. Gruhl sitzt am längeren Hebel, auch finanziell, weil er mit jenen Kapitalgruppen kooperieren kann, die den Dreck und das Gift wieder entfernen, das andere Kapitalfilialen in die Umwelt bringen. Eine schöne Kreislaufwirtschaft und eine kapitalintensive Ökologie! Der Weg zum Ökofaschismus beginnt an dieser Wegmarke, und der Zustrom von Nazis, Faschisten, Xenophoben und Ex-KPDlern vom völkisch-stalinistischen Flügel der aufgelösten Mao-Partei in die Grüne Föderation macht insofern Sinn, ist kein Zufall und nicht vermeidbar.

„Kein Platz für zwei grüne Parteien" (Georg Ottos wie immer ehrliches Wort) und *„Die Menschen können mit unseren Hinweisen auf nahende Katastrophen nicht leben"* (M.-L. Beck-Oberdorf, Jo Müller u.a.) und *„Die Angst der Arbeiter vor den Roten bei den Grünen"* (Hoss), *„Aufstand der Mitte und grüne FDP und Konzentration auf das Wesentliche"* (Lippelt), *„Hinwendung zu den 97% der Wähler statt zu den 3%"* (Beck-Oberdorf) – was „das Wesentliche" ist, sagt Lippelt in seiner Diplomatensprache wohlweislich nicht – : das waren die Kernaussagen derer, die Saarbrücken und Dortmund zu historischen Unfällen der Partei der GRÜNEN uminterpretieren wollen.

Dazu die Illusionen. *„Das System bricht ohnehin zusammen"* (Freija Scholing), als ob es sich um das des Kapitalismus handeln würde. Das System, das zusammenbricht, ist wieder einmal das der bürgerlichen Demokratie und bald das psycho-physische derer, die von den staatstragenden Kräften gefoltert werden.

Dazu die Illusionen unserer Seminar-Marxologen aus dem Dunstkreis des SB. Die Aufdeckung eines ungenauen Marx-Zitates aus den Marx-Engels-Werken halten sie für Politik, die Ablehnung des Leninismus für eine Entscheidung für unser Überleben! Zugegeben, daß die Lektüre der Werke dieser Universitätsbediensteten, wenigstens für mich, befriedigend ist. Wer macht sonst noch so saubere Analysen, so fein ziselierte Unterscheidungen. Aber noch nie haben diese Angestellten des nichtgewalttätigen Teils des Staatsapparates sich klar gemacht, daß ihr Beruf sie hindert, radikal ihre guten Theorien in die Praxis zu tragen. Statt dessen bekämpfen sie jene, die, wenn auch mit gröberen Theorien, die richtige praktische Entscheidung gefällt haben: die Ablehnung und Bekämpfung unseres strukturfaschistischen Staates. Die Seminarmarxologen sichern sich ihre Karriere, die anderen bringen die Opfer. Nun kann niemand von keinem verlangen, daß er sich opfert. Aber keiner, der sich nicht opfern will, hat das Recht, jene zu schulmeistern, die sich ohne Lohn und Erfolgsaussichten existenziell einbringen in die politische Auseinandersetzung.

An dieser Stelle sei gesagt, daß ich nicht auf der Linie der Z-Fraktion liege. Oft ermangelt ihr die Geduld und das Gefühl für das Nichtmarxisten Zumutbare. Wie kann man die Diktatur des Proletariats fordern, ohne mit Marx zu erklären, daß dies die größere Demokratie bedeutet im Gegensatz zur „demokratischen" Diktatur des Kapitals! (Kein Wunder, daß dann ein Plagemann der BRD mit ihrer Beamtendiktatur bescheinigen kann, sie sei eine Demokratie – mit Fehlern und Schwächen zwar – seit 30 Jahren, mit unabhängiger Justiz, Fehlern und Schwächen zwar – seit 30 Jahren, mit unabhängiger Justiz, nichtverklebter Exekutive-Legislative und ohne Machtverhältnisse, die „nur mit Hilfe von Polizei, Armee und Geheimdienst erhalten werden.") Wie kann die „Z" die Vergesellschaftung auch des Klein- und Mittelkapitals verlangen, wenn diese gerade vom Monopolkapital enteignet werden und das einzusehen beginnen, wenn nur diese imstand sind, einen Steuerstreik zu machen. Wie kann man die Auflösung der Kleinfamilie fordern, wenn es im Interesse des Monopolkapitals liegt, über eine total atomisierte und kommunikationslose Menschenherde beliebig verfügen zu können. (Wer den Nazistaat in einer sozialdemokratischen Kleinfamilie, einer verfolgten, erlebt hat, kennt ihre verkrüppelnden Zwänge, aber auch ihr Potential an Widerstandskraft gegen Staat und Gesellschaft des Monopolkapitals!) – Es gibt zwischen mir und der „Z" eine ganze Menge von Differenzen, und soweit es die Theorie angeht, halte ich mehr von der, die das SB ausarbeitet. Aber wir stehen in einem entscheidenden Lebenskampf, und da halte ich die „Z" – zumal sie selbstkritisch ist und im Zusammenhang mit der SOST-Debatte zulernt – für einen unverzichtbaren, anspornenden, zu Sprüngen anspannenden Teil der GRÜNEN. (Wie ich auch die utopischen Sozialisten, wenn auch nicht in ihrem selbstvergessenen Selbstverständnis, für unverzichtbar halte. Und bei der „Z" wie bei Achberg wie bei den GRÜNEN überhaupt muß der Begriff „qualitatives Wachstum" erst mal aus der Phase des Bekennens und Phrasendreschens herausentwickelt werden!).

Diese BHA-Sitzung war eine böse Regression, wenn dies auch einem Teil der Anwesenden nicht klar war. Was aber eine Minderheit von Wortführern seit dem 6.10. angerichtet hat, muß nun unserer Basis mitgeteilt werden. Dabei fehlen uns die Mittel des Zugangs zur Basis. Diese Rückwendung ist umso schlimmer, als jetzt schon deutlich ein Zustrom endlich enttäuschter SPD-Mitglieder und SPD/FDP-Wähler zu uns einzusetzen beginnt. Eine auf die Grüne Föderation zugehende Partei verschließlich sich, weil einige bourgeoise Typen sich nicht von ihrer ansozialisierten Korruption freimachen können. Ich halte die regressive Politik dieser typisch deutschen Bourgeoisie für einen Verrat an der kleinen Rettungschance, die wir vielleicht noch haben.

Verrat ist es auch, das Monopolkapital und den Staatsmonopolismus, den strukturellen Faschismus von Gesellschaft und Verfassungswirklichkeit nicht thematisieren zu wollen. Bei der Jugend nimmt die Entloyalisierung gegenüber dem Staatsapparat der BRD immer bewußtere Formen an – die Aktionen bei den Zwangsvereidigungen der Bundeswehr beweisen es – und DIE GRÜNEN könnten dies unterstützen. Statt dessen orientiert man wieder auf die Korruption des Parlamentarismus. Statt dessen will man die „97%" gewinnen, die sich unversehens als 33% herausstellen werden, sobald die Katastrophe auch durch Zuhalten von Augen und Ohren nicht mehr zu ignorieren ist. Diese Orientierung ist ein Tribut an die Feigheit und Gemeinheit in den Menschen, an dem diese mit uns um so gewisser zugrunde gehen werden.

Eine Bevölkerung ohne politische Informiertheit und ohne die Einübung einer eigenständigen und interessenbewußten Informationsverarbeitung ist unmündig. Mit ihr läßt sich eine Diktatur in den allerfreiesten und demokratischsten Formen aufziehen, in der freie Wahlen nur raffinierter sind als die Volksabstimmungen im Nazireich. Der nie mündig gewordene, durch Kaisers und Hitlers Dressuren, durch die Lügen und Noskereien der SPD und die Zuckerplätzchen des Wirtschaftswunders unmündig gehaltene deutsche „Bürger" scheut die Zugluft der politischen Freiheit wie das Stallschwein den Forst – und wählt sich seine Metzger selber. Einige GRÜNE wollen nun eine Metzgerkarriere antreten für jene, die hangend-bangend und dennoch mutig, nicht ganz klarbewußt, doch guten Willens dem Stall- und Schlachthausmief entfliehen wollen.

Ich glaube nicht, daß wir, die emanzipatorische und radikalpazifistische Minderheit im Bundesvorstand und Bundeshauptausschuß, uns gegen die Karrieristen durchsetzen können – es sei denn, die Basis würde informiert und raffte sich auf. uns zu un- **– es sei denn, die Basis würde informiert und raffte sich auf,** **uns zu unterstützen. An ihr ist es nun, sich nicht enttäuscht aus der Partei wegzuschleichen („Ich habs ja immer geahnt, daß das so kommen würde!"), sondern Zoff zu machen. Letztlich könnten wir, falls wir uns nicht durchsetzen, wenigstens gemeinsam DIE GRÜNEN verlassen.**

Die Nürnberger BHA-Sitzung hat allerhand links liegen lassen, um Zeit für das geplante Scherbengericht über die Z-Fraktion zu erübrigen. Liegen blieb die von Roland Vogt und mir vorgeschlagene Friedensbroschüre, für die schon eine Bundesvorstandsmehrheit in Stuttgart kein Geld übrig und uns deshalb an den BHA verwiesen hatte. Liegen blieben meine Resolutionsvorschläge für einen sofortigen Austritt der BRD aus der NATO und gegen die Zwangsvereidigungen der Bundeswehr. Erstere hatte ja schon auf der vorhergehenden BuVo-Sitzung in Bonn keine Chance; letztere mit ihrer Betonung der Ungültigkeit dieser Zwangseide war ebenfalls in Stuttgart auf Ablehnung gestoßen (u.a. weil meine verbale Darstellung des männerbündischen Gewaltsystems der Bundeswehr ihrerseits „Gewalt" sei!). Charakteristisch war dann auch, daß Dieters Resolution *„Die GRÜNEN weder links noch rechts , sondern ökologisch"* (als ob ökologische Politik nicht auch von einer totalitären Weltdiktatur, wie sie u.a. Gruhl ausmalte, gemacht werden könne; als ob das Ausweichen vor der realen links-rechts-Problematik nicht die typisch deutsche Flucht ins „Unpolitische", also faktisch doch nach rechts sei; als ob diese fatale deutsche Tradition nicht seit 1945 spätestens ausreichend problematisiert worden sei!) mehrheitlich angenommen wurde gegen meine Definition der GRÜNEN als der „politisch, sozial und ökologisch emanzipativen Partei".

Dies alles vor dem Hintergrund des von den USA geplanten Aggressionskrieges im Nahen/Mittleren Osten und gleichzeitig in Europa (via Woitylas Polen) zwecks Wiedereroberung der Petroleum-Staaten, Ausbluten der Sowjets mit anschliessenden Konterrevolution in Osteuropa und Zentralasien sowie der Vernichtung des westdeutschen Marktkonkurrenten. Der Krieg steht uns ins Haus, und DIE GRÜNEN passen sich an, statt den Widerstand gewaltlos zu organisieren! Gewiß, auch die Mehrheit will den Frieden, aber sie artikuliert ihn wie den Wunsch lieber Kinder an St. Nikolaus und ohne Roß (unsere Staaten) und Reiter (das Monopolkapital) zu nennen. Nur eine Minderheit in BuVo und BHA der GRÜNEN **ist zu konkreter** Friedenspolitik bereit.

Für Feiglinge wird die Lage freilich unangenehm. Man muß nämlich jetzt anfangen auszusprechen, daß ein Regierungs- und „Oppositions"-Establishment, das weiß, daß die BRD nur *„um den Preis ihrer totalen Zerstörung"* zu *„verteidigen"* ist (Helm. Schmidt im SPIEGEL Nr. 38/77), legal vorhanden und „demokratisch" legitimiert sein mag, aber unter allen humanen Gesichtspunkten illegitim und sittenwidrig ist. Daß ihm keinerlei Gehorsam mehr geschuldet ist. Daß die Entloyalisierung der Menschen in Westdeutschland/Westberlin gegenüber dem Staat BRDeutschland mit seiner wahnwitzigen antiökologischen kapitalistischen Vergiftungspolitik, mit seiner Erdrosselung der bürgerlichen Demokratie, mit seinen gesamt-deutsch-größenwahnsinnigen Ansprüchen auf andere Staaten und Staatsteile die einzig mögliche Methode der Lebensrettung ist. – Dies ist der Bezugspunkt aller meiner Vorschläge, und mit ihnen allen bin ich gescheitert.

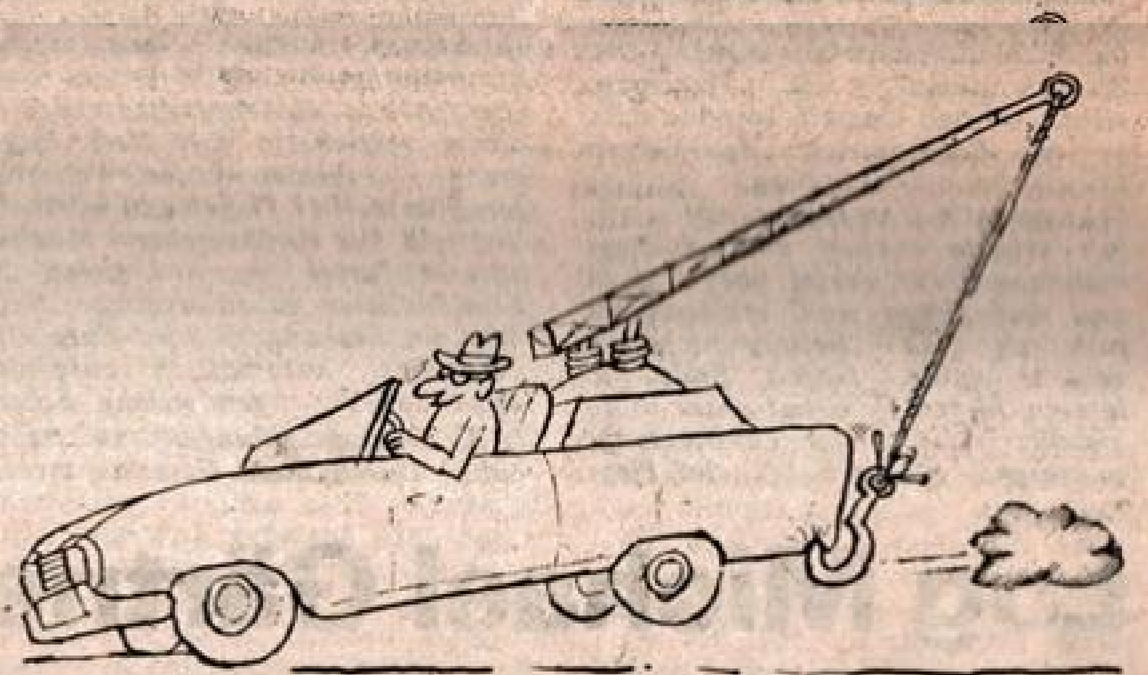
Ich habe nichts davon, wirkungslos in einem Bundesvorstand zu hocken. Dazu habe ich weder genügend Ehrgeiz noch Arbeitskraft noch eine Erfolgsperspektive. Keiner von uns wird noch wirklich Karriere machen können. Keiner von uns wird in einem Geschichtsbuch vermerkt sein, weil niemand mehr solche Bücher schreiben und lesen wird – falls wir es nicht verstehen, der Katastrophe zu entrinnen. Das ist mir bewußt. Und ich weiß auch: wir entrinnen ihr mit Sicherheit nicht, wenn wir jetzt eine „grüne" FDP mit einem abwechselnd gedupschten und bestochenen Juso-Flügel, der zu Wahlzeiten vorgezeigt wird, aufmachen. Da mache ich nicht mit, da weiß ich meine Zeit besser zu verbringen.

Ich schlage Euch deshalb vor, daß wir entweder über alle möglichen Medien unsere Basis ansprechen und um deren aktive Hilfe bis zum nächsten Bundesparteitag bitten, wo dann ein emanzipativer Bundesvorstand zu wählen ist. Die Basis muß allerdings viel tun, sehr aktiv werden, sehr bewußt arbeiten. Wir können nicht die Retter von Phlegmatikern spielen wollen, weder in der Partei noch außerhalb. Geschieht nichts, sehe ich mich nicht veranlaßt, ein weiteres Mal stellvertretend für andere meinen Kopf hinzuhalten. Das habe ich – unfreiwillig – zweimal tun müssen, unter den Nazis und seit 1975. Das langt! Zu mir braucht keiner zu kommen und sich zu beklagen, wenns dann schief gelaufen ist.

Das heißt: Wenn sich in dieser Partei nichts rührt, wenn sie mit sich rumfuhrwerken lassen von den Kutschern in der Partei und in Bonn, wenn sie nicht Citoyens werden wollen, dann können sie mich ... Dann ist mein Rücktritt absehbar!

Dieser Rücktritt könnte dann mein Rückzug von aller Politik sein oder, falls möglich und gewünscht, der Anfang für eine neue, gesellschaftsökologische, d.h. des untrennbaren Zusammenhangs von Ökonomie, Politik und Ökologie bewußte Partei, die weiß, daß die Gattungsfrage eben nicht vor der Klassenfrage lösbar ist, sondern nur gleichzeitig mit ihr, weil das Monopolkapital eher die ganze Menschheit atomisiert, als seine prinzipiell antihumane Politik und Struktur und damit sich selbst aufzugeben.

So steht's also, tut mir leid, daß ich's nicht leichter nehmen kann. Ich hoffe auf viele Reaktionen. Ich möchte mit diesem Brief keinen entmutigen, sondern zu grösserer Klarheit in Denken und Tun, zu mehr demokratischer Radikalität, zu mehr Emanzipationswillen, auch zu Emanzipation von Apathie und Furcht, zu radikalerer Mitmenschlichkeit ermuntern.



Haußleiter gegen Gruhl

In teilweise sehr scharfer Form hat August Haußleiter Gruhls Polemik gegen das Saarbrücker Programm, „Das alternative Luftschloß" (vgl. AK 188, S. 7), zurückgewiesen. Gruhl, dessen großer Verdienst es sei, *„in seinem Buch ‚Ein Planet wird geplündert' vor den Fehlentwicklungen der Wachstumswirtschaft eindringlich gewarnt zu haben"*, sei nach einer kurzen Phase während seiner Mitarbeit in der Programmkommission, in der er sich als „lernfähig" erwiesen habe, *„voll auf seine pessimistische Ausgangslage und auf deren negative Schlußfolgerungen zurückgefallen... Von Gruhl aus gesehen ist das Programm von Saarbrükken in der Tat ein ‚alternatives Luftschloß'; er würde sich und seiner Weltuntergangs-Optik untreu werden, wenn er anders urteilte."*

Gruhls Behauptung, das Saarbrükker Programm verstoße gegen das Grundgesetz, zeige, daß er für eine *„politische Erstarrung"* eintrete, *„die das Grundgesetz selbst nicht will."* – *„Die Grünen kämpfen für die Erfüllung des Grundgesetzes gegen seine Verfälscher; jede andere Behauptung wäre eine Denunziation."* Insbesondere wendet Haußleiter sich gegen den Vorwurf grundgesetzwidriger Programmforderungen in Zusammenhang mit den Aussagen des Saarbrücker Programms zum § 218 („Die Grünen lehnen lediglich die Strafverfolgung wegen Abtreibung ab") und zum Anti-Diskriminierungsgesetz für Frauen. *„Hier sieht Dr. Gruhl eine Parallele zur ‚Methode aller Unrechtsstaaten', nach der Angeklagte ihre Unschuld beweisen müßten... Eine diskriminierte Frau, die gegen ihre Benachteiligung klagt, auf eine Stufe zu stellen mit einem allmächtigen Unrechtsstaat, der Unschuldige verfolgt, ist entweder maßlos übertrieben oder es beruht auf einem Denkfehler."*

Ausführlich widerlegt Haußleiter auch Gruhls Zahlenspielereien, die belegen sollen, daß die Forderungen des Grünen Programms im sozialen Bereich, insbesondere Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich, nicht finanzierbar seien. *„Wer durch Rationalisierung Arbeitsplätze vernichtet, muß auch für die daraus entspringenden sozialen Folgen aufkommen"*, schreibt Haußleiter. *„Insgesamt gehen die Grünen von einem Gesamtkonzept aus, dessen Einsparungen sehr viel höher sind als die Kosten. ... Der reine Verteidigungsetat liegt bei 40 Milliarden, der funktionale Verteidigungsetat, einschließlich der Rüstungsforschung, des strategischen Straßenbaus, des Zivilschutzes, der strategischen Subventionen an NATO-Partner (Türkei und andere) bei über 70 Milliarden. Das sollte ein ehemaliger Bundestagsabgeordneter wissen."*

Zu Gruhls Ausfällen gegen den Programmteil „Bildung und Forschung" schreibt August Haußleiter: *„Besonders polemisch wirkt es, wenn Dr. Gruhl es als ein Signal für ‚Klassenkampf' empfindet, daß die Jugend lernen soll, ‚die den gesellschaftlichen und individuellen Konflikten zugrunde liegenden Interessen zu durchschauen' ... Die Gegenposition könnte nur in der ‚Geschlossenheit der Nation' bestehen, wie sie so positiv in Dr. Gruhls Kriterienkatalog gefordert wird, wie sie aber doch wohl ohne totalitäre Staatsordnung und auf dem Boden des Grundgesetzes kaum erreichbar sein dürfte..."*

Landesparteitag der Grünen in NRW

Wenig Konstruktives leistete der Landesparteitag der Grünen in NRW am 6. und 7.12. in Münster. Es wurden weder die für die Linken katastrophalen Ergebnisse der Nürnberger Bundeshauptausschußsitzung verarbeitet, noch gab es irgendwelche Festlegungen über Arbeitsprojekte der nächsten Zeit. Auch der Antrag des Bundesvorstandsmitglieds Erich Knapp, die Forderung „BRD raus aus der NATO“ zur Grundlage grüner Friedenspolitik zu machen, wurde gar nicht erst behandelt. Ob die auf dem Parteitag eingerichteten Arbeitsgruppen weiterarbeiten und selbstständig konkrete Projekte in Angriff nehmen, kann zur Zeit kaum abgeschätzt werden. Insgesamt zeichnen den Landesverband die gleichen Krisenerscheinungen aus, die auch für die grüne Partei insgesamt gegenwärtig charakteristisch sind. Die „taz“ veranlaßte das zu folgenden leicht satirischen Randbemerkungen: *„Ein Großteil der eingetragenen Mitglieder zahlt keine Beiträge mehr, nimmt an der Arbeit nicht teil, macht sich zugleich jedoch nicht mal die Mühe, eine Austrittserklärung zu schreiben. Um diese Leute auszuschließen, ist nun bei vielen Kreisverbänden (KV) satzungsgemäß eine 2/3 Mehrheit aller Mitglieder eines KV nötig. Natürlich kommt diese 2/3-Mehrheit mangels Beteiligung an den Mitgliederversammlungen nie zustande. Die Satzung müßte also geändert werden. Hierzu wäre freilich eine 3/4-Mehrheit aller Mitglieder erforderlich ...“*

Stimmung gab es auf dem Parteitag – wie so häufig bei den Grünen – erst am zweiten Tag beim Tagesordnungspunkt Wahlen. Nachträglich war vom KV Köln beantragt worden, auch die Vertreter für den Bundeshauptausschuß (BHA) neu zu benennen. Konkret ging es dabei vor allem um die Abwahl eines in den BHA nachgerückten KB-Mitgliedes, teilweise auch um die Entfernung eines weiteren Linken unter den insgesamt fünf Vertretern des Landesverbandes im BHA. Während einige Verfechter dieser Abwahlanträge es vorzogen, ihre eigentlichen Absichten hinter fadenscheinigen Vorwänden zu verstecken – es sei noch nie über Funktion und Aufgabe der BHA-Mitglieder diskutiert worden –

wurde z.B. von Eckart Strathmann (BUS) und Christiane Schnappertz (Bundesvorstand) kein Blatt vor den Mund genommen. Chr. Schnappertz verwies dabei auch auf die AK-Berichterstattung über die BHA-Sitzung in Nürnberg (vergl. AK 190, S.1), durch die sie sich *„in einzigartiger Weise diffamiert“* fühle, und auf die Zitate aus Bundesvorstandsprotokollen in AK 189, die nicht *„die wahre Meinung wiedergegeben“* hätten (das wäre allerdings ein Problem der Protokollführung im Bundesvorstand; aus den Protokollen geht eindeutig hervor, daß Christiane Schnappertz und andere sich im Bundesvorstand gegen den Austritt der BRD aus der NATO ins Zeug gelegt haben).

Obwohl schon frühzeitig mit deutlicher Mehrheit Nichtbefassung des Kölner Antrags beschlossen worden war, es also keine Neuwahl der BHA-Mitglieder geben sollte, ging die Debatte doch noch stundenlang weiter (was Kenner der grünen Szene nicht verwundern kann). In verschiedenen Variationen brachten nacheinander Martin Schata (FIU, bisheriger Sprecher des Landesvorstands), mehrere Essener Delegierte (darunter Christiane Schnappertz) und schließlich Eckart Strathmann (BUS) „Nachwahl“ – bzw. offene Abwahlanträge ein. Sie wurden allesamt mehrheitlich abgelehnt – allerdings: aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Auf dem nächsten Landesparteitag soll insgesamt über die BHA-Arbeit beraten werden, der nächste Abwahlantrag kommt also bestimmt.

Zum Sprecher des Landesverbandes wurde schließlich Hans Verheyen von der Bunten Liste Bielefeld gewählt. Stellvertretende Sprecher wurden Werner Vogel (GAZ-Mitglied und Freund der Nürnberger Indianerkommune) und Michael Happe, Unterstützer des Essener Abwahlantrages gegen das KB-Mitglied im BHA. Zu Beisitzern wurden mehrere bisher kaum in Erscheinung getretene Leute gewählt. Einer davon, Axel Braun aus Düren, ist Polizeibeamter und setzte sich in seiner Vorstellungsrede für mehr Verständnis gegenüber seinem Berufsstand ein ...

Wollen die nicht mehr?

... wird sich auf der **Landesmitgliederversammlung der Hamburger Grünen** am 12.12. manche/r angesichts des dort von der Gruppe Z vorgeführten „Krisenmanagements“ gefragt haben. Die für die Linken niederschmetternden Ergebnisse der Bundeshauptausschußsitzung in Nürnberg (u. a. Verpflichtung der Gruppe Z, alle ihre Organisationstermine „grünenöffentlich“ zu machen) veranlaßten zwar Jürgen Reents zu einer schriftlichen Abrechnung mit der Nürnberger Anti-Z-Koalition (siehe dazu nebenstehenden Artikel). Um eine Zurückweisung der BHA-Beschlüsse durch die Hamburger Landesmitgliederversammlung hat sich die Gruppe Z gar nicht erst bemüht. Ein Z-Mitglied verblüffte vielmehr gleich zu Beginn der Versammlung die annähernd 100 Anwesenden mit dem Antrag, dort keine Beschlüsse zu fassen, da in mehreren Bezirksverbänden (u.a. dem gemeinhin als „Z-Hochburg“ geltenden Bezirksverband Eimsbüttel) *„nicht ordnungsgemäß eingeladen“* worden sei. So nahmen die Dinge ihren Lauf: endlose unverbindliche Debatten über dies und jenes, Strukturfragen, den „parlamentarischen Arm“ und die Basisbewegung und vor allem über eine neu formierte rechte Opposition, die nach eigener Aussage dafür sorgen will, *„daß künftig auch in Hamburg der Gruppe Z der Wind ins Gesicht bläst“* – das alles unter dem Tagesordnungspunkt *„Situation der Grünen nach der Bundestagswahl“*. – *„Die Grüne Partei muß links sein, oder sie wird gar nicht mehr sein“*, schrieb Jürgen Reents kurz nach dem 5. Oktober. Auf der Hamburger Landesversammlung deutete alles darauf hin, daß sich die Gruppe Z inzwischen für die zweite Alternative entschieden hat.

Ein KB-Mitglied
bei den Hamburger Grünen



Stimmvieh-Mitglieder gegen Linke?

Manchmal siegt auch in der Grünen Partei das Gute, und ein genial ausgedachtes politisches Gangsterstück fliegt wegen unvorhersehbarer Pannen auf. Leidtragender eines solchen Mißgeschicks ist gegenwärtig Dietrich Wilhelm Plagemann, Lehrer in Pinneberg, seinerzeit Mitglied im Bundesvorstand der Euro-Grünen und einer der schärfsten Kritiker der Z-Politik in Schleswig-Holstein. Einer seiner Schüler, geschworener Feind „des Kommunismus“ wie Plagemann selbst, schrieb jüngst folgenden Brief an den Schatzmeister des Grünen Kreisverbandes Pinneberg:

Sehr geehrter Herr Inselmann!
Ich erhalte soeben eine Beitragsmahnung Ihrer Partei über DM 60 und muß Ihnen wohl erklären, warum ich diesen Beitrag nicht bezahlen werde. Gegen Ende des letzten Jahres 1979 hat unser Biologielehrer – und Ihr Landtagsabgeordneter – Dietrich Wilhelm Plagemann eine Unterschriftenliste in Umlauf gebracht, in der wir gebeten wurden, eine vorübergehende Mitgliedschaft in der ‚grünen Liste' zu unterschreiben, mit der wir helfen sollten, den kommunistischen Einfluß auf Ihre Parteiorganisation fern zu halten. Über eine Ab- und Ausweisung kommunistischer Elemente aus Ihrer Partei sollte auf einem Bundeskongreß Ihrer Partei seinerzeit abgestimmt werden. Nach diesem Bundeskongreß sollte unsere vorübergehende Parteimitgliedschaft – dieses versicherte uns Herr Plagemann – aufgelöst werden. Weiterhin garantierte Herr Plagemann wörtlich: 'Ihr seid nur vorübergehend Mitglied unserer Partei, um uns gegen die Kommunisten zu unterstützen. Nach dem Bundeskongreß wird Eure Mitgliedschaft automatisch aufgelöst, ohne daß Ihr irgendwelche Folgen (z.B. Beitragszahlungen) zu tragen habt.' Durch diese Garantie meines Lehrers und der Überzeugung, gegen kommunistische Einflüsse, egal welcher Art und Weise, anzugehen, habe ich die Unterschriftenliste unterzeichnet, mit dem Gedanken, gegen den Kommunismus einmal aktiv etwas getan zu haben. Nun erhalte ich eine Beitragsmahnung und bin, in Anbetracht der eben geschilderten Ereignisse, doch etwas überrascht.“

Die „regelmäßigen Postsendungen“ der Grünen habe er leider „nicht weiter studiert“; „dies war vielleicht ein Fehler, der eine Reihe von Mißverständnissen aufkommen ließ“. Der Brief endet „mit freundlichen und demokratischen Grüßen“ und der Bitte: „Vielleicht sprechen Sie einmal mit Herrn Plagemann über diese Mißverständnisse.“

Wir sind gespannt, was Herr Plagemann zu den „Mißverständnissen“ zu sagen hat.

vorstand der Euro-Grünen und einer der schärfsten Kritiker der Z-Politik in Schleswig-Holstein. Einer seiner Schüler, geschworener Feind „des Kommunismus“ wie Plagemann selbst, schrieb jüngst folgenden Brief an den Schatzmeister des Grünen Kreisverbandes Pinneberg:
Sehr geehrter Herr Inselmann!
Ich erhalte soeben eine Beitragsmahnung Ihrer Partei über DM 60 und muß Ihnen wohl erklären, warum ich diesen Beitrag nicht bezahlen werde. Gegen Ende des letzten Jahres 1979 hat unser Biologielehrer – und Ihr Landtagsabgeordneter – Dietrich Wilhelm Plage-
weisung kommunistischer Elemente aus Ihrer Partei sollte auf einem Bundeskongreß Ihrer Partei seinerzeit abgestimmt werden. Nach diesem Bundeskongreß sollte unsere vorübergehende Parteimitgliedschaft – dieses versicherte uns Herr Plagemann – aufgelöst werden. Weiterhin garantierte Herr Plagemann wörtlich: 'Ihr seid nur vorübergehend Mitglied unserer Partei, um uns gegen die Kommunisten zu unterstützen. Nach dem Bundeskongreß wird Eure Mitgliedschaft automatisch aufgelöst, ohne daß Ihr irgendwelche Folgen (z.B. Beitragszahlungen) zu tragen habt.' Durch diese Garantie meines
Anbetracht der eben geschilderten Ereignisse, doch etwas überrascht.“
Die „regelmäßigen Postsendungen“ der Grünen habe er leider „nicht weiter studiert“; „dies war vielleicht ein Fehler, der eine Reihe von Mißverständnissen aufkommen ließ“. Der Brief endet „mit freundlichen und demokratischen Grüßen“ und der Bitte: „Vielleicht sprechen Sie einmal mit Herrn Plagemann über diese Mißverständnisse.“
Wir sind gespannt, was Herr Plagemann zu den „Mißverständnissen“ zu sagen hat.

Log Michael Gärtner bewußt?

Mitte Oktober hatten vier Mitglieder des schleswig-holsteinischen Landesvorstandes der Grünen, darunter Michael Gärtner und Anke Burmester, ihren berüchtigten Brief gegen die „Majorisierung durch die Gruppe Z“ veröffentlicht (vgl. AK 188, S. 7). Darin enthalten war auch ein gesonderter Artikel von Michael Gärtner, in dem dieser auf fünf Seiten seine „Erfahrungen mit der Gruppe »Z« in Schleswig-Holstein“ in den grausigsten Farben ausmalt. U.a. wird von Gärtner auch „die Sache mit der Wahlplattform“ auf einer Seite abgehandelt, ein besonders schlimmes Beispiel von Gehirnwäsche und Manipulation seitens der Gruppe Z — wenn man Michael Gärtner Glauben schenkt: *„Inzwischen hatte der Kreisverband Pinneberg 5.000 Wahlplattformen bestellt. Ein Mitglied aus Pinneberg fuhr nach Kiel, um dort die Bestellung aufzugeben. Dort traf es die Landesvorsitzende Uta Wilke* (Z; Anm. AK); *das Mitglied, welches die Wahlplattform nicht kannte, ließ sich überreden, die Bestellung rückgängig zu machen.“* Auf diese Weise seien zunächst statt 5.000 nur 100 Exemplare der Wahlplattform nach Pinneberg gelangt.

Pech für Gärtner, daß sich die „Sache mit der Wahlplattform“ nachweislich anders abgespielt hat. Dazu Gärtners „Zeugin“ Hilde Kadach, in ihrer Richtigstellung: *„Als ich das las, verschlug es mir die Sprache. Ich dachte, ich 'läse die ‚Bild'-Zeitung, denn an diesen Behauptungen stimmt so gut wie nichts. Das erwähnte Mitglied aus Pinneberg bin ich.“* Die Einzelheiten des „Tathergangs“ sollen hier ausgelassen werden, klar ist jedenfalls, daß Gärtners Behauptung, ihr sei die Bestellung der Wahlplattformen ausgeredet worden, aus der Luft gegriffen waren. Das wird im übrigen von einem weiteren bei der Sache anwesenden Pinneberger Mitglied bestätigt, das auch Hilde Kadachs Resümee dieser Affäre unterstützt: *„Wenn man jedoch mit derartigen Methoden, wie in dem obigen Fall geschildert, ein Mitglied der Z-Gruppe ‚fertigmachen' will bzw. mir weiterhin niemals gemachte Äußerungen unterstellt, so widerspricht das ganz massiv meinem Verständnis von Basisdemokratie..., und ich müßte dann für mich persönlich die Konsequenzen ziehen und gegebenenfalls auch meine Mitgliedschaft bei den Grünen neu überdenken.“*

Hilde Kadachs Richtigstellung lag der Bundesgeschäftsstelle in Bonn Ende Oktober vor; Geschäftsführer Lukas Beckmann hat sich einen Monat lang strikt geweigert, diesen Brief an die Landesverbände zu verschicken (das gleich Schicksal erlitt übrigens die Stellungnahme von Uta Wilke, so daß dem Bundeshauptausschuß am 29./30.11. ausschließlich „belastendes“ Material gegen die Z vorlag).

Michael Gärtner und Anke Burmester haben die Vorwürfe gegen Uta Wilke im Zusammenhang mit der Fahrt der beiden Pinnebergerinnen nach Kiel inzwischen zurückgenommen („tut uns leid“), gleichzeitig aber betont: *„Diese Richtigstellung ändert nicht das Geringste am Wesensgehalt des Erfahrungsberichts!“*

Der Zeuge, auf den sich die gesamte Anklage stützt, sagt das Gegenteil von dem aus, was er aussagen soll; der Anklagevertreter sieht keinen Grund, die Klage fallenzulassen. Das kennen wir doch irgendwoher?!

»Höchst unzumutbares Ansinnen« an die GAZ

Auszug aus dem GAZ-Rundschreiben Nr.15 vom 12.11.; Verfasser: Herbert Gruhl:

„... 3. Von besonderer Bedeutung ist, daß diese kommunistische Zentrums-Fraktion von der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE GRÜNEN offiziell als Bestandteil der Partei anerkannt wird. Der Geschäftsführer Lukas Beckmann schrieb am 15.10. und am 3.11. d.J. Briefe an:

‚Grüne Aktion Zukunft, z.Hd. Herbert Gruhl;
Grüne Föderation, z.Hd. Olaf Dinne;
Basisdemokratische Undogmatische Sozialisten, z.Hd. Jan Kuhnert;
Achberger Kreis, z.Hd. Wilfried Heidt;
Z-Fraktion, z.Hd. Bettina Hoeltje'

Damit wird die Z-Fraktion mit der GAZ auf eine Stufe gestellt. Der Unterschied besteht nur darin, daß die genannte Sprecherin der Z-Fraktion, Bettina Hoeltje, Mitglied des Bundesvorstandes der GRÜNEN ist, wogegen kein einziges GAZ-Mitglied dem Bundesvorstand angehört.

Der GAZ und der grünen Föderation wird in dem ersten Schreiben zugemutet, daß sie die anderen Gruppen – also auch die Z-Fraktion – zu ihren Treffen einlädt. Im zweiten Schreiben und im Rundbrief Nr.5/80 an alle Mitglieder der GRÜNEN vom 27. 10.80 werden nun die ‚Gruppierungen innerhalb und am Rande der GRÜNEN aufgefordert, ihre Strukturen und Finanzgrundlagen ... offenzulegen.' Dies sind höchst unzumutbare Ansinnen: Wir sollen allen, also auch der kommunistischen Zentrums-Fraktion gegenüber, alles offenlegen und sie zu unseren Sitzungen einladen!!“

Nanu? Ernst Hoplitschek auf vaterländischem Ausflug? ...
Ernst Hoplischek, seinerzeit Mitglied der Programmkommission der „Grünen“ und prominentes Mitglied des „BUS“ („Bund Undogmatischer Sozialisten“) – nunmehr gewähltes Mitglied des „Geschäftsführenden Ausschusses“ der AL/Westberlin – scheint seine Bataillone um das von ehemaligen Teilen der aufgelösten
gebung von 30 „KPD“-Mitgliedern gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus“ vor dem Ehrenmal für die im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Soldaten der Roten Armee in Treptow (Berlin/DDR). Nach der vorübergehenden Festnahme von 18 „KPD“lern hatten damals Westberliner „KPD“-Mitglieder als „Rache-

Nanu? Ernst Hoplitschek auf vaterländischem Ausflug? ...

Ernst Hoplischek, seinerzeit Mitglied der Programmkommission der „Grünen“ und prominentes Mitglied des „BUS“ („Bund Undogmatischer Sozialisten“) – nunmehr gewähltes Mitglied des „Geschäftsführenden Ausschusses“ der AL/Westberlin – scheint seine Bataillone um das von ehemaligen Teilen der aufgelösten „KPD“ erweitert zu haben. Nicht nur, daß seine neuen Protegés ihm auf der letzten Mitgliederversammlung Beifall zu seiner Wahl spendeten, nein, E.H. sorgte für neuen Schwung.

Als zwei Frauen der AL auf ihre Kandidatur für den „Geschäftsführenden Ausschuß“ der AL verzichteten, weil sie es mit Ernst H. nicht aushalten würden – da bekannte sich Ernst Hoplischek freimütig als Chauvi, als sehr „markanter“ gar.

Aber nicht nur in diesem (privaten) Sinne kehrte E. H. den Chauvinismus heraus: er propagierte gar eine abenteuerlich-sozialchauvinistische Aktion, durch *„die mehr bewegt worden wäre, als 100 Anfragen in der Bezirksverordnetenversammlung“* („Mitgliederrundbrief“ Nr. 11 der AL): nämlich das Verteilen von vaterländischen Flugblättern der AL zum „Zwangsumtausch“ auf dem A l e x a n d e r p l a t z (DDR)! In dem Flugblatt versuchte sich die AL u.a. folgendermaßen als „Alternative“ zu den Etablierten zu profilieren: *„Den etablierten Parteien in Bonn und im Westberliner Abgeordnetenhaus, die jetzt zu ‚deutlichen' Worten finden, muß man klar sagen, daß ihr Gezeter nicht viel wert ist. Sie haben ja bereits bisher der DDR-Regierung für jede 'Selbstverständlichkeit, die dann unter dem Begriff ‚menschliche Erleichterung' gehandelt wird, die Millionen hinterher geworfen.“*

Tatsächlich gab es innerhalb des alten „Geschäftsführenden Ausschuß“ der AL (Ernst)haft den genialen Plan, die Flugblätter auf dem Alexanderplatz zu verteilen, um damit die restliche AL in eine zweifelhafte Solidarität bei einer noch zweifelhaftigeren Aktion zu zwingen. Klar auch, daß damit der gemeinsame politische Konsens der AL zerstört worden wäre. Daß man/frau solcherlei Sperenzien seitens alter ehemaliger „KPD“-Genoss/inn/en erwarten bzw. befürchten mußte, liegt auf der Hand.

Vorbild für diese Aktion war offenbar ein ähnliches Unternehmen der „KPD“ am 9.5.1975, eine Kundgebung von 30 „KPD“-Mitgliedern gegen den „sowjetischen Sozialimperialismus“ vor dem Ehrenmal für die im Kampf gegen den Faschismus gefallenen Soldaten der Roten Armee in Treptow (Berlin/DDR). Nach der vorübergehenden Festnahme von 18 „KPD“lern hatten damals Westberliner „KPD“-Mitglieder als „Racheakt“ die sowjetische Fotoausstellung „1941 - 45 – 30 Jahre danach“ verwüstet.

Daß Ernst Hoplischek solch krumme Touren anhänglich geworden zu sein scheint, ist schon ein Kuriosum. Wenn schon, dann wäre es doch noch gewichtiger, wenn Ernst Hoplischek bei den nächsten Abgeordnetenwahlen zur Volkskammer kandidieren würde und dann eine „Gedenkminute“ einlegen würde. Welch ein Spektakel würde es dann erst geben?! ...

Komitee zur Rettung vaterländischer Traditionen



Böhmeckes neue Freunde

Heinz Böhmecke, Vorsitzender der GLU Hamburg, ist 1978 in der alternativen Wahlbewegung durch die von ihm angeführte Spalterkandidatur der GLU gegen die Bunte Liste und die offene Duldung von Neonazis in führenden Funktionen der GLU bekannt geworden. Zumindest für die nachgezogene Konkurrenzkandidatur der GLU ist er damals auch von solchen Grünen kritisiert worden, die seinen politischen Anschauungen sehr viel näher stehen als denen der Bunten Liste, u.a. von der erklärtermaßen anti-kommunistischen Grünen Liste Nordfriesland und von Helmut Lippelt, heute Mitglied im Bundesvorstand der Grünen und Propagandist eines „Aufstands der Mitte".

Mit Gründung der grünen Partei kam Böhmecke zu neuen Ehren. Noch wenige Wochen vor dem Karlsruher Gründungsparteitag hatte er in einem Brief an den Bundesvorstand der Europa-Grünen die Nichtanerkennung einer Reihe von Hamburger Parteitagsdelegierten gefordert, von denen er annahm, sie wären Mitglieder des KB (d.h. der Zentrumsfraktion, damals noch im KB) bzw. der „KPD". Seinem Brief war eine Namensliste angefügt; hinter den Namen war jeweils die von Heinz Böhmecke vermutete Organisationszugehörigkeit vermerkt. (Die Delegierten wurden schließlich dann doch anerkannt, obwohl der Bundesvorstand Böhmeckes „Anregung" zunächst dankbar aufgegriffen hatte.) Nach dem Karlsruher Parteitag saß Böhmecke dann zusammen mit einigen der von ihm Denunzierten im Koordinationsausschuß der Hamburger Bezirksverbände der Grünen (dem Vorläufer des Landesvorstands). Auf der Gründungsversammlung des Hamburger Landesverbandes im Mai wurde er mit ganzen 12 Stimmen zum dritten Hamburger Vertreter im Bundeshauptausschuß der grünen Partei gewählt.

Heinz Böhmeckes eigentliche „Rehabilitierung" erfolgte erst in den letzten Wochen im Zusammenhang mit der innergrünen Kampagne gegen die ‚Gruppe Z'. Die „Basisdemokratischen Undogmatischen Sozialisten" (BUS), die der Stimmungsmache gegen die Z-Politik in der grünen Partei eine Doppelnummer ihres Rundbriefes widmeten, ließen darin auch Böhmecke mit einem eigenen Beitrag zu Wort kommen, in dem er sich gegen die 35-Stunden-Woche und für die Förderung von „Kleingewerbe und Mittelstand" ausspricht (Böhmecke ist Bauunternehmer). Der unkommentierte Abdruck dieses Artikels im BUS-Rundbrief sollte offenbar Böhmeckes Beförderung zum „wertkonservativen Ökologen" dienen, der als Opfer der Z-Politik aus den Grünen gedrängt und zur Grünen Föderation getrieben worden sei; Ernst Hoplitscheks Leitartikel im selben BUS-Rundbrief befaßt sich mit den „Schwierigkeiten der Linken im Umgang mit den Wertkonservativen"; in einem weiteren Artikel zum gleichen Thema rügt Klaus Wolschner Jürgen Reents' „Genugtuung über den Abtritt der Wertkonservativen' ".

Angesichts von so viel „linker" Unterstützung erinnerte sich Böhmecke, der sich seit dem Sommer nur noch im Kreise von GLU und Grüner Föderation engagiert hatte, an seinen Posten im Bundeshauptausschuß der grünen Partei. Gerade noch rechtzeitig vor der Bundeshauptausschußsitzung am 29./30.11. (vgl. AK 190, S.1) legte Böhmecke ein Papier zur „Bewertung der Bundestagswahl" vor, das sogleich über die Bonner Bundesgeschäftsstelle der Grünen an alle Landesverbände verschickt wurde. Böhmecke will belegen, daß die „*Infiltration sich demokratisch gebender Antidemokraten (Z)*" die Wahlniederlage der Grünen herbeigeführt habe, und trägt zu diesem Zweck „*Stimmen der Kritik von Mitgliedern des Landesverbandes Hamburg*" zusammen. U.a. wird ein schlimmer Fall von „*Wahlkampfbehinderung durch die Z-Fraktion*" „enthüllt": „*In der Nacht vom Montag auf Dienstag klebten Freunde des Achberger Kreises 70 Plakate mit dem Text ‚Weder Kapitalismus noch Kommunismus – wir brauchen neue Wege'* (genauer gesagt: sie klebten diese Plakate auf bereits fertige Stellschilder mit den ‚offiziellen' grünen Wahlplakaten; Anm. AK), *sie sind dabei im Handgemenge von Marion Pein behindert worden und ein noch feuchtes Plakat wurde von M.P. wieder abgerissen. (Marion Pein war bezahlte Spitzenkandidatin!) Hier zeigt sich insbesondere die antidemokratische Haltung der Z-Fraktion.*" Die übrigen „Stimmen der Kritik" hat Böhmecke kurzerhand aus einem Artikel von zwei ehemaligen Mitgliedern der aufgelösten „KPD" abgeschrieben. Dieser Artikel „Zur Politik der ‚Z'-Fraktion im Hamburger Landesverband der Grünen" findet sich in der selben Nummer des BUS-Rundbriefs, in der auch Gastautor Heinz Böhmecke publizieren durfte. Er ist ähnlich angelegt wie der bundesweit verschickte Brief von Gärtner/Burmester/Madaus zur Z-Politik in Schleswig-Holstein, eine Mischung aus super-„basisdemokratischen" Vorstellungen, offenem Anti-Kommunismus und Spießertum. Einige Kostproben der Vorwürfe an die Z (die auch Heinz Böhmecke so gut gefallen haben, daß er sie in sein Papier für die Bundeshauptausschußsitzung aufgenommen hat): „*Der Landesvorstand setzte sich zwar aus Leuten aller Richtungen zusammen, aber die Z-Gruppe war eindeutig dominierend, da sich die anderen bald zurückzogen.*" – „*Die Aufstellung der Kandidaten wurde dann auch nach Auffassung des Landesvorstands ganz ‚pluralistisch' durchgeführt: Platz 1: ein Schwuler; Platz 2: eine Frau; Platz 3: ein Gefangener. Sämtliche drei Spitzenkandidaten kamen aus der Bunten Liste, politische Unterschiede zwischen ihnen waren den Mitgliedern nicht bekannt.*" – „*Auch aus dem Hamburger Wahlkampf sollten nach den Vorstellungen führender Leute ‚obskure Ökologie-Vorstellungen' möglichst ganz herausgehalten werden. So versuchte Jürgen Reents bis zuletzt zu verhindern, daß eine Veranstaltung mit Holger Strohm von den Grünen durchgeführt werden konnte.*" „*Die Wahlplattform war drei Wochen vor der Wahl angeblich ‚vergriffen'. Hintergrund: Die Vertreter der Z-Fraktion wollten in Hamburg lieber mit dem Saarbrücker Programm arbeiten!*"

Mittlerweile geht die Zusammenarbeit zwischen Böhmecke und der „KPD"/BUS-Strömung schon über gegenseitige geistige Anleihen hinaus. Auf der Hamburger Landesvorstandssitzung, auf der Böhmecke sein Papier vorstellte, hielt einer fest zu ihm: der Mitverfasser des von Böhmecke abgeschriebenen Artikels im BUS-Rundbrief. Er kritisierte Böhmecke allein dafür, daß er in seinem Papier die Zitatangaben „vergessen" hatte. Unklar ist auch, ob er Böhmeckes Schlußfolgerung „*Die Gruppe Z sollte von sich aus die so wenig geliebten Grünen verlassen*" mitträgt. Es sollte uns aber nicht wundern, wenn bei der von Böhmecke und der Grünen Föderation für die Bürgerschaftswahl 1982 angepeilten dunkelgrünen Liste auch ehemalige „KPD"-Mitglieder mit von der Partie wären.

Good old Jimmy ... Ein Grüner weint um Carter

JIMMY CARTER geht. DIETER PLAGEMANN bleibt vorerst noch. Er ist Mitglied der Grünen Partei in Schleswig-Holstein. Hervorgetan hat er sich dort bisher fast ausschließlich als unermüdlicher Vorkämpfer gegen die linke „Gruppe Z". Plagemann ist außerdem Mitarbeiter der BUS-Fraktion („Basisdemokratische Undogmatische S o z i a l i s t e n") in der Grünen Partei und bezeichnet sich selbst als „ökologischen S o z i a l i s t e n".

Gestritten hat Plagemann im schleswig-holsteinischen Landesverband bisher für ein Ende des wirtschaftlichen Wachstums – die Prognosen der neuen/alten Bundesregierung dürften ihm da sehr entgegenkommen – und für einen Verzicht der Bevölkerung auf Teile ihres Lebensstandards. Im Mitgliederrundbrief Nr. 6 des Landesverbandes bricht er nun auch eine Lanze für Jimmy Carter und dessen „**gescheiterten Versuch, die verkrustete Politik der nationalen Stärke in den USA zu überwinden**". „Verkrustet" gilt in alternativen Kreisen als schickes Wort, obwohl es gar keinen Sinn ergibt (Brotkruste? Erdkruste? Blutkruste? Krustentier?).

Die Wahl Reagans nimmt Plagemann zum Anlaß eines wehmütigen Nachrufs auf Carters Außenpolitik. Die war nämlich – neben Großmachtpolitik, versteht sich – auch bestimmt von dem Versuch, „**andere Prioritäten zu setzen und sich nach übergeordneten Zielen, wie Einhaltung der Menschenrechte oder Förderung von Demokratisierungsprozessen auszurichten**". In vielen Fällen habe sich in Carters Politik „**eine humane Alternative angebahnt**". Im einzelnen führt Plagemann folgende Beweise für seine erfrischend originelle, überhaupt nicht verkrustete These an:

– An die Adresse Südafrikas habe Carter „eine klare Absage an den Rassismus" erteilt. „Die Folge war eine erhöhte weltweite Ächtung der Apartheidspolitik".

– Carter sei „für einen Palästinenserstaat" eingetreten (Weiß Begin das?!). Außerdem habe Carter „den Verhandlungsweg mit g e m ä ß i g t e n islamischen Staaten beschritten". Nämlich mit Ägypten, das so gemäßigt ist, daß Sadat der NATO Militärstützpunkte in seinem Land offeriert.

– Carter habe im Falle der Neutronenbombe „Mut zum einseitigen Verzicht" bewiesen. Dabei habe er „die Unmenschlichkeit dieser Waffe zu seiner Entscheidungsgrundlage gemacht".

– Besonders lobenswert habe Carter sich gegenüber dem Iran verhalten: Erst habe er durch Druck den Schah „zum Verlassen des Landes veranlaßt (des Iran- Anm. AK), um Blutvergießen zu vermeiden". Die „islamischen Fanatiker" haben ihm das übel vergolten: „Jimmy Carter hat sich ihnen als Mann gestellt, mit dem man reden kann. Sie aber demütigten ihn und haben damit die Bahn frei gemacht für alle, die sagen, daß man die Länder der 3. Welt hart anfassen müßte, damit sie nicht verrückt spielen". Und trotzdem habe unter Carter „die mächtigste Regierung der Welt in der Geiselaffäre eine wirklich beispielhafte Entsagung von Gewalt gezeigt".

– Auch in Nicaragua zeigte Carter „*Einsicht in die Fehler der Vergangenheit*": Er „*unterstützte die Somoza-Diktatur nicht, sondern förderte die Demokratisierung durch die Sandinisten und vermied dadurch unter anderem einen vielleicht jahrzehntelangen Bürgerkrieg*".

– Besonders lobenswert sei der Einsatz der Carter-Regierung gegen das Putsch-Regime in Bolivien. Das habe sogar den Papst dazu gebracht, sich „*klar auf die Seite der bolivianischen Kirche*" zu stellen.

– In Südkorea habe Carter „Menschenrechte vor Antikommunismus" gesetzt. Die „*starken Männer Südkoreas*" habe er „*am rigorosen ‚Aufräumen' mit sozialistischen Bewegungen im Land gehindert*". (Zeitungsberichte über die zahlreichen Todesurteile, über den Terror der Armee z.B. in Kwangju und über die Niederschlagung der dortigen Revolte, über Tausende von Verurteilungen nach dieser Revolte usw. scheinen demnach frei erfunden gewesen zu sein?).

Als Fazit dieser Beispiele einer „humanen Alternative" schreibt Plagemann: „*Als Grüner hätte ich Jimmy Carter gern ein paar Jahre mehr gegönnt, um dem langen mühsamen Prozeß des Umdenkens in den mächtigen Nationen eine Chance mehr zu geben*". „*Denn die Verwirklichung unserer Ziele muß in der Weltpolitik als Alternative zum Durchbruch kommen und da kommt den USA natürlich eine Schlüsselrolle zu*".

Wenn man Plagemanns Artikel als ernstgemeint interpretiert – und nichts, außer der allerdings verdächtigen Nähe zum 11.11., deutet auf einen Scherz hin – tun sich Perspektiven grüner Politik auf, an deren Präsentation sich bisher nicht einmal der unerschrockene Herbert Gruhl herangetraut hat: **Die Politik des „kleineren Übels" im Weltmaßstab.** Plagemann gibt sich dabei schon mit Wenigem recht zufrieden. Wer den Terror des südkoreanischen Regimes als Ausdruck einer „humanen Alternative" in der US-Außenpolitik interpretiert, will nicht bloß kleine Brötchen backen, sondern frißt zur Not auch Scheiße. Unklar bleibt bei der Plagemann'schen Weltsicht, warum er (noch?) nicht konsequent genug ist, auch der außenpolitischen Vernunft Helmut Schmidts ein paar Kränze zu flechten. Sollte sich über Schmidt etwa weniger Gutes sagen lassen als über Carter? Hat Helmut Schmidt nicht Vernunft gezeigt, als er sich beispielsweise dem Ansinnen von – sorry, Herr Plagemann! – Jimmy Carter widersetzte, einen NATO-Flottenverband unter bundesdeutscher Beteiligung in den Persischen Golf zu schicken?

Jimmy Carter ist gegangen. Helmut Schmidt ist vorerst noch geblieben. Zeit für öko-sozialistische Annäherung an diesen Mann und seine Bundesregierung, um dem langen mühsamen Prozess des Umdenkens in den mächtigen Nationen noch eine Chance m e h r zu geben! Vielleicht schon im Mitgliederrundbrief Nr. 7?

Westberlin:

Der letzte »Schwarze Kreis« soll fallen

Es gibt in Westberlin kaum ein Thema von derzeit größerer politischer Brisanz als die Wohnungsbaupolitik des sozialliberalen Senats. Dies gilt vor allem seitdem der Bundestag die Aufhebung der Mietpreisbindung für 1983 und damit die Einführung des Weißen Kreises beschlossen hat. Einführung des Weißen Kreises heißt nach offizieller Sprachregelung: Es gibt keine Wohnungsnot mehr. Die reale Wohnungsnot in Westberlin jedoch liegt auf der Hand. Es ist kein Zufall, daß gerade in dieser Stadt, vornehmlich im Bezirk Kreuzberg, eine ganz beträchtliche Anzahl von leerstehenden Wohnungen und Häusern instandbesetzt worden ist. Die Instandbesetzungen durch zumeist jugendliche Wohnungssuchende ist nichts anderes als aktive Selbsthilfe angesichts der Tatsache, daß Tausende Altbauwohnungen jahre- und jahrzehntelang von Hausbesitzern bewußt verrottet lassen worden sind.

Nach den Äußerungen von Polizeipräsident Hübner (Hausbesetzer seien „Terroristen") oder von Bausenator Ristock (Instandbesetzungen seien „illegal") sind die Instandbesetzer auf das schlimmste – sprich: gewaltsame Räumung durch die Polizei – gefaßt.

Selbst die Kapitalisten bejammern – freilich aus ganz anderen Gründen – die Wohnungsbaupolitik des Senats. So stellt der „Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer" für 1979 fest, daß sich der „*Berliner Wohnungsbau in einer überaus desolaten Verfassung*" befinde. „*Die Zahl der Wohnungssuchenden mit anerkannt dringendem Wohnungsbedarf beträgt weiterhin 17000; Wohnungssuchende, deren Einkommen über den Förderungsgrenzen des sozialen Wohnungsbaus liegen, finden nur nach langen und intensiven Bemühungen angemessenen Wohnraum; das Angebot an Wohnungen, die durch Lage und Ausstattung hohen Ansprüchen gerecht werden, ist gering, was den Zuzug von dringend gesuchten Füh-*

gerecht werden, ist gering, was den

Zuzug von dringend gesuchten Führungskräften der Wirtschaft zunehmend beeinträchtigt; die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind infolge der Steigerungsraten der letzten Jahre für Zuwanderer, die Anspruch auf eine Sozialwohung hätten, kaum mehr attraktiv; Eigenheime und Eigentumswohnungen werden zu Preisen angeboten, die vor allem für kinderreiche Familien nicht akzeptabel sind; die Wohnsubstanz alter, besonders vor der Jahrhundertwende erbauter Mietshäuser, befindet sich vielfach in einem Zustand, aufgrund dessen sie trotz festgeschriebener Altbaumieten oft nicht einmal mehr von sozial schwachen Gruppen der Bevölkerung in Anspruch genommen werden" („Jahresbericht" der IHK, 79, S.71).

Wenn beide Pole der Klassengesellschaft die Westberliner Wohnungsmisere beklagen, so muß es schon recht katastrophal zugehen. Werfen wir deshalb einen Blick auf die Wohnungsbaupolitik, die Hintergründe und den Clinch um die Einführung des Weißen Kreises, um zu verdeutlichen, warum so viel Sprengstoff in dieser Frage und somit in den Auseinandersetzungen der Betroffenen mit Senat und Hauseigentümern steckt.

170000 Abrisse ...

In Westberlin gibt es 1,1 Millionen Wohnungen. Knapp 512000 Wohnungen sind Neubauten (nach 1948 erbaut). Der Bestand an Altbauwohnungen (vor 1948 gebaut) liegt derzeit bei etwa 570000. Die Neubauwohnungen sind im Rahmen des „sozialen Wohnungsbaus" errichtet worden – rund 89% aller Neubauwohnungen nennen sich „Sozialwohungen", deren Grundmieten von 3,85 DM pro qm aufwärts liegen. Dabei sind die rund 242000 Sozialwohungen älteren Ursprungs noch relativ „billig" (zwischen 3,85 und 4,20 DM pro qm) gegenüber den neueren Sozialwohungen (Quadratmeterpreis von 5,-DM an aufwärts). Nach Aussagen des Senats befinden sich 428000 Sozialwohungen auf Standard, gelten also im großen und ganzen als gut bewohnbar (alle Wohnungen mit Bad, Zentralheizung).

Von den rund 570000 Altbauwohnungen sind 145000 bereits modernisiert worden. Von den übrigen sollen 170000 a b g e r i s s e n werden. 200000 Wohungen sollen mit öffentlichen Mitteln modernisiert, die restlichen 100000 privat und über steuerliche Abschreibung auf „Standard" gebracht werden. **Von den 570000 Altbauten unterliegen rund 430000 – das sind rund 40% aller Wohungen! – der Mietpreisbindung.** Im Durchschnitt liegen die Mietpreise bei Altbauwohungen zwischen 1,80 und 4,- DM pro qm.

Es liegt von daher auf der Hand, daß ein Großteil der Westberliner Bevölkerung auf die Existenz von (noch) billigen Altbauwohnungen a n g e w i e s e n ist. Rund 445000 Rentner/innen, über 100000 Arbeitslosengeld- und Sozialhilfeempfänger, die in die Tausende gehende Anzahl vornehmlich türkischer Arbeiter und Arbeiterfamilien und last not least auch die rund 70000 Studenten, nicht gerechnet Jungarbeiter/innen, Lehrlinge und Schüler können sich alles andere als sogenannte „Sozial"-wohnungen leisten. Im eigentlichen Sinne sind also die mietpreisgebundenen Altbauwohungen noch einigermaßen erschwingliche Sozialwohnungen.

Diese Problematik scheinen auch einige wenige etablierte Politiker erkannt zu haben. So machte der FDP-Abgeordnete Vetter von sich reden, als er den Vorschlag unterbreitete, die vorgesehene Mietpreisbindung zu splitten; nur die großen Altbauwohnungen sollen unter den Weißen Kreis fallen, während kleinere 1- oder 1 1/2-Zimmer-Wohungen ausgenommen werden sollen. Auch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Außerdem hat dieser Vorschlag nicht die geringste Chance, ernsthaft als Kompromißlösung in Erwägung gezogen zu werden. Der Vetter-Plan löst auch nicht das Problem, daß Hausbesitzer ihre Altbauten weiterhin verkommen lassen, und somit wiederum die Alternative Abriß oder Modernisierung – auf alle Fälle also eine erhebliche Steigerung der Mieten! – übrig bleibt.

Obendrein haben Untersuchungen gezeigt, daß 27% aller Westberliner

Obendrein haben Untersuchungen gezeigt, daß 27% aller Westberliner

Haushalte wohngeldberechtigt sind, aber nur 11,5% Wohngeld in Anspruch nehmen. 1979 waren 331000 Haushalte (32%) nicht in der Lage, die Kaltmiete für Sozialwohungen zu bezahlen. Auch sie wären also auf billigeres Wohnen angewiesen.

Bevor genauer auf die Auseinandersetzungen um die Aufhebung der Mietpreisbindung eingegangen wird, muß noch kurz auf die besondere politische Rolle Westberlins eingegangen werden.

In der Tat hat es in den letzten beiden Jahren eine Diskussion seitens der Herrschenden darüber gegeben, wie Westberlin „attraktiv" zu machen sei. Bislang zeichnet sich diese „Attraktivität" dadurch aus, daß die Anzahl der industriellen Arbeitsplätze in den letzten 20 Jahren um über die Hälfte infolge von Betriebsschließungen bzw. Rationalisierungen zurückgegangen ist. Westberlin geht tendenziell immer mehr den Weg einer gigantomanischen Dienstleistungsstadt, einer Kongreßstadt einerseits und einer Produktionsstätte auf sehr hohem technischem Niveau andererseits. Abwanderungen vieler Arbeiter und Familien waren die Folge. Diesem Trend wirkte der Senat dadurch entgegen, daß die Abschreibungs- und Steuervergünstigungen zur Industrieansiedlung in den letzten beiden Jahren erheblich ausgebaut wurden.

Zur „Attraktivität" Westberlins gehört natürlich auch, daß die benötigten Führungskräfte des Industriekapitals und vor allen Dingen die Facharbeiter sich „wohl fühlen". Genau aus diesem Grunde kritisiert die Industrie- und Handelskammer auch die Wohnungspolitik des Senats (siehe Zitat eingangs des Artikels). Die IHK hat in dem schon erwähnten Jahresbericht weiterhin festgestellt, daß „*Gründe, die mit der Wohnungsversorgung und der Wohnumgebung zusammenhängen, die Abwanderungsentscheidungen wesentlich beeinflussen*" (S.74). In einem acht-Punkte-Forderungskatalog schlägt die IHK gar vor, „*im Hinblick auf die Attraktivität des Wohnungsangebots für Zuwanderer das Mietniveau im öffentlich geförderten Wohnungsbau zu überprüfen*" (S. 72).

Natürlich hat sich die IHK, hat sich das Industriekapital nicht expli-

Fortsetzung nächste Seite

Der letzte »Schwarze Kreis« soll fallen

Fortsetzung von vorheriger Seite

zit gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung ausgesprochen. Dennoch kollidieren die Interessen des Kapitals mit denen der Hauseigentümer und dem Senat, zumal letzterer sehr eng mit den Hausbesitzern verfilzt ist – und zwar aus zwei Gründen. Einmal geht es den Industriekapitalisten darum, daß tatsächlich Facharbeiter angeworben werden können und in Westberlin auch annehmbaren Wohnraum vorfinden, der noch vom Lohn finanzierbar ist.

Zum zweiten haben die Kapitalisten ein Interesse daran, das Lohnniveau möglichst niedrig zu halten; ergo dürfen die Mieten nicht in allzu astronomische Höhen klettern.

Der Clinch um die Mietpreisbindung

Der Westberliner Bausenator Ristock meinte, daß die bestehenden mietpreisrechtlichen Regelungen den Verfall Berlins beschleunigen würden. Parteigenosse Pfeiffer, Wohnungsbauexperte der SPD, pflichtete bei, daß die Mietpreisbindung wie ein „Kartell" zur Verringerung der Instandsetzungsausgaben wirke, denn nur durch Verringerung der Ausgaben ließen sich in diesem System die Gewinne erhöhen („Berliner Stimme", 15.3. 1980, SPD-Parteizeitung).

Mit anderen Worten: Es seien Mieterhöhungsspielräume notwendig, um die Kapitalschwäche im Althausbesitz abzubauen und die Instandsetzungsbereitschaft der Hauseigentümer zu erhöhen. Ergo: An sich seien die niedrigen Mieten und die staatliche Mietpreisbindung an allem schuld.

Das stellt die Tatsachen natürlich auf den Kopf, denn bereits in den letzten Jahren sind gesetzliche Mieterhöhungen vorgenommen worden, die teilweise sogar mit einigen Instandhaltungsarbeiten verbunden waren. Das heißt: Es geht im Grunde genommen um nichts anderes als den „Verteilungskampf", um die allerhöchsten Renditen der Hauseigentümer. Instandhaltungen sind für sie unnötige Kosten, die sie gar nicht erst aufbringen wollen. Und wenn – dann nur, wenn ihnen einige Jahre später höhere Rendite garantiert werden. Schon o h n e Aufhebung der Mietpreisbindung konnten die Hausbesitzer im Rahmen der sogenannten „privaten Modernisierung" ganze 11 % der Modernisierungskosten auf die Mieten abwälzen.

Obendrein ist es sehr entlarvend, daß die Hauseigentümer nicht ein einziges Mal das gesetzliche Recht für sich in Anspruch nehmen, Mieterhöhungen mit der Begründung vorzunehmen, daß die Instandhaltungskosten höher als die Mieteinnahmen liegen würden. Für die Inanspruchnahme dieser Regelung müßten die Hausbesitzer ihre Bücher offenlegen. Daß dies nie erfolgte, spricht für sich.

Mit der Aufhebung der Mietpreisbindung in Westberlin wird also alles andere als eine bessere Instandhaltung von Häusern erreicht. Ziel der Einführung des „weißen Kreises" ist es vielmehr, den Marktpreis der Altbauwohnungen dem „Niveau" der Neubau- und „Sozial"wohnungen anzupassen. D a s – und nicht die Wohnraumverbesserung – steht im Mittelpunkt bei Einführung des „Weißen Kreises". Das Mittel dazu ist das „freie Spiel der Kräfte", d. h. die Außerkraftsetzung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen.

Um diese Politik durchzusetzen, wird durch Häuserabrisse das Wohnungsangebot noch weiter reduziert. Ein weiterer Grund zur Regulierung der Wohnpolitik besteht darin, daß bei den viel zu teuren sogenannten „Sozial"wohnungen bereits Vermietungsschwierigkeiten auftreten. Durch Altbauwohnungsverknappung und -verteuerung wird so versucht, einen Teil der Mieter in Sozialwohnungen zu treiben, weil ihnen schon gar nichts anderes mehr übrig bleibt.

Klar ist, daß die Mieter bei Einführung des „Weißen Kreises" um 50 bis 100 % höhere Mieten zu zahlen haben; das ist der Preis des „freien Spiels der Kräfte" ...

Das Geschäft mit der Wohnungsnot: Verdienen tun die Hauseigentümer und Banken!

Die Herrscher des Westberliner Wohnungsmarktes sind an einer Hand abzuzählen. Da gibt es einerseits die Banken im Zusammenspiel mit der Senatsbauverwaltung, der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) und der Finanzverwaltung, die über die öffentlichen „Förderungsmittel", sprich das notwendige Kapital, verfügen. Wer über Kapital verfügt, hat auch die Macht über die Verteilung.

Und dann gibt es noch die Schicht der parasitären Hauseigentümer. Aufgeteilt in die immer kleiner werdende Zahl von „klassischen" Hausbesitzern im Stile des 19. Jahrhunderts und den raffgierigen sogenannten „gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften", die bereits über 265.000 Wohnungen (= 24 % des gesamten Wohnbestandes) verfügen. Letztere sind die eigentlichen Nutznießer, sollte der „Weiße Kreis" eingeführt werden.

Werfen wir einen kurzen Blick in die Geheimnisse des „sozialen" Wohnungsbaus und seinen Folgen für die Mieter. Nehmen wir an, ein Hausbesitzer möchte insgesamt zehn „Sozialwohnungen" à 80 qm bauen. Es würde im Durchschnitt nach Berechnungen der Wohnungsbaukreditanstalt (WBK) insgesamt 2,16 Mio. DM kosten – eine Wohnung also 216.000 DM. Der Bauherr selbst braucht nur 15 % (= 324.000 DM) der Gesamtkosten aufbringen, die restlichen 85 % nimmt er als Kredit bei der Bank auf. So kann das Haus erst einmal gebaut werden. Nun hat der Bauherr natürlich noch Zinsen zu zahlen (bei den Banken derzeit 9,25 %) und er kann für sein Eigenkapital ebenfalls Zinsen nehmen (runde 4 %). Und genau diese Zinsen werden direkt auf die Mieten umgelegt. Bei dem obigen Beispiel betragen die Baukosten pro qm 2.700,– DM. Der Bauherr trägt pro qm 15 % von 2.700,– DM, also 405,– DM. Diese 405,– DM mit 4 % Verzinsung macht eine jährliche Belastung von 16,20 DM, pro Monat also 1,35 DM. Der zweite Teil der Baukosten beträgt 2.295,– DM (= 85 %), was einer monatlichen Belastung von 17,69 DM pro qm entspricht. Macht zusammen bereits 19,04 DM Kapitalkosten pro qm. Hinzu kommen noch runde 4,– DM sogenannter „Bewirtschaftungskosten", die in entsprechenden Gesetzen genau festgelegt sind. Das macht eine monatliche Belastung von ca. 23,– DM pro qm und wird als sogenannte „Kostenmiete" bezeichnet. Diese 23,– DM sind ein von der WBK festgelegter und regelmäßig erhöhter Normbetrag, der dem durchschnittlichen Preis einer „Sozialwohnung" pro qm entspricht.

Macht bei unserem Beispiel eine Miete für eine 80 qm Wohnung von sage und schreibe 1.840,– DM ohne Heizkosten. Da jede so teure „Sozial"wohnung leer stehen würde, zahlt der Mieter derzeit runde 5,24 DM pro qm, die restlichen 17,76 DM legt die WBK dem Bauherren dazu. Klar ist, daß der Bauherr versucht, möglichst nahe an die 23,– DM Kostenmiete heranzukommen, denn die hohe Miete wird ja gut von der WBK aus Steuermitteln subventioniert. So weit, so gut, für den Hausbesitzer. Untersuchen wir nun die Miete etwas genauer, die ja bei 5,24 DM pro qm lag. Unser Mieter wird nicht viel Freude daran haben, denn die 5,24 DM sind nur die sogenannte „Einstiegsmiete". Sie wird jährlich um 0,17 DM erhöht und damit werden proportional die Subventionen um diesen Betrag verringert. Das geht genau 15 Jahre lang so, dann hören die Subventionszahlungen ganz auf und die Mieter von „Sozial"wohnungen können die gesamte Miethöhe blechen. Auch dann, wenn die Zinszahlungen an die Bank entfallen, denn kein Hausbesitzer wird den Mietern freudestrahlend eine Mietsenkung anpreisen, sondern freut sich eher auf die höhere Rendite.

Nebenbei bemerkt, hat die oben geschilderte Abwicklung des „sozialen" Wohnungsbaus über die B a n k e n zu einer wahren Kosten- und Preisexplosion geführt und zu einer Monopolisierung auf dem Wohnungsbausektor. Denn es liegt auf der Hand, daß erst bei höherem Kapitaleinsatz die Zinsen etwas einbringen. Auf der anderen Seite haben sich auch die Hauseigentümer zusammengefunden, sich Abschreibungsgesellschaften usw. gebildet, weil sich steuerliche Abschreibungen erst bei höheren Summen wirklich lohnen. Bis 1968 etwa wurde ja der „soziale" Wohnungsbau noch direkt staatlich subventioniert.

So entspricht die oben geschilderte „Privatisierung" des „sozialen Wohnungsbaus" durchaus dem herrschenden Trend, staatliche Sparpolitik zu betreiben und den Gang der Dinge mehr den Banken und Hausbesitzern selbst zu überlassen. Mit den entsprechenden Folgen ...

Altbaumodernisierung ...

Rund 470.000 Altbauwohnungen, also rund 40 % aller Wohnungen in Westberlin, sollen künftig entweder abgerissen (170.000 Wohnungen) oder modernisiert (300.000 Wohnungen) werden.

Da die Hauseigentümer verschiedene materielle „Anreize" brauchen, um überhaupt zu modernisieren, gibt es einige „bewährte" Modernisierungsprogramme.

– So z. B. die „freie Modernisierung" verbunden mit steuerlichen Abschreibungen. Diese Art der Modernisierung erlaubt eine Umlage der Modernisierungskosten pro Jahr auf die Miete bis zu 11 %. Das heißt, daß eine Grundmiete von 2,50 DM pro qm für eine 80 qm Wohnung, die mit einem Aufwand von 30.000 DM modernisiert wird, um 3,44 DM auf 5,94 DM pro qm monatlich steigt! Oder anders ausgedrückt: von 200,– DM monatlicher Kaltmiete auf 475,– DM! Das ist jedoch nur die e i n e Seite. Der modernisierende Hausbesitzer kann nach dem § 14 b Berlinförderungsgesetz innerhalb von acht Jahren die gesamten Modernisierungskosten abschreiben. Also hat der Hauseigentümer gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

– Von 1980 bis 1983 sollen mit dem neuen „Landesmodernisierungsprogramm" (LAMOD) des Westberliner Senats rund 6.750 Wohnungen plus 500 Modellvorhaben im Rahmen der „Internationalen Bauausstellung" (IBA) modernisiert werden. LAMOD löst dabei das auslaufende „ZIP"-Programm („Zukunftsinvestitionsprogramm") ab, bei dem bis zu 70 % der Modernisierungskosten von der „öffentlichen Hand" übernommen wurden.

Bei LAMOD beträgt der Anteil an Eigenkapital der Hausbesitzer rund 15 %, 25 % muß sich der Bauherr bei Banken leihen und die restlichen 60 % kommen aus den Steuergeldern. So jedenfalls die offizielle Version des Senats. In der Praxis sieht das jedoch anders aus. Nehmen wir an, die Baukosten pro Wohnung belaufen sich auf 100.000 DM. So setzen sich die Modernisierungskosten nach LAMOD wie folgt zusammen:

Eigenkapital des Hauseigentümers:	15.000 DM (15%)
Anleihen bei Banken:	25.000 DM (25%)
Baukostenzuschuß vom Senat:	45.000 DM (45%)
Abrissprämie:	15.000 DM (15%)

Außerdem zahlt der Senat blanko für „grundstücksübergreifende" Maßnahmen 5.000 DM und hinzu kommt die Inanspruchnahme der steuerlichen Abschreibungen nach §14b – das sind nochmals runde 10 bis 20.000 DM.

Bei Baukosten in Höhe von insgesamt 105.000 DM beträgt der Anteil aller Subventionen insgesamt mindestens 100.000 DM pro Wohnung! Da wäre es einfach bürokratischer und ehrlicher, wenn der Senat das LAMOD-Programm gleich in ein Schenkungsprogramm für Hauseigentümer deklariert, denn etwas vermieterfreundlicheres kann es bald nicht mehr geben!...

Außerdem muß angemerkt werden, daß häufig der Unterschied zwischen Modernisierung und Instandsetzung verwischt und verschleiert wird. Erfahrungsgemäß ergibt sich aus beidem ein Verhältnis von 40 zu 60. Das wiederum heißt, daß beim LAMOD-Programm der Senat die vollen Instandsetzungskosten übernimmt, während die eigentliche Modernisierung vom Mieter zu tragen ist. Das bedeutet, daß der Staat die sogar gesetzlich fixierte P f l i c h t des Hausbesitzers, für eine Instandhaltung und -setzung des Hauses zu sorgen und dafür aufzukommen, voll ü b e r n i m m t und damit den Hausbesitzern recht einträgliche Rendite garantiert. Die Folgen für die Mieter sind katastrophal.

Bei LAMOD versucht der Senat, die Modernisierungen schmackhaft zu machen. Der Quadratmeterpreis liegt nämlich anfangs um 0,90 DM unter der Bewilligungsmiete des „sozialen" Wohnungsbaus: Bei 4,34 DM pro qm. Eine jährliche Mietsteigerung von 0,17 DM pro qm monatlich führt nach 10 Jahren zu einer Endmiete von 5,87 DM pro qm und entspricht somit voll und ganz dem üblichen, vom Senat heraufgesetzten Mietpreisstandard.

Dabei wird noch unterschlagen, daß in der Übergangszeit zum 'Weißen Kreis' die Grundmieten zusätzlich erhöht werden dürfen, denn der Übergang zur Aufhebung der Mietpreisbindung erfolgt in kleineren Schüben:

1. Am 24.7.79 wurde per Gesetz die sogenannte Stichtagsmiete erhoben, das heißt, daß ab 1.12.80 die letzte vor dem 1.1.79 vertraglich vereinbarte Miete auch dann zulässig sein soll, wenn dieser Mietpreis nach der damals geltenden Rechtslage unzulässig war – was sehr häufig der Fall ist. Beschweren darf man/frau sich zwar bei den Mietpreisstellen der Bezirksämter bis zum 30.11.81, aber nur, wenn die kassierte Miete mehr als 5% über der zulässigen gelegen hat. Mit Einführung der Stichtagsmiete rückwirkend vom 1.1.79 – übrigens eine Maßnahme, die zuvor Anno 1914 durchgeführt wurde – wird somit eine Berechnungsgrundlage, eine Feststellung kommender Mietpreisberechnungen geschaffen, die sich in Zukunft katastrophal auswirken soll. Weiterer Nachteil der Mieter/innen: Haben sie tatsächlich bislang überhöhte Mieten gezahlt, so haben sie rechtlich nur noch Nachforderungen für 12 Monate. Vor Einführung der Stichtagsmiete gab es keine solche Begrenzung.
2. Ab 1.1.81 dürfen die Mieten um 5% steigen.
3. Am 1.1.82 steigen die Mieten nochmals um 5%.
4. Wer ab 1983 in eine Altbauwohnung zieht, muß die Miethöhe mit dem Vermieter schon „frei" aushandeln. Es herrscht also de facto ab 1983 für einen Teil dieser Altbaumieter schon der 'Weiße Kreis'.
Zusätzlich können die Mieten 1983 und 1984 um 10% erhöht werden.
5. Ab 1.1.85 dann 'Weißer Kreis'.

Außerdem sind bei LAMOD die Mietsubventionen des Senats, die etwa nur 10% der Gesamtkosten betragen, auf 10 Jahre begrenzt. Danach heißt es also auch: Freie Marktwirtschaft!...

Durch das umfassende Modernisierungsprogramm sowohl seitens des Staates (LAMOD) als auch privat oder durch Umwandlung modernisierter Altbauwohnungen in teure Eigentumswohnungen wird praktisch die Einführung des 'Weißen Kreises' schon jetzt betrieben!

Verwirrspiel der Sozialdemokraten

Und in der Tat ist das von den zahlreichen Mietergruppen und -initiativen, dem „Berliner Mieterverein", der AL usw. erkannt worden, so daß sich die bürgerlichen Parteien zur Durchsetzung des 'Weißen Kreises' einige Verwirrtaktiken einfallen ließen.

Allen voran wieder mal die Sozialdemokraten. Es war Bausenator Ristock, der eine neue Form des 'Weißen Kreises' vorschlug: Die sogenannte Tabellenmiete. Die Westberliner SPD gibt diese Tabellenmiete als „Kompromiß" zwischen Schwarzem und Weißem Kreis aus – doch die Tabellenmiete ist alles andere als das. Nach Ristocks Vorstellungen sollen die Altbauwohnungen je nach „Standard" in 7 Klassen eingeteilt werden. Je besser die Wohnungsausstattung, je höher der vom Senat festgelegte Mietpreis. Bei gut ausgestatteten Wohnungen liegt die Tabellenmiete bereits um 10% über den Sätzen des „sozialen" Wohnungsbaus, selbst schlecht ausgestattete Altbauwohnungen liegen klar über den derzeitigen Mietpreisen. Doch die eigentlichen Knallbonbons kommen erst noch:

+ So können die Vermieter nach Herrn Ristock sämtliche Betriebskosten auf die Mieter abwälzen, d.h. es handelt sich um Kosten, die ohnehin Bestandteil der Miete sein sollten.
+ Außerdem kann der Vermieter auch noch Geld fürs Verrottenlassen der Häuser kassieren. Er kann sämtliche Instandsetzungskosten auf die Miete abwälzen und die festgesetzte Tabellenmiete obendrein noch um 30% überschreiten! Der Vermieter ist also gar nicht mehr verpflichtet, Instandsetzungen aus der laufenden Grundmiete zu bestreiten, sondern kann das Haus solange verfallen lassen, bis ein Betrag angefallen ist, der die 30%ige Übersteigung der Tabellenmiete zuläßt. Faktisch kommt das einer Aufforderung an die Hausbesitzer gleich, die Häuser verrotten zu lassen, um dann – bei erfolgter Instandsetzung – wesentlich höhere Mieten abzukassieren. Das wäre der zweite Grund zur Freude aller Hausbesitzer.
+ Der dritte Grund liegt darin, daß ein Hausbesitzer, der sein Haus modernisiert hat, nicht nur in höhere Kategorien der Tabellenmieten-Skala hinaufklettert, sondern die Tabellenmiete ebenfalls um 30% überschreiten darf.

Was Ristock hier als „Kompromiß" angeboten hat, entpuppt sich als nichts anderes als eine andere Form der Aufhebung der Mietpreisbindung – freilich mit mehr bürokratischem Aufwand, der ja gerade eingespart werden soll. Es ist nicht einmal sicher, ob die Tabellenmiete nicht fast noch verheerender für die Mieter/innen wäre, als der übliche 'Weiße Kreis'. Insofern hat die „Berliner Mieterzeitung" des Westberliner „Mietervereins" vollkommen recht, wenn sie zur Tabellenmiete feststellt, daß es sich um *„eine verschleierte Einführung des Weißen Kreises"* handelt (Nr. 9/80).

In den letzten drei Jahren fielen rund 60.000 Altbauwohnungen aus dem derzeit noch relativ preiswerten Altbauwohnungsmarkt heraus. Durch zusätzliche Abrisse und Wohnungsverknappung wird bereits jetzt stillschweigend der 'Weiße Kreis' eingeführt, so daß mit Fug und Recht davon ausgegangen werden kann, daß die erst in 5 Jahren geplante Aufhebung der Mietpreisbindung nur noch ein gesetzmäßiger Akt sein wird, der den schon geschaffenen Tatsachen entspricht. Wenn also gegen Einführung des 'Weißen Kreises' gekämpft wird, so handelt es sich um eine h o c h a k t u e l l e T a g e s f o r d e r u n g. In 5 Jahren ist – salopp gesagt – bereits alles gelaufen.

(Alle wesentlichen Fakten wurden aus einer 6-teiligen Serie über die Wohnungsproblematik der Westberliner Zeitschrift „Zitty" sowie der „Berliner Mieterzeitung" des Westberliner „Mietervereins" Nr. 7, 9 und 10/1980 entnommen).

Drei Westberliner Kommunalarbeiter



Und der Haifisch der hat Zähne

Zoff in Kreuzberg

Am Sonnabend, den 13.12. wurde die Westberliner Innenstadt für vier Stunden lahmgelegt. Bis Sonntag morgen um 2 Uhr gingen die Schaufenster und Vitrinen von 20 Geschäften auf dem Ku-Damm zu Bruch. 2 000 Demonstranten forderten die Freilassung von Hausbesetzern und Sympatisanten, die am Tag zuvor in Berlin-Kreuzberg festgenommen worden waren.

Am Freitag abend war es zu größeren Straßenschlachten gekommen, nachdem die Bullen die Besetzung des Hauses Fraenkelufer 48 verhindert hatten. 200 Bullen standen 400 Demonstranten gegenüber.

Insgesamt wurden laut SFB 57 Demonstranten verhaftet, wobei bis Samstag abend immer noch 30 festgehalten waren, gegen die Haftbefehl beantragt wurde. Bis Redaktionsschluß wurde bekannt, daß zwei Demonstranten schwerverletzt worden sind. Ein weiterer Demonstrant wurde von einem Bullenwagen angefahren wobei ihm beide Beine gebrochen wurden. Laut „Abend" vom 13.12. sollen 18 Polizisten verletzt sein, am Tag danach waren es in der „Berliner Morgenpost" schon 66 verletzte Polizisten.

Nachdem das Fraenkelufer 48 gegen 18 Uhr besetzt worden und gegen 19 Uhr schon wieder geräumt worden war, sammelten sich die Besetzer und Sympatisanten in den umliegenden Straßen und begannen mit dem Bau von Straßensperren. Dabei wurde eine Wanne (Polizeifahrzeug) umgekippt, und ein Bauwagen wie auch anderes Material auf die Straße gestellt. Unmittelbar daraufhin erfolgte ein Polizeieinsatz, bei dem die Demonstranten von knüppelnden Bullen in Richtung Kottbusser Tor getrieben wurden. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden mehrere Demonstranten festgenommen. Nach ca. einer halben bis einer Stunde sammelten sich Demonstranten am Kottbusser Tor, wo dann im Laufe des Abends die Scheiben mehrerer Banken sowie von Filialen größerer Konzerne zu Bruch gingen und aus den Auslagen Greifbares eingesteckt wurde. Kleinere Geschäfte wurden verschont. Während sich die größere Gruppe am Kottbusser Tor aufhielt, sorgten kleinere Gruppen von Demonstranten in der Nähe des geräumten Hauses für „Entlastung". So waren die Bullen gezwungen, ihren Aufenthaltsort zu wechseln. Teils war dies sicher auch „Zermürbungstaktik" der Polizei, plötzlich am Kottbuser Tor zu erscheinen, um dann genauso schnell wieder zu verschwinden. Anfangs drangen die Bullen bis dicht zum Kottbusser Tor vor (dahinter befinden sich die meisten der besetzten Häuser).

Ab ca. 21.30 Uhr begann dann von Seiten der Bullen ein Kesseltreiben im Gebiet der besetzten Häuser gegen diejenigen, die sich noch auf der Straße aufhielten. Wenn irgendwo mehrere zusammenstanden, kamen die Bullen mit mehreren Mannschaftswagen angefahren und versuchten Festnahmen zu machen oder einfach die Leute zusammenzuschlagen. Dabei wurde auch reichlich Tränengas eingesetzt. Teilweise wurde auch einfach in die Gruppen hineingefahren, wobei mehrere Demonstranten verletzt wurden. Gegen 24 Uhr zogen sich die Demonstranten in einen Mieterladen zur Beratung zurück. Prompt fuhren die Wannen auf und diejenigen, die vor der Tür standen, wurden übel aufgemischt, teils gegen die Scheibe gedrückt, die zerbrach, und wiederum wurden Festnahmen gemacht.

Laut Morgenpost vom 14.12. zogen sich die Auseinandersetzungen bis 4.30 morgens hin. Während der Auseinandersetzung wurde auch wieder eine Kneipe mit Tränengas eingenebelt, weil die Bullen dort angeblich eine Festnahme machen wollten, was sie aber dank zahlreicher Proteste unterließen.

Ein Westberliner Genosse

eine Festnahme machen wollten, was sie aber dank zahlreicher Proteste unterließen.
Ein Westberliner Genosse

Westberlin: Prozeßwelle gegen Hausbesetzer

Fünf Tage nach dem 4.Juni 1980 war das Haus Chamissoplatz 3 besetzt gewesen. Dann wurde das Haus von der Bullizei gewaltsam geräumt. Dabei kam es zu einigen Rangeleien.

Danach waren 14 Leute verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt worden.

Im ersten von insgesamt 14 Verfahren wurde nun einer der vermutlichen Hausbesetzer zu 400 DM Geldstrafe verurteilt, und dies lediglich, weil er im Haus festgenommen worden war, was beweise, *„daß er sich dort widerrechtlich aufgehalten habe. Möglicherweise könne seine dortige Anwesenheit jedoch durchaus ehrenwerte Motive gehabt haben. Dies sei jedoch nicht feststellbar gewesen, da der Angeklagte dazu geschwiegen habe. Daß er bereits am ersten Tag der Besetzung dabeigewesen sei, könne ihm nicht nachgewiesen werden"* („Spandauer Volksblatt", 3.12.80).

400 DM also alleine dafür, daß man sich in einem besetzten Haus aufhält! Is wohl ein bißchen teuer ... Man darf gespannt sein, was in den 13 anderen um e i n e Hausbesetzung herauskommen wird, und wie die Justiz gegen die anderen Instandbesetzer aus mittlerweile 40 besetzten Häusern vorgehen wird!

Keine Kriminalisierung der Hausbesetzer !



Der trojanische LKW

In Göttingen ist wieder ein Haus be- ständig. Unterstützung bekamen die
Der trojanische LKW

In Göttingen ist wieder ein Haus besetzt. Nach der Räumung der besetzten Augenklinik wurde damit die eingelegte „Denkpause" beendet und wieder zu Taten geschritten.

Die Hausbesetzung war sorgfältig vorbereitet worden. Am 12. Dezember fuhr gegen Mittag ein LKW vor, und über eine Leiter stiegen 45 Leute direkt in den ersten Stock des seit vier Monaten leerstehenden Hauses.

Nach der Öffnung der Eingangstür wurden über eine Telefonkette einige Hundert Unterstützer mobilisiert. Eine Stunde später wurde ein benachbarter Gebäudekomplex gleich mit besetzt. Das zunächst besetzte Wohnhaus sowie die ehemalige Handelsschule sollen einem Appartement-Klotz der Firma Orbi (Wiesbaden) weichen. Die Besetzer wollen stattdessen in der Schule ein Kulturzentrum einrichten mit Räumen für Werkstätten, Initiativen, Musik- und Theatergruppen. Die Polizei blieb zunächst ruhig, beobachtete jedoch die Häuser ständig. Unterstützung bekamen die Besetzer nicht nur von der Linken Bündnisliste der Uni, den Grünen und der DKP, sondern auch von der Bevölkerung, die ihnen Möbel anbot und Geld spendete.

Samstag vormittag wurde eine gemeinsame Demo zum Oberstadtdirektor organisiert, der auf einem karitativen Erbsensuppenessen angetroffen wurde. In einem Brief wurde die Legalisierung der Besetzung gefordert. Derartig in seinem sozialen Engagement gestört, flüchtete der Oberstadtdirektor vor den Demonstranten quer durch die Innenstadt – die 200 Demonstranten im Sturmschritt hinterher – begleitet von einem Pulk Pressefotographen. Über Megaphon wurde die staunende Bevölkerung informiert, daß dies die erste Göttinger Demo ist, die von einem Oberstadtdirektor angeführt wird. Erst nach rund zwei Kilometern Marsch gelang es dem Oberstadtdirektor, sicheres Gebiet im Rathaus zu erreichen.

Endlich auch in Kiel: Hausbesetzung

Seit Anfang Dezember haben etwa 50 Wohnungslose (Arbeitslose, Schüler und Studenten) ein seit fünf Jahren leer stehendes Haus in der Nähe des Bahnhofs besetzt. So etwas war längst überfällig. Seit sechs Jahren kauft die „Teure Heimat" rund um den Bahnhof systematisch jedes Grundstück auf. Den Bewohnern wurde gekündigt, ohne daß in Kiel Wohnraum geschaffen wurde, den sich Leute ohne Spitzeneinkommen noch leisten können. Einige Häuser sind bereits abgerissen, in anderen wohnen noch ein bis zwei Familien oder Wohngemeinschaften. Damit wird der menschenfeindliche Sanierungskurs der Stadtverwaltung weiter fortgesetzt. Wohnten 1939 in der Kieler Innenstadt noch einige Zehntausende, sind es heute nur noch ungefähr 2.000. Wohnen in der Innenstadt fällt bei der Stadtplanung denn auch unter die Kategorie „city-untypische Nutzung", die anscheinend ausgemerzt gehört. Entsprechend spekuliert die gemeinnützige „Teure Heimat" auf etwas, was für die Stadt Gewerbesteuer abwirft. Was genau, das wissen bisher weder Stadtverwaltung noch der DGB-eigene Konzern. Der Bebauungsplan wurde mehrfach geändert, da Interessenten wie z.B. ein Kaufhauskonzern immer wieder absprangen und bis heute kein Bauträger gefunden ist. Allerdings gekündigt und abgebrochen wird weiter. Der Skandal wird noch größer, wenn man berücksichtigt, daß seit einigen Jahren ein etwa 10.000 qm großes, planiertes Grundstück, das ehemalige Schlachthofgrundstück, ungenutzt herumliegt.

Die „Teure Heimat" reagierte auf die Besetzung mit einem Schreiben, in dem sie auf die Unrechtmäßigkeit der Besetzung aufmerksam machte. Gegenüber dem Lokalblatt „Kieler Nachrichten" stellte sie heraus, daß der Bebauungsplan (eigentlich wohl besser Abrißplan) rechtskräftig sei. Ein starker Trost für Kiels Wohnungslose. Allerdings hat sie den Besetzern zugesichert, solange keine Bullen zur Räumung zu schicken, wie die Verhandlungen zwischen Besitzern und Besetzern andauern. Die üblichen Schikanen der Bullen wie Razzien nach Shit oder nach entlaufenen Jugendlichen blieben bisher aus.

Schon jetzt kann man feststellen, daß diese Diskussion frischen Wind in die Diskussion um die Wohnraumvernichtung gebracht hat. An der Uni und anderswo finden Solidaritätsveranstaltungen statt. Viele Leute, gerade auch solche, die man bisher noch nicht auf linken Veranstaltungen gesehen hat, beteiligen sich an der Info-Arbeit, sammeln Unterschriften und verteilen Flugblätter. Selbst der Stadtrat sieht sich bemüßigt, das Problem der Wohnraumknappheit inklusive Hausbesetzung auf seiner nächsten Sitzung zu verhandeln.

Ein Kieler Genosse

Besetzungen

Detmold. Ein zum Abriß freigegebenes ehemaliges Druckereigebäude wurde am 29.11.80 besetzt und floriert seitdem als Kommunikationszentrum für Jugendliche und politische Gruppen wie Jusos, Grüne, DFG/VK u.a. (nach: Klingenberg – Kommunikationszentrum, Besetzer-Info Nr.1).

Oldenburg. Eines ähnlichen Schicksals darf sich eine ehemalige Fahradfabrik in Oldenburg erfreuen. Seit dem 21.11. muß sie nicht mehr leerstehen und vor sich hingammeln, sondern bietet nun 30 Leuten Wohnraum und Platz für Initiativentreffs.

Hier ein Konto für Spenden an die Besetzer:

Eva Sassen, Landessparkasse Oldenburg. Kto.-Nr.: 023-14 13 69

Wohnungskommission

Räumung des Grote Wetering

Die Bilanz dieses Jahres sieht für die Amsterdamer Kraakbewegung gar nicht mehr gut aus: Nach der Schlacht in der Vondelstraat, mit der ein besetztes Haus zumindest erfolgreich verteidigt werden konnte, mußten die Kraker der immer massiver auftretenden Staatsgewalt bei den Kämpfen um den Vogelstruys und die Prins-Hendrik-Kade weichen (wir berichteten jeweils im AK). Im November wurde, nach soundsoviel Räumungsdrohungen, der Grote Keijser, d a s Symbol der Kraakbewegung, von der Stadt Amsterdem aufgekauft, um den Wohnraum zu erhalten.

Am 2.12. jedoch zeigte sich die Staatsmaschine wieder in voller Pracht: 2.000 Polizisten, zum größten Teil die berüchtigten Mobilen Einheiten (ME), Wasserwerfer, Reiterstaffeln, Hundetrupps, Tränengas, Bulldozer, hydraulische Kräne, Container und ein kleines Heer von Zivilbullen war aufgeboten worden, um 30 Kraker aus ihren Wohnungen im Grote Wetering zu vertreiben. 2.000 Polizisten, um einem stadtbekannten Spekulanten den Abriß des Grote Wetering zu ermöglichen und den Neubau von Bürohäusern (von denen derzeit in Amsterdam Gebäude mit etlichen tausend Quadratmetern schon seit Jahren leerstehen).





Gegen Mittag des 2.12. wurde der weite Umkreis des Grote Wetering hermetisch abgeriegelt, der Verkehr brach für Stunden zusammen. Mit Panzerwagen wurden die Türen des Grote Wetering gerammt und große Löcher in die Wände gebrochen; ME wurde in Containern mit hydraulischen Kränen auf das Dach gehievt. Unmittelbar nach der „Eroberung" begann der Abriß.

Aus einem Fenster des Grote Wetering flatterte ein Transparent: *„Amsterdam blutet"*. (Ein „Augenzeugenbericht" folgt im nächsten AK).

Niederlande-Kommission

Knast besetzt

Die katastrophale Wohnungssituation in Marburg (Anfang des Wintersemesters 500 wohnungslose Studenten im Erstsemester, Wuchermieten, fehlende Räume für Initiativen) veranlaßte Wohnungslose und Initiativmitglieder am 4.12. zur Besetzung des alten Marburger Knasts. Anders als bei einer vor wenigen Wochen stattgefundenen „demonstrativen Besetzung" eines Hauses geht es den Besetzern darum, den Knast zu bewohnen und für die Marburger Initiativen Räume zu schaffen.

Der Knast, seit 1972 nicht mehr als solcher genutzt, befindet sich seit ca. drei Jahren in Universitätsbesitz. Obwohl das Gebäude im Bebauungsplan für Wohnzwecke vorgesehen ist, und die Uni vor drei Jahren eine Kinderinitiative aus dem Gebäude vertrieb mit der Begründung, es solle zu einem Studenten- oder Schwesternwohnheim umgebaut werden, läßt es sie seitdem verrotten und benutzt Teile davon als Archiv und Abstellraum für Museumsstücke.

So ist es den Besetzern bis jetzt nur möglich, vier Räume, Bad und Toilette zu benutzen. Hinzu kommt, daß es sich bei den Akten um datenschutzpflichtiges Material (Krankenblätter der Uniklinik) handelt. Dies scheint der Unileitung einiges an Kopfzerbrechen zu bereiten. So sah sie sich veranlaßt, noch am ersten Tage der Besetzung die neuen Bewohner aufzusuchen. Den Besetzern wurde mit sofortiger Räumung gedroht, falls den Akten etwas zustoßen sollte. Im Einvernehmen mit diesen wurde sodann der Zellentrakt des Hauptgebäudes, in dem sich die Akten befanden, verriegelt.

Während dies für die ersten vier Tage der Besetzung die einzige Reaktion der Unileitung blieb – ein von den Besetzern angebotener Lokaltermin wurde ignoriert – zeigten die Medien lebhaftes Interesse: Bis auf die Artikel in einer Lokalzeitung („Oberhessische Presse") überwiegend wohlwollende Berichterstattung im Regionalprogramm des Fernsehens, im Hessischen Rundfunk und in der „FR".

Mittlerweile hat sich die Unileitung doch noch „herabgelassen", einen Verhandlungstermin wahrzunehmen, nicht ohne die Besetzer kurz zuvor über die oben erwähnte „OP" zur Räumung aufzufordern. Dabei wurde den Forderungen der Besetzer nach Entfernung der Akten, Übernahme der Kosten für Umbau und Renovierung des Gebäudes u.a. kein Entgegenkommen gezeigt: Man habe zwar Verständnis für das Anliegen der Besetzer (Schaffung eines Wohn- und Kommunikationszentrums), aber leider verfüge die Uni weder über Geld noch Räumlichkeiten zur Umlagerung der Akten.

Um ihrer Forderung nach Verlegung der Akten Nachdruck zu verleihen, haben die Besetzer inzwischen den hessischen Datenschutzbeauftragten eingeschaltet. Er soll die Zulässigkeit der Art der Lagerung dieser Akten überprüfen. Das Ergebnis seines Berichtes wird wohl das weitere Vorgehen der Uni mitbestimmen. Sollte er zu der Einschätzung kommen, daß der Schutz der Daten durch die Anwesenheit der Besetzer nicht gewährleistet ist, so würde er damit das Hauptargument des Unipräsidenten für eine Räumung stützen. Hält er hingegen die Lagerung der Akten in diesem Gebäude generell für unzulässig, so müßte der Forderung der Besetzer nach Entfernung der Akten nachgekommen werden.

Klar ist: die Besetzer werden bleiben und sich wohnlich einrichten, unterstützt erfreulicherweise von vielen Leuten aus der Bevölkerung, insbesondere den in der Nähe wohnenden Menschen, die nicht nur der Besetzung positiv gegenüberstehen, sondern auch materielle Unterstützung (Möbel, Essen, usw.) gegeben haben.

KB - Gruppe Marburg

Verleihung der »Goldenen Krücke«

Am 19.11. wurde zum dritten Mal im Frankfurter Schauspielhaus die „Goldene Krücke" verliehen.

Die „Goldene Krücke" ist eine Auszeichnung für Personen, Gruppen oder Gesellschaften, die sich durch Wort, Schrift, Ton oder Bild besonders behindertenfeindlich hervorgetan haben. Sie wird seit 3 Jahren jährlich von dem VHS-Kurs „Bewältigung der Umwelt" (Ffm) in Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Schauspielensembles verliehen.

Wer der Preisträger der diesjährigen „GK" werden würde, war wohl ein offenes Geheimnis: Richter Otto Tempel, Vorsitzender der 24. Zivilkammer des Landesgericht Ffm.

Sein Name ist durch das berüchtigte Behindertenurteil, welches er zu verantworten hat (s. AK 187), bekannt geworden.

Leider erschien Herr Tempel nicht persönlich zur Preisverleihung (obwohl, per Einschreiben eingeladen), sodaß wir mit einem Photo von ihm, dafür aber in überdimensionaler Größe, Vorlieb nehmen mußten. Dies nahm sich aber auf der Bühne auch recht hübsch aus.

Im Gegensatz zu den vorhergehenden Jahren, war dieses Mal keine Preisrede vonnöten. Richter Tempel hielt sich selbst eine blamable Lobrede, in Form einer Tonbandaufnahme der Pressekonferenz, auf der er den Urteilsspruch begründete.

Während im Urteilstext noch die Rede von „körperlich und geistig Behinderten" war, versah Tempel die in Griechenland Urlaub machenden Behinderten mit Bezeichnungen wie *„einer Gruppe von 25 schwer geistig Erkrankten"* und *„zwar psychisch schwer kranker Menschen"*.

Ob Richter Tempel heute weiß, welche Art von Behinderung er mit diesen Bezeichnungen krampfhaft versucht hat zu umschreiben, nämlich „Spastische Lähmung", hat er bisher noch nicht eindeutig zu erkennen gegeben.

Die Preisverleihung war natürlich nicht das Einzige, was dem Zuschauer geboten wurde. Viele authentische Szenen wurden gespielt bzw. in „Nachrichten aus Rolland" verlesen; wie z.B. eine Szene über den alljährlichen Sonnenzug. Mit ihm profilieren sich Politiker, Pfaffen und Anstaltsleiter, indem sie mit Behinderten aus Heimen einmal im Jahr mehrere Städte abklappern, jeder Rolli wird dabei mit einer Nummer und einem Bundeswehrsoldaten ausgestattet.

Oder es wurden die Reaktionen der NB-Menschen (Anm.: Nicht-Behinderte) auf Krüppel in Kneipen, auf der Straße und auf Reisen dargestellt.

Eine Szene, in der das Behindertenurteil umgekehrt wurde, indem eine Spastikerin ein Reiseunternehmen verklagte, weil ihr Reisegenuß durch die behindertenfeindliche Behandlung im Urlaubshotel erheblich beeinträchtigt wurde, hätte vielleicht selbst einem Richter Tempel die Augen geöffnet.

Zum Abschluß wurde das UNO-Jahr der Behinderten eingeläutet und als Beitrag der Film „Affenliebe" gezeigt. Der Film zeigt ein Pärchen im Zoo vor einem Affenkäfig und im Anschluß daran Bundespräsident Carstens, wie er Behinderte begrüßt, wobei die erste Szene mit dem O-Ton der zweiten Szene vertont ist.

Obwohl während der Vorführung der 2. Szene der Ton ausfiel, blieb den Zuschauern die verdächtige Ähnlichkeit dieser beiden Begrüßungen dennoch nicht verborgen.

KB/Gruppe Frankfurt



Trotz Wohnungsnot in Hamburg: Über 100 Häuser stehen leer

90 000 Wohnungssuchende gibt es schätzungsweise in Hamburg – trotzdem stehen über 1000 Wohnungen z.T. schon seit Jahren in der Hansestadt leer! Verantwortlich für diesen Skandal ist in erster Linie die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA, der die Mehrzahl der Häuser gehört. Und Aufsichtsratsvorsitzender der SAGA ist kein geringerer als der Hamburger Bausenator Volker Lange.



Die neugegründete Selbsthilfeorganisation „Mieter helfen Mietern" veröffentlichte vor kurzem eine Liste von über 100 leeren oder teilweise leerstehenden Häusern und forderte die Verantwortlichen auf, die noch bewohnbaren Wohnungen sofort zu vermieten. Wenn man eine gewisse Dunkelziffer einrechnet, könnte auf diese Art und Weise für über 5000 Hamburger die Wohnungsnot etwas gemindert werden. Stattdessen stehen diese Wohnungen z.T. schon seit Jahren leer und drohen zu verfallen. Hamburger Mieterinitiativen befürchten, daß die Baubehörde so das Wohnraumzweckentfremdungsverbot umgehen und die bald wirklich unbewohnbaren Häuser abreißen lassen will.

raumzweckentfremdungsverbot umgehen und die bald wirklich unbewohnbaren Häuser abreißen lassen will.

Die SAGA reagierte sofort auf die Veröffentlichung von „Mieter helfen Mietern": Zwei Stunden nach der Pressekonferenz der Initiative lud sie selbst die Journalisten ein und versuchte zu dementieren – was ihr nur schwerlich gelang. Sie sprach von 500 leerstehenden Wohnungen, mit denen sie aber natürlich nicht spekulieren wolle, sondern bei denen die Planung noch nicht abgeschlossen sei. Der SAGA-Sprecher bestätigte, daß es oftmals Jahre dauere, bis die endgültige politische Entscheidung über ein Haus falle. In dieser Zeit aber könne ein Haus soweit verfallen, daß nur noch der Abriß bleibe.

Diese Praxis der SAGA und der Baubehörde führt dazu, daß normalerweise über 50% der Bevölkerung aus einem Sanierungsgebiet vertrieben werde. In ihrem ersten Informationsblatt belegt „Mieter helfen Mietern" diese Tatsache mit Auszügen

ben werde. In ihrem ersten Informationsblatt belegt „Mieter helfen Mietern" diese Tatsache mit Auszügen

aus einem bisher unveröffentlichten GEWOS-Gutachten, das diese Forschungsgruppe (die zur „Neuen Heimat" gehört) im Auftrage des Wohnungsbauministeriums geschrieben hat.

So unter Druck geraten versprach die SAGA, juristisch zu prüfen, ob die leeren Wohnungen wenigstens zwischenzeitlich von Wohnungssuchenden belegt werden können – wie es die Mieter gefordert hatten.

Es ist zu hoffen, daß die „juristische Prüfung" nicht dazu führt, daß die SAGA als erstes die Wohnungen durch ihre Zerstörungstrupps völlig unbewohnbar macht, wie es bisher meist Praxis dieses „gemeinnützigen" Unternehmens war.

Da sicher noch weit mehr Wohnungen leer stehen, als es bisher bekannt ist, haben Hamburger Mieterinitiativen eine „Meldestelle für leere Wohnungen" eingerichtet und bereiten

ist, haben Hamburger Mieterinitiativen eine „Meldestelle für leere Wohnungen" eingerichtet und bereiten

eine Dokumentation hierüber vor. Zusätzlich soll ggf. Anzeige wegen Zweckentfremdung erstattet werden.

Nachdem die örtliche Presse und der NDR recht wohlwollend berichtet hatten, meldeten sich sofort zahlreiche Bürger, um bisher unbekannte leere Wohnungen mitzuteilen.

Kontakt:
„Mieter helfen Mietern"
Hamburger Mieterverein e.V.
Wohlwillstraße 18
2000 Hamburg 4
Tel.: 31 68 68

Der Verein gibt auch Mietrechtsberatung, und zwar mittwochs und donnerstags, 17.30 - 19.30 Uhr.

Wohnungskommission

Obdachlosen droht Tod durch Erfrieren

Während der Kältewelle zu Anfang November fand ein Mitbürger ohne Unterkunft beim Schlaf unter freiem Himmel den Tod. Ein erschütterndes Ergebnis sozialdemokratischer „Sozialpolitik" in Bremen.

Als vor Jahren die menschenunwürdigen Obdachlosenunterkünfte abgeschafft wurden, wurde kein Ersatz geschaffen. Seit einiger Zeit steigen nun die Zahlen der Obdachlosen, weil immer mehr in den hoffnungslosen Kreislauf von Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit hineingeraten: Wer einmal seine Wohnung verloren hat, hat keine Möglichkeit, einen ordentlichen Arbeitsplatz zu finden; wer arbeitslos ist, findet keine Wohnung. Die überhöhten Mieten für größere Wohnungen machen sie für Familien mit mehreren Kindern unerschwinglich. Sie sind gezwungen, in viel zu kleinen Wohnungen zu leben. Dadurch ist wiederum die Wohnungsknappheit für Alleinstehende verschärft.

Die Zahl der registrierten Obdachlosen beläuft sich in Bremen auf 450. Die Dunkelziffer liegt sicherlich weit höher. Erschreckend ist der zunehmende Anteil der Jugendlichen, der sich lauf offiziellen Zahlen schon heute auf 25 % beläuft. Besonders schlimm sind Leute dran, die aus dem Knast entlassen wurden und ohne Unterkunft bleiben.

Protestaktionen der „Beratungsstelle für alleinstehende Wohnungslose mit besonderen sozialen Schwierigkeiten", anderer Hilfsorganisationen und der Betroffenen selbst haben zumindest erreicht, daß Öffentlichkeit und Behörden ein wenig aufgerüttelt wurden. Nachdem ein Offener Brief nichts anderes als ein „Geschenk" von 50 wasserdichten Schlafsäcken zur Folge hatte, errichteten 35 der Obdachlosen ein Zeltlager in den Wallanlagen. Daraufhin sah sich das Sozialamt genötigt, doch noch Wohnraum ausfindig zu machen. Elf Personen leben nun in zwei Räumen ohne sanitäre Anlagen, als einziges Mobiliar mit den Schlafsäcken ausgestattet. Weitere Unterbringung wurde zumindest in Aussicht gestellt. Außerdem bekundete der Sozialsenator Verständis für die „Schlafsackbewohner". Wie wenig Perspektive diese Maßnahmen haben, zeigt allein schon die Tatsache, daß am selben Tag durch die polizeiliche Räumung eines besetzten Hauses erneut 16 Personen obdachlos wurden.

KB Gruppe Bremen

Fahrpreiserhöhungen in Bonn

Am 27.November beschloß der Rat der Stadt Bonn, gegen die Stimmen der SPD und FDP, eine Fahrpreiserhöhung. Und zwar eine saftige. Bus und Bahn sollen bis zu 76% teurer werden. Wegfallen sollen u.a. der Hausfrauentarif, der für die verkehrsschwachen Zeiten angeboten wird, und die verbilligten Schüler- und Studentenkarten.

Damit soll das 20-Millionen-Loch der Stadtwerke zur Hälfte gestopft werden.

Für Studenten soll der Bonn-Ausweis eingeführt werden. Der berechtigt aber nur zu einer verbilligten Fahrt zwischen Wohnung und Uni. Und die, die wegen der Wohnungsmisere außerhalb von Bonn wohnen, sollen ab 1.3.81 den vollen Fahrpreis bezahlen.

Am Rande der Ratssitzung ergab sich dann auch ein ungewöhnliches Bündnis. So waren DKP und SdAJ anwesend und Bonns „notorische Schwarz- und Radfahrer" drohten auf einem Transparent damit, immer mehr zu werden. SPD-Stadtverordneter Dieter Witte: *„Busse und Bahnen fahren in Bonn fast zu 90% leer. Aber anstatt sie durch eine grundlegende Änderung des Linienkonzepts zu füllen und Millionen einzusparen, fällt der CDU nichts anderes ein, als die Preise zu erhöhen"* (nach „Bonner Rundschau", vom 28.11.80).

Aber nicht nur im Sitzungssaal der Stadt kam es zu Protesten. Gegen 17 Uhr besetzten über 100 Menschen den Busbahnhof. Es wurde eine kurze Rede gehalten, in der zum Ausdruck kam, daß Schüler, Studenten und sozial Schwache mal wieder die Hauptleidtragenden einer solchen Erhöhung sind. Nach ca. einer halben Stunde kam es dann zu einem massiven Polizeieinsatz, in deren Verlauf es zu Schlägen, Tritten und dem Einsatz der „chemischen Keule" kam. 14 Demonstranten wurden vorläufig festgenommen. Alle 14 sollen eine Anzeige wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz bekommen.

uj, bonn

Neues von der hessischen WAA-Front

Ende November, so äußerte sich Karry noch vor wenigen Monaten, sollten die hessischen WAA-Standorte bekanntgegeben werden. Inzwischen scheint der hessischen Landesregierung das Eisen zu heiß geworden zu sein:

„Angesichts der Kontroversen um den Ausbau des Frankfurter Flughafens und der damit verbundenen Belastungsprobe der Wiesbadener Koalitionsregierung scheint die Neigung in der Landesregierung nicht sehr groß zu sein, sich durch die Vorlage eines Standort-Kriterienkatalogs für die Anlage vor den hessischen Kommunalwahlen im März nächsten Jahres einen zweiten Konfliktstoff zu schaffen." („FAZ", 2.12.80).

Die Herausgabe des „Hessischen Kriterienkatalogs" verzögert sich mit dem Argument, es sei noch ungeklärt, wie „engmaschig" die Kriterien festgeschrieben werden sollen.

Die DWK zeigt sich verärgert über diese *„Auseinandersetzung mit ‚scheinrationalen Gründen', mit der man Zeit gewinnen möchte"* („FAZ", 2.12.80). Sie hat nämlich bereits eine von der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft (HLT) im Auftrag der DWK ausgearbeitete Standortliste vorliegen, darf die Standorte aber erst benennen, wenn der Kriterienkatalog vorliegt.

Trotz der Geheimhaltung seitens der DWK zeichnet sich immer mehr ab, wo die WAA hin soll. „FR" und „FAZ" wissen übereinstimmend zu berichten, daß der endgültige Standort auf jeden Fall in Nordhessen liegen soll. Laut „FR" vom 29.11.80 haben sich *„4 oder 5 Kleingemeinden aus Nordhessen auf der Bewerberliste eingeschrieben"*. Die „FAZ" vom 2. Dezember 80 meldet sogar: *„Große Chancen werden aufgrund der Rahmenbedingungen der Gemeinde Volkmarsen eingeräumt."* In der Tat scheint V o l k m a r s e n (Kreis Waldeck-Frankenberg, westlich von Kassel) als Standort der e n g e r e n W a h l zu gelten. Am 29. November nahm der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Wilke in einem ausführlichen Interview mit der „Waldeckischen Landeszeitung" („WLZ") zur WAA-Hessen Stellung. Darin spricht er sich sehr vehement für eine WAA im Landkreis Waldeck-Frankenberg aus (Wilke stammt selbst aus dem Landkreis).

Volkmarsens Bürgermeister Vervoort bezeichnete noch Ende August, als Volkmarsen erstmalig für eine WAA ins Gespräch kam, entsprechende Nachrichten als *„völlig überraschend und unfaßbar"* („HNA", 28. August) und als *„eine reine Ente"* („WLZ", 28. Aug.). Inzwischen haben Vertreter von SPD, CDU und FDP die Karlsruher Versuchsanlage besichtigt: *„ 'Bei den Fahrtteilnehmern bestand aufgrund der in Karlsruhe dargestellten Ungefährlichkeit einer solchen Anlage die einhellige Meinung, daß man dem Projekt nähertreten müßte, wenn die hessische Landesregierung Volkmarsen als Standort benennen würde', teilte der Bürgermeister mit"*. („WLZ", 3. Dezember 80).

Eine *„breite Diskussion"* über den Standort hält Vervoort allerdings für *„verfrüht"*. Damit *„wäre die Bevölkerung nur unnötig in Unruhe versetzt"*, (nach „WLZ", 3. Dezember).

Laut Vervoort erwäge der Magistrat jedoch *„ die Landesregierung zu bitten, ihm anerkannte Wissenschaftler zu benennen, die die Bevölkerung objektiv über eine Wideraufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe unterrichten können. Auch werde die Möglichkeit geprüft, für interessierte Bürger eine Besichtigungsfahrt zu einer in Betrieb befindlichen Anlage zu organisieren"* („WLZ", 3. Dez.). Allerdings dürfte Karlsruhe hierfür nicht in Betracht kommen, denn die Anlage liegt nach wie vor still ...

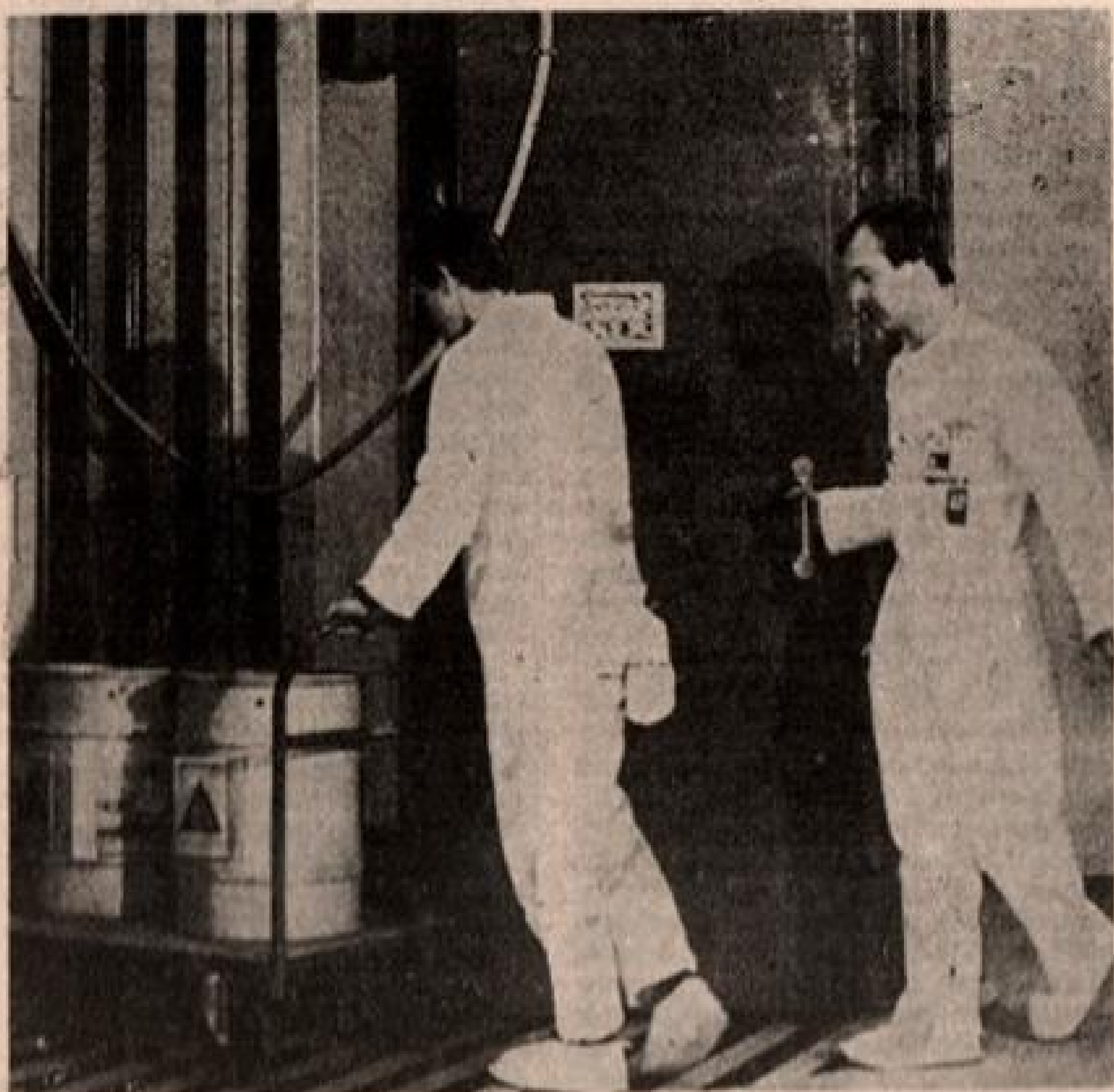
Was die Unruhe angeht, die Bürmeister Vervoort so gern verhindern möchte, hat sie schon um sich gegriffen. So hat sich vor wenigen Monaten eine Bürgerinitiative in Volkmarsen gegründet, die ihrerseits für eine breite öffentliche Diskussion sorgt. Eine erste größere Veranstaltung hat schon stattgefunden, 500 Besucher, darunter viele Landwirte, lassen auf große Unruhe in der Zukunft hoffen.

KB/Gruppe Marburg

Plutonium in Hanau

Der Welt größtes Plutonium-Lager wurde am 3. Dezember bei der Alkem in Hanau-Wolfgang in Betrieb genommen. In der auf fünf Tonnen (!) Lagerkapazität ausgelegten Anlage wurden zunächst 460 kg Plutonium eingelagert (bereits 1 kg dieses gefährlichen radioaktiven Stoffes reicht bekanntlich, um die gesamte Menschheit zu vernichten). Die Anlage hat vor allem Bedeutung für die vom Bund gewollte Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar. Etwa 40 % des Betriebsstoffes für diesen Schnellen Brüter würde die Alkem aus Hanau-Wolfgang liefern. Deshalb hat der Bund auch 80 % der Baukosten (allein der Plutonium-Bunker kostet 22 Mio DM) übernommen. Angeblich ist die Anlage gegen Erdbeben, Flugzeugabstürze und „Eingriffe von außen" gesichert. Von derartigen Aussagen ist allerdings wenig zu halten, zumal wenn sie ausgerechnet auf Auflagen des hessischen Wirtschaftsministers Karry beruhen. Die Einrichtung dieser Anlage ist nie so sehr in das Visier der hessischen und fränkischen Atomkraftgegner gekommen, obwohl hier sicher ein dem Betrieb von AKWs, Schnellen Brütern oder einer WAA vergleichbares Gefahrenpotential gegeben ist, abgesehen von der militärischen Nutzbarkeit. Bei der Planung der Anlage vor mehreren Jahren (und noch vor Entstehen einer breiteren Anti-AKW-Bewegung) hatten die Betreiber auch soziologische Untersuchungen vor Ort durchführen lassen, mit dem Ergebnis, daß Hanau-Wolfgang vom Protestpotential her ein besonders günstiger Standort wäre. Diese Rechnung ist leider bisher aufgegangen.

KB/Gruppe Frankfurt



Fessenheim-Analyse (II)

Die Taktik der Atommafia

Für die Stillegung des AKW Fessenheim und für bessere Katastrophenschutzmaßnahmen fanden im Winter 79 und im Frühjahr 80 eine ganze Reihe von Aktionen statt — Höhpunkt war zweifellos der Streik und die Demonstration von 10 000 Schülern in Freiburg im Mai 1980. Um nicht nur Angriffsflächen zu bieten, sondern auch zur Einschläferung des Widerstands beizutragen, folgte daraufhin die Veröffentlichung der Katastrophenschutzpläne (die für Fessenheim schon vor drei Jahren durch die Umweltschützer bekanntgemacht worden waren); in Propagandaschriften wurden weiter hohle Versprechungen verbreitet.

Baden-Württembergs Staatssekretär Ruder erhoffte sich dadurch *„die Versachlichung der Diskussion"*. Vom *„Schritt nach vorn"* war die Rede bei dieser notgedrungenen *„Wandlung der Informationspolitik"* (1), die Fessenheim nicht im geringsten sicherer macht.

Im Oktober hatte die Landesregierung für sämtliche AKWs die Katastrophenschutzpläne veröffentlicht, nachdem sie jahrelang wie Staatsgeheimnisse gehütet worden waren. Auch diesmal blieb der *„genaue Alarmplan"* geheim, *„um den Schutz sicherheitsempfindlicher, personenbezogener Daten zu gewährleisten"* (1). Die Untauglichkeit des gesamten Planes wird selbst von berufenen staatlichen Stellen nicht bestritten: *„Wenn hier ein großer kerntechnischer Unfall passiert, meine Damen und Herren, dann ist es nicht möglich, die Sache durch einen Katastrophenplan wegzuwischen"*, erklärte der Katastrophenschutzbeauftragte des Landratsamtes Freiburg, Rotberg, auf einer Veranstaltung (2). Dies war auch von den AKW-Gegnern in den letzten Jahren erschöpfend und detailliert nachgewiesen worden (3). Die Tauglichkeit der Pläne bei einem Reaktorunfall rechnete beispielsweise eine Expertengruppe in der „Heidelberger Rundschau" (4) vor — das Ergebnis war niederschmetternd:

Bei durchschnittlichen Windgeschwindigkeiten und -richtungen würden im Umkreis von 20 km a l l e Menschen getötet werden. Die Evakuierung soll teilweise erst 4 Stunden nach dem Eintreffen der radioaktiven
ierung soll teilweise erst 4 Stunden nach dem Eintreffen der radioaktiven
Wolke stattfinden. Die Einwohner der 6 km-Evakuierungszone um Fessenheim sollen in die Städte Mühlheim und Bad Krozingen gebracht werden, die selbst kaum weiter vom Reaktor entfernt sind (s. Skizze 1).

Die Einwohner Freiburgs (30 km entfernt) sollen überhaupt nicht evakuiert werden, obwohl nach Aussagen des Kernphysikers Dr. Jan Beyea *„die meisten gesundheitlichen Spätschäden in dem Bereich zwischen 30 und 50 km vom Reaktorgelände entfernt auftreten"* (5) (s. Skizze 2). Angesichts solcher Tatsachen hält es selbst Regierungspräsident Nothelfer für seine Pflicht, vor *„der Enttäuschung geweckter Hoffnungen"* (auf Überlebenschancen) zu warnen (6). Nothelfer will *„übersteigerte Erwartungshaltungen"* (6) korrigieren, Katastrophenschutz könne lediglich *„die Folgen einer Katastrophe nur mindern"* (7).

Propagandabroschüre der Landesregierung

Mit 500000 Auflage wurde vom Innenministerium gleichzeitig eine Hochglanzbroschüre *„Stichwort Kernenergie: Versorgung — Sicherheit — Katastrophenschutz"* verteilt. Daß es sich dabei kaum um amtliche Information zum Katastrophenschutz, sondern um politische Propaganda handelt, wird schon dadurch deutlich, daß die Hälfte der Broschüre aus AKW-Propaganda besteht. Für die Schulen als besonders heißes Pflaster ist ein gesonderter Teil aufgenommen. Kostprobe: *„... der Schulleiter hat ... dafür zu sorgen, daß Fenster und Türen geschlossen und Lüftung und Klimaanlage ausgeschaltet werden"*.

Schöne Worte ...

Doch auch sonst sind die verantwortlichen Politiker besorgt. Im Juni wurden in Fessenheim die Reaktorrisse untersucht. Obwohl M. Leblond, der Fessenheimer Direktor, erklärte, daß die Auswertung der gesammelten Daten noch einige Monate dauern werde (8), wollte er schon wenige Tage später Beweise für die absolute Ungefährlichkeit der „Mini-Risse" (Werksleitung) gefunden haben. Kein Wunder, denn das verwendete Ultraschall-Verfahren konnte eine genaue Inspektion sowieso nicht leisten (9).

- Die CDU hat plötzlich ihr Herz für den Schutzraumbau entdeckt und betont, *„daß sie seit der Inbetriebname von Fessenheim schon mehrfach nachgefragt habe, was für die Sicherheit der Stadt getan werden kann"* (11). Mit der Veröffentlichung dieser Stellungnahme in der BZ dürfte dieser Vorstoß seinen Zweck erfüllt haben, denn *„die Kostensituation ist völlig offen"*, d.h. die Sache sei eh nicht finanzierbar.
- Die CDU-Landtagsfraktion fordert weiterhin gemeinsame Übungen bei grenznahen Reaktoren, einen *„weiteren Ausbau"* der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Was da „weiter" ausgebaut werden soll, ist nicht ganz klar, bisher hatte z.B. die französische Seite BRD-Behörden Pannen vorsichtshalber erst gar nicht gemeldet.
- Auf höherer Ebene wurde mit großem Getöse ein Abkommen zwischen Bonn und Paris verabschiedet (12). Die SPD-Landtagsabgeordneten Schrempp und Nicola feierten das ganze als *„vertrauensbildende Maßnahme"* (14) und keineswegs als Schutzmaßnahme, was angesichts der Tatsache logisch ist, daß *„nicht einmal ein Sicherheitsbeauftragter für Fessenheim ... politisch durchsetzbar"* war, sondern lediglich eine Kommission in dem Abkommen vorgesehen ist, in der Kommunalpolitiker und Bürger über
sicherheitstechnisch bedeutsame Er- Kommunalpolitiker und Bürger über
„sicherheitstechnisch bedeutsame Ereignisse beim Betrieb von Kernkraftwerken unterrichtet werden" sollen (12,13).
- Ebenso bescheiden läuft der Katastrophenschutz jetzt im Markgräferland (südlich von Freiburg) an. Dort trafen sich mehrere Bürgermeister zur Erprobung von „Ortsrufanlagen". Dabei konnte die wichtigste Frage bedauerlicherweise nicht geklärt werden, ob die Ortsrufanlage, die von einem erhöhten Punkt aus die ganze Ortschaft beschallen soll, auch dann noch hörbar ist, *„wenn die Leute im Keller sitzen"* (15). Dennoch meint der Bürgermeister, daß diese Anlage dem *„Schutz b e d ü r f n i s"* der Bevölkerung Rechnung trage.
- Dieselben Bürgermeister wollen auch ein Fernüberwachungssystem für AKWs, wie es in Bayern mit Glanz und Gloria eingeführt worden ist. Meßsonden sollen kontinuierlich in eine Zentrale außerhalb des AKWs die Radioaktivitätswerte liefern und damit verhindern, *„daß bei einem Störfall das AKW aus rein wirtschaftlichen Erwägungen weiterbetrieben wird, ohne daß die zuständige Aufsichtsbehörde davon erfährt"* (16).

Prof. K.-H. Lindackers, der Notfallschutzexperte des TÜV Rheinland, bestritt den Nutzen dieser Anlage: *„Seiner Meinung nach würde bei einem schweren Stör- oder Unfall womöglich so viel Radioaktivität frei, daß jedes Spürgerät in der bisherigen Auslegung versagen würde"* (5). Nach Lindackers (in der Fersehsendung „Evakuieren oder Beten") könne *„das System ... Unfälle nicht erfassen, es ist nicht in der Lage dazu"*. Inzwischen hat sich nichtsdestotrotz auch der Wirtschaftsausschuß des Landtages dem Wunsch nach ‚Fernüberwachung' angeschlossen.

... und die Taten !

Wie ernst diese Vorschläge zu nehmen sind, zeigt ein Blick in die politische Wirklichkeit:

- Der Wirtschaftsausschuß des Landtages lehnte mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD den Antrag der Grünen auf Stillegung Fessenheims ab (17).
- Fessenheim soll um weitere 2 Blökke (auf insgesamt 3600 MW) erweitert werden (18).
tert werden (18).
- Am 2.10. führte die Polizei eine Aktion gegen den Widerstandssender Radio Verte Fessenheim durch, zwei Personen wurden vorläufig festgenommen, umfangreiches technisches Gerät wurde beschlagnahmt (19).
- Eine Aufhebung des Baustopps in Wyhl ist nach der letzten Prozeßrunde in Mannheim in greifbare Nähe gerückt. Kein Wunder, daß sich die Atombetreiber vor diesem Hintergrund nichts sehnlicher wünschen, als eine ‚Versachlichung der Diskussion'!

JÜ. und Ma./Freiburg

①
Offenburg, Lahr, Biberach, Colmar, Marckolsheim, Wyhl, Emmendingen, Waldkirch, Neuf-Brisach, Breisach, Freiburg, Furtwangen, Fessenheim, Bad Krozingen, Neustadt, Mülheim, Todtnau, Mulhouse, Todtmoos, St. Blasien, St. Louis, Lörrach, Rheinfelden, Basel, Waldshut, Laufenburg
10 20 30 40 50 km
FRANKREICH
SCHWEIZ

②
Reaktor
30 km

Anmerkungen

1 „Badische Zeitung" (BZ), 21.10.80
2 „Zeit", 8.2.80
3 z.B. Katastrophenschutzbroschüre 3,- zu bestellen bei: Umweltinfobüro, Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg
4 „Heidelberger Rundschau" 22/80
5 Koch/Vahrenholt, Im Ernstfall hilflos? Kiepenheuer & Witsch 1980
6 BZ, 21.10.80
7 Offener Brief von Nothhelfer, 20.10.80
8 „Alsace", 8.6.80
9 nach einem Flugblatt der bad.-els. Bürgerinitiativen zum AKW Fessenheim
10 -entfällt-
11 BZ, 7.10.80
12 BZ, 29.9.80
13 BZ, 18.10.80
14 BZ, 13.10.80
15 BZ, 17.10.80
16 BZ, 18.10.80
17 BZ, 15./16.11.80
18 BZ, 17.10. und 18./19.10.80
19 BZ, 3.10.80

8000 gegen Atommüll-Lager in Mitterteich

In einem Überraschungsangriff verkündete die bayerische Staatsregierung der Bevölkerung im Stiftsland (so wird der südliche Teil des Fichtelgebirges genannt) die Errichtung einer großen Atommülldeponie in der Nähe von Mitterteich. Hier sollen schwach- und mittelaktive Abfälle aus Medizin und Atomkraftindustrie gelagert werden. Unerwartet für die Regierung regte sich breiter Unwille bei der Bevölkerung. Ein erster Höhepunkt war die Demonstration am 13.12. in Mitterteich gegen den Bau der Atommülldeponie, an der rund 8 000 Menschen teilnahmen. Wenn frau/man bedenkt, daß Mitterteich selbst ca. 9 000 Einwohner hat und das Fichtelgebirge zu den dünnbesiedelsten Gebieten der BRD zählt und nicht über die Grenzen des Stiftslandes hinaus mobilisiert worden ist, so muß diese Demonstration als Kampfansage breitester Teile der Bevölkerung gegen die Pläne der bayerischen Staatsregierung angesehen werden.

Auf der Kundgebung sprach als Hauptredner ein Vertreter der BI gegen das Atommüllager Neuerberg bei München. Die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden solidarisierten sich mit dem Widerstand, SPD-Mandatsträger profilierten sich als „radikale" Atomkraftgegner. Der Landrat verkündete unter Pfiffen, man solle „die Staatsregierung bitten, ihre Pläne noch einmal zu überdenken" und ansonsten das Genehmigungsverfahren abwarten. Insgesamt gab die Kundgebung nicht annähernd die Stimmung in der Bevölkerung wieder. Als Skandal am Rande wurde bekannt, daß die Demonstrationsleitung sich gemeinsam mit einem Polizeioffizier vorbereitet hatte und der Forderung der Polizei bereitwillig nachgekommen war, die Demonstration nicht am Hause des CSU-Landtagsabgeordneten Dietz – der das Atommüllager nach Mitterteich geholt hatte – vorbeigehen zu lassen.

Eine Genossin aus Bamberg

Startbahn 18 West

Besetzer-Dorf in Gefahr



Mit zwielichtigen Finanzmanipulationen und schließlich dem Einsatz von Polizeiknüppeln erreichten die Landesregierung und die Frankfurter Flughafen AG (FAG) einen wichtigen Einbruch, der ihre taktische Position in der Auseinandersetzung um den Bau der Startbahn West beträchtlich verbessern könnte. Die Gemeinde Flörsheim, neben Bischofsheim und Rüsselsheim im Besitz des für die Startbahn benötigten Waldgeländes, hat ihren Anteil an die FAG verkauft. Bereits jetzt deutet sich an, daß auch die Bischofsheimer Stadtväter wankelmütig werden. Allein der Rüsselsheimer Oberbürgermeister hat erklärt, seine Stadt werde nicht freiwillig verkaufen, sondern das eingeleitete Enteignungsverfahren anfechten.

Auf dem Gebiet des (ehemaligen) Flörsheimer Stadtwaldes liegt jedoch das Waldhüttendorf, das von der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung errichtet wurde, um den Fortgang der im Oktober begonnenen Rodungsarbeiten zu behindern. Da das Gelände nun der FAG gehört, besteht ab sofort die Gefahr einer brutalen Räumung nach Gorleben-Manier durch die Polizei und den BGS.

das Gelände nun der FAG gehört, besteht ab sofort die Gefahr einer brutalen Räumung nach Gorleben-Manier durch die Polizei und den BGS.

Die BI ruft deshalb alle dazu auf: *„Wichtig ist es jetzt, auf der Hut zu sein, und wenn sie dort anrücken, müssen wir so zahlreich wie möglich an Ort und Stelle sein, um die Räumung des Dorfes zu verhindern."*

Diese Entwicklung zeigt erneut, was von der sog. „Denkpause" zu halten ist, die die SPD den Bürgern als Beruhigungspille verkaufen will: nichts – denn gäbe es wirklich ein „Umdenken", hätten die Spitzenpolitiker nicht mit aller Macht daran gedreht, daß der Flörsheimer Verkauf zustande kommt. So verwundert es kaum, daß auch das Landtags-Hearing, das im nächsten Februar zu dieser Problematik stattfinden soll, in der öffentlichen Darstellung allmählich einen anderen Charakter erfährt. Hatte die SPD zunächst beteuert, es ginge um eine gänzlich unvoreingenommene, „neue Prüfung" aller Fakten, die für oder gegen die Flughafenerweiterung sprechen würden, so wird jetzt immer offener zum Ausdruck gebracht, Ziel der Anhörung sei es, die Notwendigkeit des Ausbaus besser als bisher geschehen, zu begründen.

Die Umstände, unter denen die Waldtransaktion unter Dach und Fach gebracht wurde, lassen sich mit dem Stichwort „südamerikanisch" treffend beschreiben. Von den insgesamt 200 ha, die (nach offizieller Darstellung) für die neue Startbahn benötigt werden, entfallen auf Flörsheim 34 ha, auf Bischofsheim 68 ha und auf Rüsselsheim 98 ha. Alle drei Gemeinden besitzen freilich rechts und links dieser geplanten Trasse noch erhebliche weitere Waldbestände. Ende November wurde bekannt, daß die Gemeindeverwaltung Flörsheim mit der FAG einen Vertrag ausgehandelt hatte, nach dem sie insgesamt 211 ha Wald zu einem „lukrativen Preis" verkauft, also über die 34 ha (auf denen auch das Besetzerdorf liegt) hinaus weitere 177 ha, die an den Flughafen angrenzen, aber angeblich gar nicht benötigt werden, und die nach Auskunft des Flörsheimer Bürgermeisters Wolf (CDU) *„nicht gerodet werden dürfen"* („FR", 29.11.). Als Verkaufserlös war zu diesem Zeitpunkt eine Summe *„zwischen 16 und 19 Millionen Mark"* im Gespräch, wie die „FR" meldete.

Bürgermeister Wolf erklärte, die Gemeindeverwaltung (CDU-Mehrheit) sei zwar nach wie vor gegen den Startbahnbau, man habe aber aus der Situation das Beste machen wollen gemäß der Devise: *„In beiden Fällen sind wir auf der sicheren Seite"*. Das

bahnbau, man habe aber aus der Situation das Beste machen wollen gemäß der Devise: „In beiden Fällen sind wir auf der sicheren Seite". Das

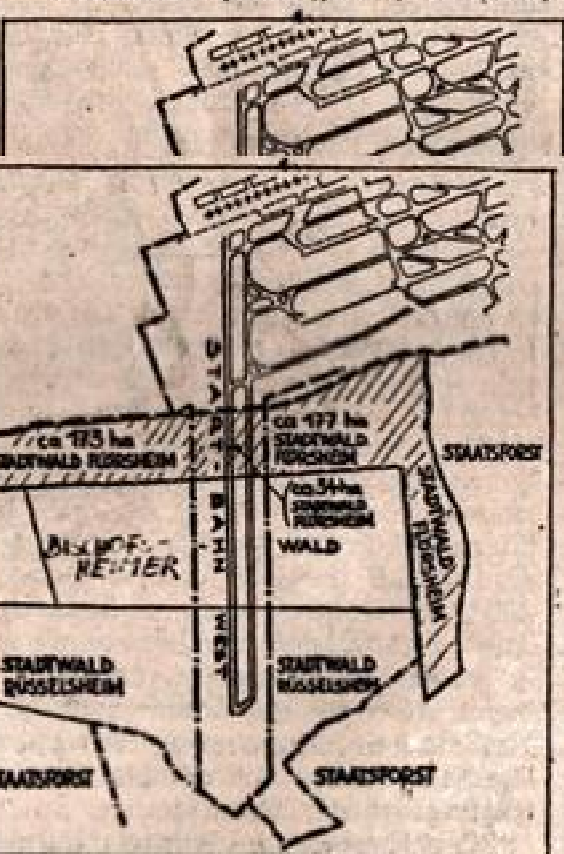
Folgende liest sich wie ein Schildbürgerstreich: Angeblich habe sich die FAG im vereinbarten Vertragstext *„verpflichtet,*

- *keine Rodungen vor dem Hearing des Hessischen Landtages über den Startbahnbau durchzuführen...*
- *ein gleichgroßes Waldgelände an anderer Stelle zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen...*
- *daß der Wald an Flörsheim insgesamt zurückfallen müsse, wenn die Startbahn 18 West nicht gebaut werde"* (Zitat aus „FR", 29.11.).

Diese Nachricht rief bei den Bischofsheimer und Rüsselsheimer Kollegen größten Ärger hervor – weniger allerdings, weil der Kampf zur Verhinderung der neuen Startbahn durch diesen Schritt geschwächt wird, sondern weil sich diese beiden Gemeindeverwaltungen hinters Licht geführt fühlten. So kam die merkwürdige Spekulation auf, bei einer Zwangsenteignung würden die zwei Städte möglicherweise nicht mit barer Münze, sondern mit Ersatzwald entschädigt werden – eben jenen 177 ha, die Flörsheim (angeblich) völlig unnötigerweise zusätzlich verkaufe. Den Reibach hätten dann allein die Flörsheimer gemacht. **Daß die FAG mit jenen 177 ha vielleicht noch a n d e r e Zwecke im Sinn haben könnte, kam ihnen bei ihrem Protest anscheinend gar nicht in den Sinn.**

Doch weiter im Dschungel südhessischer Kommunal(?)-Politik. Eine Woche später gab die Flörsheimer CDU-Mehrheitsfraktion Einzelheiten über das große Geschäft bekannt. Wenn der Bau der Startbahn, hieß es nun, bis zum 31.12.81 nicht begonnen sei, werde der Verkauf wieder hinfällig. Flörsheim erhalte seinen Wald, die FAG ihre Millionen zurück. Die bis dahin angehäuften Zinsen (angeblich 1,5 Mio. DM) würde die Gemeinde aber auf alle Fälle einbehalten dürfen. Just mit diesem Betrag sei der Bau einer Großsporthalle abzudecken. Insgesamt belaufe sich der Verkaufserlös auf 20,35 Mio. DM. Dieser Betrag schlüssele sich wie folgt auf:

- **34 ha Wald zum Quadratmeterpreis von 10,50 DM (= 3,57 Mio. DM);**
- **177 ha zu 4 DM pro qm (= 7,08 Mio. DM);**
- **2 Mio. DM für den Baumbestand;**
- **6,2 Mio. DM als „Prämie" wegen der Vermeidung eines Enteignungsverfahrens (nach „FR", 5.u.6.12.).**



Am oberen Rand der Grafik das heutige Flughafengelände – darunter die geplante Trasse der Startbahn West und die (derzeitige) Aufteilung des Waldes im Besitz der Gemeinden Flörsheim, Bischofsheim und Rüsselsheim. Die FAG bemüht sich jedoch, nicht nur das für die Startbahn ausgewiesene Gelände, sondern den gesamten angrenzenden Wald aufzukaufen.

Zusammengezählt hat dies anscheinend niemand. Denn nach Adam Riese ergeben sich daraus lediglich 18,85 Mio. DM. Wofür die FAG weitere 1,5 Mio. DM zahlt, ist bislang unbekannt. Abgesehen davon ist die Begründung für die überaus großzügige „Prämie" natürlich ein Hohn. Denn jedermann geht davon aus, daß ein förmliches Enteignungsverfahren für die Gemeinden weitaus schlechtere Verkaufskonditionen erbringen würde, also ‚günstiger' für die FAG enden würde. Weshalb die FAG also noch eine „Prämie" draufgibt, kann s o jedenfalls nicht erklärt werden.

Der Aufsichtsrat der FAG stimmte dem Vertrag in der ersten Dezemberwoche zu und bestätigte die Kaufsumme von 20,35 Mio. DM („FR", 9.12.).

Nun war nur noch die Zustimmung der Flörsheimer Stadtverordnetenversammlung vonnöten, die für den Abend des 11.12. in der Stadthalle angesetzt war.

„Auf Euch sollte man die Bluthunde hetzen!"

Dieser fromme Spruch eines anwesenden CDU-Kreistagsabgeordneten an die Adresse der Startbahngegner gibt sehr hübsch die Atmosphäre wieder, die an diesem Abend herrschte. Sowohl die Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung als auch die CDU hatten Anhänger aus dem Kreis mobilisiert, die CDU daruberhinaus zahlreiche Polizisten in Uniform und Zivil.

Zunächst gab die SPD (Minderheit) einige interessante Tatsachen bekannt, die den mit der FAG abgeschlossenen Vertrag in einem völlig anderen Licht erscheinen lassen.

1. Keineswegs erhält die Gemeinde den Wald zurück, wenn der Bau der Startbahn bis Ende nächsten Jahres noch immer nicht begonnen wurde, sondern nur dann, wenn der FAG-Vorstand bis zum 31.12.81 endgültig gegen den Bau der Startbahn entschieden hat. Dies ist t o t a l unwahrscheinlich.
2. Keineswegs ist sicher, daß Flörsheim Ersatzwald erhält. Die FAG „verpflichtet" sich lediglich, B e m ü h u n g e n dazu zu unternehmen.
3. Ebensowenig ist die Zusicherung über die vorläufige Aussetzung der Waldrodungen wert. Im Vertragstext heißt es lediglich, daß der FAG-Vorstand „nach gegebenem Stand der Dinge" nicht vor Herbst 1981 roden lassen werde.

Tatsächlich handelt es sich in keinem der Punkte um echte vertragliche „Verpflichtungen" der FAG, sondern lediglich um vage Zusagen, deren Einhaltung faktisch im Belieben der Flughafenbetreiber steht. Umgekehrt be-

„Verpflichtungen" der FAG, sondern lediglich um vage Zusagen, deren Einhaltung faktisch im Belieben der Flughafenbetreiber steht. Umgekehrt be-

weist der Vertrag, daß die Flughafenerweiterung für die FAG absolut beschlossene Sache ist, die zum frühestmöglichen Zeitpunkt vonstatten gehen soll. Was ebenfalls bekannt wurde: Bürgermeister Wolf war noch am Morgen desselben Tages von Ministerpräsident Börner und Finanzminister Reitz höchstpersönlich empfangen worden, wo ihm von der Landesregierung weitere „Geschenke" unterbreitet worden sind.

Wie gehabt: In allen zentralen Fragen wird eben per großer Koalition regiert, in diesem Fall die sozialliberale Landesregierung mit den Kommunalpolitikern der CDU.

Als das Stadtparlament zur Abstimmung schreiten wollte, war ein „geordneter Ablauf" angesichts wütender Proteste der Startbahngegner nicht mehr „sicherzustellen". Die Polizei griff mit Gewalt ein, nachdem es schon vorher zahlreiche Provokationen der Uniformierten gegeben hatte. Bürgerinitiativler wurden genauso wie die oppositionellen SPD-Abgeordneten zurückgedrängt, setzten sich aber zur Wehr, indem sie zum Schutz Tische zusammenrückten. Die CDU-Abgeordneten flüchteten in einen Nebenraum, um ihr Werk unter Polizeischutz zuende zu führen. Einlaß begehrenden SPD-Stadtverordneten wurde der Zutritt verwehrt.

Nachdem das Stadtparlament auf diese Weise von der Opposition „gereinigt" worden war, was freilich nicht unbedingt den „Gepflogenheiten westlicher Demokratien" entspricht, gaben die CDUler ihre Zustimmung zu dem Vertrag. Der Verkauf ist damit perfekt – es sei denn, die SPD-Stadtverordneten haben mit der von ihnen angekündigten gerichtlichen Anfechtung dieses Beschlusses Erfolg.

Flörsheimer SPDler waren es auch, die nicht nur die sog. „Prämie zur Vermeidung eines Enteignungsverfahrens" als Schmiergeld für die Stadt bezeichneten, sondern auch unwidersprochen behaupteten, daß die CDU-Stadtverordneten selber geschmiert worden seien. Wenn dem so ist, dann sitzt die Quelle dieses munteren DM-Sprudels mit hoher Sicherheit in ihrer eigenen Partei...

Der Affäre Flörsheim wird sich nun wahrscheinlich eine Affäre Bischofsheim anschließen, die gewiß nicht weniger stinkt. Von sich aus (!) hat die dortige Gemeindeverwaltung bereits Kontakte mit der FAG aufgenommen, um auszuloten, welche weiteren „lukrativen Angebote" möglicherweise vorhan-

aus (!) hat die dortige Gemeindeverwaltung bereits Kontakte mit der FAG aufgenommen, um auszuloten, welche weiteren „lukrativen Angebote" möglicherweise vorhan-

den sind. Und siehe da: Die FAG bot an, den gesamten Bischofsheimer Wald in der Nachbarschaft des Flughafens (eine Fläche von 374 Hektar!) aufzukaufen. *„Dafür sind 20 bis 30 Millionen im Gespräch"* („FR", 11.12.). Benötigt werden für die Startbahn West angeblich jedoch nur 68 ha aus dem Bischofsheimer Besitz.

Dies ist gleich in zweifacher Hinsicht ein Skandal. Neben den miesen Geschäftspraktiken, die in diesem Land offenbar gang und gäbe sind, beweist dieses neue Angebot der FAG, daß die 177 ha „zusätzlich" bzw. „unnötig" von Flörsheim erworbenes Waldgelände jedenfalls n i c h t dem Zweck dienen sollen, bei eventuell anstehenden Zwangsenteignungen als Ersatzwald an die Gemeinden zurückgegeben zu werden. Wozu sonst noch einmal über 300 ha Wald „unnötig" erwerben? Sondern die FAG kauft in großem Stil das g e s a m t e Waldgelände rund um den Flughafen auf. Daß dies nicht gerade aus Liebe zur Natur geschieht, ist wohl klar.

Wer heute noch daran glaubt, daß die geplante Flughafenerweiterung einzig und allein aus dem Bau e i n e r zusätzlichen Startbahn besteht, der muß mit Blindheit geschlagen sein.

KB/Gruppe Frankfurt

»Nehmt den Börner auf die Hörner«

Über 12.000 Menschen demonstrierten am 7.12. erneut in Rüsselsheim gegen die Startbahn West. Zu der Kundgebung auf den Rhein-Wiesen hatten die BI und der BBU aufgerufen. Der BBU verlegte seine Jahreshauptversammlung an diesem Wochenende aus Solidarität nach Mörfelden-Walldorf. Ein „bundesweiter Sternmarsch" – wie von den Veranstaltern geplant – wurde es allerdings nicht. Gekommen waren wiederum hauptsächlich die Leute aus den anliegenden Gemeinden, die wenige Tage später erneut ihre Kampfbereitschaft unterstrichen, als 5.000 in einem Fackelzug gegen den Waldverkauf der Gemeinde Flörsheim demonstrierten.

Interessanteste Redner auf der Kundgebung waren der stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Rüsselsheimer Opel AG, Rudi Müller, und der alte BBU-Vorsitzende Schumacher. Rudi Müller wandte sich klar gegen den Bau der Startbahn und warf der Landesregierung vor, mit Hoffnungen auf neue und Ängsten um vorhandene Arbeitsplätze Politik zu machen.

„Diesem makabren Spiel treten wir entschieden entgegen", sagte Müller und erklärte weiter: *„Wir meinen, daß der Bau der Startbahn West den gewerkschaftlichen Forderungen nach einem qualitativen Wachstum widerspricht, da er die Lebensqualität im Rhein-Main-Gebiet negativ beeinflußt"*.

Schumacher griff Börner und die hessische Landesregierung immer wieder scharf an und forderte die Bürger auf, Börners Herrschaft zu stürzen. *„Wer handelt, ohne zu denken"*, sagte er in Anspielung auf eine der typisch arroganten Äußerungen des Regierungschefs, *„soll seinen Hut nehmen"*. Sollte Börner dieser Forderung zum Rücktritt nicht nachkommen, sei es Sache der Bevölkerung, ihn zu Fall zu bringen.

„Nehmen Sie Herrn Börner auf die Hörner!" rief Schumacher den Kundgebungsteilnehmern zu und forderte sie auf, Wählergemeinschaften zu den im Frühjahr anstehenden Kommunalwahlen zu bilden. Hoffentlich trifft dieser Aufruf auf offene Ohren!

Börner zecht, Karry stolpert

Wir hatten die hessische Landesregierung ja gewarnt. Spätestens seit Erscheinen des AK 189, als wir die Sorgen hessischer Bürger offen zum Ausdruck gebracht hatten (*„besoffen, bestochen oder bekloppt?"*), hätten die Politiker in Wiesbaden begreifen müssen, daß die Lage ernst ist. Doch im Kabinett gilt weiter die unheilvolle Devise des Regierungschefs: „Alle denken nach – wir nicht!"

Wie Börner Richtlinien für zeitgemäße Sparpolitik markiert, demonstrierte er anläßlich der Ausrichtung des letzten Ministerpräsidententreffens, welches im hessischen Kronberg stattfand. Im fürstlichen Gefolge von 88 Personen – natürlich einschließlich der gnädigsten Frau Gemahlinnen – besuchten die Länderchefs die „Fledermaus", besichtigten ein nahegelegenes Schloß und verzehrten einige *„nobel ausgerichtete Essen"* gemeinsam – alles auf Kosten des Landes Hessen, in dessen Staatssäckel sich angeblich eine derart gähnende Leere auftut, daß 1981 nix mehr läuft bzw. laufen soll. „Flott gelebt, mit Damen gefeiert und getafelt, als komme es nicht darauf an", bemerkte der hessische Steuerzahlerbund dazu. Ein Wunder bleibt es bei diesem strapaziösen Programm, daß es den Ministerpräsidenten in einigen freien Minuten doch noch gelang, die vorgesehene Tagesordnung (gemeint: die politische...) zu absolvieren, was allerdings nur noch *„reine Formsache"* gewesen sein soll („FR", 4.12.). Der gefaßte Beschluß – Pilotprojekte für das Kabelfernsehen – wird den Unterzeichnern sicher noch weitere rauschende Feste bescheren. Laufen die Projekte erst einmal in der gewünschten Weise an, dürfte sich die Werbebranche kaum lumpen lassen.

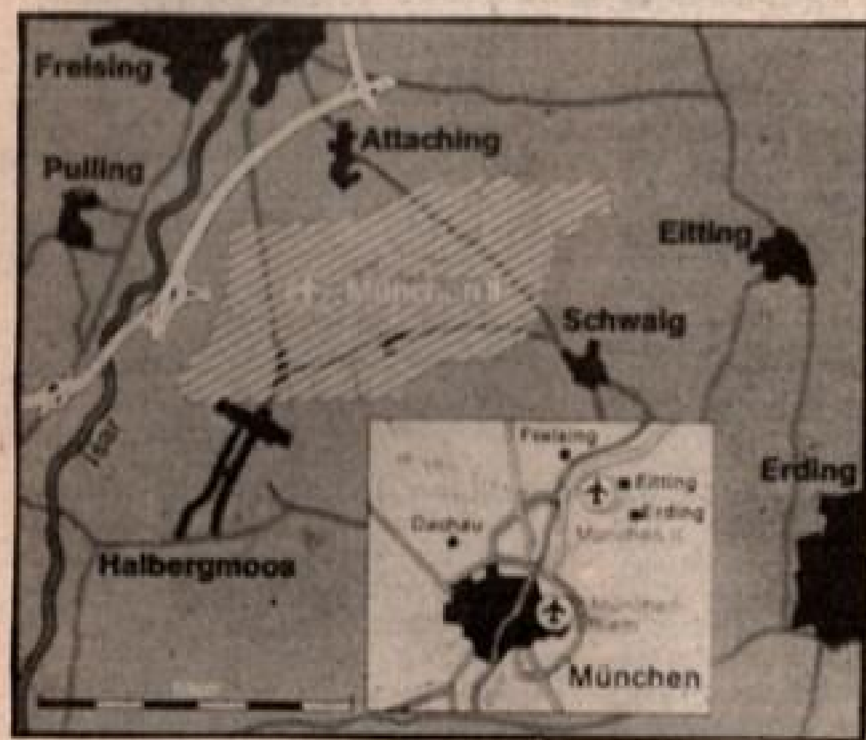
Doch jede Party zu ihrer Zeit. Zunächst einmal traf sich ein Teil der Runde am 10.12. im Frankfurter Römer wieder, um daselbst den 60. Geburtstag des Beinahe-Kollegen Dregger („Django") zu begiessen. Börner – „Hoch die Tassen" – war natürlich wieder dabei. Trinkfest, wie er kraft Amtes geworden ist, gelang es ihm dabei augenscheinlich, den CDU-Vorsitzenden persönlich abzufüllen. Kohl, der Dregger als einen *„Wertkonservativen"* (!!!) würdigte,

Fortsetzung nächste Seite



Großflughafen München II oder:

Wie Bayern versucht, Anschluß an die »große weite Welt« zu bekommen



Fortsetzung von vorheriger Seite

betonte die Zugehörigkeit des Jubilars zur Kriegsgeneration, um schließlich ins Mikrophon zu lallen: *„Niemand hat das Recht, der kommenden Generation das zu verweigern, was uns als Geschenk überkommen ist"* (Hess. Rundfunk, 10.12.). Böse Zungen behaupten, Dregger, eine Reagan-Plakette am Revers, habe vor Begeisterung einen Colt gezogen und in die Decke geballert, doch Gastgeber Wallmann ließ dementieren: Der Knall sei beim Entkorken einer Sektflasche entstanden...

So erzeugt man Staatsverdrossenheit. Doch noch schlimmer scheint der Schaden zu sein, den der hessische Wirtschaftsminister, Heinz-Herbert Karry, in der öffentlichen Meinung derzeit anrichtet. Karry treibt es vorzugsweise mit Bauunternehmern, eine Branche, die in Hessen den Vergleich mit ihren sizilianischen Kollegen jedenfalls nicht zu scheuen braucht.

Diese Herren haben sich in einer Weise betätigt, die man seriös *„Wettbewerbsverstöße"* nennt. Baut z.B. die Stadt Frankfurt ein U-Bahn-System, so sprechen die Firmen untereinander ab, wer welches Teilstück übernimmt – aber nicht nur das, sondern auch die diesbezüglichen Preise. So stellte das städtische Revisionsamt Frankfurt fest, daß die Stadt beim U-Bahnbau auf diese Weise bis zu 25% überhöhte Preise zahlen durfte, bei einem Kostenvolumen von 160 Mio. DM immerhin 40 Mio. („FR", 10.12.). So was fällt dann einigen Beamten, die damit beschäftigt sind, auf, und in ihrer grenzenlosen Naivität leiten sie die dafür vorgesehenen gesetzlichen Schritte ein. In diesem Fall war es der Kartellbeauftragte Karrys (das Landeskartellamt ist dem Wirtschaftsministerium untergliedert), der Verdachtsmomente bei 120 (vorwiegend) hessischen Bauunternehmen sammelte, Durchsuchungsbefehle beim Wiesbadener Amtsgericht einholte, das Bundeskartellamt zwecks Hilfe bei der Aktion einschaltete und das Landeskriminalamt samt 300 Polizisten mobilisierte. Doch mit seinem eigenen Chef hatte er nicht gerechnet. Karry blies die Durchsuchungsaktion zum Erstaunen aller Beteiligten in letzter Minute ab. Angesichts des Ärgers mit dem Flughafenausbau wollte er sich nicht noch *„mit weiteren Problemen beschweren"*. Eine menschlich verständliche, aber rechtlich wenig stichhaltige Argumentation. Deshalb erklärte Karry drei Tage später, er habe „prüfen" müssen, ob die „Verdachtsmomente" gegen einige der beschuldigten Unternehmen *„ausreichend begründet sind"* („FR", 9.12.). Nun war die Justiz sauer. Denn wenn ein unabhängiger Richter die Durchsuchungen ausnahmsweise schon mal für rechtmäßig hält, dann läßt man sich nicht gern von einem Wirtschaftsminister belehren. Das klingt ja grade so, als ob die deutsche Justiz unternehmerfeindlich wäre! Also gab Karry als dritte Version zum Besten, der verdammte Kartellbeamte habe ihm die Akte zu spät hereingereicht. Doch der Sündenbock fühlte sich ungerecht behandelt. Eine ganze Woche lang sei die Akte bei Karry und seinem Staatssekretär gelegen; ihm sei es *„rätselhaft"*, weshalb der Minister erst im letzten Moment und nicht schon früher *„die Ampel auf Rot schaltete"* („FR", 10.12.).

Karry hingegen tut leider nichts, um des Rätsels Geheimnis zu lüften. Klar ist nur soviel: Der verantwortungslose Kartellbeamte soll gefeuert werden (Hess. Rundfunk, 11.12.). Ob das wohl der letzte Akt in diesem dramatischen Loyalitätskonflikt ist, in dem sich der Minister befindet: Einerseits *„Pfleger"*, andererseits *„Hüter"* der Wirtschaft sein zu müssen. Da kann einem schon mal die Bestimmung der Hauptseite danebengehen.

KB/Gruppe Frankfurt

„Hier zerstört der Freistaat Bayern zu 51 Prozent, die Bundesrepublik zu 26 und die Landeshauptstadt München zu 23 Prozent, zusammengeschlossen in der Flughafen München Gesellschaft, 2.600 Hektar wertvollstes Kulturland, das größte Trinkwasserreservoir Bayerns, sowie Nist- und Rastplätze für 127 Vogelarten."

Diese „Bautafel" wurde nun zum Grabstein. Am Freitag, den 31. Oktober, verkündigte das bayrische Verwaltungsgericht das Todesurteil für das 30 km südöstlich von München gelegene Erdinger Moos. Ab Montag könnte die Flughafen München GmbH mit dem Bau des 4 Milliarden Mark teuren Großflughafens München II beginnen, der vier Mal so groß wie der Frankfurter Flughafen werden soll.

Die 5724 Kläger gegen dieses Projekt, von denen nur ganze 40 als sogenannte „Musterkläger" zugelassen worden waren, sollten endlich vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die richterliche Anordnung fiel zu einem Zeitpunkt, wo das „bisher größte Verfahren der Bundesrepublik" über „Bayerns teuerstes Bauvorhaben" noch nicht einmal in erster Instanz abgeschlossen war. Der Mammutprozeß um den Mammut-Flughafen, gegen den sich die betroffenen Einwohner nun schon seit mehr als 12 Jahren zur Wehr setzen, ist damit endgültig zur reinen Farce geworden.

Doch die Flughafengegner wollen sich so schnell nicht geschlagen geben: „Der Staat hat uns die Fratze der Diktatur gezeigt", sagte der evangelische Pfarrer Guggenmoos, und „wir werden für eine Diskussion sorgen, wie sie in diesem Land selten geführt worden ist."
(„Nürnberger Nachrichten" und „FR" vom 5.11.80)

Wie begann es ?

Angefangen hat alles in den 50er Jahren, als Überlegungen angestellt wurden, den Flughafen München-Riem auszubauen. In Prognosen war damals behauptet worden, daß Riem den Anstieg des Luftverkehrs nicht bewältigen könnte. Das Flugzeugunglück an der Münchner Paulskirche am 17.12.1960, bei dem 52 Menschen ums Leben gekommen waren, nahm der damalige Oberbürgermeister Vogel zum Anlaß, die Suche nach einem neuen Standort als Alternative zu Riem zu fordern. Die wirklichen Gründe für einen Großflughafen München II lagen und liegen jedoch woanders.

Bayerns Großmachtstreben

München II ist als zweiter Interkontinentalflughafen der Bundesrepublik und als Konkurrenz zu Frankfurt geplant: zwei Start- und Landebahnen, zwei Reservebahnen, eine Kapazität von 15-22 Millionen Fluggästen im Jahr (zum Vergleich: Frankfurt befördert als zweitgrößter Flughafen Europas rund 16 Millionen Passagiere pro Jahr).

Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann, der übrigens gemeinsam mit Finanzminister Streibl und der Stadt München im Aufsichtsrat der Flughafen München GmbH (FMG) sitzt („Neue", 12.8.80), bringt die Gründe für den Bau des Mammutflughafens auf den Punkt:

„Der Minister stellte fest, daß der Bau des neuen Flughafens gleichermaßen den Interessen von Bevölkerung (soso ?!) und Wirtschaft diene. Der Flughafen München II werde die Anbindung Bayerns an den nationalen und internationalen Flugverkehr (insbesondere durch Einrichtung neuer Direktflugverbindungen) entscheidend verbessern. Er verweist darauf, daß gute Luftverkehrsverbindungen mit dem Ausland eine wesentliche Voraussetzung für die Erhaltung und Steigerung der Exportfähigkeit der Volkswirtschaft seien. Nur die Weiträumigkeit und Schnelligkeit des Luftverkehrs ermögliche die Anbahnung und Fortführung der hierzu erforderlichen Geschäftskontakte. Schließlich trage der neue Flughafen auch zum Ausgleich bestehender Standortnachteile der bayrischen Wirtschaft bei." (SZ, 3.11.80)

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Kommentar in der „FAZ" vom 15.11., der als Haupttriebfeder des Luftverkehrs „die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft, vor allem die wachsende Ansiedlung neuer Tochterunternehmen im Ausland" anführt.

Der Trick mit der Standortwahl

1963 setzte der frühere bayrische Wirtschaftsminister Otto Schedl eine Kommission unter dem Vorsitz des damaligen Arbeitsminister Oechsle ein, um Standortuntersuchungen vornehmen zu lassen. Unter den 20 überprüften Standorten rangierte das Erdinger Moos aufgrund schlechter Wetterbedingungen ganz hinten an.







1966 kam München in Zeitdruck. Die Stadt hatte sich damals als Austragungsort der Olympischen Spiele 1972 beworben und wollte natürlich bis dahin mindestens eine der vier geplanten Startbahnen fertiggestellt haben. Außerdem spielte ein weiterer Faktor eine Rolle. In Erwartung der baldigen Stillegung Riems hatten die Wohnungsspekulanten nämlich fette Beute gewittert und rund um die einzige Start- und Landebahn die Hochhäuser wie Pilze aus dem Boden schießen lassen. („Mainpost", 29.4.) Dadurch wurde nicht nur das Gefahrenpotential um ein Vielfaches erhöht, sondern auch die Zahl der fluglärmgeschädigten Bürger, die natürlich auf eine baldige Stillegung der Lärmquelle drängten.

Am 18.10.66 wurde für den Hofoldinger Forst, der bisher als dritter Standort für den neuen Großflughafen galt, ein Raumordnungsverfahren eingeleitet. Dieser Standort wurde bald aufgegeben. Angeblich wollte man das dortige Waldgebiet nicht zerstören! Doch gesiegt hatten wohl eher die besseren Leute von München-Süd unter dem Vorsitz solch einflußreicher Persönlichkeiten wie dem ehemaligen Präsidenten des bayrischen Landtags, Rudolf Hanauer. Hanauer war es auch, der mit einem mysteriösen anonymen Gutachten Erding als geeigneten Flughafenstandort anpries, obwohl ein zur gleichen Zeit erstelltes Gutachten des deutschen Wetterdienstes für das Erdinger Moos 60% mehr Nebeltage als in Riem errechnet hatte.

Der Widerstand flammt auf

Als 1967 das Standortverfahren für das Erdinger Moos eingeleitet wurde, gründete sich eine „Schutzgemeinschaft Erdinger Moos", die mit spektakulären Aktionen den Kampf um ihre bäuerliche Heimat aufnahm. In Freising und Erding wurde mit Fahrzeugkolonnen der Verkehr lahmgelegt, was eine Anzeige wegen Landfriedensbruch zur Folge hatte. Im Juli 69 veranstaltete die Schutzgemeinschaft auf einem Volksfest in Pulling im Bierzelt eine Kundgebung, bei der auch Landwirtschaftsminister Ertl anwesend war. Als dieser mit den Worten *„jetzt hab ich gnug Schmarr'n gehört"* aus dem Festzelt auszog, entstand ein Tumult, bei dem Ertl leicht verletzt wurde.

1971, nach dem Beschluß des Münchner Stadtrats, Riem aufzulösen, zogen die Moos-Bauern nach Riem und machten mit Sprechchören auf sich aufmerksam. 7000–10.000 Menschen schlossen sich protestierend ihrem Marsch durch München an. 1972 kam es zum Aufstellen des bekannten „Maibaums von Achering", dessen Spitze mit einem Totenkopf und gekreuzten Knochen verziert und mit Särgen behängt war, die die Namen der Minister des damaligen bayrischen Kabinetts trugen (Goppel, Hanauer...):

„Die Särge hier oben
die hängen noch still
für den der trotz Nebel
den Flughafen will.
Luftgetrocknet in Ewigkeit
für Fehler, die kein Gott verzeiht."

Diese Aktionen wurden begleitet von einer regen Öffentlichkeitsarbeit. Es wurden 40.000 Unterschriften gesammelt, tausende von Plakaten geklebt. Mit Erfolg: 27.000 Einsprüche gegen das Projekt wurden registriert, die damals auf 123 Terminen erörtert wurden.

Der Glaube an den Rechtsstaat

Danach blieb es jahrelang ruhig im Erdinger Moos. Anstelle der Bauern, die mit hohen Entschädigungssummen zum Verkauf ihrer Grundstücke bewegt worden waren, waren in der Schutzgemeinschaft nun hauptsächlich noch Eigenheimbesitzer, also Mittelständler und Selbständige vertreten, die sich darauf vorbereiteten, den verwaltungsrechtlichen Weg zu beschreiten, sobald der Planfeststellungsbeschluß durch die Regierung von Oberbayern veröffentlicht werden sollte. Sie gaben sich der Hoffnung hin, daß der Beschluß „fällt". Geschürt wurde diese Hoffnung besonders von deren Vorsitzenden Oskar Vincenti, zweiter Bürgermeister von Eitting und CSU-Kreisrat. Auch Käthe Winkelmann, Exbürgermeisterin von Neufahrn, die heute für die Grünen ins Rennen geht, meinte: *„Da glaube ich eben doch noch an den Rechtsstaat. Da kann nichts schiefgehen"* („FR",27.9.).

Weit weniger optimistisch gab sich Franz Leutner, Sprecher einer der vielen örtlichen Bürgerinitiativen, die sich mittlerweise gebildet hatten. Er, der sich selbst als „roter Grüner" bezeichnet,erklärte:

„In den Verfahren wird mühsam der Schein der Rechtsstaatlichkeit aufrecht erhalten. Wir begreifen das Spiel schon als gelaufen. Es ist relativ klar, was am Ende dabei herauskommen muß." Er und andere Mitglieder der Erdinger Aktion setzen eher auf den aktiven Widerstand und bemühen sich dabei um eine Zusammenarbeit mit den Frankfurter und Stuttgarter Anti-Flughafen-BI's (nach „FR").

Vorzeitiger Baubeginn

Im Sommer letzten Jahres veröffentlichte die oberbayrische Regierung dann den Planfeststellungsbeschluß, was einer Baugenehmigung für München II gleichkam. Als die FMG am 8.1.80 trotz eines Stillhalteabkommens mit dem Gericht damit begann, im Erdinger Moos Bäume zu roden, besetzten 100-150 Flughafengegner die Zufahrt zu dem bedrohten Wäldchen. Sie befürchteten, daß die FMG mit dem vorzeitigen Bau beginnen und vollendete Tatsachen schaffen wollte. Denn das gesamte Gelände wurde derzeit neu vermessen, Baumaßnahmen abgesteckt, und es wurde gebohrt, sogar auf Gelände, das sich noch gar nicht in Besitz der FMG befand. Sie hatte weder eine Rodungsgenehmigung, noch waren die dafür zuständigen Behörden informiert worden.

Drei Tage später, am 12.1., zogen etwa 200 mit Schaufeln, Pickel und Spaten bewaffnete Menschen zu einer von der FMG aufgeschütteten Straßentrasse, um diese wieder zuzuschaufeln und Bäume darauf zu pflanzen. Ein Radladerfahrer, der ihnen dabei behilflich war, wurde später zu einer Geldstrafe von 1250 DM verurteilt. Die ganze Aktion war nämlich von Zivilbullen beobachtet und gefilmt worden (diese und alle vorhergehenden „historischen" Informationen aus „ID", 29.8.). Mit Spannung sah man dem Prozeßbeginn ins Auge.

Der Prozeß

Genau 5724 Klagen waren eingereicht worden. Der Prozeß gegen den Großflughafen München II sollte zum größten Prozeß werden, den die BRD je erlebt hatte. So hofften zumindest die Flughafengegner. Doch es sollte ganz anders kommen.

Angesichts der Flut von Klagen hatte das Verwaltungsgericht entschieden, nur einen Teil der Kläger (12 Gemeinden und 28 Privatpersonen) als sogenante „Musterkläger" zuzulassen. Es folgte damit dem Beispiel des Verwaltungsgerichts Schleswig, das ebenfalls unter Umgehung der Verwaltungsgerichtsordnung, das Musterverfahren gar nicht vorsieht, beim Verfahren über den Flughafen Hamburg-Kaltenkirchen aus 1331 Klägern 44 Musterkläger machte.

Diese „Radikalkur" sollte denn auch Gegenstand des ersten Prozeßtages werden. Nur 120 Sitzplätze standen zur Verfügung. Der Saal und seine Umgebung waren gesichert *„wie sonst nur bei Terroristenprozessen"* („FR", 30.4.). Sailer, einer der Rechtsanwälte der Flughafengegner, schon bekannt aus früheren „Umweltschutz-Prozessen", erhob gegen diesen Willkürakt der Justiz Verfassungsklage. Wesentliche Argumente der 5684 übrigen Kläger würden ungehört bleiben. *„Sie sollen erst dann zum Zug kommen, wenn das Verfahren durch möglicherweise drei Instanzen abgeschlossen ist.Sollten die Musterkläger unterlegen sein, sind zum Zeitpunkt ihrer eigenen Verhandlungen für die anderen Kläger längst vollendete Tatsachen geschaffen worden. Die nachgezogenen Verfahren sind dann nicht einmal mehr eine akademische Angelegenheit, sondern schlichtweg eine Lächerlichkeit"*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

(„Münchner Merkur", 18.3.).

Die Verfassungsklage Sailers wurde vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe damit quittiert, daß den 153 Mandanten Sailers eine „Mißbrauchsgebühr" von je 100 DM auferlegt wurde, da sie „offensichtlich" nur eine Verzögerung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens erreichen wollten! („SZ", 1.4.).

Die beschämende Reaktion des „Bund Naturschutz" auf diese Entscheidung lautete: *„Wenn überhaupt noch ein Erfolg möglich ist, dann in Bonn."* (der BN besitzt ein drei Quadratkilometer großes Sperrgrundstück auf dem zukünftigen Baugelände und hatte sich schon beschwert, daß er nicht vor Gericht geladen worden war.

Den Rechtsstaat beerdigt

Wesentlich erfreulicher reagierten die Vereinigten Bürgerinitiativen. Am Karfreitag, dem 4.April, trugen sie den Rechtsstaat zu Grabe. Während eines symbolischen Trauergottesdienstes kündigte man eine Bauplatzbesetzung im Falle des Baubeginns an. Diese Form des gewaltfreien Widerstandes solle jedoch zuvor in der Öffentlichkeit diskutiert werden („NN", 5.4.).Vincenti (CSU), Sprecher der „Schutzgemeinschaft" klopfte damals noch große Sprüche: *„Wir werden bis an die Grenze des gesetzlich Erlaubten gehen"* („Mainpost", 9.4.).

Um Geld für die Mißbrauchsgebühr zu bekommen, führte die BI Freising-Pulling eine Blutspende-Aktion durch, deren Erlös man den sozial schwachen Klägern zur Verfügung stellte („Augsburger Allgemeine", 24.4.).

Worum geht's beim Prozeß?

Eine Schilderung des weiteren Prozeßverlaufs will ich mensch nicht vorenthalten, aber ersparen. Die Einwände der Flughafengegner sind hauptsächlich ökologische als auch verkehrsrechtliche. Es geht um die Zerstörung von 2600 Hektar Natur. Bayerns größtes Trinkwasserreservoir geht vor die Hunde, die Landwirtschaft, insbesondere Gewürz- und Teeanbau (20% der BRD), wird zunichte gemacht, den Landwirten ihre Existenzgrundlage entzogen; ebenso den vielen vom Aussterben bedrohten Vogelarten, die die FMG beabsichtigt, *„Mit Hilfe von Fallen oder durch Vergiftung"* zu reduzieren. Das Teeanbau (20% der BRD), wird zunichte gemacht, den Landwirten ihre Existenzgrundlage entzogen; ebenso den vielen vom Aussterben bedrohten Vogelarten, die die FMG beabsichtigt, *„Mit Hilfe von Fallen oder durch Vergiftung"* zu reduzieren. Das solle man jedoch laut FMG vor *„Umwelt- und Tierschutzgruppen...so geheim wie möglich halten"* (aus: „Airport Forum", Heft 4/76, zitiert in „ID", 28.8.).

Die Verfechter des Großflughafens, die Regierung von Oberbayern, die FMG, Politiker von CSU bis SPD und natürlich vor allem die bayerischen Kapitalisten wollen trotz vieler ernstzunehmender Bedenken mit der Holzhammermethode das Wahnsinns-Projekt durchziehen. Gerechtfertigt wird dies mit Prognosen über einen Anstieg des Flugaufkommens. Die Tatsache, daß die BRD das dichteste Flugaufkommen aller Länder hat, ist wohl eher darauf zurückzuführen, daß der Flugverkehr gehörig aus der Bundeskasse subventioniert wird, indem die Mineralölsteuer erlassen wird. Sonst wären die Flugpreise um 35 % höher. Außerdem sind 80 % der innerdeutschen Flugreisen Geschäftsreisen, die der Steuerzahler indirekt über die Produktpreise mitzubezahlen hat („Neue", 12.8.)

Völlig unbeirrt nimmt die Filzokratie aus Staat und Kapital ebenso die Tatsache hin, daß laut Aussage eines Meteorologen das Erdinger Moos noch wesentlich schlechtere Wetterbedingungen aufweist als Riem und damit zum Flughafen mit der ungünstigsten Wetterlage der BRD werden würde.

Die Frage des Lärmschutzes der betroffenen Bevölkerung wurde kurzerhand aus der Beurteilung des Planfeststellungsbeschlusses ausgeklammert, nachdem sie zuvor wochenlang Verhandlungsthema war („SZ", 3.11.).

Strauß spricht ein Machtwort

Die FMG drängte darauf, endlich mit dem Bau beginnen zu können. Nachdem der für den 1. August festgesetzte Baubeginn wegen der Verzögerungen im Prozeß (Befangenheitsanträge gegen Gutachter und Richter, Verfassungsbeschwerden usw.) nicht durchgesetzt werden konnte, wurden nun alle Hebel in Bewegung gesetzt, die Sache in die Gänge zu bekommen. Schließlich verursache jedes Jahr Verzögerung Mehrkosten in Höhe von 150 Millionen Mark („SZ", 3.11.).

Franz Josef Strauß persönlich regte schließlich laut glaubwürdigen Gerüchten auf einer internen Ministerratssitzung einen Baubeginn nach den Bundestagswahlen an („SZ", 27.6.). Und prompt wurde der endgültige Baubeginn auf den 3.11. verschoben. Und dann ging's Schlag auf Schlag.

Die eigentlich von Anfang an zum Prozeß beigeladenen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, zu 26 % in der FMG vertreten, meldeten sich erstmals zu Wort, als es darum ging, Bedenken auszuräumen, daß der benachbarte Militärflugplatz Erding durch den geplanten Großflughafen in seinem Flugbetrieb gestört werden könnte, was natürlich nicht der Fall ist. Wer das Interview mit dem Frankfurter Flughafen-Gegner im AK 189 bis zum Ende gelesen hat, der weiß, daß der Flugbetrieb von Militärmaschinen durch Großflughäfen ganz sicher nicht behindert wird, im Gegenteil ...

Dampf machte auch SPD-Stadtrat Memmel, bezeichnenderweise Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft gegen den Flughafen München-Riem", der die berechtigten Interessen der lärmgeschädigten Riemer Bürger gegen die Interessen der zukünftig lärmgeschädigten Erdinger Bürger auf niederträchtige Weise ausspielt. Durch die Bauverzögerungen würden die Leiden hunderttausender fluglärmgeschädigter Münchner unnötig verlängert („Münchner Merkur", 11.7.).



Kriminalisierung der Flughafen-Gegner

Gleichzeitig setzte eine wahre Kriminalisierungswelle gegen die Flughafengegner ein. Schon zu Prozeßbeginn gab es unerträgliche Sicherheitsvorkehrungen, die den Eindruck erweckten, es handle sich um einen „Terroristenprozeß" (so die „FR" vom 30.4.).

Schon am 21. Januar dieses Jahres hatte eine Polizeiaktion vor der Kirche in Franzheim stattgefunden, die dem geplanten Großflughafen zum Opfer fallen soll. Eifrige Beamte hatten im Auftrag des Innenministers Tandler die KFZ-Kennzeichen von Gottesdienstbesuchern notiert, um möglichen „Straftaten" vorzubeugen. Tandler stellte einen Zusammenhang zwischen den „Bremer Krawallen" und dem Kampf gegen den Flughafenbau her und meinte, *„allein dem Einsatz der Polizei sei es zu verdanken gewesen, daß dort blutige Auseinandersetzungen bislang vermieden worden wären"* („SZ", 3.6.).

Der örtliche evangelische Kirchenvorstand, der im Gegensatz zur katholischen Kirche hinter den Flughafengegnern steht, beauftragte den Pfarrer von Neufahrn, Ralf Guggenmoos, gegen die „totalitären Praktiken der Staatsmacht" zu protestieren („SZ", 3.6.).

Der Zweck der „vorbeugenden Maßnahmen" ist klar. Ein Gorleben im Erdinger Moos soll von vornherein verhindert werden. Reichart, Chef der FMG, hält die bayerische Bevölkerung für *„weniger geeignet"* für *„Schaudarstellungen"* à la Wendland. Derartige Überlegungen könnten folglich auch nur von *„ortfremden Störern"* ausgehen, so Tandler („stern", 4.9.). Wollen wir sehen, ob der Spaltpilz auf fruchtbaren Boden fiel ...

Offizieller Baubeginn

Als am 31. Oktober vom Gericht der sofortige Baubeginn so mir nichts dir nichts einfach für zulässig erklärt wurde, kam es denn auch zwangsläufig zu den altbekannten Auseinandersetzungen über die Form des Widerstands. Die BIs in den betroffenen Gemeinden haben in den vergangenen Monaten andere Vorstellungen von einem effektiven Abwehrkampf entwickelt als die zumeist der CSU angehörenden Dorf-Politiker bereit sind mitzuvollziehen, trotz der großen Sprüche, die vorher geklopft wurden. Während die BIs aus dem Grunzgesetz das Recht zum Widerstand ableiten, distanzierten sich die Herren CSU-Politiker von dieser Interpretation des Artikels 20, Absatz 4. Die rechtsstaatliche Ordnung sei durch den Baubeginn *„in keiner Weise"* gefährdet, hieß es da plötzlich.

Im Gegensatz zur Distanzeritis der Politiker schien die Haltung der evangelischen Kirche recht erfreulich zu sein. Pfarrer Guggenmoos sagte seine Teilnahme an der für den 4.11. geplanten umstrittenen Demonstration im Erdinger Moos zu. Am Tag der Demonstration wurde dann leider deutlich, daß der Spaltpilz sich der Person des Pfarrers bemächtigt hatte. Vor 2.000 Menschen, die sich trotz Nebels (!) und eisiger Kälte am Bauplatz eingefunden hatten, rief er dazu auf, den „Weg der Gewaltlosigkeit" zu gehen:

„Wir haben entschieden, daß wir ihnen, den Bauherren, die Zufahrtswege nicht versperren, daß wir ihnen nicht die Schaufeln von den Baggern montieren (was hat das mit Gewalt zu tun? Anm. d. Verf.) *und daß wir dieses Land nicht durch spektakuläre Aktionen zusätzlich erschrecken."* Man dürfe schließlich nicht riskieren, als *„Chaoten, Systemveränderer und Kommunisten"* abgestempelt zu werden („NN", 5.11.).

Trotz dieser traurigen Abgrenzung liegt er in seiner Einschätzung unserer ach so freiheitlichen Bundesrepublik goldrichtig: *„Der Staat hat uns die Fratze der Diktatur gezeigt".* Seinen Aufruf zur Gewaltlosigkeit begründete er damit, daß sie *„uns mitsamt unseren Frauen und Kindern niederknüppeln"* würden („MM", 5.11.).

Gar nichts begriffen hatte der Sprecher vom „Bund Naturschutz". Er „drohte", *„notfalls die Polizei zu Hilfe zu rufen"*, wenn die Bagger der FMG anrücken würden!

FMG sorgt für vollendete Tatsachen

Doch diese sind mittlerweile schon mit Volldampf dabei, im Moos vollendete Tatsachen zu schaffen. Es

FMG sorgt für vollendete Tatsachen

Doch diese sind mittlerweile schon mit Volldampf dabei, im Moos vollendete Tatsachen zu schaffen. Es wurde bereits damit begonnen, den Grundwasserspiegel zu senken, im Februar soll ein S-Bahn-Tunnel gebaut werden, und im Oktober wird dann die Passagierabfertigungshalle in Angriff genommen. Spätestens 1986 soll der Flugbetrieb aufgenommen werden. Auch Gedanken über die Sicherheit der Fluggäste werden schon gesponnen. Falls man die 1.800 zusätzlichen Polizisten nicht zusammenbekommt, würden „Schwarze Sheriffs" für den „Objektschutz" vonnöten sein („SZ", 13.8.).

Außerdem gibt es schon jahrelang Planungen der Lufthansa, einen Teil ihres Betriebs nach München zu verlegen (AK 189, S. 37).

Auf der Grundlage dieser weitreichenden Überlegungen wird der derzeit laufende Prozeß zur reinen Farce. Auch wenn die Diskussion, „wie sie in diesem Land selten geführt worden ist", im Gange ist, wenn sich die Evangelische Landeskirchensynode mit München II beschäftigt, wenn die evangelische Jugend in Bayern sich gegen das Projekt ausgesprochen hat und die Wortradikalität der wütenden Flughafengegner durch nichts mehr zu übertreffen ist ... **Wenn nicht endlich etwas Wirksames für den Objektschutz im Erdinger Moos getan wird, dann wird die Wut bald der Resignation weichen.**

Eine Genossin aus Nürnberg

Letzte Meldung: WAA in Regensburg?

Wie „Die Woche" v. 10.12.80 berichtet scheint sich die Zusage der bayerischen Landesregierung unter Franz Josef Strauß, „zu prüfen, ob ein geeigneter Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage in Bayern vorhanden ist" zu konkretisieren:

Im Raum Schwandorf-Wackersdorf (In der Nähe von Regensburg) soll laut Planung für 7 bis 10 Mrd. DM eine Wiederaufbereitungsanlage errichtet werden. Obwohl das zuständige Umweltministerium heftig dementiert, sind – lt. „Die Woche" – bereits Geowissenschaftler bereits dabei, den Boden genauer zu erkunden.

Sind Demonstranten Freiwild?

Oldenburg: Am 14. Sept. 1979 hatten etwa 120 AKW-Gegner anläßlich der beginnenden Tiefbohrungen in Gorleben die Bahngleise besetzt. Kurz vor dem Ablauf der Aktion - die AKW-Gegner wollten die Gleise freiwillig räumen - griff die Polizei mit Hunden und Chemical Mace ein. 23 AKW-Gegner wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. In bisherigen Verfahren erhielten die AKW-Gegner wegen „Nötigung" Geldstrafen zwischen 450 und 1000 DM. Einer der Gleisbesetzer, Ingo H., soll zusätzlich ein Berufsverbot, ja sogar Studiumsverbot bekommen. Er wird als „Rädelsführer" beschuldigt, weil er vor Ort die Beschlüsse der BI öffentlich bekanntgemacht hatte. Die Bezirksregierung wollte ihm ein Praktikum an einer Schule verweigern, was im Oldenburger Studium pflichtgemäß zu absolvieren ist. Er habe *„keinen guten Leumund"*, außerdem sei eine Einstellung nach dem Beamtengesetz nicht möglich, *„wenn der Student wegen einer vorsätzlichen Tat zur Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurde"*. Da scheint sich die Bezirksregierung sehr sicher, denn das Gerichtsverfahren gegen Ingo H. hat noch gar nicht stattgefunden!

Aufgrund des Protestes der Studenten intervenierte auch der Uni-Präsident gegen dieses Berufsverbot, das *„die Gefahr in sich berge, entweder die Bereitschaft zum Engagement für das Gemeinwesen zu schwächen oder aber die Polarisierung zu verstärken"*.

Dies könne auch nicht „im Interesse eines demokratischen Staates" liegen. Auf der letzten Uni-VV wurde bekanntgegeben, daß die Bezirksregierung das Berufsverbot gegen Ingo H. erst einmal zurückgezogen hat. Dies ist ein schöner Erfolg der Solidarität. Doch damit dürfte die Sache keineswegs ausgestanden sein. Allein vier Gerichts-Verfahren stehen für die Gleisbesetzer noch aus. Darunter insbesondere das Verfahren gegen Ingo, bei dem die Landesregierung jetzt schon eine Verurteilung von einem Jahr Gefängnis vermutete.

Berufsverbot gegen AKW-Gegner

In schöner Regelmäßigkeit sind bayerische AKW-Gegner vor nationalen Großaktionen an den bayerischen Grenzen von der Polizei festgesetzt worden. Zwei Nürnberger AKW-Gegner stellten daraufhin Anzeige wegen Freiheitsberaubung. Der erste Prozeß (anläßlich der 3. Brokdorf-Demo) wurde bereits verloren, im zweiten (anläßlich der Kalkar-Demo) ist die Verhandlung abgeschlossen, das Urteil steht jedoch noch aus.

Brisant ist an diesem Fall, daß es sich um eine genehmigte Großaktion handelte (im Gegensatz zu Brokdorf III). Immerhin waren aber rund 20.000 Demonstranten wegen der Polizeirazzien gar nicht nach Kalkar gekommen. Die bayerische Polizei machte es sich noch einfacher: Sie ließ die Demonstranten erst gar nicht weiterfahren.

Man konnte also gespannt sein, wie die Polizei ihr Vorgehen rechtfertigen würde. Die Staatsanwaltschaft hielt die Eröffnung des Prozesses für ungerechtfertigt, da ja schon im Brokdorf-Fall ein Urteil gesprochen worden war (für sie gibt es also nicht einmal einen Unterschied zwischen genehmigten und nicht genehmigten Demonstrationen). Dann legte sie umfangreiches Material aus den Polizeiakten vor. Danach sind alle Bürgerinitiativen minutiös ausspioniert worden. Untergemischt wurden dann auch noch einige „Enten" des VS über zu erwartende „Gewalttaten". Andererseits existiert auch ein Rundschreiben, in dem Dr. Ziegler vom bayerischen VS mitteilt: *„Gewaltakte sind offenbar nicht geplant ..."* Der Richter unterstellte dies als wahr und lehnte eine Beweisaufnahme als überflüssig ab. Damit enthob er sich der unangenehmen Aufgabe, die Spitzel- und Polizeipraktiken genauer unter die Lupe zu nehmen.

Der Staatsanwalt geht davon aus, daß das Vorgehen der Polizei rechtmäßig gewesen sei. Sie müsse das Recht haben, bei jeder großen Versammlung präventiv (vorbeugend) einzugreifen, um damit die Friedfertigkeit garantieren zu können. Danach darf die Polizei vor j e d e r Demonstration mögliche Demonstranten festsetzen. Sie braucht dann dafür nicht einmal einen konkreten Anlaß. Nicht zu bestreiten ist, daß sich die Polizei dieses Recht herausnimmt. Interessant wäre jedoch, ob diese Liquidierung des Demonstrationsrechts auch noch gerichtlich bestätigt werden soll.

Die Entscheidung dieses Gerichts steht in einigen Wochen an. Wir werden dann weiter berichten.
(Nach Prozeßberichten)

AKW-Nein-Kommission

den war (für sie gibt es also nicht einmal einen Unterschied zwischen genehmigten und nicht genehmigten Demonstrationen). Dann legte sie umfangreiches Material aus den Polizeiakten vor. Danach sind alle Bürgerinitiativen minutiös ausspioniert

tionsrechts auch noch gerichtlich bestätigt werden soll.

Die Entscheidung dieses Gerichts steht in einigen Wochen an. Wir werden dann weiter berichten.
(Nach Prozeßberichten)

AKW-Nein-Kommission

Bremen:
Beginn der Prozesse gegen 6. Mai-Demonstranten

In den nächsten Wochen werden die ersten Prozesse gegen Demonstranten des 6.Mai beginnen. In der Presse war die Rede von ca. 150 Ermittlungsverfahren, die gegen militante Kriegsgegner eröffnet worden seien. Der Prozeßgruppe, die von Betroffenen zur Vorbereitung der Prozesse und für die Entwicklung der Solidaritätsarbeit eingerichtet worden ist, sind bisher 52 Personen namentlich bekannt, gegen die ermittelt wird. Inzwischen sind 5 Anklagen raus: jeweils zwei lauten auf schweren bzw. leichten Landfriedensbruch, eine auf Diebstahl. Sieben Ermittlungsverfahren wurden mittlerweile eingestellt.

Nach der intensiven Hetzkampagne der politisch Verantwortlichen und der Presse gegen die „Steinewerfer", „Chaoten" und „Anarchisten" besteht nun die Gefahr, daß die Aburteilung der von Polizei und Verfassungsschutz ermittelten Demonstranten relativ unbemerkt auch von der linken Öffentlichkeit über die Bühne geht.

Um das zu verhindern, hat die Initiative „Krieg dem Krieg" mit Unterstützung der BBA und einiger anderer linker Organisationen, darunter auch der KB, erstmal ein Solidaritätsfest am 20. Dezember geplant. Dort soll u.a. ein Basar stattfinden, dessen Erlöse den Angeklagten zukommen.

Die Prozeßgruppe selber hat damit begonnen, einen Prozeßkurier herauszugeben, der einmal über den Stand der Verfahren informiert, zum anderen aber auch die notwendige Diskussion über die Formen unseres Widerstandes gegen die Kriegsgefahr anregen soll.

Die Revis: vollständig verhetzt

Die Aufforderung zur Solidarität mit den Angeklagten hat schon jetzt deutlich gemacht, in welch erschreckendem Maß Teile der Kriegsgegner die Frage des militanten Widerstands und der Gewalt gegen Einrichtungen des Staates zur Trennungslinie zwischen sich und anderen Antimilitaristen aufgebaut haben.

Derzeitiger Spitzenreiter in Sachen Distanzierung und Verhetzung scheint das Bündnis MSB - SHB - Jusos an der Bremer Uni zu sein. Auf einer Uni-VV am 20.11. erklärten Vertreter dieser Organisationen übereinstimmend, daß sie „natürlich gegen die Prozesse" seien, aber jede Solidaritätserklärung müsse eine Distanzierung von der Militanz enthalten, um die Position deutlich zu machen und die Einheit der „demokratischen Bewegung" zu wahren.

So weit, so bekannt. Seit langem sehen diese Kreise ihr politisches Heil in einer weitgehenden Anbiederungspolitik an die Herrschenden, von denen Proteste nur so lange geduldet werden, wie sie a) garantiert friedlich sind, b) möglichst unter den Teppich gekehrt werden können. Was unter dem Vorwand, die „Einheit der demokratischen Bewegung" wahren zu wollen jedoch noch relativ harmlos klingt, wird zu einer widerwärtigen Verhetzung in Staatsdiensten, wenn es um die militanten Kriegsgegner selbst geht: MSB, Jusos und SHB kennzeichneten die militanten Auseinandersetzungen am 6. Mai als einheitliche Aktion von Verfassungsschützern, Neonazis, KB und Steinewerfern. Weiterhin wurde von den Jusos erklärt, niemand solle doch *„so naiv sein zu glauben, daß auch nur ein Steineschmeißer vor Gericht stehe, denn die kommen auf Grund ihrer guten Verbindungen zum Verfassungsschutz sofort aus allen Unannehmlichkeiten raus".*

Diese Hetze ist leider kein Ausrutscher: Seitdem vor dem Bonner Untersuchungsausschuß bekannt geworden ist, daß sich Verfassungsschützer und MAD-Spitzel inkognito bei den Vorbereitungstreffen der Aktionseinheiten vor dem 6. Mai haben blicken lassen, basteln vor allem die Revis an einer Verschwörungstheorie, nach der die Steinwürfe und brennenden Autos vor dem Weserstadion Bestandteil eines heimtückischen Planes der Geheimdienste gewesen seien, um eigens die Friedensbewegung der DKP in Mißkredit zu bringen.

Damit noch nicht genug. Speziell dem KB wurde eine Mitverantwortung am Tod von Olaf bei der Anti-Strauß-Demonstration in Hamburg angelastet; die Rede eines KB-Genossen störten sie durch Zwischenrufe wie: *„Sag mal was zur Zusammenarbeit des KB mit der Hansa-Bande"* usw.

Linke, die sich nicht dem Demonstrationskonzept der DKP unterwerfen, sind also nicht nur „Spalter" einer „demokratischen Bewegung", sie sind — weil es Widerstand zum Anpassungskurs und Diskussion darüber nicht geben darf — Agenten des Staates, Mörder, Neonazis ...

Wer da in erschütternder Wirklichkeit das Geschäft der Kriegstreiber betreibt, braucht nicht extra gesagt zu werden. Ein schlimmes Zeichen des Verfalls politischer Sitten war die Tatsache, daß aus der Zuhörerschaft nur relativ wenig Protest gegen diese Verhetzung laut wurde. Eigentlich hätten die entsprechenden Redner des MSB, SHB und der Jusos im Interesse fortschrittlicher Politik vom Podium geholt werden müssen.

KB / Gruppe Bremen



Aufruf zur internationalen Aktionswoche »Frauen gegen Krieg und Militarismus« 1. - 8. März 1981

Auf einer internationalen Frauenkonferenz der ' War Resisters International' im Sommer 198o mit Teilnehmerinnen aus 13 Ländern wurde für März 1981 eine Internationale Aktionswoche beschlossen. Neben unserer Arbeit in den eigenen Ländern wollen wir hier auch auf internationaler Ebene zeigen, daß unser Bewußtsein und damit unser Widerstand und unsere Ablehnung gegen die internationale Mächtepolitik und Militarisierung (NATO, Warschauer Pakt etc.) zunehmend wächst. Unser Grundziel ist die Beseitigung des Militarismus, da er die vernichtendste Form von Gewalt ist.

- **Verschiedene Aspekte des Militarismus sollen hervorgehoben werden, um begonnene Diskussionen zu verstärken. Besonders wichtig wäre es, die Verbindung von Patriachat, Hierarchie und Militarismus und deren Auswirkungen auf Frauen darzustellen.**
- **Zur Zeit leben wir hier nicht im Krieg, doch auch bei uns wächst von Tag zu Tag die Kriegsgefahr und die Bedrohung einer totalen Vernichtung durch atomare und chemische Waffen.**
- **In allen Teilen der Welt leiden Frauen zum gegenwärtigen Zeitpunkt unter Kriegen. Diesen Frauen möchten wir unsere Solidarität und Betroffenheit zeigen, um so mehr, da die Austragung politischer, militärischer und wirtschaftlicher Interessen unserer Länder zu vielen dieser Kriege beiträgt.**

Dieser Aufruf richtet sich an alle Frauen, die sich gegen die immer stärker hervortretende Militarisierung wehren wollen: Einbeziehung von Frauen ins Militär und in die zivile Verteidigung, Dienstpflicht im Rahmen der Notstandsgesetze, atomare Aufrüstungsbeschlüsse, Stationierung von Mittelstreckenraketen, Kalter Krieg, Blockpolitik,
im Rahmen der Notstandsgesetze, atomare Aufrüstungsbeschlüsse, Stationierung von Mittelstreckenraketen, Kalter Krieg, Blockpolitik,
Waffenproduktion und -handel, Verherrlichung von Militär und Gewalt.

Wir rufen alle Frauen auf, sich an dieser Aktionswoche „Frauen gegen Krieg und Militarismus", die mit dem Internationalen Frauentag am 8.März endet, zu beteiligen.

PLANT AKTIONEN, VERANSTALTUNGEN, VERSTÄNDIGT EUCH, MACHT MIT !

Hier sind einige Inhalts- und Themenvorschläge für Aktionen, Veranstaltungen etc.:

- Beendigung der Verherrlichung von Militär und Gewalt
- Erkennen, wie und wo das Bildungssystem Gewalt beinhaltet und fördert
- Kriegsspielzeug
- Diskussionen über die Erziehung von Kindern mit und zu einem nicht sexistischen gewaltfreien Weg
- Aufklärung über den Zusammenhang von ‚Mann-Sein' (Männertum) und Gewalt
- Frauen sollten auf keine Art und Weise dazu beitragen, Soldaten aus ihren Kindern werden zu lassen
- Ermutigung aller Frauen zu einer Nichtbeteiligung an und in militärischen Strukturen und zur Unterstützung der Totalverweigerung
- Diskussion und Klarstellung der Folgen und Auswirkung von Krieg auf Frauen
- Kriegsursachen
- Verteidigung und zivile Verteidigung/Notstandsgesetze
- Die Prioritäten der Regierungen müssen geändert werden: soziale und lebenserhaltende Bedürfnisse sollten höchsten Wichtigkeitsgrad erhalten.
- Erkennen, daß die meisten politischen Entscheidungen nach wie vor von wenigen für viele gemacht werden.
- Beendigung des Wettrüstens
- **Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen**
- **Beendigung des Waffenhandels — Enthüllung als das, was er ist**
- **Diskussion über Umwandlung der Rüstungsindustrie**
- **Diskussion der Blockpolitik: NATO, Warschauer Pakt, EWG etc.**
- Unser Verhältnis zur dritten Welt/ politische Konsequenzen
- Rohstoffpolitik
- Atombewaffnung / chemische Waffen
- Atomtechnologie—Export/ Zwischenlager/AKWs

Dies ist nur eine Vorschlagsliste — wir hoffen, ihr könnt Euch und Eure Interessen darin wiederfinden. Eine Woche voll Aktivitäten, Veranstaltungen und Aktionen kann viele dieser Themen abdecken, überregional gesehen. Für einzelne oder Gruppen gibt es bestimmt schon einen Schwerpunkt, ob von der Liste oder nicht, den ihr in die Aktionen hineintragen, in die Öffentlichkeit bringen wollt — andere werden noch wählen wollen.

Wenn Ihr mehr Informationen braucht, Fragen habt, zu planen und umzusetzen beginnt, so schreibt uns doch bitte (mit Antwortbriefmarke). Um Euch einen Überblick über die Aktivitäten, wer an welchem Thema arbeitet, wer welche Aktionen plant, Kontakte etc. von uns allen geben zu können, brauchen wir zuerst die Informationen durch euch. Es wäre schön, könnten einige Sachen koordiniert werden und könnten wir uns gegenseitig Hilfestellung geben. Auch eine bundesweite oder überregionale Aktion ist möglich — Ideen und Vorstellungen dazu müssen wir noch sammeln.

Kontaktperson:

Bernadette Ridard
Methfesselstr. 69
2ooo Hamburg 19

In einigen Städten der BRD haben sich schon Frauen zusammengesetzt, um konkrete Pläne für die erste Märzwoche auszuarbeiten. Für Hamburg ist uns das nächste Treffen bekannt, zu der alle Frauen, die sich an der Vorbereitung beteiligen wollen, eingeladen sind.
18. Dezember, 19.3o Uhr
Nernst-Weg, Werkstatt 3
Graswurzel-Raum im ersten Stock
Wir werden über den Fortgang der Vorbereitungsarbeiten berichten.

AG Frauen/KB Gruppe Hamburg

Abschreckungsurteil gegen Totalverweigerer

1975 hatte Horst Balzer den Kriegsdienst verweigert, wurde aber nach Ablehnung in erster Instanz zur Bundeswehr eingezogen. Als zwei Monate später auch der zweiten Instanz seine Gewissensentscheidung nicht glaubwürdig genug erschien, verlor Horst den Glauben an die Justiz und verlegte seinen Wohnsitz kurzerhand nach Österreich. 1978 kehrte er freiwillig in die BRD zurück und beantragte erneut seine Anerkennung als KDV. Im Juli '80 wurde er wegen Fahnenflucht zu 13 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt und aus dem Gerichtssaal heraus verhaftet. Weil das OLG Frankfurt den Verdacht hatte, daß Horst gegen den Staat insgesamt eingestellt ist, lehnte es eine vorläufige Haftentlassung — auch gegen Kaution — ab. Obwohl Horst sich dem Verfahren freiwillig gestellt hatte, einen festen Wohnsitz und Arbeit nachweisen konnte, konstruierten die Richter eine akute Fluchtgefahr.

Am 1.12.80 fand vor 60-70 Besuchern die Berufungsverhandlung statt. Nachdem Horst zu Beginn in einer über zweistündigen Erklärung sehr ausführlich und engagiert zur wachsenden Gefahr eines Krieges und der daraus begründeten Ablehnung seiner Mitwirkung an dieser Entwicklung Stellung nahm, ging der Rest des Prozesses in geradezu atemberaubendem Tempo über die Bühne. Ohne auf Horsts Ausführungen einzugehen, stellte der Richter ein paar Fragen zu Horsts persönlicher Entwicklung vor der „Tat", Staatsanwalt und Verteidiger hielten ihre Plädoyers, Horst durfte noch ein Schlußwort verlesen und eine dreiviertel Stunde später war das Urteil fertig: 11 Monate Knast — ohne Bewährung und Zahlung von fünf Sechsteln der Prozeßkosten. In der Urteilsbegründung stellte der Richter zunächst fest, daß ihn Horsts Erklärung nicht interessiert habe, da das Gericht sich nicht Kompetenzen der Bundesregierung anmaße und für ihn nur die persönliche Entwicklung wichtig sei, und da auch wieder nur im Zeitraum vor der „Tat". Breiten Raum widmete er der Tatsache, daß Horst bis kurz vor seiner Einberufung Mitglied einer politischen Gruppe gewesen war („Stand in dem Programm, daß man die Waffen umdrehen muß und was heißt das?"). Daraus kombinierte er messerscharf — obwohl Horst sich längst von der Gruppe abgewandt hatte — daß Horst damals „Formen der Gewalt nicht abgeneigt" gewesen sei, was sich ja auch in der Ablehnung als KDV durch zwei Instanzen gezeigt habe. Entscheidend sei für das Gericht einzig der unbestreitbare Tatbestand der Fahnenflucht. Rechtfertigungs- und Schuldausschließungsgründe (persönlicher oder übergesetzlicher Notstand) könne er nicht sehen. Ganz dicke kam es, als er sich der Frage der Strafhöhe zuwandte. Kriterien seien zum einen die persönliche Schuld, zum anderen die Relation zu ähnlichen Straftätern. „Durchschnittliche" Fahnenflüchtige, die aus familiären und persönlichen (!) Gründen abhauen, würden im Gegensatz zu Horst Staat und Bundeswehr nicht generell ablehnen, sie seien daher „günstiger" zu bewerten! Also ein Gesinnungszuschlag. Und dann der absolute Höhepunkt: unter Berufung auf einen Paragraphen des Wehrstrafgesetzes (?) begründete er, warum ein sofortiger und vollständiger Vollzug der Strafe im „öffentlichen Interesse" liege: es gehe um die Disziplin der Truppe. Ein mildes Urteil, auf Bewährung ausgesetzt, könne „Nachfolgetäter in der Bundeswehr motivieren"!

Horsts Erklärung, er werde auch weiterhin aktiv gegen die Bundeswehr und den Krieg arbeiten und die Vermutung, er würde sein Urteil „als Aushängeschild" benutzen, müßten ebenfalls im Urteil Berücksichtigung finden. Ein Gesinnungsurteil reinsten Wassers, aber wie sagte der Richter: „Für Politik sind wir nicht zuständig, wir wachen nur über die Einhaltung von Gesetzen!"

Nach diesem Urteil sollten wir die Solidaritätsarbeit für Horst weiterführen und verstärken. So hat sich die Göttinger SO überlegt, durch eine Versteigerung einen Beitrag zu den Prozeßkosten beizusteuern und über das Skandalurteil zu informieren. Weitere Spenden bitte an folgendes **Konto: Spendenkonto Horst Balzer, Postscheckamt Frankfurt/Main, 3789 91-608. Horsts Adresse: JVA Kassel, Leipziger Straße 11, 3500 Kassel**

6 Monate Knast für Totalverweigerer

Götz Perle, Totalverweigerer aus Hannover, wurde am 1.12. wegen „Dienstflucht" zu 6 Monaten Knast mit Bewährung und zu 5oo DM Geldbuße an Amnesty International verurteilt. Die Bewährung erhielt er allerdings nur unter der Voraussetzung, daß er seinen Zivildienst nun ableistet. Da Götz den Zivildienst aber als Kriegsdienst ohne Waffe ablehnt, dürfte das eher ein schlechter Witz sein, genauso wie die Begründung der Richterin: *„Wir alle leben in einem sehr positiven Rechtsstaat, und für diesen Staat muß man in Notzeiten auch eintreten."* (GT, 2.12.). Götz will Berufung gegen das Urteil einlegen.

Antimil-Kommission KB Göttingen

Larzac Sommer 81

Wir sind von den Larzac-Komitees gebeten worden, den folgenden Aufruf im „Arbeiterkampf" zu veröffentlichen, was wir gerne tun:

„Die Larzac-Unterstützungsbewegung und die Landarbeiter vom Larzac, die sich am 18./19. Oktober in Millau versammelten, haben über ein Projekt internationaler Begegnungen für den Sommer 1981 im Larzac diskutiert. Diese Treffen sollten ca. 10 Tage lang dauern. Sie sollten einem intensiven Erfahrungsaustausch zu folgenden Themen dienen:

— Allgemeine Konflikt- und Kriegsdrohungen (die wachsende Militarisierung, die Macht der Imperialismen, die Manipulation der öffentlichen Meinung, die Entwicklung der chauvinistischen Nationalismen, die Stärkung des Rassismus usw...)

— Die Kampfmöglichkeiten gegen alles, was das Überleben der Menschheit gefährdet.

Diese Treffen könnten in der Form von Workshops, Diskussionen, Erfahrungsaustausch auf der Basis eines präzisen Programms stattfinden, das in der nächsten Zeit definiert werden muß.

An diesen internationalen Treffen sollten Kampfgemeinschaften, Bewegungen, Einzelpersonen aus der ganzen Welt teilnehmen.

Um dies zu gewährleisten, müssen sich viele an der Vorbereitung beteiligen. Dazu rufen wir alle auf, die sich für dieses Projekt interessieren.

Jenseits aller Grenzen wollen wir im Larzac versuchen, der wahnsinnigen Politik der Staaten und der Herrschenden entgegenzutreten, um entschlossen den Frieden, das Leben und das Überleben der Menschheit zu verteidigen".

Alle AK-Leserinnen und Leser, die sich für dieses Projekt interessieren, sollen sich bitte an eine der beiden folgenden Adressen wenden:

- Paysand du Larzac, Rencontres Internationales Ete 81, Potensac, 12100 Millau, Frankreich
- Comite Larzac Paris
  Rencontres Internationales Ete 81
  14, rue Nanteuil
  75015 PARIS, Frankreich
  Tel.: (00331) 531.43.38
  jeweils mittwochs ab 20.30 Uhr

Frankreich-Kommission

»MRCA – Tornado« Geplante »Mißwirtschaft« der Rüstungsfanatiker

Auf einer Sitzung des Bundeskabinetts in der kommenden Woche soll über die Finanzierung des Mehrzweckkampfflugzeugs (MRCA) ,,Tornado" diskutiert werden. In der jüngsten Zeit ist mit viel Lamento und (gespieltem) Entsetzen eine ,,Finanzierungslücke" entdeckt worden, die allein in diesem Jahr 533 Mio Mark ausmacht, 1981 werden es schon 800 Mio Mark sein. Diese zusammen 1,3 Milliarden sind im Bundeshaushalt 1980 nicht vorgesehen, und jetzt wird sich Gedanken gemacht über das Stopfen des Lochs und über die Hintergründe der Misere. Letzteres ist natürlich umstritten. CSU-Landesgruppen-Chef Zimmermann wirft der SPD eine generell feindliche Einstellung zur Bundeswehr vor, und der CDU-Militarist Wörner hält Kriegsminister Apel für voll verantwortlich. Im Hause Apel müssen nach der denkwürdigen Aussage des Ministers *,,Ich bin doch kein Schwein"* (,,Welt", 10.12.) drei hohe Beamte ihre Sessel räumen.

Der ,,Tornado" sollte 1967, zu Zeiten der Grundsatzentscheidung für dieses Projekt, rund 10 Mio. Mark kosten. Inzwischen liegt der Preis bei etwa 70 Mio, und der Zeitpunkt ist absehbar, an dem die 100 Millionen-Mark-Grenze erreicht ist. Alle Preise gelten natürlich p r o S t ü c k (322 ,,Tornados" sollen in die BRD geliefert werden) — seid verschlungen Millionen ...

Die Aufregung, die jetzt über die immens gestiegenen Kosten für den ,,Tornado" in der Öffentlichkeit dargestellt wird, ist nur vorgetäuscht. Denn seit Jahren gibt es Warnungen sozialdemokratischer und liberaler Kritiker dieses Projekts, die schon damals genau die heute gültigen Preise für den ,,Tornado" errechnet hatten! Aber diese Warnungen z.B. der SPD-Bundestagsabgeordneten Schlaga, Hansen und Horn, *,,die bereits 1974 eine solche Entwicklung vorausgesehen ... hatten, waren damals nicht ernst genommen worden"* (,,FR", 6.12.). Eine Anfrage von MdB Horn im Frühjahr 1974 über den Sinn des ,,Tornados" angesichts der absehbar steigenden Kosten beantwortete der damalige Kriegsminister Leber nur ausweichend. Sein Fraktionskollege Schlaga, der die Systemkosten für einen ,,Tornado" auf rund 60 Mio Mark hochrechnete (der Preis ist, wie gesagt, inzwischen auf 70 Mio geklettert), mußte sich von dem Chef der bundesdeutschen MRCA-Bauer, Ludwig Boelkow (MBB), anpöbeln lassen: *,,Alles, was über den Preis von 20 Mio Mark hinaus gesagt wurde, waren Zahlen aus der Märchenwelt"* (,,FR", 6.12.).

Mark hinaus gesagt wurde, waren Zahlen aus der Märchenwelt" (,,FR", 6.12.).

Das Interesse der Rüstungsbauer MBB an derartig falschen Zahlen ist, wie wir gleich sehen werden, nur allzu durchsichtig. Im Sommer 1976 ließ sich Leber das ,,Tornado"-Projekt im Verteidigungsausschuß absegnen. Die Abgeordneten Hansen, Reiser, Schlaga (alle SPD) und Möllemann (FDP) wiesen in einer Presseerklärung die Fehler der offiziellen Berechnungen nach. Zusammenfassend schrieben sie: *,,Bereits zu Beginn der Auslieferung* (1979, Anm. AK) *kostete ein ,Tornado' also mehr als 60 Mio DM. Die Erfahrung zeigte, daß MBB jährliche Preissteigerungsraten für seine Geräte zwischen 7 und 10 Prozent ,vorschlug' und akzeptiert bekam"* (,,Neue", 16. 12.).

Heute, nachdem diese Warnungen Wirklichkeit geworden sind, bedankt sich SPD-Fraktionschef Wehner auf seine Weise. Er unterstellt, wohl als Rechtfertigung für diese ach so unerklärliche ,,Finanzierungslücke", den Parlamentariern pauschal, sie hätten bei der Beschlußfassung des Projekts geschlafen.

Bundeskanzler Schmidt trug noch seine eigenen Erfahrungen als ehemaliger Kriegsminister bei: *,,Jedes Rüstungsprojekt auf der Welt werde teurer als ursprünglich angenommen"* (,,Welt", 10.12.).

Zahlen für dieses gigantische Rüstungsprojekt und für die Profite der Rüstungskonzerne soll jetzt natürlich der Steuerzahler. Wie die ,,FAZ" aus ,,zuverlässigen Kreisen" erfuhr, wird nun ein Bankkredit aufgenommen (,,FAZ", 6.12.). Die Kosten dafür trägt die Bundesregierung, d.h. der Steuerzahler. Und dafür soll dann der Nachtragshaushalt 1981 in puncto ,,Verteidigungsausgaben" so erhöht werden, daß der Kredit wieder abgelöst werden kann. Solche ,,Finanzskandale" sind also geradezu geeignet dafür, den ,,Verteidigungs"etat in die Höhe zu schrauben. Schließlich muß sich die Bundesregierung ja auch noch bemühen, ihre ,,Bündnispflichten" zu erfüllen, und den Etat, wie von den USA gefordert, um 3 % erhöhen.

Zufrieden sind die beteiligten Rüstungsbauer. *,,So hatte die Kölner Maschinenbaufirma Klöckner-Humboldt-Deutz kurz vor dem Erstflug einen höheren Preis für ein Bauteil mit der Drohung durchgesetzt, sonst die Entwicklung einzustellen — kein Einzelfall ..."* (,,Stern", 27.11.).

Zufrieden sind auch die Militärs. Sie bekommen mit dem ,,Tornado" eine weitere gefährliche Waffe in die Hände. Als Nachfolger des ,,Starfighter" sollen 108 der 322 bundesdeutschen ,,Tornados" Atombomben tragen.

fighter" sollen 108 der 322 bundesdeutschen ,,Tornados" Atombomben tragen.

Trotz des »Wunderofens« von Munster Kriegsgiftbehälter verrotten im Heideboden

120 t Giftgas, darunter ca. 50 t aus den Beständen von Stolzenberg sollen in den kommenden Jahren in der Kampfstoffverbrennungsanlage von Munster vernichtet werden. Diese Anlage untersteht ausschließlich der bundeswehreigenen „Wehrwissenschaftlichen Dienststelle für ABC-Schutz" und mußte bereits während der ersten Erprobungsphase aufgrund ständig neuer Störfälle mehrfach abgeschaltet werden. Am 24.11. begann der Betrieb mit Kampfgas. Trotz vielfältiger Versprechungen wurde durch das Verteidigungsministerium der Bau dieses Ofens jahrelang verschleppt. Inzwischen ist die Situation mehr als brenzlig: zahlreiche Kampfgasbehälter sind heute schon völlig durchgerostet. Durch Ausfall der Wasserkühlung könnte es jederzeit aufgrund der Hitzeentwicklung im Kampfstofflager zu einer Katastrophe kommen.

Im übrigen dient dieser „einzigartige" Ofen auf absehbare Zeit ausschließlich der Beseitigung von „Zufallsfunden". Bis heute weigern sich die Verantwortlichen, die in ihrem ganzen Ausmaß noch unbekannten Mengen von Kampfgasbehältern (vorwiegend gefüllt mit Senfgas und Arsen) aus dem Gelände um Munster zu bergen.

Ein total verseuchtes Gebiet......

Während des 1. Weltkrieges diente der heutige Truppenübungsplatz Munster als Versuchs- und Produktionsstätte für chemische Kampfstoffe.

1919 flog aufgrund eines Unfalls die gesamte Anlage in die Luft – über 1 Mio. Giftgasgranaten wurden in die Gegend geschleudert.

Im Rahmen fünfjähriger Aufräumarbeiten kam es zu unzähligen Kampfstoffvergiftungen – dennoch konnte nicht alles beseitigt werden.

Die Nazis bauten gleicherorts erneut eine Produktionsstätte für chemische Kampfstoffe und führten geheime Probeabwürfe von Giftgasbomben durch. 1945 hinterließen sie hochgiftige Kampfgasbestände in einer Größenordnung von mehreren zehntausend Tonnen. Man überließ es gänzlich unerfahrenen Privatfirmen, diese Nazihinterlassenschaft im Heideboden zu vergraben – keiner weiß jedoch, wo und wieviel so eingescharrt wurde.

Bis heute wurden erst 70 (!) Tonnen gefunden – ein Bruchteil des tatsächlich vorhandenen Bestandes. *„Die Granaten rosten seit mehr als dreißig Jahren und können auslaufen; die Zünder rosten, aber auch die Sicherungsstifte gegen ungewollte Zündung. Ein Maulwurf kann ein ganzes vergessenes unterirdisches Depot in die Luft jagen"*, schrieb der „Stern" im Oktober '79.

die Sicherungsstifte gegen ungewollte Zündung. Ein Maulwurf kann ein ganzes vergessenes unterirdisches Depot in die Luft jagen", schrieb der „Stern" im Oktober '79.

Bis 1975 wurden 12 (z w ö l f !) Bundeswehrsoldaten für die Suche nach den Kampfstoffen aufgeboten. Die Sammelstelle wurde bis dahin von „zwei zivilen Wachmännern und einem Schäferhund" bewacht. Erst der vorgetäuschte Diebstahl mehrerer Flaschen mit dem Kampfstoff Lost durch einen Bundeswehrangehörigen brachte 1975 diesen Skandal ans Tageslicht – auch die internationale Öffentlichkeit reagierte entsetzt. Daraufhin begann die Bundesregierung den Suchtrupp auf 20 (!) aufzustocken und den Bau eines Verbrennungsofens für Kampfgase in Aussicht zu stellen.

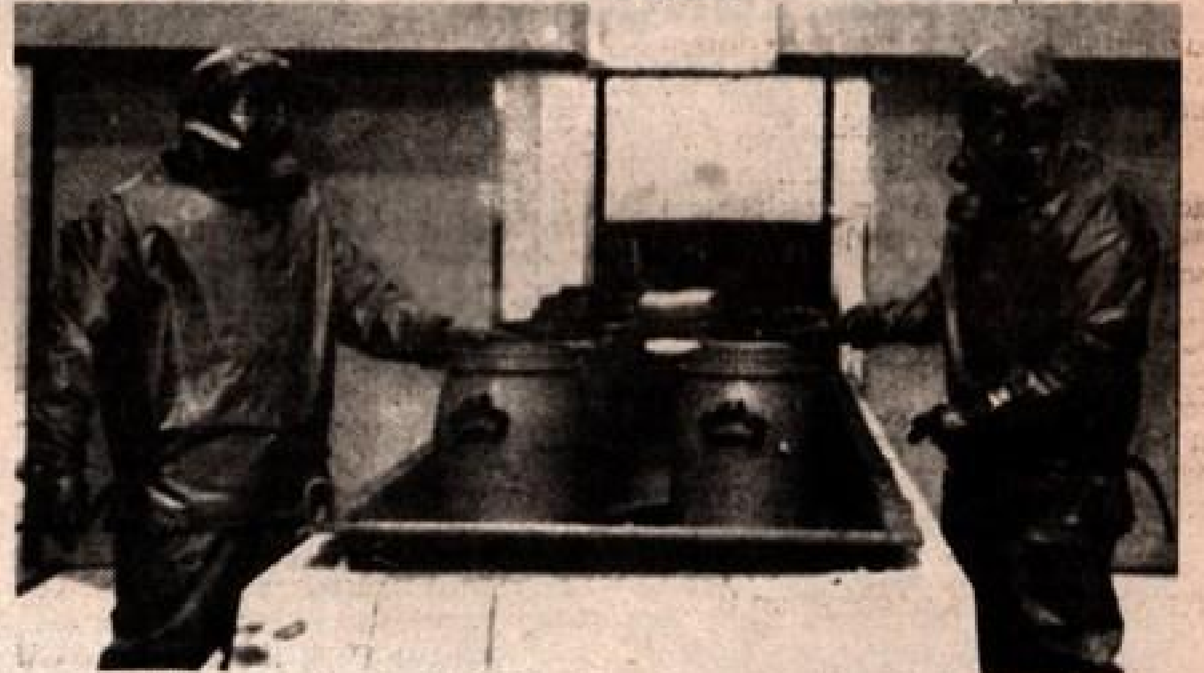
Dennoch kannte auch nach diesem Vorfall der Zynismus der Verantwortlichen in Bonn keine Grenzen:

„Ob in Munster Nord, wo in einem 130 Hektar großen Gelände eine unbekannte Menge giftiger Kampfstoffe (z.T. noch aus wilhelminischer Zeit) lagert, eine totale Räumung derselben erfolgen wird und überhaupt möglich ist, gilt nach den Worten von Ministerialrat Werner Günter Voigt aus dem Verteidigungsministerium keineswegs als abgemacht. Nicht wenige Experten vertreten die Ansicht, man sollte nicht daran rühren und das Waldgebiet für ewige Zeit abgesperrt lassen." Die systematische Abtragung des Erdbodens *„sei risikoreich und langwierig. Der Ministerialrat setzte dafür 10 bis 15 Jahre an. So spricht manches dafür, daß man sich beschränken wird, „Zufallsfunde" zu bergen, zunächst einzulagern und, wenn der „Hochofen" fertiggestellt ist, zu verbrennen"* („Lüneburger Landeszeitung", LZ, vom 28.9.75). Das Hoffen auf den Zufall hat bereits in den ersten 10 Nachkriegsjahren zu 14 Todesopfern und 384 schweren Kampfstoffverletzungen in der Zivilbevölkerung geführt! („LZ", 14.11.56). Seitdem ist kein Jahr ohne entsprechende grausige „Zufälle" abgelaufen:

- Im Mai '78 stießen Bauarbeiter auf 100 beschädigte Giftgasbehälter, schwere Verätzungen waren die Folge („LZ", 19.5.78).
- Im Herbst '79 entdecken Kinder beim Spielen in Munster 129 Giftgasbehälter, die sie in einem als Erholungsgebiet ausgewiesenem Gelände fanden. Zur Bergung der verrotteten Funde herrschte in Munster über zwei Tage hinweg ein Ausnahmezustand: Hausarrest; Fenster und Türen hatten geschlossen zu bleiben, Stadtteile wurden abgesperrt usw. (s. auch AK 160, S. 13).

Eine völlige Sperrung der gefährlichen Gebiete für die Zivilbevölkerung wird seitens der Fremdenverkehrsorganisationen sowie der lokalen Gemeindeverwaltungen kategorisch abgelehnt, da man den giftverseuchten Heideboden weiterhin als „attraktives Erholungsgebiet " verkaufen will („Seveso ist überall", Fischer '80, S.246).

Die Landesregierung hat ihrerseits unmißverständlich deutlich gemacht, daß nicht sie, sondern die lokalen Gemeinden *„die zuständigen Behörden der Gefahrenabwehr"* seien. Im übrigen würde *„auch auf Hinweise aus der Bevölkerung gehofft"* (Pressemitteilung vom 26.10.79). Grundsätzlich geändert werden soll nichts – geht doch auch das niedersächsische Innenministerium davon aus, daß *„der langsame Zerfall der Munition in dem sandigen Gelände möglicherweise zu günstigeren Ergebnissen als die weitere Bergung solcher Munitionsteile"* führen würde („Seveso ist überall", S. 246).



Die Spitze des Eisberges: Arsen im Grundwasser !

Die Spitze des Eisberges: Arsen im Grundwasser !

Während die Behörden die Hände in den Schoß legen, tickt die Zeitbombe, was hier am Beispiel der ,,Dethlinger Teiche" bei Munster illustriert werden soll.

1945 wurden hier mehrere Tonnen Giftgas und Sprengmunition in eine 40m tiefe Grube geworfen – anschließend kam Bauschutt und Sand darüber.

Um jede Gefahr einer Grundwasserverseuchung rechtzeitig zu erkennen, hat das Land Niedersachsen (als Eigentümer des Geländes) Meßbrunnen zur Wasserentnahme gebaut, die sinnigerweise höchstens 20m tief sind.

Bereits seit 1968 wurde durch diese Brunnen Arsen im Grundwasser festgestellt – nach jüngeren Proben hat sich der Arsengehalt auf 0,5 Milligramm pro Liter erhöht, womit die gesetzliche Höchstgrenze schon bei diesen völlig unzulässigen Meßmethoden um das Vierfache überschritten ist ! **„Das Landwirtschaftsministerium vermutet, daß die Kampfstoffbehälter inzwischen durchgerostet sind und ihr Inhalt mit dem Grundwasser in Berührung gelangt ist." – so der seelenruhige Kommentar aus Hannover. Man erwäge ein Gutachten in Auftrag zu geben „das Hinweise darüber ergeben soll, ob und wann die Giftstoffe beseitigt werden können......Es hieße jedoch, die Bergungsaktion sei sehr kostspielig und personalaufwendig. Vorläufig sei auch aus Kostengründen nicht an eine Beseitigung der Giftgasbehälter zu denken."(„HAZ", 21. und 26.7.79).**

Im übrigen solle der Bodenkörper sehr gute Filtereigenschaften aufweisen: *„Akute Gefahren für die Umwelt sind aus den vorliegenden Erkenntnissen nicht gegeben"*(Erklärung der Landesregierung vom 26.10.79). Es sei am Rande vermerkt, daß eine plötzliche Arsenvergiftung nach 2 1/2 Stunden *„jagende Atmung, Erbrechen, brennender Durst, Schüttelfrost, schwarze Harnverfärbung"* sowie nach 2 bis 6 Tagen den Tod zur Folge hat. *„Die chronische langdauernde Arsenvergiftung äußert sich in Verdauungsstörungen, Dunkelfärbung der Haut, Kopfschmerzen und Lähmungen"* (dtv-Lexikon).

Hierbei ist zu bedenken, daß rein zufällig die Dethlinger Teiche als Giftmülldeponie bekannt sind, während mindestens 40.000 weitere Tonnen an Kampfstoff an unbekannter Stelle im Umkreis von Munster in Grundwassernähe freigesetzt sein dürften.

„Mut zur Zukunft" – ohne daß die Kriegsschäden beseitigt wären

Erst nach dem Stolzenberg-Skandal veröffentlichte die Bundesregierung ein als ,,Verschlußsache– Nur für den Dienstbereich" deklariertes Schreiben an die Landesinnenministerien, in dem erstmalig (!) die Produktions- und Lagerstandorte der Nazis für Kriegsgifte aufgelistet waren.

Diesem Papier zufolge hinterliessen die Nazis 70.000 Tonnen ungenutzter chemischer Kampfstoffe. Bei Kriegsende wurden diese Gifte z.T. noch von den Nazis verscharrt und die Unterlagen über den Verbleib vernichtet. Als niedersächsische Lagerstätten wurden in diesem Papier neben Munster noch Walsrode und Oerrel (bei Soltau), Bodenteich (bei Ülzen), Hänigsen und Immensen (bei Hannover), Duderstadt und Lehre (bei Braunschweig) aufgeführt („HAZ", 8.11.79). Allein, daß diese Angaben über 30 Jahre hinweg vertuscht werden konnten, kennzeichnet die Skrupellosigkeit, mit der auf diesem Gebiet ,,Vergangenheitsbewältigung" betrieben wird. Daß 35 Jahre nach Kriegsende für ganze 16 Mio.DM eine erste Beseitigungsanlage mit einer maximalen Jahreskapazität von 44(!) Tonnen in Betrieb gehen soll (wobei aufgrund der bereits einkalkulierten Störfälle auch die Betreiber längst nicht mehr von dieser Kapazität ausgehen), wirft ein weiteres Schlaglicht auf die diesbezüglichen Anstrengungen der Bundesregierung.Eine vertrauliche Studie des Verteidigungsministeriums schätzt ein, daß die Entseuchung allein des Geländes um Munster bis zum Jahre 2000 dauern und etwa 100 Mio. DM kosten wird („Stern", 2.10.79). Abgesehen davon, daß in 20 Jahren das ganze Gebiet vollends vergiftet sein dürfte, bedeutet dies, daß pro Jahr ganze 5 Mio. für die Beseitigung der Kriegsschäden um Munster eingeplant sind. 5 Millionen: ein einziger „Tornado", von dem die Bundesreriegung 320 anschafft, kostet bereits 14mal soviel !

tuscht werden konnten, kennzeichnet die Skrupellosigkeit, mit der auf diesem Gebiet ,,Vergangenheitsbewäl-

Und was besonders makaber ist: Bereits seit 1958 wird Munster weiterhin als militärische Giftküche verwandt. Bereits 1971 umfasste die ABC- Erprobungsstelle („E 53") 53 Mitarbeiter, darunter Physiker, Chemiker, Veterinäre und technisches Personal. In modernen Laboratorien, Klimahallen und anderen Versuchsanlagen wird erneut mit chemischen Kampfstoffen herumexperimentiert (s. DDR-Lehrbuch der Militärchemie, I, S. 60 und LZ v.26.5.71). Die Tradition der Nazis, die in Munster herumexperimentierten ohne zuvor die Granaten aus dem 1.Weltkrieg zu beseitigen, wird also treu fortgesetzt, mit dem nicht unerheblichen Unterschied, daß sich mittlerweile das Gift aus zwei Weltkriegen im Boden ausbreitet.

Ein Genosse aus Lüneburg

Kurzmeldungen

Proteste gegen Rekrutenvereidigung

Lippstadt. Gegen die öffentliche Rekrutenvereidigung am 12. November demonstrierten 2 - 300 Antimilitaristen. Das ist für die örtlichen Verhältnisse eine beträchtliche Anzahl. Die Demonstranten aus Lippstadt, Paderborn und Soest zogen geschlossen zum Platz der Vereidigung, der von Feldjägern und Bullen nicht sehr massiv abgeriegelt worden war.

* * *

In der Bundeswehrstadt *Soltau* reichten ,,behördliche Erkenntnisse" über angebliche Gewalttaten aus, um für die öffentliche Vereidigung am 12. November 300 Bullen aufzubieten. Bei rund 40 Gegendemonstranten immerhin ein Verhältnis von fast acht Bullen auf einen Demonstranten. Hinzu kamen noch einige Auflagen, bestimmte Gebiete nicht zu betreten. Für die Einhaltung dieser Gängeleien sorgten die Bullen mit mehrfachen Aufforderungen. Als Antwort konnten sie sich den blanken Achtern einiger Demonstranten ansehen.

* * *

Parteiordnungsverfahren gegen SPD-Frauen

Der Oldenburger SPD-Vorstand hat in einer vertraulichen Sitzung beschlossen, Parteiordnungsverfahren gegen die frühere Ratsherrin Dr. Heidi Knake-Werner (seit 11 Jahren SPD-Mitglied) und gegen die Oldenburger AsF-Vorsitzende Irmelin Schachtschneider (13 Jahre in der SPD) einzuleiten. Der AsF-Vorsitzenden wird vorgeworfen, sich trotz SPD-Verbots an einem Aktionsbündnis mit der DKP gegen die öffentliche Rekrutenfeier in Oldenburg beteiligt und auf der Kundgebung des Bündnisses eine Rede gehalten zu haben. Da die Jusos und der Ortsvorstand Mitte zu dieser Kundgebung ebenfalls aufgerufen hatten, aber jetzt gezielt gegen die Frauen vorgegangen wird, liegt der Eindruck nahe, daß die örtlichen SPD-Matadoren an den beiden Frauen, die zum linken Flügel gehören, ein Exempel statuieren wollen (nach ,,NWZ", 24.11.).

Bullen gegen Heilbronner Stadtzeitung

Nachdem einige Leute am 18.11. Flugblätter in Heilbronn gegen die Rekrutenvereidigung in Stuttgart verteilt hatten, machten 5 Staatsschützer und 2 Bullen eine Haussuchung bei ihnen. Gesucht, und leider auch gefunden, wurden ,,verunglimpfende" Plakate zur Rekrutenvereidigung. Zusätzlich wurde die gesamte Auflage des Titelblatts der ,,Heilbronner Stadtzeitung" beschlagnahmt. Den (hergesuchten) Grund lieferte ein Hakenkreuz, daß inmitten einer Collage gegen die Kriegsvorbereitungen die zunehmende Faschisierung des Staatsapparates symbolisieren sollte (nach einer Erklärung der Betroffenen aus Heilbronn von Ende November).

Gewerkschaftspolitik in der Krise

Die Arbeitsteilung in der sozialliberalen Koalition klappt vorzüglich: Schritt für Schritt gibt die SPD den Forderungen ihres kleinen Koalitionspartners FDP nach, fügt sich ins „Unvermeidliche", denn jeder weiß: unter einer CDU-Regierung wär es noch schlimmer gekommen. Und einer nutzt dies weidlich aus: Graf Lambsdorff, lautester Sprecher für das Kapital, den die CDU bisher vergeblich versucht hat, rechts zu überholen. *„In einem Land, in dem Übergewicht die verbreiteste Krankheit ist, kann es keine Katastrophe sein, wenn man den Gürtel ein Loch enger schnallen muß"* („Hamburger Morgenpost", 28.11.80) spricht er und streicht sich seinen Nadelstreifen-Anzug glatt. Den *„Mißbrauch der Sozialleistungen für Arbeitslose ohne Tabus über Lösungsansätze zu beseitigen"*, fordert er donnernd unter dem Beifall der Creme der westdeutschen Kapitalistenklasse, die sich zur Jahresversammlung der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" versammelt hatte. Wer sollte ihm auf dieser Versammlung widersprechen, wo er die Kapitalisten aufforderte, *„mitzuhelfen, Arbeitsunwillige festzustellen"* („FR", 11.12.80). Die Tendenz der Zeit, wenn es nach dem Willen dieser Herren geht, ergänzte Kapitalistensprecher Esser: er fordert *„das Prinzip der Subsidiarität, nach dem der einzelne zunächst einmal für zumutbare Risiken des Lebens selber in freier Entscheidung und Verantwortung aufkommen soll"* (ebenda) — kein Problem, bei so viel Millionen im Rücken. Dieser kackfreche Lambsdorff eignet sich vorzüglich zur Zielscheibe und als Blitzableiter für verbale Empörung der Gewerkschaften. Diese Arbeitsteilung ist wohl auch gewollt. Doch wenn's dem Grafen mal zu viel wird, dann weiß er frech: wieso, was wollt ihr denn, zwischen Schmidt und mir gibt es keine wirtschaftspolitischen Differenzen. Und recht hat er.

„Sozialer Dialog" statt „Konzertierter Aktion"

Die DGB-Gewerkschaften spielen dieses Spiel brav mit. Als Lambsdorff Kapitalisten und Gewerkschaftsführer zum „wirtschaftspolitischen Gespräch" zu sich einlud, sagten letztere verärgert ab. Mit der FDP wolle man nicht an einem Tisch sitzen, vor allem wegen ihrem Affront gegen die Gewerkschaften in der Mitbestimmungsfrage, log DGB-Chef Vetter. Also Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der Regierung? Klassenkampf statt „Sozialpartnerschaft"? Keine Angst. Der gleiche Vetter saß 2 Wochen vorher artig zum Frühstück beim FDP-Vorsitzenden Genscher, 2 1/2 Stunden, wie der „Spiegel" zu berichten weiß (1.12.80). Dieses Gespräch war vertraulich und geheim. Und als der „Kompromiß" zur Mitbestimmung ausgehandelt war, beriet die SPD-Spitze sich umgehend mit Vetter und den Mitbestimmern der IG Metall (Judith) und der IG Bergbau (Adolf Schmidt): Fazit war, daß nicht mehr drin ist. Prompt reagierte die DGB-Führung, indem sie „das Ringen" um einen Kompromiß lobte, die verbale Kritik blieb der IG Metall vorbehalten.

Während Buhmann Lambsdorff die erwartete Absage erhielt, hatte die „Konzertierte Aktion" schon längst stattgefunden: am 13.11.80 trafen sich die Führer der beiden großen Kapitalistenverbände, Rodenstock und Esser, mit Vetter, Kluncker (ÖTV), Keller (Gewerkschaft Textil), Pfeiffer (DGB-Bundesvorstand, Abt. Wirtschaft) sowie dem Chef der Bank für Gemeinwirtschaft Hesselbach beim Bundeskanzler — „sozialer Dialog" nannte Schmidt dieses vertrauliche Treffen. Als weitere Regierungsmitglieder waren bei diesem Treffen von Staat, Kapital und Gewerkschaften noch die Minister Ehrenberg, Matthöfer und — man höre und staune, Lambsdorff, anwesend; der Lambsdorff, mit dem sich die DGB-Führer nicht an einen Tisch setzen wollten. Schönes Theater!

Kapitulation bei der Mitbestimmung. Krise in der Textilindustrie — die Gewerkschaftsführer rufen zum „Generalstreik" auf, mit Unterstützung der Unternehmer. Automobilkrise — IG Metall-Chef Loderer fährt für das Kapital nach Japan. Gewerkschaftstag der IG Chemie und der IG Bergbau — auf keine der gestellten Fragen eine Antwort. Allein die bevorstehende Lohnrunde verspricht einiges an Zündstoff.

Ohne Konzept, eingebunden in die „Sozialpartnerschaft", stehen die DGB-Gewerkschaften vor der jüngsten Krisenentwicklung. Auf Sparpolitik, Sozial- und Lohnabbau haben und geben sie keine Antwort. Die nachstehenden Artikel dokumentieren dies.

Tarifrunde 1981

Die Kapitalisten haben für die Lohntarifrunde 1981 einen harten Kurs vorprogrammiert: Orientierung des Bruttolohnabschlusses an der Steigerungsrate für die Produktivität (Arbeitsleistung), die übereinstimmend im „Sachverständigen"-Gutachten und dem Wirtschaftsbericht der Bundesregierung mit 2,5 - 3 % geschätzt wird. Nur so, wird argumentiert, könne eine erwünschte Preissteigerung mit einer drei vor dem Komma erreicht werden. Genannt wird dies: Sicherung des Reallohns.

Wie sieht es aber real aus? Selbst nach Rechnung der Kapitalisten ergibt sich ein Abbau des Reallohns von 2 - 3 %, zieht man vom Bruttolohn Sozialleistungen und Preissteigerungen ab. Dabei ist dies gut gerechnet, denn die Schätzungen der Preissteigerungen lagen immer unter der wirklichen Entwicklung (im Sachverständigen-Gutachten des letzten Jahres geschätzte 4 % für 1980, voraussichtlicher Durchschnitt: 5,6 %).

Die Gewerkschaften haben im Grundsatz anerkannt, daß es angesichts gebremsten Wachstums „verengte Verteilungsspielräume" gibt. Die IG Metall hat dabei auch in diesem Jahr den Vorreiter gespielt. Der Vorstand hat folgende Lohnformel bekanntgegeben:

IG Metall: Gesamtvolumen 8 %

— Erreicht werden soll ein Gesamtvolumen von 8 % (wobei noch unklar ist, ob darin auch Nebenforderungen enthalten sind, die genaue Festlegung der Tarifforderungen erfolgt erst in der nächsten Woche).

ob darin auch Nebenforderungen enthalten sind, die genaue Festlegung der Tarifforderungen erfolgt erst in der nächsten Woche).

Zusammengesetzt wird diese Lohnformel aus:
— 5 % Preissteigerung (damit folgt die IGM nicht dem „Sachverständigen"-Gutachten)
— 3 % Produktivitätssteigerung.

Angesichts prognostizierten Nullwachstums für 1981 wird bei der Forderung auf einen „Umverteilungsbetrag" verzichtet.

So weit, so hoch. Angesichts des seit Wochen anhaltenden Trommelfeuers für 2,5 %, höchstens 3 % Erhöhung, erscheint die Forderung von 8 % hoch. Alle Erfahrungen der Tarifpolitik zeigen allerdings, daß in der Forderung von vornherein eine Verhandlungsspanne eingebaut ist, die Bereitschaft zum Abschluß von um die 5 % erahnen läßt, was auch die Aussage des NGG-Vorsitzenden Döding, 4 - 5 % werden's 1981 wohl werden, zeigt. 5 % aber wären unter Abzug der Preissteigerungen und der zusätzlichen sozialen Belastungen ein weiterer Reallohnabbau (1980:-0,6 % Reallohn).

So steht für die Tarifrunde 1981 zu erwarten, daß die Auseinandersetzung darum geführt wird, wie stark der Reallohnabbau ist. Selbst die anvisierten 5 % dürften noch auf massiven Widerstand der Kapitalisten stoßen, die die Gunst der Spar-Stunde nutzen wollen, die Umverteilung zu ihren Gunsten nachhaltig durchzuführen: *„Was wir brauchen, ist eine radikale Neuorientierung der Lohnpolitik mit dem Ziel der Kostenstabilisierung"* (Kirchner, Chef von Gesamtmetall, in der „FAZ" vom 11.11.80).

Welche Daten sind wichtig für die Tarifrunde?

Die Kapitalisten behaupten, daß sie mehr Geld für Investitionen brauchen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Graphik zeigt einen stetigen Anstieg der Investitionsentwicklung seit der Krise 1974/75:



Hat sich die **Arbeitslosigkeit** entsprechend verringert? Die nachfolgende Aufstellung der offiziellen Arbeitslosen zeigt, daß es zwischen den Krisen einen festen Sockel von derzeit 800.000 - 900.000 gibt, der in der Krise 1980/81 ansteigen wird und vermutlich nach der Krise noch höher sein wird als zwischen den beiden Krisen:

1974: 556.876
1975: 1.006.554

1974: 556.876
1975: 1.006.554

1976: 898.314
1977: 911.257
1978: 864.243
1979; 736.690
1980: 900.000 (geschätzt)
1981: 1.200.000 (geschätzt)

Die nachfolgende Graphik zeigt, daß der größte Teil der „Investitionswelle" für die Rationalisierung (41 %) verwandt wird und weitere Arbeitsplätze vernichtet:



Die **Produktivität** schätzt das „Sachverständigengutachten" für beide Jahre 1980 und 1981 auf + 2,5 %.

Die **Preissteigerung** 1980 wird mit 5,6 % geschätzt, während für 1981 4 % erhofft werden.

Die folgende Graphik verdeutlicht die Anpassung von Löhnen und Renten an sinkende Wachstumsraten – „verengte Verteilungsspielräume" genannt:



Die Lohnpolitik der Gewerkschaften hat sich 1980 weitgehend dem „Vorreiter"-Abschluß der IG Metall angepaßt: 6,8 % ist der Durchschnitt:

Wirtschaftsbereiche Industrien	Lohn + %	Gehalt + %
Land- u. Forstwirtschaft	7,2	6,8
Bergbau u. Energievers.	7,2	7,0
Grundstoff, Prod.-Güter	6,9	7,0
Investitionsgüter	6,8	6,8
Verbrauchsgüter	6,5	6,5
Nahrungsmittelindustrie	6,6	6,6
Bau- u. Ausbaugewerbe	6,7	6,9
Handwerk	6,7	6,5
Handel, Banken, Versich.	6,9	7,0
Verkehr, Nachrichten	6,2	6,4
Dienstleistungen	7,0	6,4
gesamte Wirtschaft	**6,8**	**6,8**

Quelle: WSI — imu 801008

Etwas komplizierter

Die folgende Graphik des IMSF-Instituts der DKP (aus „UZ" v. 14.11.80) verdeutlicht die Tendenz zur Lohnsenkung:
Der Reallohn (Spalte 4) errechnet sich aus dem Nettolohn (Spalte 3) abzüglich der Preiserhöhung (Spalte 1). Der sogenannte „Nachholbedarf" errechnet sich aus Preiserhöhung plus Produktivitäts / Arbeitsleistungsentwicklung abzüglich der Nettolöhne. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik der Vergangenheit hatte zum Ziel, durch die Formel Inflation plus Produktivität an der kapitalistischen Entwicklung teilzuhaben. Die Tabelle zeigt, daß die Entwicklung der Nettogewinne seit 1975 (Ausnahme 1977) die der Nettolöhne übertrifft.

Jahr	1 Preiserhöhung b)	2 Produktivität c)	3 Nettolöhne d)	Nettogewinnentwicklung e)	4 Reallohn (3-1) f)	5 Nachholbedarf (4-2) g)	6 Tarifabschlüsse Metallverarbeitung
1973	7,0 %	4,6 %	8,2 %	+ 3,2	+ 1,2	- 3,4 %	8,5 %
1974	7,0 %	2,4 %	9,8 %	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,4 %	11+ 2,0 %
1975	6,0 %	1,6 %	7,3 %	+ 8,2	+ 1,3	- 0,3 %	6,8 % (13 Mon.)
1976	4,3 %	6,1 %	4,3 %	+11,2	- 0,0	- 6,1 %	5,4 %
1977	3,7 %	2,9 %	5,6 %	- 0,4	+ 1,9	- 1,0 %	6,9 %
1978	2,7 %	2,5 %	6,2 %	+13,0	+ 3,5	+ 1,0 %	5,0 %
1979	4,1 %	3,1 %	5,8 %	+10,9	+ 1,7	- 1,4 %	4,3 % (13 Mon.)
1980	5,6 % h)	3,0 %	5,0 % i)	+ 6,5	- 0,6	- 3,6 %	6,8 %
1981 k)	4,5 %	3,0 %	•	•	•	•	•

Das Ende der Mitbestimmung?

Das Ende der Mitbestimmung?

Der Mannesmann-Konzern gab im Frühjahr dieses Jahres das Startsignal: er wollte sein Unternehmen aus dem Geltungsbereich der weitestgehenden gesetzlich verankerten Form der Mitbestimmung - der Montanmitbestimmung - rausziehen. Durch die Eingliederung der stahlproduzierenden Hüttenwerke in die Mannesmann-Röhrenwerke sollte dies realisiert werden. Das war vor der Bundestagswahl. Ein ‚Erdbeben' schien die Bundesrepublik zu erschüttern. Selbst Strauß versicherte den Wählern (die's größtenteils gar nicht interessierte), man werde die Montanmitbestimmung sichern und beruhigte die Gewerkschaften. Nach der Wahl: FDP-Graf Lambsdorff nahm den Mannesmann-Ball auf und setzte in den Vereinbarungen mit der SPD eine Regelung durch, die übereinstimmend von der FDP und der IG Metall als ein „Auslaufgesetz" für die Montanmitbestimmung beurteilt wird. Danach will die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, der zwei nennenswerte Änderungen gegenüber der alten Regelung vorsieht:

Erzielt ein Unternehmen weniger als 50% seines Umsatzes aus der Produktion von Kohle, Eisen oder Stahl, so fällt es aus der Montanmitbestimmungsregelung heraus (selbst Strauß hatte sich vor der Wahl für eine Produktionsgrenze von 30% ausgesprochen). Statt der paritätischen Mitbestimmung tritt dann das 1976 verabschiedete Mitbestimmungsgesetz in Kraft, das eindeutig die Kapitalseite im Aufsichtsrat in der Mehrheit sieht.

Der Regierungsplan sieht allerdings vor, daß noch für eine Übergangszeit von 6 Jahren nach Inkrafttreten der Bedingung die Montan-Regelung weitergilt.

Geändert worden ist auch das für den DGB wichtige Verfahren für die Wahl der Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat. Bisher wurden diese von den DGB-Betriebsräten auf Vorschlag der zuständigen Gewerkschaft gewählt, waren also sicher. Jetzt sollen sie zwar weiterhin von der Gewerkschaft vorgeschlagen werden, aber von allen Beschäftigten des Betriebes gewählt werden. Da es sich bei den Gewerkschaftsvertretern meist um betriebsfremde DGB-Führer handelt, wird von einem solchen Verfahren eine Schwächung des DGB-Einflusses in den Aufsichtsräten erhofft, weil rechte Gewerkschaften oder sogenannte „unabhängige" Kandidaten aus den jeweiligen Betrieben gegen die „Betriebsfremden" häufig mit größeren Chancen antreten.

Mannesmann: Raus aus der Montanmitbestimmung

Wie wenig „paritätisch" allerdings die paritätische Montanmitbestimmung wirklich ist, bewies die entscheidende Aufsichtsratssitzung des Mannesmann-Konzerns wenige Tage nach dem Regierungskompromiß. Mit 11 gegen 10 Stimmen der Beschäftigtenvertreter und der IG Metall beschloß der Aufsichtsrat, die Hüttenwerke (den stahlproduzierenden Sektor) in die Röhrenwerke zu überführen. Damit fällt Mannesmann aus der Montanmitbestimmung am 1. Juli 1981 raus. Hat die Bundesregierung bis dahin ihr angekündigtes Gesetz nicht verabschiedet, unterliegt ab diesem Zeitpunkt der Konzern dem Mitbestimmungsgesetz von 1976. Tritt das neue Gesetz vorher in Kraft, erlischt die Montanmitbestimmung erst 1987.

Den Ausschlag für die Entscheidung gab der „neutrale" 11. Mann, ein Sozialdemokrat: der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, Johannes Völling. Nicht zu Unrecht wirft die IGM der Regierung vor, daß sie ihm mit ihrem kurz zuvor verabschiedeten Kompromiß elegant den Weg für diese Entscheidung gebahnt hat.

Wie wenig die Mitbestimmung mit realer Interessenvertretung zu tun hat, belegt die Mannesmann-Entscheidung. Die Kapitalisten begründeten die Konzern-Umwandlung betriebswirtschaftlich mit einer möglichen Einsparung von 50 Millionen DM. Der IGM-Vorsitzende Loderer, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender, erklärte ausdrücklich, daß die IGM *„die Notwendigkeit einer Kosteneinsparung...nie bestritten (habe) und bereit sei, bei einer Lösung mitzuwirken"* (FAZ, 1.12.80). Zu keiner Zeit ist von der IGM ins Spiel gebracht worden, daß der Mannesmann-Konzern im Stahl-

Fortsetzung nächste Seite

Gewerkschaftspolitik in der Krise

Fortsetzung von vorheriger Seite

werk Duisburg-Huckingen 3500 Beschäftigte (von 10.000) entlassen will, was liegt da näher als die Vermutung, daß die „Mitwirkung bei Kosteneinsparungen" in der Duldung von Massenentlassungen besteht? Wie schon im Fall Hoesch/Dortmund droht jetzt ein Massen-Exodus von Arbeitsplätzen in der Stahlstadt Duisburg, wo auch die dort ansässigen Konzerne Krupp und Thyssen nachziehen wollen. Die Mitbestimmung war noch nie ein Schutz gegen kapitalistische Unternehmenspolitik (siehe auch die Entwicklung im Bergbau in den 60er Jahren).

»Es gilt nun, im Geist von Konrad Adenauer und Hans Böckler neue gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, um die beste deutsche Mitbestimmung endgültig zu erhalten«

Adolf Schmidt Vorsitzender der IG Bergbau und Energie am 25.11.80

Vielmehr handelt es sich hierbei um einen gesellschaftspolitischen Konflikt. Die Montanmitbestimmung von 1951 war zum einen ein Zugeständnis an die Arbeiterbewegung. Sie war auf der anderen Seite der Köder, mit dem die Führungen der Gewerkschaften für die Erhaltung des kapitalistischen Systems gekauft wurden. Über die Posten in den Aufsichtsräten durften sie am System teilhaben, sogar seine Geschicke mitlenken. Es entspricht der Situation eines schärferen Kurses gegen die Lohnabhängigen, daß das Kapital heute auch dieser Möglichkeit der gewerkschaftlichen Mitbeteiligung an der „sozialen Marktwirtschaft" einschränkt. Die SPD hat dabei zur Kenntnis nehmen müssen, daß ihr mehr noch als in der Vergangenheit die Möglichkeit der Ausgestaltung einer sozialdemokratischen Politik für das Kapital genommen ist. Während die FDP die Regierungsvereinbarung zur Mitbestimmung als Anfang vom Ende der Montanmitbestimmung begreift (das 1987 kommen soll), spricht die SPD davon, Luft für „neue Überlegungen" geschaffen zu haben und hofft (?) bei den Wahlen 1984 durch andere Mehrheiten die Montanmitbestimmung retten zu können.

Also das Ende der Mitbestimmung? Es ist zumindest absehbar. Die IG Metall schimpft und droht. Sie signalisiert, daß sie viele Preise zu zahlen bereit ist, wenn nur die Montanmitbestimmung erhalten bleibt. Immerhin hat sie Posten und Positionen sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik zu verteidigen. Niemand sollte sich wundern, wenn doch noch ein „Kompromiß" zustande kommt, bei dem auf der einen Seite die Stahlkapitalisten Wohlverhalten für Rationalisierung und Massenentlassungen in der Stahlindustrie erkaufen - auf der anderen Seite die IGM weitere Jahre in den ‚Genuß' der Montanmitbestimmung kommt. Eine Gefahr für die Marktwirtschaft war dies nie und wird sie nie sein.

Die andere Seite der Medaille gewerkschaftlicher Politik signalisierte bereits die DGB-Führung. So, wie sie vor der Bundestagswahl einem möglichen Kanzler Strauß eine Zusammenarbeit anbot, so signalisiert sie auch gegenüber der Mitbestimmungsentwicklung Stillhalten: „Der DGB begrüßt den erklärten erkennbaren Willen der Bundesregierung, sich über alle Unterschiede der Koalitionspartner hinweg auf eine gesetzliche Sicherung der Montanmitbestimmung einigen zu wollen" (FAZ, 2.12.80), heißt es im Wortlaut zur Regierungsvereinbarung zwischen SPD und FDP. Und der Vorsitzende einer Montan-Gewerkschaft, Adolf Schmidt von der IG Bergbau, erklärte einen Tag nach der Regierungserklärung: *„Es gelte nun, ‚im Geist von Konrad Adenauer und Hans Böckler' neue gesetzliche Möglichkeiten zu schaffen, um ‚die beste deutsche Mitbestimmung' endgültig zu erhalten" (FAZ, 26.11.80).*

Kapitulation war schon immer die höchste Tugend sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Textilstreik: Eine neue »Einheitsfront«

Strukturkrise in der Textilindustrie seit Anfang der siebziger Jahre: die Investitionsgüterindustrie der BRD macht dicke Profite beim Aufbau von Produktionsstätten in Billiglohnländern, ein Prozeß, der durch die Wirtschaftspolitik gefördert wird. Massenproduktionsstätten vor allem in Hongkong, Südkorea und Taiwan werden aufgebaut. Die für die in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter zuständige Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) sieht mehr oder weniger tatenlos zu, wie sich auf der einen Seite dieser strukturelle Wandel vollzieht, auf der anderen Seite im Lande Rationalisierung und Konzentration in der Branche vorangetrieben werden. Ergebnis bis heute: Ein Drittel der Beschäftigten, 200.000, werden entlassen und wegrationalisiert (in ganz Westeuropa: 700.000), von 1650 Textilbetrieben 1970 sind heute noch 800 verblieben.

2. Dezember 1980: die GTB tritt in den „Kampf". Zwischen 11 Uhr und 12 Uhr findet europaweit ein „Generalstreik" statt, meist in Form von Betriebsversammlungen. Organisiert wurde das ganze vom GTB-Vorsitzenden Keller und seinem Vorgänger in der GTB, Buschmann, heute Präsident des Europäischen Gewerkschaftsausschusses. Beide schufen eine neue Form der „Einheitsfront". Mit von der Partie beim Streik waren die Textilkapitalisten, die die Aktion herzlichst unterstützten und großzügig für Bezahlung aufkamen.

Grund dieses „Streiks": die Gewerkschaften wollten der Bundesregierung und der EG-Kommission in Brüssel unmißverständlich deutlich machen, daß sie mit deren lascher Verhandlungsführung bei der Verlängerung des Welttextilabkommens (WTA) nicht einverstanden sind. Das WTA regelt den Handel zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern. Es sieht vor, daß jährlich die Textilimporte um ca. 6 % steigen dürfen.

Allerdings handelt es sich dabei nicht um echte Sperren. So beklagt die GTB, daß in diesem Jahr die Einfuhr um 20 % gestiegen sei. Die Bundesregierung ist bei einer schärferen Kontrolle zurückhaltend. Aber nicht etwa weil die „Entwicklungsländer" (ein Begriff, der wohl kaum auf die Hauptimporteure Südkorea, Hongkong und Taiwan anwendbar ist) hiervon profitieren würden, sondern die großen Konzerne, die in diesen Ländern investiert haben. Die GTB fordert nun, die Importsteigerungen den geschätzten Steigerungen des Verbrauchs (+ 1,5 %) anzupassen.

Wie ohnmächtig diese „sozialpartnerschaftliche" Gewerkschaftspolitik ist (und wie sehr sie in diesem Fall den Interessen eines Teils der Kapitalisten, der Textilkapitalisten, entspricht), dürfte daran deutlich werden, daß eine Konsequenz einer solchen Gewerkschaftshaltung sicher wäre: die Preise für Textilien und Bekleidung würden in die Höhe schießen, betroffen wären davon allerdings die Verbraucher — Arbeiter und Angestellten. Allerdings dürfte sich die GTB mit ihrer Forderung sowieso nicht durchsetzen, da sie nichts weiter tut, als widersprüchliche Interessen verschiedener Gruppen des Kapitals gegeneinander auszuspielen. Die Bundesregierung und die EG-Kommission werden hierbei bestenfalls ein wenig den „Wildwuchs" beschneiden.



Von der Gewerkschaftsführung für sinnlosen Warnstreik mobilisiert: Textilarbeiterinnen in Albstadt

IG Chemie Gewerkschaftstag 2. Teil
Alles klar für Hauenschild, damit nichts mehr läuft

Nach den schweren innergewerkschaftlichen Kontroversen auf dem IG Chemie-Gewerkschaftstag im September (Stichworte: Plumeyer, Patschkowski, betriebliche Vertrauensleute), wurde der Gewerkschaftstag Ende November fortgeführt, um die im ersten Teil liegengebliebenen Anträge zu den gewerkschaftspolitischen Zielen der IG Chemie zu behandeln. Fazit: die Hauenschild-Mafia hat die Zügel straffer denn je in der Hand, die Unternehmen der Chemieindustrie werden auch weiterhin auf „ihre" Gewerkschaft bauen können und die innergewerkschaftliche Opposition muß sich darauf einstellen, ihre gewerkschaftliche Arbeit noch stärker als bisher am Apparat vorbei und in Konfrontation zu dessen Politik zu betreiben.

Nach Plumeyers Abschuß Vitts Entmachtung

Nachdem im September die linkssozialdemokratische Strömung in der IG Chemie um Plumeyer, Kretschmer und Patschkowski mit der rechten Mehrheit auf dem Gewerkschaftstag abgeschmettert wurde und zudem — trotz etwa ein Drittel Anhängerschaft unter den Delegierten — Plumeyer aus dem Gewerkschaftsvorstand gekantet wurde, ist im Zuge der weiteren Machtabsicherung von Hauenschild und seines neuen Stellvertreters Hermann Rappe (rechter SPD-Bundestagsabgeordneter) eine weitere Rechtswendung im IG Chemie-Apparat eingeleitet worden. Werner Vitt, Mitglied im erweiterten Parteivorstand der SPD, bekam die Quittung für sein Lavieren zwischen der Hauenschild-Mafia und der Opposition (Vitt hatte sich bei Maßnahmen gegen Plumeyer und Patschkowski mehrfach der Stimme enthalten). Im Zuge der Neuverteilung der Ressorts ist Vitt als Hauenschilds Stellvertreter entmachtet. U.a. wird er diesen zukünftig nicht mehr im DGB-Bundesvorstand vertreten. Gleichzeitig ist aus Vitts Ressort im Vorstand, Hauptabteilung VI „Betriebsräte, Mitbestimmung" das Tarifrecht aus der Rechtsabteilung ausgegliedert worden und der tarifpolitischen Abteilung des Hauenschild-Gefolgsmanns Mettke zugeschlagen worden. Vitt ist damit herabdegradiert worden und seine einstmals erwogene Nachfolge für Hauenschild aus dem Spiel. Stattdessen wird nach Rücktritt Hauenschilds 1982 Hermann Rappe, rechter Flügelmann in der IG Chemie, voraussichtlicher Nachfolger.

Bezeichnend für die Situation in der IG Chemie war die Diskussion auf dem zweiten Gewerkschaftstag um einen Antrag, der Funktionsträger der IG Chemie aufforderte, ihr Mandat ruhen zu lassen, wenn sie Wahlmandate wahrnehmen. Die Anspielung auf Hauenschilds (mittlerweile niedergelegtes) Amt im Europarat und Rappes im Bundestag ist wohl nicht zu übersehen. Die ganze rechte Mafia sprang in die Bütt und pöbelte los; selbst das Wort „Berufsverbot", sonst in diesen Kreisen verpönt, machte die Runde. Aber keine Angst, bei nur vier Fürstimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Stillstand in der Tarifpolitik

Wie wenig an realer Interessensvertretung die IG Chemie wirklich zu bieten hat, zeigte die Diskussion um die Tarifpolitik. In der Lohnpolitik gibt es schon seit Jahren Stillstand. Höhepunkt war dabei die Tarifrunde 1979, in der die IG Chemie auf eine eigene Forderung verzichtete und ein Angebot der Kapitalisten entgegennahm. Alternativ dazu wird eine „qualitative Tarifpolitik" angeboten, die unter dem Stichwort „Entgelttarifvertrag" seit mittlerweile elf Jahren ausgearbeitet worden ist.

Das Konzept für solche „Entgelttarifverträge" sieht eine „arbeitsplatznahe" und „leistungsgerechte" Bewertung der Arbeitsplätze vor. Es ist nicht mehr mit gewerkschaftlichen Kampfmitteln durchsetzbar, sondern muß betriebsnah ausgehandelt werden. Es entspricht der von den Kapitalisten geforderten Anpassung an die technologische Entwicklung und anerkennt beispielsweise die „Analytische Arbeitsplatzbewertung" als wissenschaftliche Berechnungsgrundlage für die Entlohnung (eine ausführliche Darstellung zu diesem Konzept steht in Arbeiterkampf 147/1979).

Real hat die IG Chemie-Tarifpolitik zu Stillstand bei den Löhnen und zu keinerlei Fortschritten beim „Entgelttarif" geführt. Der Unmut hierüber artikulierte sich auf dem Gewerkschaftstag. Es wurde schließlich vom Vorstand ein „Umsetzungskonzept" gefordert, das Wege der Durchsetzung von Forderungen, der Intensivierung der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit und der vorbereitenden Mobilisierung der Mitglieder für Streiks erarbeiten soll. Soweit hat der Vorstand seinen Auftrag bekommen, aber schon auf dem Gewerkschaftstag hat die mächtige Lobby der Großbetriebe Bayer und Hoechst in der IG Chemie gebremst und zu erkennen gegeben, daß eine aktive Gewerkschaftspolitik nur gegen sie durchsetzbar ist. Diese Lobby wiederum beherrscht auch den Vorstand der Gewerkschaft, so daß klar sein dürfte, was bei diesem Auftrag des Gewerkschaftstags an den Vorstand rauskommen dürfte!

Der Gewerkschaftstag der IG Chemie hat das derzeitige Dilemma in der Gewerkschaftspolitik offensichtlich gemacht: da wurden artig klingende Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und nach „Neuregelung der Schichtarbeit" verabschiedet, ohne daß irgend jemand sagen könnte, wie mit einer solchen Gewerkschaft diese Forderungen durchgesetzt werden können.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

IG Bergbau: Das Schmidt-Festival

Nachdem uns das Buch ‚Der Marsch der DKP durch die Institutionen' mit erschreckender Deutlichkeit bewußt gemacht hat, wie weit die *„schleichende Machtergreifung"* der DKP im DGB schon gediehen ist, ist es ermutigend zu sehen, daß es im DGB auch noch Kräfte gibt, die sich der *„hochgerüsteteten, arbeitsteilig organisierten und disziplinierten Truppe"* (S. 206) der DKP mutig entgegenstellen. Der IG Bergbau, von der hier die Rede ist, kommt nicht nur das Verdienst zu, das Anti-DKP-Buch in ihr Schulungspaket aufgenommen und in ihrer Zeitung wohlwollend rezensiert zu haben, sie hat sich schon in den 50-er Jahren des Problems der kommunistischen Unterwanderung konsequent entledigt. Heute leistet diese Gewerkschaft Vorbildliches gegen das *„haßerfüllte sowjetmarxistische Zerrbild des ‚Sozialdemokratismus'"* (S. 175). In zwei Ausgaben ihrer Zeitung ‚Einheit' hat sie in Beiträgen zur Gewerkschaftsgeschichte aufgezeigt, daß die Einheitsgewerkschaft nach dem Kriege nicht mit, sondern gegen die Kommunisten geschaffen wurde. In ihrer Ausgabe vom 1.12.80 nimmt die ‚Einheit' eine Ehrenrettung des bedeutenden Gewerkschaftsführers Carl Legien vor, der sich *„gegen Revolutionsgymnastik und Wortradikalität"* wandte und dafür einer *„beispiellosen Hetz- und Schmähkampagne"* der Kommunisten ausgesetzt war. Die ‚Einheit' folgt damit einer Anregung der Autoren des Anti-DKP-Buches, die die *„diskreditierende Behandlung von Gewerkschaftsführern wie Carl Legien"* (S. 195) bemängelt hatten.

Überhaupt ist die IG-Bergbau heute Vorkämpfer gegen die *„Zerstörung sozialdemokratischer Bindungen"*. Auf dem im November in Aachen abgehaltenen 12. Kongreß dieser Gewerkschaft konnte Herbert Wehner unter dem tosenden Beifall der Delegierten feststellen: *„Wir Sozialdemokraten werden niemals kapitulieren"*. Als der Beifall nicht enden wollte ergänzte Wehner: *„Sehen wir so aus? — Sehen wir so aus?"* Wehner wandte sich mit dieser Bemerkung übrigens gegen eine Polemik des IG-Metall-Vorstandsmitgliedes Judith, der der Regierung vorgeworfen hatte, sie hätte in der Mitbestimmungsfrage vor der FDP kapituliert. Derartige Frechheiten erlaubte sich der Gewerkschaftstag der IG-BE, an dem fast das gesamte Kabinett der nordrhein-westfälischen Landesregierung, Kanzler Schmidt sowie zahlreiche weitere

Fortsetzung nächste Seite

Krise der Gewerkschaftspolitik

Kampfschrift für eine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft

Mit der Veröffentlichung des Taschenbuchs ‚*Der Marsch der DKP durch die Institutionen*' durch die Professoren Ossip K. Flechtheim und Wolfgang Rudzio, das Mitglied der Grundwertekommission der SPD, Fritz Vilmar, sowie den Geschäftsführer der GEW-NRW, Manfred Wilke, hat die seit zwei Jahren andauernde Debatte über die Unterwanderung der Gewerkschaften durch die DKP ihren ‚theoretischen' Unterbau bekommen. Konnte man bei oberflächlicher Betrachtung des ‚Oberurseler Papiers' vom Oktober 1978 noch den Eindruck haben, daß sich hier einige Linke ihren Ärger über die DKP-Praktiken in den Gewerkschaften von der Seele geschrieben haben und daß dieses Papier dann von den Rechten im DGB für eine antikommunistische Kampagne mißbraucht wurde, so wird jetzt offensichtlich, daß es sich hierbei um eine links getarnte sozialdemokratische Kampagne handelt. ‚Links' ist an dem jetzt veröffentlichten Buch nur noch das Image der Autoren und der Klappentext, wo es heißt: „*Da die Autoren selbst der demokratisch-sozialistischen Linken zugehören, kann niemand, der nicht auf allzu simple Weise der fälligen Auseinandersetzung auszuweichen versucht, dieses ebenso kritische wie sachhaltige Buch als ‚Antikommunismus' beiseiteschieben*". Schlägt man das Buch auf, so stellt man fest, daß sich die Autoren explizit zum „Antikommunismus" (i.S. von „Anti-Leninismus und Anti-Stalinismus"; S. 185) bekennen.

Von den Fakten her bietet das Buch wenig Neues. Nahezu lückenlos eingearbeitet wurde das ‚Oberurseler Papier', zurückgegriffen wurde auf die Polemiken gegen die Marburger ‚Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung', auf eine Dokumentation zu Austritten und Ausschlüssen aus der DKP-Bochum, einen bereits in der Zeitschrift ‚Kritik' veröffentlichten Beitrag des aus schlüssen aus der DKP-Bochum, einen bereits in der Zeitschrift ‚Kritik' veröffentlichten Beitrag des aus der DKP ausgeschlossenen Arbeiters Karl Ludwig, einen in der ‚Roten Fahne' der ‚KPD' veröffentlichten Artikel über DKP-Pressepolitik in ihrem Bündnisbereich und auf Veröffentlichungen der Bundeszentrale für Politische Bildung über den Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Zum Abschluß wird dann noch die Stellungnahme der SPD/FDP-Bundesregierung zur DKP im Wortlaut und kommentarlos abgedruckt. Zur Krönung des Ganzen gibt es noch eine Tabelle „Zeitschriften und Verlage der DKP und ihrer (z.T. kritisch gewordenen) Freunde", die an VS-Praktiken erinnert. Ob der Verfassungsschutz allerdings auch derart undifferenziert die „Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus" und den „VSA-Verlag" (Zeitschrift und Verlag der Sozialistischen Studiengruppen) der DKP zugeschlagen hätte, sei noch dahingestellt.

Immer offensiveres Auftreten der DKP im DGB?

Zentrale These des Buches ist die vom zunehmenden Einfluß der DKP im DGB, vom „*immer offensiveren Auftreten sowjetmarxistischer Strategien und Ideologien seit 1977*" (S. 21), ja gar davon, daß seit Herbst 1979 in drei Gewerkschaften (HBV, GEW, IG Metall) die Anhänger der DKP „*zum Angriff übergegangen*" (S. 35) seien.

Die Autoren bringen dies auf die griffige Formel von der „*schleichenden Machtergreifung*" (S. 209). Zum Beleg ihrer These verweisen sie auf die DGB-Bundesjugendkonferenz im Dezember 1977, auf der die Befassung mit einer Solidaritätsresolution für Rudolf Bahro abgelehnt worden war. Zustimmend zitieren die Autoren hier das DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab, der dies auf die ‚Kaderpolitik der DKP' zurückführte, und loben dessen „*offene Worte*" (S. 24) über diese Konferenz. Z i t i e r t werden diese ‚offenen Worte' jedoch nicht, deshalb holen wir dies an dieser Stelle nach: Karl Schwab hatte festgestellt, es sei erschütternd, daß die Mehrheit der Delegierten „*nicht davon zu überzeugen war, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Unrechtstaat sei, daß die sogenannten Berufsverbote nicht die Tagespraxis sind, daß die Einschränkungen der politischen Freiheiten nicht Tag für Tag mit Meilenstiefeln vorangetragen wird*" (zitiert nach AK 154, S. 5). Es ist also offensichtlich, daß es Schwab darum ging und geht, den Einfluß kritischer Strömungen zurückzudrängen, die er der Einfachheit halber unter den Oberbegriff ‚DKP' subsumiert; die ‚linken' Autoren spielen dieses Spielchen mit.

Ganz ähnlich wird bei dem zweiten Beleg für den zunehmenden Einfluß der DKP verfahren, bei den Auseinandersetzungen um den ‚Antikriegstag 1979', als Heinz Oskar Vetter in der Dortmunder Westfalenhalle ausgepfiffen wurde. Hierbei habe es sich um einen „*von der SDAJ inszenierten Eklat*" (S. 224), um „*SDAJ-Anhänger*" (S. 228) gehandelt. Angesichts der großen Anzahl von Jugendlichen, die Vetter einen heißen Empfang bereitet hatten, scheint dies ja auf einen beachtlichen Einfluß der DKP hinzudeuten. Der Trick dabei: Zitiert wird aus der Vetter-Rede nur die Passage, in der er auf den Hitler-Stalin-Pakt eingegangen war. Nicht erwähnt werden die provokatorischen Äußerungen Vetters über Strauß, die jeden demokratisch denkenden Jugendlichen in Rage bringen mußten: „*Jeder, der den Nationalsozialismus mit seinem Terror miterlebt hat, wird bestätigen: Wer Strauß einen Faschisten nennt, macht es sich zu leicht, liegt falsch. Ihr pfeift, aber ich sage dennoch: Man versäumt es, die wirklichen Gefahren zu bekämpfen, wenn man sich falsche vorgeistert*".

An anderer Stelle seiner Rede hatte Vetter festgestellt: „*Der braune Sumpf muß ebenso trockengelegt werden wie die sich links gebärdende Gewaltstrategie*" (zitiert nach AK 162, S. 9).

Ebenfalls verschweigen die Autoren, daß das Verbot der Broschüre der Gewerkschaftsjugend zum Antikriegstag zu den Protesten beigetragen hatte. Die Umfälschung der berechtigten Proteste vieler Jugendlicher in einen ‚von der DKP inszenierten Eklat' muß folgerichtig dazu führen, daß die repressiven Maßnahmen der Gewerkschaftsführung beschönigt oder gerechtfertigt werden. Und richtig: Zum Verbot der Antikriegsbroschüre schreiben die Autoren: „*In ihr war weder vom Hitler-Stalin-Pakt die Rede noch stand ein Wort darin zum sowjetischen Militarismus und zu Ereignissen wie Ungarn 1956 und Prag 1948 und 1968*" (S. 37f.). Eine Kritik am Verbot dieser Broschüre findet sich in dem Buch nicht.

Ebenso ist die Sicht der Dinge zu der Entlassung des DGB-Bundesjugendsekretärs Hawreliuk, der angeblich der ‚DKP-Fraktion' nicht entschieden genug entgegengetreten war. Zu den Protesten gegen diese Entlassung bemerken die Autoren: „*Der Höhepunkt der Auseinandersetzung über die Jugendpolitik im DGB wird nicht etwa durch – dringend notwendige – Sach- und Zieldebatten markiert, sondern durch die öffentliche Diskussion über die Funktionsenthebung des DGB-Bundesjugendsekretärs herbeigeführt; sie wird als ‚Diffamierungskampagne' charakterisiert. Mit diesem Aufhänger ist die eigene DKP-unterwanderte Jugend- und Bildungspolitik der kritischen Diskussion enthoben*" (S. 38). Es ist unglaublich. Die Repression der Gewerkschaftsführung gegen DKP-nahe oder Stamokap-Juso-Kollegen wird, wenn sie auf Proteste stößt, als Beleg für den zunehmenden Einfluß der DKP im DGB ausgegeben.

In einem Buch über den ‚Marsch der DKP durch die Institutionen', das sich vor allem mit dem DKP-Einfluß im DGB beschäftigt, sollte man eigentlich erwarten, daß die Beiratsbeschlüsse der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten, nach denen DKP-Mitglieder keine Funktionen im DGB übernehmen dürfen, zumindest erwähnt werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Stattdessen werden unüberprüfbare Stories aufgetischt wie diese: „*Im Landesbezirk Nordrhein-Westfalen der GEW stand die Übernahme des Landesbezirks durch das ‚fortschrittliche Bündnis' auf der Tagesordnung. Durch eine bemerkenswerte Koalition zwischen unabhängigen Linken und Sozialdemokraten gelang es, dies zu verhindern*" (S. 36). Dieser Unsinn (die GEW-NRW wird unangefochten von der GEW-Rechten Ilse Brusis geführt) wurde inzwischen in der GEW-NRW als „*fahrlässig und töricht*" („Neue Deutsche Schule" 19/80) öffentlich zurückgewiesen.

Ebenso vergriffen haben sich die Autoren, wenn sie die Kündigung des Oldenburger HBV-Sekretärs Albers wegen seiner gerichtlich bestätigten Zusammenarbeit mit der DAG als „*vorläufig letzten ‚Gipfelpunkt' erfolgreicher DKP-Einflußstrategien im DGB*" (S. 43) charakterisieren.

Für oder gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber der DKP?

Mehrfach betonen die Autoren, daß sie gegen einen „*administrativen Aussonderungsprozeß*" (S. 14) gegenüber DKP-Anhängern seien. Die oben belegte Rechtfertigung oder Beschönigung repressiver Maßnahmen der Gewerkschaftsführung läßt uns diese Aussage mit Skepsis aufnehmen. Noch skeptischer muß man werden, wenn man die Begründung für die Ablehnung von Unvereinbarkeitsbeschlüssen nachliest. Die Autoren sind gegen UVBs, da diese „*Solidarität mit den Opfern solcher Abgrenzungspolitik*" (S. 232) bewirken. Es geht ihnen also um Entsolidarisierung, wobei eine einfache Ausweitung der bestehenden UVBs auf die DKP nicht hilfreich wäre, zumal diese Entsolidarisierung ja von linken Kräften, die die UVBs ablehnen, mitgetragen werden soll. So machen denn die Autoren der Gewerkschaftsführung einen anderen Vorschlag, wie sie sich die DKPler vom Halse schaffen kann: **„Was hindert den DGB-Vorsitzenden eigentlich daran, in einem gewerkschaftspolitischen Grundsatzreferat eine ganz klare Abgrenzung der DGB-Position zu der der DKP und ihrer Freunde (...) zu formulieren, also offensiv zu werden, statt sich von SDAJ-Anhängern auspfeifen zu lassen? Was hindert die Gewerkschaften, eine solche Abgrenzung in ihren Satzungen zu verankern?"** (S. 227f.).

Die Autoren machen damit also ganz offen zu Vorreitern in der antikommunistischen Ausrichtung des DGB. So ist es auch nicht mehr verwunderlich, daß sie bei der laufenden Debatte über das neue DGB-Grundsatzprogramm Partei für die rechten Gewerkschaftsführer ergreifen: **„Im DGB-Grundsatzprogramm sind Prinzipien formuliert worden, die (...) die Gegensätzlichkeit der gewerkschaftlichen Position zu der der Sowjetmarxisten klar zum Ausdruck bringen. Aus diesen Prinzipien lassen sich unmittelbar die grundlegenden Unvereinbarkeiten mit der sowjet-marxistischen Ideologie ableiten"** (S. 225).

Die Tatsache, daß die kommunistische Gewerkschaftsbewegung nicht als eine Richtung der Gewerkschaftstraditionen im Grundsatzprogramm aufgeführt wird, wird von den Autoren als „*Absage an gewerkschaftsfremde und -feindliche Ideologien*" (S. 226) begrüßt.

Aber die von den Autoren geforderten Abgrenzungen sollen nicht nur DKP-Anhänger, sondern auch Kollegen treffen, die eine Bündnispolitik mit DKP-Mitgliedern befürworten: „*Wir halten es für verantwortungslos, wenn DGB- und SPD-Mitglieder sich an solchen Komitees und Initiativen* (die der DKP nahestehen, Anm.) *beteiligen und sich dabei den Positionen der Sowjetmarxisten unterwerfen*" (S. 106).

Um eine Zusammenarbeit mit DKPlern zu unterbinden, scheuen sich die Autoren nicht, mit der Staatsmacht zu winken: „*Dabei werden nicht nur diese Bereiche total unglaubwürdig, sondern die in ihnen arbeitenden jungen Gewerkschafter, Jusos und Studenten werden auf dieser ‚Linie' ins Ghetto der ‚Verfassungsfeinde' transportiert*" (S. 209).

Hohelied auf die Sozialdemokratie

Hohelied auf die Sozialdemokratie

Die Autoren verschweigen nicht, in welche Richtung eine Umorientierung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit und eine Festschreibung gewerkschaftlicher Grundpositionen zu geschehen habe. Sie wenden sich gegen jene, die „*die demokratische Verfassungsordnung als ‚bürgerliche Demokratie' geringschätzen*" (S. 12) und fordern, daß die gewerkschaftliche Theorie und Bildungsarbeit die „*Verfassungsordnung der parlamentarischen Demokratie*" als „*u n a b d i n g b a r e Grundlage jeder Gesellschaftsreform und Gewerkschaftspolitik bewußt machen*" (S. 213) muß.

Weiter wenden sie sich gegen die „*Zerstörung sozialdemokratischer Bindungen*". Begründung: „*In Wahrheit aber werden die derart ‚bindungslos' gewordenen – insbesondere jungen ! – Gewerkschafter und Sozialdemokraten lediglich in ein politisches Abseits und in die Grauzone der Halblegalität hineingetrieben*" (S. 108). Um sozialdemokratische Bindungen zu erhalten oder neu zu schaffen, fordern die Autoren eine Neuformulierung der Gewerkschaftsgeschichte, bei der die Sozialdemokratie für ihre Verantwortung für die großen Niederlagen der deutschen Arbeiterbewegung (1914, nach 1918, 1933, nach 1945) reingewaschen werden soll und stattdessen festgelegt werden soll, daß „*die kommunistische Spalterpolitik in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung seit 1920 und insbesondere aufgrund der Bekämpfung der Sozialdemokratie als ‚Sozialfaschisten' vor 1933 entscheidend zur Schwächung der Linken im antifaschistischen Kampf beigetragen hat*" (S. 183).

Zweifellos stoßen sie mit dieser Forderung bei der DGB-Führung auf offene Ohren, wie die Durchführung der „Wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften" im Herbst 1979 in München beweist (die Protokolle dieser Tagung liegen jetzt als Buch vor, wir werden uns damit demnächst auseinandersetzen). Dennoch formulieren die Autoren in provokativster Weise: „*Und was hindert eigentlich den DGB und seinen Bund-Verlag, der sowjetmarxistischen Gewerkschaftsgeschichte endlich mit Hilfe kompetenter Historiker (wie Beier, Grebing, Mommsen, Scharrer) eine wahrheitsgetreue Darstellung gegenüberzustellen?*" (S. 228).

Mit dem vorliegenden Buch dürften sich die Autoren dafür qualifiziert haben, in die Liste der ‚kompetenten Historiker' aufgenommen zu werden. An Anerkennung mangelt es nicht: **Die IG-Bergbau, die man als Rechtsaußen im DGB bezeichnen muß, hat das Buch über den ‚Marsch der DKP' in ihr Bücherpaket für die Schulungsarbeit aufgenommen und in einer Besprechung in ihrer Zeitung ‚Einheit' bejubelt: „*Endlich (...) Ein wichtiges Buch ist erschienen (...) Überhaupt besticht die schonungslose Offenheit, mit der die Autoren diese Thematik behandeln*"** („Einheit", 1.12.80).



Das SB darf nicht schweigen!

Es dürfte nach den bisherigen Ausführungen klargeworden sein, daß die von den Autoren geforderte antikommunistische Ausrichtung des DGB nicht nur die DKP, sondern auch alle anderen links von der Sozialdemokratie stehenden Kräfte treffen würde. Die Autoren betonen ausdrücklich, daß es ihnen darum geht, einen „*Unabhängigen Linken Block*" als „*Alter-* daß es ihnen darum geht, einen „Unabhängigen Linken Block" als „Alter- *native zu den sowjetmarxistischen, maoistischen oder anarchistischen kommunistischen Gruppen*" (S. 223) zu organisieren.

Auch ihre Gleichsetzung der DKP mit der KPD vor 1933 deutet dies an. Indem die Autoren fast ausschließlich die DKP angreifen, machen sie sich den Umstand zunutze, daß diese Partei durch ihre bedingungslose Loyalität zur Gewerkschaftsführung bei vielen unabhängigen Linken verhaßt ist, daß sie sich durch ihre Rechtfertigung der sowjetischen Politik und ihren größenwahnsinnigen Anspruch, d i e Partei der Arbeiterklasse zu sein, unglaubwürdig gemacht hat.

Die Kritik, die hier aber an der DKP geübt wird, kommt eindeutig nicht von links, sondern wird in konzertierter Aktion mit rechten Teilen der Gewerkschaftsführung vorgetragen. Die Linke ist hier gefordert, Stellung zu beziehen. Das Sozialistische Büro hat sich bisher um eine Stellungnahme zu der Kampagne um die „Unterwanderung des DGB durch die DKP" herumgedrückt. Teile des SB (u.a. Oskar Negt) haben die Oberurseler Jugendschule des DGB, die nach der Veröffentlichung des „Oberurseler Papiers" der Kritik ausgesetzt war, verteidigt. Ossip K. Flechtheim, einer der Autoren des vorliegenden Buches, steht dem SB zumindest nahe und hat noch in der November-Ausgabe der SB-Zeitung „Express" einen Beitrag veröffentlicht. So ist es besonders pikant, daß die Autoren vom SB fordern, daß es in i h r e m Sinne Stellung bezieht: „*Die Linke in der BRD (darf) gespannt sein, ob sich das SB, im Banne einer teilweise fast schon religiösen Verteufelung sozialliberaler und reformsozialistischer Politik und Theorie seitens einiger seiner führenden Theorieproduzenten, dazu hinreißen läßt, zu der hier und heute wichtigsten innersozialistischen Auseinandersetzung zu schweigen – oder ob es einen öffentlich wirksamen und hilfreichen eigenen (nicht zuletzt gewerkschaftspolitischen) Beitrag leistet zur Unterscheidung eines freiheitlichen Marxismus von einem Sowjetmarxismus*" (S. 218).

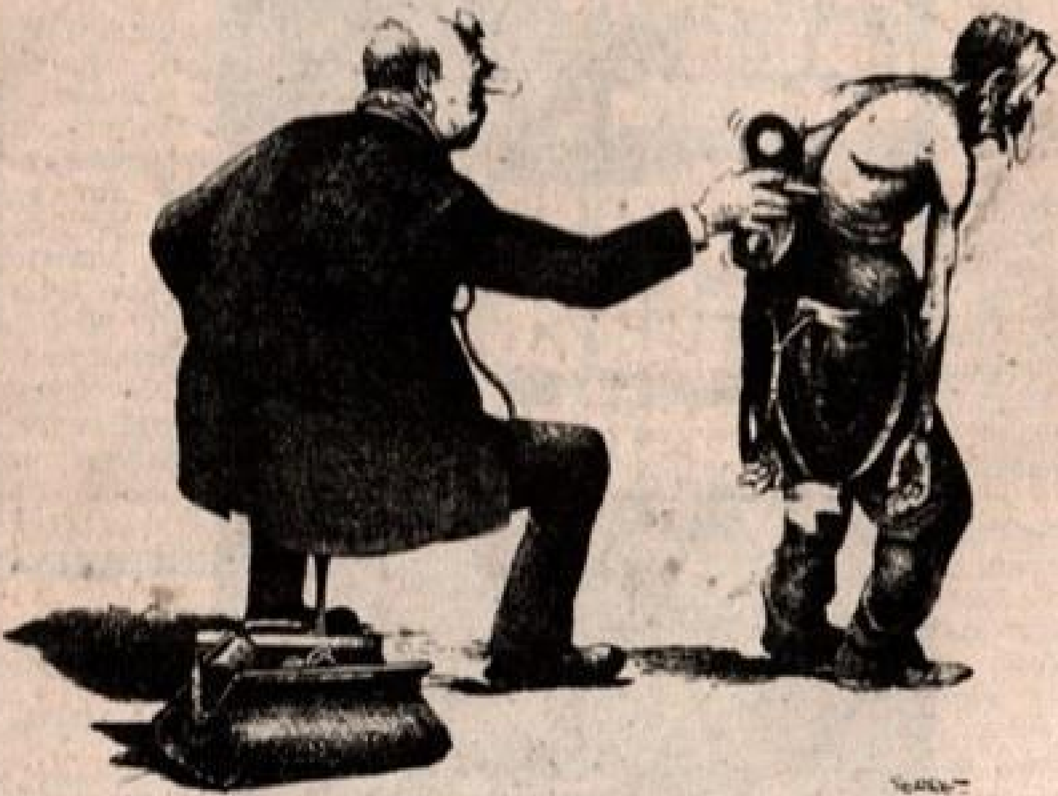
Auch wir meinen, daß das SB zu dieser Auseinandersetzung nicht länger schweigen darf, sonst macht es sich daran mitschuldig, daß die Autoren noch länger mit einer linken Tarnkappe herumlaufen und noch mehr Unheil verbreiten können.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Manfred Wilke, Geschäftsführer der GEW-NRW

Senkung des Krankenstandes: Hauptproblem der Personalabteilungen



„Zunehmende Fehlzeiten infolge von Krankheit, Unfall und sonstigen Gründen stören den Arbeitsablauf, beeinträchtigen die Rentabilität des Unternehmens und belasten das Betriebsklima. Gesamtwirtschaftlich können Fehlzeiten die Wettbewerbssituation der Wirtschaft, die Produktion und die Beschäftigung negativ beeinflussen. Die Eindämmung der Fehlzeiten ist deshalb zu einem Hauptproblem der betrieblichen Personalarbeit geworden" („Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft", 49/80).

Immer häufiger hatten wir im Arbeiterkampf über immer frecher werdende betriebliche Repressionen gegen kranke Kolleginnen und Kollegen berichtet. Das „Institut der deutschen Wirtschaft" veröffentlicht in seinem Informationsdienst („iwd") vom 3.12. eine Repräsentativ-Erhebung über „Fehlzeitquoten". Damit wird dem „Hauptproblem der betrieblichen Personalarbeit" ein Ziel aufgezeigt: Wer fehlt am häufigsten in welchen Betrieben!

Nach dem „iwd" steigen die Fehlzeiten mit der Größe der Betriebe und sind abhängig vom Wirtschaftszweig. Daß sie dabei in der Eisen- und Stahlindustrie und im Baugewerbe am höchsten sind, akzeptiert der „iwd" aufgrund der dort über dem Durchschnitt liegenden Zahl von Arbeitsunfällen. Daß in größeren Betrieben der Anteil der kranken Arbeiter und Angestellten höher ist, liegt nach Ansicht der „iwd"-Forscher mit an der „Anonymität" der Großbetriebe. Kein Wort davon, daß Rationalisierung und Arbeitshetze in Großbetrieben am perfektesten organisiert sind.

Ganz schlimm sieht es nach dem „iwd" bei den Frauen aus: In allen Unternehmen sind die Fehlquoten der Frauen höher als die der Männer. Unfälle sind noch zu akzeptieren als unvermeidliche Fehlzeiten an gefährlichen Arbeitsplätzen, Mutterschaft aber ist ein erhöhter Fehlquotient.

Die Studie des „iwd" endet mit einem internationalen Vergleich. Etwas unter den Tisch gekehrt wird dabei, daß die BRD mit 151 Fehlstunden jährlich bereits die niedrigste westeuropäische Quote hat. Aber dem „iwd" erscheint eh nur der Vergleich mit den USA (66 Fehlstunden) und Japan (44 Fehlstunden) wichtig.

Und dann rechnet der „iwd" alles zusammen: Tarifliche Arbeitszeit ohne Urlaub, Feiertage minus Fehlstunden, teilt das Ganze durch 52 und in der „FAZ" und der „Welt" steht am nächsten Tag: *„Der deutsche Arbeitnehmer arbeitet effektiv nur 31,6 Stunden in der Woche."*

richtet. Das „Institut der deutschen Wirtschaft" veröffentlicht in seinem Informationsdienst („iwd") vom 3.12. eine Repräsentativ-Erhebung über „Fehlzeitquoten". Damit wird dem „Hauptproblem der betrieblichen Personalarbeit" ein Ziel aufgezeigt: Wer fehlt am häufigsten in welchen Betrieben!

Nach dem „iwd" steigen die Fehlzeiten mit der Größe der Betriebe und sind abhängig vom Wirtschaftszweig. Daß sie dabei in der Eisen- und Stahlindustrie und im Baugewerbe am höchsten sind, akzeptiert der „iwd" aufgrund der dort über dem Durchschnitt

einem internationalen Vergleich. Etwas unter den Tisch gekehrt wird dabei, daß die BRD mit 151 Fehlstunden jährlich bereits die niedrigste westeuropäische Quote hat. Aber dem „iwd" erscheint eh nur der Vergleich mit den USA (66 Fehlstunden) und Japan (44 Fehlstunden) wichtig.

Und dann rechnet der „iwd" alles zusammen: Tarifliche Arbeitszeit ohne Urlaub, Feiertage minus Fehlstunden, teilt das Ganze durch 52 und in der „FAZ" und der „Welt" steht am nächsten Tag: „Der deutsche Arbeitnehmer arbeitet effektiv nur 31,6 Stunden in der Woche."

Dortmund: Statt »Stahlwerk jetzt« ein AKW

Einige Anmerkungen zum HOESCH-Artikel in AK 190

1. Der AK nennt — in Übereinstimmung mit der bürgerlichen Presse — die Zahl von 70.000 Menschen, die am 28.11. auf dem Dortmunder Neuen Markt für den ‚Erhalt der Stahlbasis' in Dortmund eingetreten seien. Diese Zahl ist falsch.

Tatsächlich werden zwischen 20.000 und (optimistisch geschätzt) 30.000 Menschen dort gewesen sein. Auch war es längst nicht (selbst wenn es 70.000 gewesen wären!) die größte Nachkriegskundgebung in Dortmund: In der Zeit des Mißtrauensvotums wurden von Willy Brandt weit mehr Menschen angezogen. Mit dem Hochjubeln der Zahlen seitens der Stadt/SPD wurde versucht, die Hoesch-Kollegen einzulullen.

2. In der Tat fand am 28.11. kein „Generalstreik in Dortmund" statt. So gingen selbst aus der von Hoesch betriebenen Maschinenfabrik Deutschland die meisten Kollegen nach Hause anstatt zur Kundgebung. In den meisten anderen Dortmunder Betrieben waren es zumeist nur die Vertrauensleute oder Delegationen, die frei bekommen hatten. Noch seltener kam es vor, daß es den Beschäftigten freigestellt wurde, auf eigene Kosten zwei Stunden eher zu gehen, um an der Kundgebung teilzunehmen.

In den meisten Betrieben außerhalb des IGM-Bereichs kamen die Unterschriftenlisten für die Resolution „Stahlwerk jetzt" erst acht bis zehn Tage vor Abgabeschluß an, obwohl sie an die vier Wochen vorher bereits im Umlauf waren. Nur im Bereich der ÖTV gab es eigene Unterschriftenlisten/aktionen.

3. Wie im AK richtig berichtet, orientierte die Dortmunder SPD-Spitze (in trauter Eintracht mit der CDU sowie der Industrie- und Handelskammer) wenige Tage vor dem 28.11. weit stärker auf den Bau eines Kernkraftwerks, denn auf ein neues Stahlwerk. Dies blieb vor, am und nach dem 28. November nicht ohne Proteste. So beschwerte sich die Bürgerinitiative „Stahlwerk jetzt" bei Oberbürgermeister Samtlebe wegen dieser Spaltung (ohne sich allerdings zur Problematik des AKWs zu äußern); Teile der BI (insbesondere Pastoren, die sich stark in Umweltfragen engagieren) blieben demonstrativ der Kundgebung fern; auf der Kundgebung selbst waren Transparente mit der Aufschrift „Arbeitsplätze ja — Kernkraftwerk nein" zu sehen. Diese Haltung trug den Kernkraftgegnern und der BI den Vorwurf der Doppelzüngigkeit in der örtlichen Presse ein. In den kommenden Tagen, so wurde gehetzt, werde sich die Spreu vom Weizen trennen: diejenigen, die es ernst meinten mit den Arbeitsplätzen und andererseits diejenigen, die eben so ziemlich gegen alles seien.

Und jetzt?

Nach der „Großen Kundgebung" findet der Kampf um das Stahlwerk vorwiegend in Aufsichtsrats- und Stadtratssitzungen statt.

In der Aufsichtsratssitzung von Hoesch am 4.12. präsentierte der Vorstand sieben „Denkmodelle". Davon beinhalten zwei eine Konzeption mit, fünf dagegen eine ohne ein neues Stahlwerk. Stattdessen soll der Schwerpunkt auf der Konzentration auf die Weiterverarbeitung liegen. In j e d e m Fall — also selbst bei Neubau des Stahlwerks — ist mit der Wegrationalisierung von midnestens 10.000 Arbeitsplätzen bei Hoesch zu rechnen. Die Frage ist, ob die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat (und mit ihnen Betriebsräte/IGM/SPD), die die Denkmodelle als unannehmbar bezeichneten und die Sitzung am 4.12. verließen, bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben werden und wie sie sich zur Frage des Arbeitsplatzabbaus generell stellen werden.

Pläne über weitere Kampfmaßnahmen der Belegschaften bei Hoesch und/oder der BI „Stahlwerk jetzt" existieren nicht. Wie nötig diese wären, zeigt die Marschrichtung der Herrschenden. Sowohl auf der Stadtratssitzung am 12.12. als auch auf der „Dortmunder Konferenz" (Kapitalisten, Parteienvertreter, Gewerkschaften etc.) wird weniger der Kampf ums Stahlwerk im Mittelpunkt stehen als vielmehr die „Verbesserung der Standortbedingungen des östlichen Ruhrgebietes". Das sind im wesentlichen: Bau des Hochtemperaturreaktors Hamm-Uentrop, Ausbau der Schleuse Henrichenburg sowie des gesamten Datteln-Hamm-Kanals, Neubau einer Autobahn.

Genossen aus Dortmund

MBB schluckt VFW — Bremer Arbeitsplätze bedroht

Nach mehrjährigem Gerangel und Gefeilsche kommt es nunmehr zu dem von der Bundesregierung seit langem betriebenen Zusammenschluß der beiden größten westdeutschen Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) mit Hauptsitz in Ottobrunn bei München übernimmt die Anteile der in Bremen ansässigen Vereinigten Flugtechnischen Werke VFW. Die bisherigen VFW-Anteilseigner Krupp (62 %) und das Land Bremen

waren rein militärischer Art, vornehmlich Lizenzbauten amerikanischer Kampfmaschinen.

Als 1978 die Fusion MBB-VFW auf die Tagesordnung gesetzt wurde, lebte die Branche zu ca. 80 % von öffentlichen Aufträgen, davon wiederum 80 % Rüstungsaufträge. Angesichts dieser Zahlen liegt es auf der Hand, daß die Entscheidungen über die Branchenentwicklung ganz eindeutig in Bonn getroffen werden. Und diese fielen eindeutig gegen VFW aus: Während MBB

um einen erheblichen Schritt vorangekommen. Nachdem sich in den beiden letzten Jahren die Machtverhältnisse zwischen MBB und VFW ganz eindeutig zugunsten von MBB geklärt hatten, half das Schmidt-Kabinett schließlich mit einem finanziellen Erpressungsmanöver nach. Bis zum 10. Dezember dieses Jahres verlangte es von den beiden Firmen ein klares Ja für die angestrebte Fusion; andernfalls sollten bereitgestellte Gelder in Höhe von 300 Mio DM, die hauptsächlich die Entwicklung

MBB schluckt VFW — Bremer Arbeitsplätze bedroht

Nach mehrjährigem Gerangel und Gefeilsche kommt es nunmehr zu dem von der Bundesregierung seit langem betriebenen Zusammenschluß der beiden größten westdeutschen Unternehmen der Luft- und Raumfahrtindustrie. Die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) mit Hauptsitz in Ottobrunn bei München übernimmt die Anteile der in Bremen ansässigen Vereinigten Flugtechnischen Werke VFW. Die bisherigen VFW-Anteilseigner Krupp (62 %) und das Land Bremen
(38 %) werden an MBB mit insgesamt zehn Prozent beteiligt. Grundlage der Übernahme ist ein Werkstättenkonzept, das in Bremen voraussichtlich 400 bis 700 Arbeitsplätze allein in der Verwaltung und Entwicklung kosten wird und deshalb von den Belegschaften der Bremer Werke und dem Betriebsrat bis zuletzt abgelehnt wurde. Der Bremer Senat, von dessen Zustimmung die Übernahme zuletzt abhing, gab wenige Tage vor Ablauf eines von der Bundesregierung gestellten Ultimatums nach massiven finanziellen Pressionen aus Bonn schließlich sein Einverständnis.

„Wir haben den Kampf verloren, das Technologie-Zentrum in Bremen wird zerstört." Mit diesen Worten gab der VFW-Betriebsratsvorsitzende Ludwig Hettlage am Tag vor der absehbaren Senatsentscheidung vor Journalisten seine Einschätzung der weiteren Zukunft der Bremer Werksanlagen und der dort beschäftigten Kollegen bekannt. In dem Konzept, das im wesentlichen vom bayerischen Staatsminister Streibl für MBB und Bremens Wirtschaftssenator Willms für VFW ausgehandelt wurde, heißt es zwar vage, daß die *„technologische Substanz an allen Standorten"* gewährleistet werden soll, jedoch werden keinerlei konkrete Angaben über das Wie gemacht. Zudem werden wichtige Produktionszweige künftig von Hamburg und München aus geleitet. So etwa die *„flugzeugbezogene Fertigung"*, die vom Hamburger MBB-Werk verwaltet werden soll; die Raumfahrt-Tochter von VFW, ERNO, wird zunächst leitungsmäßig in den entscheidenden Funktionen Entwicklung, Fertigung und Personal nach Ottobrunn verlagert. So gehen die Bremer Betriebsräte denn auch davon aus, daß die Bremer Fertigungsstätten letztlich zur „Blechschmiede" für das Hamburger MBB-Werk verkommen. Und genau dagegen hatte sich die Belegschaft jahrelang gewehrt.

Im Hintergrund: Strategische Interessen des westdeutschen Imperialismus

Wie keine zweite Branche war die westdeutsche Luft- und Raumfahrt-Industrie von Anfang an eine „politische" — und das heißt hier vor allem: militärische — Industrie. Die Wiederaufnahme der Produktion nach dem Zusammenbruch des Faschismus stand im Jahre 1956 ausschließlich im Zeichen der von den Westalliierten und der Adenauer-Regierung betriebenen Wiederaufrüstung. Die ersten Produkte

waren rein militärischer Art, vornehmlich Lizenzbauten amerikanischer Kampfmaschinen.

Als 1978 die Fusion MBB-VFW auf die Tagesordnung gesetzt wurde, lebte die Branche zu ca. 80 % von öffentlichen Aufträgen, davon wiederum 80 % Rüstungsaufträge. Angesichts dieser Zahlen liegt es auf der Hand, daß die Entscheidungen über die Branchenentwicklung ganz eindeutig in Bonn getroffen werden. Und diese fielen eindeutig gegen VFW aus: Während MBB
seinen Rüstungsanteil ebenso wie die übrigen Branchen-Riesen Dornier und MTU bis 1977 auf knapp 80 % steigern konnte, wurde VFW kurzgehalten und sank von 52 % (1975) auf 26 % (1977) herunter. Zusätzlich schwer gebeutelt wurden die Bremer durch den wirtschaftlichen Mißerfolg des von ihnen entwickelten ersten westdeutschen Zivilflugzeugs, des Kurzstrecken-Jets VFW 614, dem die Bundesregierung schließlich die notwendige finanzielle Unterstützung entzog. Zu dieser Zeit war auch MBB mit seinem zivilen Airbus noch nicht der Durchbruch gelungen — auch hier wurde die Produktionseinstellung erwogen. Inzwischen ist der Airbus zum großen Renner geworden, mit dem erstmals ein Einbruch in den ansonsten fast völlig von amerikanischen Firmen beherrschten Markt für Zivilflugzeuge gelungen ist.

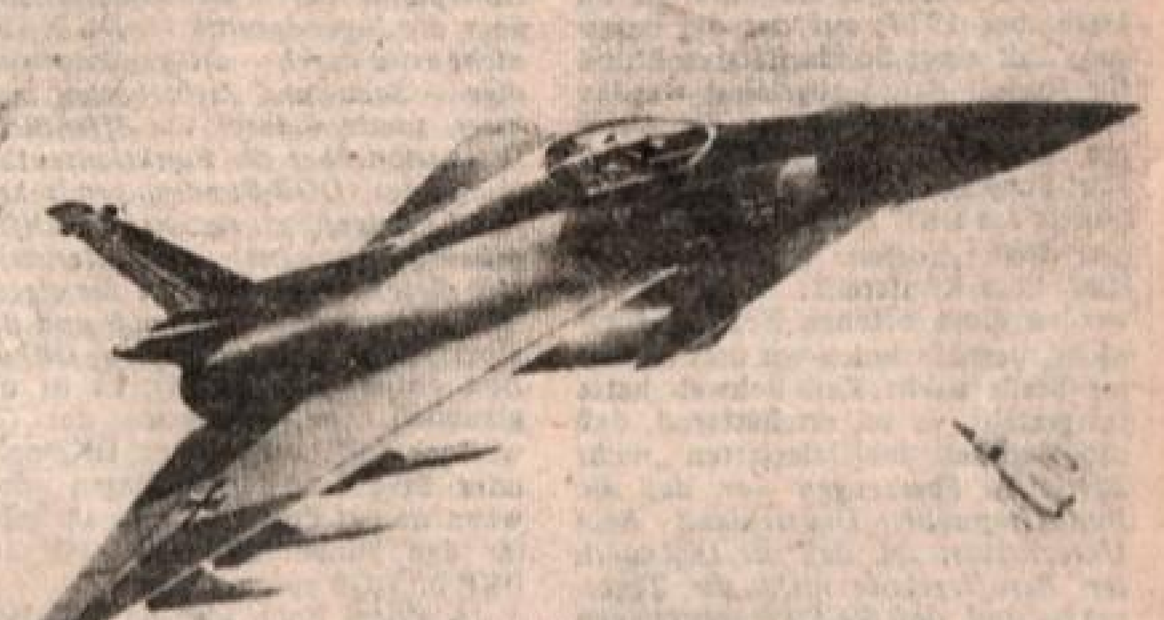
Die Bundesregierung hatte zunächst einen Zusammenschluß von Flugzeugbau-Firmen auf westeuropäischer Ebene angestrebt, war mit diesem Konzept aber nur mühselig vorangekommen. Unter Federführung des Staatssekretärs Grüner (FDP) wurde schließlich ein Plan ausgearbeitet (sog. „Grüner-Plan"), der vorrangig die Konzentration der westdeutschen LRI auf nationaler Ebene zum Ziel hatte. Hiernach war vorgesehen, die Militärproduktion im süddeutschen Raum (MBB, Dornier, MTU) zusammenzufassen und die zivile Produktion weitgehend im Norden (MBB-Werk Hamburg, VFW-Bremen) zu betreiben. Alles, was dazwischen lag, wie etwa das VFW-Werk Speyer, hatte nach diesem Plan keine Zukunft.

Bei der Verwirklichung des „Grüner-Plans" ist die Bundesregierung nunmehr

um einen erheblichen Schritt vorangekommen. Nachdem sich in den beiden letzten Jahren die Machtverhältnisse zwischen MBB und VFW ganz eindeutig zugunsten von MBB geklärt hatten, half das Schmidt-Kabinett schließlich mit einem finanziellen Erpressungsmanöver nach. Bis zum 10. Dezember dieses Jahres verlangte es von den beiden Firmen ein klares Ja für die angestrebte Fusion; andernfalls sollten bereitgestellte Gelder in Höhe von 300 Mio DM, die hauptsächlich die Entwicklung
eines kleineren Airbus-Modells sicherstellen sollen, nicht zur Auszahlung kommen. Dies brachte schließlich den letzten zögernden VFW-Anteilseigner, den Bremer Senat, zur Räson; da VFW an der Airbus-Fertigung ebenfalls beteiligt ist, würden auf den Bremer Senat noch in diesem Jahr 65 Mio DM aus Bürgerschaftsverpflichtungen zukommen, weitere 165 Mio DM 1981.

Druck hatte der alleinregierende SPD-Senat freilich auch von anderer Seite bekommen. Schon vor zwei Jahren waren VFW-Kollegen mehrfach in Warnstreiks und Demonstrationszügen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze eingetreten. Noch wenige Tage vor der Senatsentscheidung mußte sich Bürgermeister Koschnik auf einem Landesparteitag der Bremer SPD heftiger Vorwürfe erwehren. VFW-Betriebsräte unter den Delegierten forderten zumindest einen Drei-Monate-Aufschub des Bonner Ultimatums sowie eine Freigabe der Airbus-Gelder. In den drei Monaten, so hofften die VFW-Leute, könne das Werkstatt-Konzept noch zugunsten von Bremen „aufgebessert" und konkretisiert werden. Man einigte sich schließlich stallgemäß auf einen hilflosen Bittbrief an den Obergenossen Schmidt. In einer Resolution wurde er an sein vor der Wahl gegebenes Versprechen erinnert, die VFW-Arbeitnehmervertretung an der Abstimmung des Werkstättenkonzepts zu beteiligen und für ein „regional ausgewogenes Konzept" zu sorgen. Auch wenn von Delegierten die weitere Glaubwürdigkeit der SPD in Frage gestellt wurde, waren die Würfel in Bonn doch längst gefallen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Konzentration in der Rüstungsindustrie: Vorbereitung auf gigantische Projekte: MBB-Projekt „TKF", das „Waffensystem der 90er Jahre"

Gewerkschaftspolitik in der Krise



Fortsetzung von vorheriger Seite

Persönlichkeiten teilnahmen, nicht. Auf dem fünftägigen Kongreß sprachen 15 eingeladene Politiker, aber nur 14 Delegierte zum Geschäftsbericht. Von denen äußerte nur einer eine leichte Kritik am IG-BE-Vorsitzenden, was IG-BE-Chef Schmidt (der übrigens von 98 % der Delegierten wiedergewählt wurde) mit den Worten quittierte: *„Er hat jedenfalls den Mut gehabt und das ist (...) schon sehr beachtlich."* Da nicht mehr Kollegen den Mut aufbrachten, mußte der Gewerkschaftstag vier Stunden früher als geplant beendet werden. Von *„Verteufelung sozialliberaler und reformsozialistischer Politik"* war auf diesem Gewerkschaftstag nichts zu spüren. Im Gegenteil, Schmidt (der Vorsitzende, nicht der Kanzler) erklärte, daß man *„die prinzipiell richtige Energiepolitik der Bundesregierung mit Zähnen und Klauen verteidigen"* („FAZ", 20.11.) werde.

Die Herzen der Autoren des Anti-DKP-Buches werden auch höher geschlagen haben, als das IG-BE-Vorstandsmitglied Meyer feststellte: *„Worauf es immer neu ankommt, ist, junge Kolleginnen und Kollegen sensibler zu machen für versteckte kommunistische Strategie und Taktik in der Gewerkschaftsjugend"* („Die Neue", 27.11.).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Krise der Gewerkschaftspolitik

GEW und Unvereinbarkeitsbeschlüsse:

Wiederaufnahme von Klaus Knöss abgelehnt

Nur 25 Tage nachdem der Hauptvorstand der GEW vom Gewerkschaftstag aufgefordert worden war, sich beim DGB für die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzusetzen, hat eben dieser Hauptvorstand gezeigt, was er von derartigen Beschlüssen hält: Auf der HV-Sitzung am 29.11. wurde mit großer Mehrheit ein Antrag des Landesverbandes Hessen auf Wiederaufnahme von Klaus Knöss in die GEW abgelehnt. Dem Vernehmen nach sollen überhaupt nur vier HV-Mitglieder für diesen Antrag gestimmt haben. Klaus Knöss war bis zu seinem Ausschluß 2. Vorsitzender des Bezirksverbands Frankfurt der GEW, der sich immer gegen diesen Ausschluß gewehrt hatte. Der Fall Knöss offenbart ein erschreckendes Zusammenwirken zwischen staatlichen Behörden und den UVB-Praktiken der Gewerkschaftsführung.

Drei Wochen nachdem Knöss wegen seiner engagierten Tätigkeit am Frankfurter Abendgymnasium von der Behörde strafversetzt wurde, wurde er (im Februar 1978; vgl. dazu ausführlich AK 123, S. 17) wegen angeblicher Unterstützung des KBW aus der GEW ausgeschlossen. Dies rief wiederum die Behörde auf den Plan. Mit der Begründung, Knöss habe *„in verschiedenen GEW-Infos und in Anträgen auf einer Vertreterversammlung des GEW-Landesverbandes Hessen Forderungen vertreten, die solche des KBW seien"*, wurde er im März 1980 suspendiert. Gegenwärtig läuft sein Entlassungsverfahren, für das er natürlich die politische und juristische Unterstützung der GEW benötigt. Als aber die Frankfurter GEW zur Unterstützung der juristischen Auseinandersetzung eine Geldsammlung organisierte, wurde sie vom GEW-Landesvorsitzenden Harnischfeger (offensichtlich im Auftrag Fristers) zurückgepfiffen; mit Ausgeschlossenen dürfe es keine Solidarität geben.

Der Fall Knöss wäre also ein guter Anlaß gewesen, dem vom Gewerkschaftstag in seinem UVB-Beschluß beklagten Verlust der Glaubwürdigkeit der GEW etwas entgegenzusetzen; der Hauptvorstand hat deutlich gemacht, daß er die ablehnende Haltung der Mehrheit der Delegierten zu den UVBs glatt ignorieren will.

Frister droht mit dem Ausschluß der GEW aus dem DGB ...

Zweifellos rächt sich hier die Halbherzigkeit, mit der der Gewerkschaftstag gegen die UVBs vorgegangen war. Da die Delegierten sich nicht mit ausreichender Mehrheit zu einer Satzungsänderung durchringen konnten, hat der Hauptvorstand weiterhin das Recht, über Wiederaufnahmen zu entscheiden und hierbei die UVBs anzuwenden. Knöss hatte gegen seinen Ausschluß erfolglos vor Gericht geklagt. Das Gericht begründete die Rechtmäßigkeit des Ausschlusses mit der Existenz der UVBs.

In dieser Frage kann es keinen Kompromiß mit der Gewerkschaftsführung geben. Dies hat auch Erich Frister in seiner Auswertung des Gewerkschaftstags („Erziehung & Wissenschaft" 12/80) deutlich gemacht, in der er sich zu einer unglaublichen Publikumsbeschimpfung hinreißen ließ. Da ist davon die Rede, daß die Delegierten mit ihrem UVB-Beschluß *„der antiautoritären Sehnsucht freien Lauf"* ließen, daß sie dafür stimmten, *„daß künftig die Tätigkeit für die NPD oder die Unterstützung dieser rechtsextremistischen Partei vereinbar sein soll mit der Mitgliedschaft in der GEW"* (als wäre auch nur ein Rechter aufgrund der UVBs aus der GEW ausgeschlossen worden und als hätte es nicht hunderte von Linken getroffen). In anderen Gewerkschaften und im DGB hätte das Verhalten der Delegierten *„nur Kopfschütteln oder das Führen des Zeigefingers an die Schläfe hervorgerufen"*.

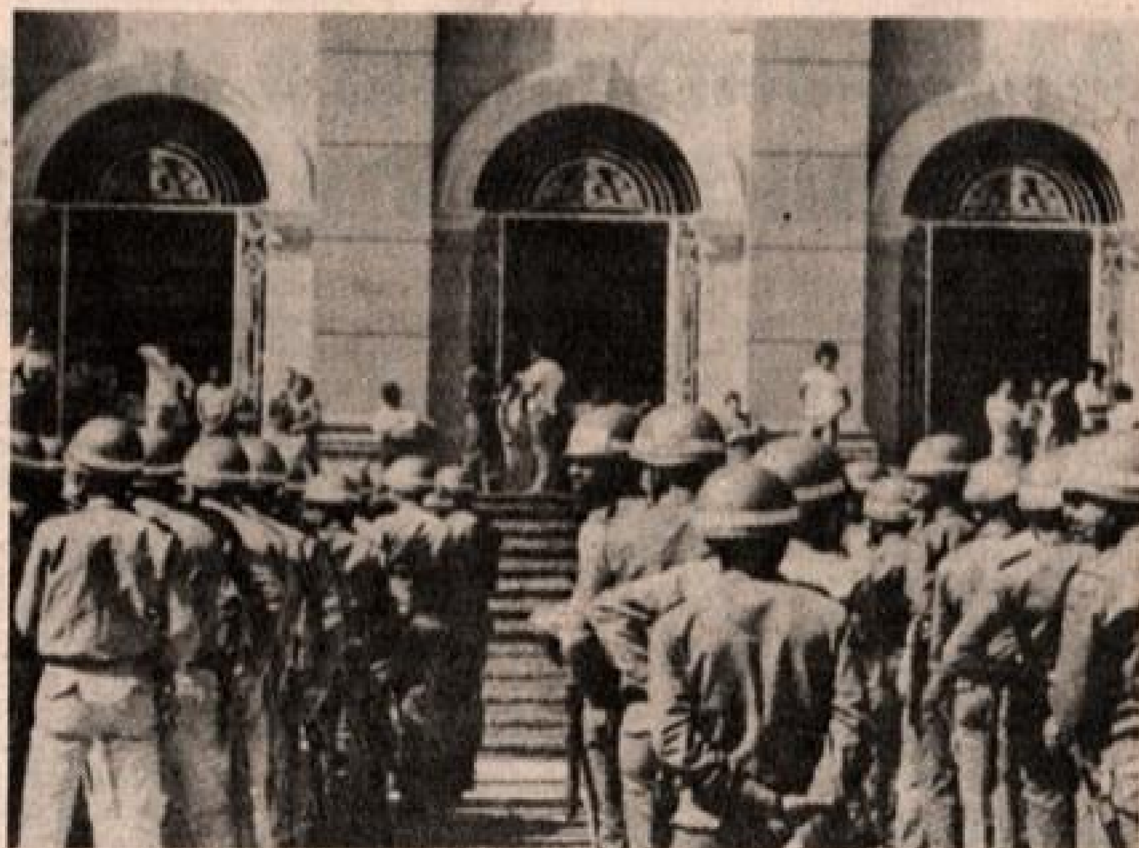
Noch schärfer polemisiert Frister gegen den Westberliner Antrag auf Satzungsänderung, der leider nicht die erforderliche Mehrheit bekommen hatte: *„Wäre der satzungsändernde Antrag angenommen worden, so wäre dies ein Verstoß gegen die Pflichten aus der DGB-Satzung und damit ein Grund für den Ausschluß der GEW aus dem DGB gewesen"*.

... und kündigt satzungswidriges Verhalten an

Frister verfolgt mit diesen wüsten Drohungen die Absicht, die Kollegen einzuschüchtern, daß niemand mehr nachzufragen wagt, welche Folgen der Beschluß des Gewerkschaftstages denn haben wird. Zweifellos ist der Mainzer Beschluß nicht gerade von hoher Verbindlichkeit. Nach wie vor können Kollegen aufgrund der UVBs ausgeschlossen werden, nach wie vor kann ausgeschlossenen Kollegen die Wiederaufnahme verweigert werden. Nur in einem Punkt ist der Beschluß verbindlich: Er verpflichtet den Hauptvorstand, sich im DGB-Bundesvorstand für die Aufhebung der UVBs einzusetzen. Vertreter der GEW im DGB-Bundesvorstand ist Erich Frister. Man kann also sagen, daß der Beschluß des Gewerkschaftstages nur für ein Mitglied, nämlich Erich Frister, unmittelbare Folgen hat. Von dieser einfachen Tatsache soll das Gift, das Frister verspritzt, ablenken. Wenn Frister schreibt, daß sich *„in der Sache nichts verändert"* habe, daß dies ein *„Beschluß ohne Folgen"* sei, so kündigt er dezent an, daß er dem Auftrag des Gewerkschaftstages nicht nachkommen will. Frister schreibt: *„Was es gewerkschaftspolitisch bedeutet, wenn der Hauptvorstand beim DGB einen Antrag stellen soll, der die GEW dem Zwielicht der Begünstigung gewerkschaftsfeindlicher Gruppen aussetzt, diese Überlegung wurde ein Opfer der Diskussionsunterdrükkung"*.

Auch wenn sich Frister die Nackenhaare sträuben, er muß sich beim DGB für die Aufhebung der UVBs einsetzen — oder zurücktreten.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Militär marschiert vor einer katholischen Kirche – dem Streikzentrum der Automobilarbeiter – auf: Gewerkschafts-„rechte" in Brasilien und bei VW!

Wahlen bei VW do Brasil:

7.000 Arbeiter stimmten für eine Symbolfigur

Letzten Monat fanden bei VW do Brasil die ersten Wahlen für eine von der Firma vorgeschlagenen „Beschäftigtenvertretung" statt. Die Metallarbeitergewerkschaft von Sao Bernardo (bei Sao Paulo) lehnte diese angeordnete Belegschaftswahl ab. Ihr Wortführer, Luis Inacio da Silva (genannt Lula) bezeichnete die Wahl als „una palhcada", als eine Gaukelei und rief zur Wahl einer Symbolfigur auf: „Joao Ferrador". Dieser fiktive „Joao Ferrador" bekam mit 7000 weitaus die meisten Stimmen, während der meistgewählte Kandidat nur 900 Stimmen erhielt. Im Hauptwerk in Sao Bernardo (mit 38.000 Beschäftigten) gab es für dieses kapitalistische Delegiertenmodell nur 38% gültige Stimmen, während die meisten Kollegen neben „Joao Ferrador" auch Lula oder andere bekannte Namen (Fußballspieler) auf ihre Zettel schrieben und viele auch einfach einen weißen Zettel abgaben. In den anderen beiden kleineren VW-Betrieben war die Opposition allerdings lange nicht so stark.



Der Gewerkschaftsführer Lula wurde beim Streik im Frühjahr von den Militärs verhaftet.

Seit 1977 kämpfen die brasilianischen Arbeiter für Gewerkschaftsdelegierte in den Betrieben: Für je 1000 Beschäftigte ein Delegierter. Auch im großen Automobilarbeiterstreik in diesem Frühjahr war dies neben den Lohnforderungen eine der Hauptforderungen. Das Militärregime setzte damals nach einem Streikverbot des Gerichts den Gewerkschaftsvorstand kurzerhand ab.

VW-Vorschlag zur Schwächung der G ewerkschaften

Am 10. September legte der VW-Generaldirektor Wolfgang Sauer einen Beschluß über ein „System der Belegschaftsvertretung" vor. Dieses System soll die „gemeinsamen Interessen der Firma und der Beschäftigten" besser ausgleichen, den „konstruktiven Dialog" fördern, die „Wirksamkeit und Schnelligkeit von Entscheidungen erleichtern" und die „Verständigung von Verwaltung und Mitarbeitern verbessern", so steht es im ersten Absatz des Beschlusses. Das brasilianische Militärregime hat den Plänen von VW zugestimmt, da solche Belegschaftsvertreter a la VW mit den von den Gewerkschaften geforderten Vertrauensleuten nichts zu tun haben. Die gewählten Belegschaftsvertreter (23 für 46.000 Beschäftigte) dürfen Vorschläge machen und über Arbeitsbedingungen diskutieren, Ausbildungsbedingungen, Sozialwesen usw. und über die Beschlüsse der Geschäftsleitung. Das sind ihre Aufgaben und Rechte, für die sie 50 Stunden im Monat freigestellt werden. Um gleich bei der Kandidatenaufstellung kämpferische Kollegen abblitzen zu lassen, ist vorgeschrieben, daß jeder Kandidat mindestens fünf Jahre im Betrieb sein muß. Gerade in der Automobilindustrie ist es an der Tagesordnung, daß massenhaft Arbeiter entlassen werden - bis zu einem Drittel im Jahr - und Neue werden dafür eingestellt. Außerdem dürfen nur die Hälfte der „Belegschaftsvertreter" Gewerkschaftsmitglieder sein, obwohl die Mehrheit der Automobilarbeiter die Gewerkschaftsbewegung unterstützt (auch wenn nur 26% eingeschriebene Mitglieder sind).

Aber die VW-Geschäftsleitung hat sich noch weiter abgesichert. Sie kann mit Hilfe einer Begleitkommission, in der die Unternehmensleitung eine 4 zu 3 Mehrheit besitzt, jederzeit einen Belegschaftsvertreter absetzen, der *„seine Position für andere als für die in diesem Beschluß vorgesehenen Ziele ausnützt"*.

Und wenn das alles nichts hilft, gilt der §15: *„Die Firma kann zu jedem Zeitpunkt die Bestimmungen dieses Beschlusses ändern oder ergänzen."*

dieses Beschlusses ändern oder ergänzen."

Die Ablehnung dieser „Belegschaftsvertretung" durch die Gewerkschaften ist einhellig. Selbst die regierungstreuen Staats-Gewerkschafter („pelegos") lehnten das System ab. Und Lula rief zunächst auf, das neue System zu boykottieren: Es handele sich um ein „Mittel", die Arbeiter zu spalten und die gewerkschaftlichen Positionen noch weiter zu schwächen.

Die IG Metall, deren Vorsitzender Eugen Loderer stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei VW ist, begrüßte das VW-Modell grundsätzlich und kritisierte lediglich die Nichteinbeziehung der Gewerkschaften und die Aufteilung in Gewerkschafter und Nichtgewerkschafter.

Während der Aufstellung der Kandidaten im Betrieb und der Diskussion darum, änderten die kämpferischen Gewerkschafter ihre Boykottparole und warben für einen fiktiven Kandidaten „Joao Ferrador". Obwohl Lula unter den Arbeitern großen Einfluß hat, stellten sich dennoch 170 Kollegen für die Kandidatur zur Verfügung. Da aber nur wenige Kollegen bereit waren, die Kandidatenvorschläge zu unterschreiben, wurde noch schnell die im Statut festgelegte Zahl von 50 Unterschriften auf zwei gesenkt. Im Hauptwerk wurden bei der Wahl 38 Prozent gültige Stimmen abgegeben. Offensichtlich haben doch viele Beschäftigte eine Chance in dieser „Belegschaftsvertretung" gesehen.

Die Gewerkschaften im Industriegürtel von Sao Paulo sind immer noch stark geschwächt, da ihre Vorstände immer noch abgesetzt sind und ein Regierungsvertreter als Verwalter eingesetzt ist. Wenn auch die 7000 Stimmern für „Joao Ferrador" eine gute Grundlage sind, bleibt doch abzuwarten, ob die „pelotes" (staatstreue Gewerkschafter) nicht doch noch auf diese oder ähnliche Modelle abfahren und damit die Kraft der Automobilarbeiter im Kampf um wirkliche Arbeitervertreter geschwächt werden könnte (Nach Lateinamerika- und Brasilien-Nachrichten).

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Arbeitsdirektor für HDW:

Ein Staakes Stück

Wie leicht war es doch noch vor einigen Jahren: 1974 bekam der IGM-Bezirksleiter und SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Heinz Scholz das lukrative Angebot, Arbeitsdirektor der HDW zu werden. Für ein entsprechend dotiertes Gehalt sagte er zu und durfte an den für die Arbeiter wichtigen Entscheidungen mitwirken und sie durchsetzen helfen, wie Einstellung des Schiffsneubaus in Hamburg, Stillegung des Werkes Dietrichsdorf in Kiel und des Werkes Reiherstieg in Hamburg.

Seit etwa einem Jahr scheint Scholz aber einigen Plänen des Vorstands im Wege zu stehen. Offensichtlich war er nicht bereit, den Kurs weiter zu stützen, den der bundeseigene Salzgitterkonzern mit der HDW fahren will. Jetzt, nachdem er in Ungnade gefallen ist und sich der Vorstand eine Krankengeschichte ausgedacht hat, gestaltet sich die Nachfolge als schwierig.

Im ersten Kandidatenturnier der IGM für den neuen Arbeitsdirektor, das mehr intern ausgefochten wurde, siegte der Hamburger Betriebsratsvorsitzende der HDW, Werner Peters, gegenüber seinem Kieler Kontrahenten Otto Böhm. Werner Peters, 59 Jahre alt, ist eigentlich für diesen Posten wie geschaffen, er versteht sich gut mit dem Vorstand und könnte für sein nahendes Rentnerdasein einige Hunderttausend Mark wohl noch gut gebrauchen.

Daß es vielleicht doch etwas nervig und hektisch zugehen könnte, bekam er auf einer Hamburger Betriebsversammlung im Oktober zu spüren. Dort wurde der Antrag an den Betriebsrat gestellt, sich gegen Peters als Arbeitsdirektor auszusprechen. Hoffnung, daß bei der Abstimmung sich die versammelte HDW-Belegschaft doch noch für Peters aussprechen würde, hatte er nicht, deshalb würgte der Versammlungsleiter die Abstimmung gegen den Protest der Kollegen ab. Diese Betriebsversammlung, die es in dieser Radikalität nicht vorher gab, hat dazu beigetragen, daß die Kür zum Arbeitsdirektor nicht so glatt wie geplant über die Bühne ging. Wenige Tage später erklärte Werner Peters, er stehe als Kandidat nicht mehr zur Verfügung. Noch nicht gewählt und schon verschlissen.

Die nächsten Vorschläge waren dann ein Mann aus Salzgitter und der Bezirksleiter der Gewerkschaft Druck und Papier aus Bremen. Auch die zogen ihre Kandidatur nach kurzer Zeit zurück.

Völlig überraschend wurde dann von der IG Metall der SPD-Landesvorsitzende und Ex-Innensenator von Hamburg, Werner Staak, präsentiert. Die Vertrauenskörperleitungen gaben sich große Mühe, den Mann als „Arbeitnehmer" zu verkaufen. Gar nicht so einfach, da Staak als Innensenator schließlich verantwortlich war für die Bespitzelung von Betriebsräten und anderen Kollegen durch den Verfassungsschutz in den Hamburger Betrieben. Es erschienen Hochglanzfotos von Werner Staak, auf denen hinten der Lebenslauf draufstand: Gewerkschafter, Tischler usw.

Werner Staak braucht einen Job, um seine Brötchen zu verdienen. Zur Zeit bekommt er nämlich „nur" ein Übergangsgeld von 15.000 DM monatlich und nach drei Monaten für die nächsten zwei Jahre „nur" noch die Hälfte. Während ein HDW-Vorstandsmitglied laut Geschäftsbericht durchschnittlich 344.000 DM im Jahr, das sind monatlich mehr als 28.000 DM, verdient.

Auch linke Sozialdemokraten in der Vertrauenskörperleitung agitierten für Staak, da er als Hamburgs SPD-Vorsitzender sich nach ihrer Meinung nicht leisten könne, an weiterer Demontage Hamburger Betriebsteile mitzuwirken und sich deshalb „für Hamburg" einsetzen werde.

Bei der entscheidenden Wahl in der Aufsichtsratssitzung kam es dann offensichtlich zu einem Unentschieden: zehn Stimmen für und zehn gegen Staak. Damit war er abgelehnt. Da zu den zehn Vertretern der Kapitalseite Staaks Stellvertreter in der Hamburger SPD-Hierarchie Steiner gehört, der sicherlich für Staak votiert hat, wird vermutet, daß ein Schleswig-Holsteiner Belegschaftsvertreter gegen ihn gestimmt hat. Dem hatte wohl die Argumentation der Hamburger VK-Leitung eingeleuchtet, daß ein Hamburger SPD-Vorsitzender sich vor allem „für Hamburg" (d.h. die Politik des Hamburger Senats) einsetzt.

Die IG Metall ist enttäuscht, daß es ihr nicht mal gelang, einen Ex-Innensenator als Arbeitsdirektor zu verkaufen. Einen weiteren dieser Güte hat die IGM nicht anzubieten und wartet jetzt den Vorschlag der Kapitalisten ab. Und die SPD sucht weiter einen Managerposten für Staak. Was bei anderen Ex-Senatoren (wie z.B. Kern als HHLA-Vorstandsvorsitzender) vorzüglich klappte, wird wohl auch bei Staak möglich sein.

Die Kapitalvertreter im Aufsichtsrat haben Staak vermutlich deshalb abgelehnt, weil in Hamburg ein radikaler Einbruch bei HDW stattfinden wird. Am 16. Dezember läuft der letzte Neubau vom Stapel und Anschlußaufträge sind nicht in Sicht. Staak würde als Hamburger Parteichef bei einschneidenden Maßnahmen „möglicherweise nicht unbefangen votieren können".

Für die Beschäftigten bei den HDW stellt sich dabei echt die Frage, was haben die mit uns vor, wenn sie bereits solche Leute wie Staak ablehnen.

HDW-Betriebszelle

Massenproteste gegen Kürzung von Bildungsmitteln in Hessen

Das war eine eindeutige Reaktion der von den Sparmaßnahmen im hessischen Bildungsbereich Betroffenen auf Mittelkürzungen von 74,2 Mio. DM: 35.000 Schüler, Studenten, Lehrer und wissenschaftliche Hilfskräfte demonstrierten in mehreren Orten Hessens. Auf zwei zentralen Großdemonstrationen in Wiesbaden und Kassel demonstrierten allein 15.000 und 10.000. Ein Überblick über die Protestaktionen im Einzelnen fällt schwer: An zu vielen Schulen, Unis und Fachhochschulen kam es zu Streiks, Boykottmaßnahmen, „Aktionstagen", Kundgebungen etc. Sieht man von den Grundschulen ab, dürfte es eher schwierig sein, Bildungseinrichtungen zu finden, an denen keine Protestmaßnahmen stattgefunden haben.

An den hessischen Universitäten und Fachhochschulen sollten vor allem die Mittel für Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte um rabiate 35 % gekürzt werden. Auswirkung dieser Mittelkürzung wäre es gewesen, daß die letzten Relikte fortschrittlicher Unireformen eingestellt worden wären.

An den Schulen sollen bis 1985 3.000 Lehrerplanstellen abgebaut werden, bis 1990 sind nach Aussagen des Kultusministers sogar Einsparungen von insgesamt 10.000 Lehrern zu erwarten. In diesem Jahr wird – bei nach wie vor gestiegenen Schülerzahlen – erst einmal eine Entlassung von 70 angestellten Lehrern erfolgen.

Nun ist Geld durchaus nach wie vor vorhanden, der hessische Landeshaushalt umfaßt sogar 4 - 5 % mehr als 1980. Allerdings wird im Bereich der Leistungsverwaltung und der Versorgungsinteressen der Bevölkerung kräftig gespart: Die Bildungspolitik soll die Hauptlast tragen, Einsparungen im Kindergartenbereich, die Schließung mehrerer Krankenhäuser in Nord- und Mittelhessen bieten einen lebhaften Kontrast zum weiteren Ausbau des Polizei-, Justiz- und Knastapparates (für Knastneubauten sollen bspw. 11 Mio. neu investiert werden).

Und auch die geplante Startbahn-West, die hessische WAA, der Block C in Biblis etc. wollen ja finanziert werden. So kam es zu Protestmaßnahmen im Bildungsbereich, wie wir sie seit Jahren nicht mehr kennen.

In **Marburg** fand am 1. und 2.12. die Aktion „Uni dicht" statt. Sämtliche Fachbereiche hatten zuvor Protesterklärungen verabschiedet, in der Woche vor dem Streik hatte eine VV und sogar der Uni-Konvent eine solche Aktion befürwortet. 2.000 Studenten und 250 Schüler fuhren nach Wiesbaden zur Demo. An einer Reihe von Schulen kam es spontan zu mehrstündigem Unterrichtsboykott. Der Stadtschülerrat will sich, falls sich nicht umgehend Verbesserungen in der miserablen Schulsituation ergeben, Anfang Februar an einem landesweiten Unterrichtsboykott beteiligen.

In **Darmstadt** wurde der Protest vor allem von den Studenten der TH und der FH-Darmstadt getragen. Hier fanden vom 1.12. - 5.12. Aktionstage statt, an denen die Studenten unter großer Beteiligung VVs und Öffentlichkeitsaktionen durchführten, um auf die bis zur Existenzbedrohung gehenden Studienbedingungen hinzuweisen. Unter dem Motto „Wenn das so weitergeht, müssen wir auf der Straße studieren/unterrichten" schleppten 400 Studenten ca. 50 Tische, ebensoviele Tafeln, Stühle und Stellwände in die Innenstadt und hielten Vorlesungen ab. Bei einer symbolischen „Beerdigung der Bildung" wurde insbesondere auf die in Milliardenhöhe betriebene Unterstützung der Militärdiktatur in der Türkei verwiesen. Insgesamt hatten sämtliche Aktionen überall in Hessen stark antimilitaristische Parolen, die die Sparpolitik im Bildungsbereich genau der extensiven Rüstungspolitik gegenüberstellten. Parolen wie „Statt Panzer und Raketen – für Bildung mehr Moneten" oder „In der Rüstung sind sie fix – für die Bildung tun sie nix" zierten mindestens zwei von drei Transparenten.

In Kassel trugen 10 - 12.000 Schüler den im wesentlichen antimilitaristisch orientierten Protest: totaler Unterrichtsboykott über mehrere Stunden und eine der größten Demonstrationen in der Geschichte Kassels.

In **Frankfurt** ketteten sich Schüler im Schulamt des CDU-Rechts-Außen-Dezernenten Miehm ans Heizungsrohr an. In der Ernst-Reuther-Schule besetzten die Schüler zusammen mit ihren Lehrern die Schule und übernachteten dort. Viele GEW-Lehrer fuhren mit ihren Klassen zur landesweiten Demo nach Wiesbaden am 2.12. Auch Berufs- und Realschulen wurden bestreikt.

An der Uni Frankfurt kam auch – erstmalig seit den HHG/HRG-Streiks im Dezember 1977 – wieder etwas Leben in die Diskussion. Die Studentenschaft aller Fachbereiche diskutierte über geeignete Maßnahmen zur Verhinderung der Kürzungen. Dabei blieb die Diskussion nicht bei den Mittelkürzungen stehen. Besonders als sich Uni-Präsident Kelm scheinheilig an die Spitze des Protestes zu setzen versuchte, erinnerte man sich, daß es gerade dieser Präsident war, der noch vor kurzem verschärfte Prüfungsbedingungen am WiWi-Fachbereich mit dem tagelangen Einsatz mehrerer Züge Bereitschaftspolizei durchsetzte, der noch im Frühjahr wohnungslose Studenten aus einem noch heute leerstehenden Haus durch die Polizei herausprügeln ließ und der kaltlächelnd Dozentenkürzungen mitgetragen hatte, der in einer miefigen Feier erstmalig nach zehn Jahren dem umweltbewußten Hoechst-Boß Sammet und vier anderen Großkapitalisten die „Ehrensenatorenwürde" antrug. Es war der Verdienst des Asta, darauf hinzuweisen, daß mit dem Kampf gegen Mittelkürzungen für Tutoren und wissenschaftliche Hilfskräfte auch Fragen wie die unzureichende Wohnsituation der Studenten, die Kürzungen im Mensa-Bereich und anderer Leistungen und neben der Zurückweisung der Sparmaßnahmen auch Studieninhalte etc. kritisiert werden müssen. Es ist Kelm aber wahrscheinlich, weitgehender als heute absehbar, gelungen, die Asta-Leute als Nörgler am Rande und Störer der universitären Einheitsfront im Kampf gegen die Mittelkürzungen zu isolieren. Dieses Vorgehen wurde Kelm dadurch erleichtert, weil der Asta zwar Uni-VVs einberief, aber konkret zu wenig organisierte, um die Aktionstage an der Frankfurter Uni nach außen wirksam werden zu lassen. So wurde eine Kundgebung des Präsidenten der öffentlichkeitswirksame Clou der Aktionstage bei der Beteiligung von 4.000 Studenten. So wurden die studentischen Aktionstage zwar zu guten Diskussionsterminen unter den Studenten, verpufften in ihrer Auswirkung nach außen aber.

Das wurde überall deutlich: Diese Aktionstage, Streiks und Demonstrationen wurden von einer neuen Studenten- und Schülergeneration getragen, die sich gegen Sparmaßnahmen in der Bildung und gegen Rüstung engagierten, während es sonst kaum möglich ist, Leute für die Asta-Arbeit zu finden. Das läßt hoffen!

KB-Unigruppe Frankfurt mit Unterstützung von Darmstädter, Marburger und Schüler-Genossen



»Hochschultage« – Eine neue Kampfform?

Erfahrungen im Kampf gegen Sparmaßnahmen an der Hamburger Uni

Seit Beginn des Wintersemesters hat es an vielen Hochschulen der BRD wieder Protestaktionen gegeben; die in der Regel die materielle Situation der Studentenschaft zum Inhalt hatten. In der Tat gibt es allen Grund, auf die Barrikaden zu steigen. Dies sei einmal am Beispiel Hamburg an ein paar Zahlen deutlich gemacht: Die Universität hat eine räumliche Kapazität von höchstens 25.000 Plätzen; es studieren jedoch 35.000, d.h., es besteht eine Überbelegung von 40 %.

Dabei muß sogar noch bedacht werden, daß selbst die Berechnung von 25.000 Plätzen schon hoch angesetzt ist. Ähnlich sieht es bei den Kapazitäten der Ausbildungskräfte aus. Die Planstellen für Professoren und Dozenten werden nach der offiziellen Kapazität (25.000 Plätze) berechnet, so daß heute allein 150 wissenschaftliche Ausbildungskräfte fehlen. D.h. konkret, daß 10.000 Studenten mal so eben mit durchgezogen werden müssen, ohne daß dafür Räume und Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Weiter geht es in der gleichen Weise in der Wohnraumfrage. In Hamburg gibt es insgesamt 3800 Studentenwohnheimplätze. Das sind selbst nach den offiziellen Berechnungsgrundlagen (die Studentenzahl) 1700 zu wenig. So müssen sich die Studenten, vor allem die 5000 Erstsemester, mit 60.000 anderen Wohnungssuchenden um die wenigen billigen Wohnungen streiten.

Hinzu kommt dann noch, daß auch in diesem Jahr wieder einmal die Erhöhung des Stipendiensatzes (BaFöG) ausgesetzt worden ist, sodaß die Preissteigerungsrate voll zu Lasten der Studenten geht.

Der jetzt erreichte Zustand soll auch für die nächsten Jahre bundesweit festgeschrieben werden. So rechnet die Bundesregierung mit einem Ansteigen der Studentenzahlen auf insgesamt 1,3 bis 1,4 Mio. Es werden aber nur Kapazitäten (Räume und Ausbildungskräfte) für 900.000 Studenten zur Verfügung gestellt. Schon jetzt wurden 220 Mio DM für den Hochschulausbau gestrichen (20 % der 1979 aufgewendeten Summe). Die Wohnraumfinanzierung für Studenten soll schrittweise ganz gestrichen werden.

Diese Art der Sparpolitik wird also noch einige Jahre für Zündstoff innerhalb der Studentenschaft sorgen.

Die „neuen" Kampfformen der Studentenschaft

Diese Situation hat innerhalb der Studentenschaft eine Welle des Unmuts hervorgerufen. Dies drückt sich vor allem in den Teilnehmerzahlen an den Vollversammlungen (VV) aus, auf denen über Maßnahmen diskutiert wird. So kamen zur ersten Uni-VV über 3000 Studenten, ein großer Teil davon Erstsemester. Beschlossen wurde auf Vorschlag des AStA (Jusos/MSB/SHB), einen eintägigen „Warnstreik" durchzuführen. Konkret lief dieser ab, wie seit Semestern bekannt: Eine Durchsetzung des Streiks wurde gar nicht erst versucht, stattdessen wurde unverbindlich zum Boykott aufgerufen. Die Beteiligung an dieser Form des Streiks ist nach wie vor gering. Voll war es dagegen wiederum auf einer am Streiktag angesetzten Podiumsveranstaltung mit dem Wissenschaftssenator Sinn und Uni-Präsident Fischer-Appelt. Wieder hörten sich 3000 Studenten an, daß der Senat 1 Mio DM mehr bewilligen würde als geplant (bei einem 12 Mill.-Haushalt), was jedoch von allen studentischen Sprechern als Tropfen auf dem heißen Stein bezeichnet wurde. Fischer-Appelts Rede wurde mit einem minutenlangen „bla-bla-bla" begleitet, da außer Phrasen über die Verantwortung der Generationen keine konkrete Frage angesprochen wurde.

Der AStA zog daraus den Schluß, *„jetzt nachzusetzen"*. Er schlug für die nächste Uni-VV vor, einen einwöchigen Streik zu beschließen. Ein Streikkalender, in dem die einzelnen Aktivitäten schon genau vorgeschrieben waren, sollte gleich mitbeschlossen werden. Soweit war dies nichts Neues, da das gleiche Ritual in jedem Semester abläuft. Konkret wäre dieser Streik so abgelaufen, daß einige unermüdliche MSBler Info-Arbeit übernommen hätten, während die Masse der Studenten zu Hause geblieben wäre.

Diesmal kam es jedoch ganz anders. Denn der Uni-Präsident schlug vor: *„Zur Vermeidung von Konfrontation und im Interesse der gemeinsamen Forderungen könnte man statt eines Streiks einen gemeinsamen Hochschultag und die Demonstration zusammen durchführen"* (AStA-Info Nr. 14).

Der AStA begrüßte diesen Vorschlag, knüpfte seine Zustimmung jedoch an drei Bedingungen: 1. Es dürfe keine Abstriche an den Forderungen geben; 2. *„Der politische Druck und die Öffentlichkeitswirksamkeit müssen deutlich über die bisherigen Aktionen hinausgehen"*; 3. Es müsse ausreichend Raum für Diskussion und Information sein.

Die Erhöhung des politischen Drucks (wie ist der zu messen?) sah der AStA schon dadurch erfüllt, daß es eine gemeinsame Aktion geben würde. Die Forderung des AStA beschränkte sich dann darauf, daß statt des angebotenen einen Hochschultages drei stattfinden sollten.

In bewährter marktwirtschaftlicher Manier bot Fischer-Appelt auf der Uni-VV dann 2 gemeinsame Hochschultage und eine gemeinsame Demo an. Dem AStA blieb zu diesem Zeitpunkt gar nichts anderes mehr übrig, als diesem Vorschlag zuzustimmen. Denn die Stimmung der 3000 Anwesenden war eindeutig: Bei einer alternativen Abstimmung zwischen „Streik" und Hochschultagen wäre Fischer-Appelt als Sieger hervorgegangen.

Diesen Zustand hat der AStA jedoch mit seiner Politik selbst herbeigeführt. Seit Semestern wird immer nach dem gleichen Schema „Kampfmaßnahmen" gegen die materielle Misere ausgerufen. Seit Semestern wird den Studenten erzählt, daß die Kampfkraft immer weiter steigen würde, daß sich immer mehr aktiv beteiligen würden usw. Die Realität sieht jedoch anders aus. Immer weniger Studenten haben sich in den vergangenen Semestern an Aktions- oder „Streik"tagen beteiligt. Das Vertrauen darin, daß durch die studentischen Aktionen Veränderungen herbeizuführen sind, hat rapide abgenommen. Hierauf ist die breite Zustimmung zu den vom Präsidenten vorgeschlagenen Hochschultagen eine Reaktion.

Aus vielen Diskussionen mit (linken) Studenten geht hervor, daß sie Fischer-Appelt nicht als „Freund" sehen, daß aber die Hoffnung verbreitet ist, daß durch seine Beteiligung Erfolge zu erzielen sind.

Vom Zeitpunkt der Uni-VV an gab es für die den AStA tragenden Gruppen nur noch eine Ausrichtung: die Gemeinsamkeit mit dem Präsidenten. Von nun an wurde nur noch wenig mit den studentischen Forderungen mobilisiert, sondern fast ausschließlich mit der Teilnahme von Fischer-Appelt. Den Vogel schoß der Fachschaftsrat (FSR) Soziologie ab: *„Donnerstag Demonstration mit Fischer-Appelt vorneweg!"*

Und so geschah es denn auch. An der Demo nahmen ca. 8000 Studenten teil, wobei in der ersten Reihe Fischer-Appelt und einige Professoren-Kollegen marschierten.

Es war das erste Mal in der Geschichte der Hamburger Studentenbewegung, daß sich ein Uni-Präsident in dieser Weise an die Spitze des studentischen Protests setzen konnte. Aber gleiches läuft ja gegenwärtig auch in anderen Unis ab (Frankfurt, Dortmund).

Der MSB rechtfertigt dieses Vorgehen damit, daß es *„eine ungeheure Verbreiterung des Widerstands gegen die Bildungspolitik des HH-Senats"* bedeuten würde (Flugblatt vom 1.12). Nun, worin liegen nun die Ergebnisse dieser „ungeheuren Verbreiterung"? Einmal läßt sich dies an den zwischen Fischer-Appelt und dem AStA vereinbarten Haupttransparenten für die Demonstration festmachen. Diese lauten: *„Für Erhalt und Ausbau von Lehre und Forschung an der Universität Hamburg! – „Solidarität der Generationen: Ausbildungsplätze für unsere Kinder!"*

Zum Opfer gefallen sind diesem Bündnis Parolen gegen die Sparpolitik insgesamt, was bisher immer Inhalt der studentischen Aktionen gewesen ist. Zum Opfer gefallen sind auch eindeutig gegen den Staat gerichtete Parolen. Stattdessen wird nur noch an die „Solidarität der Generationen" appelliert.

Dies ist der erste politische Preis für das Bündnis. Der zweite Preis wurde in der Frage der Aktionsformen gezahlt. Der gleiche Präsident, der jetzt das große Bündnis anbot, hat den vergangenen Semestern jeweils Polizei an der Uni stationiert, um den Lehrbetrieb gegen die Proteststreiks zu erzwingen. Die Hochschultage wurden ausdrücklich damit begründet, diese Konfrontation zu vermeiden. Damit wird es dem AStA in nächster Zeit schwerfallen, überhaupt an einen Streik zu den-



ken.

Will man diese „neue" Strategie beurteilen, so sollte man einmal einen Blick in die Beurteilung durch die Presse werfen. Die „Hamburger Morgenpost" (immer noch Sprachrohr der SPD) stellt befriedigt fest: *„Die wilden Jahre sind passé."* Die Studenten würden heute nicht mehr für die Weltrevolution sondern für ihre eigene Interessen auf die Straße gehen. Begrüßt wird vor allem die *„neue Sachlichkeit unter den Studenten"*. Die Hochschultage werden als *„Modell, das Schule machen kann..."* gepriesen. Sehr viel Angst scheint bei den Sozialdemokraten jedenfalls vor diesen Aktionen nicht zu bestehen, wenn sie als „Modell" angeboten werden.

Eine linke Alternative ist nur schwach entwickelt

Gegen diese vom AStA durchgezogenen Politik gibt es bisher nur sehr geringe linke Alternativen. Die Basisgruppen in den verschiedenen Fachbereichen beschränken sich weitgehend darauf, die vom AStA vorgeschlagenen Aktionen als „aufgesetzt" zu kritisieren. Auch wenn sie damit innerhalb der Studentenschaft weitgehend Zustimmung finden, ist mit einer solchen Ausrichtung keine Politik zu machen, denn es wird keine konkrete Alternative vorgeschlagen.

Ein Vorstoß wurde jetzt von einer Gruppe gemacht, die sich aus Grünen, Mitgliedern von Bereichsgruppen, Mitgliedern des SSB u.a. zusammensetzt. Während der Uni-VV wurde von ca. 70 Studenten das SPD-Haus besetzt. An die SPD wurden konkrete Forderungen zur Verbesserung der materiellen Lage gestellt. Vor allem sollte diese Aktion aber darauf hinweisen, daß es konkret festmachbare und faßbare Verantwortliche gibt für die gegenwärtige Sparpolitik. Diese Aktion brachte vor allem die Jusos außer Fassung: Das Haus ihrer Partei war besetzt worden, obwohl doch die Jusos die stärkste Fraktion im AStA sind und somit an der Spitze der Protestmaßnahmen stünden! Diese Reaktion zeigte exemplarisch, worauf all diese Aktionen nach dem Willen des AStA (hierbei vor allem der Jusos) nicht hinauslaufen sollen: auf die klare Erkenntnis, daß die SPD diese Sparpolitik heute verantworten muß!

Daß jedoch die AStA-Politik innerhalb der Studentenschaft wenig Verankerung hat, zeigte sich bei den Wahlen zum Fachschaftsrat PI (Pädagogikstudenten, mit 7000 Studenten der größte Bereich an der Uni). Eine weitgehend unpolitische Basisgruppe, die in der konkreten Politik nicht einmal Alternativen aufzeigen konnte, schaffte es im ersten Anlauf, den seit Semestern amtierenden FSR aus Jusos/MSB/SHB abzulösen. Wenn sich heute jedoch MSB und Jusos darüber beklagen, daß der neue FSR am PI unpolitisch sei, so ist diese Entwicklung zum großen Teil auch ihrer Politik zuzuschreiben. Denn sie haben seit Jahren darauf hingearbeitet, daß Studentenpolitik nur noch im Protest gegen die materiellen Bedingungen besteht.

SSB/Hamburg

Radio Bremen: Es rappelt mal wieder im »Popkarton«

Diesmal wurde -- oh Schreck – der Papst verhöhnt! Dem Moderator der fortschrittlichen Jugendsendung „Popkarton" von Radio Bremen, Eike Besuden, waren anläßlich des Papstbesuches einige Dinge aufgefallen, die er seinen Hörern nicht vorenthalten wollte, z.B.: *„Also ich kann mir das nur so vorstellen, daß da eine ungeheure Frustration dahintersteken muß, wenn er sich andauernd, ob er geht oder steht, mit den Bettgeschichten anderer Leute beschäftigen muß. Obwohl, so die Unantastbarkeit einer heiligen Kuh hat er ja nun auch wieder nicht, denn man darf ihn ja küssen. Zwar nicht auf den Mund, aber dafür auf die Finger. Er dagegen hat sich offensichtlich auf Fußböden spezialisiert. Jedesmal wenn er irgendwo ankommt, geht er erstmal auf den Boden. Jedem das Seine. Und das alles ganz in Weiß."*

Ja, und er spricht von der „Holy Horror-Picture-Show", die nun vorbei ist, vom 2o-Millionen-Ding, das so viele Leute auf die Straße gebracht hätte, wie sonst nur zu Karnevalszeiten üblich, und heilig ist dem Eike Besuden auch nichts: *„Der heilige Geist hat schon viel gedreht, zum Beispiel die Sache mit Maria."*

Das war zuviel für Klerus und – wie sollte es anders sein – CDU. Noch am Sendeabend wurde der Chefredakteur von Radio Bremen, Peter Wien, von Propst Santel zur Rede gestellt. Die CDU-Hauspostille „Weser-Report" befürchtete gar ernsthafte diplomatische Spannungen zwischen der „Vatikanstadt" und der BRD und hetzte entsprechend gegen den Jugendsender, der ihm ein ständiger Dorn im Auge ist. „Popkarton" hat sich inzwischen weit über Bremens Grenzen hinaus einen Namen gemacht, es gab oft Ärger. Der letzte große Knatsch, wegen einer Sendung anläßlich der Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion, ist kaum verdaut, und nun dies! Dabei hatte die Chefredaktion seit der letzten Auseinandersetzung die Anweisung, jede „Popkarton"-Sendung vorher abzusegnen. Unangenehm für Chefredakteur Wien, entsprechend wird jetzt durchgegriffen: Wien selbst übernimmt ab sofort die Leitung des Jugendfunks, das dürfte das Ende einer fortschrittlichen Jugendsendung sein. Der bisher verantwortliche Redakteur von „Popkarton", Manfred Schlichting, wird „abgemahnt" (bedeutet eine strenge Rüge), mit der Drohung einer sofortigen Kündigung, falls sich sowas wiederholt. Eike Besuden wurde sofort in einen anderen Bereich versetzt. Sofort wurden die Entschuldigungen in alle Richtungen ausgesprochen (Katholische Kirche, Papst, CDU), und noch einer wurde mal wieder mit einer Entschuldigung seitens Radio Bremen beehrt: Bundespräsident Carstens, denn auch er bekam, wenn auch nur am Rande, in der „Popkarton"-Sendung sein Fett weg. Zwischen den „Papstverhöhnungen" von Eike Besuden wurde Wolf Biermanns „Bescheidenes Hetzlied" eingeblendet. Und da heißt es: *„Heil Hitler! Teurer Wandersfreund / Wie gehts mit ihren Füßen? / Ich soll sie von Herrn Filbinger / Mit deutschem Gruße grüßen..."*

KB/Gruppe Bremen



Frischer Wind im Frankfurter Stadtschülerrat

Es darf gefeiert werden. Die Frankfurter Schülerschaft besitzt einen neuen Stadtschülerrat (SSR). Hatte der Begriff SSR in den letzten Jahren immer einen faden Beigeschmack (wobei die Geschmacksrichtungen von anfangs SDAJ über Jusos bis „Pflasterstrand" reichten), so scheint sich der SSR dieses Jahr in positiver Weise zu einer basisorientierten Schülervertretung zu entwickeln. Nachdem in den Jahren zuvor SDAJ- oder Juso-Mehrheiten das Ansehen des SSR total diskreditiert hatten (beispielsweise die Hetze des SDAJ-SSR

sich der SSR dieses Jahr in positiver Weise zu einer basisorientierten Schülervertretung zu entwickeln. Nachdem in den Jahren zuvor SDAJ- oder Juso-Mehrheiten das Ansehen des SSR total diskreditiert hatten (beispielsweise die Hetze des SDAJ-SSR

gegen streikende Schüler), wurde er letztes Jahr nach erbitterten Schlachten und z w e i Wahlen (die erste wurde nach der Wahl einer KB-Schülerin angefochten) von einer Gruppe Spontis um den Ex-Juso Bernd Mohr gestellt. Hatte dieser SSR inhaltlich kaum was zu bieten, so muß man zwei Punkte doch positiv anerkennen. Erstens stellte er sich keiner Aktion in den Weg, und zweitens war er „offen", d.h. daß jede/r interessierte Schüler/in mitarbeiten konnte, und daß es nicht so lief wie bei den Jusos und der SDAJ, wo geschlossene Vorstandssitzungen die „Linie" bestimmten. So entschloß sich ein neues Schülerkollektiv (bestehend aus aktiven Schüler/innen verschiedener Aktionen der letzten Monate) trotz inhaltlicher Differenzen, m i t und nicht g e g e n Bernd Mohr zu kandidieren, denn eine Kandidatur gegeneinander hätte der SDAJ Chancen eröffnet, sich den SSR wieder unter den Nagel zu reißen. Für das Schülerkollektiv kandidierte als Stadtschulsprecher der (unorganisierte) Schulsprecher einer kürzlich bestreikten Berufsschule. Für die beiden Posten der stellvertretenden SSR-Sprecher kandidierten Bernd Mohr und der Schulsprecher der kürzlich bestreikten GOS-Bockenheim-Süd (KB-Schüler). Daß die SDAJ mit einer solchen Konstellation nicht gerechnet hatte, sah man/frau an ihren langen Gesichtern auf der SSR-Sitzung am Wahltag. Um dennoch die Stimmung auf ihre Seite zu bringen, erzählten sie vor der Wahl unablässig von einer gerade laufenden Ankettungsaktion einiger Schüler im Stadtschulamt, die damit gegen die „Rotstiftpolitik" protestierten. Um Zeit zu gewinnen, schlugen sie vor, statt einer Wahl dorthin zu gehen und nur einen kommissarischen Vorstand aus allen Kandidaten zu bilden. Da aber das Modell eines offenen Plenums, wie es von dem neuen Kollektiv propagiert wurde, eine solche Regelung überflüssig macht, wurde die sofortige Wahl beschlossen. Von nun an begann die Zerpflückung des letztjährigen SSR-Sprechers Bernd Mohr, wobei verschiedene SDAJ-Cracks anfangs versuchten, „das Kollektiv" für die Versäumnisse des letzten Jahres mitverantwortlich zu machen. Dies ging aber daneben, da die anderen Kandidaten des Kollektivs ja gerade erfolgreiche Streikaktivitäten (mit-)repräsentierten. So stellten sie denn auch keinen Gegenkandidaten für den Posten des ersten SSR-Sprechers auf. Der Kandidat des Kollektivs wurde nahezu einstimmig gewählt.

Im zweiten Wahlgang, wo es um den ersten und zweiten Stellvertreter ging, erhielt der Schulsprecher der Bockenheim-Süd die meisten Stimmen. Bernd Mohr dagegen fiel gegen einen SDAJ-Kandidaten durch. Diesen Wahlgang sehen wir als ein Votum für eine offene Arbeitsweise des SSR.

Schüler/innen-Gruppe des KB/ Gruppe Frankfurt

sen Wahlgang sehen wir als ein Votum für eine offene Arbeitsweise des SSR.

Schüler/innen-Gruppe des KB/ Gruppe Frankfurt

Leserbrief

Immer wieder finden sich in den fanzines (kleine fotokopierte Zeitungen der Punks) kurze Mitteilungen über z.T. unheimlich herbe Erfahrungen mit Bullerei und Justiz:

„Aspirin-Trommler Jost muß ca. 20.000 Märker löhnen für etwas, was er gar nicht getan hat (Zucker in den Mercedes-Tank geschüttet). Tommi KFC und Tim Martini wurden zu abnormal hohen Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Bei Tim war die Strafe sogar noch höher, als es der Staatsanwalt gefordert hat. Der Richter bemerkte danach, sie sollten sich nicht an irgendwelche Modeströmungen halten. Ich bin neulich vorm Hof von zwei Zivis festgenommen worden, weil ich angeblich auf der Straße gekifft haben soll. (Ich hab noch nie in meinem Leben gekifft.) Nachdem man im Drogen-Dezernat festgestellt hat, daß ich nicht gekifft hab, warf man mir vor, daß ich ein Dealer wäre (die müssens ja wissen), und sie wollten ne Hausdurchsuchung bei mir machen. Nach zwei Stunden wurde ich dann ‚entlassen'. Das war aber nur ein Beispiel von vielen" („Schmier", Nr.8 aus Düsseldorf)

So ist es, ein Beispiel von vielen. Leider ist festzustellen, daß die Punks zu wenig dafür tun, eine Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit zustandezubringen.

Angesichts der Härte, mit der gegen Punks und andere nicht angepaßte Jugendliche von Bullerei und Justiz vorgegangen wird, stellt sich umso dringender die Aufgabe, da was in Gang zu bringen. Denn: „Allein machen sie Dich ein" (Ton, Steine, Scherben).

Zwar vermag ich jetzt auch kein Patentrezept aus der Tasche zu ziehen. Aber es ist ein erster Beitrag, wenn AK-Leser/innen Zeitungsartikel aus der bürgerlichen oder alternativen Presse an die AG „Punk-sei-Dank" schicken. Oder auch sich mal des öfteren aufraffen, in einen der auf Punk/New Wave spezialisierten Plattenläden zu gehen. Dort gibt es meist auch ‚fanzines' zu kaufen, bei deren Erhalt die AG sicherlich in Freudentänze ausbrechen würde (Viel lieber würd i c h sie natürlich kriegen).

Und vielleicht ist es ja auch mal eine Überlegung wert, unser altes fanzine, den „Rebell" wieder auferstehen zu lassen?...

Detlef/Düsseldorf

Auf der Suche nach einer neuen Anti-Springer-Kampagne

Auf der Suche nach einer neuen Anti-Springer-Kampagne

Aus dem gesamten Bundesgebiet waren sie gekommen, Mitarbeiter aus zwölf Gegen-BILD-Initiativen zwischen Kiel und München. Am 6./7. Dezember sprachen sie in Bonn über ihre Erfahrungen und Aktionen in der Anti-BILD-Agitation, stellten sich selbst Fragen und steckten neue Ziele für ihre Arbeit ab.

Im vergangenen Mai waren der Gegen-BILD-Stelle, von Günter Wallraff als Transformator und Multiplikator gegen das Springer-Massenblatt ins Leben gerufen, aus ihrem Frankfurter Büro die Adressenliste mit über 4.000 BILD-Gegnern geklaut worden. Lange Zeit war die mittlerweile nach Köln verlegte Stelle damit beschäftigt, in mühevoller Kleinarbeit die Adressen wieder zusammenzutragen. Diese Arbeit ist jetzt abgeschlossen. Mehr als 5.000 Leute sind jetzt so erreichbar.

Das Seminar begann mit kurzen Darstellungen der einzelnen örtlichen Aktivitäten. Neben dem ‚KILLT'-Verkauf, Flugblattverteilungen, Veranstaltungen und Lesungen seien hier nur beispielhaft zwei Städte erwähnt. In Frankfurt wurden auf BILD-Leser gerichtete Flugblätter in die Zeitungsverkaufskästen eingelegt und ein „Rock gegen BILD"-Konzert veranstaltet. Die Westberliner Initiative recherchierte selbstständig BILD-Geschichten und brachte eine Story als Aufmacher für ein Plakat, das an den öffentlichen Werbeflächen plakatiert wurde. Ein weiteres Plakat und zahlreiche Aufkleber wurden in Eigenregie und mit Unterstützung aus der Scene hergestellt.

Zwar blieb meist die Resonanz in Form neuer Mitarbeiter in den Initiativen gering, aber es konnte großes Interesse und gesteigerte Aufnahmebereitschaft registriert werden. Es wird wieder mehr über BILD nachgedacht.

Der Springer-Konzern reagierte auf diese Kampagnen doppelt. Verstärkter Werbeaufwand (man munkelt von einer Aufstockung des Etats um mehrere Mio. DM) in Verkehrsmitteln, Zeitungen und an Hauswänden usw. soll die Gewöhnung weiter vorrantreiben und der Anti-BILD-Agitation vorbeugen. Gleichzeitig wird, wo nur irgend möglich, juristisch gekontert. So wurde in Westberlin ein Plakat, das schon bei einer Werbefirma zum Verkleben lag, per einstweiliger Verfügung gestoppt und ein Ermittlungsverfahren in Gang gesetzt. Gegen den presserechtlich Verantwortlichen in Solingen wurde Strafanzeige erstattet. Ein anonymer Anrufer gar drohte dem Westberliner Presserechtlichen mit Mord!

Im weiteren Verlauf wurden zu drei Schwerpunkten Arbeitsgruppen eingerichtet, die am 2. Tag im Plenum über ihre Ergebnisse berichteten:

1. BILD und ihr politischer Hintergrund

Anfangs wurde hier die Frage, warum BILD überhaupt gelesen wird, gestellt und verschiedene Erklärungen angeboten. Neben der zunehmenden Machtkonzentration in Springers Hand – er kontrolliert mehr als 1/3 des Tageszeitungsmarktes, über 80% der Boulevardzeitungen und diktiert den gesamten Großhandel mit Zeitungen und Zeitschriften – wurden auch psychologische Erklärungen versucht („Die Leute wollen gar keine andere Zeitung"). Um BILD-Leser von der Ideologie der BILD loszueisen müßten Zweifel bei ihnen geschürt und immer wieder neu genährt werden. Die Scheinwelt der BILD müsse an der Realität ihrer Leser, am Arbeitsplatz, in den Familien, ihren tagtäglichen realen Problemen zum Platzen gebrachte werden. Als Beispiel wurden hier die Erfahrungen Streikender mit der „Berichterstattung" der BILD genannt. In der Diskussion wurde deutlich, daß es nicht reicht, ausschließlich einzelne, besonders krasse Lügen und Verdrehungen aufzugreifen. Die GegenBILD-Agitation muß vielmehr auch die Gesamtheit der Ideologie, die Verflechtung von reaktionärer Politik, Sensationsdarstellung und Pseudointeressenvertretung des „kleinen Mannes" aufgreifen, wenn sie dauerhafte Wirkung haben will.

2. Aktionsformen gegen BILD

Neben der Auflistung praktizierter Aktionsformen wurden neue Vorhaben geplant, neue Arbeitsmöglichkeiten erörtert: Werbung für Spenden und Unterstützung bei ‚Persönlichkeiten' des demokratischen Lagers, bei Ärzten, Wissenschaftlern, in Kneipen, Alternativprojekten usw. Anzeigen in der Lokalpresse, finanziert durch bestimmte Gruppen, Presseerklärungen der GegenBILD-stelle oder der einzelnen Initiativen zu konkreten Anlässen. Herausragendes Projekt ist die Planung einer Ausstellung, die über den üblichen Betrachtungsmechnismus hinausgeht, indem verschiedene Objekte und Demonstrationsmittel den Besucher miteinbeziehen.

3. Organisation gegen BILD

In dieser Arbeitsgruppe wurden auch die Kritiken an der bisherigen Arbeit der Kölner GegenBILDstelle zusammengetragen, insbesondere die mangelnde Unterstützung und der schlechte Informationsaustausch. Zukünftig wird monatlich ein interner Rundbrief für die Initiativen erstellt und an alle verschickt. Er soll neben der Diskussion aktuelle Berichte über Prozesse, Aktionen etc. enthalten. Bis zum 15. jeden Monats können alle reproduktionsfähige Artikel nach Köln schicken, wo diese dann zu dem Rundbrief zusammengestellt werden. Darüberhinaus wird eine Literaturliste, eine Liste der Kontaktadressen der Initiativen und ein Leitfaden zum Aufbau neuer Gruppen erstellt. Günter Wallraff wird ein Papier mit Tips erarbeiten, wie jedermann selbständig gegen BILD recherchieren kann. Durch diese Maßnahmen soll der Kontakt der Initiativen untereinander und ihre Arbeit vor Ort belebt werden. Hierzu sollen auch mögliche regionale Treffen dienen. Im Gefolge der soeben erschienenen LP „GegenBILDlieder" könnte eine Tournee beteiligter Musiker organisiert werden. Höhepunkt könnte ein gut vorbereiteter ANTI-Springer-Kongreß werden. Dieser erfordert allerdings noch vielfältige organisatorische und inhaltliche Vorarbeit, z.B. die Erarbeitung von weiteren Studien und Gutachten über die BILD unter bestimmten inhaltlichen Gesichtspunkten (die Frauen in BILD, BILD und Bundeswehr usw.)

Zu guter Letzt gab Günter selbst noch einige Hinweise zu konkreten Arbeitsmethoden.

Gab es zwar keine sensationellen Ereignisse, so war doch der intensive Informations- und Gedankenaustausch ein echter Durchbruch durch monatelange Isolierung der einzelnen Gruppen. Die Umsetzung der erarbeiteten Beschlüsse könnte das Startzeichen für den Neubeginn einer breiten Anti-Springer-Kampane werden.

Ein Genosse der Medienkommission


Yoko und John in London

Yoko und John in London

"you may say I'm a dreamer, but I'm not the only one"

„John Lennon ermordet."

Die Wirkung setzte bei mir langsam, gegen viele Widerstände, ein:

Ich bin getroffen, tief betroffen und wehre mich zuerst dagegen:

Was macht dich so an, wenn ein Rock-Star der 60er Jahre, ein Beatle, auf offener Straße durch 5-7 Schüsse einfach niedergemacht wird?

Dieser Killer, von Beruf Hilfspolizist, grinsend bei seiner Verhaftung, nachdem er knieend, um besser zielen zu können, sein Opfer wie einen räudigen Hund abknallt. Dieser Killer hat mit dem Menschen Lennon auch auf einen wichtigen Abschnitt meiner eigenen Menschwerdung geschossen.

Trotz der Bemühungen der Massenmedien, diesen Mord wieder einmal als die Tat eines „Wahnsinnigen" erscheinen zu lassen, also völlig irrational und ohne Hintergrund, scheint der Killer selbst sich sehr wohl der Tragweite seiner Tat bewußt zu sein: *„Meine Tat ist so bedeutend wie der Mord an John F. Kennedy."*

Welch ein Irrsinn, daß John, dem wegen seiner Aktivitäten gegen den Vietnam-Krieg und gegen die Nixon-Regierung die Aufenthaltsgenehmigung für die USA über fünf Jahre verweigert wird, dann erschossen wird, als ihm nach zähem Ringen die Genehmigung erteilt wird.

John, aber auch die Beatles insgesamt, haben es mir überhaupt erst möglich gemacht, den Mut zu gewinnen, mich und andere ändern, verändern zu wollen.

nen, mich und andere ändern, verändern zu wollen.

Oh, wie war ich glücklich – ein 15jähriger eingeschüchterter Junge – wenn wir die Platten hörten, gute Gefühle hatten, uns die Haare – raus aus der guten Façon – rin in die Stirn kämmten. Noch wagten wir es nicht öffentlich, das zu tun, was uns innerlich so stark machte. Denn was die Spießer, und voran BILD, den Beatles nicht mehr anhaben konnten, richtete sich mit entsprechender Agressivität gegen die Minderheiten und die Unbekannten. Wer hat's nicht noch in Erinnerung: Das zaghafte Haarzipfelchen überm Ohr, das Jacket ohne Kragen und dann dies: „Pilzköpfe", „Moppköpfe", „Du Beatle" – als Höhepunkt an Diffamierung gemeint –, „Ihr gehört doch alle ins Arbeitslager", „vergasen sollte man die langhaarigen Affen..."

Doch dann machten's die Beatles einfach vor: Die Alten, Verknöcherten, die Spießer und Reaktionäre auflaufen lassen und verarschen.

Und ich kriegte mehr Mut: Die Haare wurden länger, ich begann Musik zu machen, ich machte keinen Hehl mehr daraus, daß ich keinen Bock auf Schule hatte.

Im Juni 67 war es dann wieder so weit: „All You need is Love" – wieder eine neue Stufe der Entwicklung für mich! Wende dich anderen zu – das war's, was da rüber kam bei dem Song. Drogen kannte ich nicht, und Angst, mich auch so bunt und verrückt anzuziehen wie John, Paul, George und Ringo, hatte ich auch. Aber ich suchte nach eigenen Möglichkeiten... und so kam ich mit der APO zusammen, politisierte mich.

Dann 69... Attentat auf Rudi, Blockade des Springerhauses in Hamburg, die erste Knüppelorgie der Bullen vor dem Polizei-Hochhaus... und die Beatles sangen „Ob-la-di, ob-la-da"... Da war mir klar, daß „die Beatles" mir nicht mehr das gaben, was mich ermutigte. Ich hatte mich verändert, war eigenständiger geworden. Und dann ärgerte ich mich über „Revolution", Johns Absage an den revolutionären Kampf, dachte ich.

Später sagte John selbst dazu: *„Ich wollte allen Leuten mit diesem Lied sagen, was ich über Revolution denke. Es war höchste Zeit darüber zu sprechen, denn wir hatten ein Stadium erreicht, da wir die Fragen über den Vietnam-Krieg unbeantwortet ließen. Ich sagte damals zu Brian Epstein: ,Wir werden über den Krieg sprechen und nicht einfach dasitzen und schweigen'. Eine der Textstellen hieß: ,Zähl mich mit, du kannst auf mich rechnen'. (You can count me in...) Gemeint war die Gewalt. Aber auf der Version, die dann endgültig erschien, sagte ich genau das Gegenteil. Ich wollte keine Revolution, um nicht zu sterben, nachdem ich über alles nachgedacht habe, was passieren könnte"* („Die Beatles", Bastei-Verlag, S. 120). Auf der veränderten Version dieses Songs auf dem „Weißen Album" singt John dann: *„....count me out-in.."* *„Ich habe beide genommen, weil ich mir nicht sicher war".* (J.Lennon/Biographie). Diese Ehrlichkeit... das ist/war John eben...

Dann durchlebte ich meinen Prozeß der politischen Organisierung, kam zum SALZ und dann zum KB, andere gingen in die DKP, andere suchten nach individuellen Alternativen und Möglichkeiten.

John und die anderen Beatles veränderten sich auch, durchlebten wie wir alle neue Prozesse, trennten sich und gingen eigene Wege.

John traf Yoko, und sie bestärkte ihn darin, seinen Weg fortzusetzen. Gemeinsam lösten sie sich aus der lähmenden Umarmung des „Establishments", nahmen Anteil, wie wir, auf ihre Weise, am Kampf für Frieden und Freiheit in aller Welt, am antiimperialistischen Kampf, gegen den Vietnam-Krieg und den Biafra-Krieg:

„Die Idee, öffentlich für den Frieden zu demonstrieren, kam von Yoko. Ihr Motiv war Frieden. Ich hatte über die Liebe gesungen, was wohl nur ein anderes Wort für Frieden ist. Die Bed-Ins in Kanada waren die Schön- *die Liebe gesungen, was wohl nur ein anderes Wort für Frieden ist. Die Bed-Ins in Kanada waren die Schön-* *sten, und ich kam mir dabei wie ein Zuschauer vor, die ganze Inszenierung war von Yoko."* (John, 1975). Sieben Tage lang lagen John und Yoko im März 69 in einem Hotelbett in Amsterdam und sprachen ununterbrochen vor aus aller Welt angereisten Presseleuten, die sicherlich anderes erwartet hatten, als Antikriegsparolen vom Hotelbett aus. Die Presse qualifizierte die Aktion als Unsinn ab, druckten aber Foto und Friedensbotschaft ab. John dazu:

„Wir beide sind eigentlich sehr scheu, aber frei heraus und ganz normal. Wir versuchen das Beste aus uns rauszuholen, aber wir befinden uns in einer anomalen Situation. Überall in den Zeitungen, im Fernsehen wimmelt es von Gewalttätigkeit. Das mindeste, was wir tun können, ist, die Schlagzeilen an uns zu reißen und die Leute zum Lachen zu bringen. Ich sehe in der Zeitung lieber uns im Bett als irgendeinen Politiker, der lächelnd die Hände schüttelt. Mit dem Bed-In haben wir den ganzen Zeitungsrummel zu etwas Nützlichem umfunktioniert" (ebenda).

Auch über seinen politischen Standort äußerte sich John:

„Dort, wo ich aufgewachsen bin, war das Leben ganz schön hart. Man haßte und fürchtete die Polizei als natürlichen Feind, und man verabscheute die Armee als etwas, was jeden von uns mitnimmt und irgendwo tot zurückläßt. Das erlebt man nur in der Arbeiterklasse, obwohl sich das alles gibt, wenn man älter wird, Familie hat und nach und nach vom System verschluckt wird. Yoko und ich haben nichts dagegen, die Clowns zu spielen, wenn dadurch etwas Gutes erreicht werden kann. Wir sind bekannt, und deshalb nutzen wir unser Geld, um für den Frieden zu werben" (ebenda).

Musikalischer Ausdruck dieser Aktion war der Song „Give Peace a Chance" mit dem Satz: *„Wir haben keinen Anführer, doch jetzt haben wir ein Lied".*

Die gesamte „War is over"-Kampagne zog sich über neun Monate hin, wobei in den Zentren der großen Metropolen überdimensionierte Plakate aufgehängt wurden, mit der Aufschrift „War is over".

John war ein lieber Pazifist, „Friedensclown" und Träumer und dabei konsequent: Im November 69 schickte er den MBE-Orden (1965 als Beatle von der Königin Else erhalten) zurück: *„aus Protest gegen die englische Einmischung in die Nigeria-Biafra-Sache, gegen unsere Unterstützung Amerikas in Vietnam und gegen das Abrutschen von ,Cold Turkey' in der Hitliste".*

1971 gingen John und Yoko nach New York und kamen dort viel unmittelbarer mit der Anti-Kriegs-Bewegung in Berührung. Im Februar 71 erschien dann der Song „Power to the People".

„Ich habe gesehen, daß wir alle unterdrückt werden, und deshalb möchte ich etwas dagegen tun, obwohl ich mir nicht sicher bin, wo ich stehe... Die Arbeiter träumen den Traum der anderen, noch nicht einmal ihren eigenen. Sie sollten einsehen, daß sie nach den Schwarzen und Iren die nächsten sind, die unterdrückt werden".

Zu dem völligen Verriß dieser Platte in der Presse meinte John: *„Sie schlagen auf mich ein, weil ich Power to the People verlange, und sagen, daß keine Gruppe die Macht haben soll. Unsinn. Ich bin der Ansicht, daß jeder das gleiche Recht auf Besitz hat, und daß das Volk einen Anteil an den Betrieben haben sollte und mitentscheiden soll, wer der Boß ist und wer was macht. Schüler sollte ihre Lehrer selbst auswählen dürfen"* (ebenda).

In dieser Zeit machen Yoko und John sehr aktuelle Songs u.a. zum Gefangenenaufstand im Knast von Attica, zu Angela Davis, zur Unterdrückung der Frauen und zum „Blutigen Sonntag in Derry" und andere.

John selbst zu dieser Phase: *„Ich glaube nicht, daß das die besten Stücke von mir gewesen sind, weil ich viel zu viel daran getan habe. Was ich* *daß das die besten Stücke von mir gewesen sind, weil ich viel zu viel daran getan habe. Was ich* *mir dabei vorgestellt habe, war, das zu sagen, was die Leute heute so sagen. Und darin lag mein Fehler. Ich habe eben nicht geschrieben, was ich denke und sagen will. Bei ,Give Peace a Chance' hat es funktioniert, aber nicht bei den anderen Stücken. Diese Phase hat meinen Erfolg fast ruiniert. Es war nicht mehr Poesie, es war reiner Journalismus. Ich glaube, daß ich im Grunde genommen ein Dichter bin".*

Na und? Der Wert dieser Songs besteht für mich darin, daß sie da sind und unsere Gefühle widerspiegelten. Ich hab von keinem Rocksänger ein klareres Lied zur Frauenunterdrückung gehört als „Woman is the Nigger of the World".

Bis 1976 versuchten die verschiedenen US-Regierungen sich John und Yoko vom Leibe zu halten, bis sie die Einwanderung endlich legalisierten.

Ich hab' dann keine Brücke mehr, außer einer gewissen nostalgischen, zu den Beatles oder zu John gefunden. Die Zeit war vorbei, lag zurück.

Und dann lange vier Jahre später, in denen so viel geschehen ist, wo wir alle aufpassen müssen, das Träumen nicht zu verlernen, und nicht zu resignieren, da tauchten John und Yoko wieder auf, legen eine Platte vor, die sehr persönlich ist, und etwas von dem vermittelt, was der „Musik-Express" in seiner letzten Ausgabe so beschreibt:

„Yoko Ono hat in John Lennon einen Denkprozeß freigelegt, der Lennon vom männlichen, dynamischen, allzeit starken Macker abbrachte auf die richtige Bahn: Die Austauschbarkeit der Rollen. Weg von diesem ,Mädchen spielen mit Puppen – Jungen spielen mit Panzern'-Gefühl".

Die Platte drückt etwas von dem aus, was John meinte, als er erklärte: *„Yoko übernahm den Lebensunterhalt, und ich wurde Hausfrau".* Er hat sich um die Erziehung des gemeinsamen Kindes gekümmert: *„Ein Kind braucht Bewegungsfreiheit; und dies einzuschränken, um es dem Wettbewerb im Klassenraum auszuliefern, finde ich lächerlich. Ich halte die meisten Schulen für Gefängnisse!"* Und weiter: *„Ich war so ein Macho-Typ aus der Arbeiterklasse, gewöhnt, bedient zu werden, und Yoko hat mir das nicht abgekauft".* („Musik-Express", Nov. 80).

Er war also noch lebendig, der Träumer! Es ist bitter, wieder einmal begreifen zu müssen, daß Träumer an der Wirklichkeit zugrunde gehen, wie zarte bunte Blumen auf ausgedörrtem Boden.

Björn

Imagine

Imagine there's no heaven,
it's easy, if you try,
no hell below us, above us only sky,
imagine, all the people living for today,
imagine there's no countries,
it isn't hard to do,
nothing to kill or die for,
and no religion too,
imagine all the people living life in peace,
you may say I'm a dreamer,
but I'm not the only one
I hope some day you'll join us
and the world will be one

Imagine there's no heaven
it's easy, if you try,
no hell below us, above us only sky
Imagine all the people living for today
imagine no possession,
I wonder if you can,
no need for greed or hunger,
a brotherhood of man,
imagine all the people sharing all the world,
you may say I'm a dreamer,
but I'm not the only one,
I hope some day you'll join us
and the world will live as one.


Die Beatles auf ihrer ersten Pressekonferenz in der BRD, 1966

Öfter mal was neues: Schönborn sitzt

Frankfurt. Erwin Schönborn ist endlich einmal dort gelandet, wo er viel früher schon hingehört hätte. Seit etwa Anfang November sitzt er im hessischen Dieburg für sechs Monate wegen Verunglimpfung des Staates ein. Das Urteil wurde bereits am 6.2. 1979 in Fürth gefällt. Nachdem es aber rechtskräftig geworden war, wurde der Naziführer „krank", und es mußte erst seine Haftfähigkeit attestiert werden (s. AK 188). Daß Schönborn nun ständig ärztlich betreut wird, läßt auf gute Haftbedingungen schliessen bzw. darauf, daß er Gelegenheit erhält, ohne „Alltagsstreß" an der weiteren Ausrichtung seiner militanten Anhänger zu arbeiten. Hoffentlich muß Schönborn anschließend eine acht monatige Haftstrafe verbüßen, die auf einen Hamburger Richterspruch von 1979 hin inzwischen rechtskräftig ist. Zusätzlich stehen gegen ihn in Frankfurt drei neue und zwei Berufungsverfahren an. Bei letzteren handelt es sich zum einen um eine Verurteilung zu 6 Monaten mit Bewährung (1976) und zum anderen um 18 Monate ohne Bewährung (1979).

Schönborns Zögling Ralf Platzdasch (20) – Inhaber des Nazi-Ladens in Bornheim/Frankfurt – wurde Anfang Dezember zusammen mit einem 19-jährigen Kumpan wegen Aufstachelung zum Rassenhaß sowie im Zusammenhang mit der Gründung einer neuen „NSDAP" (Januar 80) zu einem Jahr Gefängnis auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Der Mitangeklagte erhielt die Hälfte dieses Strafmaßes. Der Prozeß wurde vor dem Jugendgericht verhandelt, jedoch wurde nicht mehr auf Jugendrecht erkannt. Der Staatsanwalt begründete die Bewährung damit, daß die beiden Nazis nach Einknastung ihres Führers nicht mehr straffällig geworden seien.. Die „NSDAP", die von Schönborn provokativ als direkte Antwort auf das Verbot der WSG Hoffmanns gegründet wurde, ist allerdings immer noch legal; die Presse und die Behörden vermeiden tunlichst jedes Aufsehen um diesen Verein. Die Frankfurter Zeitungen, die Schönborns Inhaftnahme meldeten, benannten ihn nicht als Chef der „NSDAP", sondern als Vorsitzenden des im Oktober angeblich aufgelösten „Kampfbund Deutscher Soldaten".



Am 21.11. fand in Frankfurt-Rödelheim, initiiert von einer evangelischen Pfarrerin, eine antifaschistische Kundgebung statt. Der Protest richtete sich gegen Nazi-Schmierereien auf einem Gedenkstein, der erst vor einem Jahr aufgestellt worden ist und daran erinnern soll, daß auf diesem Platz bis 1938 eine Synagoge stand (Foto aus „Frankfurter Nachrichten", 27.11.80).

Weitere Prozesse gegen Frankfurter /hessische Nazibanden werden in kürzerer oder etwas längerer Zeit eröffnet werden. So läuft eventuell noch in diesem Jahr ein Prozeß gegen WSG'ler in Kronberg/Taunus; der Prozeß gegen elf „VSBD"ler wegen der inzwischen legendären Hauptwachen-Schlägerei vom Januar 80 ist in Bälde zu erwarten; ein Berufungsverfahren gegen drei „NSDAP/AO"ler steht aus. Dabei geht es um die Gruppe des Henry Beier, der inzwischen im Gewand einer „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" auftritt. Weiter steht ein Verfahren gegen vier Leute an, die 1977 eine Naziflagge hißten. Deren Hauptfigur Dittel besitzt übrigens enge Verbindungen zu jenem Herrn Grau aus der CDU-nahen Braunzone, der zur Bundestagswahl den Aufkleber *„Lieber die Russen in Heilbronn als Strauß in Bonn"* mit Namen und Emblem der Jusos fälschte.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Das Feigenblatt des Jahres: Verbot der Hoffmann-Bande bestätigt



Das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin bestätigte am 2.12. das Ende Januar 80 vom Bundesinnenministerium erlassene Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann" (WSG). Die gegen das Verbot gerichtete Klage Hoffmanns wurde kostenpflichtig abgewiesen. Innenminister G. Baum zeigte sich „zufrieden" und nutzte die Gelegenheit, zum x-ten Male zu bekräftigen, „die Regierung werde auch in Zukunft rechtsextremistische Tätigkeiten im Auge behalten" („Hamburger Morgenpost", 3.12.). In der Presse wurde mit reisserischen Schlagzeilen ausführlich berichtet. Es scheint, als ob mit diesem Urteil die Vorgänge um das Münchner Attentat abgegolten werden sollen.

Tatsächlich hat das Urteil nur bestätigt, was über die Bande eh schon bekannt war und gegenwärtig angesichts ihrer Verstrickung in die Münchner Ereignisse wohl kaum von offizieller Seite relativiert werden kann, zumal der Bundesinnenminister in seiner Verbotsverfügung immerhin hat feststellen lassen, daß sich die Tätigkeit der Gruppe „gegen die verfassungsmäßige Ordnung" richte und dem „Ansehen der Bundesrepublik" schade. Das Verwaltungsgericht kam zu dem Schluß, daß die WSG eine „paramilitärische tungsgericht kam zu dem Schluß, daß die WSG eine „paramilitärische Vereinigung" sei, die eine neue Ordnung im Staate anstrebe" und daher mit der „verfassungsmäßigen Ordnung nicht vereinbar" sei. Da halfen auch alle Verharmlosungsversuche Hoffmanns und seines Anwalts nicht –weder vor Gericht, noch eine Woche zuvor in einem geschwätzigen Interview im „Spiegel" – wobei Hoffmann sich als radikaler Kritiker des Systems, Sports- und Tierfreund usw. darzustellen versuchte und jeder Frage nach der politischen Zielsetzung und dem organisierten Hintergrund seiner Gruppe auswich. Im Plädoyer des Bundesinnenministeriums hieß es, für das Verbot sei die Verbindung von drei Elementen wesentlich gewesen: *„Die Verfolgung verfassungswidriger Ziele unter Rückgriff auf nationalsozialistisches Gedankengut in Kombination von aufgefundenen Waffen und Sprengstoff"* („Tagesspiegel", 26.11.). Zum Beweis nannte das Bundesinnenministerium die Zeitschrift „Kommando – Zeitung der WSG für den europäischen Freiwilligen", beschlagnahmte Schriften wie z.B. „Das Märchen vom bösen Wolf" (eine Anleitung zum Rohrbombenbasteln), Tonbandauszüge aus Hoffmanns Rede „Die neue Ordnung kommt", die Ähnlichkeit der WSG-Uniformen mit SS-Uniformen, sowie Hoffmanns klar geäußerte Überzeugung, daß die parlamentarische Demokratie durch einen „totalen Staat" und eine „generalstabsmäßige Gruppe" ersetzt werden solle.

Das alles hätte mit der gleichen Deutlichkeit bereits seit Jahren gerichtlich festgestellt werden können (die Beweismittel, auf die zurückgegriffen wurde, sind z.T. seit Jahren öffentlich bekannt!) – aber immerhin: es ist schon gut, daß es jetzt überhaupt festgestellt wird.

Darüberhinaus allerdings wurde „am Rande" des Verwaltungsgerichtsverfahrens deutlich, daß das ministerielle Verbot der Hoffmann-Bande (ganz abgesehen von der konkreten polizeilichen und verwaltungsmäßigen Verschleppung des Vollzugs) bereits rein rechtlich kaum m a t e r i e l l e Folgen für die Bekämpfung des Nazismus, sondern im wesentlichen p r o p a g a n d i s t i s c h e n Charakter hat.

* Es handelt sich um ein rein verwaltungsrechtlich begründetes Verbot. Trotz Hinweis auf das „nationalsozialistische Gedankengut" enthält es weder gegen Hoffmann selbst noch sonst irgendein Mitglied der WSG und ihrer Untergruppen irgendeine Handhabe zu strafrechtlichen Konsequenzen wie etwa: Verstoß gegen § 129 a oder Verstoß gegen das Waffengesetz usw. D.h., nach erfolgter nomineller Auflösung der Gruppe unter den Namen „WSG-Hoffmann" bleiben die A k t i v i t ä t e n der WSG-Nazis ungehindert – werden bestenfalls aus dem Licht der Öffentlichkeit gezogen. Nicht einmal ein (mögliches) Verbot von sog. „Ersatzorganisationen" wurde verfügt.
* Bei der Beschlagnahmung des Vermögens und der Unterlagen der Hoffmann-Bande wurde die Einziehung des Kontos des „Freundeskreises" der WSG „vergessen" – um eine Einziehung dieses Kontos zu erreichen, müßte erst ein erneutes Verfahren eingeleitet werden. Namen von Mitgliedern dieses „Freundeskreises" wurden u.a. von uns bereits im AK95 (Dez. 1976!) veröffentlicht. Weitere Enthüllungen darüber folgten durch die „Antifaschistische Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann, Nürnberg" im November 1977 in einer Broschüre: „Hoffmann hinter Gitter! Auflösung der WSG!". Namentlich bekannt als Mitglieder des „Freundeskreises" sind u.a.: Der Präsident, Dr. Bruno Weigand; 1. Vorsitzender Friedrich Heckmann (Eber- sident, Dr. Bruno Weigand; 1. Vorsitzender Friedrich Heckmann (Eber- bach); 2. Vorsitzender Franz Speil (Ingolstadt); weiter: Joh. Koessling (Westberlin), Josef Obernheid (Ingolstadt); P. Weinmann (Bonn); Hellmut Schönanger (Salzburg); Jürgen Letmayer (Rohrendorf/Österreich).

Der Kreis hat sich mit dem Ziel zusammengesetzt, *„die materiellen Voraussetzungen zur Erhaltung und Ausbreitung der WSG zu organisieren"*. Über den „Freundeskreis" fliessen Hoffmann Spendengelder (einfluß)reicher Nazi-Freunde zu, wie z.B. die „Spende" von Dr. G. Frey, Herausgeber der „Nationalzeitung", der für Hoffmann eine Geldstrafe in Höhe von 8 000 Mark zahlte; wie von Dr. Herbert Veigel. Präsident des Bundesverbandes der deutschen Zahnärzte – und weiteren uns unbekannten „Gönnern".

Das bedeutet: Nicht nur die über 400 bekannten (!) Mitglieder von WSG-Gruppen selbst, sondern der ganze organisierte und finanzkräftige Hintergrund der Nazi-Bande(n) bleibt von dem Verbot total u n b e r ü h r t !

Da können die wiederholten Ankündigungen Justizminister Vogels, daß „demnächst" Gesetze gegen die „Einfuhr von Nazi-Propaganda", gegen die Verbreitung von „Nazi-Propaganda aus der Zeit vor der Gründung der Bundesrepublik" und gegen die „Verharmlosung oder das Leugnen der Nazi-Verbrechen" erlassen werden s o l l e n , nur als (unfreiwillige) Satire verstanden werden.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Rassisten in Uniform

Die Zahl der „Asylanten" sei von 11 000 im März auf nur noch 3500 im November zurückgegangen, verlautete am 10.12. aus dem Bonner Innenministerium. Eine Erfolgsmeldung. Die Maßnahmen zur „Eindämmung der Flut" haben also gegriffen. Entsprechend ist das Thema aus den Schlagzeilen der Presse herausgerutscht. Was durch die ausländerfeindliche Kampagne dieses Jahres an faschistischem Dreck wieder an die Oberfläche gespült worden ist, läßt sich allerdings statistisch kaum erfassen. Es bleibt in der Grauzone des rechtsradikalen Sumpfs in Deutschland. Nur hin und wieder wird an Einzelfällen die Spitze des Eisbergs sichtbar. Es sträuben sich einem die Nackenhaare, wenn man beispielsweise zwei Vorfälle aus dem Frankfurter Raum in Rechnung zieht, die von der „FR" in letzter Zeit dokumentiert worden sind.

1. Im November fand an der Friedberger Volkshochschule ein Kurs zur Situation der Sinti statt: *„Minderheiten unter uns – am Beispiel der Zigeuner"*. Dieser Kurs wurde von zwei Frankfurter Kriminalkommissaren und einem Wiesbadener BKA-Mitarbeiter besucht und alsbald auf *„faschistische und rassistische Art"* umfunktioniert, wie Romani Rose vom Verband Deutscher Sinti auf einer Pressekonferenz erklärte. Den Beamten gelang es, innerhalb des Kurses die Diskussionen zu bestimmen und das Heft in die Hand zu bekommen. Das sah dann so aus: Typisches Merkmal der Zigeuner sei ihr Hang zur Kriminalität. Als Volksgruppe legten sie ein *„gezieltes konspiratives Verhalten einer kriminellen Vereinigung"* an den Tag (wörtliches Zitat!). Ihre abnormen Moralvorstellungen ließen ihren katholischen Glauben als unglaubwürdig erscheinen. Die Deutschen würden ihnen gegenüber viel zu viel Geduld aufbringen.

Als „Beweise" legten die Kriminalisten Aktenmaterial aus dem Frankfurter Polizeipräsidium vor:
– Auszüge von Vernehmungsprotokollen
– **Nacktfotos von Sinti-Frauen, die sie im VHS-Kurs herumreichten**

Man kann von Glück reden, daß die Leitung der VHS die Zivilcourage besaß, diesen Vorfall gemeinsam mit dem Verband Deutscher Sinti und der Gesellschaft für bedrohte Völker an die Öffentlichkeit zu bringen. Gefordert wurde eine umgehende Aufklärung des Sachverhalts durch das Frankfurter Polizeipräsidium, die sofortige Suspendierung der Beamten und die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Keine dieser Forderungen ist bislang erfüllt worden. Im Gegenteil: Die Polizeisprecher Neitzel (Frankfurt) und Reuter (BKA) gaben sich alle Mühe, den Vorfall zu bagatellisieren. Die Beamten hätten „nur privat" an dem Kurs teilgenommen. Bei den Fotos *„habe es sich wohl um Bilder gehandelt, mit denen normalerweise (!) jungen Beamten demonstriert werden soll, mit welchen Mitteln verdächtigte Frauen bei Gegenüberstellungen die ermittelnden Beamten abzulenken versuchten"*. Angeblich gebe es keine spezielle Sinti-Akte; die von den Polizisten verwandten Protokollauszüge seien *„kein Bestandteil von Akten"*. Völlig unbegründet sei die Vermutung von Romani Rose, bei der Polizei würden *„schon wieder Zigeunerspezialisten"* herangebildet – analog der Zigeunerpolizei des III. Reiches und der Landfahrerzentrale nach dem Krieg.

Rassist B. allerdings (leider nennt die Presse nur dieses Namenskürzel), Kursus-Teilnehmer und Frankfurter Kommissar, scheint sich doch auf Zigeuner zu „spezialisieren". Im gleichen Zeitraum leitete er einen Polizeieinsatz mit 17 Beamten (!) in der Wohnung eines Sintis, der als Sprecher von Frankfurter Zigeunern gilt. Angeblich auf der Suche nach einer Waffe stiessen die Kripobeamten einer Schwangeren in den Bauch, sodaß sie ins Krankenhaus mußte, und demolierten Autos, die auf der Strasse parkten. (nach „FR" v. 4.12.80).

2. Nur unter Gefahr für Leib und Leben ist es türkischen Jugendlichen in Frankfurt möglich, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Bei einer Fahrkartenkontrolle Anfang November versuchte ein 26 jähriger Türke Reißaus zu nehmen. 4 Kontrolleure, zwei Männer und zwei Frauen, setzen ihm nach, holen ihn nach einer wilden Verfolgungsjagd ein und schlagen ihn brutal zusammen. Zwei hinzukommende Zeuginnen, die gegen dieses Verhalten protestieren, werden eingeschüchtert: *„Halt das Maul, sonst kriegst du auch eins drauf"*, schreit sie einer der Kontrolleure an. Die Zeuginnen wenden sich mit einer Beschwerde an die Stadtwerke. Diese sprechen von einem *„Versagen eines ihrer Kontrolleure, weisen aber entschieden (!) eine Schuld der anderen drei Prüfer zurück"*.

Was die Stadtwerke, deren Schläger die Monatskarte des Türken einbehalten hatten, nicht verrieten, was aber von den beiden Zeuginnen ermittelt werden konnte, ist Folgendes: **Die Monatskarte war noch gültig.** Nach der Betriebsordnung des FVV muß das neue Monatsticket spätestens am Abend des ersten Werktages des neuen Monats eingeklebt werden. In diesem Fall wäre das Montag, der 3.11., gewesen. Der Vorfall spielte sich am Sonntag, den 2.11., ab. Das Oktober-Ticket des Türken war mithin noch gültig, er hätte nicht fliehen brauchen. Oder doch? Die Tatsache, daß der FVV das „Mißverständnis" bewußt von sich aus n i c h t aufklärte und seine Schläger im großen und ganzen in Schutz nahm, deutet darauf hin, daß man als Ausländer in Frankfurter Straßenbahnen – ob mit oder ohne gültigen Fahrausweis – fast schon Freiwild ist. (nach „FR", 7.11.80).

KB/Gruppe Frankfurt

Pinneberg: Neonazi baut Bomben

Henning Wickhorst (18), Mitglied eines von **Tibor Schwartz** und **Christian Worch** aufgebauten Ablegers der „Hansa"-Bande in Hörnerkirchen/Bockel im Kreis Pinneberg (bei Hamburg), hat sich beim Hantieren mit einem Sprengkörper verletzt.

Anfang November hatte Wickhorst, wie erst jetzt in der Presse bekannt wurde, auf dem Dachboden der Wohnung seiner Eltern einen Sprengkörper ‚aus Versehen' zur Explosion gebracht. Seitdem sitzt Wickhorst in Untersuchungshaft, die Abteilung Terrorismusbekämpfung des Landeskriminalamtes befaßt sich mit seinem Fall. Die Staatsanwaltsch Itzehoe ermittelt wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Explosionsverbrechens. Wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung wurde gar nicht erst ermittelt, obwohl Wickhorsts Verbindungen zur ANS („Hansa"-Bande) und NSDAP gerichtsbekannt sind. So kam im Mai 1980 bei einem Prozeß in Elmshorn gegen Wickhorst und andere Neonazis heraus, daß bei ihm Exemplare der NSDAP-Zeitschrift „Der Sturm" gefunden worden waren. Wickhorst wurde damals, u.a. wegen Einbruchs in ein Waffengeschäft, zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Trotz dieser Tatsachen erklärte die Staatsanwaltschaft dreist, sie habe bei Bombenbastler Wickhorst „keine politischen Motive" feststellen können („Pinneberger Tageblatt" 3.12.).

Unmittelbar nach dem Anschlag von München hatte der Pinneberger Kreisverband der GRÜNEN vor der Gefahr von Anschlägen der „Hansa"-Bande gewarnt und Parteien und Behörden aufgefordert, dem Treiben der Bande ein Ende zu setzen. Reaktionen: keine!

KB/Gruppe Pinneberg

GRECE-Gründung in der BRD: »Thuleseminar«

Zuerst im Oktober-Heft des zentralen Neofaschismusblattes „Nation Europa", nun auch in den „nationalpolitischen Studien" des „unabhängigen", auf „neue Anstöße" bedachten Rechtsextremen G. Opitz: Die Gründung eines „Thule Seminars" wird angekündigt.

Es stellt sich folgendermaßen vor: *„Es ist ein eingetragener Verein für geistigen Austausch und gegenseitige Anregung zwecks Neubestimmung der aus indogermanischem Erbe hervorgegangenen Werte auf überpolitischer Ebene, die jede Beziehung zu politischen Parteien und Vereinigungen ausschließt."*

Es soll, ganz „überpolitisch", um die „rechtverstandene Freiheit und Würde" d e s Menschen, besonders aber „der Völker Europas" gehen, und zwar – versteht sich – ganz wissenschaftlich: *„Es stützt sich dabei ... auf die Gesamtheit der Vertreter besten europäischen Geisteserbes."* („NE" 10/80). Als solche gelten den „Thule"-Fans: Nietzsche und Gehlen, Lorenz und Eysenck, George und E. Jünger; „ Frontstellung" dagegen soll gemacht werden gegen Adorno und Bloch, Marcuse und Reich. Und so weiter.

Angekündigt werden, damit's mit dem angestrebten **„völkischen Pluralismus"** vorangeht, Veranstaltungen und Schriften. Einen ersten Vorsitzenden hat's auch schon – **Pierre Krebs**. Wie irgendwelche sonstigen Thulianer im nordischen Nebel verhüllt bleiben (*„Thule, eine sagenhafte Insel im hohen Norden"*, Opitz), ist auch Krebs vorerst nur über ein verschämtes Postfach in **Kassel** zu erreichen.

Die Mischung aus wissenschaftlich-philosophischem Anstrich, Europa-Gefasel und Indogermanen-Schwärmerei, gestützt auf die klassischen Vor-Denker des Faschismus, – dies ist nun allerdings seit geraumer Zeit eingeführt; freilich zunächst und vor allem in Frankreich – und dort mit erheblicher Wirkung. Was auf den ersten Blick als reine Spintisiererei anmuten mag, ist in der Tat als *„deutsche Nachfolgegründung der Nouvelle Droite (Neue Rechte) in Frankreich"* („nat.-pol. Studien", 10.11.80) gedacht. Die französische Zentrale, **GRECE**, hat über eine Reihe von Jahren ihre angeblich a n t i - faschistische Ideologie verbreitet und damit – über ihre eigenen Medien und über einflußreiche Publikationsmittel wie den „Figaro" und das „Figaro Magazin" – erheblich zur Rehabilitierung rassistischen, antsemitischen und elitären Denkens beigetragen.

Erst angesichts des zunehmenden Nazi-Terrors der letzten Zeit, bis zu den Mordanschlägen der FANE u.a., hat das Biedermann-Image der GRECE-Rechten stärker gelitten. In der Tat ist die GRECE-Mannschaft nicht nur ideologisch, sondern handfest personell und organisatorisch ein Kind der „alten", nämlich offen faschistischen (und militanten) Rechten (siehe hierzu ausführlich AK 189).

Der weitreichende Erfolg des französischen „Modells Neue Rechte" ist von Anfang an international angelegt gewesen: So versammelt sich in der „Beirats"-Mannschaft des Hauptblattes der GRECE, „Nouvelle Ecole" (Neue Schule), ein Reigen von Professoren und Doktoren quer durch die westliche Welt, darunter auch Namen aus der BRD. Nämlich zum Beispiel: der Alt-Nazi-Professor – und NPD-Ideologe – **Ernst Anrich**; auch der bei den Nazis so beliebte Sprach-Professor **Leo Weissgerber**.

Entscheidend dürfte aber sein, daß zwei Zentralgestalten aus der „neukonservativen" Zone zwischen CDU/CSU und der braunen BRD-Szene zum Mitarbeiterkreis der GRECE-Zeitschrift gehören – **Armin Mohler** als eine der „Konservativismus"-Eminenzen (Springer-Schreiber ebenso wie Adenauer-Preisträger und Mitarbeiter des CDU/CSU-nahen Rechtsaußen-Journals „criticon"); zweiter im Bunde ist, als Mitglied der „Nouvelle Ecole"-Redaktion, **Günther Deschner**, gleichfalls im journalistisch-politischen Raum zwischen CDU/CSU, Springerpresse und „nonkonformen" Rechtsextremismus aktiv.

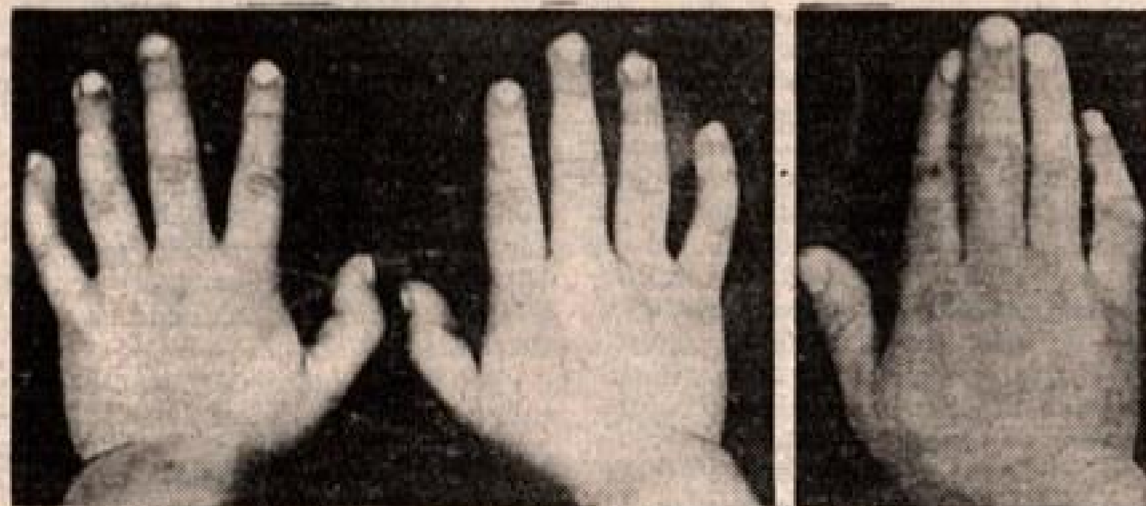
Die Aktivitäten der GRECE, ihre diversen Publikationen und ihre Führerfigur **Alain de Benoist** sind sich in Blättern wie „criticon" allemal freundlicher Empfehlung und, wenn nötig, auch eindeutiger Unterstützung sicher.

De Benoist übrigens, trotz eifrig betonter Distanz zu Faschismus und Nazismus, ist (nicht anders als in Frankreich) mit seinen westdeutschen Freunden nicht wählerisch: Er gehört seit Jahren dem „Wissenschaftlichen Beirat" des Rassistenblattes **„Neue Anthropologie"** an, das von der **„Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung"** – einem eingestandenermaßen in alter Nazi-Rassentradition stehenden Zirkel, geleitet von dem Nazi-Rechtsanwalt **Rieger** – herausgegeben wird.

Der jüngste Versuch der Neuen Rechten, sich in der BRD zu etablieren, steht offensichtlich unter ganz ähnlichen, a l t e n Vorzeichen: Wer sich heute „Thule-Seminar" nennt, weiß nur allzu genau, welche Rolle die nach dem ersten Weltkrieg gegründete „Thule-Gesellschaft" des Freiherrn v. Sebottendorff gespielt hat: sie war, als Treffpunkt und Tarnverein der damaligen Antisemiten-Szene, eine der Keimzellen der NSDAP und zwar, vorsichtig gesprochen, nicht gerade die unbedeutendste.

Antifa-Kommission KB/ Hamburg

Kurzes Gastspiel für Rassentheoretiker



(Abbildung aus: Jürgens, Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem. Stuttgart 1961)
Krumme Finger als Merkmal erblich bedingter Asozialität.

Gut aufgepaßt hatten einige Studenten der Bremer Uni am Bereich Biologie. Prof.Dr.Dr. Jürgens vom Anthropologischen Institut in Kiel sollte zum Thema „Soziale Klassen – Rassen der Zukunft" einen Gastvortrag halten. Nach einigen Nachforschungen stießen Studenten der „Demokratischen Initiative" und der „Marxistischen Gruppe" auf braunen Untergrund.

Mit Zitaten aus seiner Habilitationsschrift und verschiedenen Büchern konnten sie nachweisen, daß hier ein Wissenschaftler sprechen sollte, der nicht nur rassistische Positionen vertritt, sondern auch entsprechende Konsequenzen befürwortet. So fordert er beispielsweise die Begrenzung des Nachwuchses für „Asoziale", wobei Asozialität s.M.n. ein erblich bedingtes Phänomen ist.

„Die wesentlichen Merkmale der Asozialität, die im einzelnen sehr vielfältig sind, haben in ihrer Auswirkung gemeinsam, daß sie die Volksgemeinschaft belasten und stören. ...Es wird also erforderlich, die Asozialität aktiv zu bekämpfen. Diese Bekämpfung wird sich, auf längere Sicht gesehen, nicht auf fürsorgerische und pädagogische Maßnahmen beschränken. Die Forderung einer wirksamen Begrenzung und Ausschaltung des Nachwuchses der Asozialen wird daher immer wieder auftauchen" (Hans W.Jürgens: Asozialität als biologisches und sozialbiologisches Problem, Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1961).

Das „wissenschaftliche" Umfeld des Prof. Jürgens ist großenteils in der rechtsradikalen **„Deutschen Gesellschaft für Anthropologie"** zu finden, in der eine stattliche Anzahl von Persönlichkeiten vertreten sind, deren Aktivitäten sich bruchlos in die Nazizeit als Mitarbeiter der NS-„Zeitschrift für Rassenkunde" verfolgen lassen.

Die Bekanntmachung dieser Zusammenhänge mobilisierte eine zahlreiche Zuhörerschaft. Ein gut gefüllter Hörsaal empfing den Rassisten-Professor. Nach kurzen Versuchen mußte er seinen Vortrag aufgrund des starken Protestes abbrechen. Auch die Rechtfertigung des einladenden Dozenten, man müsse sich auch an der Bremer Uni pluralistisch verhalten und sich auch mit solchen Positionen auseinandersetzen, konnte die Studenten nicht umstimmen. Es ist zu hoffen, daß dieser erfolgreichen Aktion weitere in Kiel und anderswo folgen werden.

KB/Gruppe Bremen

Bremen: Bullenüberfälle gehen weiter!

Seit dem 6. Mai häufen sich in Bremen die Bullenüberfälle gegen Jugendliche und Linke. In der vergangenen Woche kam es zu zwei weiteren Übergriffen: am 29.11. waren in Verden und Bremen die Punker das Opfer, am 3.12. zwei Wohngemeinschaften und insbesondere eine Frau, die als Kontaktperson für die Bremer „Gefangenenhilfe" fungiert hat.



„Punker machten Riesenrabatz"

Mit dieser Überschrift eröffneten die beiden Bremer Tageszeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" vom 1.12. ihre Artikel zu den Bullenübergriffen gegen die Punks. *„Etwa 70 junge Leute"* seien nach Verden zum Konzert zweier Musikgruppen gekommen, und da Punks wohl etwas besonders Schlimmes sind, *„zeigten sich Verdener Jugendliche von ihrem Besuch wenig begeistert"*. Vor dem Saal hätten einige Punks mit Feuer rumgespielt, bis *„ein hochprozentig gefüllter ‚Flachmann' loderte"*, worauf drei Verdener Feuerwehrwagen ankamen. Nachdem die Feuerwehrleute von mehreren Besuchern angepöbelt worden seien, hätten sie die Polizei informiert. Daraufhin erschienen *„vier Beamte der Hundestaffel"*, die aber alsbald mit *„Steinen sowie Bierflaschen"* vertrieben worden seien. Die „armen Opfer" riefen Verstärkung herbei: kurze Zeit später trafen 50 Bullizisten aus Nienburg und Bremen ein. Aber im Verdener Jugendzentrum seien keine Punks mehr gewesen, sodaß die Einsatzwagen zum Verdener Bahnhof „rasten". Zu spät: aus einem Bahnhofskiosk „stahlen" die Punks *„Süßigkeiten und andere Genußmittel, um sie an ihre ‚Kampfgenossen' zu verteilen"*. Die *„Polizisten schwärmten aus und versuchten, soviel Punker wie möglich zu stellen. Einige Beamte sollen nicht gerade zimperlich vorgegangen sein"*. 24 Jugendliche wurden „vorläufig festgenommen"; sie *„mußten sich auf den Boden legen und wurden nach Waffen und Diebesgut durchsucht"*. Danach wurden sie, teilweise in Handschellen, auf die Wache geschleppt und erst nach erkennungsdienstlicher Behandlung wieder freigelassen. Da aber Punks bereits im Zug nach Bremen unterwegs waren, gab's auf dem dortigen Hauptbahnhof den zweiten Bullen-Einsatz, bei dem weitere 17 Punks zwecks „Feststellung ihrer Personalien" festgenommen wurden. Alle Festgenommenen müssen *„mit einem Verfahren wegen Landfriedensbruch rechnen"* (alle Zitate nach „WK" und „BN" vom 1.12.).

Sowohl die Art des Bullen-Einsatzes wie die aufhetzenden Presseartikel lassen befürchten, daß nun auch in Bremen die Jagd auf die Punks freigegeben werden soll. *Und daß für Bremens Bullizisten offensichtlich „Sondergesetze" gelten, zeigt auch der nächste Fall.*

Verteidigerrechte eingeschränkt

Bereits im letzten Jahr machte die Bremer „Gefangenenhilfe" auf brutale Vollzugsmethoden im Bremer Frauenknast Blumenthal aufmerksam. Da solche Öffentlichkeit den Vollzugsbeamten nicht paßte, erstatteten sie Anzeige gegen die presserechtlich Verantwortliche eines Flugblatts der „Gefangenenhilfe", gegen die seit August ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung im Gang ist. Da Carmen vor der Staatsanwaltschaft die Aussage verweigert hat, wollten die Ermittlungsbehörden über zwei Hausdurchsuchungen am 3.12.80 die nötigen „Beweise" zur Verurteilung ranschaffen.

Um 9.00 Uhr morgens tauchten drei Mannschaftswagen vor Carmens Wohnung auf; *„rund 40 Polizisten umstellten und besetzten das Haus"* („BN", 4.12.). Obgleich Carmen nicht zu Hause war, mußten alle Anwesenden in verschiedene Räume und durften keinen Anwalt anrufen. Währenddessen wurden die Zimmer durchsucht, und die Bullen scheinen „interessantes" Material gefunden zu haben: *„Sie nahmen alle Schreibmaschinen mit, Fotos, das Adressenverzeichnis unserer Fußballmannschaft (!), Taschenkalender, alte Broschüren und Flugblätter und Materialien über die Bundeskonferenz der Atomkraftgegner"* („BN", 4.12.), erklärte hinterher einer der betroffenen Bewohner. Nachdem die Bullen noch die Tür zu einer Nachbarwohnung aufgebrochen hatten und dort ebenfalls eine Schreibmaschine beschlagnahmten, verschwanden sie wieder.

Eine Stunde später erschienen sie in gleicher Mannschaftsstärke bei der Wohnung von Freundinnen Carmens, wo diese übernachtet hatte. Ohne Vorzeigen des Durchsuchungsbefehls marschierten die Bullen in der Wohnung auf, trennten wieder alle Bewohnerinnen und begannen, das Haus gezielt auf Materialien im Zusammenhang mit der „Gefangenenhilfe" zu durchstöbern, die alle beschlagnahmt wurden. Dem eingetroffenen Rechtsanwalt Horst Wesemann rief ein Bulle zu: *„Rechtsanwälte können wir hier nicht brauchen"* (ebda.); die Polizei ließ RA Wesemann nicht zu seiner Mandantin. In der Wohnung wurden zwischenzeitlich noch ein ausländischer Ausweis, der eines zweijährigen Mädchens und 700 Mark mitgenommen.

Carmen wurde in einen der Mannschaftswagen gebracht und RA Wesemann, der endlich mit ihr reden wollte, wurde gesagt, er könne ja mit dem Fahrrad zur Wache nachfahren! Auf der Wache wurden Carmen Schal und Kette abgenommen und sie wurde in eine Zelle gebarcht. Auf Forderungen, mit RA Wesemann sprechen zu können, wurde ihr geantwortet, daß dies vor der ersten Vernehmung möglich sein würde. Nach einer Dreiviertelstunde wurde Carmen aus der Zelle geholt, erkennungsdienstlich behandelt und – entlassen.

Zur gleichen Zeit bemühte sich RA Wesemann an anderer Stelle, darunter beim Staatsanwalt, um ein Gespräch mit Carmen, wurde aber beständig vertröstet, daß er zu gegebener Zeit vorgelassen würde – bis ihm plötzlich erklärt wurde, Carmen sei entlassen worden. Der zuständige Staatsanwalt von Bock und Polach erklärte zu den Vorfällen, daß *„Anwälte ... keinen Anspruch auf Anwesenheit bei Hausdurchsuchungen und erkennungsdienstlichen Maßnahmen sowie bei Verhören durch Polizei und Staatsanwaltschaft"* („WK", 4.12.) hätten.

Die geschilderten Vorfälle liegen auf der Linie des berüchtigten „Diekmann-Papiers", unter Außerkraftsetzung gesetzlicher Grundlagen gegen alle Ansätze von Jugend- und linker Bewegung vorzugehen und den staatlichen Gewaltapparat einzusetzen.

KB/Gruppe Bremen

Britische Nazis: Neue Terroranschläge?

Das Beispiel von Bologna, München und Paris soll offenbar in der britischen Nazi-Szene Schule machen: Die Organisationen, die schon seit langem mit den Bombenlegern und „Wehrsport"-Faschisten der FANE (Frankreich), VMO (Belgien), Hoffmann-Bande und „NSDAP"-Gruppen aus der BRD in Verbindung stehen (s. AK 187, S. 7), bereiten sich auf neue Provokationen vor. Paramilitärische Übungen, Waffenbasteleien etc. gehören dabei nicht bloß zur Angeberei dieser Gruppen.

Column 88: Diese Gruppe hält sich am strengsten „im Untergrund"; sie ist militärisch organisiert und eindeutig nazistisch. 1977 gingen auf ihr Konto eine Serie von Briefbomben, z.T. unter dem Namen „11th Hour Brigade" verschickt. 1978 übernahm Column 88 die Verantwortung für einen Anschlag auf ein gemischt-rassiges Freizeitzentrum, das völlig niederbrannte. Bekannt sind außerdem paramilitärische Lager, die von Column 88 ausgerichtet wurden. Aktuelle Informationen über Waffen-Basteleien und -Übungen gehen u.a. auf Erklärungen von Glen Bennett zurück, der sowohl Mitglied von Column 88 wie der Gruppe „British Movement" ist.

Das „British Movement" ist eine der bevorzugten Anlaufstellen für internationale Nazi-Militante. So halfen BM'ler dem flüchtigen „Wehrsport"/VSBD-Nazi Kraus aus München, sich in England zu verstecken; Roeder kontaktierte mehrfach das „British Movement" bei Stippvisiten in GB; die Hannoveraner „NSDAP"-Aktivisten („Hilfsgemeinschaft ‚Freiheit für Rudolf Hess' ") hielten engen Kontakt zur BM. Die BM gehört zu den regelmäßigen Teilnehmern des alljährlichen Nazi-Stelldicheins in Diksmuide/Belgien.

Das „British Movement" hat derzeit angeblich 3.000 Mitglieder, mit verschiedenen Gruppen in Großbritannien. Als besonderer Schlägertrupp dient der BM eine „Leaderguard" (etwa: Führerstaffel), die in bekannter Manier paramilitärische Übungen abhält (u.a. unter Anleitung eines ehemaligen Offiziers der Spezial-Armeeinheit „Special Air Service") und als „Saalschutz" etc. eingesetzt wird. Ein Mitglied der „Leaderguard", Tucker Stevens, gab z.B. von sich: *„Ja klar, wir schlagen sie zusammen. Wenn wir könnten, würden wir die Schweine umlegen"*. Gemeint waren Rasta-Anhänger, also Jamaikaner, und Juden. Nach Angaben von BM-Mitgliedern wurden in letzter Zeit Probe-Explosionen von selbstgebastelten Granaten und speziellen

Schweine umlegen". Gemeint waren Rasta-Anhänger, also Jamaikaner, und Juden. Nach Angaben von BM-Mitgliedern wurden in letzter Zeit Probe-Explosionen von selbstgebastelten Granaten und speziellen

Schußwaffen durchgeführt. Erklärung: Man müsse „vorbereitet" sein. Wenn nämlich das „British Movement" verboten werden sollte, sei der Zeitpunkt zum „Zurückschlagen" da. Dann werde es gegen „Einrichtungen des Establishments und Synagogen" gehen. BM-Führer Michael McLaughlin sieht in dem allen eine *„Revolution des Weißen Mannes"* heraufkommen; *„die Farbigen unterwerfen unser Land, unsere Leute leisten dagegen Widerstand"*.

– Natürlich fehlt auch nicht die internationale Kontaktadresse „League of St. George" (bei der die westdeutsche „NSDAP"-Szene, Roeder u.ä. ebenfalls gern gesehene Gäste waren/sind) bei diesen neu-entfachten Aktivitäten; Ex-Offizier Souter-Clarence, bei dem die BM'ler trainiert werden, annoncierte seine paramilitärischen Kurse u.a. in dem Organ der „League".

Eine gewisse Aufregung in üblicherweise wenig antifaschistischen Kreisen, bis hin zu den Konservativen, die sogar das Verbot eines für den 16.11. angekündigten BM-Aufmarsches in West-London forderten, dürfte auf die rapide steigende Zahl rassistisch-nazistischer Umtriebe, Überfälle etc. zurückgehen, die zum Teil vom „British Movement" übernommen wurden. Ein weiteres Motiv für eine gewisse Unruhe (über der nicht vergessen werden sollte, daß der Charakter, einschließlich der paramilitärisch-terroristischen Aktivitäten, aller dieser Nazi-Gruppen seit Jahr und Tag bekannt ist) dürfte sein, daß verschiedene Hinweise auf Verbindungen zwischen den Nazi-Militanten und aktiven Armee-Angehörigen bzw. Mitgliedern der „Territorial Army" vorliegen.

(Nach „Observer", 16.11.80)

Antifa-Kommission KB/
Gruppe Hamburg

»Und willst du nicht ein Deutscher sein...«

Ein Diskussionsbeitrag zur sozialdemokratischen »Integrations«-Politik

In letzter Zeit ist die sogenannte „Ausländerfrage" wieder stärker ins Gespräch gekommen: Politiker, Parteien, Kirchen, Verbände und Medien befassen sich vermehrt mit den Problemen, die die mittlerweile über 4,3 Millionen in der BRD lebenden Ausländer für die westdeutsche Gesellschaft aufwerfen. Offensichtlich ist man sich darüber im klaren, daß die in „diesem unseren Lande" übliche politische, rassische und soziale Diskriminierung der Ausländer auf Dauer nicht ohne Folgen bleiben kann und früher oder später massive Gegenreaktionen der Betroffenen auslösen wird; ein „Konfliktherd" ersten Ranges droht dann auszubrechen und „politischer Extremismus" in seinem Gefolge. So ist man denn bestrebt, beizeiten geeignete „Lösungsstrategien" auszuarbeiten, um das Problem doch noch irgendwie in den Griff zu bekommen.

Dieser Beitrag wird sich speziell mit der sozialdemokratischen Variante der „Ausländerpolitik" befassen, mit dem von dieser Seite propagierten Konzept der „Integration". Davon abweichende Vorschläge, wie sie z.B. von der CDU/CSU vertreten werden, sollen Gegenstand eines späteren Beitrags sein.

Zur Situation der ausländischen Bevölkerung in der BRD

Grundvoraussetzung für die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter(innen) und ihrer Familien in der BRD ist, daß sie hier für den Produktionsprozeß benötigt werden – als Hilfsarbeiter im Bergbau, in der Fisch- und Konservenfabrik, am Fließband in der Automobilindustrie, im Gaststättengewerbe, bei der Straßenreinigung usw., kurz: überall dort, wo die Arbeisbelastung hoch und/oder die Löhne niedrig sind. In ihrer Funktion als Reservoir billiger Arbeitskraft und „industrielle Reservearmee" sind sie für das Kapital nach wie vor unentbehrlich. Alle bisherige Ausländerpolitik war und ist folglich darauf abgestellt, diesen Zustand zu konservieren; dies gilt auch, wie wir im einzelnen noch belegen werden, für die sozialdemokratische Politk der „Integration".

Wenn von Seiten der Bundes- und Länderregierungen, der Parteien usw. die „Ausländerfrage" derzeit wieder verstärkt befaßt wird, so hängt das wesentlich und in erster Linie damit zusammen, daß sich in den letzten Jahren hinsichtlich Struktur und „Aufenthaltsmotivation" der ausländischen Bevölkerung einschneidende Veränderungen ergeben haben. Zur Verdeutlichung einige Daten:

In der Zeit von 1956 (1955 begannen die ersten Anwerbungen) bis 1973 wurden insgesamt rund 8 Millionen Menschen aus anderen Ländern in die BRD vermittelt. Davon kehrten bis 1973 etwa 5,5 Millionen wieder in ihre Herkunftsländer zurück. **Zu diesem Zeitpunkt lebten 70,5 % erst bis zu 6 Jahren in der BRD.**

Während die Zahl der Ausländer in der BRD 1961 noch bei knapp 700.000 gelegen hatte, stieg sie 1967 auf 1,8 Millionen, wuchs Ende 1970 auf annähernd 3 Millionen und erreichte 1974 mit 4,127 Millionen Menschen ihren bis dato höchsten Stand. Diese Entwicklung wurde durch die Krise 1974/75 unterbrochen; bereits 1973 war ein allgemeiner Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte aus Nicht-EG-Ländern beschlossen worden. Die Gesamtzahl der ausländischen Bevölkerung schrumpfte in der Folgezeit auf etwa 3,9 Millionen, wobei allerdings Anzahl und Anteil der ausländischen Kinder und Jugendlichen weiterhin anstieg. Ab 1978 nahm die Ausländerzahl dann wieder insgesamt zu und hat mit mittlerweile 4,3 Millionen die Höchstmarke von 1974 überschritten.

Diese sog. „zweite Ausländerwelle" vollzog sich unaufhaltsam trotz Anwerbestopp und andauernder Massenarbeitslosigkeit (Die Zahl der erwerbstätigen Ausländer sank von 2,4 Mio. 1974 auf ca. 2 Mio. 1979), da die hier lebenden Ausländer zunehmend Frauen und Kinder nachholten bzw. hier Familien gründeten und Nachwuchs zeugten. **Der neuerliche Anstieg der ausländischen Bevölkerung in der BRD ist damit wesentlich auf den Umstand zurückzuführen, daß immer mehr Ausländer in der BRD nicht nur vorübergehend arbeiten, sondern auf D a u e r hier leben wollen. 1979 wohnten bereits 25 % aller Ausländer seit mehr als 10 Jahren in der BRD, fast 70 % seit mehr als 6 Jahren.** Gegenüber 1973 (siehe obige Vergleichszahlen) hat sich damit ein einschneidender Wandel vollzogen. So sind mittlerweile über eine Million der hier lebenden Ausländer Kinder und Jugendliche u n t e r 16 Jahren. Eine weitere Million wartet noch darauf, von ihren in der BRD arbeitenden Eltern nachgeholt zu werden.

Der ursprüngliche „Gast"arbeiter, der nur für befristete Zeit in der BRD arbeitete und danach in sein Heimatland zurückkehrte, gehört damit immer mehr der Vergangenheit an. Die Gründe dafür sind sicherlich vielschichtig und sollen hier nicht im Einzelnen untersucht werden. Offensichtlich ist allerdings, daß viele Ausländer objektiv gar nicht in der Lage sind, in ihr Heimatland zurückzukehren, selbst wenn sie dies wünschen (dies gilt v.a. für die größte bei uns lebende Gruppe, die Türken).

Was ist „neu" am „Ausländerproblem"?

Die so veränderte Aufenthalts-„Motivation" – und damit einhergehend – die veränderte Struktur der ausländischen Bevölkerung ist das eigentlich n e u e Problem, mit dem sich die BRD-Imperialisten konfrontiert sehen. Die ursprünglichen „Gast"-arbeiter waren durchweg noch in ihrem Heimatland aufgewachsen, hatten dort ihre sprachliche, kulturelle, politische usw. „Identität" ausgebildet und verbanden den Arbeitsaufenthalt in der BRD mit der Perspektive, auf absehbare Zeit wieder in die Heimat zurückzukehren. Ihre Diskriminierung konnten diese Menschen immerhin noch als v o r ü b e r g e h e n d e s Übel betrachten und damit vergleichsweise leichter „kompensieren". *„Das monetäre Motiv steht bei der ‚ersten Generation' deutlich im Vordergrund"*, schreibt der „Informationsdienst" des „Instituts der deutschen Wirtschaft", um dann zynisch zu schlußfolgern: *„Mangelnde Integration in der deutschen Arbeitsumgebung wird kaum als persönliches Problem empfunden"* (1).

Für diejenigen Ausländer, die längerfristig oder auf Dauer in der BRD bleiben wollen, sieht die Sache freilich schon anders aus. Und noch extremer stellt sich die Situation für die sog. 2. und 3. Ausländergeneration dar: Diese Kinder und Jugendlichen, die überwiegend in der BRD aufgewachsen sind oder hier geboren wurden, sind in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit, Lehrstellenverknappung, Bildungselend usw. betroffen, haben Sprachschwierigkeiten, bleiben z.T. Analphabeten, sind sozial ausgegrenzt, in ihrer Heimat (nämlich der BRD) fremd, in der Heimat ihrer Eltern (Türkei, Griechenland, Jugoslawien) ebenso. Sie müssen erleben, daß ihre nationalkulturellen Eigenarten und Besonderheiten nicht nur nicht beachtet, sondern auch massiv abgelehnt, bespöttelt und unterdrückt werden. Dies gilt auch und gerade für den schulischen Alltag, was zahlreiche Untersuchungen belegen: *„Ausländi-*

nicht beachtet, sondern auch massiv abgelehnt, bespöttelt und unterdrückt werden. Dies gilt auch und gerade für den schulischen Alltag, was zahlreiche Untersuchungen belegen: „Ausländi-

sche Schüler genießen in signifikanter Weise weniger Anerkennung innerhalb der Schulklassen als ihre deutschen Mitschüler. Kinder aus der Türkei liegen dabei noch weit unter dem Durchschnitt der Kinder ausländischer Herkunft" (2). *„Dem entspricht, daß sich die schulischen Kontakte zwischen Kindern deutscher und ausländischer Herkunft im außerschulischen Bereich nur selten fortsetzen. Nur 7,4 % der vom Institut für kirchliche Sozialforschung des Bistums Essen befragten spanischen Kinder erhalten Hausaufgabenhilfe durch deutsche Freunde. 71,8 % der Eltern dieser Kinder geben an, daß ihre Kinder bis zu vier Stunden täglich am Fernsehapparat verbringen. Auch das kann als Anzeichen von Isolation gewertet werden..."* (3). Deutsche Lehrer, die zum allergrößten Teil noch nicht einmal der türkischen, griechischen usw. Sprache mächtig sind, geschweige denn sich in Geschichte und Kultur dieser Länder und ihrer Menschen auskennen, werden auf diese Kinder losgelassen, um ihnen die „Errungenschaften" deutscher „Kultur und Zivilisation" einzubleuen; was dann bei den Betroffenen zu Identitätskonflikten führt, die der türkische Professor Ünal Akpinar folgendermaßen illustriert: *„Die ausländischen Kinder ... erfahren von frühester Kindheit an, daß sie so, wie sie sind, nicht akzeptiert werden. Sie werden diskriminiert, wenn sie sich anders verhalten als die deutschen Kinder. Was zu einem Selbstbewußtsein führt, von dem ein türkischer Junge Beispiel gibt, der auf die türkisch gestellte Frage, ob er Türke ist, auf türkisch antwortet: Hayir ben bir Almanim! (Nein, ich bin Deutscher!). Akpinar: Letztlich weiß das ausländische Kind nicht mehr, wer es eigentlich ist..."* (3a).

Das reale Elend der ausländischen Kinder und Jugendlichen dokumentieren desweiteren folgende Zahlen:

– 70 % besuchen keine Kindergärten.
– nur 75 % der schulpflichtigen Kinder gehen zur Schule, wovon zwei Drittel die Hauptschule ohne Abschluß verlassen. Ohnehin konzentriert sich der Ausländeranteil auf Grund- und Hauptschulen, da sie weiterführende Schulen kaum besuchen.
– 50 % gehen nicht zur Berufsschule weiter; nur 2 % verlassen die Berufsschule mit einem erfolgreichen Abschluß.
– Von den Jugendlichen, die überhaupt eine Arbeit finden, sind über 80 % als ungelernte oder angelernte Arbeiter tätig. Außerdem finden sie sich zumeist in Berufen wieder, die „traditionell" schon einen hohen Ausländeranteil haben;
– sofern sie sich nicht mindestens schon fünf Jahre in der BRD aufhalten, bekommen sie nur dann eine Arbeitserlaubnis, wenn es für den von ihnen gewünschten Arbeits- oder Ausbildungsplatz keinen deutschen Bewerber gibt.

Das „Kühn-Memorandum" – Wende in der Ausländerpolitik?

Besonderer Scharfblick ist nicht vonnöten, um zu erkennen, daß die beschriebenen Zustände, je länger desto mehr, die Eskalation sozialer/politischer Konflikte nach sich ziehen werden. Allerdings ist dies nicht der einzige Grund, warum sich staatliche Stellen, Parteien und Medien aufmerksamer mit dem „Ausländerproblem" beschäftigen. Eine wesentli-

Fortsetzung nächste Seite

Kapitalisten an »integrations«willigem Ausländernachwuchs interessiert

Kapitalisten an »integrations«willigem Ausländernachwuchs interessiert

Für die sozialdemokratische „Integrations"-Politik warb der „Bundesbeauftragte für Ausländerfragen", Heinz Kühn, in einem Interview mit der IGM-Zeitung „Metall" u.a. mit folgender Feststellung: *„Und im Jahre 1985 würden wir nach unseren ganz konkreten Voraussagen nicht mehr genug deutsche Kinder haben, um alle dann angebotenen Lehrlingsplätze zu besetzen. Alle Plätze für qualifiziert Auszubildende, die wir in unserer Industrie der Zukunft so sehr brauchen, würde man nicht mehr besetzen können, wenn wir dann nicht auf diejenigen zurückgreifen können, die heute als ausländische Gäste zu uns kommen und von denen etwa die Hälfte in zehn, fünfzehn Jahren Bürger bei uns sein werden."* („Metall" v. 8.10.80). Daß dies nicht nur sozialdemokratische Zweckpropaganda ist, belegen entsprechende Äußerungen der Kapitalistenblätter. So weiß der „arbeitgeber" (Nr. 19/32-1980) zu vermelden: *„Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Oskar Vetter, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Dr. h.c. Josef Stingl, und der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Dr. Herbert Ehrenberg, haben sich kürzlich in einem gemeinsamen Aufruf an die Betriebe gewandt und um Unterstützung eines Programms zur Integration der Ausländerkinder geworben".*

In der gleichen Nummer des „arbeitgeber" heißt es: *„Wegen des Geburtenrückgangs der deutschen Bevölkerung wird die Zahl der deutschen Schulabgänger in den 80er Jahren abnehmen und damit auch die Zahl derjenigen sinken, die in Ausbildung und Beruf eintreten. In dem Maße, wie die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen von deutschen Schülern allmählich nachläßt, können die Chancen für jugendliche Ausländer mit entsprechender Qualifikation steigen. Dennoch wäre es verfrüht, nur auf die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung, d.h. darauf zu hoffen, daß die ausländischen Jugendlichen künftige Lücken zu schließen vermöchten. Selbst unter der Annahme müßten die ausländischen Jugendlichen zunächst die Schulpflicht erfüllen, den Hauptschulabschluß erreichen und aus dem Ausbau besonderer berufsvorbereitender Maßnahmen Nutzen ziehen können.*

Eine Verbesserung der Ausbildungssituation ausländischer Schüler und Jugendlicher ist also, trotz der bereits laufenden Förderungsmaßnahmen dringend geboten".

Weitere Beiträge dieses und anderer Kapitalisten-Organe, die wir hier aus Platzgründen nicht extra anführen wollen, kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Deutlich wird daran, daß die Kapitalisten die „Integrations"-Politik Marke Schmidt & Co. keineswegs als überflüssigen Luxus begreifen, sondern selbst ein handfestes Interesse daran haben, e i n i g e der ausländischen Jugendlichen als qualifizierte Arbeitskräfte in der Produktion einzusetzen.

Ausländer: Die Arbeitswelt

Ausländische Arbeitnehmer nehmen im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmern überwiegend ungünstigere Arbeitsbedingungen in Kauf.



Fortsetzung von vorheriger Seite

che Rolle spielt dabei ebenso das rein ökonomische Interesse an der Verwertbarkeit der heranwachsenden ausländischen Kinder und Jugendlichen, wo zumindest elementare Voraussetzungen einer schulischen und beruflichen Ausbildung sichergestellt werden müssen.

Als besonderer Fürsprecher für einen Wandel in der staatlichen Ausländerpolitik ist der Ex-NRW-Ministerpräsident Heinz Kühn in seiner Eigenschaft als „Bundesbeauftragter für Ausländerfragen" hervorgetreten. Er legte Ende 1979 ein „Memorandum" zum „Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der BRD" vor, in dem er für ein konsequentes „Umdenken" plädiert:

„Die bisherige Entwicklung und die bisherigen Maßnahmen sind offenbar zu sehr von der Priorität arbeitsmarktpolitischer Gesichtspunkte geprägt worden, während die ebenso gewichtigen sozial- und gesellschaftspolitischen Postulate nachrangig erschienen" (4).

„Der vor dem Hintergrund der aktuellen und sich zunehmend verschärfenden Problematik der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien notwendige neue korrigierende Ansatz muß daher wesentlich stärker den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten und Erfordernissen Rechnung tragen. Es muß anerkannt werden, daß hier eine nicht umkehrbare Entwicklung eingetreten ist und die soziale Verantwortung ... nicht eine Variable der jeweiligen Arbeitsmarktlage sein kann" (5).

Entsprechend spricht sich Kühn für die „Anerkennung der faktischen Einwanderung" aus, womit er auch Positionen entgegentritt, wie sie noch 1977 z.B. von der Bund-Länder-Kommission formuliert wurden: *„Die BRD ist kein Einwanderungsland. Sie versteht sich als ein Aufenthaltsland für Ausländer, die in der Regel nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt aus eigenem Entschluß in ihre Heimat zurückkehren"* (6). Kühn fordert demgegenüber eine „vorbehaltlose und dauerhafte Integration" vor allem der 2. und 3. Generation. *„Auch die Schulpolitik muß ohne Einschränkung auf eine dauerhafte Integration der ausländischen Schüler ausgerichtet werden.*

Die bisherige Doppelstrategie einer gleichzeitigen Hinführung zu den Bildungszielen des Aufenthaltslandes und des Herkunftslandes muß aufgegeben werden, weil sie weder durchführbar ist, noch den tatsächlichen Perspektiven der Betroffenen entspricht.

Wenn wie zu erwarten bei dem überwiegenden Teil der ausländischen Kinder und Jugendlichen nicht mit einer Rückkehr in die Heimat ihrer Eltern gerechnet werden kann, muß eine optimale Vorbereitung auf das Leben in der BRD Vorrang haben..."

Zusammengefaßt die Forderungen des „Kühn-Memorandums":
– Intensivierung der „integrativen" Maßnahmen vor allem für die Jugendlichen im Bereich Vorschule, Schule und Beruf;
– Ablösung der „segregierenden Maßnahmen", d.h. keine „Nationalklassen";
– Anspruch der Jugendlichen auf ungehinderten Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen;
– Optionsrecht der in der BRD geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen auf Einbürgerung;
– Überprüfung des Ausländerrechts und der Einbürgerungsverfahren hinsichtlich einer stärkeren Berücksichtigung der Interessen ausländischer Familien;
– Ausweitung der politischen Rechte, z.B. kommunales Wahlrecht;
– Verstärkung der sozialen Beratung.

Unter Hinweis darauf, *„daß die ausländischen Familien über Steuern und Abgaben in gleicher Weise wie auch die deutschen Bürger zu den Einnahmen öffentlicher Kassen beitragen"*, forderte Kühn für die Realisierung der von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen 600 Mio. DM.

Die Beschlüsse der Bundesregierung

Obwohl auch Kühn in seinem „Memorandum" eindeutig den Schwerpunkt auf die „Integration" der 2. und 3. Generation legt, gibt er zumindest vor, die Interessen der gesamten ausländischen Bevölkerung berücksichtigen zu wollen. Demgegenüber wird in den Kabinettsbeschlüssen der Bundesregierung vom 19.3.80 die Eingrenzung der „Integrations"-Politik auf die **hier aufgewachsenen Kinder und Jugendlichen** unverhohlen zugegeben. Angekündigt als „Orientierungslinien" für die „Weiterentwicklung der Ausländerpolitik" soll diesen Beschlüssen zufolge die *„zukünftige Schwerpunktaufgabe ... die soziale Integration der 2. und 3. Generation sein"* (8). War dafür im Kühn-„Memorandum" die ohnehin schon lächerlich geringe Summe von 600 Mio. DM veranschlagt worden, will die Bundesregierung nur noch 200 Mio. aufbringen. Selbst von diesem Betrag sind allerdings noch Abstriche zu befürchten: Der Bund will direkt lediglich 50 Mio. locker machen, der Rest soll von den Länderregierungen kommen....

Der Schwerpunktsetzung der Regierungsbeschlüsse zufolge werden speziell den in der BRD geborenen bzw. aufgewachsenen Kindern und Jugendlichen gewisse, wenn auch nicht ausreichende Angebote gemacht: *„Dabei geht es vor allem um die volle Integration der Ausländerkinder in die deutschen Kindergärten und Schulen, um die angemessene Eingliederung der ausländischen Jugendlichen in das Berufsleben und um die Erleichterung der Einbürgerung bei uns heranwachsender Ausländer"* (9). Man beachte dabei die „differenzierte" Wortwahl der Regierungsstrategen: „Voll" für Kindergärten und Schulen, „angemessen" im Berufsleben und „erleichtert" hinsichtlich Einbürgerung und der damit verbundenen Gewährung politischer Rechte – nur die „Anpassungsfähigsten" können hoffen, diese Hürden gleichermaßen zu meistern.

Zu nicht „integrationsfähigen" Statisten degradiert das Regierungskonzept die erwachsenen und älteren Ausländer; von ihnen wird allenfalls erwartet, daß sie die „Integration" ihrer Kinder unterstützen oder zumindest nicht behindern. Sie selbst stehen als „Integrationsobjekt" faktisch nicht zur Debatte. Deutlich wird dies auch in regierungsoffiziellen Überlegungen, die Einbürgerung von Ausländern der „1. Generation" nur in beschränktem Umfang zuzulassen: *„Wenn die Anforderungen für eine Einbürgerung wesentlich herabgesetzt werden, könnte es sein, daß ein Eingebürgerter trotz des rechtlichen Bandes der Staatsangehörigkeit innerlich in Deutschland ein Fremder bleibt, der sich trotz voller rechtlicher Gleichstellung in seinen sozialen Chancen diskriminiert fühlen könnte. Es wäre dann nicht auszuschließen, daß fremdsprachige Minderheiten mit deutscher Staatsangehörigkeit in der BRD entstehen, die für soziale Krisen besonders anfällig wären"* (9a).

Ausgegrenzt werden auch diejenigen Jugendlichen, die bereits älter sind und die ihre Sozialisation einschließlich Schulausbildung weitgehend in ihrem Herkunftsland abgeschlossen haben. Ihre „Anpassungsfähigkeit" wird ebenfalls gering veranschlagt, entsprechend mager sehen auch die Angebote aus. Während für in der BRD aufgewachsene ausländische Jugendliche Maßnahmen der Berufsausbildung, -beratung, berufsvorbereitende Lehrgänge u.a.m. angekündigt werden (ob sie auch in nennenswertem Umfang zustandekommen, ist noch eine andere Frage), ist für später eingereiste Jugendliche lediglich *„ein Angebot an drei- bis viermonatigen Intensivsprachkursen"* vorgesehen – aus, das wär's! (10).

Dagegen: *„Für Jugendliche, die Integrationsbereitschaft und -fähigkeit bereits dadurch unter Beweis stellen, daß sie einen Hauptschul- oder höheren Schulabschluß erworben, eine berufliche Ausbildung abgeschlossen oder an berufsorientierten Vollzeitmaßnahmen mit einer Regeldauer von einem Jahr regelmäßig teilgenommen haben, sollte ... ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Arbeitserlaubnis geschaffen werden"* (11).

Drastisch deutlich wird das ganze System der Selektion auch an den Maßnahmen zur „Erleichterung der Einwanderung". Grundsätzlich wird für die Einbürgerung ein „Mindestaufenthalt von 10 Jahren" vorausgesetzt. Erleichterungen soll es für die hier aufgewachsenen Kinder geben, allerdings unter der Bedingung, daß sie den überwiegenden Teil ihrer Schulausbildung in der BRD erhalten haben. Die Selektion sieht im einzelnen folgendermaßen aus:
– ausländische Jugendliche können – sofern sie 18, aber noch nicht 21 Jahre alt sind – einen Antrag auf Einbürgerung stellen (die Bundesregierung unterstützt hier einen entsprechenden Vorschlag der NRW-Landesregierung);
– sie müssen allerdings seit ihrem 12. Lebensjahr in der BRD gelebt haben, sowie mindestens 2 weitere Jahre in der Zeit davor;
– sie dürfen keinerlei Jugend- oder Freiheitsstrafen haben, müssen also „krisenfest" sein.

Mit diesem Katalog soll erreicht werden, daß nur solche Jugendliche einen Antrag auf Einbürgerung stellen können, die bereits diverse „Integrations"-Maßnahmen (v.a. Schule) durchlaufen haben und einigermaßen die Gewähr für „eine reibungslose Integration in die deutsche Gesellschaft" bieten.

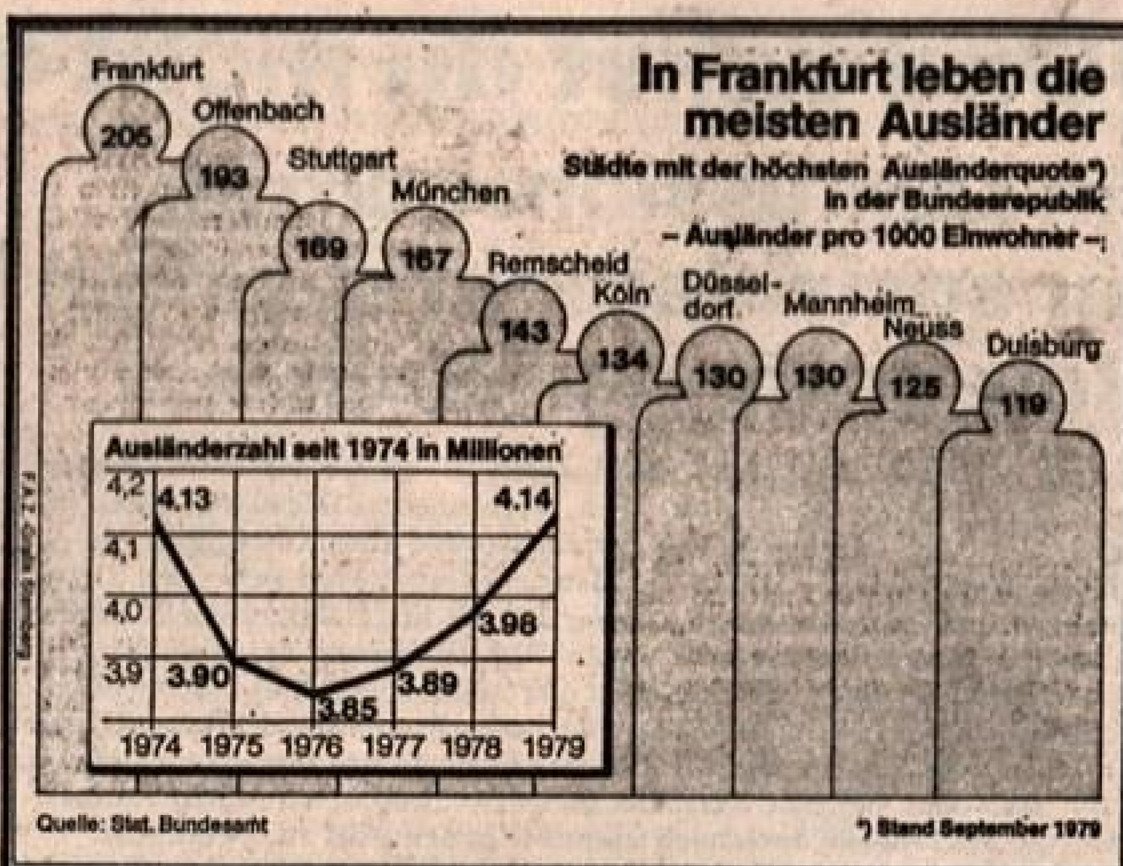
Damit ist ansatzweise klar, wie die sozialdemokratische „Integrations"-Politik zu verstehen ist und worauf sie in der Konsequenz hinausläuft:

1) „Integration" wird in diesem Sinne ausdrücklich nicht verstanden als gleichberechtigtes Miteinander und ggf. Verschmelzen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen, sondern – brutal ausgedrückt – als „Eindeutschung" ohne Wenn und Aber. Ein derartiger Ansatz von „Integration" ist – auch wenn er von Sozialdemokraten (z.T. sogar von „linkeren") vorgetragen wird – nichtsdestoweniger rassistisch und beinhaltet die gezielte Unterdrückung und Ausschaltung all dessen, was amtlicherseits als „undeutsch" empfunden oder deklariert wird. Nicht zuletzt hängt der besondere Erfolg, den hierzulande rassistisch-nationalistisch orientierte Gruppierungen wie die „Grauen Wölfe", die „Islamischen Kulturzentren" usw. unter ihren Landsleuten erzielen, auch damit zusammen, daß sich diese Kräfte einer so betriebenen „Integrations"- (besser: Assimilations-)Politik gegenüber als Hüter und Wahrer türkischer Kultur, Moral u.a.m. profilieren können.

2) Nur ein kleiner Teil der ausländischen Bevölkerung kann und soll diesem Konzept zufolge „integriert" werden: Wie die Dinge liegen, wird nur eine Minderheit bereit und überhaupt in der Lage sein, ihre national-kulturelle Identität abzustreifen und trotz Diskriminierung und ungleich ungünstiger Startvoraussetzungen sich in Schule, Ausbildung und Beruf entsprechend durchzusetzen. Diese vergleichsweise bessergestellte Minderheit wird dann als leibhaftiges Demonstrationsobjekt für die These herumlaufen müssen, daß ja jeder sich „integrieren" und „aufsteigen" könne, wenn er nur wolle. Zu erwarten ist in jedem Fall, daß auch hinsichtlich des „Ausländerproblems" die alte imperialistische Devise des „Spalte und herrsche" künftig stärker zur Geltung gebracht wird; darüberhinaus haben die Kapitalisten auch aus ökonomischen Gründen für das kommende Jahrzehnt bereits stärkeres Interesse an der Heranbildung qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte bekundet (s.a. nebenstehenden Kasten „Kapitalisten an 'integrationswilligem' Ausländer-Nachwuchs interessiert").

3) Der Status der großen Mehrheit der ausländischen Bevölkerungen wird bleiben wie gehabt: Die schlechteste Schulbildung, die unqualifiziertesten und dreckigsten Arbeiten, die niedrigsten Einkommen, die höchste Arbeitslosigkeit, die schlechtesten Wohnungen, usw. usf. National und rassisch unterdrückt, politisch entrechtet (Ausländergesetz!), werden sie in der westdeutschen Gesellschaft auch zukünftig als „Menschen zweiter Klasse" rangieren.

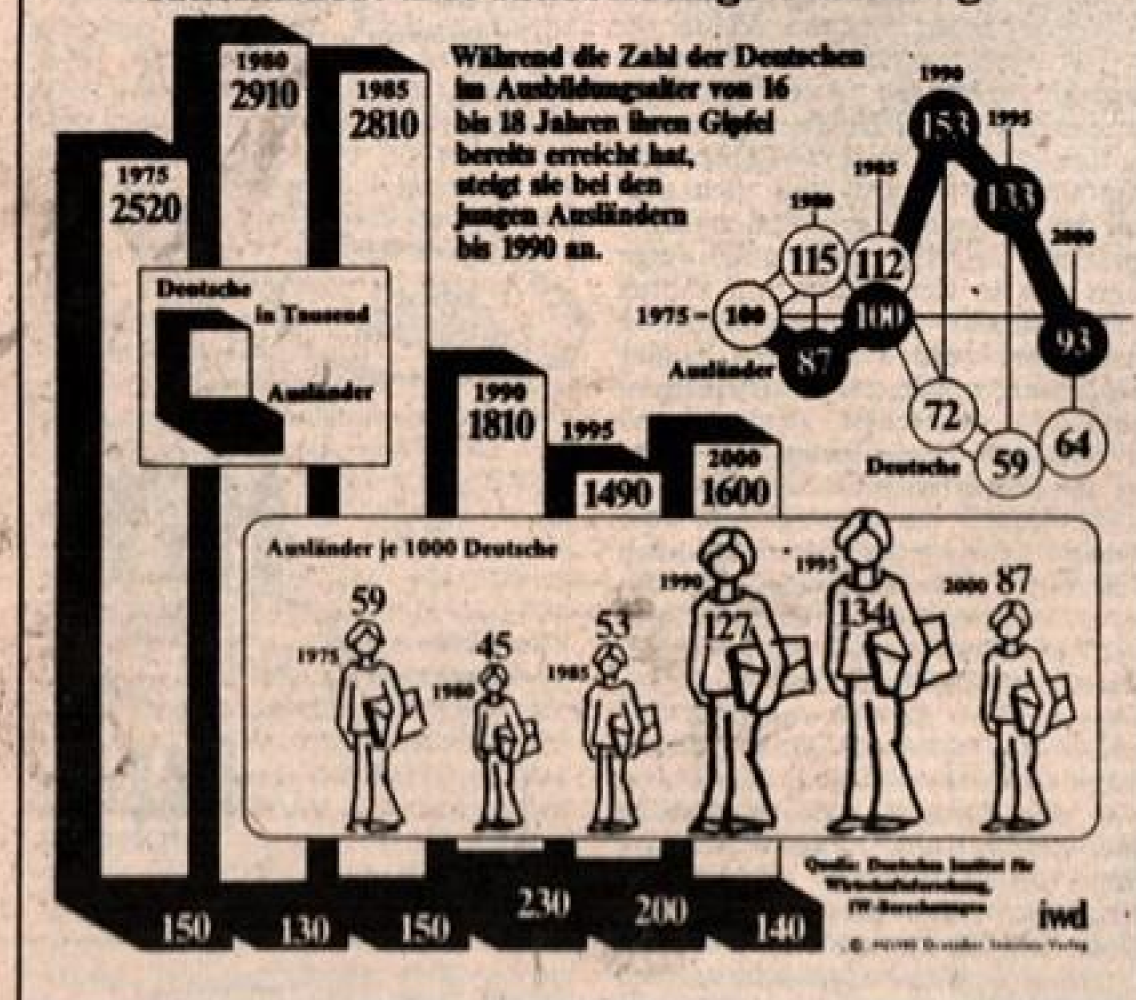
Eine Hamburger Lehrergenossin und Antifa-Kommission



Aus „FAZ", 6.5.80

Anmerkungen

1. zitiert aus dem „Informationdienst" des „Instituts der deutschen Wirtschaft" v. 2.10.80
2. „Frankfurter Rundschau" v. 24.11.79
3. ebenda
3a. „Die Neue" v.16.5.80
4. Kühn-Memorandum, S.2
5. ebenda
6. „FR" v. 24.11.79
7. Kühn-Memorandum, S. 26 f.
8. Beschlüsse der Bundesregierung v. 19.3.80, S. 2
9. ebenda, S. 2
9a. ebenda, S. 22
10. ebenda, S. 10
11. ebenda, S. 13



Aus: „Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft" Nr. 44/80

Die Forderung nach mehr und besseren »Integrations« maßnahmen genügt nicht

Obwohl Ausmaß und Umfang der Ausländerdiskriminierung zumindest der BRD-Linken ansatzweise geläufig sein dürften, ist insgesamt auch hier die Bereitschaft herzlich gering, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Entsprechend unterentwickelt sind – sofern überhaupt vorhanden – konkrete Vorstellungen in Richtung auf eine fortschrittliche Ausländerpolitik. Noch am weitesten fortgeschritten ist die Diskussion im Ausbildungssektor, wo von Gewerkschaften, fortschrittlichen Lehrern, Erziehern und Sozialarbeitern ebenso wie von sonstigen fortschrittlichen Institutionen Forderungen nach besseren und umfangreicheren Förderungsmöglichkeiten für die Ausländerkinder aufgestellt werden.

An oberster Stelle steht dabei die Forderung nach Abschaffung der sog. „Nationalklassen" bzw. Nationalschulen. Dagegen wird sich *„grundsätzlich für die Einschulung der ausländischen Kinder in die deutschen Regelklassen ausgesprochen"* (Stellungnahme des DGB v. 23.4.1979; die GEW vertritt entsprechende Positionen). Desweiteren werden mehr Kindergarten- und Vorschulplätze gefordert, in denen die ausländischen Kinder so früh wie möglich die deutsche Sprache erlernen und sich in die BRD-Gesellschaft eingewöhnen sollen. Auch die Forderungen der TKP-nahen FIDEF (Föderation der türkischen Arbeitervereine – größte fortschrittliche türkische Organisation in der BRD) zielen darauf ab, die ausländischen Kinder so schnell wie möglich gemeinsam mit den deutschen zu unterrichten.

Auf den ersten Blick erscheinen diese Positionen sehr einleuchtend, gerade weil sie Chancengleichheit herstellen wollen. Zumal auch bekannt ist, daß die „National"- bzw. Ghettoklassen keine Lösungsmöglichkeiten bieten. Sie werden übrigens überwiegend in CDU/CSU-regierten Ländern wie z.B. Bayern praktiziert und können als billige Methode gelten, die ausländischen Kinder abzuschieben und zu isolieren.

Natürlich ist bei den dargestellten „fortschrittlichen Forderungen" immer auch der Gedanke vorhanden, daß die nationale Eigenheit und Identität erhalten bleiben muß oder daß das Erlernen der Muttersprache unbedingter Bestandteil des Unterrichts sein muß. Dazu nochmals die bereits zitierte DBG-Stellungnahme: *„Zu entwickeln sind Konzepte, die den Erfordernissen der Kinder und der bikulturellen Situation auch im Vorschulbereich gerecht werden."* Oder: *„Der Muttersprachenunterricht muß zusätzliches Pflichtfach sein. Er ist mit fünf Stunden in der Woche Stundenplan zu integrieren, im Zeugnis als Unterrichtsfach anzuerkennen und einzubeziehen"*.

Gerade diese Forderungen sind aber überhaupt nicht im Interesse der Herrschenden, dafür wird natürlich auch kein Pfennig aufgewendet. Dagegen steht auch der durchgehend vorhandene Fremdenhaß, die Unkenntnis und Ignoranz.

Darauf zu hoffen, daß diese Forderungen in irgendeiner Weise berücksichtigt werden, ist schlicht Illusion. Was also bleibt, sind die Forderungen nach besseren, schnelleren, wirksameren Einpassungsmöglichkeiten in die deutsche Gesellschaft. Daß auch Forderungen auf diesem Gebiet keineswegs überflüssig sind, zeigt die Auseinandersetzung mit dem Regierungskonzept, wobei hier sogar noch weitere drastische Sparmaßnahmen einkalkuliert werden müssen.

Dennoch meinen wir, daß die Linke sich damit nicht zufrieden geben darf.

Für die ausländischen Jugendlichen heißt das, den Verzicht auf die Entwicklung ihrer eigenen nationalen Identität, ihrer Eigenheiten, ihrer Kultur, auf ihre Muttersprache; ob sie dabei die deutsche Sprache erlernen, ist übrigens überhaupt nicht gesichert.

Das alles bedeutet – mal drastisch ausgedrückt – die psychische und kulturelle Ausrottung einer Minderheit in der BRD.

Das die Linke das nicht unterstützen kann, auch wenn sie heute kaum imstande ist, Gegenkonzepte zu entwickeln, sollte keine Frage sein.

Eine Hamburger Lehrergenossin



Greensboro am 3.11.1979: Ein Anti-Klan-Demonstrant liegt erschossen am Boden, ein anderer (rechts) kann es noch gar nicht fassen

Greensboro/USA:
Nazi-Mörder freigesprochen!

Fast genau ein Jahr nach der Erschiessung von fünf Anti-Klan-Demonstranten wurden deren Mörder durch eine Jury, die nur aus Weißen bestand, freigesprochen!

Als im November vergangenen Jahres eine Gruppe von Mitgliedern des Ku-Klux-Klan und der US-Nazi-Partei eine bis dahin friedliche Demonstration der „Communist Workers Party" (CWP) in Greensboro überfiel, fünf Menschen abknallte und fünf weitere anschoß, ging ein Aufschrei durch das Land. Dies wolle man nicht dulden, man würde die Täter rücksichtslos verfolgen und zur Rechenschaft ziehen – sagten die Behörden damals...

Die Mörder konnten aufgrund eindeutiger Zeugenaussagen und durch Filmdokumente innerhalb kürzester Zeit von der Polizei gefaßt, überführt und vor Gericht gestellt werden.

Ein Jahr dauerte der Prozeß, in dem die Mörder aufgrund einer klaren Sachlage und erschlagender Beweise so gut wie verurteilt erschienen. Es konnte von der Staatsanwaltschaft durch ballistische Untersuchungen, Fotografien, Filmausschnitte und Zeugenaussagen nachgewiesen werden, daß die Angeklagten während der Auseinandersetzungen seelenruhig zu einem in der Nähe abgestellten Wagen gingen, den Kofferraum öffneten, ihre Waffen herausnahmen und gezielt auf die Demonstranten schossen.

Ganz nebenbei kamen einige sehr merkwürdige Dinge ans Licht: So hatte ein FBI-Agent an der Planung des Überfalls teilgenommen, ein Polizeiinformant leitete selbst die Aktion und die Polizei war darüber informiert, daß Waffen von den Klan-Mitgliedern mitgeführt wurden. Der Wagen, in dem die Waffen mitgeführt wurden, war sogar bei der Anfahrt von der Polizei beschattet worden. Daß er nicht kontrolliert wurde, mutet angesichts der zu erwartenden Konfrontation seltsam an... Ebenso seltsam erscheint die Tatsache, daß zum Zeitpunkt der Auseinandersetzungen keine Polizei am Tatort anwesend war...

Die Staatsanwaltschaft hat bisher keine Initiativen ergriffen, diese Ungereimtheiten zu untersuchen. Das Bekanntwerden dieser dubiosen Hilfestellungen der Polizei für den Klan ist einzig das Verdienst einzelner Journalisten und Bürgerrechtler.

Die Jury berief sich in ihrem Urteil auf das Notwehrrecht der Angeklagten und sprach alle frei. Dieses Urteil ist ein Schlag ins Gesicht aller Schwarzen, es reiht sich ein in zahllose Angriffe der letzten Zeit gegen die so hart erkämpften und doch so schwachen Bürgerrechte. In Buffalo wurden fünf Schwarze gelyncht, in Atlanta 15 schwarze Kinder gekidnapt. In fast jeder Großstadt kam es zu militanten Protesten gegen Willkür und Brutalität von Polizei und Justiz, in Miami kam das Faß zum Überlaufen. Gleichzeitig breitet sich der Klan aus wie eine Seuche. Er eröffnete neue Zweigstellen in Toronto und Connecticut, arbeitet sich also immer weiter in den „liberalen" Norden vor. Außerdem wurden Gruppen bekannt, die paramilitärisch ihre Mitglieder schulen.

Klan jetzt auch in der BRD

Wie die „Neue Revue" vom 6.12. enthüllte, haben sich die Untergrundgruppen des Ku-Klux-Klan jetzt auch durch die US-Soldaten hier in der BRD etabliert. In Zusammenarbeit mit westdeutschen Neonazis sollen jetzt auch hier die Terrorangriffe gegen alles „Fremde" ausgeweitet werden. Am 1.November gründeten Kapuzenmänner unter einem brennenden Kreuz bei Waldmichelbach im Odenwald die Ortsgruppe Mainz-Frankfurt-Wiesbaden. Unter der Adresse „Mainz hauptpostlagernd" verschicken die neuen Nazis Aufnahmeerklärungen zu den Vereinigten deutschen Klans (United Clans of Germany). Neue Treffen sind im Januar in der Rhön geplant. Anlaufadresse der Rassisten ist ein Lokal in Bischofsheim. In der neonazistischen Hetzschrift „Die Bauernschaft" wird in der Septemberausgabe offen für den deutschen Klan geworben.

Diese Entwicklung macht es noch notwendiger, sich mit dem rasanten Rechtsruck der letzten Zeit in den USA zu beschäftigen. Die unglaubliche Entscheidung von Greensboro fordert auch unseren Protest heraus!

Im kommenden Jahr werden Betroffene des Überfalls von Greensboro auf einer Rundreise für ihre Sache sprechen. Sie werden dabei auch Anfang Februar in die BRD kommen. Wir werden dann nochmals rechtzeitig auf ihre Veranstaltungen hinweisen.

Über das „Greensboro Massaker" haben Paul und Sally Bermanzohn von der CWP eine Dokumentation erstellt. Paul ist selbst mit Kopf- und Armschüssen aus dem Überfall herausgekommen. Auf 256 Seiten wird mit zahlreichen Illustrationen der Hintergrund des Massakers geschildert. Das Buch, das 3,95 Dollar kostet, enthält allerdings nicht das Urteil, weil es kurz vorher erschien. Es ist erhältlich über

Cesar Cauce Publishers &
Distributers Inc.
P.O.Box 389, 39 Bowery
New York, N.Y. 10002 USA

USA-Kommission

Repression gegen Antifaschisten

Vor einigen Tagen sprach ein Gericht in Greensboro, USA, 6 Faschisten frei, die 1979 mit Gewehren bewaffnet bei einer antirassistischen Kundgebung vorfuhren und fünf Kundgebungsteilnehmer erschossen. Dem Gericht vorliegendes Filmmaterial, das den Ablauf dieser brutalen Morde zeigt, wurde so beurteilt, daß daraus nicht hervorginge, wer der Aggressor gewesen sei. Einige Tage nach diesem Freispruch kann US-Naziführer Herold Covington ungehindert eine Pressekonferenz abhalten, auf der er das Urteil des Schwurgerichtes lobt – er steht dabei auf einer Rednertribüne, die mit Hakenkreuzfahnen „geschmückt" ist. USA 1980, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Bei uns in der Bundesrepublik undenkbar. Aber wie lange noch? Westberlin, Dezember 1980: Die Klage des Faschisten Hoffmann gegen das Verbot seiner bewaffneten Bande wird vom Gericht abgewiesen, das Verbot bleibt also bestehen. Doch was folgt daraus an Konsequenzen? Unverhohlen wird auch in der bürgerlichen Presse darüber berichtet, daß die Mitglieder noch „in Kontakt zueinander" stehen. Was ist mit den Ermittlungen gegen die g a n z e Bande? Welche Presse hierzulande stellt diese Frage? Der Kölner Stadtanzeiger veröffentlicht eine Karikatur, die einen Haufen Waffengerümpel und Naziembleme zeigt, neben dem ein blöde dreinblickender Hoffmann im Hemd ohne Hose steht; Bildunterschrift: „Endlich abgerüstet". Entwaffnet ein Gerichtsurteil die Faschisten? Der „Spiegel" gibt Hoffmann über 13 Seiten Gelegenheit zu einem Interview; Fragen und Antworten zu Hauf, jedoch: das Thema Münchner Attentat wird nur gestreift.

Bonn, Dezember 1980: Bundesjustizminister Vogel will demnächst Gesetzeslücken bei der Bekämpfung neonazistischer Aktivitäten schließen, z.B. soll die Verharmlosung oder das Leugnen der NS-Verbrechen unter Strafe gestellt werden. Erfreulich, jedoch: In Stuttgart wurde jüngst ein demokratisch gesinnter Bürger wegen „Sachbeschädigung" zu 450 DM Strafe verurteilt, weil er Hakenkreuzschmierereien an einem öffentlichen Gebäude mit Filzstift unkenntlich gemacht hatte ...

PS.: Ob sich die neuen Gesetze des Herrn Dr. Vogel wohl auch gegen die Verharmlosung der Nazi-Verbrechen durch die westdeutschen Behörden richten werden?

Ma., IKAH

Neonazis greifen schon wieder Pressefotografen im Gericht an!

Neumünster. In diesen Tagen stehen die Neonazis Michael Satorski, Martin Wagner, Tibor Schwarz, Franz Barbiacik-Wrobel (identisch mit Lothar Wrobel, Hansa-Bande Hamburg) vor dem Amtsgericht in Neumünster, wo sie sich wegen der Schlägerei in Lentförden zu verantworten haben, bei der damals mehrere Polizisten verletzt wurden. Der Prozeßausgang war bis Redaktionsschluß nicht bekannt. Wie schon beim Neonazi-Prozeß in Hamburg, wo Schwarz und Wrobel auch unter den Angeklagten waren, versuchten die Neonazi-Anwälte Jürgen Rieger und Carlos Sievers und der Angeklagte Wrobel einen Pressefotografen daran zu hindern, Aufnahmen zu machen. Bei den tätlichen Angriffen ging das Blitzlichtgerät des Fotografen kaputt und er wurde als *„Bolschewistensau"* beschimpft. Es fehlte auch nicht an Drohungen wie: *„Das zahlen wir Dir noch heim, ...dafür haben wir unsere Leute"* und: *„Dich kriegen wir noch!"* Während dieser Aktionen fotografierte Neonazi Wrobel ungeniert mit einer Pocket-Kamera. Anwalt Rieger versuchte derweil, die anwesenden Polizisten zu überzeugen, daß sie den Film des Fotografen beschlagnahmen müßten und berief sich dabei auf eine Einstweilige Verfügung, die er beim Hamburger Prozeß erreichen konnte. Begründung: „Recht auf das persönliche Bild". In Journalistenkreisen gilt es als ausgeschlossen, daß er damit durchkommen wird, wenn es darum einen Prozeß gibt, weil Rieger durch seine vielen neonazistischen Aktivitäten in der Öffentlichkeit presserechtlich nicht mehr als „Privatperson" gelten kann. Wie schon bei den Hamburger Auseinandersetzungen wird der Fotograf auch in diesem Fall Strafanzeige stellen. Die Neonazis, die es bei ihren faschistischen Aktionen und Aufmärschen immer gern sahen, wenn sie in die Presse kamen, sind heute, wo sie vor Gericht stehen, offensichtlich nicht mehr so interessiert an Öffentlichkeit.

* * *

Tandler rechtfertigt Polizeiaktivitäten bei DGB-Demo

Augsburg/München. Die Teilnehmer der großen DGB-Demonstration gegen den NPD-Parteitag in Augsburg sind von Spezialtrupps der Polizei gefilmt worden. Auf massiven Protest des DGB Bayern hin ließ der Augsburger Polizeidirektor Saller wissen, daß alle Bilder, die einen „Straftatbestand" zeigten, zu den Akten genommen würden, der Rest der Aufnahmen würde vernichtet werden. Die in einem bürgerkriegsähnlichen Manöver eingesetzten 1200 Mann Bereitschaftspolizei wurden inzwischen vom bayerischen Innenministerium mit „Erkenntnissen des Staatsschutzes" gerechtfertigt, daß die Augsburger Demonstration von bis zu 2000 „gewalttätigen Extremisten aus der ganzen Bundesrepublik" durchsetzt gewesen sei. Aus den gleichen Gründen sei die Demonstration durch die Aussenbezirke der Stadt umgeleitet worden (sie war für die Innenstadt angemeldet worden). Der DGB Bayern bezeichnete diese Maßnahmen als „Brüskierung des DGB" und als „Einschränkung der Demonstrationsfreiheit". Die unbelegten Behauptungen des Innenministeriums seien entweder eine späte Rechtfertigung dafür, daß bei dem Polizeieinsatz der Augsburger Polizeidirektor Saller durch den Polizeipräsidenten von Schwabach, Kästle, ersetzt worden sei, oder es sei die politische Absicht gewesen, möglichst wenige Augsburger auf diese Demonstration aufmerksam werden zu lassen. *„Wenn es die Auffassung der bayerischen Staatsregierung sein sollte, daß man nur im Verborgenen gegen den Faschismus ankämpfen darf, dann sehe ich sehr schwarz."* – so der DGB-Landesvorsitzende Jakob Deffner. Auf der Demonstration selber gab es ein Pfeifkonzert, als eine „Grußadresse" des CSU-Generalsekretärs Stoiber verlesen wurde: Die Begriffe Rechtsradikalismus oder Faschismus kamen darin kein einziges Mal vor...
(„Neue", „SZ", 25.11. - 3.12.80, „Metall", Nr. 24, 3.12.80).

* * *

Rechtsradikales Taxi-Unternehmen

Wolfsburg. *„Ich danke ausdrücklich allen, die in den letzten Jahren, meist auf stille und geduldige Weise, dafür gesorgt haben, daß Fremde zu Mitbürgern und Freunden werden..."* (Helmut Schmidt in der Regierungserklärung am 24.11.80). Anstatt nur die Stillen und Geduldigen zu loben, wäre wohl ein Sätzchen zu den faschistischen Umtrieben besser gewe-

Fortsetzung nächste Seite



„Die nackte Gewalt der Stacheldrahtrollen rund um das Olympische Dorf von Lake Placid enthüllt die Herbstsonne. Kein Überbleibsel einstiger Terroristenschützer, sondern Rahmen für das jetzt einsatzbereite Bundesgefängnis für den Staat New York. Hunderte Kilometer von New York City entfernt werden hier überwiegend Schwarze und Latinos aus den Slums eingelocht, so fern von ihrer Familie, daß Besuche von selbst ausfallen.

In der Sowjetunion werden gleichzeitig die verschiedenen Wohneinrichtungen für die Olympiateilnehmer in preiswerte Wohnungen für Arbeiter umgewandelt" („Workers World", 17.10.80).

Kurde erhielt kein Asyl

Mannheim. *„Wir achten darauf, daß nur tatsächlich Verfolgte Asyl erhalten."* – so Helmut Schmidt in der Regierungserklärung am 24.11.80. Das funktioniert dann so: Gemäß oben erwähnter „Weisung" des Kanzlers, lehnte der Anerkennungsausschuß des Bundesamtes für Asylangelegenheiten das Gesuch eines in Mannheim lebenden türkischen Kurden ab. Der klagte daraufhin beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, dessen abschlägiges Urteil am Donnerstag, den 4.12.80 veröffentlicht wurde. Nach der Urteilsbegründung seien die politischen „Wirren" in der Türkei um die Jahreswende 1978/79 und die mögliche Gefahr ihrer Wiederholung keine zureichende Begründung für die Gewährung von Asyl in der Bundesrepublik. Laut VHG waren die „politischen Wirren", bei denen „angeblich" auch der Onkel des Antragstellers und dessen Familie im kurdischen Anatolien ums Leben kamen, nicht die Folgen von „Kurdenverfolgungen", sondern von allgemeinen politisch-ideologischen und sozialen Verhältnissen, besonders in diesem Teil der Türkei. *„Derartige einmalige Ereignisse infolge bürgerkriegsähnlicher Wirren und Auseinandersetzungen sind allgemeine Unglücksfolgen, aus denen ein Schluß auf persönliche Bedrohung noch nicht gezogen werden kann".* Die Kurden würden nicht als Volksgruppe verfolgt.

Diese Entscheidung, deren Auswirkung tödliche Folgen haben könnte, steht ganz in der Tradition bundesdeutscher Unterstützung des mörderischen Schah-Regimes, an das oppositionelle Iraner ausgeliefert wurden. Faschistischer Terror in der Türkei nennt sich im bundesdeutschen Justiz-Jargon „allgemeine Unglücksfolgen..."
(nach „FR", 6.12.80).

Fortsetzung von vorheriger Seite

sen, die sich gegen Ausländer in der BRD richten. So wurden gegen eine Taxibesitzerin in Wolfsburg bisher nur kleine Bußgelder von der Stadtverwaltung verhängt, obwohl sie den NPD-Aufkleber „Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen" auf dem Wagen hat, Ausländern die Beförderung verweigert, einen Zuschlag für die Beförderung von Behinderten verlangt und einem Arzt die Fahrt zu einem Noteinsatz verweigerte, weil er Ausländer ist (nach „FR", 10.12.).

* * *

„Ausgewogenheit per SS-Marschlied"

Die Auseinandersetzung im Bayerischen Rundfunk um die Sendung „Notizbuch" geht ihrem Ende zu: Das Hörfunkmagazin, das sich lange nicht in das Staatsfunk-Konzept der CSU einfügen wollte, wurde nach und nach von kritischen Redakteuren gesäubert. Als am Mittwoch, d. 3.12., die Moderatorin Heidrun Schmidt am Ende ihres Beitrags eine Erklärung in eigener Sache anhängen wollte, wurde sie einfach ausgeblendet: *„Ich habe mich mit dieser Sendung vom Bayerischen Rundfunk verabschiedet, weil ich es nicht mehr mit meinem journalistischen Gewissen vereinbaren kann, daß ich für einen Sender weiterarbeite, der unter Ausgewogenheit versteht, daß eine Anti-Kriegsbuchbesprechung mit einem Marschlied, gedichtet 1933, gesungen vom Chor ehemaliger Waffen-SS..."* – an dieser Stelle war Heidrun Schmidt dann plötzlich nicht mehr zu vernehmen. In einer früheren Sendung hatte sie unter antimilitaristischem Gesichtspunkt das Buch von John Keegan „Das Antlitz des Krieges" rezensiert. Abteilungsleiter Reiter ließ zwischen zwei Besprechungsteilen das Marschlied „Es ist so schön Soldat zu sein" abspielen, das er als *„Kontrapunkt"* und *„Antithethik"* aus seiner privaten Plattensammlung mitgebracht hatte.

Reiter *(„Hält es jemand von Ihnen etwa für unanständig, CSU zu wählen?")* hatte im Frühjahr schon den langjährigen „Notizbuch"-Mitarbeiter Gert Heidenreich rausgeschmissen, weil man *„zu politischen Gegnern geworden"* sei. Auch verhinderte er zwei Sendungen der Autorin Monika Meister über „Nachbar Atomkraft" und die „Sinti nach dem Hungerstreik". Beide klagen jetzt beim Arbeitsgericht. Namhafte Journalisten und Gewerkschafter verfaßten inzwischen eine Solidaritätserklärung, in der es heißt, Heidrun Schmidt habe es gewagt, *„ den Teufelskreis von Unterdrückung und Angst"* , der den Bayerischen Rundfunk beherrsche, zu durchbrechen. Dieses Klima wird auch daran deutlich, daß viele Rundfunk-Kolleg(inn)en die Aktion von Heidrun Schmidt negativ beurteilen; sie fürchten, daß nun restriktivere Regeln für nicht festangestellte Moderatoren eingeführt werden könnten („SZ", 5.12. und 9.12., „Stern", 8.12.80).

* * *

Anti-Strauß-Demonstrant angeklagt

Verden/Bremen. Nachdem am 25.9.79 einige tausend Menschen in Bremen gegen den Auftritt von F.J. Strauß in der Stadthalle demonstriert hatten, kam es wegen der Auseinandersetzungen mit den Bullen zu etlichen Anzeigen gegen Demonstranten.

Jetzt, über ein Jahr danach, hat sich die Bremer Justiz nur noch auf Klaus B. aus Verden eingeschossen. An ihm, der als einziger Angeklagter übriggeblieben ist, soll ein Exempel statuiert werden.

So wird ihm sämtlicher materieller Schaden und der gesamte Ablauf der Demo angelastet.

Vorgeworfen wird ihm indirekt, daß er politisch sehr aktiv sei (was noch nicht mal stimmt) und seine schon etliche Jahre zurückliegende KBW-Mitgliedschaft.

Mit anderen Worten: Er soll mundtot gemacht und eingeschüchtert werden. Angesichts dieser Lage versuchen einzelne Kollegen und Freunde aus Verden durch Sammeln von Spenden wenigstens die finanzielle Lage für diesen Prozeß zu verbessern. So wurden die Eintrittsgelder einer Musikveranstaltung im Verdener JZ für Klaus gespendet. Besonders bedanken möchten wir uns bei den Hamburgern, die uns auf dem BOTS-Konzert ca. 500 DM mit nach Verden gegeben haben!!!

Ein Genosse

* * *

Strafanzeige gegen NS-Juristen

Berlin/Offenbach. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten" (VVN) hat beim Berliner Landgericht Strafanzeige gegen 12 Richter und Staatsanwälte gestellt, die laut VVN dem ehemaligen NS Volksgerichtshof angehörten. In einer Mitteilung der VVN heißt es, die Beschuldigten seien *„verantwortlich für Hunderte von Todesurteilen gegen Antifaschisten"* und hätten teilweise als Vollstreckungsleiter bei Hinrichtungen fungiert. Gegen zwei weitere NS-Juristen hatte die VVN bereits Strafanzeige gestellt.

Der Generalstaatsanwalt beim Berliner Kammergericht hatte im Oktober vergangenen Jahres die Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen frühere Richter und Anklagevertreter des Volksgerichtshofes angeordnet. Bisher ist noch nicht bekannt, wann die Ermittlungen abgeschlossen sein werden...(„FR", 9.12.80).

Funkredakteurin Heidrun Schmidt

... und ihr Chef Reiter



Danke, Peggy Parnass

Hamburg. Wer in den ersten Dezembertagen im Hamburger Stadtteil St. Georg zum Einkaufen ging, wußte rechtzeitig Bescheid: In vielen Läden hing das Einladungsplakat, oder es lagen Flugblätter aus, ob beim Lebensmittelhändler oder in der Alternativ-Boutique: *„Peggy Parnass liest aus ihrem Buch ‚Prozesse' am 5. Dezember im Malersaal".* Auf dem Plakat auch ein Auszug eines Briefes von Fritz Teufel vom 24.2.80: *„Liebe Peggy! Ich wollte Dir schon lange mal schreiben – seit ich im Trakt bin, komme ich noch weniger dazu als vorher. Heute früh habe ich endlich Dein Prozessebuch ausgelesen – es ist das schönste, lustigste und traurigste und genaueste Buch über die bundesdeutsche Justiz und den Knast, das ich kenne."* Dem kann ich mich nur anschließen, und es ist schön, sowas beim Grünhöker in St. Georg, da wo auch Peggy wohnt, hinter dem Schaufenster lesen zu können. Am 5.12. war der Malersaal auch gut mit interessierten Leuten gefüllt, auch eine Altfaschistin hatte unauffällig Platz genommen, doch – was gab's denn da zu spionieren? Peggy, sichtlich angegriffen durch eine Erkältung und ihr Lampenfieber nicht versteckend, sich über die Anwesenheit von Freunden und Bekannten und aller anderen freuend, sorgte schon in den ersten Minuten für gespannte Aufmerksamkeit: Sie suchte sofort das Gespräch mit allen über das, was ihr heute am wichtigsten erscheint: die drohende Kriegsgefahr. Ihre Lesung aus dem Buch, ob zum Thema Fahrpreisdemonstrationen, Sexualität, kritische Meinungsäußerungen oder ihrer eigenen Erfahrungen mit Polizei, Richtern und Staatsanwälten, wurde immer wieder unterbrochen durch das gemeinsame Gespräch. Wir müssen uns wehren, auch wenn wir nicht wissen, ob wir Erfolg haben werden, trotz der immer wieder neu auftauchenden Zweifel, ob das alles einen Sinn hat, wenn wir gegen die herrschenden Verhältnisse ankämpfen – für diese Haltung warb Peggy den ganzen Abend in der ihr eigenen liebevollen offenen Art, und die meisten haben dies wohl auch verstanden. Da war kein Platz für laute „Vorwärts mit"- und „Nieder mit"-Reden, genauso wenig wie für Resignation. Viele offene Fragen und ein viel zu kurzer Abend im Malersaal, so daß wir uns danach in der Kneipe angeregt weiterunterhalten mußten – diesmal leider ohne Peggy.

Peggy Parnass,
„Prozesse 1970 bis 1978"
Verlag Zweitausendeins

Ma., IKAH

Bereitschaft zum Diensteid reicht nicht zur Verbeamtung

Dortmund: Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat am 3. Dezember die Klage des Handelslehrers Peter-Josef Boeck auf Einstellung in den Schuldienst abgelehnt.

Bereits während des Referenda-

1979 abgelehnt, denn auch an Privatschulen dürfen Lehrer nur unterrichten *„wenn Bedenken hinsichtlich der Verfassungstreue nicht bestehen oder ausgeräumt sind."*

Im März 1979 fand die nunmehr

Erklärung reichte jedoch nicht aus. Dem schloß sich jetzt auch das Gericht an.

Nach den seit 1979 geltenden Richtlinien sollen mehr als zwei Jah-

ich mich nur anschließen, und es ist schön, sowas beim Grünhöker in St. Georg, da wo auch Peggy wohnt, hinter dem Schaufenster lesen zu können. Am 5.12. war der Malersaal auch gut mit interessierten Leuten gefüllt, auch eine Altfaschistin hatte unauffällig Platz genommen, doch – was gab's denn da zu spionieren? Peggy, sichtlich angegriffen durch eine Erkältung und ihr Lampenfieber nicht versteckend, sich über die Anwesenheit von Freunden und Bekannten und aller anderen freuend, sorgte die meisten haben dies wohl auch verstanden. Da war kein Platz für laute „Vorwärts mit"- und „Nieder mit"-Reden, genauso wenig wie für Resignation. Viele offene Fragen und ein viel zu kurzer Abend im Malersaal, so daß wir uns danach in der Kneipe angeregt weiterunterhalten mußten – diesmal leider ohne Peggy.

Peggy Parnass,
„Prozesse 1970 bis 1978"
Verlag Zweitausendeins

Ma., IKAH

Bereitschaft zum Diensteid reicht nicht zur Verbeamtung

Dortmund: Das Düsseldorfer Verwaltungsgericht hat am 3. Dezember die Klage des Handelslehrers Peter-Josef Boeck auf Einstellung in den Schuldienst abgelehnt.

Bereits während des Referendariats Ende März 1967 wurde Peter-Josef Boeck zu einer Anhörung geladen. Erkenntnisse des VS über seine politische Tätigkeit wurden ihm nicht mitgeteilt. Drei Monate später erhielt er Einblick in die VS-Akte, die zu seiner möglichen Einstellung angelegt wurde. Darin sind folgende Erkenntnisse aufgeführt:

„Im Sommer 1971 war er Leiter des Grundkurses der Proletarischen Linken/Parteiinitiative (PL/PI) an der Freien Universität Berlin ...

Im Juni 1971 kandidierte er als Ersatzbewerber der ‚Roten Zelle Ökonomie' zu den Fachbereichswahlen ...

Im Februar 1972 trat er unter der Mitgliedsnummer 7961 der ‚Liga gegen den Imperialismus' bei und nahm zumindest 1974 und 1975 an verschiedenen Mitgliederversammlungen der Ortsgruppe Berlin-Kreuzberg der ‚Liga' teil ...

Am 14.11.1975 besuchte er eine von der ‚Liga' und dem Kommunistischen Studentenverband initiierte Portugalveranstaltung an der Technischen Universität Berlin."

Später kam als Vorwurf noch der Besuch einer Veranstaltung der „KPD" (heute aufgelöst) hinzu.

Anfang 1977 wurde er dann zu einer weiteren Anhörung geladen. Aus rechtlichen Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit solcher Anhörungen gab er keine inhaltlichen Stellungnahmen ab. Drei Tage vor dem angestrebten Einstellungstermin (August 77) wurde ihm telefonisch mitgeteilt, daß er nicht eingestellt werden würde. Hiergegen legte er Widerspruch ein, woraufhin sich fünfzehn Monate nichts tat. Erst durch eine Untätigkeitsklage konnte er erreichen, daß in seinem „Fall" Ende 1978 überhaupt weiter verhandelt wurde.

Im November 1978 begann er als kaufmännische Lehrkraft an einer staatlich anerkannten Privatschule. Deren Antrag, ihm die nebenamtliche Tätigkeit an einer kaufmännischen Ersatzschule zu gestatten, wurde im Februar und September 1979 abgelehnt, denn auch an Privatschulen dürfen Lehrer nur unterrichten *„wenn Bedenken hinsichtlich der Verfassungstreue nicht bestehen oder ausgeräumt sind."*

Im März 1979 fand die nunmehr dritte Anhörung statt. Dort wurde von den Verhörbeamten eine eigens auf diesen Fall zugeschnittene Formel des Diensteides erfunden, der Peter-Josef B. zustimmen sollte.: *„Sind Sie bereit, sich jederzeit für die freiheitliche, demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzusetzen, die in krasser Gegnerschaft zur Diktatur des Proletariats, der sozialistischen Revolution und zu jeglicher Gewaltanwendung zur Erlangung der politischen Herrschaft in der Bundesrepublik steht?"* Die Antwort von Peter-Josef Boeck: *„Aus meiner grundsätzlichen Haltung zu solchen Gesinnungsgesprächen lehne ich es ab, h i e r und i n d i e s e r W e i s e dazu Stellung zu nehmen. Mir ist das Grundgesetz und die Landesverfassung bekannt, mir ist der Diensteid bekannt. Ich bin bereit, diesen Diensteid abzulegen."* Diese Erklärung reichte jedoch nicht aus. Dem schloß sich jetzt auch das Gericht an.

Nach den seit 1979 geltenden Richtlinien sollen mehr als zwei Jahre zurückliegende „Erkenntnisse" nicht mehr zu den Überprüfungsverfahren herangezogen werden. Bei Peter-Josef Boeck handelt es sich in allen Fällen um Vorwürfe aus den Anfängen der 70er Jahre. Die SPD-Regierung in NRW hatte sogar mehrfach angekündigt, nach den neuen Richtlinien endlich auch die sogenannten „Altfälle" neu zu überprüfen. In diesem Fall wird einem Lehrer sogar die Anstellung an einer Privatschule verwehrt.

Peter-Josef Boeck ist heute Mitglied bei den Grünen in Dortmund und war Kandidat auf der Landesliste zu den Landtagswahlen.

Nach Presseberichten und Pressemitteilungen von P.J. Boeck

Berufsverbote-Kommission

Beleidigung?

Düsseldorf. Anläßlich der Pressehetze nach der Frankfurter Anti-Schah-Demonstration Ende 1978 hatte S.J. einen Leserbrief an die „Rheinische Post" geschrieben:

„Wenn ich mir die ‚Waffensammlung' auf ihrem Bild näher betrachte, muß ich den Demonstranten einen Vorwurf machen: So schlecht ausgerüstet an einer Demonstration teilzunehmen, auf der jeder Ordnungshüter mit Helm, Schild, wasserdichter Kleidung, Gummiknüppel und Pistole bzw. Maschinenpistole bewaffnet rumläuft, ist ein bodenloser Leichtsinn. Jeder weiß doch genau, wie leicht einem der Herren die Hand ausrutschen kann. Fast täglich liest man von Menschen, die in Polizeigewahrsam zusammengeschlagen werden, von betrunkenen Autofahrern, die wegen überhöhter Geschwindigkeit erschossen werden, von Jugendlichen, denen das gleiche passiert, weil sie im Neubau gespielt haben. Ist es nicht eine Lebensnotwendigkeit, sich für jede Demonstration zu schützen, um seinen Körper nicht wehrlos der Polizei auszusetzen?"

Daraufhin erhielt S.J. und der für die Leserbriefe zuständige RP-Redakteur eine Anzeige wegen Volksverhetzung. Das Verfahren gegen den Redakteur wurde eingestellt, das gegen S.J. hingegen nicht.

Nachdem er in der 1. Instanz freigesprochen worden war, ging die Staatsanwaltschaft in die Berufung. Und nun wurde S.J. nicht wegen Volksverhetzung, sondern wegen Beleidigung der Polizei zu zehn Tagessätzen a 10 DM verurteil. Hinzu kommen noch Prozeßkosten von 2-3000 DM. S.J. wird in Revision gehen.

Detlef/Düsseldorf

Übrigens...

es ist wieder soweit! Die Zeit des Konsumterrors, des „Friedens" und des Beschenkens ist in vollem Gange. Bis auf wenige, denen dies nichts bedeutet, nehmen alle daran teil.

Fast alle!

Die zahlreichen Gefangenen in zahlreichen Knästen sind ausgeschlossen. Sie dürfen, sofern sie jemanden „draußen" haben, allenfalls ein auf wenige Pfund beschränktes Paket erhalten. Die Mehrzahl der Gefangenen kommt aus unter-priviligierten Verhältnissen. Kontakte nach „draußen" sind abgerissen, oder die Bekannten haben selbst ums Überleben zu kämpfen. So sind es nur wenige, die vor den Augen der Mitgefangenen ein Paket in Empfang nehmen können, für die übrigen werden die Feiertage zur Tortur. Bei den Paketaktionen der letzten Jahre waren große Erfolge zu verzeichnen.

Viele mittellose Gefangene erhielten ein Paket, und es entstanden eine Menge Kontakte, die heute noch bestehen. Die Resonanz bei den Gefangenen war sehr groß. Eine Menge Vorurteile gegenüber jenen, die anders sind als sie, konnte abgebaut werden. Auch bei denen, die kein Paket bekamen, dies nur verfolgten.

Dieses Jahr haben wir ein **„gemeinsames Paketpacken"** vor, ein Treffen, bei dem Frau/Mann sich über die Arbeit der GSI informieren kann, bei dem über die derzeitige Situation in den Knästen berichtet wird und u.a. die Hamburger Gruppen bei gemeinsamer Praxis wieder ins Gespräch kommen, unterschiedliche Positionen ausdibbern, das Infodefizit beheben können etc.

Also – sprecht über die Aktion und fordert alle auf, sich allein oder gemeinsam hieran zu beteiligen!

Der Paketepacken-Info-Klönschnack-Treff ist am
Donnerstag, d. 18.12. 18.30 Uhr
in der Hochschule für bildende Künste
Lerchenfeld 2
2000 Hamburg 76 (U-Bahn Mundsburg)

Wem dieser Termin nicht zusagt, kann Lebensmittel wie Schokolade, Kekse, Tee, Pulverkaffee usw. oder Tabak und Zigarettenpapier ab
Dienstag, d. 16.12. im
Medienzentrum e.V. (MeFu)
Schumannstra. 57
2000 Hamburg 76
Tel.: 040/220 51 37
abgeben, oder über die GSI die Adressen von Gefangenen erhalten, mit denen wir in Verbindung stehen. Diese Gefangenen können Euch dann schreiben, welcher Gefangene in ihrem Knast kein Paket bekommt. Zugleich können sie Euch die Paketvorschriften nennen, damit das Paket nicht angehalten wird. Die Knäste reagieren nämlich sehr merkwürdig, wenn etwas nicht nach i h r e n Vorschriften läuft. Für alle, die weder das eine noch das andere wollen, bleibt die Möglichkeit der Geldspende auf oben angegebenes Konto.

129a-Parolen-Prozeß: 9 Monate Knast

Neun Monate soll Jürgen Heiser im Knast sitzen, weil er Ende August 1977 an der Vorbereitung (!) einer Parolen-Sprühaktion in Düsseldorf zur Solidarität des damaligen RAF-Hungerstreiks „maßgeblich" beteiligt gewesen sein soll. Einziger „Beweis": Jürgen hatte bei seiner Festnahme am 31.8.77 einen Zettel bei sich, auf dem u. a. die gesprühten Parolen aufgeschrieben waren. Das reichte, um ihn wegen „Werbung für eine terroristische Vereinigung" (§ 129 a StGB) zu verurteilen.

Das Urteil wurde bereits im August letzten Jahres gesprochen. Das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf verurteilte Jürgen damals auch noch wegen „verfassungsfeindlicher Verunglimpfung von Verfassungsorganen" und wegen „Beleidigung" zu insgesamt 10 Monaten ohne Bewährung. Verunglimpft fühlten sich die Verfassungsorgane Bundeskanzler Schmidt, Generalbundesanwalt Rebmann und Justizminister Bender durch die Parole „Schmidt, Rebmann, Bender morden Gefangene nach CIA-Programm". Beleidigt fühlte sich der vorsitzende Richter Dr. Wagner im Prozeß gegen Johannes Roos, weil Jürgen als Prozeßbesucher „Heil Hitler, Herr Freisler" zu ihm gesagt haben soll, als dieser gerade dabei war, eine Zuhörerin rauszuschmeissen.

Der Bundesgerichtshof hob das Urteil in der Revision aus formaljuristischen Gründen auf, soweit es sich auf die „Verunglimpfung von Verfassungsorganen" bezog. Im übrigen wurde das Urteil vom BGH abgesegnet.

Das OLG Düsseldorf mußte nun erneut das Strafmaß festsetzen und nochmal über sie (Nicht-) Aussetzung zur Bewährung entscheiden. Am 24.10.80 wurde das Urteil auf 9 Monate reduziert, ohne Bewährung, da etwas anderes *„der Rechtssinn des Bürgers nicht verstehen würde"* („Tagesspiegel", 25.10.80).

Schon im Urteil des letzten Jahres hieß es: *„Auch wenn der Angeklagte bisher nicht bestraft worden ist, ist mit Rücksicht auf seine Persönlichkeit, seine Überzeugungstäterschaft, die Umstände der Einzeltaten, sein Verhalten nach der Tat, insbeseine Lebensverhältnisse und die Wirkungen, die eine Strafaussetzung (zur Bewährung, Anm. AK) für ihn hätten, nicht zu erwarten, daß er künftig auch ohne die Einwirkung des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird".*

Das Gericht machte sich damals auch nicht die (hoffnungslose?) Mühe, Jürgen die Beteiligung an der Sprühaktion nachzuweisen. Allein der Zettel mit den Parolen mußte für den „Nachweis" der Beteiligung an der Vorbereitung und damit der Mittäterschaft herhalten.

„Auch wenn der Angeklagte Heiser bei der Tatbestandsverwirklichung nicht unmittelbar mitwirkte, so ändert das nichts an der inneren Einstellung, mit welcher er seine Tatbeiträge erbrachte", heißt es in dem Urteil. Und so ging es dem Gericht auch hauptsächlich darum, die „innere Einstellung" von Jürgen lang und breit darzustellen und d a r a u s zu schlußfolgern, er habe durch die Mitauswahl der Parolen für die RAF werben wollen.

Als Beispiel dafür, wie heute § 129a-Urteile geschrieben werden und auf welche Vorwürfe sie sich stützen, hier einige Auszüge: *„ ... Deren Haftbedingungen bezeichnet er als Isolationshaft. Er wirft auch heute noch den zuständigen Behörden vor, sie hätten Holger Meins ‚planmäßig verhungern lassen'. Ebenso glaubt er nicht an die ‚Selbstmordthese in Bezug auf Stammheim'. ... Im Rahmen seiner Tätigkeit für die ‚Rote Hilfe Düsseldorf' nahm der Angeklagte an der Beerdigung Ulrike Meinhofs teil ... billigte dieser im August 1977 die Thesen von Isolations- und Vernichtungshaft. Er hat seine Auffassung bis heute nicht geändert ... Schließlich hat die häufige Teilnahme als Zuhörer an der Hauptverhandlung des sogenannten Stockholmprozesses das Wissen des Angeklagten Heiser um die Entstehungsgeschichte, die Ziele und die Taten der RAF im Frühsommer 1977 aktualisiert. Den übrigen Feststellungen zum Lebenslauf ist zu entnehmen, daß diese Teilnahme am Prozeß als ‚Solidaritätsbekundung gegenüber den Gefangenen gedacht war ... Die Entstehungsgeschichte, die Ziele und die Straftaten der terroristischen Vereinigung RAF waren dem Angeklagten Heiser bekannt. Er wollte die terroristische Vereinigung mit den Mitteln der Propaganda stärken."*

Solidarität = Propaganda = Werbung = Unterstützung = 129a = Knast. So schnell geht das.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Lieber Heroin als Randale im Knast (Lehrter Straße, Januar 80, Foto Gabi Weber, Westberlin)

Lehrter Straße: Rezeptbeispiele des Modellprojekts der Westberliner Justiz

Im Berliner Frauenknast „Lehrter Straße" gärt es weiter: im Oktober wurde von gefangenen Frauen der dritte Hungerstreik innerhalb eines Jahres durchgeführt. Anlaß dieses Streiks war die Verschleppung von vier Gefangenen in die Bunker von Moabit – dem Untersuchungsknast für Männer – um dort eine sogenannte Disziplinarstrafe (bis zu 7 Tagen Arrest) zu verbüßen. Diese drakonische Strafe wurde gegen die Frauen verhängt, weil sie sich mit an einer der vielen Widerstandsaktionen in der Lehrter beteiligt hatten – es hatte auf einer Station eine kleine Überschwemmung gegeben. Die Verschleppung in die Moabiter Bunker ist aber nur das bis heute letzte Glied in einer Kette von verschärften Repressalien gegen die gefangenen Frauen.

So gibt es wegen Kleinigkeiten mengenweise Hausanzeigen und Verfahren, so zum Beispiel wegen Beleidigung oder Gefangenenmeuterei – und es ist schon Gefangenenmeuterei, wenn eine Schließerin mal einen Eimer Wasser über den Kopf bekommt. Aufgrund der Verfahren müssen einige Frauen noch über die abgesessene Strafe hinaus weiter im Knast bleiben. Außerdem wurde gegen Gefangene ein Ermittlungsverfah-
müssen einige Frauen noch über die abgesessene Strafe hinaus weiter im Knast bleiben. Außerdem wurde gegen Gefangene ein Ermittlungsverfah-
ren wegen „Unterstützunng einer kriminellen Vereinigung" angestrengt; Anlaß: Es waren Parolen („Tod dem Schweinesystem") und das Symbol des 2. Juni an den Wänden aufgetaucht.

Neben den sich verschärfenden Repressionen verschlechtert sich die Lebenssituation für die gefangenen Frauen immer weiter. So sind die Forderungen, für die die Frauen jetzt zum dritten Mal in einem Jahr gehungert haben – und sogar Anfang des Jahres einen Hunger- und Durststreik gemacht haben – bis heute nicht erfüllt:

– an der schlechten medizinischen Versorgung hat sich nichts geändert; dafür werden die Frauen jetzt von einem Mann behandelt, statt wie bislang von Ärztinnen;

– der Forderung nach mehr und besseren Arbeits- und Schulplätzen begegnete die Anstaltsleitung, indem sie die Schule schließen ließ.

Dazu kommen die kleinen, „alltäglichen" Einschränkungen: so besteht bei Besuchen absolutes Berührungsverbot, der Wäschetausch wird reduziert und das alles mit dem Argument, man wolle den Drogenhandel unterbinden. Nun haben sich vor zwei Monaten auch noch die Sozialarbeiter zu Kündigungen gezwungen gesehen, die einzigen, von denen die Frauen innerhalb der Anstalt – wenn auch nur minimale – Hilfe erhoffen konnten.

Gegen die unerträglichen, sich weiter verschärfenden Haftbedingungen, wie zum Beispiel die mangelnde medizinische Versorgung richtet sich dann auch der Widerstand der Gefangenen: *„Eines Morgens spürte ich heftige (Zahn-) schmerzen; ich habe es sofort der diensthabenden Beamtin gemeldet. Nach langem Hin und Her bekam ich endlich ein schmerzstillendes Mittel, das aber nicht den ganzen Tag anhielt. Bis 22 Uhr war ich immer noch keinem Arzt vorgeführt worden. Um diese Zeit werden die Zellen normalerweise geschlossen. Die anderen Frauen weigerten sich, in die Zellen zu gehen*
vorgeführt worden. Um diese Zeit werden die Zellen normalerweise geschlossen. Die anderen Frauen weigerten sich, in die Zellen zu gehen
und verlangten einen Arzt für mich.

Das Ergebnis: ein Rollkommando prügelte auf uns ein, um der Sache ein Ende zu machen; eine Hausanzeige wegen Gefangenenmeuterei folgte." (Bericht einer ehemaligen Gefangenen,„Abend", 21.10.80).

Während den Gefangenen mit verstärkter Repression von seiten der Anstaltsleitung begegnet wird, vertröstet der Justizsenat die sich regende kritische Öffentlichkeit auf die neue Frauenhaftanstalt, die in unmittelbarer Nähe zum Jugendknast Plötzensee entsteht. *„Eine Verbesserung könne aber nur der für 1981 geplante Neubau der Haftanstalt bringen"* (Justizsenator Meyer, nach TAZ vom 19.10.79).

Für die gefangenen Frauen wird sich durch die neue Anstalt nichts verbessern, im Gegenteil: „ ... der in Plötzensee entstehende Hochsicherheitstrakt (innerhalb der neuen Frauenhaftanstalt, Anm. AK) stellt das Modell für die übrigen fünf Vollzugsgebäude dar. Diese sogenannten Wohneinheiten sollen sich nur in Nuancen vom Hochsicherheitstrakt unterscheiden" (Tagesspiegel", 23.3.80). Für die gesamte Frauenhaftanstalt ist „eine Musterzelle entwickelt worden mit einer Sicherheits-Toilette, die nun überall eingebaut werde. Ferner ist die sogenannte Sägezahn-Fassade des Hochsicherheitstrakts, durch die Pendel-, Sicht- und Rufkontakte ausgeschlossen werden, auch für die Vollzugsgebäude geplant, die für normalen Erwachsenen-Vollzug, Jugend-Vollzug, Jugend-Drogenstation, für Behandlungsgruppen, für den Bereich Mutter und Kind und sogar für den offenen Vollzug bestimmt sind" (TSP, 23.3.80).

Dazu kommen noch – wie beim Hochsicherheitstrakt in Moabit – Fersehüberwachungsanlagen. Damit ist dieser neue Frauenknast wirklich ein Gefängnis der Zukunft – Hochsicherheitstrakt für alle inhaftierten Frauen in Westberlin – das gibt es sonst nur noch in den „neuen Ge-
ein Gefängnis der Zukunft – Hochsicherheitstrakt für alle inhaftierten Frauen in Westberlin – das gibt es sonst nur noch in den „neuen Ge-
fängnissen" in den USA.

Die neue Frauenhaftanstalt mit 320 Haftplätzen – davon 45 für männliche und weibliche Gefangene im eigentlichen HS-Trakt – ist bei einer Zahl von allerhöchstens 199 gefangenen Frauen in Berlin (am Stichtag 31.3.78) viel zu groß.

Der folgende Artikel von Dr. Annemarie Wiegand, einer ehemaligen Ärztin in der Lehrter Straße, beschreibt, mit welchem, über Jahre laufenden Konzept, der Justiz-Senat und die Anstaltsleitung versuchen, für diesen neuen Hochsicherheitstrakt „objektive Notwendigkeit" zu produzieren.

Den folgenden Artikel entnahmen wir der Zeitung der Alternativen Liste für den Bezirk Tiergarten Nr. 11/80.

Wie rechtfertigt man den Neubau eines Gefängnisses in Überdimensionen und auf Hochsicherheitsniveau für Frauen?

Rezeptbeispiele des Modellprojekts der Berliner Justiz (Lehrter Straße)

1. Schaffung vollendeter Chaotik durch Zusammenlegung a l l e r überhaupt inhaftierbaren Frauen

Man lege den Jugend- und Erwachsenenvollzug und den Untersuchungs- und Strafvollzug – obwohl dies dem Gesetz widerspricht – zusammen und zwar zu einem taktisch möglichst günstigen Zeitpunkt (1972).

Begründung: Rückgang der Kriminalität der Frau. Die Frauenhaftanstalt steht mit einer Tagesbelegung von 50 bis 70 Frauen fast leer.

Folgen:
a) Erschwernis der Haftbedingungen für alle inhaftierten Frauen
b) Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze durch Einrichtung der „Jugendstation".
In Berlin werden gleichzeitig – ursprünglich vorbildlich für einen Frauenstrafvollzug – alle Freigängerarbeitsplätze wegrationalisiert).

Erstrebtes Ziel: Durch Verschlechterung der Haftbedingungen Erhöhung der Rückfallquoten und damit der Zahl inhaftierter Frauen – aber die Rückfallquoten erhöhen sich nicht.

2. Inhaftierung von ausschließlich drogen- und alkoholkranken und von seelisch und körperlich hilflosen Personen

Man inhaftiere nicht nur straffällig gewordene, sondern auch kranke Frauen, nämlich Drogenkranke und schließlich auch wieder Alkoholkranke und andere hilflose Personen (= Holocaust).

Erfolg: Endlich wird eine Überbelegung erreicht!

Rechenbeispiel: In der Stadt gibt es 1978 etwa 1500 bis 2000 drogenkranke junge Frauen. Man braucht täglich weniger als zehn Prozent dieser Frauen in Haft zu halten (ca. 110 bis 120 Personen), um die Zahl inhaftierter Frauen um weit mehr als 100 Prozent nämlich auf 170 bis 180 Häftlinge, zu steigern.

Leider ist es so, daß die Berliner drogenkranken Frauen wenig zur Kriminalität neigen – wir könnten uns sonst z.B. vor Straßenüberfällen nicht mehr retten – man muß daher besondere Methoden anwenden, um lange Haftzeiten zu erreichen s. 3 + f.

Beispiel der Inhaftierung einer hilflosen Person

Eine alte Frau mit zahlreichen Blutergüssen im Gesicht, welche den Verdacht auf eine Schädelbasisfraktur nahelegen, wird mitten in der Nacht in die Lehrter Straße gebracht.

Grund: Sie hat einen Funkstreifenwagen gerufen, weil sie überfallen worden war. Die Funkwagenstreife aber konnte keine Täter mehr finden, sondern nur das auch noch gehbehinderter Opfer.

Folge: Strafanzeige wegen unzulässigen Rufens eines Funkwagens, drei Tage Haft, denn die Frau kann die verhängte Geldstrafe nicht zahlen.

Trotz der Mißhandlungsspuren und obwohl sie 59 Jahre alt, berentet ist und nicht ohne Hilfe laufen kann, wird die Frau inhaftiert. Sie leidet außerdem an Herzrhythmusstörungen und Sehschwäche.

Jetzt sitzt sie wohl mit einem gebrochenen Oberarm zu Hause im Bett.

Fortsetzung nächste Seite

SPENDENAUFRUF FÜR HERMANN FEILING:

Vielen ist die Geschichte und Situation des HERMANN FEILING inzwischen bekannt. Das man vor zwei Jahren einem todwunden Menschen die Atemmaske runtergerissen hat. Ihn einem illegalen Verhör unterwarf und zu getürkten Aussagen kam. Das er sich nun blind, beinamputiert und epilepsieanfällig einem darauf gründenden Prozeß konfrontiert sieht, dem er in seiner Lage kaum folgen kann. Viele wissen das mittlerweile. Viele schreiben für ihn. Viele nehmen an seinem Kampf teil.
Hermann Feiling selber weiß darüber wenig. Er kann nicht einmal lesen, was da über ihn geschrieben wird, der so mutig und lebensbejahend um seine politische und menschliche Identität kämpft. Es liegt bei uns und nur bei uns, in der Kraft unseres Engagements, wie dem Genossen Hermann Feiling das gelingt.

Hermann Feiling hat die folgende Beschreibung eines Gerätes selber entworfen, dessen Besitz ihm gestatten würde, normale Schriften, Zeitungen und Bücher zu lesen, die nicht in Blindenschrift verfasst sind.
Das OPTACON-GERÄT kostet 8ooo DM. Wir möchten dazu aufrufen, Geld zu spenden, damit er es sich kaufen kann.

"Es handelt sich beim OPTACON um ein Gerät, das eine Schrift, die ansonsten nur optisch zu erfassen wäre, tastbar macht. Zu diesem Zweck wird eine Art Kamera, die am Gerät anbringbar ist, über einen Text, zB. einen üblichen Zeitungsartikel geführt. Der Zeigefinger der linken Hand wird in ein Tastbett im Gerät gelegt, in dem vibrierende Stifte die von der Kamera erfaßten Buchstaben nachzeichnen. Die sensorischen Eindrücke des Tastfingers bestimmen Art und Geschwindigkeit der Kamerabewegung über das Papier. Ein Drittel der optischen Lesegeschwindigkeit gelten als gute Leseleistung. Die Lesegeschwindigkeit ist geringer, andererseits ist damit"normales" Lesen überhaupt wieder möglich."

HERMANN FEILING ist mittellos. Das Gerät kostet 8ooo DM. Die Gutachter für seinen Prozeß, an dessen Umkehrung zur Anklage uns allen gelegen sein, kosten ein Vielfaches, die Rechtsanwälte auch. Bisher sind Spenden in Höhe von knapp 3ooo DM eingegangen, denen schon Druckkosten von fast 5ooo Mark entgegenstehen.
Das sollte allein genug darüber, wie wichtig ein tiefer, herzhafter Griff in die "Tasche" ist, als Beitrag für SOLIDARITÄT und gegen VERGESSLICHKEIT.

Es wäre schön, wenn ein solches LESEGERÄT Hermann Weihnachtsgeschenk würde.

SPENDEN: Postscheckkonto 18 15 53 - 752. A. Häuser, PSA Karlsruhe.

DOKUMENTATIONEN & anderes Material zum Prozeß gegen Hermann Feiling

sind kostenlos beziehbar über:

INITIATIVE FÜR HERMANN, SYBILLE & SYLVIA
637 OBERURSEL 5 - POSTFACH 35 - Tel. o6171 / 73212
und : Rahmengasse 6, 69 Heidelberg

Klassenjustiz

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wen wundert es, daß überfallene und mißhandelte Frauen in Berlin nicht mehr um Hilfe zu rufen wagen, weil man sie dann noch zum Überfüllthalten der Frauenhaftanstalt mißbraucht.

So warten sie lieber, bis ein gnädiger Tod sie von ihren Leiden erlöst.

3. Möglichst lange Haftdauer für Drogenkranke

a) Man sorge dafür, daß das Mitführen selbst kleinster Heroinmengen „hochgerechnet wird.

Beispiel: 2 Gramm gefunden, gemutmaßt werden zwei Besuche auf der „Scene" pro Woche, ergibt im Jahr 100 Besuche zu 2 Gramm = 200 Gramm verkauftes Heroin. Entsprechend lange Haftdauer = weitere Überbelegung.

b) Bei drogenkranken Frauen, welche kein Heroin bei sich führten, keinen Anwalt haben und noch haftunerfahren sind, verfahre man nach folgendem Rezept: man sende einen Gerichtshelfer oder Sozialarbeiter zu jeder einzelnen während der Untersuchungshaft, welcher der betreffenden Frau verspricht, daß sie eine ganz milde Strafe bekäme, wenn sie möglichst viel gestehen würde. Der Gerichtshelfer fixiert alle Geständnisse schriftlich und verliest sie selber vor Gericht, die Frau kann nichts mehr sagen.

Folge: entsprechend hohe Haftstrafe, denn diese berechnet sich nach der verbrauchten und gehandelten Heroinmenge = weitere Überbelegung.

c) Bei drogenkranken Untersuchungshäftlingen, welche sich nicht zu einem solchen „Geständnis" bewegen lassen, dehne man die Untersuchungshaftdauer mindestens vier bis sechs Monate aus, auch bei Jugendlichen. Die Strafe für „Eigenverbrauch" – nachgewiesen mit positiver Urinprobe – wird dann für so lange ausgesprochen, wie die Untersuchungshaft dauerte.

Folge: weitere Überfüllung der Haftanstalt durch überlange Untersuchungshaftzeiten.

4. Schaffung unmenschlicher Haftbedingungen

a) Haftverschärfung durch Überdisziplinierung

Man gestalte die Haftbedingungen so, daß jede Inhaftierte, gleichgültig ob Drogen- oder Alkoholkrank oder lediglich „kriminell", größtmögliche Chancen für einen Rückfall hat:

Beispiele:

Da Zwangsmaßnahmen Suchtverhalten verstärken, gestalte man die Haft so repressiv wie möglich: bei kleinsten Verstößen gegen die Hausordnung verordne man:

Dauereinschluß
Streichen der gesetzlich vorgeschriebenen einen Stunde Hofgang
Einkaufssperre
Telefonverbot
Verbot von Duschen und Wäschewaschen

b) Haftverschärfung durch Unterbindung des Drogenhandels

Mit der Begründung , den Drogenhandel unterbinden zu wollen, lassen sich weitere differenzierte und ungesetzliche Repressionen verbinden:

Unterbindung möglichst aller sozialer Kontakte nach draußen, da so eine größtmögliche Fixierung auf Drogen erreicht wird: Kontaktß- und Berührungssperre bei Besuchen (Beispiel: eine Mutter fliegt aus der Sprechstunde, weil sie versucht, ihrer Tochter zur Begrüßung die Hand zu geben)

Besuche nur in Massenabfertigung (sieben Häftlinge sitzen bis zu 21 Besuchern an einem zwei Meter breiten und drei Meter langen Tisch gegenüber und dürfen sich nun gegenseitig anschreien) und unter direkter Aufsicht einer Beamtin.

einem zwei Meter breiten und drei Meter langen Tisch gegenüber und dürfen sich nun gegenseitig anschreien) und unter direkter Aufsicht einer Beamtin.

Sperrung aller Urlaubem Ausgänge und Ausführungen. In den größten Teil dieser Regelungen werden die Drogenfreien gleich mit einbezogen, weil es so praktisch ist.

c) Haftverschärfung durch „Motivierung" zum Drogenentzug

Hier kann man mit den Haftverschärfungen sogar noch weiter gehen:

Man teilt die drogenkranken Häftlinge ein in

1. zum Entzug Motivierte
2. vielleicht Motivierbare
3. für Therapie nicht Motivierbare

Um die vielleicht Motivierbaren doch noch zum Entzug zu bewegen, wendet man ihnen gegenüber folgendes Motivierungskonzept an:

1. Offenes Zeigen von Verachtung und Nichtbeachtung
2. Nur das Nötigste mit den Häftlingen sprechen
3. Keine Befürwortung von 2/3 Entlassung, auch bei Nichtvorbestraften (gesetzlicher Anspruch), auch nicht bei sonst guter Führung.

Dieses Ganze bezeichne man noch als „wissenschaftliche Methode" und als „Versuch, den drogenabhängigen Frauen zu helfen zu einer Langzeittherapie zu finden". „Diese Konzeption ist genauso wissenschaftlich abgesichert wie jede andere Konzeption der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs, d.h. zur Zeit gibt es keine sicheren Erkenntnisse" (Senator Meyer in Schreiben vom 29.4.80).

Das heißt, weil man in der Bundesrepublik behauptet, daß nichts wissenschaftlich erwiesen sei, ist alles, aber auch alles an Unmenschlichkeit und Sadismen gegenüber Drogenkranken erlaubt.

Aber: ein wissenschaftliches Experiment findet trotzdem nicht statt ...

Dabei ließ der Senator für Justiz selbst durch eine wissenschaftliche Untersuchung von Institut für Psychologie im Sommer 79 feststellen, daß gerade die ärmsten und sozial- und emotional am meisten geschädigten drogenkranken Frauen inhaftiert werden. Gerade diese Frauen und Mädchen aber brauchten eine besonders zugewandte und humane Therapie um soziale und emotionale Defekte aufzuarbeiten.

d) Haftverschärfung durch Vorenthalten von Schulunterricht

Da das Dahinvegetieren im Einschluß Drogen- und Alkoholphantasien begünstigt und das Selbstbewußtsein abbaut, die ohnehin positiven Drogenerlebnisse z.B. werden als übersteigert positiv antrainiert, schließe man auch noch die Schule. So geschehn im „Modellprojekt Lehrter Straße" am 16.11.79.

Wenn trotz ungünstigster Schulbedingungen und ständiger Behinderung von Schülern und Lehrern immer noch sechs drogenkranke Häftlinge regelmäßig die Schule besuchen, erkläre man ganz einfach, daß nur noch eine einzige zur Schule gegangen sei und für diese eine lohne es sich nicht, Schulunterricht zu halten.

Oder wurde die Schule etwa deshalb geschlossen, um die Motivation zum Drogenentzug (s.c.) noch weiter zu erhöhen?

All diese Haftverschärfungen provozieren infolge von tödlicher Langeweile

1. geradezu zum Ausdenken jugendlicher, eher positiv zu wertender Streiche
2. gerade bei letztlich noch ungebrochenen jungen Menschen eher zum Widerstand – ich mache nun gerade nicht, was von mir verlangt wird – als zur Anpassung, auch eine positiv zu wertende Reaktion

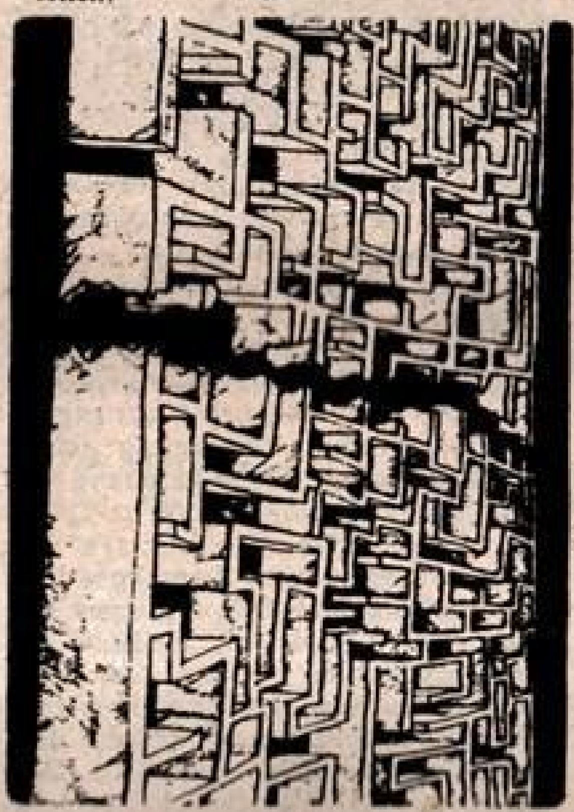
Sie schaffen damit die Überleitung zu Punkt fünf:

5. Weiteres Überfüllthalten der Frauenhaftanstalt durch Anhäufung von Anzeigen wegen Gefangenenmeuterei

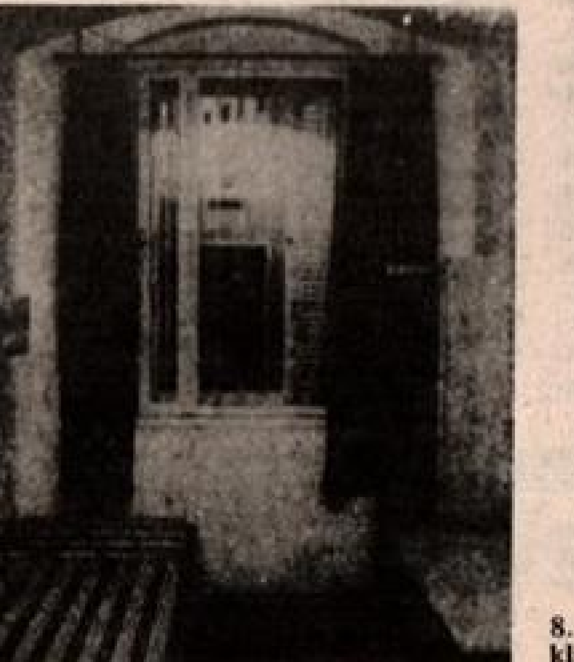
Wenn dies alles immer noch nicht ausreicht, um die Anzahl inhaftierter Frauen in die Höhe schnellen zu lassen – man baut schließlich einen Neubau mit 320 (dreihundertzwanzig) Plätzen auf Hochsicherheitsniveau, kann aber als höchste Tagesbelegung während der letzten neun (von 1970 bis 1979) nur 199 (hundertneunundneunzig) Frauen als jemals erreichte höchste Tagesbelegung aufweisen und dies trotz Inhaftierung einer Großzahl von Drogenkranken, trotz ständiger Ordnungsstrafen und auch noch Hinzuzählen der Abschiebehaft – wende man folgendes Rezept an:

selbst bei kleinsten Verstößen gegen die Hausordnung (nicht pünktlich in die Zelle gehen, sich weigern, sich von Nichtärzten vaginal abtasten zu lassen, etc.) stelle man eine Strafanzeige wegen Gefangenenmeuterei. Man provoziere die Frauen außerdem so weit wie möglich zu Verstößen gegen die Hausordnung, indem man die Haftbedingungen aufs unsinnigste verschärft. (s.4)

1) Auch wenn die Richter Erbarmen und Verständnis mit den Mädchen und Frauen zeigen und „nur" 50 Prozent der Angezeigten zu weiterer Strafhaft verurteilen.







2) die Fülle der Anzeigen – viele der Frauen haben inzwischen zwei Verfahren laufen – wird vielleicht doch eine merkliche Steigerung der Haftzahlen bringen.

3) (Beispiele: Bewaffnung mit Suppenkellen, niemand wurde verletzt, = sechs Monate Strafhaft für die „Rädelführerin"; ein Eimer Wasser am Tage vor der Entlassung aus der Zelle geschüttet = vier Monate Nachschlag)" Besonders spannend wird es, wenn für die Ermittlungen der „Gefangenenmeuterei" auch noch Untersuchungshaft verordnet wird.

4) Außerdem rechtfertigen die vielen Meutereien weitere Haftverschärfungen und natürlich auch einen besonders sichtbaren Neubau.

6. Begründung weiterer Haftverschärfungen und entwürdigender Handlungen an Frauen durch das Hereinströmenlassen von Heroin in die Frauenhaftanstalt

Man wende alles nur Erdenkliche an, um das Selbstwertgefühl der Frauen weiter herabzusetzen. Dazu gehört vor allem, daß man nicht nur den Frauen, sondern auch Besuchern predigt, sie würden sowieso wieder rückfällig und wollten zurück zu den Drogen und zur Prostitution, das wird auch von den „nur" kriminellen erzählt.

Um ganz sicher zu gehen, daß die Frauen auch wirklich rückfällig werden und daß noch nicht drogenkranke Frauen angefixt werden, läßt man so viel Heroin wie nur irgend möglich in diese kleine Haftanstalt hereinkommen.

Keine Schule, keine Berufsausbildung und zum Ausgleich dope in Mengen.

Man kann dann immer weiter entwürdigende Prozeduren z.B. **Zellenfilzungen und vaginale Abtastungen und Untersu**chungen, welche gesetzlich noch gar nicht gestattet sind (Gesetz in Vorbereitung), und hier im „Modell Lehrter Straße" sogar von Nichtärzten durchgeführt werden, mit der Begründung durchführen, daß man doch „nur" den Frauen helfen und den Drogenhandel unterbinden wolle. Welches Schwein gailt sich wohl an dem Gedanken hoch, daß hier ständig Frauen im Genitalbereich herumgefummelt wird?

Außerdem weiß man, daß besonders jugendliche Frauen aus Scham über vaginale Untersuchungen schweigen und sich höchstens einer älteren und sehr zugewandten Frau in einer absoluten Vertrauensposition anvertrauen. Dies leitet über zu Punkt sieben:

7. Entfernung der Vertrauenspersonen, besonders in gehobener sozialer Position aus der Frauenhaftanstalt

a) Beispiel der Ärztinnen:

In rascher Folge wurden drei Ärztinnen aus der Frauenhaftanstalt entfernt. Die dritte dieser Ärztinnen wurde bei ihrer Einstellung ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Frauen nicht bei ihr ausweinen wollten!

Auch Ärztin Nummer zwei hatte Berichte über Ausweinen der Frauen bei ihr an die Justizverwaltung geschickt. Alle drei Frauen wurden auf die unterschiedlichste Art aus der Frauenhaftanstalt entfernt. Die Anstaltsleitung benutzte die Kritik an jeder dieser Ärztinnen und von welcher Seite sie auch kam, um diese Frauen von ihren Patientinnen fernzuhalten, bzw. ihnen die Arbeit zu verbieten, bzw. zu verleiden.

Inzwischen ist ein männlicher Arzt für die praktische ärztliche Versorung der Frauen zuständig.

Daß sich die Frauen erst nach einem langdauernden fundierten Vertrauensverhältnis der behandelnden Ärztin anvertrauten, beweist der Fall eines Mädchens, welches im August einer vaginalen Untersuchung mit manueller Austastung der Scheide ohne Gegenwart eines Arztes gefallen lassen mußte – sie weigerte sich vergeblich – und sich erst in jüngster Zeit ihrer Ärztin anvertraute.

Die Anstellung eines Mannes als Anstaltsleiter und der zunehmende Einsatz männlicher Beamter und das Auffahren von Rollkommandos aus männlichen Polizisten bei jeder sich bietenden Gelegenheit spricht Bände für die Sadismen gegen Frauen (Frauenhaftanstalt: „da stelle ich mir lauter Männer mit Peitschen vor, die nackte Frauen vor sich hertreiben", Ausspruch eines jungen Mannes aus der Modebranche)

b) Aber nicht nur weibliche, auch männliche Vertrauenspersonen der Häftlinge werden aus der Frauenhaftanstalt entfernt. Erinnert sei hier nur an den Fall der Anstaltsbeiräte Frau Wolf und Ulrich Trautmann, welche sich ebenfalls dem „wissenschaftlichen Motivierungskonzept" widersetzten und Vorschläge für das Schaffen zusätzlicher Arbeitsplätze brachten.

Fass. I Sie wurden aus nichtigem Anlaß gezwungen, ihren Rücktritt zu erklären. Man versuchte außerdem auf den ver-

plätze brachten.
Fass. I Sie wurden aus nichtigem Anlaß gezwungen, ihren Rücktritt zu erklären. Man versuchte außerdem auf den ver-

schiedensten Wegen zu erreichen, daß sie ihren Rücktritt nicht veröffentlichten (Mai 79?)

Fass. II Man konstruierte einen Anlaß, um ihren Rücktritt zu erzwingen. Außerdem versuchte man auf den verschiedensten Wegen, sie dazu zu bringen, daß sie über ihren Rücktritt schwiegen. (Mai 79). Doch sie schwiegen nicht: ihr Versuch, Öffentlichkeit zu schaffen, wurde jedoch im Keime erstickt, ebenso wie der Hunger- und Durststreik der Ärztin Dr. A. Wiegand, welche erkannte, daß auf der Station der Jugendlichen Ungeheuerliches vor sich ging. Inzwischen besteht kein Zweifel mehr, daß man die bedauernswerten Mädchen für einen wissenschaftlichen psychologischen Versuch mißbraucht. So wurd auch in der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1519 vom 21.8.80 von einem „Motivierungsmodell für drogenabhängige Jugendliche" gesprochen.

Dieses Modell beinhaltet auch, daß auf der Station der „Nichtmotivierten" Jugendlichen überhaupt keine Gruppen (Bruch des Jugendstrafvollzugsgesetzes) arbeiten dürfen.

Holocaust mit Todesopfern.

8. Weitere Verschlechterung des Anstaltsklimas durch Schüren von Streitigkeiten zwischen allen Gruppen von Arbeitenden

Nicht nur den Ärztinnen verleide man die Arbeit und vertreibe sie, man schaffe auch ein unerträgliches Arbeitsklima zwischen Beamten einersets und Sozialarbeitern + Psychologen andererseits. Das ist ganz einfach, indem man Sozialarbeiter und Psychologin zum „Fachteam" erklärt, den Beamtinnen die Teilnahme an Besprechungen verweigert, sie herabsetzt, ihnen keine Möglichkeit gibt, sich beruflich weiterzubilden und statt auszugleichen, den Haß ständig weiter schürt.

Die Beamten geben dann ihre Herabsetzungen an die Inhaftierten weiter und auch an die Freien Mitarbeiter. So werden diese durch ständige Behinderung und Herabsetzung schließlich auch resignieren...

Das Ende der Gruppenarbeit ist schon abzusehen.

Aber auch die Sozialarbeiter werden nur in Punkten, die der Justizverwaltung günstig erscheinen, unterstützt. In letzter Zeit wurden sie derartig behindert, daß sie bis auf eine Ausnahme das Handtuch warfen.

Die Folge: weitere Haftverschärfungen und erstmalig Verlegung von vier weiblichen **„Meuterinnen" – ausgerechnet von** solchen Frauen, welche kein Heroin trotz des Überangebots mehr nehmen, als „Vollzugsstörer" in die Bunker der Untersuchungshaftanstalt für Männer. Ein erstmaliger Vorgang, der offensichtlich Strafverlegungen nach Westdeutschland vorbereiten soll und außerdem HS-Gefängnisse für Frauen weiter begründen helfen soll.

Denn je mehr Widerstand von Seiten der Frauen, je mehr Anzeigen wegen Gefangenenmeuterei, um so besser läßt sich ein HS-Gefängnsineubau für Frauen „rechtfertigen."

9. Propagandistische Vorbereitung des Neubaus der Frauenhaftanstalt

a) Ausbruchs g e f a h r ! ! ! im Frauenstrafvollzug

Obwohl bekannt ist, daß im Frauenstrafvollzug praktisch keine Ausbrüche vorkommen, benutzt man die einmalig erfolgte Flucht von vier weiblichen Häftlingen aus der 1974 völlig ungesicherten Bibliothek der Frauenhaftanstalt Lehrter Straße dazu, immer wieder und wieder von Ausbruchsgefahr im Frauenstrafvollzug zu sprechen.

Etwa sechs Meter hohe massive Betonmauern und weitere teure Übertreibungen, welche als „Sicherheitsmaßnahmen" deklariert werden, dienen wohl eher der Befriedigung von Sadismen einiger hoher Justizbeamter gegenüber Frauen, als daß sie einen Sicherheitsanspruch rechtfertigen könnten. Aber der verängstigte Steuerzahler schweigt.

b) Verschleierung des Rückgangs der Kriminalität der Frau

Anstatt sich Gedanken darüber zu machen, weshalb die Kriminalität der Frau seit Ende 1960 stetig und unbeeinflußbar zurückgeht und warum dies bei Männern n i c h t der Fall ist

– der Rückschluß auf eine katastrophale emotionale und soziale Notlage der männlichen Jugendlichen vorwiegend (?) aus ungünstigen sozialen Verhältnissen drängt sich geradezu auf und damit die Forderung, in dieser Richtung gezielt zu forschen und umgehend Hilfen und Verbesserungen für männliche Kinder und Jugendliche zu schaffen – anstatt auch hier einen weiteren Betonsarg, genannt Jugendstrafanstalt, zu installieren –

tut man alles, um die Lüge von der „gestiegenen Kriminalität der Frau" aufrechtzuerhalten und weiterzuverbreiten. Wie sonst aber wollte man den Neubau eines Hochsicherheitsgefängnisses in Überdimensionen für Frauen rechtfertigen?

Dieses Bestreben, die Lüge von der gestiegenen Kriminalität der Frau aufrechterhalten zu müssen, führt nicht nur zu den oben beschriebenen Methoden, drogenkranke und nichtdrogenkranke weibliche Häftlinge unter unmenschlichsten Haftbedingungen zu halten und mit allen Mitteln Verlängerungen der Haftzeiten zu erzwingen, sondern außerdem – der Öffentlichkeit leider unbekannt – zu einer Vielzahl von Verurteilungen vorwiegend älterer Frauen wegen geradezu lächerlich kleiner „Straf"taten.

Ein weiteres Berliner „Modell " bietet hier günstige Möglichkeiten: Die Art der Verfolgung von Ladendiebstählen.

1979 wurden insgesamt 4 744 Frauen wegen einfachen Diebstahls a b geurteilt, 3 170 von ihnen wurden v e r urteilt. In mehr als 1 500 Fällen war das Delikt also so gering, daß das Verfahren eingestellt wurde oder daß ein Freispruch erfolgte und dies, obwohl bereits Geldstrafen in Höhe von zwanzig bis vierzig Mark als „V e r urteilungen" gelten.

Besonders verhängnisvoll, und nur schwer von Ausstehenden erkennbar, wird

von zwanzig bis vierzig Mark als „V e r urteilungen" gelten.
Besonders verhängnisvoll, und nur schwer von Ausstehenden erkennbar, wird

hier eine Kriminalisierung älterer Frauen betrieben: 1977 wurden 370, welche 60 Jahre alt und älter waren, wegen einfachen Diebstahls v e r urteilt, 1978, nach Anwendung des Berliner „Modells" waren es 713 (siebenhundertunddreizehn), 1979 waren es 579 ältere Frauen (Offensichtlich ließ sich die Anzeigenziffer nicht mehr steigern und auch den Richtern fiel wohl auf, daß hier der Schwachsinn regierte).

Da die Anzahl der Abgeurteilten nicht näher nach dem Alter untergliedert wird, läßt sich für einen Außenstehenden nicht ermitteln, wie viele alter Frauen unschuldig einem Verfahren ausgesetzt werden.

1979 wird die Gruppe der verurteilten alten Menschen nochmals untergliedert und zwar in Personen, welche 60 bis 69 Jahre alt sind und in Personen, welche 70 Jahre alt und älter sind.

So kann man aus der amtlichen Öffentlichen Berliner Statistik erfahren, daß im Jahre 1979 in dieser „weltoffenen menschenfreundlichen Stadt", in welcher alte Menschen nicht mehr „Greise" sondern „Senioren" heißen, 238 (zweihundertachtunddreißig!) Frauen, welche siebzig Jahre alt und älter waren, wegen einfachen Diebstahls v e r urteilt wurden.

Berücksichtigt man den Rückgang lebender Personen in dieser Altersklasse, so müßte man leider schließen, daß die älteren Berliner Frauen ausgesprochene Diebinnen sind, und einen geradezu perversen Hang zur Kriminalität zeigen.

Die Verfasserin schließt anders: die Berliner Justiz zeigt geradezu einen perversen Hang zur Verfolgung von Frauen, je älter, desto besser. Alte Frauen, die durch Inhaftierung herzkrank werden, dienen zur Überfüllung der Frauenhaftanstalt! Die Würde des alten Menschen wird mit Füßen getreten. Die leichte Verwirrbarkeit und Schreckbarkeit alter Menschen bei außergewöhnlichen Situationen (Verdacht – Detektiv – Polizei) wird schamlos ausgenutzt, um eine Erhöhung der Kriminalität der Frau vortäuschen zu können.

Die Opfer selbst aber schweigen aus Angst und Scham.

Dr. med. A. Wiegand seit 12.9.78 Tätigkeitsverbot im Strafvollzug, da sie den Senator für Justiz auf die unmenschlichen Haftbedingungen der in der Lehrter Straße inhaftierten Frauen aufmerksam machte.

Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd

Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster
Darmstadt
Hauptpostlagernd

Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

»Das BTMG ist 1 Schande!«

Dieser kurze Satz stand auf einen „Sandwich" in der Hamburger Innenstadt zu lesen und sprang neugierigen Passanten in die Augen. Der Träger wußte, wovon er sprach: er war einer von vielen Klienten sozialtherapeutischer Wohngemeinschaften, die gemeinsam mit Sozialarbeitern, Erziehern, Mitarbeitern von Drogenberatungsstellen (Drobs'en) und anderen Drogenpraktikern an der ersten bundesweiten Aktionswoche gegen das Betäubungsmittelgesetz teilnahmen. In vielen Städten der BRD wurden in der Woche vom 24.-30.11. Podiumsdiskussionen, Informationsstände, Pressekonferenzen, gemeinsame Aktionen mit Jugendzentren, interessierten Medizinern, Juristen und Lehrern, sowie andere Veranstaltungen durchgeführt. Am Ende waren alle Beteiligten reichlich geschlaucht, aber es hatte sich gelohnt – nach langer Ruhepause waren die von den Verschärfungen der Drogengesetze und -programme ebenfalls betroffenen, berufsmäßigen Helferinnen und Helfer erstmals wieder koordiniert an die Öffentlichkeit gegangen.

Der Beginn dieses bundesweit koordinierten Vorgehens waren die Solidaritätsaktionen für die Drobs Giessen im vergangenen Winter, die die finanzielle Austrocknung dieser selbstverwalteten Einrichtung abzuwehren halfen (s. AK 175). Auf dem Hamburger Drogentreffen des Jugendpolitischen Forums (JuPoFO) im Juni wurde dann die Aktionswoche beschlossen. Regional wurden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.

In **Westberlin** war es v.a. die Praxis der Justizorgane: generell werden hier längere Strafen als früher ausgesprochen, und durch den massiven Ausbau des Polizeiapperates stehen Drogenabhängige schon wegen geringfügiger Delikte bzw. nur wegen des Konsums vor Gericht. Die Gerichte stellen neben der Schwere des „Delikts" besonders das Kriterium der „Therapiemotivation" in den Vordergrund. Dahinter verbirgt sich der Versuch, über den weiteren Lebensweg der Angeklagten objektive Prognosen treffen zu wollen. Als Kriterien werden herangezogen: Kontakt zu einer der völlig überlasteten Drob'sen, Rang auf der Warteliste einer der ebenfalls überfüllten Therapieeinrichtungen, Zusicherung der Therapiekostenübernahme durch einen Versicherungsträger und Stand der zahnärztlichen Behandlung. Selbst bei günstiger Aussicht auf einen Therapieplatz muß die gewählte Art der Behandlung vor dem Gericht noch Anerkennung finden. Wer also beispielsweise mit vom Heroin bewirkten Zahnschäden, ohne Kontakt und Rückhalt einer Drobs und überdies vielleicht noch mit einer Vorstrafe vor Gericht steht, hat beste Chancen, für 12 oder mehr Monate einzufahren. Wer gar durch Bockigkeit, zu viele Minuspunkte und den Abbruch einer Therapie es insgesamt an „Motivation" fehlen läßt, gilt schnell als „therapieresistent" und kann zusätzlich noch Zwangseinweisung in hochgesicherte Psychatrien aufgebrummt bekommen.

Für die Drob'sen gestaltet sich diese Praxis zu einer reinen Selektions- und Gutachterfunktion – sie werden angehalten, für die Erfüllung der o.g. Kriterien zu sorgen und vor Gericht *„eine Prognose darüber zu erstellen, ob der Abhängige die Therapie erfolgreich durchläuft oder nicht"* (aus der Broschüre Westberliner Drob'sen zur Aktionswoche). Darüberhinaus werden bei Urteilen mit Therapieauflage einzelne ihrer Mitarbeiter-innen dazu verpflichtet, bei nicht erfolgtem Therapiantritt den zuständigen Richter zu informieren. Deshalb lehnen die an der Aktionswoche beteiligten Drob'sen und Selbsthilfegruppen *„eine Einbindung freier Träger in einen immer umfassenderen Repressionsapperat ab, der es Drogenabhängigen in Zukunft verunmöglicht, noch zwischen freien Einrichtungen und Strafverfolgungsbehörden zu unterscheiden"*. Sie sehen sich *„immer mehr gezwungen, an den Folgeerscheinungen der Sucht zu arbeiten, d.h. an der Kriminalität und nicht an der Sucht selbst"*.

Dagegen wehrten sie sich durch einen einwöchigen Streik und mit einer Serie von Veranstaltungen. Wie auch in anderen Städten trafen ihre Stände in der Öffentlichkeit auf geteilte Meinung, aber gerade jugendliche und auch viele ältere Passanten waren sehr interessiert. Eine Demonstration zu den Knästen Lehrter Straße und Moabit wurde auch hinter den Gittern erfreut wahrgenommen.



In **Hamburg** stellten die Träger der freien sozialtherapeutischen Wohngemeinschaften die Frage der Therapiekostenübernahme in den Mittelpunkt. Nach einem Plan, der im hessischen Sozialministerium ausgekocht wurde, sollen in Zukunft medizinische Kriterien ausschlaggebend für die Kostenübernahme durch die Versicherungsträger sein. Soziale, gesellschaftlich bedingte Ursachen einer Sucht blieben dann unberücksichtigt, und für die sozialtherapeutisch orientierten Einrichtungen bedeutet das entweder die radikale Veränderung ihrer Strukturen, indem sie als Leiter allein entscheidungsbefugte Ärzte einstellen, bzw. eine umfassende Änderung ihrer Therapievorstellungen oder aber die finanzielle Austrocknung mangels Klienten. Gegen diese galoppierende „Medizinisierung" einer Erkrankung an der Gesellschaft wurden auch in Hamburg Informationsstände und Sketche auf die Straße getragen und ein gemeinsamer Diskussionstag der Drogenpraktiker durchgeführt. Mit einem Informations- und Theatertag in der „FABRIK", an dem sich auch der „Türkische Arbeiterverein" mit



Informationen über die Rolle der Grauen Wölfe im Heroinhandel und über die Lage der türkischen Opiumbauern beteiligte, ging die Woche zu Ende.

Hannover: hier fand u.a. eine sehr dufte Fete mit Informationen zum BtmG statt, die von der Drobs gemeinsam mit örtlichen Jugendzentren veranstaltet wurde. Eine Öffentlichkeitsgruppe will die Arbeit fortführen.

Göttingen: auf besonderes Interesse stießen mehrere Veranstaltungen der Drobs an verschiedenen Fachbereichen der Uni und eine Sprechstunde im Knast über das BtmG.

Delmenhorst: wegen der ekligen Auseinandersetzungen mit der „Anti-Drogen-Koalition" waren die Kräfte für weitere Aktionen leider vorerst verbraucht.

Gießen: die Drobs hat wegen der jahrelangen Auseinandersetzungen um die Finanzierung ihrer Arbeit handfeste Erfahrungen mit Öffentlichkeitsarbeit. Mit Lehrern, Schülervertretern, Mitarbeitern der sozialen Dienste, Eltern, Richtern u.a. wurden mehrere Veranstaltungen durchgeführt. Im Mittelpunkt standen Diskussionen über das BtmG und die Auswirkungen des Hessen-Modells auf die freien, selbstverwalteten Träger.

Limburg: eine Podiumsdiskussion mit einem Richter, dem Landtagsabgeordneten und Vorsitzenden des Drogenausschusses Udo Schlitzberger (SPD) u.a. fand das Interesse von 40 Besuchern.

Offenbach: außer einer Ausstellung im Rathaus fielen weitere Veranstaltungen leider ins Wasser.

In NRW fand außer in Aachen nichts statt, und in Süddeutschland befindet sich seit den Auseinandersetzungen um die Heidelberger „Free Clinic" die Öffentlichkeitsarbeit der Drob'sen leider in einem Dornröschenschlaf.

Nach dem Abschluß der durchaus erfolgreichen Woche äußerten fast sämtliche angesprochenen Beteiligten die Absicht, die begonnene Zusammenarbeit im nächsten Jahr fortzuführen. Sie beabsichtigen, die jetzt angeknüpften Kontakte, die weit über die reine Drogenarbeit hinausgehen, warmzuhalten und hoffen, daß die Kolleginnen und Kollegen anderer Einrichtungen, die sich diesmal noch nicht beteiligt haben, das nächste mal dabei sind.

Drogenkommission

Nachtrag: zur Situation in den Westberliner Knästen siehe Artikel auf den vorstehenden Klassenjustiz-Seiten.



Der Knasttherapeut im Einsatz

»Anti-Drogen-Koalition« nun auch gegen Reggae-Konzert aktiv

Düsseldorf. Die „Anti-Drogen-Koalition", ein Ableger der Provokateurstruppe EAP, schlug auch in Düsseldorf zu. In Nürnberg hatten sie unlängst Sozialarbeiter des Kommunikationszentrums und in Delmenhorst Mitarbeiter der Drogenberatung, die sich kritisch zu der staatlichen Handhabung des Drogenproblems geäußert hatten, als „Drogenapostel" verleumdet (siehe AK 190). Diesmal hatten sie sich die „Zehn-Mark-Schein-Produktion", eine alternative Künstlergruppe vorgenommen. Diese hatte für den 29.11. ein Konzert mit der Ganja-Reggae-Band vorbereitet. Ort der Veranstaltung war die Aula eines städtischen Gymnasiums.

Auf den Handzetteln, mit denen für das Konzert geworben wurde, stand auch der Spruch: *„Wir alle (b)rauchen Ganja"*. (Ganja ist ein Slang-Begriff der Rasta-Bewegung auf Jamaika für Marihuana).

Das genügte der „Anti-Drogen-Koalition", sich an die Stadtverwaltung zu wenden und darauf hinzuweisen, daß das Konzert ein Treffpunkt von Drogenhändlern und Süchtigen würde.

Die Stadtverwaltung reagierte prompt und zog die Nutzungsgenehmigung für die Aula zurück. Allerdings erreichte die Zehn-Mark-Schein-Produktion per einstweiliger Verfügung, daß das Konzert doch stattfinden konnte. Um die „Sauberkeit" des Konzertes zu gewährleisten, erschienen mehrere Bullizisten des Rauschgiftdezernats, der für Drogendelikte zuständige Staatsanwalt sowie der Leiter des Jugendamtes in Begleitung mehrerer Bezirksjugendpfleger. („Rheinische Post" vom 27.11. und 29.11.)

Detlef/Düsseldorf

CIA – der größte Dealer der Welt?

Einen neuen interessanten Aspekt des amerikanischen Engagements in Afghanistan, die Verflechtungen der CIA mit dem Heroinschmuggel, untersuchte die antiimperialistische amerikanische Zeitschrift „Counter Spy" vom November 1980. Rückgriffe auf die ähnliche Entwicklung im amerikanischen „Secret War" gegen Laos sowie Untersuchung der Auswirkungen auf die USA machen deutlich, welchen Preis die amerikanische Bevölkerung für das antikommunistische Engagement der USA in Afghanistan schon jetzt in Form von Drogenopfern zahlen muß. Während die amerikanische Rauschgiftbehörde DEA den Fluß mittelöstlichen Heroins in die Staaten abzublocken versucht, fördern Pentagon und CIA die einzige Finanzierungsmöglichkeit der antikommunistischen Guerillas – Heroin.

Wir drucken nachstehend wesentliche Teile des „Counter Spy"-Berichtes ab. Einen längeren Teil des Artikels zur allgemeinen Pressekampagne gegen Afghanistan in den USA haben wir weggelassen.

Asien-Australien Kommission

CIA-Rebellen liefern Heroin

„Counter Spy" ist bereits detalliert auf die Ausdehnung der amerikanischen, chinesischen, pakistanischen und ägyptischen Hilfe für die Rebellen eingegangen. Trotz aller Erklärungen hält diese Hilfe an. Dies wurde im August deutlich, als die iranische Regierung – sonst ein starker Unterstützer der Rebellen – gezwungen wurde eine der Rebellengruppen – ‚Jamiat-i-Islami' wegen deren starker Verbindungen zur CIA und zum Heroin-Schmuggel zu verbieten.

Anti-Kommunisten, US-unterstützte Rebellen, Heroin, CIA – alle bilden einen familiären Kreis. Man wird erinnert an die vom CIA für Söldner-Armeen rekrutierten Hmong-Stämme in Laos. Im Austausch rüstete die CIA sie mit Flugzeugen und Helikoptern für den Opium-Transport aus. Früher war es für die Hmong und andere Stämme extrem schwierig, ihr Opium aus den rauhen Gebirgsgegenden herauszubringen. Die CIA-Flugzeuge überwanden das wesentliche Hindernis im Opium-Transport. In seinem Buch „Die Politik des Heroin in Südostasien" führt Alfred McCoy aus, daß ohne die CIA-Flugzeuge und Hubschrauber die Hmong mit dem wirtschaftlichen Ruin konfrontiert worden wären. „Da war keine andere Möglichkeit des Lufttransports in Laos".

Als Rückwirkung kam das vom CIA transportierte Opium als Heroin in die USA und hatte einen verheerenden Effekt in der US-Öffentlichkeit. 1970 berichtete das amerikanische Büro für Narkotika und gefährliche Drogen (BNDD, Vorgänger der Drogen-Abwehr-Agentur, DEA): daß „70 % des über Europa und Amerika schwappenden Ozeans von Heroin seine Herkunft in der burmesisch-thailändisch-laotischen Dreiecksregion hat, die von den CIA-Söldner-Opium-Armeen kontrolliert wird". Zu dieser Zeit erreichte die Heroinabhängigkeit in den USA epidemische Ausmaße. Die Nixon-Administration beschrieb die Situation „im Ausmaß eines nationalen Notstandes". Präsident Nixon entwickelte ein Programm zur Bekämpfung der Heroinprobleme, der Kongrß kreierte die DEA – aber zur gleichen Zeit förderte Nixon das CIA-Transport-Netzwerk für Hmong-Opium, um den „Kommunismus zu bekämpfen".

Der Heroin-Fluß in die USA kam zum Stoppen, als die USA militärisch in Indochina geschlagen wurden. Nicht als Erfolg irgendeiner DEA-Aktion, sondern als Folge des Abzugs der US-Offiziere und Truppen ...

Schrittweise trocknete der Heroinhandel aus dem Goldenen Dreieck aus – mit Ausnahme des Opiums aus Thailand – wo CIA und US-Truppen blieben.

Nach dem US-Abzug aus Indochina sank der Heroin-Verbrauch in den USA und Präsident Carter konnte sich am 21. Januar 1980 brüsten: „Zu Beginn meiner Amtszeit gab es über eine halbe Million Heroinabhängige in den USA. Unsere ständige Arbeit zur Reduzierung des Heroinflusses ... hat die heroinabhängige Bevölkerung auf 380.000 reduziert" – die niedrigste Zahl in 25 Jahren ...

Heute sind die aufmunternden Statistiken vom Januar 1980 Geschichte. Der Heroin-Fluß ist am Steigen und sein Gebrauch steigt dramatisch. Wir sind – um einen hohen Polizeioffiziellen zu zitieren – „auf dem Weg, eine neue Heroin-Hölle zu betreten". Diesmal kommt das Heroin aus dem „Golden Crescent" Südwestasiens. Das Newark Büro der DEA berichtet beispielsweise, daß die „bekannten Mengen des „Golden Crescent"-Heroin auf den Straßen um 600 % gestiegen sind". (...)

Verschiedene Teile Afghanistans sind Opium-Länder seit Dekaden (seit Jahrzehnten, Anm. AK) ...1972 war Afghanistan noch kein wesentlicher Opiumlieferant für den Westen. Bestimmte Mengen wurden nach Iran und Ägypten geschmuggelt – aber Afghanistan und Pakistan waren eine wesentlich unangetastete Opiumquelle.

Dies war vor acht Jahren. Jetzt wurde diese Quelle erschlossen und Heroin aus afghanischem Opium fließt reichlich nach Westeuropa und in die USA. Nicht überraschend – die Entfesselung dieses Flusses stimmt überein mit der Ankunft der CIA an der afghanisch-pakistanischen Grenze, um die opiumproduzierenden Stämme zu unterstützen und zu bewaffnen – alles im Namen des Kampfes gegen den Kommunismus.

Hoag Levins vom „Philadelphia Magazine" fragte einen „hochrangigen Polizeioffizier aus Washington" in einem Interview über die Verantwortlichkeit der US-Regierung für den Zustrom von „Golden Crescent"-Heroin. Er antwortete: „Die Administration geht nervös um diese Frage herum, als sei es eine Landmine. Die Frage des Opiums und Heroins aus Afghanistan ist explosiv. In einer ...Rede erwähnte der Präsident den Heroinmißbrauch zwar, vermied aber sorgfältig jede Erwähnung Afghanistans – obwohl es Afghanistan ist, wo sich die Dinge tatsächlich abspielen. Er sagte etwas von „Drogen aus Iran und Asien", nahm Afghanistan aber besonders aus, weil er Angst davor hat, daß die Medien die Frage stellen: „Warum werfen wir nicht einen kritischeren Blick auf die Waffen, die an die Banden von Drogenhändlern verschifft werden und die mit Sicherheit zur Verstärkung der Drogenschmuggel-Operationen dienen". David G. Canady, Spezialagent in Diensten des DEA-Büro in Washington sagte, daß die DEA absolut nichts gegen den Zustrom des Golden Crescent Heroins machen kann, „weil wir keine diplomatischen Verbindungen in diesen Teil der Welt haben". Seine Stellungnahme ist bestenfalls eine schwache Entschuldigung, es bestehen diplomatische Verbindungen zwischen USA und Pakistan. Der tatsächliche Grund für die Unfähigkeit der DEA, den Drogenfluß aus dem Golden Crescent zu stoppen ist, daß die Opium anbauenden Stämme aufgrund ihrer oppositionellen Haltung gegenüber der afghanischen Regierung nicht belästigt werden. Aus diesem Grund entschied die DEA, alle ihre Agenten aus dem afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet abzuziehen. Gleichzeitig hat die CIA, die diese Stämme unterstützt ... ihre Operationen ausgedehnt.

Die Golden Crescent Region mit ihrer wachsenden CIA-Präsenz produzierte schätzungsweise 1000 Tonnen 1979, 300 Tonnen in Afghanistan und 700 Tonnen in Pakistan, das meiste im Grenzgebiet. (Im Vergleich: die mexikanische Produktion lag bei 10 Tonnen). Die 300 Tonnen afghanisches Opium werden zu ca. 30 Tonnen reinem Heroin aufbereitet. Ca. 60 Tonnen reines Heroin aus dem Golden Crescent sind momentan in den USA verfügbar. Und das erste Mal wird afghanisches Opium in großen Mengen in die USA geliefert – dank der CIA-unterstützten Stämme, die gegen die afghanische Regierung kämpfen.

Der Krieg der afghanischen „Freiheitskämpfer" ist ein merkwürdiger „heiliger Krieg". Wer den „geheimen" Krieg der CIA in Laos mit den daraus resultierenden Hunderttausenden Heroinopfern zuhause mochte, der mag auch Gefallen am „geheimen" Krieg der CIA in Afghanistan finden. Wer über Laos entrüstet war, sollte aufschreien und ein sofortiges Eingreifen des Parlaments in den Heroinverkehr von der pakistanisch-afghanischen Grenze nach den USA fordern ..."

(„Counter Spy", November '80)

Dreimal lebenslänglich plus 10 Jahre

Der Kampf der palästinensischen Frauen

Rasmiah Audeh ist 30 Jahre alt und studierte Soziologie und Psychologie in Beirut. Am 28. Februar 1969 wurde sie in Israel verhaftet und beschuldigt, drei militärische Aktionen mitgeplant und durchgeführt zu haben. Die erste fand statt im Jerusalemer Zentralmarkt, am Tag, als die Zionisten die Vereinigung der Stadt unter ihrer Herrschaft ankündigten. Die zweite richtete sich gegen das britische Konsulat in Jerusalem, am gleichen Tag, als die Briten ihre Unterstützung für diese zionistische Maßnahme verkündeten.

Sie wurde zu dreimal lebenslänglich plus 10 Jahre verurteilt und in die Folterfabrik von Maskowie (russischer Bezirk von Jerusalem) gebracht.

1978 konnte sie mit einer Reihe anderer Genossen im Austausch gegen einen gefangenen israelischen Offizier befreit werden.

Wir trafen Rasmiah auf einem Palästina–Solidaritätskongreß in Kopenhagen vor drei Wochen, wo sie als Vertreterin der PFLP ein Referat über die arabische Befreiungsbewegung hielt.

Wir haben Rasmiah um ein Interview gebeten. Sie wollte uns vor allem über den Kampf der palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten, innerhalb und außerhalb der Gefängnisse, berichten.

Frage: Du hast eine lange Zeit Deines Lebens in israelischen Gefängnissen verbracht. Könntest Du uns aus Deinem Leben erzählen?

Antwort: Mein Name ist Rasmieh Audeh, ich komme aus dem alten Teil Jerusalems, das 1948 besetzt wurde. Nach 1948 waren wir gezwungen, in Ramallah zu leben. Ich lebte zusammen mit meinen Eltern und fünf Brüdern und Schwestern. Durch die Flucht mußten wir ein sehr armes Leben führen, sodaß mein Vater in die USA auswanderte. Das machte es noch schwerer für uns, trotzdem war unsere Mutter sehr auf unsere Erziehung bedacht. Ich ging zur Schule bis zum Abitur. Nach 1967 besetzten die Israelis wieder die Westbank, wir waren gezwungen, wieder so zu leben wie vorher.

Nach 1967, während der israelischen Besetzung, mußte ich die Unterdrückung erleben, die mein Volk durch die israelische Besetzung erleiden mußte. Ich entschloß mich, etwas gegen die israelische Besetzung zu tun, durch den Beitritt zu einer Organisation; ich trat in die PFLP ein. Ich kämpfte in der PFLP und trotz meiner Reisen nach Beirut, wo ich an der Universität studierte, kehrte ich wieder in die Westbanks zurück.

In dieser Zeit kämpfte ich an zwei Fronten, an der politischen und der militärischen Front. Mein politischer Kampf konzentrierte sich auf die Studenten, weil ich Mitglied der illegalen Studentenbewegung war, der Studentenunion der besetzten Gebiete. Zur gleichen Zeit kämpfte ich darum, die palästinensischen Frauen zu mobilisieren, am Kampf teilzunehmen. Wir dachten, daß die palästinensischen Frauen sich wenig bewußt waren über ihre soziale Situation, und unser Ziel war, sie mehr und mehr bewußter zu machen, damit sie am Kampf gegen den Feind teilnehmen konnten. Die Mobilisierung erfolgte auf verschiedene Weise, indem wir Nähstuben, Alphabetisierungskurse für Frauen und soziale Komitees einrichteten, in denen die Frauen mitarbeiteten. Durch diese Aktivitäten war es für uns leicht, in Kontakt mit den Frauen zu kommen, sie bewußter zu machen und ihre Position zu verstehen.

Wir versuchten, solche sozialen Einrichtungen zu schaffen, weil wir meinten, daß die Frauen arbeiten

tion zu verstehen.

Wir versuchten, solche sozialen Einrichtungen zu schaffen, weil wir meinten, daß die Frauen arbeiten

müßten, um sich zu befreien. Wir meinten, daß die ökonomische Unabhängigkeit eine sehr wichtige Voraussetzung für die Befreiung der Frau ist. Die Frau in unserer Gesellschaft ist sehr unterdrückt, weil sie keinerlei Anteil an der wirtschaftlichen Produktion hat. Sie ist nahezu eine Sklavin für den Mann, der als einziger für die Familie finanziell sorgt.

Gleichzeitig werden alle Frauen von unserem nationalen Unterdrükker, dem zionistischen Feind, unterdrückt.

Glücklicherweise haben wir einige unserer Ziele erreicht. Die Frauen haben bewußt am Kampf gegen den Feind teilgenommen und sogar gegen die reaktionären Traditionen in unserer Gesellschaft.

Ich habe vorhin gesagt, daß ich an militärischen Aktionen teilgenommen habe, ich war nicht die einzige. Es gab viele palästinensische Frauen, die an militärischen Aktionen teilgenommen haben. Die Frauen waren fast so etwas wie eine Avantgarde im Kampf gegen den zionistischen Feind. Frauen haben sich ebenso am politischen Kampf beteiligt, an Demonstrationen, Sitzstreiks und Protesten gegen das zionistische Gebilde.

Der zionistische Feind hatte diese Aktivitäten nicht von den palästinensischen Frauen erwartet, weil die Frauen in der Vergangenheit sich nicht politisch betätigt haben, weil von ihnen erwartet wurde, daß sie zu Hause bleiben. Deshalb hatte der Feind zunächst keine speziellen Methoden, um die Frauen einzuschüchtern. Deshalb wurden die Frauen als erstes verhaftet und der Folter wie die Männer unterworfen. Der Feind hat barbarische und Nazi–Methoden gegen die palästinensischen Frauen angewendet. Der Feind benutzte das empfindlichste Problem der palästinensischen oder arabischen Frau, die Sexualität. Sie haben die sexuelle Folter gegen die palästinensischen Frauen angewendet. Dies geschah mit zig palästinensischen Frauen.

Außerdem wurden andere Formen der Strafe angewendet, Zerstörung von Häusern, Schlagen, Beleidigungen, kollektive Bestrafung der ganzen Familie, Verhaftung und Deportation der gesamten Familie. Sie machten das alles, um die palästinensischen Frauen einzuschüchtern und vom Kampf abzuhalten und um die Männer dazu zu bringen, ihren Frauen, Schwestern und Töchtern die Teilnahme am Kampf zu verbieten, besonders wegen der sexuellen Empfindlichkeit in der arabischen Welt.

Trotz der barbarischen und Nazi–Methoden innerhalb und außerhalb der Gefängnisse wurde der Kampf unseres Volkes stärker und stärker, und sie bestärkten die Frauen nur, ihren Kampf fortzusetzen. Trotz der physischen und psychischen Folter in den Gefängnissen ließen die Frauen im Kampf nicht nach, sondern wurden entschlossener.

Der Feind hat sich besonders bemüht, die palästinensischen Frauen in den Gefängnissen zu isolieren. keine politischen Treffen waren erlaubt, keine Bücher und nicht einmal sozialer Kontakt mit anderen Gefangenen. Das Ziel war, ihren Willen zu brechen.

Einige Beispiele: Es ist absolut verboten für einen Gefangenen, seine Gefühle oder Gedanken niederzuschreiben, weil alles Geschriebene zensiert wird. Es war sogar verboten, seine eigenen Gedanken festzuhalten oder Talente zu entwickeln. Ich versuchte, Gedichte und einige Novellen zu schreiben, aber ich hatte nicht einmal die Möglichkeit, sie für mich selbst zu behalten. Auch das Singen von nationalen Liedern war verboten. Sogar das Wort Palästina war ganz und gar verboten, und jeder, der das Wort benutzte, wurde bestraft. Briefe von unserer Familie und Briefe von uns an sie wurden immer zensiert und verzögert. Viele bekamen wir nie. Besuchserlaubnisse gab es nur für die nächsten Familienangehörigen, einmal im Monat. Zeitungen waren vollständig verboten. Nur eine zionistische Zeitung war erlaubt, um unsere Gedanken zu vergiften.

Während all das verboten war, füllten sie unsere Freizeit mit speziellen Programmen, mit dem Ziel,

unsere Gedanken zu vergiften.

Während all das verboten war, füllten sie unsere Freizeit mit speziellen Programmen, mit dem Ziel,

unser Bewußtsein zu schwächen. Sie erlaubten nicht, daß wir zusammen über Probleme redeten, sie entschieden, welche Aktivitäten wir zu unternehmen hatten. Sie gaben uns zum Beispiel religiöse Bücher, um unsere Gedanken zu vernebeln. Es war verboten, politische oder wissenschaftliche Bücher zu haben. Bücher über Zionismus oder zionistische Führer wurden breit im Gefängnis verteilt. Es gab Lesungen über Zionismus. In den Diskussionen, die wir mit ihnen hatten, versuchten sie, unseren Glauben an unsere palästinensischen Führer zu zerstören.

Sie wandten die psychische Folter gegen die palästinensischen Frauen und besonders gegen unsere Genossinnen an, indem sie sagten, nun werdet ihr alt, seid nicht verheiratet, und ihr werdet keine Kinder haben. Guckt euch eure Führer an, die in Libanon leben und das Leben genießen. Das konnte einige von den schwächeren Frauen im Gefängnis beeindrucken.

Außerdem versuchten sie, ethnische Widersprüche zwischen Moslems und Christen und zwischen Palästinensern und ausländischen Genossen zu schüren, von denen einige auch im Gefängnis saßen. Einige kamen aus Amerika, Westdeutschland, Niederlande und Frankreich. Sie betonten sehr die rassische Diskriminierung, um uns und die ausländischen Genossen zu spalten. Wir sammelten sehr viele Erfahrungen, um gegen diese Methoden zu kämpfen. Diese Erfahrungen vertieften unsere Beziehungen im Gefängnis. Trotz aller Zensur und aller Hindernisse, die sie uns in den Weg legten, schafften wir es, Studiengruppen einzurichten, Diskussionen zu führen, unsere Beziehungen untereinander zu diskutieren und uns gegenseitig zu erziehen. Ich kann als palästinensische Frau sagen, daß wir eine Menge im Gefängnis gelernt haben, und trotz aller Schwierigkeiten, die wir hatten, betrachteten wir das Gefängnis als eine Schule, um politische Kader heranzubilden, und fürchteten es nicht. Ich glaube, daß das Gefängnis immer sehr bewußte Kader erzieht, die entschlossen sind, den Kampf fortzusetzen, wenn sie das Gefängnis verlassen. Viele Frauen kamen ins Gefängnis und waren sich ihrer sozialen und politischen Lage nicht bewußt, nicht einmal über die palästinensische Frage, weil die Frauen vorher in der palästinensischen Gesellschaft nur ein Objekt waren. Aber durch das Gefängnis und durch unsere Erziehungsprogramme, die wir ihnen gaben, verließen sie das Gefängnis vollständig bewußt über ihre sozialen, politischen und ökonomischen Probleme, und sie waren in der Lage, für diese Rechte zu kämpfen. Sie kämpfen jetzt aufgrund politischer Überzeugung und nicht wie vorher aufgrund von Emotionen.

Trotz aller schlimmen Dinge, die ich im Gefängnis erlebt habe, nahm auch ich meinen Platz in der palästinensischen Befreiungsbewegung wieder ein, als ich aus dem Gefängnis kam und saß nicht zu Hause. Ich kann jetzt sagen, daß die palästinensische Befreiungsbewegung die Frauen einen großen Schritt vorwärts gebracht hat, um ihren Kampf zu führen und ihre Rolle und ihren Anteil in der Gesellschaft genau zu kennen. Die palästinensische Bewegung hat außerdem der Frau geholfen, sich von den alten Traditionen der Gesellschaft zu befreien. Das betrifft nicht nur die palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten, sondern auch im Libanon und in Jorda-





nien, und überall dort, wo es palästinensische Frauen gibt.

Das bedeutet nicht, daß die palästinensische Frau schon zu diesem Zeitpunkt ihre Freiheit erreicht hat, aber es hat ihr auf diese oder jene Weise geholfen, den richtigen Weg herauszufinden für ihre Befreiung. Es gibt jetzt eine ganze Reihe von Projekten, an denen die Frauen teilnehmen, um ihren Kampf innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung aufzunehmen. Es gibt eine ganze Reihe von Projekten, die die Frauen selbst durchführen.

Frage: Könntest Du uns einiges über Deine Befreiung aus dem Gefängnis erzählen?

Antwort: Ich war zu dreimal lebenslänglich und 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Eine solche Strafe wurde verhängt, um mich psychologisch fertig zu machen, denn ich hatte keinerlei Hoffnung, aus dem Gefängnis herauszukommen oder irgendetwas zu machen – dreimal lebenslänglich plus 10 Jahre.

Während der israelischen Intervention im Südlibanon im März 1978 hatte die palästinensische Widerstandsbewegung einen israelischen Offizier gefangengenommen. Durch Vermittlung des Internationalen Roten Kreuzes haben die Israelis sich einverstanden erklärt, einige Gefangene gegen den Offizier auszutauschen. Auf diese Weise kam ich frei.

Frage: Könntest Du uns über die jetzigen Kämpfe in den besetzten Gebieten berichten?

Antwort: In den letzten dreizehn Jahren hat der zionistische Feind alles getan, was er konnte, um den Kampf unseres Volkes in den besetzten Gebieten zum Schweigen zu bringen. Diese Methoden wurden verstärkt, besonders nach dem Besuch Sadats in Jerusalem. Solche Versuche, unser Volk zum Schweigen zu bringen, gab es nicht nur in den Westbanks oder im Gaza–Streifen, sie betrafen auch unser Volk, das in den 1948 besetzten Gebieten lebt. All dies war das Ergebnis der Camp–David–Abkommen, und um die sogenannte Autonomie in den Westbanks und im Gaza–Streifen durchzusetzen. Das geschah, indem Land konfisziert wurde, neue Siedlungen errichtet wurden, in den Westbanks und im Gaza–Streifen Häuser zerstört wurden, hart gegen Demonstrationen und Streiks vorgegangen wurde, auch in dem 1948 besetzten Gebiet, und indem so viele Menschen wie möglich aus den Westbanks deportiert wurden. Sie taten das alles unter dem Vorwand der „Sicherheit". Aber für uns ist der Hauptgrund, daß sie mehr und mehr Siedlungen in den besetzten Gebieten errichten wollen. Das Ziel all dieser Siedlungen ist, das gesamte Gebiet der Westbanks und des Gaza–Streifens zu belagern und mit möglichst vielen Siedlern eine vollständige Kontrolle über das Land zu erreichen.

Trotz alledem akzeptiert unser Volk in den besetzten Gebieten diese Bestrafung nicht. Obwohl unser Volk in den besetzten Gebieten entwaffnet wurde und keine Waffen besitzt, führt es doch einen harten Kampf und wenn es mit den bloßen Händen ist. Kürzlich hat dieser Kampf in den besetzten Gebieten die Gestalt einer Massenrevolte angenommen – Demonstrationen, Streiks, die das ganze Gebiet überzogen haben. Da unser Volk keine Waffen hat, hat es zu den verschiedensten Mitteln gegriffen (wie Steine, Autoreifen, Stökke), um gegen die Besetzung zu kämpfen. Alle Klassen haben sich daran beteiligt. Außerdem unternahmen die palästinensischen Organisationen militärische Aktionen in den besetzten Gebieten. Diese Situation hat die Verbindungen zwischen der Bevölkerung in den Gebieten von 1948 und 1967 verstärkt. All das hat, wie wir es jetzt sehen, die nationale Einheit in den besetzten Gebieten hervorgebracht. Es entstand die Palästinensische Nationale Front, die die Verantwortung für alle Aktionen übernimmt und die Bevölkerung organisiert. Alle diese Aktionen haben den Feind zunehmend nervöser gemacht, weil er diesen Widerstand nicht erwartet hatte. Ein sehr wichtiges Ergebnis davon ist der Tag des Bodens, den wir am 30. März begehen. An diesem Tag hat sich 1976 die Bevölkerung in den 1948 besetzten Gebieten, die dreißig Jahre lang ruhig gehalten werden konnte, erhoben, um das Recht auf ihr Land zu verteidigen. Wir feiern jetzt den „Tag des Bodens" als einen unserer nationalen Feiertage.

All diese Aktivitäten haben dazu geführt, daß der Feind in den 1948 besetzten Gebieten eine Art Ausgehverbot verhängt hat, viele Menschen wurden unter Hausarrest gestellt. Besonders in Ober–Galiläa versucht der Feind, die Bevölkerung in einem bestimmten Gebiet zu konzentrieren, um sie zu kontrollieren. Der Feind hat auch die Erziehungseinrichtungen benutzt, um unser Volk zu bestrafen; sie haben eine unserer Universitäten in den besetzten Gebieten geschlossen, z.B. in Bir Zeit. Zusätzlich zu den ganzen Kollektivstrafen hat der Feind auf unser Volk geschossen, während der Demonstrationen. Viele Menschen sind bei Demonstrationen umgebracht worden, dafür haben wir auch Beweise. Sie verfolgen alle national eingestellten Menschen und wenden faschistische und Nazi–Methoden gegen sie an. Das letzte Beispiel, das wir haben, sind die Bombenanschläge auf unsere Bürgermeister, Shakaa und Khalaf.

Die meisten fortschrittlichen Menschen werden aus den besetzten Gebieten deportiert. Zur gleichen Zeit stellen wir fest, daß die israelische Regierung die faschistischen Kräfte in der Gesellschaft unterstützt. Dennoch ist unser Volk entschlossen, den Kampf gegen das zionistische Gebilde zu führen und zu steigern. Selbst in den Gefängnissen benutzt der Feind neue Methoden, um einige unserer Führer zu eliminieren und zu töten, was durch harte Strafen bisher nicht erreicht werden konnte. Zum Beispiel haben die Israelis ein neues Konzentrationslager in der Wüste geschaffen, der Name ist Nafha, in dem kürzlich ein Hungerstreik durchgeführt wurde.

In diesem Konzentrationslager haben sie die meisten der politischen Führer gesammelt, um ihren Willen zur Fortsetzung des Kampfes zu brechen. Die Zellen dieses Gefängnisses sind unter der Erde, es gibt dort weder Licht noch Sonne, keine frische Luft. Die Zellen sind vollkommen überfüllt. Es gibt keine Bücher, keine medizinische Versorgung. Aufgrund dieser unmenschlichen Haftbedingungen haben sich die Häftlinge zu einem Hungerstreik entschlossen, der einen Monat dauerte. Die Gefangenen haben uns einen Brief geschickt, in dem sie erklären, daß sie lieber in Würde sterben statt auf so unmenschliche Weise behandelt zu werden. Während des Hungerstreiks starben drei Gefangene, und viele mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die physische Kondition vieler Gefangener war schlecht, nicht weil sie nicht

gerstreiks starben drei Gefangene, und viele mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die physische Kondition vieler Gefangener war schlecht, nicht weil sie nicht

aßen, sondern weil der Feind ihnen mit Hilfe von Schläuchen Salzwasser in die Lungen eingeführt hatte. Die Situation war sehr gefährlich für die Gefangenen, deshalb wurden in anderen Gefängnissen Hungerstreiks zu ihrer Unterstützung durchgeführt. Unser Volk in den besetzten Gebieten hat Massendemonstrationen und –streiks aus Solidarität mit den Gefangenen durchgeführt, außerdem Hungerstreiks im Hauptquartier des internationalen Roten Kreuzes und einigen ausländischen Botschaften, um die internationale Aufmerksamkeit zu wekken.

Das führte dazu, daß der Feind die Situation neu überdachte und einige Reformen für die Gefangenen durchführte. Deshalb haben die Genossen sich einverstanden erklärt, den Streik für eine Zeit zu unterbrechen, um zu sehen, ob der Feind auf ihre Forderungen eingeht oder nicht.

Es ist eine Tatsache, daß unser Volk einen sehr harten Kampf führt, daß wir um unsere nationale Befreiung kämpfen, und wir tun sehr viel auf der Grundlage der objektiven und subjektiven Bedingungen. Es ist aber auch eine Tatsache, daß unser Kampf siegreich sein wird, wenn wir auch Bündnisse eingehen mit den fortschrittlichen, demokratischen Kräften in den kapitalistischen Ländern. Wir wissen sehr genau, daß auch unser nationaler Befreiungskampf seine dialektische Verbindung mit dem internationalen antiimperialistischen Kampf hat. Deshalb tun wir unser Bestes, um die Verbindungen und die Solidarität mit demokratischen Kräften in den kapitalistischen Ländern zu verstärken. Außerdem verstärken wir unsere Beziehungen zum sozialistischen Block, an dessen Spitze die Sowjetunion steht.

US-Politik in El Salvador

Alles erinnert an Vietnam

„Kampfhubschrauber zerstören Dörfer und Kleinstädte, setzen mit Napalmbomben die Felder in Brand. Häuser und Ernten werden vernichtet, um die Versorgung der Guerilleros zu unterbinden. Provinzen, in denen Guerillaschlupfwinkel vermutet werden, sind von der Außenwelt hermetisch abgeriegelt. Denn für die Massaker soll es keine Augenzeugen geben" („stern").
Die Erfahrungen des US-Imperialismus aus Indochina, Bolivien (1952), Guatemala (1954), Kuba (1958/59), Dominikanische Republik (1965), Chile (1973) ... und aus zahllosen anderen Gegenden der Welt werden jetzt in den „Befriedungsoperationen" gegen die Befreiungsbewegungen in El Salvador eingesetzt.
Auf allen Ebenen, politisch, wirtschaftlich und vor allem militärisch wird die Junta unterstützt. Mit der sogenannten Agrarreform und massiver wirtschaftlicher Hilfe für die Militärjunta soll wenigstens ein Rest der verlorenen Massenbasis zurückgewonnen werden. Mit einer Reihe von diplomatischen und politischen Offensiven versuchen die US-Experten vom demokratischen Charakter der Junta zu überzeugen und auch europäische und lateinamerikanische Länder für eine stärkere Unterstützung der Militärs zu gewinnen.
Besondere Anstrengungen werden auf dem Gebiet der militärischen Interventionsvorbereitungen unternommen.
Im folgenden sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – einige Beispiele für die US-Kriegspolitik in El Salvador zusammengestellt.



1 Panama-Kanalzone, Ausbildungszentren
2 Puerto Rico, See-Stützpunkt
3 Mobile Einsatztruppe in Florida
4 Antigua Desinformationszentrum des CIA
5 Honduras, See-Basen und Söldner
6 Guatemala, See-Basen und Söldner
7 Flottenkonzentration im Atlantik

7 Flottenkonzentration im Atlantik



Militärische Maßnahmen des US-Imperialismus

Als Anfang Dezember vier nordamerikanische Nonnen in El Salvador gefoltert und ermordet wurden, hielt sogar die US-Regierung eine Gegenmaßnahme für angebracht und stellte nach offizieller Lesart die Militär- und Wirtschaftshilfe für El Salvador ein. Zunächst solle geklärt werden, ob eine Mittäterschaft der Militärs ausgeschlossen werden kann. Die Auf- und Mittäterschaft der Militärs ausgeschlossen werden kann. Die Auf- und Ausrüstung der Militärs in El Salvador und den reaktionären Nachbarstaaten wird mit dieser Maßnahme, die überwiegend auf den Propagandaeffekt abzielt, allerdings nicht behindert. Bis an die Zähne bewaffnete Söldnerarmeen sind längst in und um El Salvador stationiert. Schon im Januar hatte der US-Beauftragte für Lateinamerika, Bowdler, die Errichtung eines „sanitären Gürtels" (cordon sanitaire) mit den Militärs in Honduras und Guatemala vereinbart. Laut „Lateinamerikanachrichten" („LAN") stehen 3.000 Ex-Nationalgardisten Somozas entlang der Grenze in Guatemala und 4.000 in Honduras. Eine weitere Söldnertruppe soll — ebenfalls von den USA finanziert — in Guatemala ausgebildet und weiter aufgestockt werden. In El Salvador selber sind 400 US-Berater tätig, ca. 20 Mio Dollar wurden seit dem Putsch für die Junta bereitgestellt („LAN" Nr. 84, Aug. '80, „SZ", 8.12.80).

Die linke Zeitung „Farabundo Marti" brachte eine Liste von Einzelheiten über die militärischen „Spezialitäten" des US-Imperialismus:

Panama-Kanalzone

In der Kanalzone läuft Operation 302, mindestens 300 (inzwischen sollen es 549 sein) Offiziere der Armee El Salvadors werden dort nach Anti-Guerillaprogrammen geschult. Dazu gehört eine Folterausbildung, Handhabung von chemischen Kampfstoffen, Gas und Napalm, Operationen des psychologischen Terrors, Antikommunismusschulung und konventionelle Techniken wie der Umgang mit Hubschraubern etc. Diese Kurse inklusive Folterausbildung laufen mit erklärter Zustimmung vom US-Außenministerium, CIA und Menschenrechtler Carter persönlich.

Ein Dementi von US-Behörden bezüglich der Folterausbildung wurde vom panamesischen Fernsehen entkräftet, das Offiziere und Unteroffiziere bei ihrer Vereidigung zeigte. Panamas Präsident, Aristides Royo, hat gegen diese Kurse protestiert (laut „Critica", Panama). Allein innerhalb von sechs Wochen sind 136 Transportflugzeuge vom Typ Hercules-F-130 mit Munition, Waffen und Personal an Bord zu den Basen in Honduras und Guatemala gestartet (laut „El Matutino"). Ebenfalls in der Kanalzone befindet sich ein Desinformationszentrum. Dessen Aufgabe liegt einerseit in der Spionage und Sabotage, andererseits in der Verbreitung von Propagandalügen zur Destabilisierung des Widerstands. Dieses Zentrum steht in enger Verbindung mit den Radiosendern des CIA auf der Karibikinsel Antigua.

Direkt gegen El Salvador gerichtete Stützpunkte

Eine ungewöhnlich hohe Anzahl von US-Kriegsschiffen, angeführt von dem Flugzeugträger „Independiente", befinden sich im Pazifik. See-Basen wurden errichtet im Golf von Fonseca (El Salvador), in Puerto Lempira und Puerto Barrios (Guatemala). In Puerto Cortés (Nordhonduras) entladen die venezolanischen Schiffe ihre Waffenlieferungen, von wo aus sie dann zum Militärflughafen Illopango in der Nähe von San Salvador geflogen werden.

Weitere Stützpunkte in Guatemala sind Zacapa und la Aurora, in Honduras: Santa Rosa de Capan und Puerto Cortés. Außerdem wurden Honduras im April 1980 3,5 Mio Dollar bewilligt, ebenso die Entsendung von 10 Kampfhubschraubern, die unter US-Aufsicht stehen (Institute for Policy Studies, Resource, Juni '80). Für 1981 ist ein 5 Mio Dollar-Kredit eingeplant und 0,5 Mio aus Sondermitteln (IMET).

Guatemala erhält bisher keine offizielle Militärhilfe von den USA — ein Land wohlbemerkt, wo Tausende von Söldnern von den USA finanziert werden. Elias Baraona, ehemaliger Mitarbeiter im Innenministerium Guatemalas und inzwischen Mitglied der „Guerillaarmee der Armen" (EGP), enthüllte die enge Zusammenarbeit des CIA mit guatemaltekischen Militärs. Z.B. wurden unter US-Anleitung geheime Friedhöfe eingerichtet, um die zahllosen Terroropfer (etwa 2.000 in den letzten Monaten) verschwinden zu lassen. Für die Verhafteten wurden spezielle Gefängnisse eingerichtet („Die Neue", 21.10.80), aus denen kaum jemand körperlich unversehrt zurückkehrt. Und schließlich muß Florida genannt werden. Dort befindet sich das Hauptquartier für die mobilen Eingreiftruppen, die zur Zeit speziell mit Blick auf El Salvador ausgebildet werden. In diesem Ausbildungslager sollen inzwischen „konventionelle Atomwaffen" bereitgestellt worden sein. Bekannt ist außerdem, daß hier auch die Exilkubaner ihre Leute trainieren, von wo aus sie dann schnell einsetzbar sind.

Präsenz in El Salvador direkt

Die Zahl der offiziell in El Salvador gemeldeten US-Militärberater beträgt 300. Die Zahl dürfte allerdings weit höher liegen, wenn man das US-Personal hinzunimmt, das unter anderen Namen und Titeln in El Salvador präsent ist. Allein in der US-Botschaft gibt es 200 Militärpersonen. Vier Einheiten von US-Mariners sind direkt in El Salvador tätig.

Unmittelbar nach dem Putsch im Oktober 1979 hatten die US-Berater zunächst darauf orientiert, den el salvadorensischen Truppen ein „weiches Vorgehen" beizubringen. Es wurden vor allem Tränengas und Panzerwesten geliefert, um die blinde Schießwütigkeit der „Sicherheitskräfte" einzudämmen und um so das demokratische Image der Junta aufbauen zu können („LAN" 84). Das war allerdings ein gründlicher Fehlschlag: Inzwischen sind US-Militärs immer direkter an den Terroraktionen beteiligt. Z.B. wurde die militärische Besetzung und Räumung der Uni San Salvadors im Juni von fünf US-Offizieren geführt. Dies wurde bekannt, weil sie von ausländischen Journalisten gesehen und fotografiert wurden. Die Guerillaorganisationen haben nach Zusammenstößen mit der Armee von ersten gefallenen US-Soldaten berichtet. Im Oktober hat der Verteidigungsrat der USA erneut die Entsendung von drei Gruppen, die speziell für die Bedingungen in El Salvador ausgebildet worden sind, gebilligt. Weitere, sogenannte „mobile Trainingsteams", werden zu Ausbildungszwecken entsendet (alle Informationen, wenn nicht anders gekennzeichnet, nach „Farabundo Marti" Okt./Nov. 80).

Das Grenzgebiet zwischen Honduras und El Salvador

Eine auf den ersten Blick belanglose Maßnahme, allerdings mit wichtigem militärischem Hintergrund ist der Friedensschluß zwischen El Salvador und Honduras, der jetzt unter anderem auf Druck der USA zustande kam. Seit dem sogenannten Fußballkrieg 1969 zwischen Honduras und El Salvador sind die diplomatischen und Handelsbeziehungen und die Transportverbindungen zwischen beiden Staaten unterbrochen. Das Grenzgebiet war seit elf Jahren entmilitarisierte Zone und gilt als wichtiges Rückzugsgebiet für el salvadorensische Flüchtlinge, aber auch für die Guerillaverbände. Ursache des Fußballkrieges war natürlich kein Fußballspiel, sondern es waren im wesentlichen ökonomische Rivalitäten. Tausende von Landarbeitern waren aus dem landarmen, dichtbesiedelten El Salvador über die Grenze nach Honduras gegangen und siedelten auf unbebautem Boden, meist illegal und ohne Besitztitel dafür zu bekommen. Als in Honduras eine höchst bescheidene Agrarreform erlassen wurde, die vor allem die „Honduranisierung" des Bodens beinhaltete, drohte ein Rückstrom von zigtausenden der illegalen Siedler nach El Salvador und damit eine Fülle von sozialen und beschäftigungspolitischen Problemen.

Um dies zu verhindern, marschierten Truppen El Salvadors nach einem Blitzkriegsplan in Honduras ein. Von einem militärischen Sieg über Honduras versprach man sich gleichzeitig eine wirtschaftliche Stabilisierung und Dominanz im mittelamerikanischen Markt. Der Plan gelang allerdings nicht. Auf Druck der OAS (Organisation amerikanischer Staaten) wurde der Krieg nach vier Tagen (und mindestens 4.000 Toten) beendet. Die Konsequenz waren für beide Länder hart. Der Aufschwung, den der mittelamerikanische gemeinsame Markt (MCCA) zunächst gebracht hatte, war beendet. El Salvador litt vor allem unter der Sperrung der Transportwege und der Einstellung des Handels mit dem wichtigen Partner Honduras. Die folgende wirtschaftliche Destabilisierung ist unter anderem auch ein wichtiger Faktor für das Anwachsen der Massenbewegung. *„Es war jenes irrationale Kriegsabenteuer, mit dem die akute Destabilisierung der gesamten Zone einsetzte"* („NZZ", 31.10.80). Seit über zwei Jahren nun laufen Friedensverhandlungen zwischen El Salvador und Honduras. Daß es ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt zum Friedensschluß kam, ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß es zur Zeit für die Regierungen wichtiger ist, die ökonomische Konkurrenz zurückzustellen und sich gemeinsam gegen die Bedrohung durch die Volkskräfte zu wehren. Truppen beider Länder ziehen jetzt *„auf Tuchfühlung"* in das Grenzgebiet ein, obwohl Grenzstreitigkeiten noch gar nicht beigelegt sind. Ein wichtiges Rückzugsgebiet und ein not- noch gar nicht beigelegt sind. Ein wichtiges Rückzugsgebiet und ein not- wendiger Fluchtweg werden damit beseitigt.

Die Vorbereitungen der USA

Die ganze Liste von militärischen Eingriffsmöglichkeiten, die der US-Imperialismus vorbereitet hat, hat der Lateinamerikaexperte Bowdler zusammengefaßt: *„Waffenhilfe — Berater — Beratungs- und Ausbildungsprogramme für el salvadorensiche Offiziere — Blockade gegen El Salvador — direkte Intervention"* („Farabundo Marti"). Die Vorbereitungen für alle diese „Abstufungen" sind getroffen. *„Ein Sturz der Junta muß auf jeden Fall verhindert werden"*, das ist die Überzeugung der US-Experten und dafür werden Dollars locker gemacht, wie z.B. 170 Mio Dollar von der Internationalen Entwicklungsbank für landwirtschaftliche Projekte und 200 Mio Dollar vom Internationalen Währungsfonds zur Sicherung der Währungsreserven („Infodienst El Salvador" Nr. 16).

Ziel solcher Maßnahmen ist, die Junta wirtschaftlich einigermaßen über die Runden zu retten, nachdem die Wirtschaft sich seit einigen Jahren sowieso in einer Krise befindet, der Bürgerkrieg den Wirtschaftsablauf behindert und die Kapitalflucht nach Schätzungen bis Ende des Jahres eine Mrd. Dollar erreichen soll.

Eine wirtschaftliche Stabilisierung des Landes wäre auch die einzige Möglichkeit, um wenigstens Reste der völlig verlorenen Massenbasis für die Junta zurückzugewinnen. Diese Funktion hat unter anderem auch die Landreform. Bekannt ist von dieser sogenannten Landreform, daß sie zur militärischen Besetzung der Dörfer, Vertreibung und Ausrottung der Bauern benutzt wurde.

Bezeichnend ist, daß an der Ausarbeitung der Agrarreform für El Salvador der US-Spezialist Roy Postermann beteiligt war, der sich seine Sporen bei dem Projekt „Phönix" in Vietnam verdiente, das mit 45.000 ermordeten Bauern endete, die als „Vietcong"-Anhänger galten. In Salvador wurde die Agrarreform der Junta nur von einer Bauernorganisation unterstützt, der UCS, die 1962 vom "Amerikanischen Institut für freie gewerkschaftliche Entwicklung" (AIFLD — eine bekannte CIA-Einrichtung) aufgebaut wurde. Die Masse der ländlichen Bevölkerung erlebt jeden Tag, was die Landreform bedeutet. Bisheriges Ergebnis sind tausende von Toten und schätzungsweise 40.000 Flüchtlinge, die in verschiedenen Lagern bestenfalls überleben können.

Trotzdem besteht die Landreform, die im März zusammen mit dem Kriegsrecht verkündet wurde, nicht ausschließlich aus Terror und Propaganda. Tatsächlich wurden in ausgewählten Regionen inzwischen etwa 150 Güter mit einer Größe von über 500 ha enteignet und an Kooperativen übergeben, die sich — auf dem Papier — eine demokratische Leitung wählen sollen. Tatsächlich wurden auf verschiedenen Haciendas die Mitglieder der Kooperativen-Leitung umgebracht. Auf anderen Landgütern werden sie von ORDEN-Leuten gestellt, mit dem Ergebnis, daß ganze Familien um ihrer Sicherheit willen wegziehen. Zum Teil erscheint die Armee zu jedem Zahltag auf den Haciendas, um Subversive zu verhaften, zum Teil sind die alten Verwalter und Vorarbeiter im Amt geblieben, so daß sich für die Landarbeiter nichts geändert hat, außer daß die Bedrohung durch militärischen und ORDEN-Terror sogar noch zugenommen hat. Ebenfalls durch die erfahrene Beratung des erwähnten Spezialisten Postermann wurde der gesamte Kaffeeanbau aus der Landreform ausgenommen, womit das Hauptanbauprodukt und Hauptexportgut weiterhin vollständig in der Hand der Großgrundbesitzer liegt.

Ein weiterer Beitrag der US-Experten zur Agrarreform bestand im Dekret 107, das besagt: „Jedem Bauern das Land, das er bestellt", und das ermöglichen soll, daß Landarbeiter Boden von Großgrundbesitzern pachten, bzw. sehr langfristig abzahlen können. Dies Modell wurde in Taiwan und Südvietnam entwickelt (und in Bolivien zeitweise erfolgreich angewendet), um einen Kleineigentümerstand zu schaffen und um so den revolutionären Volksorganisationen den Zulauf zu entziehen. In El Salvador war dies bisher ein völliger Fehlschlag, weil die Kleinbauern und Landarbeiter keinerlei her ein völliger Fehlschlag, weil die Kleinbauern und Landarbeiter keinerlei praktische Mittel haben, um ihren Anspruch geltend zu machen und die faschistischen Teile des Militärs und der Oligarchie sich gegen die Realisierung dieses Dekrets wehren („LAN" 86). Gleichzeitig wird die Landreform aber benutzt, um die „demokratischen" und „reformerischen" Absichten der Junta herauszustellen.

USA und SPD

Der US-Imperialismus ist sehr bemüht, auch andere Länder für die massive Unterstützung der Junta zu gewinnen. Besondere Anstrengungen laufen derzeit in Richtung Sozialistische Internationale, die die Oppositionsfront FDR anerkannt und ihre Unterstützung zugesagt hat. Im November wurde ein Memorandum des reaktionären Hudson Instituts (das hauptsächlich fürs Verteidigungsministerium und für die Öl- und Rüstungskonzerne arbeitet) bekannt, in dem die Notwendigkeit betont wird, die europäischen Sozialdemokraten für eine Unterstützung der Junta zu gewinnen. Empfohlen wird „gutinformierte und glaubwürdige Personen" nach Europa zu schicken, um sie von dem *„politischen Fortschritt und der Agrarreform in El Salvador zu überzeugen"* („taz", 14.11.80) und von ihrer *„Unterstützung für sechs mörderische und terroristische Gruppen der Linken"* („taz") abzubringen.

Die „unabhängigen Experten", die die Sozialdemokraten in der BRD, Spanien, Portugal, England überzeugen sollen, sind durchweg erfahrene Vietnamstrategen. Roy Postermann ist auch hier wieder dabei. Bei Helmut Schmidt müßten sie eigentlich auf offene Ohren stoßen, da er selber Mitglied dieses Hudson-Instituts ist. Derweil betreibt die SPD ein völlig schamloses Spiel. Als Regierungspartei steht sie an der Seite der US-Regierung. Als Mitglied der SI bereitet sie sich auf den Übergang vor. Nach dem Sturz des Regimes wird sie diese Beziehungen bestens einsetzen — auch für die US-Regierung.

Wie geht's weiter?

Alle wirtschaftlichen und vor allem militärischen Maßnahmen zeigen, daß der US-Imperialismus nicht bereit ist,

Fortsetzung nächste Seite

neben Kuba und Nicaragua ein weiteres Land aus seinem direkten Einflußbereich zu ,,entlassen''. Ein Sieg der Volkskräfte in El Salvador hätte voraussichtlich ungeahnte Auswirkungen auf weitere Länder der Hemisphäre; es ist absehbar, daß dann zumindest Guatemala bald ,,fällig'' wäre. Daß der US-Imperialismus immer bereit war, trotz und gegen breite öffentliche Empörung zu intervenieren und offen Völkermord zu begehen, ist zigfach erwiesen. Inwieweit die US-Regierung bereit ist, demokratischen Imageverlust in der Welt und verstärkte Gegnerschaft aus dem demokratischen Lager der ,,Dritten Welt'' in Kauf zu nehmen, läßt sich schlecht beurteilen.

In Lateinamerika selber hätte der US-Imperialismus wahrscheinlich nicht allzu viel zu ,,verlieren''. Honduras, Guatemala, Venezuela, Kolumbien unterstützen die Junta offen, auch mit Waffenhilfe. Mit Chile, Argentinien, Venezuela und Israel sollen Verhandlungen um die Aufstellung einer ,,Friedenstruppe'' laufen. Der Andenpakt (Ecuador, Kolumbien, Bolivien, Peru) scheint ebenfalls mehrheitlich für die Unterstützung der Junta zu votieren, (wobei sich starke Strömungen in Ecuador widersetzen, z.B. Teile des Parlaments für eine Unterstützung der FDR eintreten). Von Brasilien ist kaum Protest gegen eine Intervention zu befürchten. Unterstützung der demokratischen Kräfte, d.h. Anerkennung der FDR kommt neben Kuba und Nicaragua vor allem aus Mexiko und teilweise aus Panama. Costa Rica, das der FSLN noch wichtige Hilfe geleistet hat, ist mit seiner christdemokratischen Regierung heute weitgehend ,,neutralisiert'', ebenso Jamaica. D.h. in bezug auf Lateinamerikas Regierungen könnte sich der US-Imperialismus eine Intervention wohl ,,leisten'', aber zum Glück bestehen die Länder nicht nur aus Regierungen. Die Frage ist, ob es eine möglichst schnelle militärische ,,Lösung'' für den Imperialismus gibt.

Überlegungen der Linken in El Salvador zu dieser Frage (nach ,,Farabundo Marti'') betonen, daß der Feind in El Salvador das Volk ist, überall im Lande präsent. D.h. eine begrenzte regionale Intervention würde für den US-Imperialismus ebensowenig eine endgültige ,,Lösung'' bringen. Eine langdauernde Invasion brächte aber Image-Probleme und außerdem die Gefahr, daß der relativ tief verwurzelte Anti-Nordamerikanismus der Völker auch in anderen Ländern weiter mobilisiert wird. Schließlich ist auch Guatemala kein ,,befriedetes Land'', sondern es gibt eine inzwischen ebenfalls vereinigte Guerilla mit breiter Verankerung. Und eine Blitzintervention — so die FDR — könne das Volk nicht besiegen, weil die Volkskräfte dazu zu stark sind, dafür müsse der Imperialismus atomare Waffen einsetzen.

Notwendig ist tatsächlich eine so breite und massive Öffentlichkeit und Solidarität wie sie für Vietnam weltweit auf der Straße war, um den militärischen Einsatz der USA ,,bis zur letzten Konsequenz'' zu verhindern, und ihren Rückzug zu erzwingen. ,,*Die USA können niemals ein ganzes Volk ausrotten und das Volk von El Salvador gibt sein Ziel, die Freiheit zu erobern, nicht auf*'' (,,Farabundo Marti'' Nr. 3).

Lateinamerika-Kommission



El Salvador — kurzer Rückblick

Seit knapp 50 Jahren sind in El Salvador fast ununterbrochen die Militärs an der Regierung. 1932 wurde ein von der KP ausgerufener Bauernaufstand blutig niedergeschlagen. Bei den anschließenden Racheaktionen wurden etwa 30.000 Menschen umgebracht. Seitdem waren die Volkskräfte in El Salvador im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Staaten extrem schwach. Erste größere Widerstandsaktionen begannen erst wieder Anfang/Mitte der siebziger Jahre und nahmen u.a. durch die erfolgreichen Kämpfe in Nicaragua einen rasanten Aufschwung. Grundlage dafür sind wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten und die zunehmende staatliche Repression seit Anfang der siebziger Jahre und die offenen Wahlfälschungen 1972 und 1977, die das Vertrauen in die Militär-Regierungen und einen reformistischen Weg auf Veränderungen nachhaltig erschütterten. Besondere Auswirkungen auf die Massenbewegung in El Salvador hatten die erfolgreichen Kämpfe in Nicaragua. Etwa seit Anfang 1979 riß die Kette von zahlreichen kämpferischen und spektakulären Aktionen der Linken nicht mehr ab: Besetzungen von Fabrikgebäuden, Kirchen, Botschaften, meist mit dem Ziel, sich gegen den zunehmenden rechten Terror zu wehren, Sabotageakte und Entführungen durch die Guerillaorganisationen. Die Sicherheitskräfte entfalteten eine täglich wachsende Repression, von Januar bis Juli 1979 wurden 406 Menschen ermordet (laut Menschenrechtskommission El Salvador). Im September 79 rief die Militärregierung Romero zur Bildung eines ,,nationalen Forums'' auf, um einen nationalen Dialog einzuleiten. Aus Protest gegen diesen Aufruf wurde ein ,,Volksforum'' gegründet, an dem die demokratischen oppositionellen Kräfte einschließlich Christ- und Sozialdemokratie beteiligt waren. Die revolutionären Volkskräfte wie der revolutionäre Volksblock (BPR, stärkste Massenorganisation der Linken) nahmen nicht teil.

Am 15. Oktober 79 putschten die sogenannten ,,Jungen Offiziere'', eine gemäßigte Oppositionsströmung innerhalb des Militärs, gegen den Faschisten Romero. Drei Zivilisten wurden in die Junta aufgenommen (Rektor der Uni, Chef der Sozialdemokraten, ein Kapitalistenvertreter). Der Ministerrat setzte sich aus drei Christdemokraten, einem Sozialdemokraten, zwei KPlern, vier Kapitalistenvertretern und vier Militärs zusammen. Das Volksforum war an der Besetzung der Regierung beteiligt worden. Wichtigste programmatische Versprechungen der Junta waren: Generalamnestie, Untersuchungen gegen den rechten Terror und Auflösung der faschistischen Organisationen, Wahlen, Zulassung der politischen Parteien, Sozial- und Agrarreformen, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Kuba und Nicaragua, Anschluß an die Blockfreienbewegung.

Im linken Lager wurden der Putsch und das Programm der Junta skeptisch aufgenommen. Der später ermordete Erzbischof Romero forderte zu großer Wachsamkeit auf, ob die Versprechungen tatsächlich eingehalten werden. LP-28 (Volksligen des 28. Februar) riefen in Randvierteln von San Salvador den Aufstand gegen die Junta aus, mußten aber nach schweren Verlusten aufgeben. Der ,,Revolutionäre Volksblock'' (BPR) und andere Linke nahmen erst nach zehn Tagen Stellung und besetzten verschiedene Ministerien und Kirchen, um die Junta zur Einhaltung ihrer Versprechungen zu zwingen, bzw. ihr wahres Gesicht zu entlarven. Das ,,wahre Gesicht'' der Junta kam dann auch sehr schnell zum Vorschein: Es wurden einige Lohnerhöhungen zugestanden, 68 politische Gefangene wurden freigelassen, der Kaffee-Export wurde unter staatliche Kontrolle gestellt und die Möglichkeiten zum Transfer von Großgrundbesitz wurden eingeschränkt. Das war dann praktisch alles, was an ,,Reformen'' stattfand.

Stattdessen bestand die Bilanz der Junta nach fünf Tagen Regierungszeit aus 100 Toten und 300 Verletzten; Fabriken, die noch unter Romero besetzt worden waren, wurden blutig geräumt. Die faschistische Organisation ORDEN konnte sich ganz offen mit einer Umbenennung, d.h. einem neuen Namen, brüsten, von Auflösung war keine Rede. Eine antikommunistische Propagandamaschine wurde in Bewegung gesetzt, die am 27.12.79 in einem Marsch von 100.000 Rechten gipfelte mit dem Schlachtruf: ,,Tod dem Kommunismus''. (Der Sozialdemokrat Ungo, der als Regierungsvertreter sprechen wollte, wurde niedergeschrien, ein Militärsprecher dagegen gefeiert.)

Unter dem Druck des nicht endenden rechten Terrors forderten die zivilen Minister Ende Januar '80 den Kriegsminister Garcia auf, Rechenschaft über die Greuel der Nationalgarde abzulegen. Garcia galt als Drahtzieher der faschistischen Morde und der Kunkelei mit den USA. Garcia ging nicht darauf ein, sondern brachte die Kommandanten aus sämtlichen Kasernen zur Kabinettssitzung mit. Nach dieser Provokation traten alle zivilen Minister einschließlich der Kapitalistenvertreter aus der Regierung zurück. Als letzte Zivilisten verblieben in der Regierung (übrigens bis heute) die rechten Christdemokraten (Morales Ehrlich und Duarte). Der demokratische Flügel der Christdemokratie (,,Tendencia Popular'') (dessen Minister ebenfalls zurückgetreten waren), wurde im März, nach dem Mord an Erzbischof Romero, aus der Partei ausgeschlossen. Mit dem Rücktritt der Zivilisten war der letzte reformerische Anstrich der Junta verloren. Das Konzept einer vorsichtigen und schrittweisen Zurückdrängung der Rechten war wie schon so oft wieder einmal gescheitert. Die Faschisten hatten sich in vollem Umfang durchgesetzt.

Am 22.1.80 richteten ,,Sicherheitskräfte'' und rechte Banden das Massaker an, als 200.000 Menschen zum Jahrestag des Aufstandes von 1932 durch San Salvador demonstrierten. Am 6. März wurde die sogenannte Landreform und gleichzeitig der Ausnahmezustand und die Pressezensur verkündet. Während des ganzen Jahres konnte praktisch keine Aktion der Volksorganisationen unbehelligt stattfinden. Verschiedene Streiks, Demonstrationen, Besetzungen wurden immer wieder blutig bekämpft. Trotzdem hat die Linke unvergleichlich an Stärke gewonnen. Die Tatsache, daß sich die revolutionäre Linke von Anfang an nicht an der Putschjunta beteiligt und kontinuierlich und militant gegen den Terror gekämpft hatte, hat ihr enormen Kredit und Zulauf gebracht. Im Vergleich zum September 79, als das Volksforum aus reformistischen Organisationen gegründet wurde, hat sich das Kräfteverhältnis rasant zugunsten der Revolutionäre verändert. Am 11.1.80 wurde die ,,Coordinadora de Masas'' (CRM) zunächst von FARN, KP und FPL bzw. ihren Massenorganisationen gegründet. Ende April entstand die Oppositionsfront FDR, in der sich die revolutionäre Linke und die demokratische Opposition (einschließlich Sozialdemokraten und ,,Tendencia Popular'' der Christdemokraten und des Unternehmerverbandes) vereinigten — insgesamt 130 Gruppen und Organisationen.

Am 22.5. wurde der erste Schritt zur Vereinheitlichung des militärischen Kampfes der Linken unternommen. Die DRU (Direktion der revolutionären Einheit) umfaßte alle vier bewaffnet kämpfenden Organisationen (FPL, FARN, ERO, KP, wobei FARN und ERP zeitweilig nicht mitmachten). Damit wurden zumindest Absprachen und gemeinsame Planung der getrennt voneinander, in verschiedenen Regionen operierenden Guerillaverbände möglich. Diesem ersten Schritt folgte am 10.10. der regelrechte Zusammenschluß aller vier Guerillaverbände in der FMLN (Nationale Befreiungskräfte — Farabundo Marti) mit gemeinsamer Leitung und einer gemeinsamen Zeitung, deren Name als Programm gelten kann: ,,Venceremos''.

(Überwiegend nach ,,Lateinamerika-Analysen und Berichte'' Nr. 4 und ,,Lateinamerikanachrichten''/Sondernummer El Salvador).

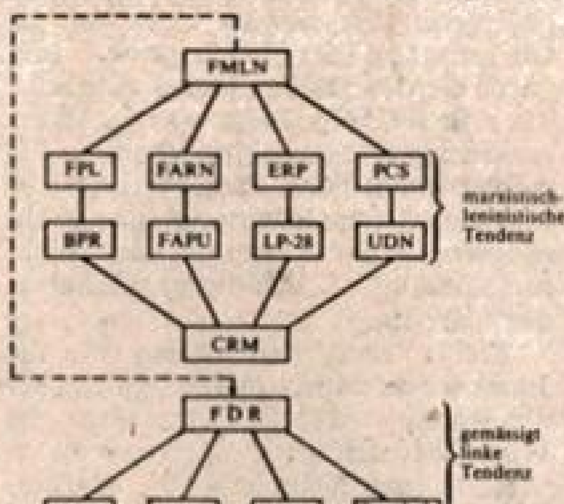
Guerillazentrale:
FMLN – Frente Farabundo Marti de Liberación Nacional

Guerillaverbände:
FPL – Fuerzas Populares de Liberación Nacional
FARN – Fuerzas Armadas de Resistencia Nacional
ERP – Ejército Revolucionario del Pueblo
PCS – Partido Comunista Salvadoreño

Frontorganisationen:
BPR – Bloque Popular Revolucionario (Front der FPL)
FAPU – Frente de Acción Popular Unificada (Front der FARN)
LP-28 – Ligas Populares 28 de Febrero (Front des ERP)
UDN – Unión Democrática Nacional (Front der KP)

Zentrale der Frontorganisationen:
CRM – Coordenadora Revolucionaria de Masas

Politische Superstruktur:
FDR – Frente Democrático Revolucionario
MNR – Movimiento Nacionalista Revolucionario (sozialdemokratisch)
PSC – Partido Social Cristiano (christlichdemokratische Dissidenten)



Erklärung der Abkürzungen:

Politische Partei bzw. bewaffnete Organisation	dazugehörige Massenorganisation
FPL - Farabundo Marti (Volksbefreiungskräfte) 1970 Abspaltung von der KP	BPR (Revolutionärer Volksblock) – stärkste Massenorganisation vor der Vereinigung, zeitweise 100.000 Mitglieder
KP	UDN (nationale demokratische Union)
ERP (revolutionäres Volksheer) Zusammenschluß bewaffnet kämpfender Gruppen 1971	LP-28 (Volksligen des 28. Februar) 1977 gegründet, als ERP begann, nicht mehr rein militärisch zu kämpfen
FARN (bewaffnete Kräfte des nationalen Widerstandes) 1974 Abspaltung aus ERP, Kritik am rein militärischen Kampf	FAPU (Vereinigte Volksfront) 1974 Zusammenschluß aus verschiedenen Volksorganisationen, die u.a. durch Enttäuschung über Wahlbetrug entstanden waren.

Heute alle zusammengeschlossen in FMLN (Nationale Befreiungsfront - Farabundo Marti)
Die breite Oppositionsfront auf Massenebene, an der auch die bürgerliche Opposition beteiligt ist, ist die FDR (Revolutionäre demokratische Front)

Spendet! Waffen für El Salvador

Die El Salvador-Demonstration in Hamburg am Tag der Menschenrechte war mit (anfangs) 500 Teilnehmern nicht gut besucht. Dies lag sicher weniger am Thema als an der doch recht chaotischen und kurzfristigen Vorbereitung. Die Veranstaltung am Abend war vor allem wegen des Films ,,Im Schatten der Revolution'' sehr eindrucksvoll. Der Film zeigt authentische Bilder von Razzien der Militärs in den Dörfern: ,,*Wenn die Militärs die Kasernen verlassen, befinden sie sich in Feindesland*'', und er zeigt nicht nur die Ausbildung und Vorbereitung der Guerillaverbände, sondern auch direkte Einsätze der Guerilla.

Dieser Film sollte unbedingt für Diskussionsrunden, kleine Veranstaltungen etc. eingeplant werden (Auskünfte über Medienpädagogisches Zentrum, MPZ Hamburg, Tel: 43 97 25 2).

Um nachträglich eventuelle weitere Mißverständnisse zu vermeiden: Amnesty hat seine für den 10.12. geplanten Aktionen (Schweigemarsch und Veranstaltung) abgesagt und die Demonstration des El Salvador-Komitees nicht unterstützt; amnesty hat aber solidarisch auf Konkurrenzveranstaltungen verzichtet und auch den Film zur Verfügung gestellt.

Aus Aachen erhielten wir einen Bericht von einer Veranstaltung der ESG am 28.11. mit Universitätsprofessoren aus El Salvador, die eine Rundreise durch die BRD machen und den ESG-Friedenspreis entgegengenommen haben. Dieser Preis war eigentlich für den Präsidenten der Uni San Salvadors gedacht, der wenige Tage vor seinem Abflug in die BRD ermordet wurde. Auf der Aachener Veranstaltung klagten die Professoren vor allem die Berichterstattung in der BRD-Presse an und forderten auf, für Medikamente und Waffen zu spenden.

Letzte Meldungen aus El Salvador

Die nordamerikanische Untersuchungskommission hat in El Salvador ihre Arbeit aufgenommen. Untersucht werden soll, ob die Regierung an der Ermordung der 4 nordamerikanischen Nonnen beteiligt war. Die Arbeit der Kommission besteht nach verschiedenen Meldungen hauptsächlich in Verhandlungen mit der Junta über genaue Bedingungen, unter denen die USA ihre Wirtschafts- und Militärhilfe auch nach außen offen weiterleisten können. (Nach der Ermordung der Nonnen war die offizielle Hilfe vorübergehend storniert worden.)

Insgesamt bereitet sich die Reaganadministration auf ihre Amtsübernahme vor. Der US-Botschafter in Mexiko, Nava, ist öffentlich gerügt worden, weil er geäußert hat, daß die Morde an den 6 Oppositionspolitikern auf das Konto der Junta und ihrer Truppen gehe. Ebenso wurde der Botschafter in El Salvador, White, gerügt, weil er die Ermordung der Oppositionspolitiker verurteilt hat (FAZ, 6.12.80).

Der einzige ,,gemäßigte'' Militärvertreter in der Junta, Oberst Majano, ist auf Druck von 300 Offizieren aus der Junta ausgeschieden (SZ, 10.12.). Majano soll sich schon seit längerem für einen Dialog mit der Oppositionsfront FDR eingesetzt haben. Zur Zeit soll er sich in verschiedenen Geheimkontakten darum bemühen, in Absprache mit der FDR bzw. mit der reformistischen Opposition, einen demokratischen Gegenputsch gegen die Junta vorzubereiten. Die Chancen für das Gelingen eines solchen Plans dürften aber, insbesondere nach dem Amtsantritt der Reaganadministration am 1.1.81, gering sein.

Spenden:
Medizinische Hilfe (vielleicht wichtig für Eltern, Bekannte, Kollegen)
Medico International
Stadtsparkasse Frankfurt/Main
Konto 232
Waffen für El Salvador
Postscheckkonto Berlin/West
288 59-107
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V. 1 Berlin 65, Sonderkonto

»Unter dem Banner des Marxismus-Feminismus...«

Frauentreffen von Feministinnen der KPF

Im Mai 1979 gab eine Gruppe von Feministinnen aus der französischen KPF die erste Nummer einer Zeitung heraus: „Elles voient rouge..." (Sie sehen rot). In der Zwischenzeit sind drei weitere Nummern gefolgt. Zu ihrem Selbstverständnis schrieben sie in der ersten Ausgabe: ***„Wir sind Feministinnen geworden durch die Kämpfe, die wir in unserem sozialen und täglichen Leben, in unseren Beziehungen und um unsere Sexualität geführt haben. Auch dank der Frauenbefreiungsbewegung. Der Feminismus hat uns einen neuen Widerspruch innerhalb unserer politischen Arbeit offenbart: wir mußten uns definieren, nicht nur gegenüber dem Kapitalismus, sondern auch gegenüber dem Sexismus, auch von unseren ‚guten Genossen', dessen Opfer wir alle sind. So wurden wir gezwungen, einen doppelten Krieg zu führen, und dieser Krieg an zwei Fronten hat zu unserem Zusammenschluß innerhalb unserer Organisation geführt... Weshalb arbeiten wir innerhalb einer Partei? Weil wir glauben, daß ein revolutionärer Kampf gegen einen Staatsapparat nicht ohne revolutionäre Organisation der Arbeiterklasse zu deren Machtergreifung geführt werden kann.***

Bis zum Ende zu kämpfen heißt für uns, daß wir einen besonderen Kampf innerhalb unserer Organisation zu führen haben, damit der Feminismus den ihm gebührenden Platz einnimmt, der unlösbar mit einem revolutionären Kampf verbunden ist.

Dieses 'Bis zum Ende kämpfen' bedeutet schließlich, daß keine einzige Revolution stattfinden kann, ohne innerhalb und vor allem bei der Arbeiterklasse die Verhältnisse zwischen Frauen und Männern und zwischen Frauen untereinander umzuwälzen.

Eine Revolution, die auch nur ein bißchen den Kampf der Frauen verdrängt – ist eine solche Revolution so oder so nicht eine fehlgeschlagene Revolution?" **(Nullnummer von „EVR", Mai 79, Seite 6).**

Am 29./30.11.80 luden die Herausgeberinnen von *„Elles voient rouge"* zu ihrem ersten größeren Treffen ein: ca. 100 Frauen waren anwesend, die meisten aus Paris, aber auch eine Reihe von Leserinnen und Sympathisantinnen aus der sogenannten „Provinz". Anwesend waren auch einzelne Frauen von der feministischen Strömung innerhalb der PS, die als vormals *„Courant G"* (heute *„Cou-*

Strömung innerhalb der PS, die als vormals „Courant G" (heute „Cou-

rant 3", Courant = Tendenz) ebenfalls eine eigene Zeitung herausgeben: *„Mignonnes allons voir sous la Rose"* (1); Frauen vom „MLAC" (Bewegung für freie Abtreibung und freie Kontrazeption), von „Planning Familial" (eine der Pro-Familia vergleichbare französische Einrichtung) und aus dem eurolinken Flügel der KPF (z.B. Christine Buci-Glucksmann) (2).

Thema des Treffens war: *„Feminismus und Marxismus"*. In der Einladung hatten die Genossinnen von „EVR" dazu geschrieben: *„Ja, ja, wir haben keine Angst. Ja, ja, wir lieben sowas. Wir schwimmen gegen den Strom. Aber das ist gerade unser Stil. Wir wollen nicht nur Widerstand leisten. Wir wollen offensiv sein. Wir wollen weder vor Politik noch vor Theorie noch vorm Marxismus Angst haben. Und wir finden es schön, uns mal zu treffen".*

Eine umfangreiche Tagesordnung wurde vorgeschlagen:

„Feminismus und Klassenkampf, der Klassenbegriff bei Marx, die Rolle der Frauen im Produktionsprozeß, sowohl innerhalb der Familie als auch im Betrieb. Der Begriff des Patriarchats. Frauenklasse/Männerklasse. Frauen und Organisationen. Feminismus und Zerschlagung des Staatsapparates. Feminismus und Sozialismus. Heterosexualität/Homosexualität. Abtreibung, Vergewaltigung. Aktuelle Probleme und Perspektiven der Frauenbefreiungsbewegung".

Vor Beginn des eigentlichen Berichts noch eine Bemerkung:alle Diskussionen im Plenum liefen in einem außerordentlich solidarischen, sympathischen Klima, lebendig und konzentriert ab. Und – frau denke nur an BRD-Manieren... – ohne jegliche Infragestellung, Stirnrunzeln und dergleichen mehr lagen Materialien der KPF-, PS- und...KB-Frauen „schwesterlich" Seite an Seite auf dem großen Büchertisch...

Feminismus, Klassenkampf und Patriarchat

Ausganspunkt dieser Diskussion war folgende geschichtliche Feststellung:

Das Partriarchat ist älter als der Kapitalismus. Das heißt, das System des Partriarchats bestand schon vor der Entstehung des Kapitalismus. Das Patriarchat, als System der sexistischen Unterdrückung und der ökonomischen Ausbeutung von Frauen durch Männer, ist also gewissermaßen unabhängig vom Kapitalismus in dem Sinne, daß die Umwälzung der Produktionsverhältnisse nach einer erfolgreichen Revolution nicht ausreicht, um ihn auszurotten. Das bedeutet, daß alleine die Aneignung der Produktionsmittel durch eine siegende Arbeiterklasse unsere Frauenbefreiung nicht automatisch zur Folge hat.

Wenn das Patriarchat als System einer männlichen Unterdrückungsideologie über Frauen einerseits und als System der ökonomischen Ausbeutung von Frauen durch Männer (über die Lohn-Unterschiede, über den doppelten Arbeitstag, über die unbezahlte Hausarbeit, d.h. in einem Wort: über die sogenannte geschlechtsspezifische Teilung der Arbeit) andererseits definiert ist, wenn wir gleichzeitig als kommunistische oder revolutionäre Feministinnen von der Unterdrückung und Ausbeutung durch das Kapital ausgehen, dann steht die Frage:

- Wie sind beide, Patriarchat und Kapital, miteinander verbunden, wie bedingen sie sich bzw. produzieren sie sich gegenseitig, welche Zusammenhänge gibt es zum Beispiel zwischen Staat, Patriarchat und Familie, und welche kommunistische, feministische Politik und Theorie folgt daraus?

Dies war, grosso modo, die Ausgangsbasis der sich anschließenden, mehrstündigen Diskussion (in Zahlen: a c h t !) mit folgenden Schwerpunkten:

- Ist das Patriarchat ein ökonomisches Produktionsmodell, oder ist es vielmehr ein allseitiges Unterdrückungsinstrument der Frau?
- Ist die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit „wertkonservativ" oder emanzipatorisch?
- Ist die Teilzeitarbeit eine positive Verbesserung für die Frau oder nicht?

Anwesend war auch die Feministin Christine Delphy, deren bekanntestes Buch *„Der Hauptfeind"* (*„L'ennemi principal"*, Frankreich 1970) ist.

Christine Delphy hat den Schwerpunkt ihrer Arbeiten auf die Untersuchung der ökonomischen Ausbeutung der Frauen gelegt. Sie geht davon aus, daß durch die Heirat (oder das Zusammenleben von Frauen mit Männern) die Frauen einem „häuslichen Produktionsmodell" beitreten, in dem Hausarbeit und Erziehung von Kindern (mit allen verbundenen Arbeiten) die produktiven Aktivitäten sind. Die Arbeit der Frauen bleibt dabei unbezahlt, als Lohn wird ihr die „Liebe" ihres Mannes geschenkt. So werden die Frauen ökonomisch von den Männern ausgebeutet und stellen eine „Sklavenklasse" dar. Christine Delphy benutzt die Bezeichnung *„Geschlechtsklasse"* (*„classe sexuelle"*) in Abgrenzung zum marxistischen Klassenbegriff. Christine Delphy meint, daß alle Frauen Teil dieser „Geschlechtsklasse" sind, unabhängig davon, in welcher (sozialen) Klasse sich ihre Männer befinden. Umgekehrt profitieren alle Männer von der ökonomischen Ausbeutung der Frauen. Sie sieht also das System des Patriarchats als unabhängig bzw. getrennt vom Kapitalismus, genauso wie für sie Feminismus unabhängig bzw. getrennt vom Marxismus ist. Kurzum: das Patriarchat ist ein ökonomischer Produktionsmodus, der die Charakteristik der unentgeltlichen Sklavenarbeit trägt. Gemäß der berühmten Formel „Das Sein prägt das Bewußtsein" bzw. die Produktionsverhältnisse haben ihren Ausdruck in den sozialen Verhältnissen, führt Christine Delphy die Stellung der Frauen in dieser Gesellschaft auf diese Charakteristik zurück.

Die feministischen PS-Frauen von *„Mignonnes..."* machen folgende Analyse:

Heute bekommen die Männer im Schnitt 50% mehr Lohn als Frauen (in Frankreich). Im Lohn des Arbeiters ist ein Teil zur Reproduktion seiner Arbeitskraft und zur Ernährung seiner Kinder enthalten, die ja die Arbeiter von morgen sind.

Dieser Arbeitslohn des Mannes soll also auch die Reproduktion der Arbeitskraft der Frau gewährleisten, wobei ledige Männer als potentielle Ehemänner bzw. Familienväter betrachtet werden.

Der Frau wird unter patriarchalischen Systembedingungen keine Unterhaltung eines Dritten unterstellt, sie bekommt also einen niedrigeren Lohn, da dieser nur für sie selber bestimmt sei.

In gewissem Sinne würde also die Hausarbeit der Frauen schon bezahlt werden – nur bekommen die Frauen nicht selbst das Geld dafür, sondern die Männer. So sehe frau, wie Patriarchat und Kapitalismus sich gegenseitig unterstützen: durch den höheren Lohn der Männer garantiert der Kapitalismus die Reproduktion der Arbeitskraft der Frau, die er indirekt benötigt; durch den höheren Lohn der Männer halten sie ihre soziale Macht über die Frauen aufrecht, die sie unter Umständen durch die Einbeziehung von Frauen in die Warenproduktion verlieren könnten. Die Frauen können zwar außerhalb der Familie einer Arbeit nachgehen, ihr Lohn ist aber immer auf das Minimum beschränkt, also ungenügend, um alleine zu leben, vor allem wenn sie Kinder haben.

Dieser Analyse wurde entgegengehalten: Richtig sei, daß im Lohn des Arbeiters ein Teil zu seiner Reproduktion und der seiner Familie enthalten ist – aber w e r bezahlt die Arbeitskraft der Frau? Der Kapitalismus/das Patriarchat lebe quasi von der unentgeltlichen Arbeit von Millionen Frauen, das heißt innerhalb des Kapitalismus existiere noch eine mittelalterliche Sphäre: Sklavenverhältnisse.

In der Konsequenz müßten die PS-Frauen von einer „Über-Entlohnung" der Männer reden und ihre Lohnminderung zugunsten der Frauen verlangen. Das würde nicht viel ändern an der materiellen Misere der Frauen, da sie davon auch nicht leben könnten.

Eine weitere Frage wäre, ob Lohnungleichheiten zwischen Frauen und Männern ihre Ursache in sexistischer Unterdrückung (die vom Kapital zur Spaltung der Arbeiterklasse benutzt wird) oder in zwingenden ökonomischen Mechanismen haben. Das heißt, die Frage, ob der Kapitalismus nicht genauso gut leben könnte mit einer Lohnangleichung?

Christine Buci-Glucksmann widersprach der ihrer Meinung nach einseitigen ökonomistischen Analyse des Patriarchats/der Familie. Die Familie diene nicht nur der Hausarbeit und der Reproduktion der Arbeitskraft, es ginge vielmehr um vielfältige Repressionsmechanismen. Sie regte eine Untersuchung der Entwicklung der Familie an: heute würde die Familie immer mehr reduziert werden. Ideal- bzw. Durchschnittstypus sei die Dreier-Familie (Mutter-Vater-Kind). Noch vor einigen Jahrzehnten hätten Großmütter, Großväter usw. eine viel größere Rolle gespielt.

Die Verwunderung darüber, daß – obwohl wir Frauen so eine Rolle spielen! – Marx und andere (aber vor allem er) kaum die Situation der Frauen im Kapitalismus analysiert haben, wurde einander bestätigt. Nun, wie eine KPF-Feministin treffend bemerkte: Marx war eben kein Feminist!

Eine andere Genossin von „EVR" stimmte zu, daß Marx nur die Situation der Männer unter dem Kapitalis-

stimmte zu, daß Marx nur die Situation der Männer unter dem Kapitalis-

mus untersucht habe, und daß er, wegen der in jeder Hinsicht Ausklammerung der Situation der Frauen, wohl nicht Materialist gewesen sei.

Wenn allerdings Marxistin zu sein bedeuten würde, nur das zu wiederholen, was Marx schon gesagt oder geschrieben hat, dann würden wir wohl nie sehr weit kommen.

Die Lücken bei Marx und Engels seien selber „marxistisch", d.h. materialistisch erklärbar- und daß dort Lücken sind, könnte nicht zu einer Verurteilung des Marxismus führen. Im Gegenteil sei die marxistische Methode der Erkennung der Realität nach wie vor avantgardistisch und keineswegs überholt. (Da wurden auch Zwischenrufe laut: *„Marx entstalinisieren!"* oder *„Marx aus dem Gulag holen!"...)* Die Debatte um die ökonomische Stellung der Frauen im Kapitalismus und der daraus folgenden Forderungen hat innerhalb der Frauenbewegung eine ältere Geschichte: schafft die Frau in ihrer Hausarbeit Mehrwert oder keinen, oder nimmt sie an der Produktion von Mehrwert, durch die Reproduktion der Arbeitskraft des Mannes, teil?

Maria Dalla Costa zum Beispiel stimmte dem ersten zu und entwickelte daraus die Forderung nach Bezahlung der Hausarbeit (*„Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft"*, Mariarosa Dalla Costa, Selma James, 1972)

In Erinnerung gerufen sei auch die Debatte im AK um die Frage *„Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat?"* (u.a. AK 81, Mai 76). Damals schrieben wir: *„Forderungen nach Bezahlung der Hausarbeit durch den Staat, eigener Rentenversicherung und Krankenversicherung sind berechtigt, um die Lage der Frauen im Kapitalismus zu verändern und zu verbessern. Erst bei Massenkämpfen größeren Stils werden wir diese Forderung durchsetzen können, allerdings verbunden mit der Forderung nach einer neuen Organisierung der Hausarbeit. Unser Ziel muß letztlich sein, die private Hausarbeit selbst abzuschaffen und damit die Hausfrauen aus der Abhängigkeit von Kindern und Ehemann zu lösen und ihre Tätigkeit zu der öffentlichen Aufgabe zu machen, die sie ihrer Natur nach ist"* (AK Nr. 89, S. 8).

Dieser Forderung, die gewiß pro-

Fortsetzung nächste Seite



Für das Recht auf Arbeit! Nein zur Teilzeitarbeit! Ja zu den 35 Stunden! Ja zu den kollektiven Einrichtungen!

Fortsetzung von vorheriger Seite

blematisch ist aufgrund der Funktion der Familie für uns Frauen und unserer Zielsetzung der Abschaffung der bürgerlichen Familie, schloß sich auf dem Treffen nur eine einzige Frau an. Die meisten Frauen fanden sie geradezu pervers und makaber, etwa nach dem Motto: „Was, noch nach Groschen betteln für unsere Unterdrückung?!". (Hierbei sei angemerkt, daß es sich um kein Studentinnen-Treffen handelte, die meisten Frauen waren werktätig und kamen aus allen Altersklassen). Sie sei in dem Sinne auch keine Lösung des Problems (der geschlechtlichen Teilung der Arbeit), als sie diese zementieren würde.

Dieser Gedanke, Kampf gegen die sexistische Unterdrückung, prägte auch die gesamte Diskussion der beiden Tage: So sei zum Beispiel die Forderung nach dem Recht auf Arbeit für Frauen in sich noch nicht genügend, denn ohne gleichzeitig die Tatsache des doppelten Arbeitstages, der doppelten Ausbeutung der Frauen zu benennen und zu bekämpfen, würde sie keine absolute Verbesserung für sie bedeuten.

Diskussion über Teilzeitarbeit

In Frankreich wird derzeit von der Regierung ein Gesetz zur Teilzeitarbeit durchgepeitscht. Dieses Projekt gliedert sich in zwei Teile:

– Im privaten Wirtschaftssektor soll der jeweilige Unternehmer Arbeitsplätze mit einer beliebigen Arbeitszeit schaffen können, zwischen einer und 39 Stunden pro Woche. Die Beratung mit den Interessenvertretungen der Arbeiter/innen entfällt dabei.

Um die Unternehmer dazu zu animieren, sollen ihnen soziale Voteile gegeben werden (z.B. Einsparungen auf dem Krankenversicherungssektor).

– Innerhalb des öffentlichen Dienstes soll ähnlich verfahren werden (Schaffung von Arbeitsplätzen zwischen 20 und 40 Stunden wöchentlich).

Insgesamt geht es darum, den Arbeitsmarkt den Bedürfnissen der Produktivität anzupassen, wobei die Frauen die ersten Bedrohten sind, und darüber hinaus der Unternehmer zur Willkür des 19. Jahrhunderts zurückkehren kann (keine kollektiven Tarifverträge mehr, sondern Individualverträge).

Schon heute sind 55 % aller französischen Arbeitslosen Frauen; im Zusammenhang mit der fortschreitenden Automatisierung sind insbesondere die Industriearbeiterinnen bedroht.

90 % aller Teilzeitarbeiter in Frankreich sind Frauen – allerdings haben Umfragen unter Frauen ge-
dere die Industriearbeiterinnen bedroht.

90 % aller Teilzeitarbeiter in Frankreich sind Frauen – allerdings haben Umfragen unter Frauen ge-
zeigt, daß sie es meistens gegen ihren Willen sind, weil ihnen keine Ganzzeit-Arbeit angeboten worden ist (nur 7,9 % der arbeitssuchenden Frauen wünschen explizit eine Teilzeitarbeit).

Eine Frau von „Mignonnes ..." meinte hierzu, daß viele Frauen keine Lust zur Ganzzeit-Arbeit hätten, weil sie damit weniger Zeit hätten. Eine „EVR"-Genossin entgegnete, diese Argumentation „Frauen brauchen die Teilzeitarbeit, weil sie dann mehr Zeit für politische Arbeit haben", kenne sie zur Genüge. Das sei eine absurde Logik, die diejenige des Systems reproduziere: Ein Mann, der seine acht Stunden arbeitet, könne sehr wohl noch abends Versammlungen und ähnliches besuchen – eben weil zu Hause für ihn die Frau arbeitet. Diese Tatsache würde immer vergessen werden, wenn moralisierend und stellvertretend gesagt werde, Frauen bräuchten die Teilzeitarbeit. Außerdem sei es ein falscher Automatismus zu meinen, Teilzeitarbeit bedeute mehr Zeit für Politik. Sie habe zum Beispiel eine linke Lehrerin als Kollegin, die zwei Kinder hätte, und sich dafür eingesetzt habe, nur drei Tage pro Woche arbeiten zu müssen. Ihr Mann sei ein politisch sehr aktiver Mensch, und sie habe u. a. auch deswegen weniger arbeiten wollen, um sich selber wieder aktiver engagieren zu können. Nun, was ist passiert? Der Mann ist nach wie vor aktiv, hat ständig Termine, sie dagegen sitzt nach wie vor zu Hause und entwickelt jetzt gegenüber der ganzen Welt Schuldgefühle.

Eine andere „EVR"-Genossin berichtete von einer Versammlung mit ihren Kolleginnen, wo auch über Teilzeitarbeit geredet wurde. Es kam die Frage auf, was die Frauen tun würden, wenn sie mehr Zeit für sich hätten. Fast alle Kolleginnen hätten erzählt, daß sie dann mehr mit ihren Kindern machen oder dieses und jenes im Haushalt perfektionieren würden.

Die Forderungen, die vielmehr zur Diskussion stünden, wären:

– Nein zu den Teilzeitgesetzen – Nein zu den Entlassungen – Für die massive Reduzierung der Arbeitszeit **für alle** bei gleichem Lohn für Frauen und Männer (d. h. keine Lohnminderung!) – Für die Teilung der Lohn- und Hausarbeit zwischen allen Frauen und Männern: Schaffung neuer Arbeitsplätze, gemischte Besetzung aller Arbeitsplätze, ganztägige Kinderkrippen (d. h. 24 Stunden lang) – Kantinen – Kinderhäuser – Teilung der Hausarbeit. (Dazu gab es in Paris Ende November eine Frauendemonstration: *„Ja zum Recht auf Arbeit der Frauen! Ja zu unserer ökonomischen Autonomie! Wir wollen Zeit zum Leben haben, aber nicht zu irgendeinem Preis!"*).

Frauen und Sozialismus

Eröffnet wurde diese Diskussion mit zwei längeren Beiträgen, einmal zur Situation in den sogenannten „sozialistischen" Ländern von einer „EVR"-Genossin, zweitens zur Situation in der VR China von Evelyne Tschirhart (Mitautorin des Buches von C. und J. Broyelle „Zweite Rückkehr aus China", eine Fortsetzung des Buchs „Die Hälfte des Himmels"). Weder von der „EVR"-Genossin noch von



Evelyne Tschirhart wurde mit Kritik gespart.

Zum Beginn ihres Beitrages stell-
Evelyne Tschirhart wurde mit Kritik gespart.

Zum Beginn ihres Beitrages stell-
te die „EVR"-Genossin die Frage: *„Aber wo sind denn die Frauen aus der politischen Szene? Was ist aus ihnen geworden in allen diesen Brennpunkten? Iran, Afghanistan, Polen? .. Die Hoffnung soll bekanntlich aus dem Osten kommen. Zum Beispiel von der polnischen Arbeiterklasse, die den Mut gehabt hat, sich gegen den Parteiapparat, gegen die staatliche Bürokratie aufzulehnen. Eine reale Bedrohung für alle Stalinisten und für die westeuropäischen Kommunistischen Parteien. Aber auch dort ... ist die Revolution der Frauen vergessen worden. Nie ist eine Frau aufgetreten ... Eine der Forderungen der polnischen Arbeiter ist die Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs auf drei Jahre ... Für die Männer die Politik, für die Frauen die Küche? ... Innerhalb einer revolutionären Bewegung ist der Kampf der Frauen keine nebensächliche Front, sondern hauptsächlich und bestimmt den Sinn des Wortes revolutionär. Man kann nicht Marxist sein, ohne Feminist zu sein!"*

Bei ihren folgenden Ausführungen stützte sich die Genossin auf die Berichte, die während der internationalen Frauenkonferenz der UNO im Juli 1980 in Kopenhagen gegeben wurden. *„In Algerien: Der Bericht wurde von einem Mann vorgetragen. Dort wird gesagt, daß alles, was ‚die Probleme der Freiheit, der Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern, der gleichberechtigten Arbeit und Diskussion über Scheidung, Heirat, Beteiligung an politischen Aktivitäten' betrifft, ‚bürgerliche und egoistische' Fragestellungen seien. Die Hauptaktivität der Frauen soll die Unterstützung der Partei und ihrer politischen Linie sein. Es wird dort behauptet, der Islam habe die Frauen befreit! Die UNFA* (Nationaler Bund der algerischen Frauen, Anm. AK), *die der Regierung verbunden ist, ist das einzige offizielle Kampfmittel.*

In der DDR arbeiten 87 % aller Frauen. Man muß anerkennen, daß die DDR dasjenige Land aus dem Ostblock ist, wo die Frauen am anerkanntesten und am aktivsten sind. Diese Besonderheit hängt mit den ökonomischen Bedürfnissen des Landes zusammen. Aber dort existiert die gleiche Ideologie, daß die Frau zunächst Mutter ist. Dies bestimmt auch die Arbeitspolitik: Teilzeitarbeit (aber mit dem gleichen Lohn wie für eine Ganztags-Stelle) ... Auch hier werden ‚familiäre und berufliche Verantwortungen' kombiniert ... So haben zum Beispiel Mütter und verheiratete Frauen monatlich einen freien bezahlten Tag, um sich der Hausarbeit zu widmen! Der Schwangerschaftsurlaub dauert 26 Wochen, danach kann sich die Mutter ein Jahr lang von der Arbeit freistellen lassen.

In Ungarn haben die Frauen laut Bericht die unqualifiziertesten Arbeitsstellen. Es wird unwidersprochen von einem doppelten oder gar dreifachen Arbeitstag dort berichtet. Ebenfalls berichtet wird, daß es die am wenigsten vergünstigten Frauen sind (Hilfsarbeiterinnen oder Handarbeiterinnen), die zu Hause bleiben wollen, während die Intellektuellen die Ganztagsarbeit vorziehen. Das Schema der Arbeiterklasse als Trägerin der revolutionären Werte liegt weit hinter uns! Die offizielle Propaganda setzt sich moralisch für ein Modell von drei Kindern pro Familie ein.

Wenn dort die verstärkte Beteili-
Modell von drei Kindern pro Familie ein.

Wenn dort die verstärkte Beteili-
gung des Mannes an Hausarbeiten lobend erwähnt wird, ist es eine Ehrung an die Waschmaschine. Der Mann könne nämlich nicht mit der Hand Wäsche waschen, während der Umgang mit Maschinen sozusagen sein Naturtalent ist ... Die Hauptrolle in dieser Revolution (Teilung der Hausarbeit, Anm. AK) *gebührt der Waschmaschine, denn sie kann vom König der Schöpfung bedient werden und erleichtert bedeutend die Arbeit der Frau.*

In Bulgarien gibt es eine Reihe von Berufen, die den Frauen verboten sind, wenn sie ihre Gesundheit gefährden oder über ihre physischen Kräfte gehen: Bergbau, Metallindustrie, Chemie ... Wie in fast allen sozialistischen Ländern ist das Rentenalter 55 Jahre.

In der SU wird der Zugang von Frauen zu wissenschaftlicher Arbeit stark gefördert. Im Arztberuf sind die Frauen an führender Stelle (3). Gleichwohl wird im Bericht die Betonung auf ihre Rolle als Mütter gelegt. Auch werden ihnen einige Berufe verboten, die zu schwer für sie seien. Im Bericht heißt es: ‚Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen heißt nicht Gleichheit in der Produktion und im Produktionsvolumen, oder physische oder geistige Gleichheit.'

Die Familie wird dort als Zelle des Patriotismus exaltiert.

In Polen wird sich vor allem um die Organisierung der Landfrauen bemüht. 11.000 Hausfrauenkreise existieren heute. Die Hausarbeit wird wie eine normale Arbeit entlohnt ...".

Im übrigen wies die „EVR"-Genossin auf Lohnunterschiede von 25 % in der SU zwischen Frau und Mann hin. Fazit: Wenn auch die berufliche Qualifizierung von Frauen in den „sozialistischen" Ländern gefördert worden sei, würde dennoch der Widerspruch Familie/Arbeit fortbestehen, und die Rolle der Familie geradezu „fanatisch" hervorgehoben werden.

„Die Einführung von ökonomischen und juristischen Maßnahmen kann ein patriarchalisches System nicht erschüttern, das seine Wurzeln innerhalb der Familie hat und somit den gesamten ideologischen und sozialen Apparat strukturiert".

Evelyne Tschirhart, nach eigener Darstellung 1967 noch selber „Maoistin", befand sich von 1972 bis 1975 zum zweiten Mal in der VR China (4). Ihr heutiges Urteil lautet ganz einfach, es handele sich um ein *„faschistisches Land"* (!). Schwärmte sie noch vorgestern bedingungslos für alles Chinesische, so kann sie heute überhaupt nichts Gutes mehr daran sehen. Zwar habe die Kulturrevolution versucht, die Familie abzuschaffen, aber das Ergebnis sei noch schlimmer als der frühere Zustand. Denn jetzt habe sich die Partei das Privatleben angeeignet. Die chinesischen Menschen hätten kein Anrecht mehr auf irgendeine persönliche Meinung. Die Frauen hätten einen dreifachen Arbeitstag: Erstens den Arbeitstag außerhalb der Familie, zweitens die Hausarbeit und drittens die Parteiarbeit. Alles existiere auf der Basis des totalen Zwanges. Die Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann existiere nach wie vor. Wohlgemerkt, E. Tschirhart datiert ihre Kritik nicht auf den Machtantritt von Deng – sondern für sie ist diese Situation Ergebnis der Kulturrevolution. Wie sie sich erklärt, daß sie diese horrenden Realitäten nicht schon bei ihrer ersten Reise mitbekommen hat (damals war sie auch zwei Jahre dort), verriet sie leider nicht. „Liebe macht blind"? ...

Viel weiter kam sie in ihren Ausführungen nicht – denn alle anwesenden Frauen verlangten empört den Abbruch ihres Beitrags. Eine anwesende italienische Genossin meinte erregt, sie käme aus einem Land, wo der Faschismus existiert habe, wie könne E. T. so mir nichts, dir nichts die VR China als „faschistisch" erklären? Vor lauter Enttäuschung über die Entwicklung des vermeintlichen Paradieses falle frau heute ins andere Extrem. So zu diskutieren, sei ein Zeitverlust. Eine andere Genossin verwahrte sich in ähnlichen Begriffen gegen diese Herangehensweise; sie habe keine Lust, mit „solchen Leuten" über China zu reden, es käme immer darauf an, von welchem parteilichen Standpunkt aus frau über Sozialismus reden würde. E. T. würde eine Kritik von rechts an der VR China üben. E. T. würde überhaupt nicht die politische Entwicklung der VR China erwähnen. Die Periode der Kulturrevolution könne frau nicht mit der Deng-Periode gleichsetzen. Die „Hälfte des Himmels" sei ein wichtiges und anregendes Buch für die gesamte Frauenbewegung gewesen – aber alles, was die Broyelle und E. T. danach geschrieben haben, hätte genauso gut die Neue Rechte schreiben können! Sie wundere sich
sen – aber alles, was die Broyelle und E. T. danach geschrieben haben, hätte genauso gut die Neue Rechte schreiben können! Sie wundere sich
auch über die Nicht-Erwähnung des „Vierer-Banden-Prozesses" durch diese ehemalige „Maoistin". Als „Beweis" für die Richtigkeit des Prädikats „faschistisch" brachte E. T. den Umstand, daß die heutige chinesische Presse selbst davon schreibe, daß die Kulturrevolution „faschistisch" gewesen sei (Oh Mao!).

An diesen Teil der Diskussion schloß sich eine Debatte über unsere Vorstellungen von Sozialismus an. Nicht die Frage nach dem „ob" einer Organisation, sondern nach dem „wie" stand dabei im Mittelpunkt. Kurz wurde über die existierenden Frauenparteien referiert (Belgien, Israel, Spanien, BRD u. a.), gegenüber welchen frau sich meistens skeptisch äußerte – allerdings bei gleichzeitiger Betonung, daß es bislang nie eine starke kommunistische feministische Partei gegeben habe, daß also die Frage näher untersucht und diskutiert werden müßte.

Die Diskussion verlagerte sich auf die notwendige Revolutionierung der vorhandenen Organisationen der Linken und extremen Linken. Ein Hauptaspekt sei dabei, die Trennung zwischen Privatem und Politischem aufzuheben (Gruß an die Z-Leserschaft!) – denn ohne kollektiven Kampf (d. h. auch „Macht das Private öffentlich!") sind wir Frauen aufgeschmissen. Angerissen wurde die Geschichte der Selbsterfahrungsgruppen bzw. der Veröffentlichung des Privaten überhaupt, wodurch das Sektierertum so mancher Organisation etwas zurückgegangen sei.

Umgekehrt existiere die Gefahr der Aufstellung eines neuen Wertesystems nach stalinistischem Muster (d. h. Aneignung des Privaten, um es gegen die Betroffenen wieder anzuwenden, oder zum Beispiel die nicht nur in der BRD-Linken, sondern auch in Frankreich existierenden missionarischen Töne um die Frage der „Zwangsheterosexualität", was der Tabuisierung eines bestimmten sexuellen Bedürfnisses gleichkommt ...).

Für eine revolutionäre Theorie der Frauenbefreiung

Viele andere Fragen wurden angerissen, wie zum Beispiel: „Sind die Frauen der Arbeiterklasse das revolutionäre Subjekt der Frauenbefreiung?" – die Debatte hat ja auch erst begonnen. Eine „EVR"-Genossin betonte den Unterschied zwischen Marxismus und Feminismus: Die marxistische Theorie sei außerhalb der Betroffenen, der Arbeiterklasse, erarbeitet worden – während die Frauen selber an ihrer Theorie arbeiten würden. Ziel dabei sei, aus beiden Prozessen (Marxismus und Feminismus) einen einzigen zu machen. In der Zwischenzeit seien einige Genossinnen aus der KPF ausgetreten. Sie wollen jetzt ihr Organ *„Zeitung von kommunistischen Feministinnen"* nennen. Sie möchten ein Forum für alle Gleichgesinnten herausbilden. Nach wie vor sei ihre Grundlage die Plattform aus ihrer Null-Nummer (aus der wir eingangs auszugsweise zitierten).

Im Zusammenhang mit der angeschnittenen Problematik dieses Treffens wollen wir demnächst über ähnliche Diskussionsansätze in der englischen Organisation „Big Flame" berichten (5).

Kein Sozialismus ohne Befreiung der Frauen! Keine Befreiung der Frauen ohne Sozialismus!

Frankreich-Kommission

***

Anmerkungen

1. *„Mignonnes, allons voir sous la rose": „Ihr Hübschen, gehen wir unter die Rose zu sehen"*, Zeitung der Feministinnen der PS. Dieser für deutsche Ohren umständliche Name stammt aus einem mittelalterlichen Gedicht von Ronsard. Das Emblem der PS ist bekanntlich die „Rose" ...

Die PS-Feministinnen haben ebenfalls schon vier Ausgaben ihrer Zeitung veröffentlicht. Über ihre Analysen und ihre Arbeit werden wir demnächst schreiben.

2. Innerhalb der KPF gibt es gewissermaßen vier entwickelte Oppositionsströmungen: die Eurorechte (Jean Elleinstein, der jetzt übrigens auch für die Zeitung der „Neuen Rechten", „Le Figaro-Magazine", schreibt!), die Eurolinke (u.a. Christine Buci-Glucksmann), die Althusser-Strömung und die „EVR"-Genossinnen. Eine Zusammenarbeit existiert auf dem Gebiet des Projekts *„Einheit im Kampf"*.

3. In ihrem Buch *„Einmischung"* („EVA", 1980) schreibt Rossana Rossanda im Abschnitt „Partei" (S. 185 bis 186) folgendes zur SU: *„... Die Sowjetunion ist eins der Länder, in denen der weibliche Bevölkerungsanteil deutlich größer ist als der männliche, nämlich fast 60 % (was nicht nur in demographischer Hinsicht, sondern auch so-*
völkerungsanteil deutlich größer ist als der männliche, nämlich fast 60 % (was nicht nur in demographischer Hinsicht, sondern auch so-
zial, sexuell und für die Bräuche erhebliche Folgen hat); die Frauen tragen dort beträchtliche Verantwortung im Arbeitsbereich, praktisch die ganze Verantwortung im Schulsektor (mit Ausnahme der Universitäten) und im Gesundheitswesen. Dennoch beträgt der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei der UdSSR gegenwärtig lediglich 24 %.

... Im ZK und im Politbüro hat, wenn ich mich richtig erinnere, nie mehr als eine Frau gesessen - die berühmten Nadeschda Krupskaja und Alexandra Kollontai, in neuerer Zeit dann Jekaterina Furzewa, die kurz nach dem Sturz Chruschtschows fast über Nacht ‚verschwand'. Seit zehn Jahren gibt es in diesen Gremien keine Frau mehr".

4. Hier sei auch auf einen älteren AK-Artikel der AGF hingewiesen: *„Die Befreiung der Frau in China"*; AK 58, April 1975.

5. Big Flame: Genossinnen von Big Flame haben zum Thema „Marxismus – Feminismus" ein Schulungsheft erstellt. Dort benutzen sie das Bild von „zwei Häusern", Haus Nr. 63 symbolisiert den Kapitalismus (bzw. Marxismus), Haus Nr. 64 das Patriarchat (bzw. Feminismus). Das Haus Nr. 64 ist älter als das Haus Nr. 63, beide haben den gleichen (Hinter-)Garten, zum Teil haben sie gemeinsame Etagen:

Nummer 63	Nummer 64		
Ideologie (Überbau)	Ideologie (Überbau)		
Politik (Soziale Verhältnisse)	Kontrolle der Sexualität	Kontrolle der Fruchtbarkeit	Kontrolle der Arbeit
Ökonomie (Produktionsverhältnisse)			
Kapitalismus (Marxismus)	Patriarchat (Feminismus)		

EINE GRUSELGESCHICHTE VON ZWEI FRAUEN, DIE SICH AUF DEN LAUTSPRECHERWAGEN „WAGTEN"

Angefangen hatte das ganze damit, daß uns die Sonntagnachmittagspaziergangsstimmung auf Demos unheimlich genervt hat. Demos sind für uns kein Selbstzweck und Parolen sind u.E. nach immer noch eine Möglichkeit, unseren Protest, politische Inhalte und Empörung zu vermitteln. Also nichts wie rauf auf den Lautsprecherwagen, Stimmung machen. Die erste Demo war eine sehr angenehme Erfahrung. Es war eine Frauendemo. Nun denn, gut vorbereitet, mit mühsam erarbeiteten Parolen sitzen wir also wieder da oben.

Parolen? Na klar!
Durchsagen? Geht auch!
Ansprachen? So weit reicht es
n o c h nicht.

(Abgesprochen war, daß wir Parolen und Durchsagen machen.)



Zu Anfang ging auch alles klar, wir kamen mit einem Genossen noch gut aus. Aber andere Genossen sollten unsere Illusionen mal wieder zerstören. Plötzlich stand e r da, der meinte, die Sache jetzt in die Hand nehmen zu müssen. Jetzt wurde es ungeheuer nervig auf dem Wagen. Wir Frauen waren das Mikrofon los, wir waren abgeschrieben und gezwungen, uns mit dem Mackerverhalten auseinanderzusetzen. Nicht nur die Durchsagen meinte der Genosse machen zu müssen, nein, auch die Parolen. Wenn wir das Mikro haben wollten, hat e r es an den Mund gezerrt, um Parolen zu rufen. Wir haben erst 'ne ganze Weile gebraucht, um wieder soviel Selbstvertrauen zu kriegen,
um Parolen zu rufen. Wir haben erst 'ne ganze Weile gebraucht, um wieder soviel Selbstvertrauen zu kriegen,
daß wir den Genossen kritisieren konnten. Frau ist ja soooo verständnisvoll und es war ja so hektisch und kann frau da jemand kritisieren, weil er frau nicht wahrnimmt? Na ja, wir haben es trotzdem gemacht und prompt kam die Hektik auch als Entschuldigung durch.

Aber jetzt ging es erst richtig los. Informationen, die wir für die Durchsagen gebraucht hätten, kamen eh nicht an uns ran, die Herren standen vorne, wir hinten. Wir sind regelrecht nach vorne gekrabbelt, um was mitzukriegen. Hatten wir dann das Mikro mal in der Hand, waren wir es auch gleich wieder los. Frau hatte das Gefühl, daß sie gar nicht mehr wahrgenommen wird. Das Mikro wurde uns nicht nur weggenommen, um brennend wichtige Informationen durchzusagen, nein, nein, um Parolen zu rufen und Lieder zu singen. Wenn e r dann gerade mal keinen Bock hatte oder sich ausruhen mußte, dann durften wir mal wieder. Benutzt wie irgendein Instrument, was man jederzeit in die Ecke stellen kann. Einmal war es zum Beispiel so, daß wir gerade das Mikro hatten und durch Zufall auch die Information bekommen haben, was nun gesagt werden muß. Als es dann losgehen sollte, wurde das Mikro von dem Genossen weggerissen, er hat sich nach vorne gebeugt und einen anderen Genossen gefragt, was er denn nun sagen sollte. Nun waren wir absolut sauer. Nach einem Stoß in die Seite und Gepöbel hat er uns ganz verblüfft das Mikro gegeben und es ging prima. Frau kann nämlich, wenn Mann sie ranläßt. Eine andere Art, uns bemerkbar zu machen, war dann noch, uns das zweite Mikro zu schnappen. Aber das half auch nicht. Es kam nur zu einem Nachgeplapper seiner Parolen. Gemerkt, daß wir da sind, hat er dadurch auf jeden Fall auch nicht. Informationen von draußen drangen nach wie vor nicht zu uns durch. Größtenteils war es so, daß wir über die Situation auf der Demo weniger wußten als die Demonstranten. Und das auf dem Wagen bei so einer Demo (es gab zahlreiche Knüppeleinsätze der „Ordnungshüter") verursachte ein herrliches Gefühl der „Sicherheit". Aber hier zu erwarten, daß Mann sowas schnallt, ist wohl zuviel verlangt. Na ja, aber wir sind ja gelenkig. Durch Übungen, die in jeder Krabbelstunde angebrachter gewesen wären, durch ein paar Beine durch, haben wir dann erreicht, daß wir wenigstens ein paar Informationen verstehen konnten. Aber das Mikro war nach wie vor in s e i n e r Hand.

So, die Demo war beendet, das Abschlußwort gesprochen. Nun sollte wohl alles vorbei sein. Dachten wir. Eine von uns half noch kurz beim Abbau, die andere war zufällig vom Wagen runter. Die Cracks waren verschwunden. Plötzlich wurde es furchtbar hektisch, der Wagen fuhr los. Auf Nachfragen wurde dann erklärt, was nun los ist: der Wagen mußte so schnell wie möglich weg. Eine von uns hatte keine Zeit mehr, sich zu verkrümeln. Auf die Idee, uns mal zu sagen, daß der Wagen gekrallt werden kann, kam keiner, obwohl es genau die wußten, die uns vorher wie den letzten Mist behandelt hatten. (Dazu kommt noch, daß es alte Hasen sind und ihnen klar sein mußte, daß wir ziemlich unerfahren in der Frage waren.) Im Nachhinein haben wir z.B. erfahren, daß ein Genosse noch sagte, es wird wohl Zeit für m i c h, daß ich mich verkrümel. **Toll, war ja auch richtig und w i r? Wir waren einfach vergessen worden.**

Und „heiter" geht's weiter

Und „heiter" geht's weiter

Also, wir immer noch nicht total resigniert, haben uns entschlossen, einen Leserbrief zu schreiben. Haben das auch gemacht. Es wurde auch rechtzeitig abgegeben. Extra mit unserer Telefonnummer, denn er sollte ja in den neuesten AK, und falls es Nachfragen geben sollte, wollten wir die rechtzeitig klären. Nun denn, der Leserbrief war bei der Erstellung nicht in der AK-Technik. Nach etlichen Telefongesprächen hatten wir dann raus, wo er ist. Der zuständige Genosse hatte beschlossen, daß er nicht in den AK kommt. (Nebenbei bemerkt, die Genossin, die für die Frauenseiten zuständig ist, war im Urlaub). Die Begründung lief darauf hinaus, daß es sich um eine „heiße" Demo handele und es gefährlich werden könne, wenn wir über Leute, die auf dem Wagen waren, im AK schreiben würden. Das ist aber auch das einzige, was wir eingesehen haben, sonst nichts. Es wurde uns noch gesagt, was Mann an dem Brief nicht gut fand; z.B. daß er so unkonkret ist; das hatten wir aber absichtlich gemacht, weil wir natürlich auch vorsichtig waren, damit keine Personen usw. rauskommen. Unser Leserbrief hätte auch ohne Gefahr abgedruckt werden können. Es ging nur darum, daß die Genossen, wenn sie was auf unseren Leserbrief erwidern wollen, dazu im AK nicht die Möglichkeit gehabt hätten. Wir haben dann vereinbart, daß wir ein Gespräch führen, allerdings nicht besprochen, daß der Leserbrief hinfällig ist, denn es gab ja noch mehr Leserbriefe zu der Demo, mit denen was passieren mußte. Einige Zeit später, das Gespräch hatte nicht stattgefunden (es hatten sich beide Seiten nicht darum gekümmert) kam ein Rundbrief raus, mit den Leserbriefen zu der Demo. **Unser Leserbrief war nicht drin. Eine absolute S c h w e i n e r e i ! Und da soll Frau immer noch den Mut und die Kraft haben, sich dagegen zu wehren.**

Es nimmt immer noch kein Ende

Wieder einmal mußte sich Frau ans Telefon schmeißen. Auf unseren Anruf wurde erst mal total verblüfft reagiert, nach dem Motto: 'wieso, wir wollten doch ein Gespräch führen und ich dachte, damit wäre die Sache erledigt'. Nach einer längeren Debatte wurde dann eingesehen, daß es wohl richtig gewesen wäre, den Leserbrief in den Rundbrief zu nehmen. Der war ja nun schon raus. **Sollten auf den Rundbrief noch Antworten kommen und noch einer gemacht werden muß, dann kann man ihn ja da reinnehmen. Hervorragend. Unser Leserbrief scheint nicht so wichtig zu sein, wie eine Antwort auf den Rundbrief. Es handelt sich ja nur um Frauen, die sich gegen die beschissene Behandlung auf dem Lautsprecherwagen beschweren wollen. Unsere Wut schmort nun schon seit 7 Wochen, ohne daß aber auch nur irgend etwas passiert wäre.**

Des weiteren hatten wir ein neues Gespräch vereinbart, wo der Genosse wieder anrufen wollte. Vergeblich. Wir haben bis heute nichts von ihm gehört. Wieder hingehalten. Wir haben dann gesagt, nun ist Schluß, unter den Bedingungen wollen wir kein Gespräch mehr mit den beiden, jetzt wird alles schriftlich gemacht. Es sei denn, die Genossen würden von selbst kommen und sagen, daß sie mit uns reden wollen, weil sie da Fragen haben oder so. Wir wollten auf jeden Fall nicht mehr hinterherlaufen. Seitdem ist das ihre beste Ausrede. Wir wollen ja nicht
wollten auf jeden Fall nicht mehr hinterherlaufen. Seitdem ist das ihre beste Ausrede. Wir wollen ja nicht
mehr mit ihnen reden. Hätten uns nicht ein paar Frauen aufgerappelt, wären wir wahrscheinlich total frustriert gewesen und hätten kein Bock mehr gehabt.

Solche Macker haben auf dem Lautsprecherwagen (und anderswo) n i c h t s mehr zu suchen! ! !

Wir möchten es uns allerdings nicht nehmen lassen, an die Herren der Schöpfung noch ein kleines Gebet abzuschicken:

Männer unser
die Ihr seid
auf dem Wagen und davor
gesegnet sei Eure Männlichkeit,
Eure Macht komme
Euer Wille geschehe
zu Hause, wie auf dem Wagen.
Unsere tägliche Unterdrückung
gebt uns heute
und vergebt uns unsere Weiblichkeit
wie wir vergeben Eure Hektik
und führet uns nicht in Versuchung
sondern erlöst uns von unserer
Selbständigkeit.
Denn euer ist die Macht,
die Weisheit
und die H E R R lichkeit
in Ewigkeit
(Ihr)
(A(r)men

Zwei Genossinnen





»Man muß die Tatsachen kennen, bevor man sie verdrehen kann«

(Mark Twain)

Antwort auf den Leserinnenbrief zum »Tod des Märchenprinzen«

Auf gefälschten Zitaten eine vernichtende Kritik aufzubauen, hat noch keinem Kritiker gut getan. „ ... *daß ich in der Freizeit auch was mit Männern machen möchte*", schreibe ich im „Märchenprinzen" auf S. 10. Daraus macht Hil., „ ... *daß ich in der Freizeit l i e b e r was mit Männern machen möchte*", und leitet daraus her, daß ich Frauen langweilig fände.

Aber selbst auf der Grundlage dieses gefälschten Zitates gehört schon einige Dreistigkeit dazu, mir diesen Vorwurf zu machen, wenn einige Sätze vorher steht, daß ich mich seit Jahren fast ausschließlich in der Frauenbewegung aufhalte.

Auch die anderen Zitate hat Hil. „geschickt" aus dem Zusammenhang meines Buches gerissen und derart boshaft interpretiert, daß ihrer Interpretation wirklich nur folgen
„geschickt" aus dem Zusammenhang meines Buches gerissen und derart boshaft interpretiert, daß ihrer Interpretation wirklich nur folgen
kann, wer mein Buch selber nicht gelesen hat.

Ich habe ein Buch geschrieben über meine Probleme als Hetero-Frau der linken Frauenbewegung. Über die Widersprüche zwischen meinen Emanzipationsansprüchen und meinen ehrlichen Gefühlen, die manchmal ganz schön unemanzipiert sind. Über die Probleme, die nicht nur ich, sondern viele Hetero-Frauen der Frauenbewegung haben.

Ich bin keine feministische Heldin, die ihr Buch aalglatt und ohne Widersprüche beendet. Ich bin kein feministischer Roboter, der alle Weisheiten der neuen Frauenbewegung abrufbereit gespeichert hat. Ich bin ein Mensch! – Ein Mensch mit Widersprüchen. Und ich habe mit meinem Buch den Schritt getan, mich mit all meinen unemanzipierten Gefühlen und meinem Nachdenken darüber zur Diskussion zu stellen. Weil ich glaube, daß es vielen Frauen so geht, und daß wir nur ehrlich etwas lernen können, wenn wir uns immer wieder unsere heutigen Gefühle eingestehen und daran arbeiten. Nicht, indem wir uns gegenseitig unsere super-emanzipierten Forderungen vorbeten!

Was macht Hil. nun? – Sie wirft mir z.B. vor (S. 316), daß ich den zum Schlagwort heruntergekommenen Begriff „Frauensolidarität" hinterfrage. Daß ich es wage, diesen wichtigen Bestandteil unseres Emanzipationskampfes als etwas durchaus Widerspruchsvolles zu reflektieren. Was erwartet Hil.? – Gestählte Bewegungsfrauen, denen es nie mehr passieren kann, sich auch mal unsolidarisch zu verhalten? ...

Aber Hil. hat recht: So, wie sie diesen Satz aus dem Kontext gerissen hat, kann man nur noch schließen, ich hätte noch nie was von Frauenbewegung gehört. Der Aussage meines Buches wird ihre Zitiererei jedenfalls nicht gerecht.

Insgesamt zeichnet sich Hil.'s Leserbrief durch das Sektierertum aus, das leider in der letzten Zeit die Lesben-Seiten des AK dominiert: eine freiwillige Entscheidung zur Sexualität mit Männern gibt es nicht, das ist i m m e r Zwangsheterosexualität. Und die Frauen, die immer noch mit Männern schlafen, sind nur noch nicht so emanzipiert wie die Lesben.

Es ist nur noch von ‚HeTerror' die Rede, und der Hauptfeind wird nicht mehr im Mann, geschweige denn in der staatlichen Repression, sondern in den „heterroristischen" Geschlechtsgenossinnen gesehen. Zu diesem Schluß muß frau jedenfalls kommen, wenn sie den Tonfall der letzten Lesben-Artikel verfolgt hat.

Wenn die Lesben-Bewegung prinzipiell von jeder Frau fordert, ihre Hetero-Sexualität zu hinterfragen, so finde ich das richtig und notwendig. Wenn Ihr Euch aber mit einer derartigen Arroganz als einzige wirklich emanzipierte Frauen hochstilisiert, so verschreckt Ihr damit Eure eige-
tigen Arroganz als einzige wirklich emanzipierte Frauen hochstilisiert, so verschreckt Ihr damit Eure eige-
nen, nicht-lesbischen Sympathisantinnen in der Frauenbewegung. Denn wer hat schon Lust, sich noch mit Eurem Kampf zu solidarisieren, wenn von Eurer Seite nur noch „Terrorismus"-Vorwürfe kommen? Wenn ich Artikel wie „Kommst du mit in den SUB?" lese, dann erhalte ich Informationen über Lesben-Probleme, mit denen ich mich auseinandersetzen kann. Wenn mir aber in Euren Artikeln als einzige Identifikationsmöglichkeit die des „Terroristen" bleibt, dann werde (nicht nur) ich bald aufhören, diese Artikel überhaupt noch zu lesen.

Ihr verlangt mit Recht, daß wir uns über Lesben-Probleme informieren, ignoriert aber mit arroganter Selbstverständlichkeit die Probleme der Hetero-Frauen. Es ist einfach sektiererisch, zu ignorieren, daß 90 % aller Frauen hier und heute Hetero-Frauen sind und ihnen platte Parolen nichts nützen.

Und all die anderen, die nicht lesbisch sind, als „heterroristisch" zu bezeichnen, ist ein zynischer Wortmißbrauch. Die Terror-Anschläge von München und Bologna vor Augen, – ist Euch da nicht dieser verbale Fehlgriff den eigenen Genossinnen gegenüber selbst etwas peinlich?

Wer heterosexuell ist, ist das in Euren Augen von vornherein „zwangs-", und wird damit in die psychopathologische Ecke gestellt. Damit macht Ihr genau das, wogegen Ihr selber eigentlich kämpft: jemanden aufgrund seiner sexuellen Identität für krank zu erklären und „heilen" zu wollen.

Ihr schwingt Euch in Eurem missionarischen Eifer zu „Super-Emanzen" auf und betrachtet alle anderen als noch nicht so emanzipiert wie Euch. Wer nicht lesbisch ist, kann auch nicht „richtig" feministisch sein. Zu diesem Schluß kommt jedenfalls Hil. am Ende ihres Leserbriefes und bewertet mein Buch mit der Note „nicht feministisch".

Bleibt abzuwarten, ob es in derart emanzipierten Höhen auf die Dauer nicht doch etwas zugig wird.

Svende Merian

Auswertung der Lesbenfragebögen

Wir haben seit Anfang des Jahres ziemlich intensiv an einer Auseinandersetzung mit den Nicht-Lesben im KB gearbeitet, viel diskutiert und auch einiges im AK geschrieben. Dabei mußten wir feststellen, daß wir leider sehr wenig von dem wissen, was die Nicht-Lesben sowohl ,,politisch" als auch ,,privat" dazu im Kopf haben, weil ja immer noch sehr wenig darüber gesprochen wird.

Wir beschlossen daher – angeregt durch den ,,Männerfragebogen" – einen Lesbenfragebogen zu machen. Nach dem Verschicken und Verteilen folgte ein wochenlanges, genauer gesagt über drei-monatiges Abwarten und H i n t e r h e r n e r v e n. Das magere Ergebnis dieser Aktion sind 35 beantwortete Fragebögen. Allerdings haben wir uns bei den Fragebögen, die gekommen sind, über die Offenheit und Ausführlichkeit der Antworten gefreut.

Auswertung

Was für Frauen haben uns geantwortet — was haben diese Frauen mit der Lesbenfrage zu tun? Nach den Antworten zu Frage 1 zu urteilen, recht wenig (abgesehen vom allgemeinen Zusammenhang zwischen Frauen- und Lesbendiskriminierung): Die Hälfte der Frauen schreibt, daß sie sexuelle Beziehungen zu Männern haben. Jeweils ein Viertel hat nur manchmal Sexualität mit Männern und Frauen. Nur bei einer Frau spielen Männer überhaupt keine Rolle.

Unter Frage 9 identifizieren sich jedoch 3 Frauen als lesbisch, 8 bezeichnen sich selbst als ,,Bi", weitere 4 haben ??? gemalt oder umschrieben. Nach ihren anderen Antworten gehören sie auch irgendwo zwischen ,,Bi" und lesbisch. Also:15 Schreiberinnen haben (auch) Frauenbeziehungen, daran kann auch die vielfache Ablehnung von ,,Schubladen" und ,,Kategorisierungen" nichts ändern. 10 Frauen verstehen sich als heterosexuell; eine von ihnen, ,,... *obwohl ich es am schönsten fände, wenn ich mich hätte frei entscheiden können. Mein Vater hat mich verprügelt, wenn er mich als Kind dabei erwischte, wie meine Freundinnen und ich uns gegenseitig anfaßten und Doktor spielten*".

Die übrigen 10 sehen sich als autosexuell, bzw. asexuell mit mehr oder weniger starker heterosexueller Praxis:

Freundinnen und ich uns gegenseitig anfaßten und Doktor spielten".

Die übrigen 10 sehen sich als autosexuell, bzw. asexuell mit mehr oder weniger starker heterosexueller Praxis:

,,*Hetero- und autosexuell, wobei ich die Selbstbefriedigung mittlerweile nicht mehr als Ersatz für eine fehlende oder schlechte Beziehung sehe, sondern mir auch Spaß macht, wenn ich eine ganz gute Beziehung habe*", bis zu: ,,*Von meiner momentanen Praxis würde ich sagen, zu 10% heterosexuell und zu 90% autosexuell*".

Zur Asexualität schreibt eine Frau: ,,*Ich habe zur Zeit eine Beziehung zu einem Typen, in der sich aber seit ein paar Monaten sexuell nichts abspielt, weil ich keine Lust dazu habe — noch nicht einmal zum Schmusen. Ein Grund dafür sind sicher die von meiner katholischen Erziehung herrührenden sexuellen Schwierigkeiten...*".

Von den Frauen, die uns geantwortet haben, sind ca. die Hälfte in Frauenzellen organisiert, ein weiteres Viertel wäre es gern, wenn es eine Frauenzelle oder genug Frauen dafür am Ort gäbe. 4 Frauen sind in Spezialbereichen grundorganisiert; 3 meinen, daß ihre diesbezüglichen Interessen schon durch Frauengruppen abgedeckt seien. Eine Genossin führt dazu aus, daß sie sich in gemischten Bereichen bisher nicht untergebuttert fühlte, oft sogar Anleitungsfunktion hat, in Zukunft aber auch für sich die Organisierung in einer Frauenzelle nicht ausschließen will. Nur eine Genossin bringt in diesem Zusammenhang immer noch Anklänge an die ,,Notlösung": Daß sie im Moment keine Schwierigkeiten mit Chauvis habe, führt sie für sich als d a s Argument gegen eine Frauenzelle an. Da haben wir also sicher keine ,,repräsentative Stichprobe" der KB-Frauen erwischt!

Über das Bild, das sie von Lesben haben/hatten, schreiben die Frauen: ,,*Harte, maskuline Frauen*", ,,*eine Art Mannweib — forsch, robust und ziemlich verderbt*" oder gar ,,*gräßlich, eher männliche Frauen mit kurzen Haarschnitten und eben männlich gekleidet — also zwar Frauen, aber welche, die lieber Männer sein wollten*". Das ist das Bild, das viele Genossinnen sich früher von Lesben gemacht haben. ,,... *und natürlich müßte es in Lesbenbeziehungen auch die gleiche Rollenverteilung geben, wie in Heterobeziehungen...*". Doch wer spielt diese Rollen? 2 ,,kesse Väter" unter sich? Natürlich nicht — und so wird weitergesponnen, wie das Weibchen zum Mitspielen kommt: ,,*Die haben noch nicht den richtigen Mann gehabt*". Eine andere Genossin erinnert sich: ,,*Als ich das erste mal Lesbentheater gesehen habe, hab ich mich gewundert, daß da so viele hübsche Frauen darunter waren. Ich muß also doch gedacht haben, daß Lesben in erster Linie Frauen sind, die keinen abgekriegt haben*".

So konkrete Vorstellungen wurden allerdings nur in ca. 1/3 der Antworten entwickelt; häufig finden sich sehr vage Beschreibungen: ,,*Igittigitt, die sind lesbisch = anomal = kaputt*", oder das Problem wird sofort abgehakt: ,,*Ich habe Lesben für irgendetwas exotisches gehalten — interessant, hat aber nichts mit mir zu tun*".

Schließlich schreiben ca. 1/3, daß Lesben für sie überhaupt nicht existent gewesen sind — und sie folglich auch keine Vorurteile gehabt hätten. Inzwischen hat sich das Bild etwas gewandelt: ,,*Als mir meine eigenen sexuellen Schwierigkeiten und die Ursachen be-*



wußt wurden, habe ich mich auch mit der Lesbenfrage beschäftigt — natürlich auch aufgrund der Aktivitäten der Lesbengruppe und der AK-Artikel"

wußt wurden, habe ich mich auch mit der Lesbenfrage beschäftigt — natürlich auch aufgrund der Aktivitäten der Lesbengruppe und der AK-Artikel". Eigenes Engagement in der Frauenbewegung und die Konfrontation mit Lesben, Einzelnen oder im Kollektiv, war für die meisten Genossinnen entscheidend, um ein neues Bild von Lesben zu bekommen (nur wenige haben diesbezüglich von der Schwulenbewegung gelernt).

Mehrere beschreiben den Prozeß, der hier ausgelöst wurde: ,,... *in der Frauenbewegung — so jungflippige Frauen, die schribbelige Musik mögen, kurzgeschorene, rotgefärbte Haare und Latzhosen anhaben . . .*" Sie seien ,,*ziemlich aggressiv*" und ,,*machten ihre Sexualität zum Emanzipationsmaßstab*". Jedoch: ,,... *heute hat sich das für mich ziemlich relativiert — zum einen wohl, weil es nur noch wenige Frauen gibt, die so auftreten, zum anderen, weil mir (speziell durch die Existenz der AGL) etwas mehr über die Situation von Lesben klar geworden ist: so wird ihre Aggressivität für mich häufig aus der repressiven Toleranz der Heterofrauen verständlicher. Meine Vorstellungen über die Lesben sind jedenfalls ziemlich ins Wanken geraten, und das finde ich erstmal positiv . . .*"

Fast alle assoziieren mit ,,Lesben" automatisch ,,Bewegung". Nur eine schreibt: ,,*Erst, als ich im Lesben-Ja-Buch den Bericht einer Nicht-Bewegungslesbe gelesen habe, stellte ich erstaunt fest, daß auch ganz ,normale' Frauen Lesben sein können...*"

Über den Einfluß der Frauenbewegung auf ihr Verhältnis zu Frauen schreiben die Genossinnen: ,,*Vor allen Dingen hat sich mein Verhältnis zu mir selbst verändert ... das zu anderen Frauen in dem Maß, wie ich erkannte, daß sie ähnliche Probleme haben*".

Was sich konkret geändert hat? Am weitaus häufigsten wird hier der ,,*Abbau von Konkurrenzverhalten*" gegenannt, sowie ,,*andere Umgangsformen: Vertrauen, Offenheit, Verständnis*". Einige schreiben, ,,*daß ich das Zusammensein mit Frauen als etwas eigenständiges, besonderes, anderes empfinde und das Dazukommen von Typen schon öfters als störend empfunden habe*". Mehrere Frauen betonen, daß diese Veränderungen nicht der ,,Bewegung" zu verdanken sind, vielmehr bestimmten Frauen bzw. unserem Clinch im KB. Einige schreiben, daß sie angefangen haben, sehr theoretisch zu Frauen zu arbeiten, ,,*...aber mit mir direkt hat das wenig zu tun gehabt. Ich fühlte mich auch schon ziemlich emanzipiert. Beziehungen zu Frauen hab ich damals nicht so ernst genommen wie zu Männern; das äußerte sich z.B. darin, daß ich krampfhaft einen neuen Typen suchte, als meine Beziehung kaputt ging, weil ich mich allein unvollständig ... fühlte. (Das ist übrigens ein Problem, das bei anderen Genossinnen auch aufgetreten ist und das meines Erachtens auch reale Grundlagen hat, denn häufig ist bei solchen Situationen wie Urlaub, Krankheit ... auch im KB das ,gesellschaftliche Leben' auf Zweierbeziehungen ausgerichtet) Beziehungen zu Frauen hatten nur eine Lückenbüßerfunktion — heute ist mir klar, daß da auch irgendwo eine Frauenverachtung hintersteckt*".

Nur 4 Genossinnen sagen klar, daß sie keinen Widerspruch zwischen politischer Arbeit mit Frauen und Beziehungen zu Typen empfinden — zwei

davon arbeiten politisch auch viel mit Männern zusammen. Für die meisten besteht dieser Widerspruch ,,*zeitwei-*

davon arbeiten politisch auch viel mit Männern zusammen. Für die meisten besteht dieser Widerspruch ,,*zeitweilig*" oder ,,*öfters*". Einige formulieren noch schärfer, etwa: ,,*Die Männer erscheinen wie vom anderen Stern*" und: ,,*Natürlich gerate ich nun häufig in Schwierigkeiten, wenn ich mit meinem Freund zusammen bin (was allerdings auch sehr selten passiert) ... weil ich mich meinem Freund gegenüber entweder wie eine Missionarin in Sachen Frauenfrage fühle, was dann häufig in einem großen Clinch endet — oder aber, ich stecke Ansprüche zurück*".

Dagegen: ,,*Obwohl ich meine Beziehungen zu Männern auf ein Minimum reduziert habe, bin ich sexuell immer noch auf Typen fixiert*". Aber: ,,*Der Verlust liegt mir zur Zeit näher, als das, was ich evt. gewinnen könnte, nämlich Frauenbeziehungen*".

Etwa ein Drittel der Frauen hatten schon mal Angst, lesbisch zu sein. ,,*Ich könnte mir eigentlich immer vorstellen, lesbisch zu sein — aber schon bei den geringsten Anpöbeleien in dieser Richtung (weil meine Freundin und ich Tag und Nacht zusammen waren) reagierte ich mit rotem Kopf und fühlte mich sehr unwohl*". Bei mehreren Genossinnen gründete diese Angst allerdings lediglich in ,,Frigidität" oder der Tatsache, daß sie noch keine Männerbeziehung gehabt hatten. Wahrscheinlich haben aber noch mehr Frauen solche Ängste gehabt und sind sich dessen nur nicht mehr bewußt. So schreibt z.B. eine Frau über ihre Verdrängungsmechanismen: ,,*Ich glaube, ich hatte ziemliche Angst. Das lief aber mehr auf der Ebene ab, daß ich das Wort ablehnte als etwas schlechtes, und alle meine Sehnsüchte in bezug auf meine beste Freundin ... total verdrängt habe. Das ist mir erst wieder eingefallen, als ich mir meine sexuellen Gefühle in bezug auf Frauen heute wieder eingestanden habe . . .*".

Ungefähr 4/5 der Frauen können sich daran erinnern, schon einmal das Bedürfnis nach sexuellem Kontakt mit einer Frau gehabt zu haben. Nicht mitgezählt haben wir dabei die bloßen Ansprüche, wie ,,*Ich kann mir durchaus vorstellen, daß ich mit Frauen, die ich gern hab, auch sexuell zusammen sein mag ... das geht aber bei mir bisher nur über den Kopf*" (obwohl dabei natürlich zu fragen ist, ob das s o stimmt). Natürlich äußern fast alle Schwierigkeiten, solche Bedürfnisse auszuleben. Gut 1/3 hat sich das nie getraut, andere nur selten, in ganz bestimmten außergewöhnlichen Situationen. Welche Ängste spielen dabei eine Rolle? Selten wird der Verlust der ,,gesellschaftlichen (Hetero-)sicherheit" angeführt und nur bei einigen direkte Identitätkonflikte, also z.B. die ,,*Angst, mich ,ein-für-allemal' entscheiden zu müssen*". Dazu gehört auch die Vorstellung, damit ,,*den Kontakt zur anderen Hälfte der Menschheit zu verlieren*".

Viele Frauen schreiben dagegen von ihrer Verunsicherung bezüglich ihres eigenen Verhaltens: ,,*Ich habe einige Versuche gemacht, bin aber nicht sehr weit gegangen ... wußte nicht so recht, was ich mit einer Frau machen soll — bei Typen ist das ja leichter, weil da ja alles ,vorprogrammiert' ist*". Und: ,,*Männern gegenüber hab ich inzwischen ein ,selbstbewußtes Sexualverhalten' drauf — Frauen gegenüber fühle ich mich wieder wie eine unerfahrene Vierzehnjährige*". Dieser Punkt

wird so häufig genannt, daß es sicher oft vorkommt, daß zwei Frauen die gleiche Angst voreinander haben.

wird so häufig genannt, daß es sicher oft vorkommt, daß zwei Frauen die gleiche Angst voreinander haben.

Noch häufiger wird allerdings ein anderes Problem genannt: ,,*Ich hatte zwischenzeitlich und auch jetzt das Bedürfnis nach sexuellen Kontakten zu Frauen. Aber ich bin weit entfernt davon, das anzusprechen, weil ich Angst habe, die Freundschaft zu (Hetero-)frauen dadurch zu zerstören*". Diese Angst, durch ein Verlangen nach Mehr, das Vorhandene, die Freundschaft zu zerstören, hat auch eine Kehrseite: etliche Frauen schreiben, daß sich ihre sexuellen Bedürfnisse bisher auf fast nur unbekannte oder sogar reine Phantasie-Frauen bezogen — eine meint dazu: ,,*Vielleicht haben mich bisher auch immer nur Frauen angezogen, weil das ein astreiner Selbstschutz ist . . .*" Das Problem mit den Heterofrauenfreundschaften ist natürlich sehr real. Doch welchen Wert hat eine solche Freundschaft, wenn sie an so einem Konflikt in die Brüche geht? Zumindest ansprechen könnte Frau solche Bedürfnisse doch! Hierzu noch ein Beispiel von absurder Nicht-Kommunikation: X schreibt: ,,*Ich habe schon einmal sexuellen Kontakt mit einer sehr lieben Genossin gehabt* (Y) — *wir wohnen beide in derselben WG ... Wir waren sehr müde und irgendwie bekam ich im Halbschlaf mit, daß wir beide uns streichelten und knutschten, und ich das ganz toll fand. Trotzdem war ich ganz verwirrt ... Ich wollte gern nochmal darüber reden ... aber Y blockte ab, und ich war zu unsicher, um mich durchzusetzen. Außerdem hatte ich Angst, daß unsere Beziehung (rein freundschaftlich) gefährdet werden könnte...*". Weil sie nie darüber geredet haben, erfährt Y erst jetzt, 1 1/2 Jahre später, wie X dieses Erlebnis empfunden hat — sie selbst schreibt dazu: ,,*Ich hatte dieses Ereignis damals eigentlich als etwas ganz ,normales', im Rahmen von gelegentlichen Umarmungen liegendes begriffen*". Außerdem berichtet Y: ,,*Ich habe einmal nach einer Fete bei einer Freundin übernachtet, mit der ich dann im Bett noch sehr viel rumgeschmust habe, was ich auch sehr toll fand. Das war allerdings mit dieser Frau das einzige Mal und wir haben es bis jetzt nicht geschafft, darüber zu reden. Das finde ich eigentlich traurig und bedenklich, zumal das Ereignis schon ein Jahr zurückliegt*".

Wenn eine andere Frau zu ihnen käme, die sich trotz Hetero-Beziehung in eine Frau verliebt hat, schreiben ungefähr die Hälfte der Frauen, so würden sie diese in dem Gefühl der Frau gegenüber bestärken. Ein geringerer Teil würde ihr raten, mit der Frau darüber zu reden. Einige schreiben, sie würden die Beziehung zu dem Typen infragestellen, oder sie zu einer Lesbe schicken, die sie kennen. 3 Frauen schreiben, daß sie gerade in eben dieser Situation sind und daher höchstens ihre Ratlosigkeit anbieten können. Einige Frauen meinen dagegen, sie sollte einfach nach dem ,,*tieferen Gefühl*" entscheiden, oder: ,,*Was soll schon mit ihr los sein. Gar nichts! Sie ist halt in einen Typen verliebt und in eine Frau. Das soll ja vorkommen, daß man/frau zwei Menschen liebt*".

Auf die Frage 7 antworteten die meisten so ähnlich wie: ,,*Wenn ich weiß, daß eine Frau lesbisch ist, werde ich wahrscheinlich sehr empfindlich auf ein Interesse an mir reagieren ... ich werde wohl insgesamt befangener herangehen und reagieren, wie auch auf Männer ... vielleicht noch abweisender, weil es nicht sein ,darf' . . .*" Andere schreiben: ,,*Ich weiß gar nicht, ob ich das merken würde*". ,,*Es würde wohl ziemlich lange dauern oder sie müßte sich sehr auffallend benehmen*".

Zu der Frage, was Lesben im Bett machen, schreiben jeweils ein Drittel: ,,*Alles, was ihnen gefällt*" und ,,*Streicheln, küssen, etc.*". Ein weiteres Drittel der Frauen vermuten, daß es schöner als mit einem Mann ist, weil zärtlicher. Eine schreibt, Lesben machen im Bett ,,*das, was ich auch gemacht habe, nur mit mehr Erfahrung und weniger Angst!*" Nur eine der Frauen betont, daß sie davon ausgeht, daß lesbische Sexualität nicht nur sanft und zart, sondern auch wild und leidenschaftlich sein kann.

,,*Lesbenunterdrückung resultiert aus der patriarchalischen Zwangsheterosexualität. Diese Infragestellung ist notwendiger Teil des feministischen Kampfes*". Mit dieser Aussage können sich über die Hälfte der Genossinnen identifizieren, denn ,,*die Zwangsheterosexualität unterdrückt nicht nur die Frauen, die heute schon lesbisch sind, sondern alle Frauen, da durch die*

identifizieren, denn ,,*die Zwangsheterosexualität unterdrückt nicht nur die Frauen, die heute schon lesbisch sind, sondern alle Frauen, da durch die*

Fixierung auf den Mann den Frauen ein wesentlicher Teil ihrer Bewegungsfreiheit genommen wird". Am zweiten Teil dieser Aussage — Lesben seien weniger zu Kompromissen mit wichtigen Institutionen des Patriarchats bereit/in der Lage — wurde allerdings häufig Kritk geübt: dies treffe (höchstens) auf politisch bewußte Lesben zu. Vielen erscheint es auch als zumindest zweifelhaft, daß der ,,Hauptwiderspruch" hier überhaupt keine Erwähnung findet. Weil der Aspekt ,,Kapitalismus" hier ganz rausfällt, votieren insgesamt 3/4 für eine Kombination mit der zweiten Position — ,,*Die Unterdrückung der Homosexuellen ist ein spezifischer Ausdruck der allgemeinen Sexualunterdrückung im Kapitalismus*". Breiten Protest ruft jedoch die Konsequenz wach, ,,*hiergegen müssen alle Betroffenen gemeinsam kämpfen*", da hier sowohl die besondere Unterdrückung der Homosexuellen als auch der Frauen (Lesben) völlig unter den Tisch fallen. ,,*Diese Position erinnert mich fatal an die Aufrufe zur Gemeinsamkeit und zum gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus durch den KBW*". So ist es kein Wunder, daß sich nur 5 Genossinnen hiermit identifizieren.

Wie zu erwarten, findet die These ,,*Feminismus ist die Theorie, Lesbianismus die Praxis*" kaum Gegenliebe, mit Ausnahme einer Genossin. Erfreulich breit ist auch die Kritik an der ersten Position ,,*Lesben sind eine unterdrückte Minderheit. Wir müssen sie in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung unterstützen.*" Nur 3 Genossinnen können sich hiermit identifizieren, viele empfinden sie als kommentatorenhaft bis karitativ bzw. lehnen das unhinterfragte Minderheitenpostulat ab: ,,*Lesbische Frauen dürften wohl zu der ,großen Mehrheit' gehören, würden sie nicht verfolgt und bestraft für ihr Lesbisch-sein. Unter der herrschenden Ideologie soll gerade der Anschein erweckt werden, daß nur ein paar ausgeflippte Frauen lesbisch seien. ,Wir Heterofrauen unterstützen*

mal eben die Lesben' unterstützt genau diese Ideologie''.

Bei Frage 15 gehen die Hälfte der Frauen davon aus, daß Schwierigkeiten mit Typen ein Grund/Auslöser fürs Lesbischwerden sein kann, aber auf keinen Fall der einzige. Sonst endet auch die Frauenbeziehung im Frust und die Lesben sind die Lückenbüßer. Die andere Hälfte sieht diese Problematik jedoch nicht und meint, daß ein direkter Zusammenhang zwischen Schwierigkeiten mit Typen und Lesbischwerden besteht. Mehr als die Hälfte der Frauen gehen von einer angeborenen Bisexualität aus, meinen jedoch, daß unter den herrschenden Bedingungen Bisexualität nicht (problemlos) lebbar ist. Sehr viele schreiben dabei, daß ihnen das erst nach unserem Artikel klar geworden ist. Etwas weniger als 1/3 geben Kommentare wie: ,,*interessant*'', ,,*eine Möglichkeit der 'Sexualität*'', ,,*optimal*''. Ein anderes knappes Drittel wertet Bisexualität als eine Begleiterscheinung des ,coming out'. Zur Länge des ,coming out' schrieben die meisten, daß es ,,einige Jahre'' dauert, ,,*mit großen Schwankungen von Frau zu Frau*''. Ein geringerer Teil vergaß nicht zu erwähnen, daß die Dauer des ,coming-out' auch von der Unterstützung abhängt, die Frau dabei erfährt, ,,*bei manchen reicht wohl das ganze Leben nicht*'' und: ,,*Bei mir dauert es sicher noch zehn Jahre*''.

Beim §175 sieht es düster aus. Ungefähr die Hälfte wissen gar nicht oder nur ungenau, was der § überhaupt aussagt: ,,*Ich müßte erst nachsehen, was drinsteht*''. Und: ,,*Ich habe 3 Genossen gefragt, keiner kannte den §*''. Infolgedessen sind die Beschreibungen des § sehr vage und meist falsch: ,,*Er verbietet jegliche Schwulität in der Öffentlichkeit*'', oder ähnliches. ,,*Was dazu spezieller Frauenstandpunkt sein soll, weiß ich nicht*'', schreiben 1/3 der Frauen. Einige wußten, daß sich der § nur auf Männer bezieht und fügten hinzu, ,,*daß heißt aber nicht, daß Lesben weniger unterdrückt sind*'', ohne das allerdings zu begründen. Ungefähr ein Drittel halten den § für den Ausdruck allgemeiner Sexualunterdrückung. Die Hälfte meint: Daß Frauen im § nicht vorkommen, heißt, daß Frauen keine eigenständige Sexualität zugesprochen wird. Nur 2 erwähnten eine mögliche Ausweitung auf Lesben: ,,*...das ist zu erwarten, wenn die Frauenbewegung stärker wird*''. Über die Lesbengruppen in ihrer Stadt wußten nur 13 Frauen Genaueres. 1/3 der Genossinnen stellte fest, daß sie sich darum noch nie gekümmert haben. Andererseits ist es jetzt auch vielen Genossinnen aufgefallen, daß Lesben ,,*zu allem möglichen politisch aktiv sind*'' — z.B. in Buchläden und Gewaltgruppen — nur eben nicht als Lesben. Wie zu erwarten, ist den allermeisten Genossinnen dagegen bekannt, daß es die

erwarten, ist den allermeisten Genossinnen dagegen bekannt, daß es die

KB-Lesbengruppe gibt. Nur 2 meinten, daß sie bisher noch gar nichts von uns gewußt haben. Von unserer Arbeit wissen die meisten, daß wir AK-Artikel schreiben; 9 der Frauen betonen, daß sie unsere Artikel nur mehr oder weniger unregelmäßig lesen. Relativ gut im Gedächtnis haben etliche unseren ,spektakulären Auftritt'' auf dem KB-Kongreß und den Frauen-VVs: ,,*Ich finde es eine merkwürdige Situation, plötzlich unter uns Frauen bewußt zu werden, daß Heterofrauen die lesbischen Frauen unterdrücken. Ich habe da wenig drüber nachgedacht und bin mir solcher Mechanismen sicher nicht bewußt. Insofern sind solche Sachen wie euer Sketch u.ä. echt wichtig. Z.B. auch mit der §218-Arbeit: Ich wäre von mir aus nicht darauf gekommen, daß das für lesbische Frauen nicht unbedingt das wichtigste Thema ist*''.

Im übrigen ist es mit dem Wissen um unsere Arbeit nicht weit her: 7 führen unsere Arbeit beim ,,Lesbenstich'' an, jeweils 5 assoziieren ,,*Mitarbeit in der Frauenleitung*'', ,,*Forderung nach breiter Organisierung in Lesbengruppen*'' bzw. unseren ,,*Keimformanspruch*''. Ganze 4 Genossinnen sind auch auf die Idee gekommen, daß wir vielleicht in örtlichen Lesbengruppen mitarbeiten.

Entsprechend können auch kaum Widersprüche formuliert werden. Nur zu unserer Forderung nach breiter Organisierung in Lesbengruppen wird kritisch Stellung bezogen bzw. zu den provokantesten Thesen unseres ,,Lesbianisierungspapiers'': So protestieren 3 Frauen gegen die These: ,,*Jede gelebte Heterosexualität grenzt uns aus*'' und begründen das z.B. wie folgt: ,,*Ich will euch gar nicht absprechen, — das wäre ja auch verrückt — daß das eine tagtägliche Erfahrung von euch ist. Nur welche Konsequenzen sollen Heterofrauen daraus ziehen? ... Ich sehe nicht ein, daß ich mir ein schlechtes Gewissen anziehen soll* (*und das bewirkt es erstmal*), *weil ich heute — nach zehn Jahren — mir einigermaßen befriedigende Beziehungen zu Männern organisieren kann*''.

Weiterhin kritisieren 4 Frauen den Satz: ,,*Die gleiche Heterofrau würde für unseren (feministischen) Kampf (relativ) mehr bringen, wenn sie lesbisch wäre*''. ,,*Ich finde es falsch, jeder Heterofrau ungeachtet dessen, was sie für sich als befriedigend e m p f i n d e t , den Anspruch zu stellen ,werde lesbisch'.*'' Beide Thesen haben wir inzwischen zurückgenommen (vgl. unseren Artikel ,,Ein Gespenst...'', AK 186).

Sehr gefreut haben wir uns über einige konkrete Rückmeldungen zu unserer AK-Arbeit: gewünscht werden mehr ,coming-out'-Artikel, außerdem was zu den Problemen von Heterofrauen/Bifrauen (mit Lesben). Diese Aufforderung sei allerdings an die betroffenen Frauen weiterzuleiten (was wir hiermit tun!). Gut angekommen ist auch unsere Kritik an die Lesbenfeindlichkeit der Frauenbewegung. Nur sehr wenige Frauen haben bisher die Lesbenfrage von selbst in ihrer KB-Gruppe diskutiert. Soweit aus den Antworten ersichtlich, hat es bisher (bundesweit!) nur vor Urzeiten eine Lesbendiskussion in Hannover sowie kürzlich in Bremen, Frankfurt und Göttingen gegeben. Bis auf eine Ausnahme war Anlaß dafür immer unser Fragebogen bzw. unser ,,Lesbianisierungspapier''. (Inzwischen hat es noch mehr Diskussionen gegeben, die aber nicht mehr in die Fragebogen-Antworten mit eingegangen sind.)

Die praktische Unterstützung von Lesben durch Heterofrauen stellen sich die Genossinnen wie folgt vor: In jeweils 1/3 der Antworten wird die eigene Information und Auseinandersetzung zur Lesbenfrage genannt. Hierüber müsse Frau dann auch im KB-Freundes- und Kollegenkreis diskutieren. 8 Frauen betonen, daß die Lesbenfrage überall zum Bestandteil (insbesondere) der Frauenarbeit gemacht werden müsse. Der Verkauf des ,,Lesbenstich'' wurde 7 mal benannt. 3 mal der offensive Vertrieb anderer Publikationen (z.B. gezieltes Anpreisen des AKs mit Lesbenartikeln). 6 Genossinnen bieten darüber hinaus (zumindest theoretisch) Unterstützung für lesbische Öffentlichkeitsarbeit an, und ganze 3 Frauen wollen auch auf persönliche Probleme von Lesben eingehen . . . Schlußlich dieser ,Hitparade' ist der Vorschlag zweier Genossinnen, eigene Untersuchungsarbeit zur Lesbenfrage machen zu wollen (Zeitungsschnippel u.ä.). Obwohl wir schon etliche Artikel mit Vorschlägen zur Unterstützung von Lesben durch Heterofrauen geschrieben haben, meinen 7 Frauen, sie bräuchten noch genauere Anweisungen von den Betroffenen, als Nicht-Betroffene seien sie inkompetent.

Noch trauriger ist allerdings die Auswertung des 2. Teils dieser Frage: Demzufolge bemühen sich 4 Genossinnen um entsprechende Diskussionen, 3 verkaufen den ,,Lesbenstich'', 2 auch weitere Publikationen. Jeweils 3 haben

verkaufen den ,,Lesbenstich'', 2 auch weitere Publikationen. Jeweils 3 haben

Flugblätter verteilt bzw. sich schon einmal an einer Demo beteiligt. Nur aus Frankfurt wird berichtet, daß die Lesbenfrage schon kontinuierlich in der Frauenarbeit berücksichtigt wird, und die Bremer Genossinnen setzten anläßlich der Demo am 8. März gegen die DFI durch, daß die Lesben soviel und so radikale Transparente mittragen dürfen, wie sie wollen. Ebenfalls nur 3 Genossinnen haben Lesben schon einmal persönlich unterstützt. Das war die gesamte ,,Ausbeute'' von 35 beantworteten Fragebögen.

Ein wichtiger Hinweis für dieses Auseinanderklaffen von Theorie und Praxis ist wohl folgendes: ,,*Es wäre sicherlich wichtig, das Material zu vertreiben. Ich hätte da allerdings Schwierigkeiten mit, muß ich ehrlich zugeben. Angst davor, wenn ich z.B. eine Broschüre verkaufe, dann ja auch von Frauen, die mich nicht kennen, als Lesbe ,erkannt' zu werden. Scheiße!*''.

Nur 5 Genossinnen meinen, daß wir sie (jedenfalls manchmal) ,,*unter Druck*'' setzen. Neben jener ,,*Forderung nach Organisierung in Lesbengruppen*'' wird in diesem Zusammenhang mehrmals die These ,,*jede gelebte Heterosexualität grenzt uns aus*'' (die wir bekanntlich inzwischen zurückgenommen haben) genannt.

Die allermeisten meinen, daß wir sie nicht unter Druck setzen oder betrachten ,,Druck'' in diesem Zusammenhang als etwas Positives: ,,*Ein bißchen Druck machen, um in die Auseinandersetzung zu gehen, finde ich sehr gut. Mir ist beim Fragebogenausfüllen eigentlich erst aufgefallen, wie oberflächlich man so daherschwätzt ... Ich hatte bisher gedacht, ich hätte mich mit dem Thema schon auseinandergesetzt . . .*'' Und eine andere Genossin schreibt: ,,*Ich fühle mich von euch in keiner Weise unter Druck gesetzt, sondern nur sehr gut agitiert. Vielleicht hängt es mit den eigenen Problemen von Genossinnen zusammen, wenn sie sich von euch unter Druck gesetzt fühlen? Schließlich ist es nicht einfach, seine Sexualität infrage gestellt zu sehen!*''

Zur ,,*Forderung nach Organisierung in Lesbengruppen*'' meinen 15 Genossinnen, daß es im Grunde genommen sinnvoll ist, allerdings mit einigen Einschränkungen. 5 betonen, daß das ein Problem der Überzeugungsarbeit sei und man nicht einfach eine ,,Forderung'' stellen könne. 2 sehen die Gefahr, in ein Ghetto zu geraten; 4 meinen, daß dadurch leicht eine Überbelastung der Betreffenden entstehen kann oder sie von ihren bisherigen Arbeitsbereichen abgezogen werden. 3 Frauen betonen: ,,*Ich bin der Meinung, daß jede Frau, die ein ,Bedürfnis' danach hat, sich in einer Lesbengruppe organisieren sollte (wenn sie z.B. ganz konkret den Wunsch nach S t ä r k u n g hat)*''. 3 Frauen meinen, daß die Organisierung in Lesbengruppen nur für Lesben sinnvoll ist, da sonst die Gefahr bestünde, daß Hetero-Frauen auf ,,Abenteuersuche'' in Lesbengruppen gehen.

Wieviel Lesben gibt es schätzungsweise im KB? Zwei Drittel der Frauen trauten sich zu schätzen. Die Ergebnisse schwanken zwischen 12 und 100, das statistische Mittel (aufgrund von angenommen 240 KB-Frauen) liegt bei 42,5 — und zwar Lesben, nicht ,,Bi''-Frauen. Das stellt allerdings unsere eigene ,,Hochrechnung'' (auf Grundlage einer ,,Emma''-Umfrage zum Anteil von Lesben in der Frauenbewegung) noch in den Schatten. Sehr treffend schreibt eine Genossin: ,,*Es dürften immer mehr werden, umso stärker die Lesbendiskussion in der Organisation geführt wird und umso mehr Genossinnen Frauenarbeit machen . . .*'' Und die Diskussion hat ja gerade erst begonnen: Anfang des Jahres, als wir die KB-Lesbengruppe gründeten, kannten wir nur sechs Lesben — inzwischen sind es schon 18! Noch rapider ist die Entwicklung bei den ,,Bi''-Frauen: von 5 auf 21.

Fazit

Bei den Antworten ist eine deutliche Diskrepanz aufgefallen: Die theoretischen Positionen, die die meisten Genossinnen formulieren (unter Frage 13), sind unseren erstaunlich ähnlich, auch die ,,eigene Betroffenheit'' wird von den meisten Frauen erkannt. Dagegen zeigt sich bei Sachfragen (z.B. Frage 10/11) ein ziemliches Defizit.

Außerdem mangelt es an der praktischen Umsetzung der Theorie in eine konkrete Unterstützung von Lesben. Es fällt den Frauen schon relativ wenig ein, was sie tun könnten; tatsächlich getan wird noch weniger. U.E. fällt uns aber nicht die Aufgabe zu, genauere Anweisungen hierzu zu geben. Von Männern verlangen wir schließlich auch, daß sie sich selbständig mit der Frauenfrage auseinandersetzen und sie in ihrer Politik berücksichtigen!

Für uns heißt das, daß es natürlich nach wie vor richtig und wichtig ist, eine eigene Betroffenheit zu erken-

Für uns heißt das, daß es natürlich nach wie vor richtig und wichtig ist eine eigene Betroffenheit zu erken-

nen und eine ,,Position'' zur Lesbenfrage zu haben. Daß wir aber dabei nicht stehenbleiben dürfen, sondern der Anspruch, die Lesbenarbeit zum unverzichtbaren Bestandteil der Frauenarbeit zu machen, auch praktisch umgesetzt werden muß.

Lesbengruppe des KB

AK-Leserbrief zu »Kommst Du heute noch mit in den Sub?« (AK 189) Schärfere Konturen — ja bitte!

Vielleicht ist auch anderen folgendes fettgedruckte Zitat ins Auge gefallen:

,,*Es gibt keinen Grund, warum wir, die ,bewußten, linken' Lesben, uns vom Sub distanzieren sollten, wir sind durchaus nicht so anders als die ,Sublesben'. Aber wir sind anders als die Leute in linken Kneipen – dafür brauchen wir uns nicht zu schämen, darauf bin ich eher stolz!*''.

Das schlägt doch echt dem Faß den Boden aus! Diese Frau fühlt sich irgendwelchen bunt zusammengewürfelten Frauen in der Sub, die zufällig auch lesbisch wie sie sind, näher als den Linken ... Scheißegal, ob diese Frauen rechts oder links sind, Hauptsache sie sind lesbisch!

Dieser neue ,,Hauptwiderspruch'', den P. da ausgemacht hat, ist eigentlich eine ziemliche Unverschämtheit gegenüber den ,,linken Leuten'', mit denen sie (z.B. im und über den KB) für eine a l l g e m e i n e menschliche Emanzipation kämpfen will. Oder will sie das am Ende gar nicht?

Ich habe nichts dagegen, wenn P. sich in bezug auf ihre Sexualität den Sub-Lesben näher fühlt als den KB-Genossinnen, die ,,*heute nacht wieder zu ihrem Typen ins Bett krabbeln*'' (Zitat P.). Aber sie hat es nicht so formuliert!

Sie hat es allgemein formuliert! Und da gilt für mich immer noch, daß ich mich jedem einzelnen Genossen, jeder einzelnen Genossin näher fühle (nämlich aufgrund der p o l i t i s c h e n Verbundenheit!) als jemandem, der zufällig meinen sexuellen Interessen entspricht!

Was P. formuliert hat, ist in meinen Augen kein ,,Kavaliersdelikt''. Meines Erachtens muß ernsthaft darüber diskutiert werden, was P. in einer k o m m u n i s t i s c h e n Organisation will.

Ich fordere P. auf, diese Passage selbstkritisch zurückzunehmen.

Jü./KB-Gruppe Freiburg

Lieber Jü.,

offengestanden ist es mir geradezu p e i n l i c h, jetzt zu schreiben, daß ich den ,,Hauptwiderspruch'', natürlich, n i c h t darin sehe, ob 'ne Frau lesbisch ist oder nicht, aber dein Leserbrief fordert das ja.

Du stellst, rhetorisch, die Frage, ,,*will sie das am Ende gar nicht?*'', mit den linken Leuten für eine ,,*allgemeine menschliche Emanzipation kämpfen*''.

Meine Göttin, Jü., hast du denn überhaupt nichts kapiert? Darum geht es ja gerade, daß es nämlich verdammt schwer ist, für eine allgemeine, m e n s c h l i c h e Emanzipation zu kämpfen, wenn du selbst (besser: ich selbst) eben gar nicht Mensch sein darf, einen Teil von mir, meine Gefühle, meine Liebe (falls das nicht zu pathetisch ist) außenvor lassen muß, schamhaft verschweigen muß.

Wenn du doch ein bißchen mehr von dem Artikel als den letzten Absatz gelesen hättest, dann wüßtest du jetzt etwas darüber, was es heißt, in dieser Gesellschaft lesbisch zu sein. Und ob das unter den Linken, im KB, nun soviel anders ist, das, Jü., kannst du nun wirklich nicht beurteilen. Daß mein Artikel ausgesprochen provokativ ist, will ich gar nicht leugnen; es ist aber notwendig zu provozieren, damit sich überhaupt jemand damit auseinandersetzt.

Und weil wir schon mal bei ,,Haupt- und Nebenwidersprüchen'' sind, ist es, um bei deinen Worten zu bleiben, eine ziemliche Unverschämtheit gegenüber den Lesben, daß dir nichts Besseres einfällt, als hochkarätige Geschosse aufzufahren (,,*Meines Erachtens muß ernsthaft darüber diskutiert werden, was P. in einer k o m m u n i s t i s c h e n Organisation will*''), anstatt dir mal zu überlegen, was du, Jü., KB-Gruppe Freiburg, dazu beitragen könntest, daß Lesben hier und heute (und auch im KB) ein kleines bißchen mehr wie Menschen leben können!!!

Du hast aber anerkannte Vorbilder für dein Vorgehen, dich einen Dreck um derartige ,,Nebenwidersprüche'' zu scheren (vielleicht solltest du aber auch beim Studium von Engels' Werken die Konturen ein wenig schärfer ziehen, was meinst du?).

Soviel Ignoranz und Dummheit hat nicht einmal die ,,Z'' in dieser Frage zu bieten, und mit deren Konturen warst du offensichtlich ja nicht einig.

P ♀♀, Lesbengruppe des KB

Kurzmeldung

Die Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg (Westberlin) hat sich mit nur 4 Gegenstimmen der CDU hinter die Beratungsstelle für Schwule und Lesben gestellt. Das heißt, daß zum ersten Mal ein Projekt der autonomen Schwulen- und Lesbenbewegung öffentlich (behördlich) unterstützt wird . . . .

Ein ausführlicher Artikel folgt im nächsten AK.

Endlich eine Coming-Out-Gruppe im KB! Frauen, kommt raus!

Beim letzten KB-Lesbentreff hat sich ein Teil der Frauen zu einer Coming-Out-Gruppe zusammengesetzt. Nachdem wir einzeln unsere ,,Geschichte'' erzählt haben, kamen wir sehr schnell auf das Thema ,,Angst''. Eigentlich haben wir alle das Bedürfnis nach Sexualität mit Frauen, aber trauen uns nicht, diese auch auszuleben.

Zum einen läßt sich dies begründen mit einer Angst vor dem eigenen Körper, der eigenen Sexualität (z.B. Onanie-Schwierigkeiten). Da Sexualität mit Männern den meisten unmöglich bzw. als etwas Ekelhaftes erschien, mit Frauen aber bisher abgeblockt wurde, kommt die Angst, asexuell zu sein, hinzu. Auch befürchteten einige, daß die ,andere' erfahrener ist, und sie nicht wüßten, wie sie sich verhalten sollten.

Bei bisherigen ,,platonischen'' Freundinnen gibt es einerseits, wenn sie nämlich hetero sind, Angst vor ihren Reaktionen, Ablehnung, Nicht-Verständnis oder als ,,Monster'' betrachtet zu werden. Wenn lesbe sexuelle Bedürfnisse bei ihrer ,,platonischen'' Freundin hat, muß sie sogar das Risiko eingehen, daß die Freundschaft kaputtgeht. Der dritte Komplex beinhaltet erstens die Angst vor Beziehungsansprüchen, wenn lesbe nur so mit einer Frau schmusen möchte. Zum zweiten stellten wir fest, daß wir oft Lust haben, mit mehreren Frauen zärtlich zu sein; hier haben wir Angst, wenn wir uns nur mit einer beschäftigen, diese anderen zu verletzen. Es kam die Frage auf, warum wir eigentlich mit mehreren Frauen zusammensein wollen, denn bei Typen war es ja meist so, daß die Bedürfnisse einseitig auf einen gerichtet waren.

Ein anderer Punkt war, daß die wenigsten von uns sich als lesbisch bezeichnen mochten, einerseits, weil sie noch ,,jungfräuliche Lesben'' sind, andererseits weil sie keine Frauenbeziehung(en) haben/hatten.

Als wir am nächsten Tag den ,,richtigen Lesben'' von unserer Diskussion berichteten, sagten diese, daß wir uns ruhig als lesbisch bezeichnen könnten, denn mit einer Frau geschlafen zu haben, bedeutet ja nicht gleich, lesbisch zu sein. Auch in den übrigen Punkten konnten sie uns gut verstehen, ihnen war es genauso gegangen. Das gab uns viel Mut und Kraft.

Außerdem stellten wir fest, daß der Großteil unserer Ängste wahrscheinlich daraus resultiert, daß wir uns auf völligem Neuland befinden, es gibt keine vorgefertigten Verhaltensmuster. Wir müssen uns alles neu erarbeiten, so wie wir auch lernen müssen, Frauen als potentielle Beziehungspartnerinnen zu sehen.

Am Rande bemerkt: Während wir so über unsere Ängste redeten, hatten wir alle Lust, mit einigen Frauen zu schmusen, aber unser Kopf blockierte wieder einmal unseren Bauch – keine hat's gemacht. Nach der Diskussion lagen wir dann alle ,,brav und sittsam'' eingerollt in unseren eigenen Schlafsäcken, versehen mit altbewährten Methoden, z.B. Buch vor's Gesicht, nach dem Motto ,,nur kein Körperkontakt''. Jedenfalls hatten wir alle Interesse, hier weiterzuarbeiten. Die KB-Coming-Out-Gruppe trifft sich deshalb jetzt auch zusätzlich, das nächste Mal am 13. Dezember in Münster. Wir wollen dort vor allem über Bisexualität bzw. unser Verhältnis zu Bi-Frauen reden. Interessierte Frauen können sich wenden an die AG Lesben über Verlag bzw. Redaktion.

We won't get it easy, but we're looking for it!

Lesbengruppe des KB/eine Sympatisantin aus Frankfurt

»S/M – ein Phantasiespiel, das unzensiert abläuft...«
Ein Widerspruch – Linkssein und S/M?



Jedes Bild der Wirklichkeit kann nur ein Ausschnitt sein. Es ist nie die Wirklichkeit selbst. Und alles, was darauf zu sehen ist, wird im Kopf des Betrachters gesehen, mit dem Kopf des Betrachters. Daher gibt es auch keine Bilder, unter die wir schreiben könnten „Das ist S/M!" Weil S/M bei jedem Menschen, an jedem Tag, bei jeder Praktizierung anders ist.

Sadomasochist = Gewalttäter = Krimineller = Faschist?

Es sind genau diese Schemata, die in der bürgerlichen Gesellschaft immer wieder produziert werden und in unseren Köpfen aufblinken und mit der Zeit verinnerlicht von uns wieder ausgespuckt werden. Selbst ein linkes Bewußtsein schützt uns nicht davor, diese Diskriminierungsformeln aufzunehmen und zu reproduzieren.

Wie unsere Denkweise, so ist auch unser Sexualverhalten Ausdruck des gesellschaftlichen Zustandes, d.h. eine „freie Sexualität" kann in den bestehenden Gesellschaften auf keinen Fall praktiziert werden, da wir all die Herrschafts-, Unterdrückungs- und Gewaltmechanismen verinnerlicht haben.

Diese Erkenntnis ist nicht neu; es ist aber wichtig, sie gerade hier in der S/M-Debatte wieder ins Gedächtnis zu rufen, ohne aber einer Gernot-Gailer-Bewegung das Wort zu reden und jeden aufzufordern, seine Scheiße im Kopf auf Kosten anderer, oft wohl der Frauen, zu entleeren.

Andererseits aber wenden wir uns mit Entschiedenheit gegen eine Tabuisierung und Zensur von Sexualpraktiken, die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen und lustvoll ausgelebt werden. Im alltäglichen Leben fühlen wir uns eingebunden und gemaßregelt genug, daß wir uns nicht noch neue Verhaltenseinschränkungen beim Praktzieren unserer Sexualität auferlegen wollen. Wir setzen uns dafür ein, daß jeder seine Sexualform und -praktik auslebt, wenn sie vom Partner mitgetragen wird und sie beiden die größte Lust bereitet. Sadomasochismus ist eine existierende Sexualpraktik, in der die Sexualpartner durch Zufügung von Schmerz, durch ritualisiertes Rollenspiel von „Sich-selber-aufgeben" und der „absoluten Herrschaft über den anderen" (Sexualpartner), das oft mit Hilfe verbaler Erniedrigung ausgelebt wird, ihren höchsten Lustgewinn erzielen.

Ausflug in die Phantasiewelt

Manfred, ein praktizierender S/M'ler, mit dem wir während unserer Untersuchungsarbeit gesprochen haben, beschreibt seine Sexualpraktik so: *„S/M ist ein Phantasiespiel, das unzensiert abläuft, ähnlich einem Film im Kino, in dem der Ausflug in die Phantasiewelt erlaubt ist. Ausgangspunkt ist jedoch das gegenseitige Einverständnis der Sexualpartner, diesen Ausflug mitzumachen".*

Diese Aussage wird gestützt durch den Sexualwissenschaftler Ernest Bornemann, der darauf hinweist, *„daß die tatsächlichen Handlungen oft 'grotesk übertrieben' geschildert werden, so z.B. 'guillotinieren', 'ertränken' oder 'verbrennen'. Der zeremonielle und symbolische Charakter steht im Vordergrund: 'Der Außenstehende begreift nur schwer, daß der Fokus (Mittelpunkt) des sexuellen Sadomasochismus weniger auf Schmerzzuführung und Schmerzduldung als auf die symbolische Darstellung der Machtbeziehung ausgerichtet ist'* " (A. Spengler, „Sadomasochisten und ihre Subkulturen", campus-Verlag, 1979, S. 43/44). Folglich ist der Inhalt eines sadomasochistischen Spiels ein anderer als er von Außenbetrachtern in die S/M-Praktik hineinprojiziert wird.

Gewaltprojektionen

Warum findet diese Projektion statt? Fest steht, daß Gewalt und Schmerz-

Gewaltprojektionen

Warum findet diese Projektion statt? Fest steht, daß Gewalt und Schmerz-

zufügung, Dominanz und Unterwerfung für jeden Linken abzulehnen sind und wir nicht zuletzt durch die im KB geführte „Keimform"-Debatte versuchen, uns im Hinblick auf eine freie Gesellschaft diese Herrschaftsmechanismen abzuerziehen.

Durch unserer bürgerliche Erziehung hindurch haben wir stets diese negativen Eigenschaften verdrängt, die dem Kapitalismus innewohnen. Diese negativen Eigenschaften, die aufgrund bürgerlicher Moralvorstellungen verdrängt werden, finden ihr Ventil in der Projektion u.a. auf Sadomasochisten. Auf diese Art und Weise haben Linke ein Hierarchiegebilde aufgebaut, auf dessen unterster Stufe die Sadomasochisten stehen, da sie sich in ihrer Sexualpraktik am weitesten vom bürgerlichen Moralkodex entfernt haben.

Es ist schon richtig, wie E. aus der Kultur-Zelle HH in AK 150 schreibt, daß auf der Erscheinungsebene die Lederschwulen, die S/M praktizieren (nicht jeder Ledertyp ist ist jedoch gleich ein S/M'ler!!!), weniger gesellschaftlichen Repressalien ausgesetzt sind als die Tunten, da sie äußerlich angepaßter erscheinen. Doch kommt das Gespräch im Freundeskreis, im Hetero- sowie im Schwulen-Bereich auf die Sexualität und bekennt er sich offen zu seiner S/M-Praktik, so prasseln sofort unreflektierte Vorwürfe und Klischees auf ihn ein. Immer wieder muß der Sadomasochist feststellen, daß er einer Wand von Voreingenommenheiten gegenübersteht, die sich auf Äußerlichkeiten beziehen, und der äußere Beobachter Vergleiche zu Erscheinungen zieht, die nur der Form nach haltbar sind.

Führt das nicht zu der von Linken so stark kritisierten Links = Rechts-Theorie (Faschisten hier wie da)? Folglich werden die Vergleiche der realen Gewaltphänomene mit der Sexualpraktik oft auf der Basis der eigenen Phantasien ausgeübt, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema selbst hat aber noch nicht stattgefunden.

Wenn Kt. mit Hilfe eines Fotos aus einem S/M-Katalog in AK 149 die Verbindung von S/M-Praktiken zu Holocaust herstellt, dann zieht er nur auf der Erscheinungsebene Parallelen und kritisiert Darstellungen, deren Inhalt er selbst in das Foto hineinprojiziert, die aber real in S/M-Praktiken nicht vorhanden sind.

Ursachenforschung

Ähnlich der Ursachenforschung der Homosexualität gibt es auch beim Sadomasochismus einige Erklärungsversuche über die Entstehungsbedingungen von S/M.

Eberhard Schorsch, Leiter des Instituts für Sexualforschung in Hamburg, schreibt: *„Viele von uns tragen Wunden und Narben in sich, die sie unter bestimmten sozialen Umständen anfällig sein lassen für sadistische Reaktionen ... Die Verbreitung der Affinität (Neigung) zu sadistischen Reaktionen und Brutalitäten läßt keinen anderen Schluß zu als den, daß die primäre Sozialisation* (frühkindliche Entwicklung in der Familie, Anm. S/M AG) *in der bestehenden Familienstruktur ein riskanter, kritischer und häufig nicht gelingender Prozeß ist. Deshalb müssen wir mit einem latenten Potential von Destruktivität (Zerstörungsbereitschaft)*

der Prozeß ist. Deshalb müssen wir mit einem latenten Potential von Destruktivität (Zerstörungsbereitschaft)

in der Gesellschaft leben." Auf die gesellschaftlichen Ursachen für eine Verbreitung und Förderung von Gewalt und Destruktivität geht E. Schorsch nicht ein, er bleibt in der Psychoanalyse und schreibt weiter: *„Eine archaische (ursprüngliche) Destruktivität gehört, wie die Psychoanalyse meint, zur ursprünglichen Ausstattung des Menschen. Entscheidend für das Schicksal dieser Destruktivität ist ... inwieweit die ursprüngliche Destruktivität entschärft und in soziale Antriebe umgeformt werden kann ... Das fiktive Spiel des Sadomasochisten in seiner Subkultur ... ist aus dem sozialen Handeln herausgenommen, es ist eine Maskerade, eine Dramturgie mit festen Regeln, ein Agieren ... aber durchaus harmlos"* (Sexualität Konkret, 1979, S. 30/31).

Nach Schorsch wird also das archaisch Destruktive des Sadomasochisten im sexuellen Spiel neutralisiert und entschärft. Er entledigt sich seiner inneren aufgebauten Spannungen. Ein praktizierender linker Sadomasochist erklärt: *„Nach dem Orgasmus fällt diese Spannung und Unterwürfigkeit ab, es ist aus und vorbei, dann könnte ich das ganze Zeug alles wegschmeißen."*

Nicht nur beim Praktizieren von sadomasochistischer Sexualität wird deutlich, daß wir verinnerlichte Herrschaftsmechanismen reproduzieren und ausschütten, sondern auch in jeder Alltagssituation bestimmen gesellschaftliche Zustände unser Handeln und unserere Sexualität.

Bewußtsein und Verdrängung

Ian Young, ein kanadischer Sadomasochist, schreibt in „blueboy" (Oktoberheft '79, S. 20-23, unter dem Titel "What's this thing called S/M?"): *„Leute, die S/M-Erfahrungen haben, haben eine Möglichkeit, den Elementen von Dominanz und Unterwerfung in allen Beziehungen bewußter zu sein ... Die Beschäftigung mit S/M scheint die Notwendigkeit von einzelnen zu nehmen, auf der sozialen und politischen Ebene zu unterdrücken und unterdrückt zu werden, zu manipulieren und manipuliert zu werden ..."*

Zur Überwindung der gesellschaftlichen Widersprüche genügt die Bewußtmachung „der Elemente von Dominanz und Unterwerfung in allen Beziehungen" nicht, sondern dazu ist die organisierte politische Arbeit unbedingt notwendig.

Darüber hinaus soll nicht argumentiert werden, daß S/M **die** befreiende Sexualpraktik schlechthin ist. Uns geht es vielmehr darum, klarzustellen, welchen Stellenwert diese Form von Sexualpraktik für den praktizierenden S/M'ler hat: Eine Unterdrückung der aufgeladenen Spannungen würde unweigerlich dazu führen, daß die aufgestauten Spannungen an anderer Stelle sich entschärfen.

Die ehemalige AGS schreibt im AK 166, S. 31/32: *„Die Frage nach dem Zusammenhang von psychischem, d.h. nicht-sexuellem, S/M und Gewalt ist die Frage nach den sozialen Folgen einer verdrängten, kaputten Sexualität in der bürgerlichen Klassengesellschaft. Die herrschende 'Diktatur der Normalität', deren Ausdruck eine verfassungsrechtlich geschützte und staatlich geförderte eheliche Fortpflanzungssexualität einerseits und die mehr oder minder starke Diskriminierung aller anderen Formen und Zusammenhänge von Sexualität andererseits ist, hat eine spezifische Sexualrepression hervorgebracht, von der einige Sexualforscher (z.B. Ussel, Ford, Beach) annehmen, daß sie alle historisch vorangegangenen Gesellschaften übersteigt."*

Es schließt sich also die Frage an, ob sadistische und masochistische Praktiken nur auf die Sexualität begrenzt, oder Ausdruck von psychischen Strukturen sind, wie z.B. Identitätsprobleme, mangelndes Selbstbewußtsein, etc, die auch in den Alltag und die Beziehung mit hineingetragen werden. Darüber müßte wohl noch geforscht werden, da offenkundig ist, daß Sexualität und Psyche miteinander verbunden sind. Wo diese psychischen Strukturen im Alltag zutage treten, ist individuell verschieden und hängt letztendlich von der Verdeckung, Verdrängung oder Kultivierung der psychisch-sadomasochistischen Tendenzen ab, die teilweise über verschiedene Ventile entschärft werden. Dies ist jedoch keine spezielle sadomasochistische Erscheinung, da wir alle den Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen ausgesetzt sind und sie auf irgendeine

spezielle sadomasochistische Erscheinung, da wir alle den Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen ausgesetzt sind und sie auf irgendeine

Art und Weise ausleben.

Wie Schorsch schildert, ist das sadomasochistische Spiel durchaus harmlos, was jedoch nicht bedeutet, daß es hier keine Ausuferungen gibt und es nicht zu erzwungenen oder forcierten sexuellen Handlungen kommen kann, wie in jeder anderen Sexualitätspraktik auch. In der „Schwuchtel"-Sondernummer 4 vom Juli/August 1976 erklärt Ewald, ein praktizierender S/M'ler: *„Ein Sadist ist jemand, der einen anderen genüßlich quält, wobei der andere genüßlich gequält werden will. Das wirkliche Problem ist die stumpfe Gewelttätigkeit, die sich nicht am gemeinsamen Ernstnehmen orientiert, sondern sich stumpf abreagiert. Und dieses Verhalten, das müßte geändert werden. Aber das gibt es nicht nur bei Sadomasochisten. Denn dies ist eigentlich die grundsätzliche Diskussion menschlichen Sexualverhaltens."* In diesem Sinne sehen wir S/M und seine wohlabgewogenen „Folgen" auch nicht im geringsten Zusammenhang mit irgendwelchen Prügeleien, ganz besonders nicht im Vergleich mit den brutalen Leidensgeschichten geschlagener (Ehe-)Frauen oder mißhandelter Kinder, die tagtäglich unendliche Qualen ertragen müssen bis hin zur körperlichen Zerstörung.

Die „Gewaltfrage"

Der Hauptkritikpunkt am Sadomasochismus liegt in der sogenannten „Gewaltfrage". Abgesehen davon, daß beim S/M vieles ohne Gewalt abläuft, z.B. die ganze Palette des „dirty sex", und bei S/M-Praktiken gewöhnlich die Haut nicht zerstört wird und die Schmerzzufügung eine rein oberflächliche ist, werden bei der Gewaltkritik Bereiche zusammengeführt, die sich so einfach nicht zusammenführen lassen: Während wir im Alltag, im Berufs- und Privatleben ständig mit psychischer und physischer Gewalt konfrontiert werden, die **gegen** unseren Willen auf uns hereinprasseln und die mit dem Ziel der Unterdrückung und Beherrschung ausgeführt werden und letztlich destruktive und menschenverachtende Elemente aufzeigen, so wird beim S/M-Spielen die Schmerzzufügung und die „genehmigte Gewalt" zum genauen Gegenteil eingesetzt, ganz bewußt zum lustvollen Ausleben der Sexualpraktik.

Auf der Erscheinungsebene wird S/M als brutale Unterwerfung und Beherrschung interpretiert, ohne zu berücksichtigen, daß dieses „Gewaltspiel" von beiden Sexualpartnern mitgetragen wird zur sexuellen Stimulanz und einem Sich-Hingeben ohne Rücksicht auf Moral, Konventionen und alltägliche Verhaltensnormen dient. Durch die ständige persönliche Erfahrung von Gewalt im Alltagsleben und aufgrund unseres politischen Anspruchs haben wir mittlerweile eine Abwehrhaltung gegenüber Gewaltäußerungen entwikkelt, so daß wir oft nur noch nach der Erscheinung urteilen, dabei aber häufig übersehen, daß Gewalt aber nicht gleich „Gewalt" ist, wie Courdt in „Schwuchtel" Nr. 4 vom Juni/August 1976 erklärt: *„Eigentlich empfinde ich Schmerzen nicht als Schmerzen, wie man sonst Schmerzen fühlt.*

Diese Situation entwickelt in mir ein positives Gefühl für den anderen, durchaus kein Haßgefühl, im Gegenteil. Jedenfalls für den Moment ist meine Bindung zum anderen sehr stark ... Bisher hatte ich noch keine größeren Wunden. Ich fühle mich dann zwar zerschlagen, aber das ist sehr angenehm. Das entspannt meinen Körper." Und Ewald erklärt in derselben Ausgabe, daß Schlagen ein Ausdruck von Zärtlichkeit ist, nicht um dem anderen weh zu tun: *„Ich könnte ihn genausogut küssen. Also wie gesagt die Pointe bei dem Ganzen ist wirklich nicht, jemandem weh zu tun. Denn wenn's ihm wirklich weh tun würde, dann hätte ich überhaupt keinen Spaß daran."*

S/M-Kneipen = Kriminellenhöhlen?

Die Entstehung spezieller S/M-Kneipen erklärt sich aus ihrer Notwendigkeit als Kommunikations- und Kontaktplätze für die Subkultur. Hierin unterscheiden sich S/M-Kneipen in keiner Weise von den Schwulen-Kneipen oder anderen Ghetto-Kneipen. Durch ihr Abgeschirmtsein gegenüber der „normalen" Außenwelt bieten sie allen die mögliche Begegnung Gleichgesinnter in relativer Vertrautheit. Der Rest „Anonymität",

genüber der „normalen" Außenwelt bieten sie allen die mögliche Begegnung Gleichgesinnter in relativer Vertrautheit. Der Rest „Anonymität",

der oft bewußt gewahrt bleibt, bringt allerdings oft einen erwünschten Reiz hierbei ein.

Die rätselhafte Ausstrahlung solcher Kneipen selbst bei Tageslicht hat jedoch zu vermehrten Vorurteilen geführt. Welche Auswirkungen die Gleichsetzung von S/M-Praktiken mit Gewalt hat, zeigen die häufigen Razzien, die die Polizei in Lederkneipen durchführt, gemäß dem Motto „Sadomasochisten = Gewalttäter = Kriminelle". Eberhard Schorsch schreibt dazu: *„Es ist daher ein Irrtum, in diesen subkulturellen Zirkeln Nester potentieller ‚Lustmörder' oder ‚Triebtäter' zu vermuten, Polizeiaktionen, wie sie hin und wieder mal gestartet werden, in denen solche Gruppen aufgestöbert und die Mitglieder in die Kartei der Kriminalpolizei aufgenommen werden, gefährden lediglich die soziale Existenz mancher Mitglieder, dienen sicherlich aber nicht der Verbrechensprophylaxe. Mir ist nur ein Patient bekannt, der in der sadomasochistischen Subkultur gut integriert war und der dann während einer schweren psychischen Krise eine Serie von Vergewaltigungen beging ... So etwas ist aber extrem selten* " (A. Spengler, „Sadomasochisten und ihre Subkulturen", S. 8/9).

Sind SM-ler potentielle Faschisten?

Um einiges schwerwiegender ist der Faschismusvorwurf, der praktizierenden SM-lern oft angehängt wird. Auch hier wird wiederum nur auf der Erscheinungsebene be- und geurteilt, nicht aber nach den Inhalten geforscht und gefragt. Ist es der schon recht stark entpolitisierten Strömung oder den massiven inneren Abwehrmechanismen zuzuschreiben, daß das inhaltliche Merkmal des Faschismus total außer Acht gelassen wird? Während das Ziel des Faschismus die Vernichtung von Menschen ist, so ist das Spiel des Sadomasochisten entschärfend und aufbauend. Gewalt und Herrschaft sind keine spezifischen Erscheinungen des Faschismus, genausowenig wie der Faschismus keine losgelöste Gesellschafts- und Herrschaftsform ist, sondern sich speziell aus der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft erklären läßt, die Gewalt und Herrschaft ebenso kannte und kennt wie der Faschismus, wenn auch nicht in derart terroristischer Form. Der Vergleich Faschismus – Sadomasochis-

schaft ebenso kannte und kennt wie der Faschismus, wenn auch nicht in derart terroristischer Form. Der Vergleich Faschismus – Sadomasochis-

mus wird nur an dessen gemeinsamen Phänomenen geführt, ein inhaltlicher Vergleich bleibt unbeachtet.

Würde man den Vergleich Faschismus-Sexualität aufrechterhalten, so wäre generell zu überlegen, inwieweit Sexualität nicht überhaupt faschistisch ist, da sie im Sich-Hingeben und im Verschlingenwollen des anderen letztendlich auf die Zerstörung und Vernichtung des Partners abzielen würde. Vielleicht wird hier manchem deutlich, wie absurd der Vergleich zum terroristischen Unterdrückungssystem des Faschismus ist.

Ewald äußert sich zum Faschismusvorwurf so: *„Ich glaube, daß das Faschistische daran das Verklemmte ist. Es gibt ja soundsoviel angebliche Sadisten und Masochisten, die das auf ganz verklemmte Art machen, die brutal zuhauen, die vor sich selbst gehemmt sind, weil sie gar nicht zu dem Ziel kommen, das sie wollen ... Der bewußte Sadomasochist, der sich selbst ernst nimmt, ist in keiner Form pervers oder faschistisch, sondern das ist ein ganz bewußter Akt und ein Versuch, um mehr Intimität zu gewinnen ... Sadomasochismus ist etwas Geplantes, wo man sich gegenseitig Bedürfnisse erfüllt. Alles ist faschistisch, was nicht zuletzt auf Liebe hinausläuft. Aber das ist in je-*

Fortsetzung nächste Seit



Fortsetzung von vorheriger Seite

dem Ehebett genauso. Aber das kann man eben nicht als Sadomasochismus begreifen, sondern das ist nur der stumpfe Reflex von dem ganzen Rollenverhalten, wenn z.B. der Alte, wenn er besoffen ist und sich mal seine Männlichkeit beweisen muß, seine Frau im Ehebett vergewaltigt."

Symbole und Uniformen

In diesem Zusammenhang wird von Kritikern und Kritikerinnen auch oft die „Unvereinbarkeit" der verwendeten Symbole erwähnt, wenn Uniformen oder Foltergeräte als stimulierende Hilfsmittel zum sexuellen Spiel verwendet werden. Während in der Realität diese Gegenstände einen ganz bestimmten Gehaltwert besitzen oder besaßen, so üben sie bei der SM-Praxis nur symbolischen Wert aus. Sie sind entpolitisiert und dienen nur als Hilfsmittel für das ritualisierte Rollenspiel.

Manfred, den wir zu seiner SM-Praktik interviewt haben, ist Kriegsdienstverweigerer. Er trägt in der Subkultur Stiefel (Bundeswehr-Knobelbecher) und eine Lederuniform, was für ihn anfangs nicht zu vereinbaren war. Doch sind dies nur Erkennungszeichen, Zugehörigkeitssymbole, Inserierungsmerkmale und Werkzeuge für den Ausflug in die Phantasiewelt, mit denen er sich im Alltag nicht identifiziert. Diese Gegenstände werden von ihm bewußt eingesetzt für das Ausleben seiner Phantasiegedanken und auch nur zu diesem Zweck angelegt. Wie Fastnachtsmasken ruhen sie sonst in der Truhe.

In der Zeitschrift „Mister SM" (Nr. 24 vom Herbst '79, S. 22 f.) wird ebenfalls auf die Verwendung von Uniformen eingegangen: *„Das SM-Spiel beinhaltet symbolische Rituale ..., die wir z.B. benutzen, um Macht und Brutalität auszudrücken. Und ein solches Symbol ist ohne Zweifel die SS-Uniform. Nicht so sehr, was die SS als solche betrifft ..., sondern mehr die SS, die nach dem Krieg durch die Machenschaften der Unterhaltungsindustrie in Filmen, Büchern etc. dargestellt wurde ... Viele Außenstehende finden das schrecklich und vergessen dabei, daß sie sich selber gerne Horror- und Kriegsfilme ansehen, um genau dasselbe zu erleben, sie allerdings sind nur passive Zusachauer ..., während wir unsere Spiele selber regissieren und aktiv mitspielen .. Jeder freidenkende Homosexuelle und Sadomasochist weiß, daß Diktaturen letzten Endes die Sexualität der Menschen unterdrücken."*

letzten Endes die Sexualität der Menschen unterdrücken."

Das Anlegen von SS-Uniformen wird aber auch in SM-Kreisen nicht durchgängig so harmlos gesehen, wie es in „Mister SM" geschildert wird. Wie schon erwähnt, verliert die Uniform (genau wie alle anderen Utensilien) beim sexuellen Rollenspiel an inhaltlichem, politischem Wert und steht nur noch für „Macht und Herrschaft". Für linke SM-ler, die z.B. in der Antifa-Arbeit aktiv sind, ist diese Trennung nicht zu akzeptieren und schon gar nicht zu praktizieren. Sie greifen höchstens auf alte Unterdrückungssymbole, wie z.B. mittelalterliche Folterinstrumente oder Uniformen ohne Embleme zurück, bei denen während des sexuellen Spiels eine Entpolitisierung leichter vollzogen werden kann, die jedoch im Alltagsleben nicht vollzogen wird. Zu fragen bleibt schließlich noch, inwieweit der sog. „passive Zuschauer" eines Horror- oder Kriegsfilms nicht auch SM praktiziert, er aber nur nicht sexuell tätig wird.

Die Konsequenzen?

Insgesamt wird also deutlich, wie politisch und wichtig eine Auseinandersetzung mit dem Thema Sadomasochismus ist, nicht nur aufgrund der Frage nach den gesellschaftlichen Ursprüngen und den gesellschaftlichen Konsequenzen, sondern gerade im Hinblick auf die Beurteilung sadomasochistischen Verhaltens nur auf der Erscheinungsebene, anstatt eine inhaltliche Auseinandersetzung über Faschismus - Gewalt - Sadomasochismus zu führen.

Uns geht es nicht darum, eine Missionierung sadomasochistischer Sexualpraktiken voranzutreiben, als vielmehr deutlich zu machen, daß eine Tabuisierung und Verurteilung von gegenseitig getragener Sexualpraktik die Grundlagen für verklemmte Verhaltensstrukturen bilden. Hierin sehen wir uns in Übereinstimmung mit sämtlichen Sexualbefreiungskämpfern (dazu zählen wir selbstverständlich n i c h t Gailer, Vergewaltiger und -Verteidiger...).

Die SM-Arbeitsgruppe der Schwulengruppe des KB - N., P., H.

Mann als solcher — oder Ein Leben als RoMANNze?



„Es gibt Geistesgrößen in weißen Laborkitteln oder Helden in Air-Force-Uniformen, die sich zum Mond katapultieren lassen. Doch was tun sie? Sie stellen dort Fahnen auf. Bringen kleine Steine zurück" (1).

Es ist Mittwochnachmittag, Feiertag. Enttäuscht und ratlos schlage ich das Buch von Phyllis Chesler „Über Männer" wieder zu. Eigentlich wollte ich es richtig durcharbeiten. Seine Aussagen verbinden mit dem, was ich sonst darüber weiß. Einen schönen, großen, eindrucksvollen Artikel machen zur „Männerfrage". Und nun stelle ich fest, daß mir das über den Kopf wächst. So viele Seiten und Zugänge zu diesem Thema, soviel Ansätze. „Väter und Söhne, Männer ohne Mutterleib, Mütter und Söhne, Phallische Sexualität, Brüder, Mann auf der Arbeit, Mann zuhause, Männer in New York City, Ödipus, Penis, Pornografie, Männer auf der Uni", das sind nur einige Stichworte aus dem Inhaltsverzeichnis. Das kriege ich alles nicht auf eine Reihe, und so fange ich wohl am besten beim Naheliegenden an, bei mir.

In der letzten Woche habe ich mich mit T. getroffen, mit der ich eine Zeitlang „enger" befreundet war. Wir haben über unsere Beziehung gesprochen, damit ich „anderen Frauen gegenüber nicht wieder die gleichen Fehler mache", wie sie sagte. Das ganze Thema beschäftigt mich seit einiger Zeit intensiver (früher habe ich mehr „große Politik" gemacht), genauer gesagt seit der Trennung von meiner langjährigen Freundin B. vor etwa einem Jahr. Seit dieser Zeit habe ich einige Bücher dazu gelesen (ja die ungefährlichste Herangehensweise für mein Selbst) und mit Freunden (zumeist Frauen) darüber gesprochen, wenn sich die Gelegenheit ergab.





Als vor fast zwei Jahren in der

Als vor fast zwei Jahren in der Pädagogik-Zeitschrift „Päd-Extra" ein Artikel zur Männerfrage erschien, der auch noch den mir sehr zutreffend erscheinenden Titel: „Männer – die irritierten Macker" trug, fand ich mich dort gut wieder. Aus dem starken, öffentlich herrschenden, eindrucksvollen Geschlecht des Mannes war durch die Herausforderung der Frauenbewegung ein Geschlecht verschreckter Schwanzträger geworden, jedenfalls soweit es meinen unmittelbaren Umkreis betraf. Wie früher wollte mann nicht mehr sein (konnte es ja auch nicht mehr, weil die weiblichen Bewunderer fehlten). Die Forderungen der Frauenbewegung hielt mann für gut, weil sie auf eine menschlichere Gesellschaft zielten. Den direkten Fragen und Ansprüchen der Frauen konnten wir uns nicht durch Theoretisierung entziehen. Ja, Frauen lebten bereits nach der Parole: „Eine Frau ohne Mann ist wie ein Fisch ohne Fahrrad". Welch furchtbarer Gedanke für mich, daß womöglich Frauen ohne Männer (und also auch ohne mich) auskommen könnten. Und mit einem gewissen Neid sah ich (und sehe noch) auf die Frauenbewegung, die vieles in ihrem Schoße birgt, was mir so erstrebenswert erscheint:

- die Solidarität zwischen Menschen (nicht nur auf dem Papier);
- die Ausdrucksfähigkeit, auch persönliche Bereiche betreffend;
- eine sexuelle Sensibilität, die den ganzen Körper einschließt, die neue Entdeckung Zärtlichkeit;
- und nicht zuletzt auch das biologische Vermögen, Kinder zu bekommen, sicher eine sehr beeindruckende Erfahrung.

Das fand ich toll, so wollte ich auch werden (bis auf die biologischen Unterschiede, versteht sich). Ich lehnte mich „als Mann" ab, fand „die Frauen" toll, las natürlich viel Frauenliteratur. Es war einfach eine ganz neue Welt. Ich hatte keine Schwierigkeiten, die politischen Forderungen der Frauen nach ausreichender Repräsentanz in der Leitung, Organisierung in eigenen Frauengruppen usw. völlig richtig zu finden. Ich hielt mich für „frauenfreundlich", doch dann gab es einen Knacks in meiner Biografie.

Plötzlich, nach sieben „treuen" Jahren, haute ich von meiner Freundin ab, die mir der wichtigste Mensch war. Ab über die Alpen, Ausbruch, ohne lange Diskussion. Ich wollte frei sein, wollte mich beweisen. Ich war arbeitslos, suchte Bestätigung. Ich war gleich aus dem Elternhaus (besser „Mutterhaus") bei ihr untergeschlüpft, kannte bisher keine Zeiten persönlichen Durchbeißens, keine Zeiten von Zweifel und Einsamkeit, war wohlbehütet. Auch B. hat mich sehr behütet, wir hatten „ein schönes Zuhause". Wohl hatte ich auch während der Zeit mir ihr mal das Bedürfnis, andere Frauen, die ich eher flüchtig kannte, näher kennenzulernen, mit ihnen zu schlafen. Damit kam ich aber fast nie raus, auf B.'s Nachfragen leugnete ich einfach ab, daß mir so etwas durch den Kopf ging. Ich wollte doch der tolle Mann sein, der, anders als die anderen Typen, treu zu seiner Freundin steht. B. hatte gerade „richtig" zu arbeiten begonnen, eine schwere Arbeit, die ihre ganze Person forderte und mich als Unterstützung, vor allem in der schwierigen Anfangszeit, mit ihren Selbstzweifeln und den Versuchen, ihre Vorstellung von menschlichem Verhalten am Arbeitsplatz auch zu verwirklichen. Und ich haute ab. Wir telefonierten noch oft: sie vom Arbeitsplatz und ich aus Florenz!

Nach dieser Trennung und meiner Rückkehr, schon reichlich desillusioniert, was die Freiheit der großen weiten Welt anbetrifft, fühlte ich mich sehr einsam. Meine Bekannten waren im wesentlichen politische Freunde, denen ich persönlich nicht sehr nahe gekommen war. Engere Freunde aus früherer Zeit waren eher Pärchen, Zärtlichkeiten unter ihnen

taten wir weh. Ich merkte auch, und

taten wir weh. Ich merkte auch, und das war das Blödeste, daß ich überhaupt keinen richtigen Freund hatte. Ich war bis zu diesem Zeitpunkt immer auf Frauen fixiert gewesen, damit konnte ich meine männliche Eitelkeit am besten befriedigen. Das schien mir auch damals noch das Leichteste. Wo aber auf die Schnelle eine Freundin hernehmen?!? Und wie fest wollte ich mich eigentlich befreunden. Ich sah die Frauen als Objekte, mit denen ich wohl m e i n e Schwierigkeiten überwinden könnte. Panik und Trauer erfaßten mich zuweilen („Keiner liebt mich"), ziemliche Schwankungen des Gefühls. Ich rannte einer Frau hinterher, die aber meinen überschießenden Gefühlen ihr gegenüber recht skeptisch war. Ich hätte tatsächlich alles hingeschmissen, wäre zu ihr gezogen, hätte gleich wieder eine „Zweierbeziehung" aufgemacht – was für ein Glück, daß uns das durch ihr Verhalten erspart blieb. Der Winter ging vorüber, heute denke ich an diese dunklen Tage aber nicht nur mit Grauen. Ich habe auch etwas über mich gelernt, habe Trauer (und dann auch wirkliche Freude) empfunden.

Wenn Frauen über ihre Erfahrungen mit Männern berichten, finde ich mich zumeist unschwer wieder. Svende Merian schreibt über Arne in ihrem Buch: „Tod des Märchenprinzen", er wolle sie als Wärmespender und Mutterschoß (S. 22), er frage nicht von selbst nach Verhütungsmitteln (30), er beginne nicht selbst die Diskussion um ihre Partnerschaft (35), er sehe oft schnell was ein und gelobe Besserung (ohne sich daran zu halten) (42), er rede aber auch, wenn es fest werde, von „Freiheit" (49), er lasse sie in persönlichen Diskussionen nicht an ihn rankommen (73), habe eine auf die Schwanzspitze reduzierte Sexualität (88) usw.. Kenn' ich fast alles!

Du bist Mann. Deine Erziehung sitzt tief. Zu anderen Männern, immerhin die anderen 50 Prozent des Himmels, hast du eine Konkurrenzsituation. Du ziehst deine Selbstdarstellungsshow ab, lieferst brillante Wortgefechte, versuchst Überlegenheit zu erkämpfen. Allenfalls reicht es zu einem gemeinsamen Bier oder Sportplatzbesuch. Hast du persönliche Probleme, gehst du zu einer Frau, die ihre mütterliche Liebe bereithält und für dich in jeder Lage Verständnis hat. Im Bett kannst du auch mal schwach sein, aber nur, wenn du vorher gezeigt hast, daß du ein ganz toller Typ bist, mit tollem Schwanz. Und wenn das Stöhnen der Frau dir bewiesen hat – du gehst natürlich davon aus, daß es immer wirklich ganz, ganz toll für sie ist –, wie gut du bist.

Du hast versucht, ziemlich bald mit der Frau zu schlafen, aber deine Geilheit hast du als solche nicht zugegeben. Nein, ihr habt euch über Berufsperspektive unterhalten. Du hast nur halb zugehört. Im Bett schaffst du es dann, ohne viel Federlesens (wäre gar nicht so unerotisch, es gibt noch viel Federbetten), deinen Samen abzuspritzen. Du hast gelernt, nicht danach zu fragen, ob frau einen schönen Orgasmus hatte; das setzt unter Druck. Du wirst auch nicht gefragt: Dein Abspritzen gilt allgemein als „Ziel erreicht". Im bessern Fall schlafen nun beide ein, im schlechteren pennst du, und sie bleibt noch lange wach. Am nächsten Morgen bist du wirklich betroffen – aber was ändert das?

An dir hat es wohl nicht gelegen. Du hast dir ja auch nicht gerade eine sehr stark und selbstbewußt wirkende Frau ausgesucht. Das könnte ja Unterlegenheitsgefühle produzieren. Schließlich willst du das Zepter in der Hand behalten. Kritisieren darf sie dich aber. Ja, du forderst es geradezu. Sie soll dich pädagogisieren, sie soll dich menschlicher machen. Dafür bist du ja mit einer Frau aus der Frauenbewegung zusammen; wenn die nicht weiß, was gut ist, wer dann!?!

Macht sich nicht schlecht im Genossenkreis, so eine richtig frauenbewegte Frau. Wie heißt es doch noch: „Die beste Visitenkarte für einen Mann ist immer noch eine schöne

wegte Frau. Wie heißt es doch noch: „Die beste Visitenkarte für einen

Mann ist immer noch eine schöne ... (wahlweise etwas anderes einsetzen, je nach sozialem Umfeld) Frau". Und wenn du morgens in die U-Bahn steigst, wirst du unruhig, weil da auch Frauen sitzen. In dir meldet sich der kleine Eroberer. Und du möchtest gerne wissen, was die gegenüber von dir hält, ob du noch was giltst. Vielleicht hast du mehr Schlag als der doofe Typ, der ihr gegenüber sitzt. Und bei der nächsten Fete wirst du ständig unruhig im Raum rumgucken, damit dir keine Neuangekommene entgeht.

Und irgendwann kotzt dich dein Verhalten unheimlich an. Du verlierst die Selbstachtung. Deine vermeintliche Männerfreiheit erweist sich als Befangensein in Strukturen und Abläufen, die du nicht rechtfertigen kannst. Wenn du über dich nachdenkst, versuchst du dir anfangs ein gutes Gewissen zu erhalten, *„da du ja viel zärtlicher, rücksichtsvoller und was-weiß-ich-noch bist; dann schämst du dich wieder, Mann zu sein, ein Würstchen unter noch größeren Würstchen"* (2).

Ein partnerschaftliches Verhältnis zu einer Frau, eingebettet in Zärtlichkeit, in dem jeder mal stark sein kann und darf – und sich auch fallen lassen, gibt es so nicht. Eine abenteuerliche gemeinsame Reise in das Innere unserer Seele, unseres Kopfes und unseres Körpers geht gar nicht erst ab. Früher warst du der Reiseführer; die Reise ging aber gar nicht erst ab, weil du nicht sensibel für Mitreisende warst. Jetzt macht sie dir den Posten streitig – und ihr könntet eine gemeinsame Reise haben („sie" kann nämlich eine sehr umsichtige Reiseführerin sein), wenn du nicht in so etwas wie eine innere Emigration gehst oder dort bleibst.

Ich möchte aber bei diesen Reiseüberlegungen erst einmal zu dem stehen, was in mir ist. Ich will nicht mehr, aus eigener schlechter Erfahrung mit derartigem Verhalten, den tollen, ganz anderen Typen raushängen lassen, der ich nicht bin. Ich kann mich nicht auf Dauer der eigenen inneren Widersprüchlichkeit entziehen, indem ich meine „schlechte Seite" einfach leugne. Erst ihre Offenlegung macht doppelte linke Männermoral diskutierbar.

Bei der Beschäftigung mit mir selbst sind die bisherigen Artikel im Arbeiterkampf, in denen sich Frauen ganz konkret mit uns Typen auseinandersetzen, wichtig. Es fällt aber sehr auf, daß sich Männer an der Debatte, in der es ja auch um sie geht!, so gut wie nicht beteiligen. Das sei „die Sprachlosigkeit der Unterdrükker", meint ein Genosse. Ich bin mir da nicht so sicher, wir sind doch sonst nicht so sprachlos. Ich denke, wir verstecken uns auch ein bißchen hinter den Frauen und murmeln Zustimmung, weil es natürlich viel bequemer ist. Ich hätte z.B. Interesse, von den anderen männlichen Genossen viel mehr über sich selbst zu erfahren. Wenn wir Männer einen Beitrag zur Emanzipation der Menschheit leisten wollen, müssen wir selbst unseren Platz auf diesem Weg finden. Genausowenig wie wir von den Frauen erwarten sollten, der Kummerkasten unserer Probleme zu sein, können wir erwarten, daß die Frauenbewegung für uns mitdenkt und kämpft.

Vor einigen Tagen traf ich eine Lehrergenossin, die gerade Material über „Sexismus in der Schule", die alltägliche Unterdrückung der Mädchen in der Erziehung heraussuchte. Etwas provokativ fragte ich, ob sie auch die Erziehung von Jungen und ihr Verhalten berücksichtigen würde. Nein, ihr Interesse sei es, daß sich die Mädchen endlich zusammen gegen die Unterdrückung durch die Jungen wehren. Solle sie womöglich noch Verständnis für das Verhalten der Jungen aufbringen?

Tatsächlich haben Frauen jahrhundertelang Verständnis aufgebracht. So denke ich, daß die Interessen der Frauenbewegung und mein Interesse nicht immer zusammengehen können, daß sie eine positive „Selbstfindung" des Mannes natürlich gar nicht zu ihrem Schwerpunkt machen könnte. Das müssen wir schon selbst machen, wobei es genü-

lich gar nicht zu ihrem Schwerpunkt machen könnte. Das müssen wir schon selbst machen, wobei es genü-

gend Anstöße der Frauenbewegung gibt, in welche Richtung so etwas zu gehen hat. Männergruppen können dazu recht hilfreich sein. Welche männlichen Verhaltensweisen habe ich? Woher kommen sie? Wie bin ich erzogen worden? Wie können wir Männer unsere Konkurrenz und Berührungsängste überwinden? Wie können wir sensibler werden? Wie verringere ich die Kluft zwischen dem, was ich will und dem, was ich tue?

Was haltet ihr von folgendem Text?: *„Wenn ein Mann nicht ehrlich, herzlich und sinnlich auf andere Männer reagieren kann, wird er sicherlich Frauen unterdrücken*
‚Weiblichkeit' bei Frauen ist nichts anderes als die passive Hälfte der aktiv/passiven Natur aller Männer, die von chauvinistischen Männern auf die Frau projiziert wird, um sie auszubeuten
der 100 % maskuline Hengst hat an der Psychologie des Faschismus teil: die geistige Evolution der Geschlechter hängt vollkommen davon ab, ob Männer ihre passiv ‚weiblichen' Aspekte als innere Phänomene akzeptieren" (3).

Anmerkungen:

1. C. Benard, E. Schlaffer: Der Mann auf der Straße, S. 2
2. W. Hau, A. Jansen (Hrsg): RoMANNzen, zwischen Traum und Wirklichkeit, S. 67
3. H. Rödner: Männergruppen – Ursachen, Wege, Schwierigkeiten, S. 11

Kleine Literaturauswahl

Peter Schneider: Die Sache mit der „Männlichkeit", in Kursbuch 35, April 1974, S. 103 ff.

Helmut Rödner: Männergruppen – Ursachen, Wege, Schwierigkeiten. edition queimada 1976, Westberlin.

K. Mecking, H. Stöver: Männersexualität – Gespräche, Bilder, Notizen. Verlag Roter Funke, Bremen 1980.

Männersachen. Verständigungstexte; hrsg. von H.U. Müller-Schwefe. edition suhrkamp 717, Frankfurt 1979

W. Hau, A. Jansen (Hrsg): RoMANNzen, Männer zwischen Traum und Wirklichkeit, AZ-Verlag, Frankfurt 1979

Männerselbstbefreiung. Themenschwerpunkt in päd-extra Februar 1979

Cheryl Benard, Edith Schlaffer: Der Mann auf der Straße. Über das merkwürdige Verhalten von Männern in ganz alltäglichen Situationen, rowohlt, Januar 1980

Märchen und Wirklichkeit

Die von Svende Merian in ihrem „Märchen von einer, die auszog und das Umziehen lernte" verkündete Absicht klang gut: einmal die Probleme des Zusammenlebens mit Eltern und Kindern aus der Sicht einer Frau zu schildern, die dieses Wagnis ohne eigenes Kind freiwillig eingeht. Was dann aber im AK 190 auf einer Seite folgt, ist sicherlich kein Beitrag zum angekündigten Thema, sondern eine pauschale und teilweise auch zynische Diffamierung linker Eltern.

Entsolidarisierung . . .

Svende hat miese Erfahrungen mit drei Genoss(inn)en gemacht, mit denen sie einige Zeit zusammengelebt hat. Solche Erfahrungen sind im KB leider nicht unbedingt Ausnahmeerscheinungen, über ähnliches ist schon im AK berichtet worden. Erinnert sei an den Artikel einer Genossin, *„die auszog, das Fürchten zu lernen"*, im Sommer 1979 (AK 158), in dem beschrieben wird, wie frau aus einer linken Wohngemeinschaft herausgeekelt und herausgeschmissen wird und dabei auch noch einen Großteil ihres persönlichen Eigentums einbüßt. Solche Erfahrungen nahm selbst unsere damalige Z-Fraktion auf, indem sie Entsolidarisierung im KB feststellte und u.a. das Beispiel der genauso hartherzigen wie betuchten Lehrergenossen anführte, die nicht mehr wie früher weniger gut gestellte Lehrlingsgenossen mit durchfüttern, sondern lieber ihr Wochenendhäuschen finanzieren.

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Svende ist an der Verwirklichung dieses Bedürfnisses mit teilweise unglaublichen Methoden, die sich kaum ein bürgerlicher Vermieter herausnehmen kann, gehindert worden, zudem ist sie — was leider auch keine Ausnahmeerscheinung ist — um einiges Geld erleichtert worden. Parallelen zur Geschichte von „einer die auszog, das Fürchten zu lernen" sind eindeutig. Solche Darstellungen und Beschwerden gehören natürlich in den AK.

Allerdings macht Svende es einem mit ihrem Märchen teilweise etwas schwer, nämlich dort, wo es um Glaubensfragen geht. Man kann Svende glauben, daß es in ihrer ersten WG um Eifersucht ging und nicht um die Mettwurst. Man kann auch der anderen Seite glauben, daß es tatsächlich um Haushalts- und Geldfragen ging. Und keine Seite kann so schlüssig Beweise erbringen. Da unterscheidet sich Svendes Märchen vom genannten Beitrag übers Fürchtenlernen. Da ging es nur um Fakten, die Angegriffenen hatten die Chance nachzuweisen, daß das eine oder andere nicht stimmt.

. . . ein Elternproblem

Svende hat aber nicht die Absicht, ihre Erfahrungen mit Entsolidarisierungserscheinungen in der Linken, im KB darzustellen. Sie stellt einen ganz anderen Anspruch: einen Beitrag zur Diskussion in der Elternbewegung zu machen. Und das ist das Unglaubliche und Diffamierende an ihrem Märchen.

Da wird im Prolog erst einmal — es handelt sich ja um eine „Gruselgeschichte" — ein Schreckgespenst aufgebaut: wir leben nach Svendes Ansicht im *„Zeitalter der neuen ‚Elternbewegung'"*. Dabei steht Elternbewegung noch in Anführungszeichen, die später allerdings aufgegeben werden.

„Elternbewegung"? Wer, wann und wo? — kann man da nur um sachdienliche Hinweise bitten. Allerhöchstens gibt es einige Ansätze dafür, in der Regel nur im Rahmen einzelner Initiativen, weniger damit befaßt, Bewegung zu werden, sondern eher damit, ins Putzen und Renovieren der Initiative Bewegung zu bringen. Organisierte Kontaktaufnahme, Diskussion über gemeinsame Erziehungsvorstellungen, Forderungen an den Staat — und die kinderlosen Linken — sporadisch. Leider. Und im KB? Da ist Zusammenarbeit von Eltern weitgehend auch noch auf Initiative einzelner beschränkt. Wie spärlich die Anfänge sind, beweist z.B. die Beratung auf einem Vorkongreß Ende 1978, wo 13 Interessierte in einer Arbeitsgruppe „Kinder" zusammensaßen, während vier bis fünfmal soviel Genoss(inn)en in anderen Arbeitsgruppen zu finden waren.

„N e u e Elternbewegung" — auch das ein Streitpunkt. Wo eine neue Bewegung ist, muß es ja auch eine alte geben. Im KB kaum, da waren die Eltern über Jahre zu schüchtern und von Gewissensbissen geplagt. Und die „alte Bewegung" in der Linken? Da kann frau eine Seite weiter im AK 190, im Interview mit Reinhart Wolff lesen, wie das einer beurteilt, der dort sehr intensiv mitgearbeitet hat: *„Eine Kinderladenbewegung, was immer Teilnahme der Eltern heißt, hat es als organisierte Bewegung eigentlich nicht gegeben, was ich im Nachhinein als einen schweren Fehler ansehe, den wir Linke damals gemacht haben."*

Das Schreckgespenst der „neuen Elternbewegung" hat, glaubt man Svende, im AK schon reichlich zugeschlagen: *„Über die Probleme von Seiten der Eltern ist inzwischen etliches geschrieben worden. Es ist an der Zeit, nun auch die Erfahrungen und Probleme der Leute zu diskutieren, die sich einmal f r e i w i l l i g dazu entschlossen hatten, mit Kindern zusammenzuwohnen."* Etliches geschrieben worden? Unserer Erinnerung nach gibt es in zweieinhalb Jahren AK ein Dutzend Artikel, in denen Eltern ihre Probleme schildern. Meistens geht es dabei um Schwierigkeiten, Kind und politische Arbeit zu verbinden, um auseinanderbrechende Beziehungen u.ä. Das Problem des Zusammenwohnens in Wohngemeinschaften bestimmt nur einen Artikel, in anderen erscheint es am Rande.



Mit Svendes Ankündigung aber herunter, dann wird er auch noch vor reichlich ökonomische Probleme stel

Mit Svendes Ankündigung aber wird der Eindruck erweckt, frau müsse sich nun endlich einmal mit einer Tendenz auseinandersetzen, die jetzt schon etliche Male im AK vertreten worden ist. Nur: das was Svende in ihrem Artikel darstellt, hat bisher kein Elternteil im AK gefordert, propagiert oder auch nur verteidigt.

Der Prolog geht aber noch weiter: *„Wenn diese Seite der kollektiven Kindererziehung länger unberücksichtigt bleibt, wird die neue Elternbewegung langfristig ihren Kindern schaden."* Ganz abgesehen davon, daß es immer unsympathisch ist, in Fragen, bei deren Diskussion die Linke noch sehr unsicher auf den Füßen ist, historische Wahrheiten anzukündigen:

Das was Svende im Artikel an Entsolidarisierungserscheinungen beschreibt, hat nichts mit kollektiver Kindererziehung zu tun, ist weder symptomatisch, noch typisch für linke Eltern und auch keine notwendige Folgeerscheinung des Kinderkriegens. Svende hätte solche oder ähnliche Erfahrungen genauso oder ähnlich mit kinderlosen Genoss(inn)en in kinderlosen Wohngemeinschaften machen können. Die „Elternbewegung" die es nicht gibt, hat keinen Anlaß sich mit solchen Dingen als Begleiterscheinungen der Elternbewegung zu befassen. Was man/frau als Genossin/Genosse davon hält, ist eine ganz andere Frage.

Nun mag man/frau nach dem Prolog noch einwenden, das sei vielleicht alles etwas mißverständlich formuliert, im Prinzip wollte Svende doch nur darauf hinweisen, daß es auch unter Eltern Ekelpakete gibt. Zu so einem Einwand gehört zwar schon sehr viel Wohlwollen und die Bereitschaft, die Vorrede nur flüchtig zu lesen. Stützen könnte man/frau so eine Interpretation vielleicht auf die Passage im Märchen, wo es heißt: *„Auch Eltern sind Menschen, die sich unfair und unsolidarisch, unoffen und unehrlich verhalten"*, man könne die Welt da nicht in zwei Lager *„Eltern/Nicht-Eltern = gut/böse"* unterteilen.

Am Ende des Märchens allerdings zerstreut Svende solche Zweifel an der Stoßrichtung ihres Artikels gründlich. Als *„Moral von der Geschicht"* (nanu, Märchen enden doch sonst immer: *„Und wenn sie nicht gestorben sind, ..."*) heißt es da: *„Aber Svende beschließt nie wieder mit Kindern zusammenzuziehen, weil Kinder leider immer [?] Eltern haben. Und die entpuppen sich m e i s t e n s als die eigentlichen Problemkinder."* Frau nehme Erfahrungen mit 2% der Eltern im KB, und schon kann frau generalisieren („meistens"). Das traut sich nicht einmal ein bürgerlicher Statistiker.

Um ganz deutlich zu machen, wie mit solcher „Generalisierungsmethode" an sich berechtigten Forderungen und einer nur zu berechtigten Bewegung der Garaus gemacht werden könnte, ein Parallelbeispiel: Genosse Hans zieht aus seiner Wohnung, einer relativ stabilen Situation, aus, mit zwei Frauen zusammen. Eine davon haut ihm offenbar unberechtigterweise eine herunter, dann wird er auch noch vor die Tür gesetzt. Zieht trotzdem wieder mit einer Genossin zusammen, fängt sich wieder eine ein, abermals unberechtigt, und muß die Wohnung räumen. Was würde Svende zu einem Artikel sagen, in dem die Frauenbewegung auf solcher Grundlage aufgefordert wird, sich mit der Gewalttätigkeit in der Frauenbewegung auseinanderzusetzen und es am Ende heißt: *„Hans möchte weiter gerne mit Frauen zusammenwohnen, aber die hauen Männern meistens eine 'runter"*?

Die tatsächlichen Probleme von Eltern

Minderheiten sind ein beliebtes Objekt, negative Erscheinungen, die man auch bei ihnen in Einzelfällen findet, zu generalisieren und damit zu Eigenschaften dieser Minderheit zu erklären. Das kann man auch Vorurteilsproduktion nennen, und Vorurteile stellen in der Regel die tatsächliche Situation auf den Kopf. Das gilt auch für Svendes Artikel, auch wenn wir damit nicht bestreiten wollen, daß der Druck auf Eltern schon zu irrealen und egoistischen Ansprüchen führen kann.

Vorurteil 1:

Es ist z.B. nicht so, daß meistens Eltern ihre kinderlosen Mitbewohner aus Wohngemeinschaften herausekeln. Eher und viel häufiger haben unsere Elterngenoss(inn)en ihre Kinder unter den Arm genommen, Umzugskartons für zwei bis drei Personen gepackt und sind aus kinderfreundlichen Wohngemeinschaften geflüchtet. Wir kennen in unserem Bekanntenkreis ein Kind, das in zwölf Lebensjahren mindestens achtmal umgezogen ist, dazu mindestens sieben jüngere Kinder, die es auch schon auf zwei bis fünf Umzüge gebracht haben. Das macht eine durchschnittliche „Verweildauer" von eineinhalb Jahren pro Wohnung. Umziehen zu müssen, ist ein eher typisches Problem von Eltern und Kindern. Damit soll nun nicht umgekehrt generalisiert werden, daß in Wohngemeinschaften die kinderlosen Genoss(inn)en die Ekelpakete sind, auch wenns da besonders aus früheren Jahren etliche Gruselgeschichten zu schreiben gäbe. Über Jahre war Kinderhaben im KB „geächtet", entsprechend groß das schlechte Gewissen der Eltern, andere Leute mit ihren Kindern zu belasten.

Heute wiederum gibt es — neu — Beispiele, daß z.B. in einer WG entschieden wird, man wolle ein Kind, eine Frau übernimmt das Kinderkriegen — und steht nach einigen Monaten ohne die oder einen Teil der „Mitplaner" da.

Vorurteil 2: Eltern haben viel Geld und stellen sich damit an, sie können sich sogar „kinderfreundlich" (das steht bei Svende tatsächlich in Anführungszeichen) am Hauskauf einer Baby-Initiative beteiligen. Tatsächlich sind vermögende Eltern unter Linken eher die Ausnahme, in der Regel ist das Leben mit einem Kind eine Sache, die vor reichlich ökonomische Probleme stellen kann. Kindergeld gibt es 50 DM im Monat, u.U. muß ein Elternteil halbtags arbeiten, zumindest zeitweise, man/frau hat also im Endeffekt weniger Geld für drei als vorher für zwei Personen. Da mag man vielleicht berechtigt einwenden, daß man/frau vorher über die finanziellen Belastungen nachdenkt (das mag bisweilen zu kurz kommen), aber verschwinden lassen kann man das Problem sicherlich nicht, indem man sich eine Ausnahme herausgreift. Wenn man Geiz und Entsolidarisierung auf dem Gebiet der Finanzen angreifen will, gibt es wirklich bessere Objekte der Kritik als ausgerechnet Eltern. Besonders ärgerlich ist die kurze, beiläufige Erwähnung der Finanzierung der Babyinitiative. Es ist leider tatsächlich so, daß linke Eltern für die Finanzierung der Erziehung ihrer Kinder in alternativen Projekten erheblich mehr aufwenden müssen als Eltern z.B., die ihr Kind in einen städtischen Kindergarten schikken. Erinnert sei nur an ein Projekt wie das Kinderhaus Heinrichstraße, für das der Staat über drei Jahre keinen Pfennig herausrückte, so daß die Eltern so ziemlich alles zusammenkratzen mußten, was zusammenzukratzen war.

Oder: für die Einrichtung einer Babygruppe muß man schon mit zwei bis dreitausend DM Anfangsinvestitionen pro Elternteil rechnen, sofern man überhaupt etwas geeignetes findet.

Vorurteil 3: Eltern schlagen mit dem Hammer des Vorwurfs „Kinderfeindlichkeit" um sich. Hans und Ute z.B. haben den Vorwurf offenbar immer unberechtigt erhoben, liest es sich beim ersten Lesen aus dem Artikel heraus. (Aber selbst in diesem Fall liegen die Dinge etwas komplizierter, s.u.). Tatsächlich ist es unserer Erfahrung nach aber so, daß mit dem Vorwurf „kinderfeindlich" recht sparsam umgegangen wird. Man/frau hört z.B. in der Baby- oder Kinderinitiative öfter mal Berichte über Diskussionen in Wohngemeinschaften. Allzu oft geht es dabei darum, daß die Kinder sich zu viel herausnehmen, Beispiele dafür haben wir vor einiger Zeit im Artikel *„Sind wir zu hart zu unseren Kindern"* (AK 180) gebracht. Oder es geht um so banale Sachen wie die Zimmeraufteilung in Wohngemeinschaften, wo kind — es lebe der soziale Wohnungsbau — regelmäßig das kleinste Zimmer abkriegt. Da gibt es insgesamt sehr viele Beispiele, wo die Eltern erst nach langen Diskussionen mit Erziehern oder anderen Eltern auf die Idee kommen, daß das eine oder andere Diskussionsergebnis wohl „kinderfeindlich" war. Kurzum: unserer Meinung nach sollte der Vorwurf Kinderfeindlichkeit lieber einmal mehr erhoben werden.

Irgendwie erinnert Svendes Behandlung des Problems an den linken Mann, der Beispiele zusammenträgt, wo frau unberechtigt etwas als „frauenfeindlich" erklärt hat, um nachzuweisen, wie wenig sorgsam mit diesem Vorwurf von „der Frauenbewegung" umgegangen wird — und frau ihn deshalb tunlichst lassen sollte.

... und wie sie in Svendes Märchen verschwinden

Neben der Darstellung indiskutabler Gemeinheiten erscheinen in Svendes Märchen, insbesondere in der Schilderung des Zusammenlebens mit Hans und Ute, eine Reihe tatsächlicher Probleme von Eltern. Im „Eifer des Gefechts" wird die Welt aber dann doch in gut und böse unterteilt, wobei die Eltern den bösen Part abkriegen, und es landen Dinge in der Schublade *„unfair und unsolidarisch, unoffen und unehrlich"*, die dort nicht hereingehören. Eine so sorglose Behandlung realer und der Auseinandersetzung werter Probleme — da geht die schon durch die Methode betriebene Diffamierung weiter.

Hans und Ute z.B. sind ein durch und durch „verrücktes", werdendes Elternpaar. *„Unehrlich und unoffen"* hat das Paar *„gleich nach Beginn der Wohn‚gemeinschaft' angefangen ..., sich in seiner Beziehung zu verschanzen. Alleine konnte sich* [Svende] *nun natürlich erst recht nicht mehr gegen die vorher abgesprochene Argumentation der beiden ankommen, die sich in der Diskussion lange immer gegenseitig die Bälle zuspielten."*

Isolierung und Rückzug werdender und gewordener Eltern ist tatsächlich ein Problem, nicht nur unter Linken. Nicht umsonst beklagen bürgerliche Politiker die wachsende Unlust junger Paare, Kinder zu zeugen. Kinderkriegen bedeutet Ausschluß aus weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens,
gen bedeutet Ausschluß aus weiten Teilen des gesellschaftlichen Lebens,
insbesondere für Frauen. Denn wenn Kinder da sind, wird den Eltern allein zudiktiert, sich darum zu kümmern, vierundzwanzig Stunden am Tag, zusätzlich zu Arbeit u.ä. und mit ausgesprochen miesen Almosenzahlungen, Kindergeld genannt.

Und unter Linken? Wir haben auch die Erfahrung gemacht, daß vieles nicht mehr läuft, wenn ein Kind auf einen zukommt, ob's Kneipenbesuche sind, tief bis in die Nacht arbeiten, viel freie Zeit in die politische Arbeit zu investieren. Und darüber hinaus: die Befürchtung, daß Genoss(inn)en mit dem Kopf schütteln, wenn man/frau erzählt, daß ein Kind kommt; die Angst, nicht mehr gefragt zu werden und für die nächsten Jahre halbwegs abgeschrieben zu sein. Insgesamt eine Situation, in der man/frau sich entweder total in die Haare gerät, was mit zu der hohen Rate von „Scheidungskindern" unter Linken führt oder sich tatsächlich enger aneinander bindet oder gebunden fühlt. Wo frau/man dann auch auf Ideen kommt, die man/frau vielleicht in früheren Jahren für abwegig bis bürgerlich gehalten hat, wie z.B. sehr viel Zeit auf eine schön eingerichtete Wohnung, ein schön eingerichtetes Babyzimmer zu verwenden.

So kommen ja auch Hans und Ute auf die abwegige Idee, Svendes freiwerdendes Zimmer nicht mehr zu vermieten. Eltern lieben den Luxus, auch wenn's ihnen manchmal schwer auf der Seele liegt: *„Argumentiert wird von Ute damit, sie müsse sich auf die neue Situation seelisch einstellen ... Sie muß sich seelisch darauf einstellen, daß sie demnächst in vier statt in drei Zimmern wohnt. Svende ist ja nicht schwanger. Sie muß sich nur seelisch darauf einstellen, daß sie überhaupt noch nicht weiß, wo sie demnächst wohnen wird."* Klar, eine Vierwochen-

Fortsetzung nächste Seite

Initiativen gegen Kindesmißhandlung in den Niederlanden

In den Niederlanden sind Initiativen, die Kindesmißhandlungen als gesellschaftliches Phänomen einzuordnen verstehen, ebenso selten wie in anderen Ländern auch.

De Triangel

An der Lauriergracht in Amsterdam gibt es jedoch eine Einrichtung, die ihrer Zielsetzung nach einmalig in Europa ist. Im dortigen „therapeutischen Auffangzentrum" De Triangel werden vollständige Familien aufgenommen, um — oft zusammen mit anderen Familien — an ihren Schwierigkeiten zu arbeiten. Das geschieht so weitgehend wie möglich auf freiwilliger Grundlage und erfordert recht viel Motivation von den „Klienten".

In De Triangel wird davon ausgegangen, daß Kindesmißhandlung oft durch das Unvermögen von Eltern und Kindern verursacht wird, in einer allen zuträglichen Weise miteinander umzugehen. Die Ungeduld der Eltern kann zum Beispiel dazu führen, daß sie ihre Kinder schlagen. Das Kleinkind, das beim Essen nach ein paar Happen alles wieder ausspuckt, fordert Geduld von seinen Eltern. Vor allem in Familien, wo der Umgang miteinander weniger verbal ist und mehr direkt erfolgt, kann eine solche Situation zu Konflikten führen. In De Triangel wird in einem solchen Fall versucht, an der Bewältigung eines solchen Konfliktes zu arbeiten. Die Familien üben miteinander das Verhalten in Situationen, aus denen Spannungen entstehen können. Zum Zentrum gehören zwar auch zwei Psychologen, lieber gesehen wird es aber in De Triangel, wenn die Familien einander helfen. Bis von einer wirklich erfolgreichen Behandlung festgefahrener Verhaltensweisen in einer Familie die Rede sein kann, sind einige Monate Arbeit notwendig.

Neben dem Selbsthilfegedanken der Einrichtung ist das Gute an De Triangel, daß die Familie während ihres Aufenthaltes in dem Zentrum weitgehend in Funktion bleibt. Vater und/oder Mutter gehen weiterhin jeden Tag zur Arbeit, die Kinder besuchen die Schule, die sie auch sonst besuchen. So wird der Eingriff in das Familienleben auf ein Minimum beschränkt (obwohl die Aufnahme in eine therapeutische Einrichtung natürlich immer ein Eingriff ist). — Unproblematisch ist der Aufenthalt in einem „therapeutischen Zentrum" auch deshalb nicht, weil dies von den Eltern — und manchmal auch den Kindern — die Einsicht fordert, daß sie ihre Familienprobleme ohne Hilfe von außen nicht mehr bewältigen können.

Seit einiger Zeit verfügt De Triangel über ein „mobiles Team". Eine Familie, die Schwierigkeiten hat, kann — gleich ob Tag oder Nacht — das Zentrum anrufen und es kommen zwei Mitarbeiter, um zu sehen, ob sie helfen können. So werden auch die ehemaligen Bewohner von De Triangel nicht allein gelassen, sondern können im Falle der Not immer die Hilfe des Zentrums beanspruchen.

De Triangel ist leider das einzige Zentrum dieser Art in den Niederlanden, obwohl auch an anderen Orten solche Einrichtungen notwendig sind. Aber dafür ist „kein Geld" da; überdies verhalten sich die eher traditionell orientierten Beschäftigten im Kinderschutz gegenüber den Behandlungsmethoden in De Triangel sehr distanziert. Denn die Arbeit in De Triangel fordert einen maximalen Einsatz, was leider mehr ist, als mancher im Kinderschutz Tätige aufzubringen bereit ist.

Die Auffassung von den Ursachen der Kindesmißhandlung hat sich in den Niederlanden in den letzten fünf Jahren ziemlich verändert. Von einer Herangehensweise, die anfänglich nur bevormundend war und kein anderes Ziel zu haben schien, als die „Moral" im „Unterschichts"-Milieu zu kritisieren, ist wenig übrig geblieben. Das zeigt auch ein Plakat, das die „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung" anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens herausgegeben hat: „*Arbeitslosigkeit, Ehescheidung, Wohnungsnot, Krankengesetzgebung, Schulden*" werden als die wesentlichen Ursachen für die Kindesmißhandlung herausgestellt.



„Arbeitslosigkeit — Ehescheidung — Wohnungsnot — Krankengesetzgebung — Schulden. Als ob ein Kind das ändern kann" (Dieses Plakat wurde von der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlungen", Den Haag, anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens herausgegeben)

„Arbeitslosigkeit — Ehescheidung — Wohnungsnot — Krankengesetzgebung — Schulden. Als ob ein Kind das ändern kann" (Dieses Plakat wurde von der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlungen", Den Haag, anläßlich ihres zehnjährigen Bestehens herausgegeben)

Vertrauensärzte

Mittlerweile bestehen in zehn Städten der Niederlande Büros von Vertrauensärzten, bei denen Fälle von Kindesmißhandlung gemeldet werden können. — 1972 wurden die ersten vier Vertrauensärzte für diese Aufgabe eingestellt und das Phänomen Kindesmißhandlung wurde breiter bekannt. — 1970 hatte eine Untersuchung ergeben, daß in den Niederlanden (13 Mio. Einwohner) etwa 1200 Kinder pro Jahr so mißhandelt werden, daß sie bleibende Schäden davontragen. 120 Kinder würden pro Jahr an den Mißhandlungen sterben und 12.000 Kinder pro Jahr mehr oder weniger ernsten Formen der Mißhandlung ausgesetzt sein. Rund 1.500 dieser Fälle kamen pro Jahr vor die Vertrauensärzte.

Bekanntgemacht wurde die Institution Vertrauensarzt über eine Kampagne, die recht fragwürdig war. Auf einem Foto war ein Kind zu sehen, das ein Pflaster über dem Auge hatte und den Arm im Verband trug, darunter stand der Text: „Jan ist von der Treppe gefallen. Glauben Sie das?" Durch die Art dieser Kampagne wurde ein Klima geschaffen, in dem die Vertrauensärzte zu einer Art geheimen Nachrichtendienstes degradiert wurden. Ein allgemeines Mißtrauen wurde geschaffen, und Eltern, die — oft durch persönliche Sorgen getrieben und in dem Unvermögen, sich anders zu verhalten — ihre Kinder geschlagen hatte, wurden in fragwürdiger Manier an den Pranger gestellt.

allgemeines Mißtrauen wurde geschaffen, und Eltern, die — oft durch persönliche Sorgen getrieben und in dem Unvermögen, sich anders zu verhalten — ihre Kinder geschlagen hatte, wurden in fragwürdiger Manier an den Pranger gestellt.

Von dieser Linie ist die „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung" nun abgekommen. Die Entscheidung für eine gesellschaftskritischere Herangehensweise scheint die richtige zu sein.

Die Büros der Vertrauensärzte funktionieren, wie aus einer Studie der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung" deutlich geworden ist, nicht besonders gut. Die Büros haben kaum Kontakt untereinander und beschreiten jedes für sich den Weg, der ihnen am besten erscheint. Untersuchungen über die Hilfeleistung bei Kindesmißhandlung gibt es kaum.

Sozialarbeiter

Dazu haben die Vertrauensärzte in der jüngsten Vergangenheit mit professionellen Sozialarbeitern schlechte Erfahrungen gemacht, die an das Problem auf unverantwortliche — und die Betroffenen manchmal schlicht beleidigende — Weise herangehen. Aus der obengenannten Studie ging ebenfalls hervor, daß sich die niederländischen Sozialarbeiter in völlig unzureichendem Ausmaß mit der Kindesmißhandlung befassen. Die Vertrauensärzte bevorzugen daher oft freiwillige Mitarbeiter, die besser motiviert sind. Professionelle Sozialarbeiter geben recht schnell auf und sind nicht bereit, auch über die Bürostunden hinaus, alles zu tun, was in ihren Möglichkeiten liegt, um den Kindern und Familien zu helfen. Bezeichnend ist auch, daß diese Sozialarbeiter von den betroffenen Eltern und Kindern eher als feindliche Instanz angesehen werden als als Personen, von denen Hilfe und Verständnis zu erwarten ist.

Um auch dem Kind die Möglichkeit zu geben, selbst etwas zu dem Vorgang zu sagen, der jetzt noch häufig über seinen Kopf hinweg zwischen Eltern und Sozialarbeitern ausgefochten zu werden scheint, werden seit zwei Jahren (auf Initiative der „Vereinigung gegen Kindesmißhandlung") an einigen Orten Kindertelefone eingerichtet.

Nach einem Bericht eines Genossen aus Amsterdam

(Übersetzung und Bearbeitung: Niederlande-Kommission)

Fortsetzung von vorheriger Seite

frist für einen Auszug ist zu kurz (auch und gerade, weil Eltern mit solchen Fristen miese Erfahrungen gemacht

diskutieren. Die von ihr herausgefundenen Gründe für Hartwigs „Verhaltensstörungen" leuchten ein bis auf Punkt 8. Es ist unserer Erfahrung nach eine ganz alltägliche Reaktion kleiner

Fortsetzung von vorheriger Seite

frist für einen Auszug ist zu kurz (auch und gerade, weil Eltern mit solchen Fristen miese Erfahrungen gemacht haben). Aber berechtigt der Ärger darüber, an dieser Stelle einfach zu verschweigen, daß zu diesem Zeitpunkt die Geburt von Utes Kind unmittelbar bevorstand (wie sich aus dem Artikel rekonstruieren läßt), mit der seelischen Umstellung wohl eher doch die Geburt des Kindes und nicht die Gewöhnung an den zusätzlichen Luxus eines vierten Zimmers gemeint ist. So ein Seitenhieb ist — trotz alledem — schwangerenfeindlich.

Ein anderes, im Zusammenhang der Vorwürfe gegen Hans und Ute versinkendes Problem ist die Eifersucht. Nach Svendes Glauben ist dies die Grundlage für Konflikte in der WG, Hans und Ute geben das nicht zu — und das gehört für Svende mit in die Rubrik „*unoffen, unehrlich, unfair*".

Schwanger zu sein ist für frau nicht nur das erhebende Gefühl, daß der Bauch immer dicker wird. Es ist gleichzeitig — äußerlich — verbunden mit dem Problem, nicht mehr zu wissen, was frau anziehen soll. Schwangerschaftsklamotten: kariert, mit Rüschen — einfach zum Weglaufen. Da drängt sich natürlich die Frage auf: ist frau noch attraktiv, sexuell begehrt (der dicke Bauch erscheint „dabei" nämlich manchmal auch „störend")? Auf der anderen Seite psychische Veränderungen. Oftmals das Gefühl, irgendeinen Halt zu brauchen, gar nicht mehr so emanzipiert zu sein wie früher, sich an den Freund anlehnen zu wollen. Wenn dann noch offener oder unterschwelliger Ärger mit dem Typ dazukommt, ist der Weg zu deutlich geäußerten oder verzweifelt verschluckter Eifersucht nicht gerade weit. Wir halten es für keinesfalls schlimm und auch für keinen Ausdruck miesen Charakters (unehrlich, unoffen, unfair), wenn solche Eifersucht irgendwie geäußert wird, auch wenn wir in anderen Situationen Eifersucht als etwas betrachten, wogegen frau/man etwas angehen sollte.

Über solche Entwicklungen gehen häufiger Freundschaften „baden", insbesondere jahrelange Frauenfreundschaften, weil freundin z.B. kopfschüttelnd reagiert auf die Eröffnung, das frau ein Kind haben möchte und bekommt oder weil frau (und werdende Mutter) mehr mit Mann (und Vater) machen möchte. Einseitige Schuldzuweisungen sind da sicher gänzlich fehl am Platze.

Zum letzten an die Seite gedrängten Problem — dem Bezugspersonenwechsel, den Svende am eigenen Leib erlebt. Sie hat eine Beziehung zu Hartwig aufgebaut, der mag sie offenbar auch. Sie hat viel Zeit darauf verwandt, über seine Probleme nachzudenken und zu diskutieren. Die von ihr herausgefundenen Gründe für Hartwigs „Verhaltensstörungen" leuchten ein bis auf Punkt 8. Es ist unserer Erfahrung nach eine ganz alltägliche Reaktion kleiner Kinder, zu weinen, wenn die Mutter (sofern kind so etwas hat) nach längerer Abwesenheit wieder kommt.

Abrupte Bezugspersonenwechsel, noch dazu häufig, gehören zu den miesesten Erfahrungen, die insbesondere Kinder von Linken gemacht haben. Genauso oft, wie sie auf einsamen Entscheidungen von Eltern oder einem Elternteil beruhen — wie in Svendes und Hartwigs Fall — ergeben sie sich daraus, daß ein Elternteil oder eine andere Bezugsperson einfach abhaut, weil es mit der Mutter, mit dem Kind oder mit den Verhältnissen einfach „zu nervig" ist. Das ist aber zugleich ein Punkt, über den „die Elternbewegung" im KB schon länger kontrovers diskutiert, der also nicht „*unberücksichtigt*" geblieben ist.

„*Kinder im KB haben das Recht auf emotionale Sicherheit. Dabei gibt es die unterschiedlichsten Rahmen für diese Sicherheit: die Beziehung zu zwei Elternteilen; zu einer alleinstehenden Mutter; zu zwei Frauen, die gemeinsam für die Erziehung verantwortlich sind; zu bestimmten Kindern, mit denen es befreundet ist, Erziehern in einer Initiative etc. Sicherheit gewinnen Kinder in solchen Verhältnissen, wenn sie sich auf deren Langfristigkeit und Ernsthaftigkeit verlassen können.*" („Thesen zum Leben und Arbeiten mit Kindern und ihren Interessen", beschlossen und verkündet von der Elternbewegung im KB — ca. 20 Elternteile — im November 1979, AK 168, S. 33)

Endlich 'mal ein offenes Wort?

In der Diskussion um Svendes Märchen hört man neben begeisterten Stellungnahmen („*So richtig aus dem Leben gegriffen.*") vor allem das Argument, daß hier endlich einmal ein offener Diskussionsansatz zum Verhältnis zwischen Elterngenoss(inn)en und kinderlosen Genoss(inn)en veröffentlicht worden ist. Wir haben dargestellt, wieso wir Svendes Märchen kaum für eine Beitrag zu dieser Frage halten, besser: für einen, der daneben geht.

Bei allem berechtigten Ärger, den Svende haben mag und bei aller berechtigten Empörung über die von ihr dargestellten Formen der Entsolidarisierung: einen Grund, der KB-Eltern, die doch wirklich recht zaghaft begonnen haben, ihre Position zu bestimmen und Forderungen zu erheben, damit zu erschlagen, gibt es sicher nicht. Oder?

Eltern eines kleinen Kindes aus Hamburg

Zum fünften Mal: »Alle spielen fürs Kinderhaus«

Wie in den vergangenen vier Jahren halfen auch in diesem Jahr Musiker dem Kinderhaus Heinrichstraße in Hamburg. Am 29.11. hieß es, wie dreimal davor schon: „*Alle spielen fürs Kinderhaus*". Diesmal allerdings nicht — wie 1979 — an drei Abenden, sondern durch zwei Konzerte an einem Tag: fünf Stunden nachmittags und etwas mehr am Abend mit über 100 Künstlern auf der Bühne!

Mit dabei waren Gruppen und Musiker, für die die Teilnahme an dieser Benefiz-Veranstaltung offenbar schon Tradition ist: Helmut Ruge, Stintfunk, Michael Naura & Wolfgang Schlüter, Schneewittchen, Brunos Salon Band, Liederjan, Torfrock, Gerd Wollschon, Elephant, Frizz, Alcatraz, die Sintis von Swing Gipsy Rose und dem Duo „Z", Reiner Schöne & Band und der Jazzpianist Joachim Kühn; nach 3 Jahren Pause auch wieder Gottfried Böttger und Vince Weber.

Neu dabei waren Champion Jack Dupree, Ulla Meinecke und Band aus Westberlin, Ina Deter mit ihrer Band, Mitch Ryder mit seinen amerikanischen Rockern, Highway, Lake & Känguruh, Bad News Reunion und die Brüder Hein & Oss, die Lieder vortrugen, deren Text einige leider schon wieder vergessen haben („Einheitsfrontlied" von Bert Brecht z.B, die „Moorsoldaten" oder Jose Alfonsos „Grandola"). Andere alte Freunde des Kinderhauses wie Alexis Korner, Konstantin Wecker und Sounds of Soweto schrieben, daß es ihnen leid tue, diesmal nicht dabei sein zu können. Insgesamt war es wieder ein Musikprogramm, das in der Vielseitigkeit seinesgleichen sucht und wohl nur zustande kommen kann, wenn viele kinderfreundliche Kulturschaffende beschließen, ihren Beitrag für einen notwendigen Zweck zu leisten.

Und dieser Zweck ist, wie in den vergangenen Jahren auch, die Erhaltung des Kinderhauses Heinrichstraße. Zwar ist der finanzielle Druck auf diese alternative Kindertagesstätte für 70 Kinder geringer geworden, seitdem der Hamburger Senat reguläre Zuschüsse zu den Unterbringungskosten der Kinder dort zahlt. Allerdings läßt sich mit diesen Zuschüssen allein und den Beiträgen der Eltern die Erziehung, die das Kinderhaus machen will, nicht finanzieren: Der Senat bezuschußt Personalkosten z.B. nur auf der Basis der Gruppenfrequenzen, die er in den städtischen Heimen hat: Eine Erzieherin für 25 Schulkinder, eineinhalb für 20 Kleinkinder. Das Kinderhaus ist der Ansicht, zwei Erzieher für 17 Schulkinder zu benötigen, damit kein Kind zu kurz kommt. Ähnliche Konflikte gibt es um Kosten für Essen, Gruppenreisen und was sonst noch für Kinderbetreuung gebraucht wird. So meint der Senat ernsthaft, 8 DM pro Kind im Monat reichten für Unternehmungen. Insgesamt, so rechnet das Kinderhaus vor, lagen seine Ausgaben 1979 um ca. 70.000 DM über dem, was die Behörde bezuschussen wollte. Logisch, daß da ein Benefiz-Konzert notwendig wird.

Dabei betont das Kinderhaus allerdings, daß es ihm nicht darum geht, nun für sich selbst das Schäfchen ins Trockene zu bringen: „*Wir werden darum kämpfen, daß man sich im Jugendamt auch endlich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert. Und zwar nicht nur, was die 73 Kinderhauskinder angeht, sondern auch die über 30.000 anderen Hamburger Kinder, die in Tagesstätten gehen*".

Daß das Kinderhaus da mit seiner Forderung um angemessene Zuschüsse nicht allein steht, beweist ein Streik von Erzieherinnen und Erziehern in Westberliner Tagesstätten Anfang Dezember, die u.a. einen zweiten Erzieher pro Gruppe (wie im Kinderhaus) fordern.

Thema dieses Abends war auch das kirchliche Berufsverbot gegen den fortschrittlichen Pastor und Kinderhaus-Freund seit Jahren, Ulrich Hentschel aus Rellingen, und die merkwürdigen Ansichten des Vorgesetzten Propstes und Militärbischofs, Sigo Lehmig. Das Kinderhaus und sein Freundeskreis hat einen Protestbrief an die Kirchenleitung verfaßt, den mehrere hundert Konzertbesucher ebenfalls unterschrieben haben.

All dieses und weiteres bildete den Inhalt für die engagierte und gutge-

Fortsetzung nächste Seite

An die Kirchenleitung
der Nordelbischen Kirche
Dänische Straße 21 - 35
2300 Kiel

Sehr geehrte Damen und Herren!
Wir kennen Pastor Ulrich Hentschel als Mitglied des Vereins Kinderhaus Heinrichstraße und dessen Beirat aus z.T. jahrelanger Zusammenarbeit. Wir kennen sein soziales Engagement, seinen besonnenen Rat und sein Gefühl für Gerechtigkeit, die sich in dieser Arbeit zugunsten von Kindern und Jugendlichen ausgewirkt haben.

Wir haben deshalb mit Entsetzen und Bestürzung davon Kenntnis erhalten, daß Sie in der vergangenen Woche Pastor Hentschel von seiner Tätigkeit in der Kirchengemeinde Rellingen suspendiert und ein Versetzungsverfahren eingeleitet haben.

Soweit uns bekannt ist, begründen Sie diese Maßnahme insbesondere mit einer durch Ulrich Hentschels Engagement für den Frieden herbeigeführten angeblichen Spaltung der Gemeinde. Vorgehalten werden ihm z.B. eine Weihnachtspredigt zu diesem Thema, die einige von uns selbst gehört haben, und die ausführliche Behandlung des christlichen Friedensauftrages im Konfirmandenunterreicht und des Rechtes, den Kriegsdienst zu verweigern.

Wir sind der Ansicht, daß angesichts sich vergrößender Kriegsgefahren und sich ausweitender kriegerischer Konflikte in der Welt das Engagement für den Frieden selbstverständliche Aufgaben nicht nur von Pastoren ist. Zu diesem Engagement gehört es für uns, über die Möglichkeiten zu informieren, zum Frieden beizutragen, als auch von der Notwendigkeit solcher Aktivitäten zu überzeugen. Dies gilt insbesondere für die junge Generation, die in diesem Land noch keinen Krieg erleben mußte und der Bedrohung des Friedens vielleicht etwas achtlos gegenübersteht, wenn es ihr an Information und Auseinandersetzung um dieses Thema fehlt. Wir versuchen in diesem Sinne in Berufen als Journalisten, Erzieher, Lehrer und Hochschullehrer tätig zu sein, wie unser Kollege Ulrich Hentschel es als Pastor versucht hat. Wir sind dabei bisher davon ausgegangen, bei solchem Engagement auch und gerade bei den Kirchen Unterstützung zu finden. Wir haben nicht geglaubt, daß solche Aktivitäten in der Kirche selbst mit disziplinarischen Maßnahmen belegt werden.

Wie wir weiter erfahren haben, sind die Maßnahmen gegen Ulrich Hentschel im Wesentlichen von Probst Lehmig aus Pinneberg befürwortet worden, der gleichzeitig evangelischer Militärbischof für die BRD ist. Propst Lehmig ist, wie in der „Frankfurter Rundschau" zu lesen war, der Ansicht, es diene dem Frieden mehr, wenn man Soldat der Bundeswehr sei.

Viele von uns sind demgegenüber der Meinung, daß das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, dem christlichen Gebot, nicht zu töten, sehr viel näher steht. Wir wissen, daß es in Ihrer Kirche viele mutige Menschen wie Martin Niemöller gegeben hat, die in schwerster Zeit unter Lebensgefahr gegen den Krieg Stellung bezogen haben.

Entscheidend ist für uns aber, junge Menschen nicht die Gewissensentscheidung, die sie zu treffen haben, vorzuschreiben, sondern ihnen Information, Auseinandersetzung und Beistand bei dieser Entscheidung anzubieten. Deshalb halten wir es nicht nur für das selbstverständliche Recht, sondern auch die Pflicht eines Pastors, ausführlich über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das im Übrigen im gleichen Grundgesetzartikel enthalten ist, der die Religionsfreiheit garantiert, zu informieren. Wir sind befremdet darüber, daß gerade auf Veranlassung des Militärbischofs für die BRD Pastor Hentschel die Ausübung dieser Pflicht bzw. dieses Rechtes unmöglich gemacht wird. Wir fragen uns, ob Ihre Kirche das Thema Kriegsdienstverweigerung aus dem Dialog mit jungen Menschen, die vor dieser Gewissensentscheidung stehen, mit solchen disziplinarischen Mitteln verdrängen will.

Wir haben weiter erfahren, daß Pastor Hentschel 40 Kirchenaustritte in seiner Gemeinde vorgehalten werden. Davon werden jedoch nach uns vorliegender Information nur 4 mit den Ansichten Ulrich Hentschels begründet. Einige von uns sind vor Jahren auch aus ihrer Kirche ausgetreten, ohne daß diese Austritte jemals dem für unsere Gemeinde zuständigen Pastor angelastet worden sind. Insofern stößt diese Begründung auf unser völliges Unverständnis.

Die Mehrheit der Gemeindemitglieder in Rellingen möchte, soweit wir wissen, daß Ulrich Hentschel dort Pastor bleibt — insbesondere junge Menschen. Dem schließen wir uns an. Wir fordern Sie auf, die Suspendierung von Pastor Hentschel aufzuheben und das eingeleitete Versetzungsverfahren zu beenden.

Mit freundlichen Grüßen
Henning Venske, Chefredakteur, Hamburg; Regine Armbruster-Heyer, Ärztin, Hamburg; Nanette Mramor, Rechtsanwältin, Hamburg; Klaus Armbruster, Journalist, Hamburg; Arnold von Bosse, Rechtsanwalt, Hamburg, Prof. Malte Dahrendorf, Hochschullehrer, Hamburg; Albrecht Lüders, Rechtsanwalt, Hamburg; Michael Nitschke, Rechtsanwalt, Hamburg; Reinhard Kahl, Journalist, Hamburg; Prof. Dieter Richter, Hochschullehrer, Bremen; Christoph und Wolf Römmig, Rechtsanwälte, Hamburg; Wolfgang Steller, Psychotherapeut, Hamburg; Gerhard Strate, Rechtsanwalt, Hamburg; Bernd Rosenkranz, Rechtsanwalt, Hamburg; Peter Tode, Rechtsanwalt, Hamburg; Gerhard Weber, Generalsekretär des CVJM, Hamburg; Rüdiger Stoye, Kinderbuchautor, Hamburg, Dieter Brumm, stellv. Vorsitzender der DJU, Ilona Kiene, Bez.Abg. Bezirksversammlung Eimsbüttel, Hamburg; Prof. Manfred Liebel, Hochschullehrer, Westberlin; Monika Lorentzen, Journalistin, Hamburg; Brita Mangold-Subklew, Hamburg; Hermann Vinke, Journalist, Hamburg; Bettina Morik, Rechtsanwältin, Hamburg; Hartmut Scharmer, Rechtsanwalt, Hamburg; Stefan Reid, Rechtsanwalt, Hamburg; Werner Klein, Redakteur, Frankfurt; Petra Rogge, Rechtsanwältin, Hamburg; Rainer Köncke, Rechtsanwalt, Hamburg; Wolfgang Sieg, Lehrer, Hamburg; Ursula Kirchberg, Kinderbuchautorin, Hamburg; Frank Göhre, Jugendbuchautor, München; Lottemi Doormann, Journalistin, Hamburg; F.K. Wächter, Kinderbuchautor, Frankfurt; Barbara Hüsing, Rechtsanwältin, Hamburg; Gert Haucke, Schauspieler, Hamburg; Ute Blaich, Journalistin, Hamburg; Werner Loewe, MdBü, Hamburg; Carsten Rencksdorf, Wissenschaftler, Hamburg; Wulf Beleites, Journalist, Hamburg; Frank Göhre, Kinderbuchautor, München; Ekkehard v. Braunmühl, Antipädagoge, Wiesbaden; Ulla Küspert, Journalistin, Hamburg; Andreas Conradi, Journalist, Hamburg; Peggy Parnaß, Journalistin, Hamburg; Wolf Biermann, Hamburg; Martin Buchholz, Redakteur, Hamburg; Till-Meyer-Bruhns, Verlagskaufmann, Hamburg;

2. Sozialistische Konferenz im Februar 1981

Vom 13. bis 15. Februar 1981 wird in Marburg die 2. Sozialistische Arbeitskonferenz stattfinden. Darauf einigte sich endgültig am 7.12. die nationale Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung dieser Konferenz.

Die erste Konferenz hatte im Mai 1980, wesentlich auf Betreiben von Rudolf Bahro, zum Thema „Ökologie und Marxismus" stattgefunden. Damals beteiligten sich ca. 1000 Sozialisten verschiedener politischer Richtungen an der Diskussion.

Die 2. Konferenz wird drei Themenschwerpunkte haben:
Am Freitagabend, den 13.2., wird über die Entwicklung und Einschätzung der innenpolitischen Situation diskutiert. Hierbei werden die Fragen im Vordergrund stehen, was die außerordentliche Stabilität des westdeutschen Imperialismus in ökonomischer, politischer und ideologischer Hinsicht ausmacht und wo sich Ansatzpunkte für eine sozialistische Politik ergeben.

Am Sonnabend wird in Arbeitsgruppen über die Politik der Gewerkschaften und der Sozialisten in ihnen und über die Politik der neuen sozialen Bewegungen diskutiert. Ebenfalls am Sonnabend wird ein Frauenforum mit dem Arbeitstitel: „Frauen und Sozialismus – Frauen in sozialistischen Organisationen" stattfinden.

Am Sonntag wird das Thema „Internationale Lage – Kriegsgefahr" behandelt.

Die 1. Konferenz war allein durch eine theoretische Debatte über die Ökologiefrage geprägt. Ansätze für eine gemeinsame Praxis wurden gar nicht erst erörtert. Dies wurde im nachherein oftmals kritisiert. In der Zwischenzeit haben sich in ca. 15 Städten örtliche Gruppen gebildet, die sich auf die Sozialistische Konferenz beziehen, die sich aber auch die Aufgabe gestellt haben, eine gemeinsame Praxis der zersplitterten Linken zu organisieren.

Auch in der Vorbereitung der 2. Konferenz sah es lange so aus, als würde über eine rein theoretische Debatte nicht hinausgekommen. In dieser Hinsicht hat es auf dem letzten Vorbereitungstreffen eine erfreuliche Wende gegeben. Alle die Vorbereitung tragenden Kräfte sind übereingekommen, in der Frage der wachsenden Kriegsgefahr eine gemeinsame Initiative zu diskutieren. Es wird angestrebt, daß die nationale Vorbereitungsgruppe in Marburg einen Vorschlag für einen Aufruf zu Friedens- und Abrüstungs-Initiativen vorlegt.

Inzwischen haben auch die Bundesvorstände der Jusos und des MSB/Spartakus ihr Interesse an der Konferenz bekundet. Beide haben angekündigt, daß sie sich an der Diskussion um die internationale Lage und möglichen Friedensinitiativen beteiligen werden. Bekannt ist jedoch, daß von der DKP und ihren entsprechenden Bündnispartnern für das Frühjahr schon eine Kampagne gegen die Nachrüstungsbeschlüsse geplant ist. Nach allen Erfahrungen mit der DKP wird es sich beim Auftritt des MSB dann vor allem um den Versuch handeln, die eigene Kampagne zum alleinigen Diskussionsgegenstand zu machen. Vorsicht wird in dieser Hinsicht also durchaus geboten sein.

Mitte Dezember wird ein erster Materialienband zur Vorbereitung der Konferenz erscheinen. Zu bestellen ist er, gegen Bezahlung von 10 DM, bei der:
Koordinationsgruppe Sozialistische Konferenz
c/o SOAK
Am Taubenfelde 30
3000 Hannover 1
Bei der gleichen Adresse sind auch die Rundbriefe der Koordinationsgruppe zur Vorbereitung der Konferenz zu bestellen (gegen Überweisung von 25 DM für 10 Ausgaben).

Bündnispolitik à la DKP

Am 20.11. fand in Krefeld eine Demonstration gegen Neonazis und Ausländerhetze statt. In einem „Aufruf an alle Demokraten!" haben inzwischen die beteiligten Gruppen: **Halkin Kurtulusu, Devrimici Yol, Krefelder Initiative gegen Polizei- und Behördenwillkür, die Volksfront und das Stadtinfo Krefeld ihre Erfahrungen mit der DKP in diesem Bündnis dargelegt.**Danach wurde am 4.11. auf einer Vollversammlung der ‚Freien Bürgerinitiative gegen Rechts' ein gemeinsames Aufrufflugblatt beschlossen, die Organisationen, die den Aufruf der BI unterstützten, sollten dabei namentlich aufgeführt werden:„*Dieser Beschluß wurde von den DKP'lern in der BI, die für den Druck verantwortlich waren, nicht durchgeführt, vermutlich, weil ihnen Organisationen nicht genehm sind. Stattdessen erschien auf dem Flugblatt der lapidare Satz:‚Über 20 Gruppen und Initiativen rufen auf...'*". Alle Transparente und Losungen sollten sich auf den Inhalt des Aufrufs beschränken, „*mit der Ausnahme, daß sich die türkischen Organisationen ... zu der faschistischen Militärdiktatur in der Türkei äußern dürfen*".

Am 18.11. sollten dann der Sprecher und die Abschlußrede festgelegt werden:„*Bei dieser Besprechung hatten DKP und FIDEF eine deutliche Mehrheit, da sie einerseits alle ihnen nahestehenden Organisationen und Gruppen (teilweise frei erfundene, wie z.B. türkischer Lehrerverband) mobilisiert hatten, andererseits aber viele Organisationen entweder nicht eingeladen waren oder diese Besprechung für nicht so wichtig hielten. ... DKP und FIDEF stellten nun die Versammlung vor die Alternative: Entweder würden die obengenannten türkischen Gruppen auf die Anprangerung des Faschismus in der Türkei verzichten oder sie, DKP und FIDEF, würden sich von der Demonstration zurückziehen. Es wäre für sie unzumutbar, an einer Demonstration teilzunehmen, bei der das Regime in der Türkei als faschistisch bezeichnet würde. Einen Grund dafür konnten sie allerdings nicht angeben.*

Unverschämterweise versuchte der Sprecher der DKP-nahen Ausländerorganisationen die Versammlung damit unter Druck zu setzen, er wäre der Vertreter aller 22.000 in Krefeld lebenden Ausländer...Die Dreistigkeit dieser Behauptung wurde dann bei der Demo offensichtlich. Während der ‚Vertreter aller Ausländer in Krefeld' gerade ca 20 Leute mitbrachte, stellten die beiden türkischen Organisationen mit jeweils ca. 100 Leuten die Hälfte der Demonstrationsteilnehmer.

Bei der Besprechung am 18.11. machten DKP und FIDEF mit ihrer zusammengetrommelten Mehrheit den Beschluß der Vollversammlung rückgängig und verboten den türkischen Organisationen, das Regime in der Türkei als faschistisch zu bezeichnen, wobei anzumerken ist, daß dieses ‚Verbot' bei der Demo nicht beachtet worden ist. Gleichzeitig wurde der ‚Vertreter aller in Krefeld lebenden Ausländer' zum Sprecher bei der Abschlußkundgebung ernannt. Die türkischen Organisationen verlangten dann, bei der Abschlußkundgebung eine Erklärung verlesen zu dürfen. Dieses Recht wurde ihnen von den DKP'lern, die die Demonstrationsleitung innehatten, verweigert (mit Hinweis auf die...Beschlüsse vom 18.11.). Daraufhin verließen die beiden türkischen Organisationen unter Protest die Kundgebung. Die meisten deutschen Demonstrationsteilnehmer schlossen sich ihnen an, nachdem sie von dem unverschämten und undemokratischen Verhalten der Demoleitung erfahren hatten, sodaß DKP und FIDEF sowie ihnen nahestehende Organisationen mit ca. 50 Leuten alleine blieben.

Nachdem die meisten Demonstrationsteilnehmer aus Protest die Kundgebung verlassen hatten, wurden einige Leute, die die DKP-Machenschaften kritisierten, von DKP-Funktionären als die wahren Faschisten beschimpft. Außerdem wurde ihnen Prügel angedroht.... Wir fordern die Führer von DKP und FIDEF auf, in Zukunft offen und ehrlich am Aufbau der antifaschistischen Bewegung teilzunehmen. Sollten sie dazu nicht bereit sein, werden sie sich selbst weiter von dieser Bewegung isolieren. Unsererseits ist der Wille zur Einheit da, allerdings nur auf der Grundlage von Ehrlichkeit und Offenheit, wo auch andere Meinungen respektiert werden."



Der Arbeiterkampf ist nicht der stern

Eine Genossin hat sich beschwert über ein Foto, das im AK 19o als Illustration zum Interview über Kindesmißhandlung mit Reinhard Wolff abgedruckt war: ein schwer geschundenes, nacktes Kind, bei dem nicht genau zu erkennen ist, ob es überhaupt noch lebt. Solche brutalen Fotos sollten nur dort in den AK, wo sie unbedingt zur Verdeutlichung des Textes notwendig sind, z.B. bei Artikeln über Nazi-KZs oder ähnlichem. Auch sei solche Brutalität sicher nicht charakteristisch für Kindesmißhandlungen in der BRD, davon gäbe es vielleicht zehn pro Jahr. Der Blick dafür, wie Kindesmißhandlung aussieht, werde mit solcher Einzelfalldarstellung verstellt. Auch wenn wir inzwischen erfahren haben, daß jährlich weit mehr als zehn Kinder in der BRD so übel zugerichtet werden (die Schätzungen tödlicher Kindesmißhandlungen schwanken zwischen 1oo und 1.ooo Fällen pro Jahr) finden wir, daß die geäußerte Kritik berechtigt ist.

Zwei Bearbeiter des Interviews aus der Kinderkommission Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

machte Moderation Henning Venskes, der ja seit einigen Monaten Chefredakteur der neuen „pardon" ist.

Und noch eine Premiere: Die Veranstalter hatten Hamburger Baby-, Kinder-, Jugend- und Freizeitinitiativen die Möglichkeit zu eigenen Beiträgen während der Konzerte gegeben, sodaß auch von anderen 8 Initiativen an diesem denkwürdigen Abend die Rede war.

Das Kinderhaus befürchtet, daß es bis zur Durchsetzung der berechtigten Forderungen noch einiger Konzerte bedarf. Musikfreunde werden das nicht bedauern.

Kinderkommission Hamburg

Positives beim AK-Verkauf

Der Verkauf im letzten AK(187) ist im Vergleich zu den vorhergehenden um knapp 5o% gestiegen!

Das hängt sicherlich auch mit dem Wiederbeginn des Semesters zusammen: In einer Uni-Stadt wie Freiburg ist das Käuferpotential eben hauptsächlich studentisch.

Dazu kommen aber zwei weitere Faktoren, die mir für die laufende AK-Debatte wichtig erscheinen:
– Gut gezogen hat der dicke Sonderteil über die Westberliner Frauen-Sommeruni. Ich hab' den entsprechenden AK-Teil immer zusätzlich als „Sonderbeilage" aus dem Innern gezogen und angeboten. Obwohl ich selbst nicht auf der Sommer-Uni war und als Typ anfangs ein komisches Gefühl hatte, mit den Frauenseiten zu agitieren, brachte dieses Vorgehen große Erfolge. So habe ich auch viele AKs an Erstleserinnen verscheuert.

Hier fände ich es im Sinne der vorgeschlagenen langfristigen Projektplanung und Schwerpunktsetzung wichtig, künftig in jedem AK so einen ausführlichen Sonderteil zu einem bestimmten Thema zusammenzustellen. Optisch sollte so ein Artikelbündel – wie diesmal – gut am Anfang des 2.Teils plaziert werden.

– Angekommen ist auch der Artikel zum Freiburger Lokalknüller „Schwarzwaldhof", auf den ich beim Verkauf gesondert hingewiesen (z.T. aufgeblättert) habe. Dies war bei den früheren Häuserkämpfen (Dreisameck) auch der Fall! Daraus folgt, daß die in einigen Städten wohl etwas dürftig entwickelte Untersuchungsarbeit über lokale/regionale Fragestellungen ein wichtiger Hebel zur Verkaufsförderung werden könnte, wenn die Genoss/inn/en hier mal Überlegungen entwickeln (und ausführen!) würden, anstatt über den „schwierigen AK-Verkauf" zu stöhnen.

Ein Genosse aus Freiburg

Der »Lin Biao-Putsch«



„Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreichs" ist im Pekinger Prozeß einer der schwersten Anklagepunkte gegen die *„zehn Haupttäter der konterrevolutionären Cliquen um Lin Biao und Jiang Quing"*.

Die Vorfälle, auf die sich dieser Anklagepunkt bezieht, sollen sich im Verlauf des Jahres 1971 zugetragen haben. Es geht um die allgemein bekannte Geschichte vom „politischen Schwindler" Lin Biao (damals Verteidigungsminister, Stellvertreter und nominierter ‚Nachfolger' Mao Tse-tungs), der im September 1971 angeblich einen Putsch plante, nach der Entdeckung und dem Scheitern seiner Pläne mit dem Flugzeug in die Sowjetunion zu flüchten versuchte – und in der Nacht des 13./14. September beim Absturz des Flugzeugs über der Mongolei ums Leben kam.

Ein Blick in die Anklageschrift (Wortlaut in „Peking Rundschau" Nr. 48) zeigt, daß die Behandlung dieser mysteriösen Vorgänge im Pekinger Prozeß juristisch absurd ist und daß sie ausschließlich der politischen Manipulation und Propaganda dient: Juristisch und propagandistisch geht die Anklageschrift von der Fiktion des **„gemeinsamen Verbrechens"** aus, d.h., den 10 Angeklagten wird pauschal vorgeworfen, sie hätten *„in geheimem Einverständnis zusammengearbeitet"*, seien also kollektiv für die in der Anklageschrift genannten Vorgänge verantwortlich. Konkret wird allerdings in der sehr ausführlichen und detaillierten Anklageschrift gegen 5 der 10 Angeklagten (die „Viererbande" und Tschen Bo-da) nicht einmal der kleinste Vorwurf in Verbindung mit Lin Biaos angeblichen Putsch- und Mordplänen angeführt, also noch nicht einmal der Vorwurf einer noch so geringfügigen Mitwisserschaft. Gegen 4 weitere Angeklagte (damals hohe Militärs) wird nur der Vorwurf einer indirekten Mitverantwortung erhoben, nicht aber der einer Mitwisserschaft oder gar Beteiligung. Nur einem der 10 Angeklagten wird eine Tatbeteiligung vorgeworfen: Jiang Tengjiao, damals Politkommissar der Luftwaffe in Nanking. Während die übrigen 9 Mitglieder des Politbüros waren, gehörte Jiang Tengjiao nicht zur Parteispitze. Seine Hineinnahme in diesen Prozeß ist juristisch nur schwer zu motivieren, da die Justiz ansonsten alle „Mitschuldigen" unterhalb der Politbüro-Ebene (z.B. zahlreiche weitere Militärs oder die ehemalige Schanghaier Parteispitze) in späteren Prozessen aburteilen will. **Die Einbeziehung Jiang Tengjiao's in diesen Prozeß dient offensichtlich der politischen Absicht des Pekinger Regimes,**

tere Militärs oder die ehemalige Schanghaier Parteispitze) in späteren Prozessen aburteilen will. Die Einbeziehung Jiang Tengjiao's in diesen Prozeß dient offensichtlich der politischen Absicht des Pekinger Regimes,

die benötigte Verbindung der anderen Angeklagten zu den angeblichen Putsch- und Mordplänen Lin Biao's herzustellen und überhaupt den zitierten schwerwiegenden Anklagepunkt zu begründen.

Zusätzlich bedient sich das Gericht einer weiteren Manipulation: Es nennt neben den zehn jetzt vor Gericht gestellten noch weitere sechs bereits tote „Haupttäter". Darunter sind Lin Biao selbst, seine Frau Ye Qun (damals ebenfalls Mitglied des Politbüros) und ihr gemeinsamer Sohn Lin Li-kuo, der als die zentrale Figur der angeblichen Putschpläne gilt. Die Anklageschrift führt zwar detailliert die angeblichen Verbrechen auch der toten „Haupttäter" auf, stellt aber zugleich fest, daß laut Strafprozeßordnung über deren *„strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht mehr ermittelt"* werde. Ihre angeblichen Taten – vor allem die Putsch- und Mordpläne von 1971 – sind also einerseits Gegenstand der Anklageschrift (und der Propaganda gegen die 10 Angeklagten), sind aber andererseits nicht Ermittlungs- und Beweisgegenstand des Prozesses.

Der „Lin-Biao-Putsch" und die dahinter verborgenen Fraktionskämpfe von 1970/71 sind nach wie vor fragwürdig, die offiziellen Versionen wechselnd und widersprüchlich. Sogar der Justiz unterlief das peinliche Mißgeschick, daß sie zwar an der alten Version festhält, wonach Lin Biao für seine Pläne die Unterstützung der Sowjetunion gesucht habe – aber daß „vergessen" wurde, den Tatbestand des Landesverrats mit in die Anklageschrift aufzunehmen. Der folgende Überblick soll etwas deutlicher machen, worum es bei diesen Geschichten geht.

Die Vorgeschichte

Lin Biao war einer der bekanntesten und verdienstvollsten kommunistischen Militärführer im Widerstandskrieg gegen Japan und in den Revolutionskriegen. Mit seiner Wahl ins Politbüro auf dem VIII. Parteitag (1956) wurde er überdies Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, des höchsten Gremiums zwischen den Parteitagen.

Auf der „Luschan-Tagung" (8. Plenum des VIII. ZK) im August 1959 wurde ein scharfer Fraktionskampf ausgetragen, der mit der Absetzung des Verteidigungsministers Peng Te-huai endete. Lin Biao wurde sein Nachfolger.

Peng Te-huai hatte u.a. Kritik an der Volkskommunenbewegung, an der Politik des „Großen Sprung nach vorn" und an der Militärpolitik („Vernachlässigung" der modernen Waffentechnik) geübt – und zwar, wie es scheint, stellvertretend für die Fraktion um Liu Schao-tschi und Deng Hsiao-ping. Trotz dieses politischen Sieges der um Mao Tse-tung gruppierten Teile des Parteiapparats scheiterte der „Große Sprung nach vorn" – wobei hier nicht untersucht werden soll und kann, ob dafür in erster Linie die mehrjährigen Naturkatastrophen oder innere Fehlerhaftigkeit dieser Politik entscheidend waren. Als Ergebnis der wirtschaftlichen Rückschläge konnte die Fraktion um Liu Shao-tschi und Deng Hsiao-ping Anfang der 60er Jahre wieder Boden gewinnen. U.a. konnten sie eine „liberalere" Politik in der Landwirtschaft durchsetzen, die den Bauern mehr „Freiheiten" und „Privatinitiative" verschaffte. In Verbindung damit wurde, in erster Linie auf den Gebieten der Kultur und der Publizistik, die Forderung nach einer „Rehabilitierung" Peng Te-heuai's vorgetragen. Diese Kampagne gab dann den unmittelbaren Anstoß zur Einleitung der Kulturrevolution.

Lin Biao machte sich in dieser Zeit – der ersten Hälfte der 60er Jahre – für die um Mao gruppierten Teile des Parteiapparats unentbehrlich, indem er eine massive „Ausrichtungskampagne" (im Sinne der „Maotsetungideen") in der Armee organisierte.

Im Verlauf der Kulturrevolution rückten Militärs aus dem Umfeld Lin Biao's an die Stelle abgesetzter Militärs, die als Anhänger Liu's und Deng's galten. Zu den ‚Aufsteigern' gehörten auch vier der jetzt in Peking Angeklagten: Huang Yongsheng (Generalstabschef), Wu Fahsiän (Befehlshaber der Luftwaffe), Li Zuopeng (Erster Politkommissar der Marine) und Qiu Huizuo (Direktor der Hauptabteilung für Logistik). Auf dem IX. Parteitag (April 1969) wurden diese Vier, ebenso wie Lin Biao's Frau Ye Qun, ins Politbüro gewählt. Der IX. Parteitag beschloß außerdem eine beispiellose Maßnahme: Lin

gistik). Auf dem IX. Parteitag (April 1969) wurden diese Vier, ebenso wie Lin Biao's Frau Ye Qun, ins Politbüro gewählt. Der IX. Parteitag beschloß außerdem eine beispiellose Maßnahme: Lin

Biao wurde im neuen Parteistatut zum zukünftigen ‚Nachfolger' des Parteivorsitzenden Mao bestimmt.

Die Geschichte vom Putsch

Die Anklageschrift läßt die *„Verschwörung zur Ermordung des Parteivorsitzenden Mao Tse-tung sowie Versuch eines bewaffneten konterrevolutionären Staatsstreichs"* bereits im Oktober 1969 beginnen: Damals ernannte Wu Fa-hsiän „auf Anweisung Lin Biao's" dessen Sohn Lin Li-kuo zum stellvertretenden Leiter der Operationsabteilung der Luftwaffe. Ausschließlich aus dieser Ernennung wird die Mitschuld Wu Fa-hsiäns konstruiert, da diese Ernennung Lin Li-kuo in eine Schlüsselstellung gebracht habe, die für die späteren Putschpläne wichtig gewesen sei.

Ein Jahr später, im Oktober 1970, habe Lin Li-kuo zusammen mit anderen Militärs (die, soweit sie noch leben, später ebenfalls vor Gericht gestellt werden sollen) eine Art Kommandozentrale unter dem Decknamen „Vereinigte Flotte" gebildet. Diese Zentrale soll laut Anklageschrift *„das Rückgrat bei Lin Biaos Komplott..."* gewesen sein.

Ab September 1970, so heißt es weiter, habe Lin Biao seine Staatsstreichpläne „intensiviert". Gemeint ist damit das 2. Plenum des IX. ZK, das in der ersten Septemberhälfte 1970 stattfand. Was dort tatsächlich ablief, wird bis heute verschwiegen. Das damals veröffentlichte Kommunique betonte lediglich in nichtssagenden Phrasen die Festigung der Einheit der Partei. Heute weiß man, daß auf diesem ZK-Plenum eine jedenfalls heftige Auseinandersetzung (mit nach wie vor unbekanntem Inhalt) stattfand, bei der Tschen Bo-da und Lin Biao eine Niederlage erlitten. Tschen Bo-da wurde aus dem Politbüro ausgeschlossen und verlor auch sonst alle Posten, während Lin Biao schwer angeschlagen blieb.

Die Anklageschrift behauptet, daß Lin Biao im Februar 1971 seinen Sohn nach Schanghai geschickt habe, um mit den Mitgliedern der „Vereinigten Flotte" zu beraten. In diesem Kreis sei dann im März 1971 eine Putsch-Planung ausgearbeitet worden. Deckname: „Übersicht über das ‚Projekt 571' ". Teil dieses Planes sei es gewesen, *„mit sowjetischer Hilfe verschiedene Kräfte im In- und Ausland niederzuhalten"*.

Die Anklageschrift behauptet weiter, daß im März und April 71 *„auf Anweisung Lin Li-kuos"*, (nicht Lin Biaos?!) örtliche Kommandos zur Vorbereitung eines Putsches gebildet worden seien. Anschließend daran nimmt die Anklageschrift den Faden der Erzählung erst im September 71 wieder auf. Zu dieser Zeit befand sich Mao Tse-tung auf einer „Inspektionsreise" durch Südchina, die – so scheint es zumindest heute – der Vorbereitung einer Absetzung und Ausschaltung Lin Biaos diente. Auf Grund der ersten Berichte über Mao's Reden auf den ersten Stationen seiner „Inspektionsreise" sollen Lin Biao und seine Frau Ye Qun am 6. September die Ermordung Mao's beschlossen haben; am 8. September soll Lin Biao *„den Befehl zum bewaffneten Staatsstreich"* gegeben haben. „Gleichzeitig" sollen Lin Biao und Ye Qun aber schon *„Vorbereitungen für eine eventuelle Flucht nach Südchina und eine landesverräterische Flucht ins Ausland"* getroffen haben. U.a. sollen sie sich Luftverkehrskarten der Strecken nach Ulan Bator (Mongolei) und Irkutsk (Sowjetunion) besorgt haben, aber auch Unterlagen über südchinesische Flugplätze.

fen haben. U.a. sollen sie sich Luftverkehrskarten der Strecken nach Ulan Bator (Mongolei) und Irkutsk (Sowjetunion) besorgt haben, aber auch Unterlagen über südchinesische Flugplätze.

Am 11. September sollen Lin Biao und Ye Qun das Scheitern ihrer Mordpläne gegen Mao erkannt haben und daraufhin unmittelbare Vorbereitungen für eine Flucht nach Südchina getroffen haben. Diese Absicht sei aber durch Gegenmaßnahmen, die vom Ministerpräsidenten Tschu En-lai veranlaßt wurden, durchkreuzt worden. Daraufhin hätten sie dann in aller Hast und mit dem bekannen Ende die Flucht in die Sowjetunion versucht.

Die sehr breite offizielle Darstellung dieser Vorgänge – die erstmals anläßlich des Prozesses veröffentlicht wurde – läßt die behaupteten Putschpläne allenfalls als dilettantisch und abenteuerlich erscheinen. **So wird z.B. nicht einmal erkennbar, auf welche Armee-Einheiten sich die „Verschwörer" überhaupt stützen wollen.** Falls man die Darstellung nicht insgesamt als Legende interpretieren will, bliebe als durchscheinender möglicher realer Kern allenfalls ein verzweifelter Abwehrkampf Lin Biaos, **wobei die Fluchtpläne und -vorbereitungen noch das realste zu sein scheinen.** (Daß die Sowjetunion das Fluchtziel gewesen sein mag, beweist politisch nichts. Welches Fluchtziel sonst wäre möglich gewesen?).

Legenden im Wandel der Zeit

Über die politischen Differenzen, die dem Konflikt 1970/71 zugrunde lagen, kann bis heute nur spekuliert werden: die KP Chinas hat sich darüber ausgeschwiegen; die wenigen inhaltlichen Andeutungen sind unbrauchbar und widersprüchlich.

Grundlage der bisherigen „Kritik an Lin Biao" waren Zitate aus der bereits erwähnten **„Übersicht über das ‚Projekt 571' "** – dem angeblich im März 71 unter Leitung Lin Li-kuo's ausgearbeiteten Putschplan. Dieser Text ist bis heute in China nicht im Wortlaut veröffentlicht, sondern nur sehr bruchstückhaft zitiert worden. Die angebliche Existenz eines solchen Textes wurde erstmals von der staatlichen Nachrichtenagentur Taiwans im April 72 gemeldet; im Juli 72 veröffentlichte eine Hongkonger Zeitung erstmals den Text (Deutsche Übersetzung in „China aktuell", Oktober 72). Da sich alle bisher in den chinesischen Medien aufgetauchten Zitate in diesem Text wiederfinden und da außerdem die chinesische Führung diese Veröffentlichung niemals dementiert hat, dürfte sich der in Hongkong publizierte Text jedenfalls mit dem Text decken, den die chinesische Führung als den Putschplan „571" ausgibt – **was nicht ausschließt, daß der Text eine Fälschung, von wem auch immer, ist.**

In der „Übersicht über das Projekt ‚571' " finden sich nur spärliche ‚programmatische' Aussagen. Diese wenigen Aussagen reichen aber aus, um im Licht der heutigen Anklagen Verblüffung und Zweifel zu wecken:

- Die Bauern würden unterdrückt;
- *„Der tatsächliche Lebensstandard der Massen"* sei niedriger geworden;
- *„Die Bauern haben nicht genug zu essen und anzuziehen"*;
- *„Die Roten Garden wurden am Anfang umgarnt, ausgenutzt und geopfert, später dann unterdrückt und zu Sündenböcken abgestempelt"*;
- *„Arbeiter (besonders die jungen Arbeiter), deren Löhne ohne weiteres ‚eingefroren' wurden, werden ausgebeutet"*;
- Kritisiert wird auch die „Verschikkung" junger Intellektueller aufs Land (*„eine Art Besserungsanstalt durch körperliche Arbeit"*) und die sog. „Kaderschulen des 7. Mai" (wo

ausgebeutet";
– Kritisiert wird auch die „Verschikkung" junger Intellektueller aufs Land („eine Art Besserungsanstalt durch körperliche Arbeit") und die sog. „Kaderschulen des 7. Mai" (wo

Kader zur körperlichen Arbeit herangezogen wurden und damit zugleich, wie es in dem Text heißt, *„ihre Posten verloren"*).

Auf dieser Grundlage wird in dem Text als zentrale Parole formuliert: **„Macht, daß aus einem ‚wohlhabenden Land und einem armen Volk' ein ‚reiches Volk und ein wohlhabendes Land' wird, so daß das Volk in Ruhe leben, sich im Beruf wohlfühlen und politisch sowie wirtschaftlich wirklich frei werden kann".**

Der Text enthält außerdem den Satz: **„All diejenigen, die von B 52 (= Mao – Anm.AK) ungerecht beschuldigt und verfolgt wurden, werden wir politisch befreien"** (=rehabilitieren).

Dies zusammengenommen, läßt sich nicht erklären, warum Lin Biao heute ausgerechnet mit der „ultralinken Politik" der „Viererbande" in irgendeinen näheren Zusammenhang gebracht wird. Vielmehr sollte man doch annehmen, daß Lin Biao mit solchen Ideen und Einschätzungen – falls er sie wirklich jemals vertreten hat – den neuen Herren um Deng Hsiao-ping äußerst sympathisch sein müßte!...

In diesem Zusammenhang ist auch an den Bericht Tschu En-lai's auf dem X.Parteitag (August 73) zu erinnern. Tschu gab damals folgende merkwürdige Geschichte zum besten: *„Wie wir alle wissen, wurde der* (von Lin Biao verlesene – Anm.AK) *politische Bericht an den IX.Parteitag* (1969 –Anm.AK) *unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeitet. Vor dem IX.Parteitag hatte Lin Biao in Kollaboration mit Tschen Bo-da* (einer der 10 Angeklagten im Pekinger Prozeß – Anm.AK) *einen politischen Bericht verfaßt. Sie stellten sich gegen die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und vertraten die Auffassung, daß die Hauptaufgabe nach dem IX. Parteitag in der Entwicklung der Produktion bestünde. Das war, unter neuen Bedingungen, eine Neuauflage des absurden revisionistischen Geredes, das Liu Schao-tschi und Tschen Bo-da in den Beschluß des VIII.Parteitags* (1956 – Anm.AK) *eingeschmuggelt hatten. Danach wäre der Hauptwiderspruch im Inland nicht im Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, sondern im ‚Widerspruch zwischen dem fortgeschrittenen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften' zu suchen. Dieser politische Bericht von Lin Biao und Tschen Bo-da wurde selbstverständlich von dem ZK abgelehnt. Lin Biao unterstützte im geheimen Tschen Bo-da, offen gegen den unter Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeiteten politischen Bericht aufzutreten; und erst nachdem er damit gescheitert war, nahm er widerwillig die politische Linie des ZK an und verlas auf dem Parteitag den politischen Bericht des ZK"* („Peking Rundschau", Nr. 35-36/1973).

Dieser Bericht (von Tschu En-lai „im Namen des ZK" gehalten und vom Parteitag „einstimmig" angenommen) bringt Lin Biao – zusammen mit Tschen Bo-da – direkt in die politische Nähe von Liu Schao-tschi und damit auch von Deng Hsiao-ping. Die Lin Biao dort unterstellten Thesen sind in China unter dem Namen „Theorie der Produktivkräfte" bekannt. Früher war diese Theorie Gegenstand der Kritik an Liu Schaotschi und Deng, inzwischen gilt sie als unantastbares Staatsdogma.

So oder so ist festzustellen, daß das chinesische Volk über die politischen Hintergründe des Konflikts um Lin Biao krass und dreist belogen worden ist: entweder damals,

So oder so ist festzustellen, daß das chinesische Volk über die politischen Hintergründe des Konflikts um Lin Biao krass und dreist belogen worden ist: entweder damals,

als er zum „Rechten" erklärt wurde, oder heute, wo er zum „Ultralinken" gemacht wird. Unterstellt man, daß Tschu En-lai 1973 den Parteitag („im Namen des ZK") belogen habe, so würde sich daraus zudem die Schlußfolgerung ergeben, daß diese Lüge vom gesamten ZK gedeckt worden sein müßte – da diesem Bericht der ursprüngliche Berichtsentwurf von Lin Biao und Tschen Bo-da zum IX. Parteitag bekannt gewesen sein muß. Nimmt man hingegen die Erzählung Tschu En-lai's in großen Zügen als wahr an (und die neuen Herren in Peking haben sie bis heute nicht dementiert!), so müßte die jetzige Anklage gegen Lin Biao als absurd und sogar als unverständlich erscheinen.

Die Anklage gegen den toten Lin Biao und seine noch lebenden ‚Gefolgsleute' im Pekinger Prozeß läßt nur die logische Schlußfolgerung zu, daß die Vorwürfe gegen Lin Biao, wie sie u.a. von Tschu En-lai auf dem X.Parteitag erhoben wurden (Verbindung zu Liu Schao-tschi), erlogen waren. Wäre es anders, so würde Lin Biao heute zu den Rehabilitierten gehören und sein Name stünde auf der glorreichen Liste der „Opfer der Viererbande". Wenn dies aber erlogen war und wenn diese Lüge, wie ja angenommen werden muß, damals vom ZK „einstimmig" gedeckt wurde, so verdient auch der Rest der Geschichte – die Putsch- und Mordpläne – kaum Glauben. Auch die „Übersicht über das ‚Projekt 571' " – in der Lin Biao ja auch „rechte", „revisionistische" Positionen unterstellt werden – muß insgesamt mit größtem Mißtrauen betrachtet werden. Bewiesen wird dadurch nur, wie weit es möglich war und ist, die Realität zu entstellen und zu verkehren, um der Bevölkerung das Erkennen und Verfolgen politischer Differenzen in der Parteiführung unmöglich zu machen.

SPENDENAUFRUF 100000 DM FÜR AK TECHNIK

Von rund 30 Genoss/inn/en werden bei uns derzeit die AK- und Buchmanuskripte auf dem Composer geschrieben, während der AK-Erstellung im Schichtbetrieb, für den Großteil freiwillig und zusätzlich zu ihrer sonstigen Arbeit als Berufstätige.

Es ist vollkommen einsichtig, daß wir gerade hier besonders rationell und mit möglichst wenig Streß die Arbeitsbedingungen gestalten müssen.

Die alten Composer sind sehr laut und vor allem abgenutzt, die Tastaturen sind nicht mehr voll funktionsfähig, eine Erneuerung stand auf jeden Fall an. Wenn wir statt der bisherigen Composer verschiedene Tastaturen, Bildschirm und einen Speicher benutzen, hat dies erhebliche Vorteile: Zur Zeit ist ein geschriebener Text nicht mehr änderbar; für jeden Tippfehler müssen allein drei neue Zeilen geschrieben und nachträglich mühsam eingeklebt werden, das macht zur Zeit etwa 15 % der Schreib- und Layoutarbeit aus, die man weitgehend einsparen kann, wenn der Text im Speicher auf dem Bildschirm abgerufen wird und Korrekturen nachträglich einfach eingetippt werden.

Wenn der Text erst zum Schluß aus dem Speicher ausgetippt wird, dann kann der Text auch jeweils in der Größe, mit den Typen, Zeilenabstand ausgedruckt werden, wie man es für das Layout wünscht.

Wir wissen, daß diese Systeme im kapitalistischen Betrieb dazu genutzt werden, um mit dem Computer gleichzeitig die gesamte Arbeit von Tipper/innen kontrollierbar zu machen, was den Druck und den Streß enorm erhöht.

Doch auch bei uns ist es notwendig, die Belastungen für die Augen durch Bildschirme zu beachten. Eine entsprechende Auswahl der Bildschirme, der Tastatur und der Einrichtung sowie der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, die im einzelnen von den Betroffenen zu diskutieren sind, müssen dafür sorgen, die Belastung möglichst gering zu halten.

Ohne die im einzelnen günstigsten Geräte (z.B. beim Bildschirm oder der Tastatur etc.) zu bekommen, weil nur ganze Systeme angeboten werden, würde eine entsprechende Einrichtung – gekauft – für unsere Anforderungen rund 200.000 DM kosten. Wir haben deshalb angefangen, selbst ein System aufzubauen, das schon seine Funktionstüchtigkeit in Tests bewiesen hat. Zudem wollen wir gleichzeitig damit ein eigenes elektronisches Datensystem für den Verlag aufbauen, der derzeit seine Datenerfassung und Buchhaltung auf einer EDV auf Mietbasis macht, was uns monatlich 2000 DM Miete kostet. Das System, das wir in diesem Jahr aufbauen wollen, hat folgende Kosten:

Der jetzige Entwicklungscomputer und spätere Verlagscomputer kostet	30.000 DM
5 Terminals für die Texterfassung	60.000 DM
2 Schnelldrucker	30.000 DM
Die Gesamtsumme beträgt damit	120.000 DM

Davon müßten bis zum Jahresende 1980 noch 100.000 DM durch Spenden aufgebracht werden.

Durch dieses neue System werden wir außerdem die monatlichen Mietkosten für Composer und EDV von 6.000 DM auf 1.500 DM (für zwei Fotosatzmaschinen) drücken, womit wir zukünftigen, unvermeidlichen Kostensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

stensteigerungen erheblich gelassener entgegensehen könnten.

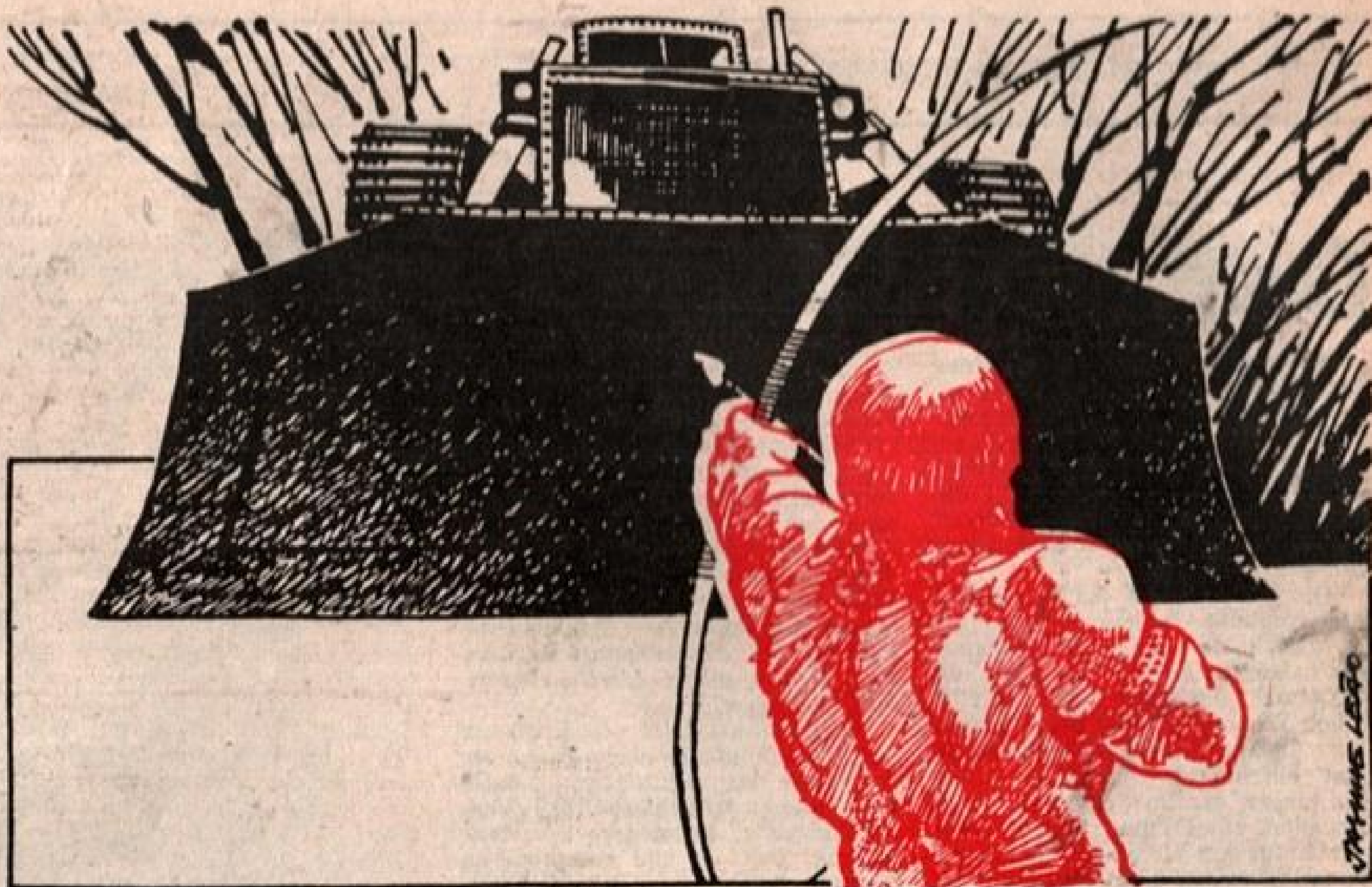
Wir möchten alle Genossinnen und Genossen und darüber hinaus alle Leser des AK auffordern, diese Spendensammlung mit großen und vielen kleinen Beträgen solidarisch zu unterstützen.

AK-Redaktion und Verlagskollektiv

Spendenliste seit AK 190	AK-Spende	Technik-Spende
U.E.		300,00
H.G., Nürnberg		100,00
C.S., Bremen		200,00
KB/Gruppe Bremen	118,00	
N.N. (Name auf Überweisung nicht lesbar)		800,00
R.T., Hagen	200,00	
D.F., Westberlin		30,00
– von harmonicum – Altona		400,00
F., Bochum	15,00	
C.K., Frankfurt	50,00	
B.B.	60,00	
KB/Gruppe Butzbach		120,00
J.N., Freiburg	50,00	
W.P., Hamburg		1000,00
R., Hamburg		6000,00
Ha., Chemiebereich, Hamburg		100,00
Man., Chemiebereich, Hamburg		400,00
Hei., Chemiebereich, Hamburg		50,00
Tr., BO Wandsbek, Hamburg		110,00
Gi., BO Wandsbek, Hamburg		500,00
Df., BO Wandsbek, Hamburg		500,00
KB/Gruppe Bremen, Überschuß Org.-Kasse	500,00	
Hi., KB/Gruppe Bremen		300,00
H-D., Chemiebereich, Hamburg	100,00	100,00
Fri., Chemiebereich, Hamburg		100,00
Ka., Chemiebereich, Hamburg		100,00
Reg., Chemiebereich, Hamburg		50,00
Heino, Chemiebereich, Hamburg		350,00
Tho., KB/Gruppe Braunschweig		500,00
E+K., KB/Gruppe Braunschweig		1000,00
DLH/Hafen, Weihnachtsspende		140,00
Insgesamt	1093,00	13250,00
Stand AK 190	32098,81	36035,00
Insgesamt AK 191	33191,81	49285,00

Spendenkonto:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank Hamburg
Konto 4 501 755 00
Bankleitzahl 200 800 00

DENKT AN DIE WEIHNACHTS-SPENDEN!!!



IV. Russell-Tribunal über die Rechte der Indianer

Am Schluß steht der Anfang!

Am 30. November wurden nach einwöchiger Verhandlungsdauer im IV. Russell-Tribunal die Urteile verkündet. Doch dieser Schlußpunkt kann für niemanden ein Anlaß sein, nun beruhigt die Hände in den Schoß zu legen. Denn die Situation der rund 36 Millionen betroffenen Indianer zwischen Grönland und Feuerland ist damit nur dokumentiert worden; an die Durchsetzung und Verwirklichung der Jury-Empfehlungen wird jetzt erst herangegangen.

Völkermord und Landraub waren die schwersten und gleichzeitig überall auftretenden Verfolgungen auf der Liste der Anklagepunkte. Bedroht wird das Leben indianischer Völker oft durch die Regierungen ihrer „eigenen" Länder. Die Anklagen waren so zahlreich, daß nur ein Viertel von der Jury behandelt werden konnte. In vierzehn ausführlich vorgetragenen Fällen kam die Jury zu eindeutigen Schuldsprüchen. (Jury und Klagen sind umfassend in AK 189, S.43 aufgelistet.)

Während der Eröffnung sprach auch der Bürgermeister von Rotterdam, Van der Loew. Er bezeichnete es als absurd, daß Privatpersonen aus aller Welt sich zusammenschließen müssen, um Menschen vor den Missetaten ihrer eigenen Regierungen zu schützen. Daher, so sagte er, wäre die Eröffnung dieses Tribunals keine

taten ihrer eigenen Regierungen zu schützen. Daher, so sagte er, wäre die Eröffnung dieses Tribunals keine

Freude. Die Freude bestünde eher in der Tatsache, daß es immer noch Menschen gibt, die sich für Dinge, wie dieses Tribunal, einsetzen würden.

Neben Vertretern der indianischen Völker waren auch ein Sprecher der Maori und einer der Papua auf dem Podium. Im Verlauf des Tribunals sprachen Abgesandte von Grönland und aus Westaustralien, wo die Ureinwohner ebenfalls in ihrer Existenz bedroht sind.

Alle kamen, zu hören . . .

Außer 180 Journalisten aus aller Welt waren 70 Indianer aus Nordamerika und 30 aus Mittel- und Südamerika gekommen sowie eine große Zahl von Gruppen, die direkt oder indirekt für die Indianer arbeiten, für Menschenrechte und Frieden kämpfen.

Wichtige Organisationen schickten ihre Delegierten, darunter der Weltkirchenrat, Amnesty International, Justitia und Pax, der Menschenrechtsausschuß der Europäischen Gemeinschaft. Auch „Esquivel" aus Argentinien, Friedensnobelpreisträger, war vertreten. Weiterhin Repräsentanten politischer Parteien aus Holland und anderen Ländern, von Umweltschutzorganisationen, Lateinamerika-Komitees, Universitäten, von der protestantischen Kirche und der jüdischen Gemeinschaft sowie von Survivel International und deren westdeutschen Sektion, der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Inoffiziell waren einige Leute von Botschaften und Konsulaten anwesend (wohlweislich nur im Zuschauerraum und nicht auf der Anklagebank) sowie aus dem niederländischen Außenministerium.

Fast hätte das Tribunal noch selbst einen Fall produziert, als der Xavante-Häuptling Mario Juruna von der brasilianischen Indianerbehörde FUNAI keine Ausreisegenehmigung erhielt. In Brasilien gelten Indianer nämlich – wie in vielen anderen Ländern – als unmündige, geschäftsunfähige Wesen, die einen Vormund brauchen. Dieser Vormund ist eben FUNAI und deren Chef entschied, daß Juruna nicht berechtigt sei, über die Probleme anderer indianischer Völker zu urteilen, ganz abgesehen davon, daß das Tribunal insgesamt keinerlei internationalen juristischen Wert habe. Erst nach massiven weltweiten Protesten durfte Juruna doch noch ausreisen und konnte am letzten Tribunaltag den für ihn demonstrativ freigehaltenen Stuhl des Juryvorsitzenden einnehmen.

Über einzelne verhandelte Fälle und die Urteile werden wir im nächsten AK ausführlich berichten. Ein vorläufiges Fazit zog Jurymitglied Robert Jungk, Schirmherr der Gesellschaft für bedrohte Völker: *„Diese Woche hat mir gezeigt, daß der Kampf der eingeborenen Völker in weit auseinander gelegenen Erdteilen immer gegen die gleiche Gefahr geführt wird: Die Zerstörung der Welt – über die Vernichtung naturverbundener Stammeskulturen hinaus – im Namen eines blinden technologischen Fortschritts im Dienste einer kleinen Gruppe von Machthabern. Mehr als bisher ist mir klargeworden: Um unsere Zukunft zu retten, müssen wir jene Menschen unterstützen, die bereits heute um ihr Überleben kämpfen – nicht nur aus ethischen Motiven, sondern auch aus eigenstem Interesse."*

USA-Kommission



Juana und Pedro vom CUC (Komitee für die Einheit der Bauern Guatemalas) können ihre Anklage vor dem Tribunal nur maskiert vortragen, um ungefährdet in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Schlußerklärung

Das IV. Russell-Tribunal ist kein formales Gericht und hat nicht die Macht, seine Entscheidungen durchzusetzen. Diese Schwäche stellt jedoch zugleich seine Stärke dar. Da es nicht in der Lage ist, Sanktionen zu verhängen, appelliert es allein an menschliches Gewissen und menschliche Vernunft.

Das Tribunal bekräftigt sein moralisches Recht zu fordern, daß Regierungen und internationale Organisationen den akzeptierten Normen der allgemeinen Menschenrechte ebenso wie den besonderen Rechten der eingeborenen Völker Amerikas Genüge tun. Es vermittelt außerdem sachliche Informationen, die zur tiefgreifenden Verbesserung der juristischen Mittel für den Schutz dieser Rechte beitragen können.

Das Tribunal erkennt an, daß der fortdauernde Kampf der indianischen Völker Amerikas die unverzichtbare Bedingung ist, um diese Ziele zu erreichen.

Das Tribunal bedauert, daß die beschuldigten Regierungen und Organisationen nicht auf die Einladung reagiert haben, sich gegen die vorgebrachten Anklagen zu verteidigen. Ihr Schweigen spricht für sich selbst.

Das Tribunal will auf die weltweite Meinungsbildung Einfluß nehmen und das weitverbreitete, aber falsche Bild von den Indianern zerstören, das durch Rassismus und Feindseligkeit geschaffen worden ist. Weiterhin will es die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die von den Indianern erlittene extreme Verfolgung lenken sowie auf die vielfältigen Eingriffe in ihre Rechte. Darüberhinaus bekennt sich das Tribunal ausdrücklich zum heroischen Widerstand der Indianer gegen die andauernden Akte von Erniedrigung, Ausbeutung und Aggression. Das Tribunal hofft, daß die betroffenen Regierungen und internationalen Organisationen seine Empfehlungen verwirklichen werden.

Schließlich geben wir unserer Hoffnung Ausdruck, daß diese Arbeit einen wirksamen Schritt vorwärts darstellt in dem nicht endenden Kampf, die menschliche Würde Wirklichkeit werden zu lassen.

IV. Russell-Tribunal
Rotterdam, den 30.November 1980